KRITIK & KRISE

Materialien gegen Ökonomie und Politik

Nr. 4/5 (Sommer 1991)

Preis 10 DM

Logik des Antisemitismus

Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten *** Nationalsozialismus und Antisemitismus *** Unmensch und Übermensch *** Die große Sowjetunion und das "kleine Volk" *** Auch "Die Grünen" müssen sühnen? *** Der Frieden des Kapitals *** Testkrieg und Bilderpolitik *** Die Intellektuellen und der Golfkrieg *** Das Chamäleon von Bagdad *** Mit "Emma" an die Front *** u.v.a.m.

Editorial

Grenzenlose Linke

Der moderne Antisemitismus - der seit Auschwitz gezwungen ist, sich als Antizionismus auszugeben - ist kein bloßes Vorurteil über die Juden, erst recht kein Charakterzug, der einigen Menschen von Natur aus eigen wäre, sondern eine gesellschaftliche Denkform, die ihren Grund in der spezifisch bürgerlichen Form hat, in der sich die Beziehungen der Menschen untereinander regeln, und sie, unabhängig von ihren 'guten Absichten', zu der dieser Denkform adäquaten Praxis treibt: Mittlerweile ist fraglich geworden, ob selbst eine solch allgemein gehaltene, eigentlich eine bare Selbstverständlichkeit ausdrückende Formulierung in der gegenwärtigen Linken noch auf breite Zustimmung stößt. Für die Aussage jedoch, derlei 'Selbstverständlichkeiten' kämen viel zu abstrakt daher und brächten deshalb nichts für die Lösung praktisch-politischer Probleme, ließe sich wohl umstandslos eine breite Mehrheit finden.

Die Praxis der Linken ist integraler Bestandteil und Garant für das Funktionieren der gesellschaftlichen Reproduktion unter kapitalistischen Bedingungen. Auch dieses Urteil ist eine als "viel zu allgemein" abqualifizierte Behauptung - die die Linke allerdings noch nie gelten lassen wollte. Sie will "Politik machen" - was an sich nicht unvernünftig ist: mittlerweile aber tut sie nichts anderes mehr. Daß ihre Versessenheit auf Praxis dazu geführt hat, daß ihr alle Kategorien und Begriffe der materialistischen Theorie und Kritik der Gesellschaft entglitten sind, hat sie noch nicht einmal bemerkt. Faschismus, Imperialismus, Sozialismus, Kapitalismus, Kommunismus, Rassismus, Kolonialismus: leere Worthülsen allesamt, die dem politischen Gegner (oder Feind - auch hier existiert keine Differenzierung mehr) je nach Bedarf um die Ohren geknallt werden. Dabei tritt eine seltsame Verkehrung ein: Nicht der gilt als "abstrakt" daherschwafelnder Intellektueller, der diese Begriffe als bloßes Instrument tagespolitischer Interessen ver- und zu legitimatorischen Zwecken mißbraucht, sondern der, der sich um ihre materialistische Bestimmung bemüht. Letzterer gilt als wirklichkeitsfremder Ideologe, ersterer als dem "Konkreten" verpflichteter Praktiker.

Dieser Politisierung der Begriffe sich vollständig entziehen zu wollen, ist nicht nur zwecklos, sondern auch falsch: die politische Auseinandersetzung um den Gehalt grundlegender Begriffe dient ihrer Klärung, Wahrheit haben diese nicht an sich, sondern nur als gesellschaftliche Bestimmungen. Die entscheidende Frage ist allerdings, wo die Grenze liegt, jenseits der selbst die Bestimmung dessen, was 'links' sein überhaupt noch bedeuten kann, sich ebenfalls zur leeren Metapher verflüchtigt.

Viele sahen mit dem Zusammenbruch ihrer Identifizierungsobjekte im Osten ihre 'Identität' als Linke zerstört, andere mit den Auseinandersetzungen über den Golfkrieg. Beides Ereignisse übrigens, die die für Linke wie Rechte geltende Regel bestätigte, daß, je höher die Wogen der Empörung anfangs schlagen, sie sich desto schneller und gründlicher auch wieder beruhigen. Im zweiten Teil des Heftes werden die Begriffe einer materialistischen Kritik unterworfen, die während der Auseinandersetzungen um den Golfkrieg ohne jegliche Reflexion auf ihren Gehalt politisiert wurden.

Doch, und dies war der Schock, dem sich das Schwerpunktthema dieser Ausgabe verdankt: diese Linke kennt noch nicht einmal mehr die Voraussetzungen ihrer eigenen Existenz.

Daß auch Antisemiten sich als Linke mißverstehen können, ist so normal wie nur noch die Tatsache, daß auch Linke essen und trinken müssen. Der Antisemitismus liegt quasi 'in der Luft', und soviel stimmt immerhin an der These vom "ewigen Antisemiten", daß der Deutsche sein Vaterland mit der Muttermilch verabreicht bekommt. Selbstverständlich wäre es jedoch, so sollte man hoffen, daß, wenn Antisemitismus innerhalb eines Teils der Linken als gängige Denkform identifiziert werden kann, sich dann die Angelegenheit von selbst erledigt. Doch die bisherigen Auseinandersetzungen zeigen, in letzter Konsequenz, daß unter den Linken noch nicht einmal mehr der kategorische Imperativ gilt, daß Auschwitz, unter welchem Namen auch immer, sich auf gar keinen Fall wiederholen darf. (Und daß er ihr, das ist ein weiterer schlimmer Verdacht, nie als kategorischer gegolten hat.) Damit ist auch die letzte identifizierbare Gemeinsamkeit unter den Linken gesprengt.

Der Antisemitismus-Vorwurf ist geworden, was er nicht hätte werden dürfen: zum Politikum. Damit wurde eine Grenze nicht nur überschritten - es gibt keine mehr. Die Beiträge dieses Heftes spiegeln das dadurch entstandene Dilemma: Einerseits die weiterhin gebotene Notwendigkeit, praktisch einzugreifen und eindeutig "Stellung" zu beziehen, als Kritiker also 'praktisch' werden zu müssen, andererseits gerade dadurch etwas zu politisieren, was, unter Linken zumindest, gar nicht strittig sein dürfte - und sich so dem Verdacht bloß 'ideologischer' Parteinahme auszusetzen.

Es geht aber um nichts geringeres als die Benennung der allgemeinen Grundlagen einer Praxis, die den Anspruch nicht aufgibt, sich der kapitalistischen Form gesellschaftlicher Beziehungen zu vergewissern. Ob man derartige Bestimmungen den Konsens der Linken nennt, ist mittlerweile nebensächlich geworden. Unter allen Umständen aber muß eine Basis gefunden werden, die der Kritik das Maß - und der Politisierung ihre Grenzen - vorgibt; so wenig praktisch sich dieses Unterfangen derzeit auch ausnehmen mag.

Der für dieses Heft zentrale Artikel von **Postone** wird in der nächsten Ausgabe von **Kritik & Krise** in Form einer Reihe von Kommentaren wieder aufgenommen und um eine Diskussion über die sich infolge **Götz/Aly's** "Ökonomie der Endlösung" u.a. stellenden Probleme erweitert. Zentrales Thema wird die Bestimmung der Begriffe 'autoritärer Staat', 'Faschismus' und 'Nationalsozialismus' sein. Wir laden zur Mitarbeit ein und bitten noch um besondere Beachtung der demnächst im **Ça ira Verlag** erscheinenden Bücher von **Enderwitz**, "Antisemitismus und Volksstaat" und **Poliakov**, "Vom Antizionismus zum Antisemitismus".

INITIATIVE SOZIALISTISCHES FORUM

WIR SUCHEN WIEDERVERKÄUFER, POLITISCHE GRUPPEN etc. pp.

Wiederverkäufer, Gruppen und Buchhändler bekommen ab 5 Exemplaren 25% Rabatt bei portofreier Lieferung, auf Wunsch auch Kommission. Bestellungen bitte an den Verlag oder ohne weitere Umstände durch Überweisung des jeweiligen Betrages (bis 5 Hefte zuzüglich Porto) auf das Postscheckkonto von Joachim Bruhn beim PSchA Karlsruhe Nr. 2260 45 - 756, BLZ 660 100 75. Heft 1 erschien im Frühjahr 1989 zum Thema **Vom Elend der Studentenbewegung**, ist noch erhältlich und kostet 4 DM für 32 Seiten im Format B5. Heft 2/3 in Sachen **Nie wieder Deutschland** erschien im Frühjahr 1990 und kostet DM 8 für 76 Seiten im Format B4. Heft 5 soll im Frühjahr 1992 zum Thema **Autoritärer Staat, Faschismus, Nationalsozialismus** erscheinen.
ça-ira-Verlag, Postfach 273, 78 Freiburg 1, Tel.: 0761/700031.

Zum Titelbild und zu den Bildern auf den Seiten 37-52:
Zweimal innerhalb eines halben Jahres wurde der jüdische Friedhof in Ihringen (bei Freiburg) von bisher unbekannten Tätern verwüstet. Die Aufnahmen von Albert Josef Schmidt, zero entstanden am 15.1.1991, einen Tag nach der zweiten Schändung. Am 16. Januar begann der Golfkrieg.

IMPRESSUM

Die vorläufig unregelmäßig erscheinende Zeitschrift "KRITIK & KRISE. Materialien gegen Ökonomie und Politik" wird

herausgegeben

von der Initiative Sozialistisches Forum in Freiburg und

erscheint

im Ça ira Verlag, Postfach 273, 78 Freiburg, Tel.: 0761/70 00 31

V.i.S.d.P.:

Ulrich Bröckling. Den Satz besorgte der Verlag, den Druck Caro-Druck in Frankfurt. Der

Preis

dieses Heftes beträgt DM 10. Wiederverkäufer, Gruppen und Buchhändler erhalten ab 5 Exemplaren 25% Rabatt bei portofreier Lieferung; auf Wunsch auch Kommission. Die

Redaktion

ist jeden Montag ab 20^{30} unter Telefon 0761/ 3 33 62 erreichbar. Unverlangt eingesandte Manuskripte freuen die Redaktion nicht nur dann, wenn Rückporto beiliegt. Gegenüber Zeitungen, Zeitschriften etc.pp., die keine Honorare zahlen können, machen wir, außer zwei Belegexemplaren, keinerlei Rechte geltend. Ansonsten alle Rechte vorbehalten.

Bestellungen

bitte an den Verlag oder ohne weitere Umstände durch Überweisung des jeweiligen Betrages (bis 5 Hefte zuzüglich Porto) auf das Postscheckkonto Joachim Bruhn beim Postgiroamt Karlsruhe N° 2260 45-756, BLZ 660 100 75.

Heft 1

erschien im Frühjahr 1989 zum Thema "Vom Elend der Studentenbewegung", ist noch erhältlich und kostet DM 4 für 32 Seiten im Format B4.

Heft 2/3

in Sachen "Nie wieder Deutschland" erschien im Frühjahr 1990 und kostet DM 8 für 76 Seiten im Format B4

Heft 6

soll im Frühjahr 1992 zum Thema "Autoritärer Staat, Faschismus, Nationalsozialismus" erscheinen. Wir laden zur Mitarbeit ein. Auch

Spenden

sind natürlich immer willkommen. Die Redaktion ist allemal materialistisch genug, etwaige finanzielle Zuwendungen als gutgemeinte Unterstützung zu werten und idealistisch genug, auf praktische Mitarbeit zu hoffen und außerdem noch jung genug, das alles zu erleben:

Ça ira!

Inhalt

LOGIK DES ANTISEMITISMUS

Vorbemerkung zum Aufsatz von Moishe Postone 4

Moishe Postone
Nationalsozialismus und Antisemitismus
Ein theoretischer Versuch 6

Theorie oder Kritik?
Eine erkenntniskritische Anmerkung 10

"Antisemitismus der Vernunft"
Hitlers Brief an Adolf Gemlich 11

Unmensch und Übermensch
Über Rassismus und Antisemitismus 14

Roter Stein der Weisen?
Anmerkungen zu Etienne Balibar / Immanuel Wallerstein: Rasse - Klasse - Nation 23

Das gute Gewissen der Anti-Antisemiten
Aus Anlaß von Carpentras 24

"Israel und die Deutschen"
Zur Aktualität einer historischen Untersuchung 26

Die große Sowjetunion und das "kleine Volk"
Zur Bedeutung und Tradition des Antisemitismus in der sowjetischen Geschichte 28

Kosmopolitismus im Wandel der sowjetischen Interpretationen 32

Babij Jar 33

Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten
Thesen über die linksdeutsche Ideologie, Israel und den Klassenkampf am falschen Objekt 37
"Die Linke" und die Linken * Israel: Projektionsfläche der deutschen Ideologie, schlaflose Nächte der Paranoia * Grenzen der Aufklärung * Der Staat und sein Produkt: Die Nation * Warum "Zionismus"? * Warum "Antizionismus" Antisemitismus ist * Das zionistische Dilemma * Kein "Brückenkopf" * Autoritäre Philosemiten, rebellische Antizionisten * Nie wieder Deutschland: Für die staaten- und klassenlose Weltgesellschaft! * Beschluß

Ein 'ehrbarer Antizionist' 53

Die Heimat der Linken 55

Auch "Die Grünen" müssen sühnen?
Eine Chronologie zum Israel-Streit innerhalb der Grünen 56

Drei Freunde Israels
Von Ulrike Meinhof 64

KRIEG UND FRIEDEN

Der Frieden des Kapitals
Zur Logik des deutschen Moralismus 65

Solidarität mit uns selbst!
Die Hafenstraße, die unterdrückten Völker und die Juden 69

Testkrieg und Bilderpolitik
Nachtrag zum Golfkrieg 70

Die Intellektuellen und der Golfkrieg 73

Das Chamäleon von Bagdad
Über Saddam Hussein und die irakische Opposition, Israel und den Nahen Osten: Ein Streitgespräch 79

"Bilanz einer Friedensstiftung"
Die Marxistische Gruppe und die 'Kollektivschuld' 81

Dem Antisemitismus angepaßt
Aus dem agitatorischen Arsenal einer Freiburger Sekte 82

Mit "Emma" an die Front 83

Irak - Gate
Der große Friede mit den Tätern 84

1914, 1939 - oder 1991? 85

Hitler von Bagdad
Hans Magnus Enzensbergers Nachhilfekurs 'Anthropologie für Deutsche' 86

Vorbemerkung zu

"Nationalsozialismus und Antisemitismus" von Moishe Postone

Die Behauptung, Auschwitz entziehe sich der Vernunft, gehört längst zum guten Ton. Konfrontiert mit der Ungeheuerlichkeit der Tatsache, nimmt der Bürger Zuflucht zu einer Gelegenheitserklärung und ordnet die Vernichtung der europäischen Juden in der Allerweltskategorie des "Irrationalen" ein. Das beruhigt nicht nur durch Namensgebung, sondern hat auch den unschätzbaren Vorteil, das angeblich Unbegreifliche in eine sonderbar leicht handhabbare Wesenheit zu verwandeln. Wie der Wilde sich einbildet, die Gewittergefahr zu bannen, indem er ihr einen übernatürlichen Namen beilegt, versichert sich der Bürger, indem er Auschwitz aus *seiner* Geschichte entfernt, einer alles in allem vernünftigen Geschichte, in der sich die Tendenz zur Modernisierung durchsetzt, die uns über einige Umwege die Demokratie beschert hat, die wir heute genießen.

Seit knapp einem Jahrzehtent wird diese gängige Sichtweise der jüngeren Geschichte von Historikern vertreten, die in anderem Zusammenhang unter dem Etikett "Funktionalisten" bekannt sind[1]. Gestützt auf eine Unmenge von Monographien über verschiedene Aspekte der deutschen Gesellschaft unter dem Nationalsozialismus, schlägt Martin Broszat[2], der Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München vor, die Geschichte zweizuteilen: auf der einen Seite das "Schreckliche, das in der NS-Zeit geschehen ist"[3], auf der anderen die gesellschaftlichen Prozesse langer Dauer, die über diese zwölf Jahre nach hinten und nach vorne hinausgehen und es erlauben, sie zu "historisieren". Als Beispiel führt Broszat das Projekt für ein Sozialversicherungssystem an, das 1941/42 im Auftrag der deutschen Arbeitsfront ausgearbeitet wurde und weitgehend die Sozialversicherung der BRD angeregt hat[4]. Es war also doch nicht alles so schlecht in diesem Regime, und abgesehen von aller "Schändlichkeit" gilt es, die vielen "sozialen, wirtschaftlichen, zivilisatorischen Wirkungskräfte" anzuerkennen. Zwar ist zu bedauern, daß die "Modernisierung" in Deutschland so mörderische Wege eingeschlagen hat, aber nach so vielen Jahren verlangt "die Normalisierung unseres Geschichtsbewußtseins"[5], daß all diese guten Seiten des Nationalsozialismus, die das goldene Zeitalter der Nachkriegszeit vorbereitet haben, aus dem Schatten von Auschwitz heraustreten. Kurzum: "die katastrophale Bilanz der Weltanschauungspolitik des Regimes" darf die "soziale Dynamisierungsfunktion des Nationalsozialismus" nicht durch "Rückprojektion" unterschlagen[6].

In seiner Antwort auf Broszat machte der Historiker Saul Friedländer darauf aufmerksam, daß die Entgrenzung der nationalsozialistischen Zeit und ihre Einordnung in die lange Dauer einen Perspektivenwechsel mit sich bringt, der die nationalsozialistische Zeit tendenziell wie jede andere historische Epoche behandelt[7]. Es verwische sich der charakteristische Zug dieser Zeit: das Auftreten von politischen Bedingungen, die Praxis wurden, daß Antisemitismus und Rassenhygine überhaupt erst Praxis wurden.

Im Anschluß an diese Kritik ergab sich zwischen den beiden Historikern ein Briefwechsel, in dessen Verlauf Broszat offen aussprach, was sein "Plädoyer" sich noch die Mühe gab, in methodologische Überlegungen zu kleiden: daß es sich dabei um eine "deutsch-zentrische Sicht" handele, die den "Bedürfnissen" der "jüngeren Generation von Deutschen" entspreche[8]. Wenn man Broszat Glauben schenken darf, fordern die Jüngeren, daß "die moralische Bewertung und Verurteilung der Verbrechen und Versäumnisse der NS-Zeit dem rationalen Begreifen dieser Vergangenheit standhält"[9], während "viele, v.a. auch jüdische Menschen auf einer mythischen Form dieses Erinnerns beharren"[10]. Wer der neuen deutschnationalen Geschichtsschreibung nicht pariert, dem wird alle Vernunft bestritten, der wird als mythischer Kopf abqualifiziert. Die Nation der Auschwitztäter reklamiert das Deutungsmonopol über ihre eigenen Missetaten und schmeichelt sich, den Überlebenden und ihren Nachfahren großzügigerweise das Recht zuzugestehen, ihre Wunden zu lecken.

Es wäre nur langweilig nachzuzeichnen, wie Broszat, auf frischer Tat ertappt, versucht, sich in bald empörtem bald aggressivem Ton aus der Affäre zu ziehen und sich dabei nur immer weiter in sie verstrickt. Von Bedeutung ist hier einzig, daß diese Art von Rationalisierung der jüngsten Geschichte sich nur allzu gut verträgt mit der obskurantistischen Auffassung, die Auschwitz in den Halbschatten des "Irrationalen" verweist, in dem alle Katzen grau sind. Broszat konzediert bereitwillig, daß das "wissenschaftliche" Verstehen und Erklären immer unfähig sein wird, die Vernichtung der europäischen Juden zu begreifen[11]. Die Sache ist zu den Akten gelegt, das Leben geht weiter.

Bei näherem Hinsehen wird deutlich, daß sich Broszat und Friedländer nicht so sehr über diese dualistische Sichtweise der Geschichte uneins sind, als vielmehr über den Zusammenhang bzw. Nichtzusammenhang von Rationalem und Irrationalem, eine Frage, die über die historische Forschung im eigentlichen Sinne hinausgeht und ein Werturteil ins Spiel bringt, das Friedländer als subjektiv bezeichnet. Wer die "lange Dauer" des Rationalen hervorhebt, um die Kontinuität der deutschen Nationalgeschichte zu rekonstruieren, entsubstantialisiert zwangsläufig die Vernichtungspolitik und reduziert sie auf einen Unfall der Geschichte. Wer dagegen die zentrale Bedeutung von Auschwitz hervorhebt, sprengt den gewöhnlichen Verlauf der Geschichte auf und ermöglicht damit allererst, die Frage nach dem Zusammenhang von rationaler Kontinuität und irrationalem Ereignis zu stellen, die einzige, die wenigstens den Horizont der *einen* Geschichte offenhält.

Es ist jedoch mehr als zweifelhaft, ob ein Denken, das die gängige Rede von "rationaler Modernität" und "irrationalem Auschwitz" akzeptiert, mit dieser Frage überhaupt fertig werden kann. Ist die Geschichte erst einmal zweigeteilt, sind die beiden Stücke erst einmal gegensätzlichen Kategorien zugeordnet, so ist kaum mehr abzusehen, wie die Reflexion, die Friedländer fordert, noch zu einem schlußkräftigen Resultat führen könnte[12]. Der von Friedländer vorgeschlagene Begriff der "politischen Religion" ist nichts anderes als ein rundes Viereck: "Religion" benennt das Irrationale, "Politik" das Rationale. Es handelt sich dabei eher um eine terminologische List als um eine Erklärung. Im Übrigen besteht die Lähmung des Historikers weiter. Sie "resultiert aus der Gleichzeitigkeit und der Verquickung völlig heterogener Phänomene: messianischer Fanatismus und bürokratische Strukturen, pathologische Handlungsantriebe, administrative Erlasse, archaische Denkweisen und hochentwickelte Industriegesellschaft. Wir wissen im einzelnen, was geschah, wir kennen die Abfolge der Ereignisse und ihre möglichen Zusammenhänge, aber die Tiefendynamik des Phänomens entgleitet uns."[13]

Um aus dieser Sackgasse herauszukommen, scheint es angebracht, sich über das begriffliche Fundament dieser dualistischen Geschichtsanschauung Rechenschaft zu geben. Broszat und Friedländer sind sich einig, daß der tatkräftige Antisemitismus die rationale Reinheit der sogenannten Modernisierungsprozesse nicht im geringsten antastet, eben weil sich diese Prozesse auch in anderen Ländern ereigneten, ohne deshalb auf ein Auschwitz hinauszulaufen. So zerfällt die Geschichte in kleine Nationalgeschichten, die anschließend verglichen werden, um daraus den armseligen Begriff der "Modernisierung" zu extrahieren, der bezeichnet, was ihnen gemeinsam sein soll. Dieser in allen westlichen Ländern anzutreffende "Faktor" wird dann mit anderen, mehr oder weniger nationalspezifischen "Faktoren" kombiniert, und so kommt es zu diesem Faktoropolie, mit dem die Historiker bis zum Jüngsten Gericht weiterspielen werden, ohne daß es je zur Entscheidung kommt. Die Spielregeln selbst machen das Spiel endlos, der Unauffindbarkeit der richtigen Kombination entspricht die Willkür der analytischen Zerteilung der Geschichte in Faktoren: die analytische Methode wird sich selbst zum Hindernis. Da die Sache selbst an sich immer schon vermittelt ist, unterliegen faktorielle Begriffe wie "Modernisierung", die von dieser inneren Vermittlung nichts mehr erkennen lassen, selbst der Kritik. Ihre aseptische Unbedarftheit resultiert weitgehend aus einer Rationalisierung, deren Verfechter den Siegern der Geschichte applaudieren, die nur daran interessiert sein können, das Leiden vergessen zu machen, das ertragen mußte, über wen die Modernisierung hinwegging. Anstatt auf all die vorhergegangenen Massaker der Geschichte ein neues Licht zu werfen, erscheint Auschwitz als der einzige geschichtliche Ort von Gewalt und hat die Funktion, die dort kulminierende und darüber hinausgehende Geschichte weißzuwaschen.

Auschwitz ist ein qualitativer Sprung. Abgesehen von einigen marxistischen Ökonomen, sind sich alle Analysen einig über die offenkundige Afunktionalität der Vernichtung der

europäischen Juden: Auschwitz "war zu nichts gut". Das erste Gesetz des bürgerlichen Subjekts, das Gesetz der Selbsterhaltung und Prinzip instrumenteller Rationalität wird praktisch Lügen gestraft. In der kapitalistischen Ordnung der Dinge kann für vernünftig nur gelten, was nützlich ist. Wenn dieses Prinzip von Anfang an ein Prinzip der Rationalisierung war, insofern es die Kolonialmassaker, Kriege usw. legitimiert hat und legitimiert, so finden diese noblen Aktivitäten in ihm gleichermaßen ihr begrenzendes Prinzip. Wer jemanden tötet, weil ihm das von Nutzen ist, anerkennt den anderen eben dadurch, daß er ihn als ein Hindernis bei der Verfolgung seiner Ziele betrachtet. Er erkennt ihn als ein Mittel seiner Tätigkeit an, auch wenn diese Anerkennung ganz und gar negativ ist. Der Zweck des Mordes ist nicht der Mord selbst, sondern das, was der Getötete durch sein Leben verhindert: die Kolonialisierung Amerikas, den "sozialen Frieden" usw.

Wenn man sich nun fragt, inwiefern die Juden in den Augen des Antisemiten ein Hindernis darstellen, so stößt man auf das, was gewöhnlich eine "Wahnvorstellung" genannt wird, eine wahnsinnige Abstraktion, die Reinheit von deutschem Volk bzw. französischer Nation. Der Antisemit erhebt sich nicht gegen diesen konkreten Juden, weil er ihn etwa als Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt betrachtete. Er greift "den Juden" an, eine Abstraktion, die das Pendant zur völkischen Abstraktion darstellt. Er hebt von der empirischen Realität ab und bewegt sich nun in einer Welt, die von den Mächten des nationalen Lichts und den Gewalten der kosmopolitischen Finsternis bewohnt ist. Für ihn wird von größter Bedeutung, jeden auszurotten, der in seinen Augen die unheilbringende Abstraktion personifiziert, so daß er nach und nach seine konkreten und unmittelbaren Interessen aus dem Blick verliert und sogar zur Kriegsführung unbedingt notwendige Eisenbahnkapazitäten für die Vernichtung der europäischen Juden reserviert. Der instrumentellen Vernunft erscheint diese Handlungsweise als "irrational", weil kein anderes greifbares Ziel als die Vernichtung der Juden anvisiert wird. Der Unterschied zwischen Mittel und Zweck ist verschwunden. Im Gegensatz z.B. zu den amerikanischen Indianern werden die Juden nicht als Hindernis der Kolonisierung eines "jungfräulichen Bodens" anerkannt, sie werden ausgerottet als Personifikation einer Abstraktion, die der Antisemit "sich erfindet".

Es fragt sich nun, wie die antisemitische Weltanschauung in einer Welt entstehen konnte, die so stolz auf ihre instrumentelle Rationalität ist. Eine solche Analyse kann sich nicht auf die instrumentelle Vernunft selbst stützen. Nicht allein deshalb, weil sie Resultat einer Rationalisierung und deshalb von zweifelhafter Qualität ist, sondern auch, weil sie konstitutionell blind ist für den Zweck einer Handlung. Da sie sich darauf beschränkt, die Rationalität der angewandten Mittel zu kalkulieren, um ein gegebenes Ziel zu erreichen, liegt dieses Ziel selbst außerhalb ihrer Reichweite. Der Zweck erscheint ihr als Ergebnis einer "irrationalen" Entscheidung.

Typisch für diese Denkweise ist der Gedankengang von Raymond Aron. Der instrumentellen Vernunft verpflichtet, teilt Aron die Frage in zwei. Was die Mittel betrifft, behauptet er, "wird die industrielle Organisation des Mordes als Mittel zum Zweck rational, zum Zweck des Genozids". Was dagegen den Zweck selbst angeht, "schließt eine solche Zielsetzung die Vernunft aus", insofern "diese sich den Leidenschaften widersetzt". Denn, so weiß Aron zu berichten, "allein entfesselte Leidenschaft oder unbewußte Ängste diktieren eine solche Entscheidung"[14]. Es handelt sich hier um zwei Tautologien[15]. Wie die Rationalität der industriellen Mittel gesetzt ist, sobald die instrumentelle Vernunft akzeptiert wird, so ist auch der leidenschaftliche Charakter des Zwecks Ergebnis einer simplen Definition. Die instrumentelle Vernunft ist so aufgeklärt, daß sie davon blind wird: der göttlichen Transparenz der Mittel korrespondiert die vollkommene Undurchsichtigkeit des Zwecks. Durch die Projektion des Begriffspaars Mittel-Zweck auf das Begriffspaar Vernunft-Leidenschaft ist das Problem gelöst, bevor es überhaupt gestellt ist.

Da die instrumentelle Rationalität wie die antisemitische Ideologie aus ein und derselben kapitalistischen Welt stammen und diese folglich nicht jene erklären kann - genau darin besteht der methodologische Grund für das Scheitern, das Friedländer konstatiert.-, kann die Frage nur dadurch gelöst werden, daß die von den grundlegenden Kategorien der kapitalistischen Gesellschaft zur antisemitischen Gegenrationalität[16] aufsteigenden Vermittlungen dargestellt werden. Darum geht es der Studie von Moishe Postone über die Logik des Antisemitismus, die sich auf Marxens Kritik der politischen Ökonomie stützt. Im Anschluß an die Kritische Theorie insistiert Postone auf der Tatsache, daß "Das Kapital" kein Lehrbuch der Ökonomie ist - wie die Marxisten seit Kautsky glauben wollten -, sondern die Kritik einer bestimmten gesellschaftlichen Form der menschlichen Tätigkeit, d.h. die Kritik des Reichtums wie des Denkens, der gesellschaftlichen Materialität und der Idealität, der Ökonomie und der Ideologie, der falschen Gesellschaft und des von ihr erzeugten Fetischdenkens.

Schon auf den ersten Seiten des Kapital wird deutlich, daß die "Moderne" nicht so rational ist, wie sie immer vorgibt. Die Ware, die ein selbstverständliches Ding zu sein scheint, erweist sich als "ein sehr vertracktes Ding, voll metaphysischer Spitzfindigkeit und theologischer Mucken", als ein "sinnlich-übersinnliches Ding" von "mystischem Charakter"[17], als eine "gesellschaftliche Hieroglyphe"[18], eine "phantastische Gestalt"[19]. Sie ist nicht allein dies konkrete Ding, das einen bestimmten Gebrauchswert hat, sondern beinhaltet gleichermaßen eine abstrakte Dimension, den "Wert", der niemals als solcher erscheint, sondern so, daß einem Hören und Sehen vergeht.

Moishe Postone zeigt, daß der Antisemitismus aus der Art und Weise hervorgeht, in der die beiden Seiten der Ware und des Kapitals erscheinen. Er kann als eine Revolte verstanden werden , allerdings nicht gegen die Moderne sondern gegen die erscheinende Abstraktion; als eine "antikapitalistische" Revolte, die affirmiert, wogegen sie sich verquer richtet; als eine Revolte, die, anstatt dieser kapitalistischen Gesellschaft ein Ende zu bereiten, in die kalte Vernichtung der Juden mündet. ■

BODO SCHULZE

1 Eine Darstellung dieser Schule findet sich bei Saul Friedländer, Vom Antisemitismus zur Judenvernichtung, in: Eberhard Jäckel/Jürgen Rohwer: "Der Mord an den Juden im 2. Weltkrieg", Frankfurt, 1987, S. 18-60.

2 Eine wohlwollende Darstellung dieser Manipulation findet man bei Heinz-Gerhard Haupt, "En RFA: le nationalsocialisme en question", in: Yannis Thanassekos/Heinz Wismann (Hrsg.): "Révisions de l'Histoire. Totalitarisme, crimes et génocides nazis", Paris, 1990, S. 261-267. Siehe auch Detlev Claussen, "Vergangenheit mit Zukunft: über die Entstehung einer neuen deutschen Ideologie", in: Wieland Eschenhagen (Hrsg.): "Die neue deutsche Ideologie. Einsprüche gegen die Entsorgung der Vergangenheit", Darmstadt, 1988, S. 7-30.

3 Martin Broszat, "Grenzen der Wertneutralität in der Zeitgeschichtsforschung: Der Historiker und der Nationalsozialismus "(1981), in: ders., "Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte", München, 1988, S. 181.

4 Vgl. ders., "Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus "(1985), in ebd. S. 279.

5 Vgl. ebd. S. 281.

6 Ebd., S. 277.

7 Vgl. Saul Friedländer, "Überlegungen zur Historisierung des Nationalsozialismus, in: Dan Diner (Hrsg.): "Ist der Nationalsozialismus Geschichte?" Frankfurt, 1987, S. 40.

8 Martin Broszat/Saul Friedländer, "Um die Historisierung des Nationalsozialismus. Ein Briefwechsel, Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte", 36/2, April 1988, S. 342.

9 Ebd.

10 Ebd., S. 343.

11 Ebd., S. 352.

12 Manche machen aus der Not gar eine Tugend und erheben die endlose Diskussion zum Prinzip: "Dagegen ist die Debatte über die Gründe des Grauens unerschöpflich." (Vorwort von Alfred Grosser zu Gerald Fleming, Hitler et la solution finale, Paris, 1988, S. 9.

13 Saul Friedländer, Vom Antisemitismus zur Judenvernichtung, in a.a.O., S. 16

14 Raymond Aron, "Existe-t-il un mystère nazi?", in "Commentaire", Nr.7 (1979), S. 349.

15 Vgl. Jacques Guigou, "Les nouveaux tautologues", Grenoble, 1990.

16 Diesen Begriff hat Dan Diner vorgeschlagen. Siehe "Zwischen Aporie und Apologie. Über Grenzen der Historisierbarkeit des Nationalsozialismus", in ders. (Hrsg.): a.a.O, S. 72. Im Gegensatz zum Begriff der Irrationalität berücksichtigt der Begriff der Gegenrationalität, daß der Antisemitismus sich nicht nur der instrumentellen Rationalität radikal entgegensetzt, sondern dabei seiner eigenen Logik folgt.

17 Karl Marx, "Das Kapital", MEW 23, S. 85.

18 Ebd. S. 88.

19 Ebd. S. 91.

buchhandlung
wilhelmstr.15
tel. 0761/26877

antiquariat
moltkestr.31
tel. 0761/34008

7800 freiburg

jos fritz

Moishe Postone

Nationalsozialismus und Antisemitismus

Ein theoretischer Versuch

Die öffentliche Diskussion über Antisemitismus und Nationalsozialismus ist in Westdeutschland gekennzeichnet durch den Gegensatz zwischen Liberalen und Konservativen auf der einen, Linken auf der anderen Seite. Liberale und Konservative haben, wo sie sich mit dem Nationalsozialismus beschäftigen, ihre Aufmerksamkeit auf die Verfolgung und Ausrottung der Juden konzentriert, andere für den Nationalsozialismus zentrale Gesichtspunkte dagegen vernachlässigt. Damit sollte und soll auch der angeblich totale Bruch zwischen dem Dritten Reich und der Bundesrepublik betont werden. Die Ablehnung des Antisemitismus - der, in Verkennung seiner inneren Beziehung zum Nationalsozialismus, als bloße Vorurteilsform gefaßt wurde - diente so gleichzeitig der Legitimation des gegenwärtigen politischen Systems.

Auf der anderen Seite hatte und hat die westdeutsche Linke die Tendenz, den Nationalsozialismus als bloße Spielart des Kapitalismus zu begreifen. In ihrem Argumentationssystem werden demzufolge die Momente der Kontinuität zwischen dem Dritten Reich und der Bundesrepublik hervorgehoben. Die Linke hat die Ausrottung der Juden natürlich nicht unterschlagen, den Antisemitismus aber als eher peripheres Moment des Nationalsozialismus verstanden. Beide Anschauungen isolieren, jede auf ihre Weise, den Holocaust; sie behandeln ihn außerhalb einer sozio-ökonomischen und sozio-historischen Untersuchung des Nationalsozialismus: *Keine Analyse des Nationalsozialismus, die nicht die Ausrottung des europäischen Judentums erklären kann, wird ihm gerecht.*

I

Meine Absicht ist nicht die Beantwortung der Frage, *warum* dem Nazismus und dem modernen Antisemitismus ein historischer Durchbruch in Deutschland gelungen ist. Ein solcher Versuch müßte einer Betrachtung der Besonderheit deutscher Entwicklung Rechnung tragen; darüber ist zur Genüge gearbeitet worden. Dieser Essay will vielmehr untersuchen, *was* damals durchbrach: eine Betrachtung derjenigen Aspekte des modernen Antisemitismus, die als unabdingbarer Bestandteil des deutschen Nationalsozialismus betrachtet werden müssen. Dies auch als ein Ansatz, die Vernichtung des europäischen Judentums zu erklären, als die notwendige Voraussetzung einer adäquaten Beantwortung der Frage, warum es gerade in Deutschland geschah.

Was ist die Besonderheit des Holocaust und des *modernen* Antisemitismus? Sicher keine Frage der Quantität, sei es der Zahl der Menschen, die ermordet worden sind, noch des Ausmaßes ihres Leidens. Die Frage zielt vielmehr auf die qualitative Besonderheit. Bestimmte Aspekte der Ausrottung des europäischen Judentums bleiben so lange unerklärlich, wie der Antisemitismus als bloßes Beispiel für Vorurteil, Fremdenhaß und Rassismus allgemein behandelt wird, als Beispiel für Sündenbock-Strategien, deren Opfer auch sehr gut Mitglieder irgendeiner anderen Gruppe hätten gewesen sein können.

Charakteristisch für den Holocaust war der verhältnismäßig geringe Anteil an Emotion und unmittelbarem Haß (im Gegensatz zu Pogromen zum Beispiel); dafür aber ein Selbstverständnis ideologischer Mission, und, was das wichtigste ist: Der Holocaust hatte keine funktionelle Bedeutung. Die Ausrottung der Juden war kein Mittel zu einem anderen Zweck. Sie wurden nicht aus militärischen Gründen ausgerottet oder um gewaltsam Land zu nehmen (wie bei den amerikanischen Indianern); es ging auch nicht um die Auslöschung potentieller Widerstandskämpfer unter den Juden, mit dem Ziel, den Rest als Heloten besser ausbeuten zu können. (Dies war übrigens die Politik der Nazis Polen und Russen gegenüber.) Es gab auch kein anderes »äußeres« Ziel. *Die Ausrottung der Juden mußte nicht nur total sein, sondern war sich selbst Zweck - Ausrottung um der Ausrottung willen -, ein Zweck, der absolute Priorität beanspruchte.*[1]

Eine funktionalistische Erklärung des Massenmordes und eine Sündenbock-Theorie des Antisemitismus können nicht einmal im Ansatz erklären, warum in den letzten Kriegsjahren, als die deutsche Wehrmacht von der Roten Armee überrollt wurde, ein bedeutender Teil des Schienenverkehrs für den Transport der Juden zu den Gaskammern benutzt wurde und nicht für logistische Unterstützung des Heeres.

Ist die qualitative Besonderheit der Ausrottung des europäischen Judentums einmal erkannt, wird klar, daß Erklärungsversuche, die sich auf Kapitalismus, Rassismus, Bürokratie, sexuelle Unterdrückung oder die autoritäre Persönlichkeit stützen, viel zu allgemein bleiben. Die Besonderheit des Holocaust erfordert eine spezifischere Vermittlung, um sie wenigstens im Ansatz zu verstehen.

Die Ausrottung des europäischen Judentums steht natürlich in Beziehung zum Antisemitismus. Die Besonderheit des ersteren muß auf letzteren bezogen werden. Darüber hinaus muß der *moderne* Antisemitismus in Hinblick auf den Nazismus als Bewegung verstanden werden - eine Bewegung, die in der Sprache ihres eigenen Selbstverständnisses eine Revolte war.

Der moderne Antisemitismus, der nicht mit dem alltäglichen antijüdischen Vorurteil verwechselt werden darf, ist eine Ideologie, eine Denkform, die in Europa im späten 19. Jahrhundert auftrat. Sein Auftreten setzt Jahrhunderte früherer Formen des Antisemitismus voraus. Antisemitismus ist immer ein integraler Teil der christlich-westlichen Zivilisation gewesen. Allen Formen des Antisemitismus ist eine Vorstellung von jüdischer Macht gemeinsam: die Macht, Gott zu töten, die Beulenpest loszulassen oder, in jüngerer Zeit, Kapitalismus und Sozialismus herbeizuführen. Ein manichäisches Denken; die Juden spielen darin die Rolle der Kinder der Finsternis.

Nicht nur Ausmaß, sondern auch Qualität der den Juden zugeschriebenen Macht unterscheidet den Antisemitismus von anderen Formen des Rassismus. Alle Formen des Rassismus schreiben dem Anderen potentielle Macht zu. Diese Macht ist gewöhnlich aber konkret - materiell und sexuell - die Macht des Unterdrückten (als Macht des Verdrängten), die Macht des »Untermenschen«. Die den Juden antisemitisch zugeschriebene Macht wird nicht nur als größer, sondern auch im Unterschied zur rassischen Vorstellung über die potentielle Macht der »Untermenschen«, als wirklich angesehen. Seine qualitative Andersartigkeit im modernen Antisemitismus wird mit Attributen wie *mysteriöse Unfaßbarkeit*, *Abstraktheit* und *Allgemeinheit* umschrieben. Diese Macht erscheint gewöhnlich nicht als solche, sondern muß ein konkretes Gefäß, einen Träger, eine Ausdrucksweise finden. Weil diese Macht nicht konkret gebunden ist, nicht »verwurzelt« ist, wird sie als ungeheuer groß und schwer kontrollierbar empfunden. Sie steht hinter den Erscheinungen, ist aber nicht identisch mit ihnen. Ihre Quelle ist daher verborgen: konspirativ. Die Juden stehen für eine ungeheuer machtvolle, unfaßbare internationale Verschwörung.

Ein Naziplakat bietet ein plastisches Beispiel für diese Wahrnehmung: Es zeigt Deutschland - dargestellt als starker, ehrlicher Arbeiter - , das im Westen durch einen fetten, plutokratischen John Bull bedroht ist und im Osten durch einen barbarischen, bedrohlichen, bolschewistischen Kommissar. Jedoch sind diese beiden feindlichen Kräfte bloße Marionetten. Über den Rand des Globus, die Marionettenfäden fest in der Hand, späht der Jude. Eine solche Vision war keineswegs Monopol der Nazis. Der moderne Antisemitismus ist dadurch gekennzeichnet, daß die Juden für die geheime Kraft hinter jenen Widersachern, dem plutokratischen Kapitalismus und dem Sozialismus, gehalten werden. »Das internationale Judentum« wird darüber hinaus als das wahrgenommen, was hinter dem »Asphaltdschungel« der wuchernden Metropolen, hinter der »vulgären, materialistischen, modernen Kultur« und, generell, hinter allen Kräften, die zum Niedergang althergebrachter sozialer Zusammenhänge, Werte und Institutionen führen, steht. Die Juden stellen demnach eine fremde, gefährliche und destruktive Macht dar, die die soziale »Gesundheit« der Nation untergräbt. Für den modernen Antisemitismus ist nicht nur sein säkularer Inhalt charakteristisch, sondern auch sein systemartiger Charakter. Er beansprucht, die Welt zu erklären.

Diese deskriptive Bestimmung des modernen Antisemitismus ist zwar notwendig, um ihn von Vorurteil oder Rassismus im allgemeinen zu unterscheiden; sie kann jedoch als solche noch nicht die innere Beziehung zum Nationalsozialismus aufzeigen. Die Absicht also, die übliche Trennung zwischen einer sozio-ökonomischen Analyse des Nazismus und einer Untersuchung des Antisemitismus zu überwinden, ist auf dieser Ebene noch nicht erfüllt. Es bedarf einer *Erklärung* des oben beschriebenen Antisemitismus, die fähig ist, beides zu vermitteln. Sie muß sich historisch auf die gleichen Kategorien stützen, die für die Erklärung des Nationalsozialismus gültig sind. Es ist nicht meine Absicht, sozialpsychologische oder psychoanalytische Erklärungen zu negieren[2], sondern vielmehr einen historisch-erkenntnistheoretischen Zusammenhang zu erläutern, innerhalb dessen weitere psychologische Spezifizierung stattfinden kann. Solch

ein Zusammenhang muß den *besonderen Inhalt* des modernen Antisemitismus fassen und hat insofern historisch zu sein, als erklärt werden muß, warum diese Ideologie - beginnend im ausgehenden 19. Jahrhundert - sich zu jener Zeit so verbreitete. Fehlt ein solcher Zusammenhang, bleiben alle anderen Erklärungsversuche, die sich um Subjektivität zentrieren, historisch unspezifisch. Es bedarf einer Erklärung in Form einer materialistischen Erkenntnistheorie.

Eine vollständige Entfaltung des Antisemitismus-Problems würde den Rahmen dieses Essays bei weitem sprengen. Dennoch gilt es hervorzuheben, daß eine sorgfältige Überprüfung des modernen antisemitischen Weltbildes das Vorliegen einer Denkform deutlich werden läßt, in der die rasche Entwicklung des industriellen Kapitalismus durch den Juden personifiziert und mit ihm identifiziert wird. Es handelt sich dabei nicht um die bloße Wahrnehmung der Juden als Träger von Geld - wie im traditionellen Antisemitismus; vielmehr werden sie für ökonomische Krisen verantwortlich gemacht und mit gesellschaftlichen Umbrüchen und Umstrukturierungen identifiziert, die mit der raschen Industrialisierung einhergehen: explosive Verstädterung, der Untergang von traditionellen sozialen Klassen und Schichten, das Aufkommen eines großen, in zunehmendem Maße sich organisierenden industriellen Proletariats und so weiter. Mit anderen Worten: Die abstrakte Herrschaft des Kapitals, wie sie besonders mit der raschen Industrialisierung einhergeht, verstrickte die Menschen in das Netz dynamischer Kräfte, die, weil sie nicht durchschaut zu werden vermochten, in Gestalt des »Internationalen Judentums« wahrgenommen wurden.

Dies ist nicht wesentlich mehr als ein erster Zugang. Die Personifizierung ist zwar beschrieben, aber nicht erklärt. Es fehlt die erkenntnistheoretische Begründung. Ansätze dazu hat es gegeben. Das Problem jener Theorien - wie der Horkheimers[3] -, die sich wesentlich auf die Identifizierung der Juden mit dem Geld und damit auf die Zirkulationssphäre beziehen, besteht darin, daß sie nicht imstande sind, die antisemitische Vorstellung einzufangen, Juden stünden hinter Sozialdemokratie und Kommunismus. Auf den ersten Blick erscheinen Theorien wie die George Mosses[4], die den modernen Antisemitismus als Revolte gegen die »Moderne« interpretieren, ausreichender. Das Problem, das sich ihnen stellt, ist wiederum der Umstand, daß die »Moderne« ohne Zweifel das Industriekapital einschließt, welches - wie bekannt - gerade *nicht* Objekt antisemitischer Angriffe war; und dies sogar in der Periode rascher Industrialisierung. Nötig ist also ein Ansatz, der die Unterscheidung zwischen dem trifft, was moderner Kapitalismus ist und der Form, in der er erscheint; also die Unterscheidung zwischen Wesen und Erscheinung. Das Konzept der »Moderne« erlaubt eine solche Unterscheidung freilich nicht.

II

Diese Überlegung führt uns zu Marx' Begriff des Fetischs, einem Begriff, der die Grundlage einer historischen Erkenntnistheorie bildet, die sich in der Unterscheidung zwischen dem Wesen der kapitalistischen Verhältnisse und ihren Erscheinungsformen gründet.

Was dem Begriff des Fetischs vorausgeht, ist Marx' Analyse der Ware, des Geldes, des Kapitals als Formen gesellschaftlicher Verhältnisse und nicht nur als bloße ökonomische Bestimmungen[5]. Nach seiner Analyse erscheinen kapitalistische Formen gesellschaftlicher Beziehungen nicht als solche, sondern drücken sich in vergegenständlichter Form aus. Weil Arbeit im Kapitalismus auch die Funktion einer gesellschaftlichen Vermittlung hat, (»abstrakte Arbeit«), ist die Ware nicht bloß ein Gebrauchsgegenstand, in dem konkrete Arbeit vergegenständlicht ist, sondern sie verkörpert auch gesellschaftliche Verhältnisse. Vorkapitalistisch waren Gebrauchsgegenstände nach traditionellen Beziehungs- und Herrschaftsformen verteilt; im Kapitalismus aber sind Waren selber gesellschaftliche Vermittlung anstelle unmittelbarer sozialer Verhältnisse. Die Ware hat einen »Doppelcharakter«: Wert und Gebrauchswert. Als Objekt drückt die Ware die sozialen Verhältnisse aus und gleichzeitig verschleiert sie sie. Diese Verhältnisse haben keine andere, davon unabhängige Ausdrucksform. Durch diese Form der Vergegenständlichung gewinnen die gesellschaftlichen Verhältnisse des Kapitalismus ein Eigenleben, sie bilden eine »zweite Natur« - ein System von Herrschaft und Zwängen, das, obwohl gesellschaftlich, unpersönlich, sachlich und »objektiv« ist und deshalb *natürlich* zu sein scheint. Diese gesellschaftliche Dimension bestimmt die Waren und ihre Produktionsweise. Der Fetisch verweist nun auf die Denkweisen, die auf Wahrnehmungen und Erkenntnissen basieren, die in den Erscheinungsformen der gesellschaftlichen Verhältnisse befangen bleiben.

Betrachtet man die besonderen Charakteristika der Macht, die der moderne Antisemitismus den Juden zuordnet - nämlich Abstraktheit, Unfaßbarkeit, Universalität, Mobilität - dann fällt auf, daß es sich hierbei um Charakteristika der Wertdimension jener gesellschaftlichen Formen handelt, die Marx analysiert hat. Mehr noch: Diese Dimension - wie die unterstellte Macht der Juden - erscheint nicht unmittelbar, sondern nimmt vielmehr die Form eines stofflichen Trägers, der Ware, an.

Um die oben beschriebene Personifizierung zu deuten und dabei die Frage zu klären, warum der moderne Antisemitismus, der sich gegen so viele Aspekte der »Moderne« wandte, sich dem industriellen Kapital und der modernen Technologie gegenüber so verdächtig still verhielt, wird es an dieser Stelle nötig sein zu analysieren, wie kapitalistisch-gesellschaftliche Verhältnisse sich darzustellen pflegen.

Ich beginne mit der Warenform als Beispiel. Die dialektische Einheit von Wert und Gebrauchswert in der Ware erfordert, daß dieser »Doppelcharakter« sich in der Wertform entäußert, in der er »doppelt« erscheint: als Geld (die Erscheinungsform des Werts) und als Ware (die Erscheinungsform des Gebrauchswerts). Diese Entäußerung erweckt den Schein, als enthalte die Ware, die eigentlich sowohl Wert wie Gebrauchswert ausdrückt, nur letzteren, das heißt, sie erscheint als rein stofflich und »dinglich«. Weil die gesellschaftliche Dimension der Ware dabei entfällt, stellt sich das Geld als einziger Ort des Wertes dar, als Manifestation des ganz und gar Abstrakten anstatt als entäußerte Erscheinungsform der Wertseite der Ware selbst. Die dem Kapitalismus eigene Form vergegenständlichter gesellschaftlicher Beziehungen erscheint so auf der Ebene der Warenanalyse als Gegensatz zwischen Geld als Abstraktem einerseits und stofflicher Natur andererseits. Die kapitalistischen gesellschaftlichen Beziehungen scheinen ihren Ausdruck nur in der abstrakten Dimension zu finden - etwa als Geld und als äußerliche, abstrakte, allgemeine »Gesetze«.

Ein Aspekt des Fetischs ist also, daß kapitalistische gesellschaftliche Beziehungen nicht als solche in Erscheinung treten, und sich zudem antinomisch, als Gegensatz von Abstraktem und Konkretem, darstellen. Und weil beide Seiten der Antinomie vergegenständlicht sind, erscheint jede als quasinatürlich: die abstrakte Seite tritt in der Gestalt von »objektiven« Naturgesetzen auf, und die konkrete Seite erscheint als reine stoffliche Natur. Die Struktur entfremdeter gesellschaftlicher Beziehung, die dem Kapitalismus eigen ist, hat die Form einer quasi-natürlichen Antinomie, in der Gesellschaftliches und Historisches nicht mehr erscheinen.

Diese Antinomie wiederholt sich im Gegensatz positivistischer und romantischer Denkweisen. Die Mehrzahl der kritischen Untersuchungen fetischistischer Denkformen bezieht sich vor allem auf jenen Strang der Antinomie, der das Abstrakte als überhistorisch hypostasiert - das sogenannte positive bürgerliche Denken - und damit den gesellschaftlichen und historischen Charakter der bestehenden Beziehungen verschleiert. In diesem Beitrag geht es um den anderen Strang, nämlich um jene Formen von Romantizismus und Revolte, die ihrem Selbstverständnis nach antibürgerlich sind, in Wirklichkeit jedoch das Konkrete hypostasieren und damit innerhalb der Antinomie der kapitalistischen gesellschaftlichen Beziehungen verharren.

Formen antikapitalistischen Denkens, die innerhalb der Unmittelbarkeit dieser Antinomie verharren, tendieren dazu, den Kapitalismus nur unter der Form der Erscheinungen der abstrakten Seite dieser Antinomie wahrzunehmen, zum Beispiel Geld als »Wurzel allen Übels«. Dem wird die bestehende konkrete Seite dann als das »natürliche« oder ontologisch Mensch-

liche, das vermeintlich außerhalb der Besonderheit kapitalistischer Gesellschaft stehe, positiv entgegengestellt. So wird - wie etwa bei Proudhon - konkrete Arbeit als das nichtkapitalistische Moment verstanden, das der Abstraktheit des Geldes entgegengesetzt ist.[6] Daß konkrete Arbeit selbst kapitalistische gesellschaftliche Beziehungen verkörpert und von ihnen materiell geformt ist, wird nicht gesehen.

Mit der Fortentwicklung des Kapitalismus, der Kapitalform und ihres Fetischs bekommt die dem Warenfetisch innewohnende Naturalisierung neue Dimensionen. Wie bei der Warenform ist die Kapitalform durch das antinomische Verhältnis des Abstrakten und Konkreten, die beide natürlich erscheinen, gekennzeichnet. Die Qualität des »Natürlichen« ist aber unterschiedlich. Die des Warenfetischs ist die letzten Endes harmonische Beziehung einzelner abgeschlossener Einheiten. (Dieses Denkmodell steht nicht nur hinter der klassischen politischen Ökonomie und der Naturrechtslehre des 18. Jahrhunderts, sondern auch hinter dem Frühsozialismus und Anarchismus.)

Das Kapital ist nach Marx in seiner prozessualen Form als selbstverwertender Wert charakterisiert, als die unaufhörliche, rastlose Selbstvermehrung des Wertes. Es erscheint in der Form von Geld sowie in der von Waren, das heißt, es hat keine fertige und endgültige Gestalt. Kapital erscheint als rein abstrakter Prozeß. Seine konkrete Dimension ändert sich dementsprechend: Individuelle Arbeiten bilden nicht länger abgeschlossene Einheiten, sondern werden mehr und mehr zu Teilkomponenten eines größeren dynamischen Systems, das Mensch wie Maschine umfaßt und dessen Zweck Produktion um der Produktion willen ist. Das Ganze wird größer als die Summe der sie konstituierenden Individuen und hat einen Zweck, der außerhalb ihrer liegt. Die Kapitalform gesellschaftlicher Verhältnisse hat einen blinden, prozessualen, quasi-organischen Charakter.

Die dem Fetisch immanente Naturalisierung wird zunehmend biologisch aufgefaßt. Das mechanische Weltbild des 17. und 18. Jahrhunderts verliert an Bedeutung; mehr und mehr übernehmen organische Prozesse an Stelle statischer Mechanik die Form des Fetischs. Das drückt sich zum Beispiel in der Verbreitung solcher Denkformen aus wie der Lehre vom Staat als lebendigem Organismus, aber auch in den Rassentheorien und der zunehmenden Bedeutung des Sozialdarwinismus im späten 19. Jahrhundert.

Gesellschaft wie historischer Prozeß werden zunehmend biologisch begriffen. Diesen Aspekt des Kapitalfetischs will ich jedoch hier nicht weiter verfolgen. Festzuhalten ist, welche Wahrnehmungsweisen von Kapital sich daraus ergeben. Wie angedeutet, läßt der »Doppelcharakter« auf der logischen Ebene der Warenanalyse die Arbeit als ontologische Betätigungsweise erscheinen und nicht als eine Tätigkeit, die materiell von den gesellschaftlichen Beziehungen geformt wird; er stellt die Ware als rein stoffliches Ding dar und nicht als Vergegenständlichung vermittelter gesellschaftlicher Beziehungen. Auf der logischen Ebene des Kapitals läßt der »Doppelcharakter« (Arbeits- und Verwertungsprozeß) industrielle Produktion als ausschließlich materiellen schöpferischen Prozeß, ablösbar vom Kapital, erscheinen. Die manifeste Form des Konkreten ist nun organischer. So kann das industrielle Kapital als direkter Nachfolger »natürlicher« handwerklicher Arbeit auftreten und, im Gegensatz zum »parasitären« Finanzkapital, als »organisch verwurzelt«. Seine Organisation scheint der Zunft verwandt zu sein; der gesellschaftliche Zusammenhang, in dem es sich befindet, wird als eine übergeordnete organische Einheit gefaßt: Gemeinschaft, Volk, Rasse.

Kapital selbst - oder das, was als negativer Aspekt des Kapitalismus genommen wird - wird lediglich in der Erscheinungsform seiner abstrakten Dimension verstanden: als finanz- und zinstragendes Kapital. In dieser Hinsicht steht die biologistische Ideologie, die die konkrete Dimension (des Kapitalismus) als »natürlich« und »gesund« dem Kapitalismus (wie er erscheint) gegenüberstellt, nicht in Widerspruch zur Verklärung des Industriekapitals und seiner Technologie. Beide stehen auf der »dinglichen« Seite der Antinomie.

Das wird gewöhnlich mißverstanden. So zum Beispiel von Norman Mailer, der in einer Verteidigung des Neo-Romantizismus (und Sexismus) in seinem Buch The Prisoner of Sex schrieb, daß Hitler zwar von Blut gesprochen, aber die Maschine gebaut habe. Dabei blieb unverstanden: In fetischistischem Antikapitalismus dieser Art wird beides, Blut wie Maschine, als konkretes Gegenprinzip zum Abstrakten gesehen. Die positive Hervorhebung der »Natur«, des Blutes, des Bodens, der konkreten Arbeit, der Gemeinschaft geht ohne weiteres zusammen mit einer Verherrlichung der Technologie und des industriellen Kapitals. Diese Denkweisen sind genausowenig anachronistisch oder Ausdruck einer historischen Ungleichzeitigkeit zu nennen, wie der Aufstieg von Rassentheorien im späten 19. Jahrhundert als Atavismus aufzufassen ist. Sie sind historisch neue Denkformen, nicht die Wiederauferstehung einer älteren Form. Sie erscheinen nur als atavistisch oder anachronistisch aufgrund ihrer Betonung der biologischen Natur. Das ist jedoch selbst Teil des Fetischs, der das »Natürliche« als »wesensgemäß« und ursprungsnäher erscheinen läßt und die geschichtliche Entwicklung als zunehmend künstlich. Solche Denkformen begleiten die Entwicklung des industriellen Kapitalismus. Sie sind Ausdruck jenes antinomischen Fetischs, der die Vorstellung erzeugt, das Konkrete sei »natürlich« und dabei das gesellschaftlich »Natürliche« zunehmend so darstellt, daß es biologisch erscheint. Diese Form des »Antikapitalismus« erscheint daher nur so, als ob sie sehnsüchtig rückwärts gewandt sei; als Ausdruck des Kapitalfetischs drängt sie in Wirklichkeit vorwärts. Sie tritt auf im Übergang von liberalen zum organisierten industriellen Kapitalismus.[7]

Diese Form des »Antikapitalismus« beruht also auf dem einseitigen Angriff auf das Abstrakte. Abstraktes und Konkretes werden nicht in ihrer Einheit als begründende Teile einer Antinomie verstanden, für die gilt, daß die wirkliche Überwindung des Abstrakten - der Wertseite - die geschichtlich-praktische Aufhebung des Gegensatzes selbst sowie *jeder* seiner Seiten einschließt. Statt dessen findet sich lediglich der einseitige Angriff gegen die abstrakte Vernunft, das abstrakte Recht und, auf anderer Ebene, gegen das Geld- und Finanzkapital. So gesehen entspricht dieses Denken seiner komplementären liberalen Position in antinomischer Weise: Im Liberalismus bleibt die Herrschaft des Abstrakten unbefragt; eine Unterscheidung zwischen positiver und kritischer Vernunft wird nicht getroffen.

Der »antikapitalistische« Angriff

bleibt jedoch nicht bei der Attacke auf das Abstrakte als Abstraktem stehen. Selbst die abstrakte Seite erscheint vergegenständlicht. Auf der Ebene des Kapitalfetischs wird nicht nur die konkrete Seite naturalisiert und biologisiert, sondern auch die erscheinende abstrakte Seite, die nun in Gestalt des Juden wahrgenommen wird. So wird der Gegensatz von stofflich Konkretem und Abstraktem zum rassischen Gegensatz von Arier und Jude. Der moderne Antisemitismus besteht in der Biologisierung des Kapitalismus - der selbst nur unter der Form des erscheinenden Abstrakten verstanden wird - als internationales Judentum.

Meiner Deutung nach wurden die Juden also nicht nur mit dem Geld, das heißt der Zirkulationssphäre, sondern mit dem Kapitalismus überhaupt gleichgesetzt. Diese fetischisierende Anschauung schloß in ihrem Verständnis des Kapitalismus alle konkreten Aspekte wie Industrie und Technologie aus. Der Kapitalismus erschien nur noch als das Abstrakte, das wiederum für die ganze Reihe konkreter gesellschaftlicher und kultureller Veränderungen, die mit der schnellen Industrialisierung verbunden sind, verantwortlich gemacht wurde. Die Juden wurden nicht bloß als *Repräsentanten* des Kapitals angesehen (in diesem Fall wären die antisemitischen Angriffe wesentlich klassenspezifischer gewesen), sie wurden vielmehr zu *Personifikationen* der unfaßbaren, zerstörerischen, unendlich mächtigen, internationalen Herrschaft des Kapitals. Bestimmte Formen antikapitalistischer Unzufriedenheit richteten sich gegen die in Erscheinung tretende abstrakte Dimension des Kapitals in Gestalt des Juden, und zwar nicht etwa, weil die Juden bewußt mit der Wertdimension identifiziert worden waren, sondern vielmehr deshalb, weil durch den Gegensatz seiner konkreten und abstrakten Dimensionen der Kapitalismus selbst so erscheinen konnte. Deshalb geriet die »antikapitalistische« Revolte zur Revolte gegen die Juden. Die Überwindung des Kapitalismus und seiner negativen Auswirkungen wurde mit der Überwindung der Juden gleichgesetzt.[8]

III

Obwohl die innere Verbindung zwischen jener Art des »Antikapitalismus«, der den Nationalsozialismus beeinflußte, und dem Antisemitismus gezeigt worden ist, bleibt die Frage offen, warum die biologische Interpretation der abstrakten Seite des Kapitalismus sich an den Juden festmacht.

Diese »Wahl« war innerhalb des europäischen Kontextes keineswegs zufällig. Die Juden hätten durch keine andere Gruppe ersetzt werden können. Dafür gibt es vielfältige Gründe. Die lange Geschichte des Antisemitismus in Europa und die damit verbundene Assoziation Juden = Geld ist wohlbekannt. Die Periode der schnellen Expansion des industriellen Kapitals im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts fiel mit der politischen und gesellschaftlichen Emanzipation der Juden in Mitteleuropa zusammen. Die Zahl der Juden an den Universitäten, in den freien Berufen, im Journalismus, den schönen Künsten, im Einzelhandel nahm immer schneller zu - das heißt, die Juden wurden in der bürgerlichen Gesellschaft rasch aufgenommen, besonders in Sphären oder Berufen, die sich gerade ausweiteten und mit der neuen Form verbunden waren, die die Gesellschaft gerade annahm. Man könnte viele andere Faktoren berücksichtigen. Einen möchte ich hervorheben: Ebenso wie die Ware, als gesellschaftliche Form, ihren »Doppelcharakter« in dem entäußerten Gegensatz zwischen dem Abstrakten (Geld) und dem Konkreten (der Ware) ausdrückt, so ist die bourgeoise Gesellschaft durch die Trennung von (politischem) Staat und (bürgerlicher) Gesellschaft charakterisiert. Im Individuum stellt sie sich als Trennung zwischen Staatsbürger und (Privat-) Person dar. Als Staatsbürger ist das Individuum abstrakt. Das drückt sich zum Beispiel in der Vorstellung von der Gleichheit aller vor dem (abstrakten) Gesetz (zumindest in der Theorie) aus oder in der Forderung »eine Person, eine Stimme«. Als eine (Privat)-Person ist das Individuum konkret, eingebettet in reale Klassenbeziehungen, die als »privat« angenommen werden; das heißt, sie betreffen die bürgerliche Gesellschaft (im Gegensatz zum Staat) und sollen keinen politischen Ausdruck finden. In Europa war jedoch die Vorstellung von der Nation als einem rein politischen Wesen, abstrahiert aus der Substantialität der bürgerlichen Gesellschaft, nie vollständig verwirklicht. Die Nation war nicht nur eine politische Entität, sie war auch konkret, durch gemeinsame Sprache, Geschichte, Traditionen und Religion bestimmt. In diesem Sinne erfüllten die Juden nach ihrer politischen Emanzipation als einzige Gruppe in Europa die Bestimmung von Staatsbürgerschaft als rein politischer Abstraktion. Sie waren deutsche oder französische Staatsbürger, aber keine richtigen Deutschen oder Franzosen. Sie gehörten abstrakt zur Nation, aber nur selten konkret. Sie waren außerdem noch Staatsbürger der meisten europäischen Länder.

Diese Realität der Abstraktheit, die nicht nur die Wertdimension in ihrer Unmittelbarkeit kennzeichnet, sondern auch mittelbar den bürgerlichen Staat und das Recht, wurde genau mit den Juden identifiziert. In einer Periode, in der das Konkrete gegenüber dem Abstrakten, dem »Kapitalismus« und dem bürgerlichen Staat verklärt wurde, entstand daraus eine fatale Verbindung. Die Juden wurden als wurzellos, international und abstrakt angesehen.

IV

Der moderne Antisemitismus ist also eine besonders gefährliche Form des Fetischs. Seine Macht und Gefahr liegt darin, daß er eine umfassende Weltanschauung liefert, die verschiedene Arten antikapitalistischer Unzufriedenheit scheinbar erklärt und ihnen politisch Ausdruck verleiht. Er läßt den Kapitalismus aber dahingehend bestehen, als er nur die Personifizierung jener gesellschaftlichen Form angreift. Ein so verstandener Antisemitismus ermöglicht es, ein wesentliches Moment des Nazismus als verkürzten Antikapitalismus zu verstehen. Für ihn ist der Haß auf das Abstrakte charakteristisch. Seine Hypostasierung des existierenden Konkreten mündet in einer einmütigen, grausamen - aber nicht notwendig haßerfüllten Mission: der Erlösung der Welt von der Quelle allen Übels in Gestalt des Juden.

Die Ausrottung des europäischen Judentums ist ein Anzeichen dafür, daß es viel zu einfach ist, den Nazismus als eine Massenbewegung mit antikapitalistischen Obertönen zu bewerten, die diese Hülse 1934 im Röhm-Putsch abwarf, nachdem sie erst einmal ihren Zweck erreicht und sich in Form staatlicher Macht gefestigt hatte. Zum einen sind ideologische Formen nicht einfach Bewußtseinsmanipulationen. Und zum anderen mißversteht diese Auffassung das Wesen des »Antikapitalismus« der Nazis - das Ausmaß, in dem es der antisemitischen Weltanschauung innerlich verbunden war. Es stimmt, daß auf den zu konkreten und plebejischen »Antikapitalismus« der SA 1934 verzichtet wurde; nicht verzichtet wurde jedoch auf die antisemitische Grundhaltung - die »Erkenntnis«, daß die Quelle allen Übels das Abstrakte sei - der Jude.

Und die Folgen: Eine kapitalistische Fabrik ist ein Ort, an dem Wert produziert wird, der »unglücklicherweise« die Form der Produktion von Gütern annehmen muß. Das Konkrete wird als der notwendige Träger des Abstrakten produziert. Die Ausrottungslager waren demgegenüber *keine* entsetzliche Version einer solchen Fabrik, sondern müssen eher als ihre groteske arische »antikapitalistische« *Negation* gesehen werden. Auschwitz war eine Fabrik zur »Vernichtung des Werts«, das heißt, zur Vernichtung der Personifizierung des Abstrakten. Sie hatte die Organisation eines teuflischen industriellen Prozesses mit dem Ziel, das Konkrete vom Abstrakten zu »befreien«. Der erste Schritt dazu war die Entmenschlichung, das heißt, die »Maske« der Menschlichkeit wegzureißen und die Juden als das zu zeigen, was »sie wirklich sind«, Schatten, Ziffern, Abstraktionen. Der zweite Schritt war dann, diese Abstraktheit auszurotten, sie in Rauch zu verwandeln, jedoch auch zu versuchen, die letzten Reste des konkreten gegenständlichen »Gebrauchswerts« abzuschöpfen: Kleider, Gold, Haare, Seife.

Auschwitz, nicht die »Machtergreifung« 1933, war die wirkliche »Deutsche Revolution« - die wirkliche Schein-»Umwälzung« der bestehenden Gesellschaftsformation. Diese Tat sollte die Welt vor der Tyrannei des Abstrakten bewahren. Damit jedoch »befreiten« die Nazis sich selbst aus der Menschheit.

Militärisch verloren die Nazis den Krieg. Sie gewannen ihren Krieg, ihre »Revolution« gegen das europäische Judentum. Sie ermordeten nicht nur sechs Millionen jüdische Kinder, Frauen und Männer. Es ist ihnen gelungen, eine Kultur zu zerstören - eine sehr alte Kultur -, die des europäischen Judentums. Diese Kultur war durch eine Tradition gekennzeichnet, die eine sehr komplizierte Spannung von Besonderheit und Allgemeinheit in sich vereinigte. Diese innere Spannung wurde als äußere in der Beziehung der Juden zu ihrer christlichen Umgebung verdoppelt. Die Juden waren niemals völlig Teil der größeren Gesellschaften, in denen sie lebten; sie waren auch niemals völlig außerhalb dieser Gesellschaften. Dies hatte für die Juden häufig verheerende Auswirkungen, manchmal jedoch auch sehr fruchtbare.

Dieses Spannungsfeld sedimentierte sich im Zuge der Emanzipation in den meisten jüdischen Individuen. Die schließliche Lösung dieser Spannung zwischen Besonderem und Allgemeinem ist in der jüdischen Tradition eine Funktion der Zeit, der Geschichte - die Ankunft des Messias. Vielleicht jedoch hätte das europäische Judentum angesichts der Säkularisierung und Assimilation jene Spannung aufgegeben. Vielleicht wäre jene Kultur schrittweise als lebendige Tradition verschwunden, bevor die Auflösung des Besonderen

Parole der Woche Nr. 27/1942 / Zentralverlag der NSDAP., München

und des Allgemeinen verwirklicht worden wäre. Hierauf wird es niemals mehr eine Antwort geben können.

(Ich möchte mich für die Diskussion und Kritik bei Barbara Brick, Dan Diner und Jeffrey Herf bedanken. - Der Aufsatz erschien zuerst in: Merkur, H.1/1982, S.13-25. Aus dem Englischen übersetzt von Renate Schumacher und Dan Diner.)

MOISHE POSTONE

1 Der einzige jüngere Versuch in den westdeutschen Medien, die Ausrottung der Juden durch die Nazis qualitativ zu bestimmen, wurde von Jürgen Thorwald gemacht (*Spiegel* 5.2.1979)

2 Siehe z.B.: Norman Cohen, *Warrant for Genocide*, London 1967.

3 Max Horkheimer, *Die Juden und Europa*, 1939.

4 Georg Mosse, *The Crisis of German Ideology*, New York 1967.

5 Die erkenntnistheoretische Dimension der Marxschen Kritik ist dem ganzen »Kapital« immanent, wurde aber nur im Rahmen seiner Warenanalyse entschlüsselt dargestellt. Seine Kategorien sollen verstanden werden als gleichzeitige Ausdrucksformen besonderer verdinglichter gesellschaftlicher Beziehungen und Denkweisen. Dies unterscheidet sie wesentlich von der Hauptströmung Marxistischer Tradition, in der die Kategorien als Bestimmungen einer »ökonomischen Basis« begriffen werden und das Denken als Überbauphänomen aufgefaßt wird, das sich aus Klasseninteressen und -bedürfnissen ableitet.

Diese Form des Funktionalismus kann, wie erwähnt, die Nicht-Funktionalität der Ausrottung der Juden nicht adäquat erklären. Allgemeiner formuliert, kann sie nicht erklären, warum eine bestimmte Denkform, die sehr wohl im Interesse bestimmter Klassen und anderer gesellschaftlicher Gruppen liegen kann, eben diesen und keinen anderen Inhalt hat. Gleiches gilt gilt für die aufklärerische Vorstellung von Ideologie (und Religion) als Ergebnis bewußter Manipulation. Die Verbreitung einer bestimmten Ideologie impliziert, daß sie eine Resonanz besitzen muß, deren Ursprung zu erklären ist. Andererseits steht der, von Lukács, der Frankfurter Schule und Sohn-Rethel weiterentwickelte Marxsche Ansatz jenen einseitigen Reaktionen auf den traditionellen Marxismus entgegen, die jeden ernst zu nehmenden Versuch aufgegeben haben, Denkformen historisch zu erklären und jeden Ansatz in solche Richtung als »Reduktionismus« ablehnen.

6 Proudhon, der in dieser Hinsicht als einer der geistigen Vorläufer des modernen Antisemitismus gelten kann, meinte daher, die Abschaffung des Geldes - der erscheinenden Vermittlung - genüge bereits, um kapitalistische Beziehungen abzuschaffen. Kapitalismus ist jedoch von vermittelten gesellschaftlichen Beziehungen gekennzeichnet, die in kategorialen Formen vergegenständlicht sind, von denen Geld ein *Ausdruck*, nicht aber *Ursache* ist. Proudhon verwechselt demnach die Erscheinungsform - Geld als Vergegenständlichung des Abstrakten - mit dem Wesen des Kapitalismus.

7 Theorien, die den Nationalsozialismus als »antimodern« oder »irrational« darstellen, erklären die Wechselbeziehung dieser beider Momente nicht. Der Begriff »Irrationalismus« stellt den noch fortbestehenden »Rationalismus« gar nicht mehr in Frage und kann das positive Verhältnis einer »irrationalistischen«, »biologischen« Ideologie zur Ratio von Industrie und Technologie nicht erklären. Der Begriff »antimodern« übersieht die sehr modernen Aspekte des Nationalsozialismus und kann nicht angeben, warum nur einige Aspekte des »Modernen« angegriffen wurden und andere nicht. Beide Analysen sind einseitig und repräsentieren nur die andere, abstrakte Seite der oben beschriebenen Antinomie. Tendenziell verteidigen sie unkritisch die bestehende nichtfaschistische »Modernität« oder »Rationalität«. Damit ließen sie Raum für neue einseitige Kritik (diesmal von Linken) wie etwa die von Foucault oder Glucksmann, die die heutige moderne kapitalistische Zivilisation nur als abstrakte verstehen. All diese Ansätze sind nicht nur unbrauchbar für eine Theorie des Nationalsozialismus, die eine angemessene Erklärung für die Verbindung zwischen »Blut und Maschine« geben soll, sie können auch nicht aufzeigen, daß die Gegenüberstellung von »abstrakt« und »konkret«, von positiver Vernunft und »Irrationalismus« keineswegs die Grenzen einer absoluten Wahl abstecken, sondern daß die Pole dieser Gegensätze miteinander verbunden sind als antinomische Ausdrücke der dualen Erscheinungsformen ein und *desselben* Wesens: der kapitalistischen Gesellschaftsformation. (In diesem Sinn fiel Lukács in seinem unter dem Eindruck der unaussprechlichen Brutalität der Nazis geschriebenen Buch *Die Zerstörung der Vernunft* hinter seine eigenen kritischen Einsichten in die Antinomien bürgerlichen Denkens zurück, die er 25 Jahre zuvor in *Geschichte und Klassenbewußtsein* entwickelt hatte.) So bewahren solche Ansätze die Antinomie, anstatt sie theoretisch zu überwinden.

8 Wollte man die Frage behandeln, warum der moderne Antisemitismus so unterschiedlich stark in den verschiedenen Ländern verbreitet war und warum er in Deutschland hegemonial geworden ist, dann müßte man die oben entwickelte Argumentation in den entsprechenden sozialen und historischen Kontext stellen. Was Deutschland betrifft, ist von der besonders raschen Industrialisierung mit ihren weitreichenden sozialen Umwälzungen und dem Fehlen einer vorausgegangenen bürgerlichen Revolution mit ihren liberalen Werten und und ihrer politischen Kultur auszugehen. Die Geschichte Frankreichs von der Dreyfuß-Affaire bis zum Vichy-Regime scheint aber zu zeigen, daß eine bürgerliche Revolution vor der Industrialisierung keine ausreichende »Immunität« gegen den modernen Antisemitismus gibt. Andererseits war der moderne Antisemitismus in Großbritannien nicht sehr verbreitet, obwohl es dort natürlich auch Rassentheorien und Sozialdarwinismus gab. Der Unterschied könnte in dem Grad der Entwicklung der gesellschaftlichen Abstraktheit von Herrschaft vor der Industrialisierung liegen. Unter diesem Gesichtspunkt kann der Grad der Vergesellschaftung Frankreichs als zwischen dem Englands und, zum Beispiel, dem Preußens betrachtet werden, gekennzeichnet durch eine besondere Form der »Doppelherrschaft«: Ware und Staatsbürokratie. Beide sind Rationalistätsformen. Sie unterscheiden sich jedoch durch den Grad an Abstraktheit, wodurch sie Herrschaft vermitteln. Es scheint ein Zusammenhang zu bestehen zwischen der institutionellen Konzentration konkreter Herrschaft im Frühkapitalismus (Staatsbürokratie, Armee und Polizei eingeschlossen, Kirche) und dem Ausmaß, in dem später die abstrakte Herrschaft des Kapitals nicht nur als bedrohlich, sondern auch als mysteriös und fremd wahrgenommen wurde.

Theorie oder Kritik?

Eine erkenntniskritische Anmerkung

Stellt man den Artikel von Postone den meisten anderen dieser Zeitschrift gegenüber - oder solchen, wie sie von Pohrt oder Geisel, Broder oder Brumlik verfaßt werden -, fällt dessen 'Ausgewogenheit' in der Form der Darstellung auf. Die Wirkungsgeschichte dieses Textes belegt jedoch, daß die Vorwürfe der Arroganz bis hin zum Zynismus - sei es auch nur der der "überzogenen Kritik" an die Adresse der oben genannten oder anderer einschließlich der ISF -, nur entschuldigen sollen, was mit dem Text von Postone, trotz seiner Verpflichtung auf den 'guten Ton' unter wissenschaftlich gebildeten Lesern, geschah: daß auch ein moderater Stil mitnichten dazu führt, daß die Kritisierten sich mit einer inhaltlich gerechtfertigten Kritik auch auseinandersetzen.

Uns ist nicht bekannt, wie Postone heute, wo die von ihm angesprochenen Befürchtungen über einen latenten Antisemitismus auch und gerade innerhalb der Linken längst manifest geworden sind, über den linken Antisemitismus denkt.[1] Es ist kaum anzunehmen, daß er sein Urteil mittlerweile nicht in einem schärferen, dem Gegenstand angemesseneren Ton formulieren würde. Zumal Postone in seiner ausgewogenen, um Vermittlung bemühten Form die seit Adorno bzw. Löwenthal u.a. längst bekannte Tatsache nicht deutlich genug werden lassen kann, daß Antisemiten prinzipiell unbelehrbar sind. Was man auch sagt und tut - alles paßt sich ihrem Weltbild von der jüdischzionistischen oder sonstigen Weltverschwörung nahtlos ein. Das "Lernen aus der Geschichte" gehört jedenfalls, und dies nicht nur bei Antisemiten - das allein läßt sich aus der Geschichte lernen -, nicht zu den Fähigkeiten eines Bürgers.

Da Postone alles wesentliche gesagt hat, scheint einem Kritiker eigentlich nur die Möglichkeit zu verbleiben, das von ihm bloß implizierte auch ausdrücklich hervorzuheben. So die nicht explizit vorgenommene Bestimmung des Finanzkapitals als eine spezifische und für den Kapitalismus notwendige Vermittlungsstation zwischen Produktion und Konsumtion, die als Geld hekkendes Geld, als - im Gegensatz zu seiner wirklichen, lediglich vermittelnden Funktion - Spitze der Ausbeutung erscheint.[2] Durch einen Verweis auf diese verkehrte Erscheinungsweise der Ebenen von Produktion und Distribution kann - dies aber ist schon oft genug, wenn auch politisch konsequenzlos, geschehen - die von den Nazis getroffene Unterscheidung zwischen Industriekapital und Leih- und Börsenkapital (oder gängiger: die vom produzierenden gegen die vom raffenden Kapital) unmittelbar anschaulich gemacht werden.

Obwohl er die Frage, worin die besondere Qualität der Judenvernichtung unter den Nationalsozialisten besteht, beantwortet, sei doch auf eine bei Postone am Schluß auftauchende, zumindest mißverständliche Interpretation hingewiesen: Eine besondere Qualität besteht auf jeden Fall nicht darin, daß, über die industriell betriebene Ermordung von Menschen, auf totale Vernichtung einer - objektivistisch als eine bestimmte 'Rasse' ausdifferenzierte - Gruppe von Personen zielende Politik noch hinaus, außerdem eine besondere kulturelle Identität zerstört worden wäre. Die Zerstörung dieser kulturellen, und insbesondere religiösen Identitäten ist ein Charakterzug des Kapitalismus überhaupt - also nicht nur eine seiner Eigenschaften, die nur in seiner Erscheinungsweise unter den Nazis existiert hätte. Dies wäre sogar - horribili dictu - nicht einmal eine seiner schlechtesten, wenn es dem Kapitalismus bei dieser Zerstörung kultureller Identitäten um die Zerstörung von Religiosität (oder Nationalität) im allgemeinen ginge - und nicht um die Zerstörung bestimmter Religionen (oder Nationen), die dann durch andere, und sei es die des Geldes, ersetzt wird. Eine Kritik nur des Buddhismus ist nicht zugleich eine Kritik am Christentum, eine christlich motivierte Kritik des Judaismus bleibt Antisemitismus und der Vorwurf des Eurozentrismus hat sich bisher noch bei jeder abendländischen Kritik am Islamismus bestätigt. Solche Kritiken sind nur der Versuch, die eine schlechte Identität gegen die andere, mindestens ebenso fragwürdige auszutauschen. Die Kritik der Religion im allgemeinen aber bleibt Voraussetzung jeder Kritik der Gesellschaft: das ist ein Moment, das bei Postone zu kurz kommt.

Kommen wir nun zu dem einzig wirklich problematischen Punkt: Postone löst ein Problem zwar richtig, die Mittel, mit denen er das Problem löst, sind aber erkenntnistheoretisch fragwürdig.

Es geht um den Stellenwert, den die Marxsche Wertformanalyse einnimmt. Dabei ist gegen die Interpretation dieser Analyse durch Postone nichts einzuwenden - Marx ist in der Tat so zu lesen, wie Postone das tut.

Das Problem liegt darin, daß man die Wertformanalyse überhaupt zum Zwecke einer Erklärung heranzieht. Theorie einem vorgegebenen Zweck dienstbar zu machen, ist genau das, was die Marxsche Wertformanalyse am wenigstens intendiert. Oder anders: diese, vom Subjekt gesetzte Instrumentalisierung des Denkens für seine Zwecke ist nicht abzulösender Bestandteil der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie.

Das Problem liegt im Begriff der Erklärung: dies ist ein subjektiver Begriff, der sich seinen Objektivitätsanspruch (unter Rückgriff auf die formale Logik etwa) nur anmaßt. Postone muß, da er über diesen subjektivistischen Kern des Erklärungsbegriffes nicht hinausgehen kann, deshalb zugeben, daß der Antisemitismus der Nazis dem Bürger bestimmte Erscheinungen der kapitalistischen Welt *hinreichend erklärt*. Postone ist es, der sagt, daß diese Erklärung *ihm* nicht ausreicht. Er klopft deshalb die verschiedenen Erklärungsansätze daraufhin ab, ob sie das, was er - vom Prinzip her völlig zu Recht - erklärt haben möchte, wirklich leisten und findet im Marxschen Fetischbegriff den Schlüssel, der *ihn* zufriedenstellt. Dieses vom Subjekt bestimmte Verfahren der Theoriebildung aber widerspricht dem Anspruch der Marxschen Wertformanalyase. Denn die Kategorien der Wertformanalyse sollen es ermöglichen, aus ihnen all die anderen Bestimmungen zu entfalten, die die Reproduktionsweise der kapitalistischen Welt bestimmen - *einschließlich* der Kategorien, in denen das bürgerliche Subjekt sich seine Welt *erklärt*. Die Wertformanalyse versteht sich somit nicht als ein Erklärungsansatz unter anderen, sondern als der Beginn einer Reproduktion der gesamten, kapitalistischen Wirklichkeit im Wege des Denkens. Deshalb *ist* sie keine Weltanschauung, sondern der *Versuch* einer Reproduktion von Realität: Gelingt letzteres nicht, dann gibt es wesentliche Phänomene bürgerlicher Gesellschaften, die außerhalb des Geltungsbereichs der Wertformanalyse liegen, und es ist mit ihr insgesamt rein gar nichts anzufangen.

Könnte die Wertformanalyse also die Fragen, die Postone an sie stellt, nicht einlösen, dann wäre der Marxismus obsolet und müßte, wie es sich für den Leninismus schon längst gehört hätte, in den Archiven verschwinden. Aber, wie Postone zeigt - und Sohn-Rethel tut es in einer ganz anderen Hinsicht -: die Wertformanalyse versagt selbst vor dem sich historisch aufdrängenden Problem nicht, den Antisemitismus als eine *logisch* notwendige Erscheinungsweise der kapitalistischen Form gesellschaftlicher Synthesis ausweisen zu müssen. Das aber heißt, man kann nicht mit einem Theoriebegriff arbeiten, der noch hinter die Erkenntnisse von Kant zurückfällt. (Und der in Popper seinen autoritativen Fixpunkt hat.) Man kann sich nicht im Angebot der verschiedensten Erklärungsansätze wie in einem Warenhaus bedienen und sich dort die Ansätze heraussuchen, die einem subjektiv passen - auch wenn die getroffene Auswahl, aus welchen Gründen immer, richtig gewesen sein mag. Verlangt ist eine materialistische Darstellung der Reproduktionsweise bürgerlicher Gesellschaften, die deren charakteristische Erscheinungen als Ausdruck dieser Reproduktionsweise ausweisen kann. Daß die Wertformanalyse von Marx sich als diejenige erweist, die die allgemeinsten Bestimmungen, wie unvollständig auch immer, in sich enthält, sollte für die Form der eigenen Darstellung Konsequenzen haben - und eine davon wäre die, nicht, wie Postone, nach "einer Erklärung in Form einer materialistischen Erkenntnis*theorie*" zu suchen, sondern diese Erklärung in eine *Kritik* der bürgerlichen Gesellschaft, und das heißt gleichzeitig, in eine Kritik der Verkürzung der theoretischen Vernunft auf ihre instrumentelle Funktion aufgehen zu lassen. ■

MANFRED DAHLMANN

1 Das betrifft vor allem die von Postone angesprochene "Hypostasierung des Konkreten", die man mittlerweile allüberall festzustellen gezwungen ist. Der Vorwurf der Arroganz etc., (nicht in der privaten Auseinandersetzung vorgebracht, sondern im öffentlichen Streitgespräch) soll zwar eine Person treffen, mit ihr aber auch deren Standpunkt, und einen so von der Verpflichtung befreien, auf das Dargestellte näher einzugehen. Deshalb stellt dies nur die schwächere Variante des antisemitischen Vorwurfs von der "Bodenlosigkeit des frei schwebenden Intellektuellen" dar.

2 Die Verweise auf Proudhon zeigen, daß Postone dies impliziert.

Max Horkheimer, Erich Fromm, Herbert Marcuse u. a.

Studien über Autorität und Familie

Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung

966 Seiten, DM 128.-, ISBN 3-924245-08-8, Reprint der Ausgabe Paris 1936 mit einer Vorbemerkung zur Neuausgabe von Ludwig von Friedeburg.

Die *Studien über Autorität und Familie* sind neben der *Zeitschrift für Sozialforschung* das wichtigste kollektive Werk des frühen Frankfurter Instituts für Sozialforschung. Das Horkheimersche Programm der Durchdringung von empirischer Forschung und materialistischer Gesellschaftstheorie wird in ihnen paradigmatisch an der Familie als zentraler Instanz der Sozialisation durchgeführt.

Die *Studien* umfassen drei Abteilungen.

In der ersten Abteilung umreißen Horkheimer, Fromm und Marcuse in großen theoretischen Entwürfen die allgemeine kulturtheoretische, die sozialpsychologische und die ideengeschichtliche Dimension des Verhältnisses von Autorität und Familie.

Die zweite Abteilung dokumentiert die empirischen Untersuchungen des Instituts. Dabei werden nicht nur die Ergebnisse der einzelnen Erhebungen etwa bei Arbeitern und Angestellten, bei Jugendlichen oder bei Arbeitslosen dargelegt, sondern immer auch die angewandten Methoden ausgewiesen und die verfolgten Ziele erläutert.

Die dritte Abteilung enthält verschiedene Einzelstudien und Literaturberichte. Wittfogel untersucht »Wirtschaftsgeschichtliche Grundlagen der Entwicklung der Familienautorität«, Hans Mayer »Autorität und Familie in der Theorie des Anarchismus«, Marcuse »Autorität und Familie in der deutschen Soziologie bis 1933«.

zu Klampen Verlag

Feldstraße 27 2120 Lüneburg Tel.: 04131/4 83 79 Fax: 04131/4 83 36

Antisemitismus der Vernunft

Hitlers Brief an Adolf Gemlich, kommentiert von Detlev Claussen

München, 16. Sept. 1919

Sehr geehrter Herr Gemlich!

Wenn die Gefahr, die das Judentum für unser Volk heute bildet, seinen Ausdruck findet in einer nicht wegzuleugnenden Abneigung großer Teile unseres Volkes, so ist die Ursache dieser Abneigung meist nicht zu suchen in der klaren Erkenntnis des bewußt oder unbewußt planmäßig verderblichen Wirkens der Juden als Gesamtheit auf unsere Nation, sondern sie entsteht meist durch den persönlichen Verkehr, unter dem Eindruck, den der Jude als einzelner zurückläßt und der fast stets ein ungünstiger ist. Dadurch erhält der Antisemitismus nur zu leicht den Charakter einer bloßen Gefühlserscheinung. Und doch ist dies unrichtig. Der Antisemitismus als politische Bewegung darf nicht und kann nicht bestimmt werden durch Momente des Gefühls, sondern durch die Erkenntnis von Tatsachen. Tatsachen aber sind:

Zunächst ist das Judentum unbedingt Rasse und nicht Religionsgenossenschaft. Und der Jude selber bezeichnet sich nie als jüdischen Deutschen, jüdischen Polen oder etwa jüdischen Amerikaner, sondern stets als deutschen, polnischen oder amerikanischen Juden. Noch nie hat der Jude von fremden Völkern, in deren Mitte er lebt, viel mehr angenommen als die Sprache. Und sowenig ein Deutscher, der in Frankreich gezwungen ist, sich der franz[ösischen] Sprache zu bedienen, in Italien der italienischen und in China der chinesischen, dadurch zum Franzosen, Italiener oder gar Chinesen wird, so wenig kann man einen Juden, der nunmal unter uns lebt, und, dadurch gezwungen, sich der deutschen Sprache bedient, deshalb einen Deut-

schen nennen. Und selbst der mosaische Glaube kann, so groß auch seine Bedeutung für die Erhaltung dieser Rasse sein mag, nicht als ausschließlich bestimmend für die Frage, ob Jude oder Nichtjude, gelten. Es gibt kaum eine Rasse, deren Mitglieder ausnahmslos einer einzigen bestimmten Religion angehören.

Durch tausendjährige Inzucht, häufig vorgenommen in engstem Kreise, hat der Jude im allgemeinen seine Rasse und ihre Eigenarten schärfer bewahrt als zahlreiche der Völker, unter denen er lebt. Und damit ergibt sich die Tatsache, daß zwischen uns eine nichtdeutsche fremde Rasse lebt, nicht gewillt und auch nicht imstande, ihre Rasseneigenarten zu opfern, ihr eigenes Fühlen, Denken und Streben zu verleugnen, und die dennoch politisch alle Rechte besitzt wie wir selber. Bewegt sich schon das Gefühl des Juden im rein Materiellen, so noch mehr sein Denken und Streben. Der Tanz ums goldene Kalb wird zum erbarmungslosen Kampf um alle jene Güter, die nach unserm inneren Gefühl nicht die höchsten und einzig erstrebenswerten auf dieser Erde sein sollen.

Der Wert des einzelnen wird nicht mehr bestimmt durch seinen Charakter, der Bedeutung seiner Leistungen für die Gesamtheit, sondern ausschlieblich durch die Größe seines Vermögens, durch sein Geld.

Die Höhe der Nation soll nicht mehr gemessen werden nach der Summe ihrer sittlichen und geistigen Kräfte, sondern nur mehr nach dem Reichtum ihrer materiellen Güter.

Aus diesem Fühlen ergibt sich jenes Denken und Streben nach Geld und Macht, die dieses schützt, das den Juden skrupellos werden läßt in der Wahl der Mittel, erbarmungslos in ihrer Verwendung zu diesem Zweck. Er winselt im autokratisch regierten Staat um die Gunst der "Majestät" des Fürsten und mißbraucht sie als Blutegel an seinen Völkern.

Er buhlt in der Demokratie um die Gunst der Masse, kriecht vor der "Majestät des Volkes" und kennt doch nur die Majestät des Geldes.

Er zerstört den Charakter des Fürsten durch byzantinische Schmeichelei, den nationalen Stolz, die Kraft eines Volkes, durch Spott und schamloses Erziehen zum Laster. Sein Mittel zum Kampf ist jene öffentliche Meinung, die nie ausgedrückt wird durch die Presse, wohl aber immer durch sie geführt und gefälscht wird. Seine Macht ist die Macht des Geldes, das sich in Form des Zinses in seinen Händen mühe- und endlos vermehrt, und den Völkern jenes gefährlichste Joch aufzwingt, das sie seines anfänglichen goldigen Schimmers wegen so schwer in seinen späteren traurigen Folgen zu erkennen vermögen. Alles was Menschen zu Höherem streben läßt, sei es Religion, Sozialismus, Demokratie, es ist ihm alles nur Mittel zum Zweck, Geld- und Herrschgier zu befriedigen.

Sein Wirken wird in seinen Folgen zur Rassentuberkulose der Völker.

Und daraus ergibt sich folgendes: Der Antisemitismus aus rein gefühlmäßigen Gründen wird seinen letzten Ausdruck finden in der Form von Progromen [so in der Vorlage]. Der Antisemitismus der Vernunft jedoch muß führen zur planmäßigen gesetzlichen Bekämpfung und Beseitigung der Vorrechte des Juden, die er zum Unterschied der anderen zwischen uns lebenden Fremden besitzt (Fremdengesetzgebung). Sein letztes Ziel aber muß unverrückbar die Entfernung der Juden überhaupt sein. Zu beidem ist nur fähig eine Regierung nationaler Kraft und niemals eine Regierung nationaler Ohnmacht.

Die Republik in Deutschland verdankt ihre Geburt nicht dem einheitlichen nationalen Willen unseres Volkes, sondern der schlauen Verwertung einer Reihe von Umständen, die zusammengefaßt sich in tiefer allgemeiner Unzufriedenheit äußerten. Diese Umstände jedoch waren unabhängig von der Staatsform und sind auch heute noch wirksam. Ja mehr noch als früher. So erkennt denn auch schon ein großer Teil unseres Volkes, daß nicht die geänderte Staatsform als solche unsere Lage zu ändern und bessern vermag, sondern nur eine Wiedergeburt der sittlichen und geistigen Kräfte der Nation.

Und diese Wiedergeburt wird nicht in die Wege geleitet durch eine Staatsführung unverantwortlicher Majoritäten unter dem Einfluß bestimmter Parteidogmen, einer unverantwortlichen Presse, durch Phrasen und Schlagwörter internationaler Prägung, sondern nur durch rücksichtslosen Einsatz nationalgesinnter Führerpersönlichkeiten mit innerlichem Verantwortungsgefühl.

Diese Tatsache jedoch raubt der Republik die innere Unterstützung der vor allem so nötigen geistigen Kräfte der Nation. Und so sind die heutigen Führer des Staates gezwungen, sich Unterstützung zu suchen bei jenen, die ausschließlich Nutzen aus der Neubildung der deutschen Verhältnisse zogen und ziehen, und die aus diesem Grunde ja auch die treibenden Kräfte der Revolution waren, den Juden. Ohne Rücksicht auf die auch von den heutigen Führern sicher erkannte Gefahr des Judentums (Beweis dafür sind verschiedene Aussprüche derzeitig leitender Persönlichkeiten) sind sie gezwungen, die ihnen zum eigenen Vorteil von den Juden bereitwillig gewährte Unterstützung anzunehmen und damit auch die geforderte Gegenleistung zu bringen. Und dieser Gegendienst besteht nicht nur in jeder möglichen Förderung des Judentums überhaupt, sondern vor allem in der Verhinderung des Kampfes des betrogenen Volkes gegen seine Betrüger, in der Unterbindung der antisemitischen Bewegung.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Adolf Hitler.

(Adolf Hitler, Brief an Adolf Gemlich, 16. Sept. 1919. Zit. nach: Hitler - Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924. Herausgegeben von Eberhard Jäckel zus. m. Axel Kuhn (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Band 21), Stuttgart 1980, Dok. Nr. 61, S. 88-90; jetzt: Oldenbourg Verlag, München)

KOMMENTAR: ANTISEMITISMUS DER VERNUNFT

Um den nationalsozialistischen Antisemitismus zu charakterisieren, bedient man sich meist solcher Formeln wie "irrational", "wahnhaft", "pseudowissenschaftlich", "rassistisch"; schnell assoziiert man die antisemitische Propaganda eines Julius Streicher und des "Stürmer". Dabei vergißt man leicht, daß der Antisemitismus als Ideologie mehr ist als bloß diese offensichtliche antisemitische Agitation. An Hitlers und Rosenbergs Schriften läßt sich studieren, welche Schritte nötig waren, um aus der antisemitischen Alltagsreligion eine Weltanschauung zu machen, nach der systematisch gehandelt werden konnte. Der nationalsozialistische Antisemitismus verknüpft die oberflächlich agitatorische Seite (Sportpalast, "Stürmer") mit einem modernen gesellschaftlichen Organisationsverständnis. Der Antisemitismus der Vergangenheit wird von Hitler abgelehnt als "Antisemitismus aus rein gefühlsmäßigen Gründen".

In "Mein Kampf" schildert Hitler seinen Antisemitismus als Bildungsgeschichte, in der er von seiner "wohl (...) schwerste(n) Wandlung überhaupt" spricht. Im Gefolge von Luegers (1844 bis 1910) christlich-sozialer antisemitischer Wiener Agitation ist es zu diesem Bildungsprozeß gekommen: "Sie hat mich die meisten inneren Kämpfe gekostet, und erst nach einem monatelangen Ringen zwischen Verstand und Gefühl begann der Sieg auf die Seite des Verstandes zu schlagen. Zwei Jahre später war das Gefühl dem Verstande gefolgt, um von nun an dessen treuester Wächter und Warner zu sein."[1] In vielen Verlautbarungen führender Nationalsozialisten steckt diese Abstraktion von einem ursprünglichen Gefühl - so auch in Himmlers berühmter "Das hat uns hart gemacht "-Rede, wo er das erschießen wehrloser Menschen durch die SS zur Heldentat erklärt. Gefeiert wird die Erzeugung von subjektiver Kälte, die notwendig ist, um nicht von der "Humanitätsduselei der Zivilisation" gehemmt zu werden.

Dieses kriegerische Ideal des kalten Tötens entstammt der Praxis des Massenschlachtens im ersten Weltkrieg. Es wird ieologisch verknüpft mit dem Nationalsozialismus: "Der Völkermord hat seine Wurzel in jener Resurrektion das angriffslustigen Nationalismus, die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts in vielen Ländern sich zutrug."[2] Hitlers selbstgeschriebene Bidlugnsgeschichte spricht von seiner Wiener Zeit vor dem ersten Weltkrieg; er stellt sich selbst als naiven toleranten Kosmopoliten dar, der zugleich aber auch deutschnational sein will. Diesen Widerspruch hat er von seinem Vater direkt übernommen, der deutschnational und kosmopolitisch war, während das Wort Jude im Haus nicht vorkam. Erst durch die "Aufklärungsarbeit" der hochachtungsvoll Dr. Karl Lueger genannten Autorität bekommt nun Hitler einen Blick für die Juden, die er auf den Wiener Straßen sah. Anschließen schildert er ein breites Spektrum unterschiedlicher Juden mit allen antisemitischen Leitmotiven von Dreck bis Prostitution. Sein "langer innerer Seelenkampf" kam zu einem bewußten Ende, als er "den Juden als Führer der Sozialdemokratie erkannte".[3] Das Amalgamat ist bereitet: Die Juden stecken hinter allem, hinter dem Kosmopolitismus, hinter dem Marxismus, hinter dem Internationalismus, hinter dem Kapitalismus, hinter dem Sozialismus, hinter der Demokratie. Die Demokratie, in der es Kapitalisten und Marxisten gibt, gilt es zu beseitigen. Man muß aber trennscharfe Kriterien entwickeln. Gebieterisch folgt aus dieser Logik die Trennung von Juden und Deutschen.

Der Antisemitismus kann sich nur durchsetzen, wenn er die Grenzen scharf zieht, die der praktische Kosmopolitismus der bürgerlichen Gesellschaft aufgehoben hat; in jeder antisemitischen Argumentation spielt die Grenzziehung eine entscheidende Rolle. Noch 1930 bis 1932, gegen Ende der Weimarer Republik, wurde offen über die "Judenfrage" diskutiert. Nimmt man Kompendien einschlägiger Quellen in die Hand, erschrickt man über die breite Beteiligung der Diskutanten von links bis rechts.[4] Anders als im "Stürmer" wird hier im hellen Licht der Öffentlichkeit ausgesprochen, was gedacht wird. Nicht nur Hitler propagierte den "Antisemitismus der Vernunft". Die Grenzziehung wird von Ernst Jünger (geb. 1895) in genau der Schärfe vorgenommen, von der die Nationalsozialisten damals noch träumten: "Im gleichen Maße jedoch, in dem der deutsche Wille an Schärfe und Gestalt gewinnt, wird für den Juden auch der leiseste Wahn, in Deutschland Deutscher sein zu können, unvollziehbarer werden, und er wird sich vor seiner letzten Alternative sehen, die lautet: in Deutschland entweder Jude zu sein oder nicht zu sein."[5] Jüngers wesentliches Ziel ist es, den "Zivilisationsjuden" auszumachen, der für Jünger die unheroische Lebensweise verkörpert. Gefährlich ist der "Zivilisationsjude" aber nicht nur als Liberaler, sondern noch mehr als Konservativer; denn der konservative Jude verwischt die Grenzen zwischen deutsch und jüdisch. Nicht nur Jünger, auch Carl Schmitt (1888-1985), dem Rechtsintellektuellen par excellence, ist Julius Stahl, ein Mann der Restauration, ein Dorn im Auge. Schmitt fordert 1936 in einer Rede vor deutschen Juristen, Stahl solle in der wissenschaftlichen Literatur nur noch als Stahl-Jolson zitiert werden dürfen.

Die Kennzeichnung der Juden als Juden, und zwar mit der trennenden Schärfe des Gesetzes, wird zum wichtigen ersten Schritt; 1919 gefordert, 1933 sofort praktiziert. Die nationalsozialistische Agitation beutete den in bürgerlichen Kreisen weit verbreiteten antibürgerlichen Affekt aus: "Der Bannkreis des Liberalismus hat größere Reichweite, als man im allgemeinen glaubt, und fast jede Auseinandersetzung vollzieht sich innerhalb seines Umkreises."[6] Der Liberalismus verwischt den Nationalismus, der nur gewaltsam durchgesetzt werden kann, als Programm. Die Mittel der Aufklärung werden umgekehrt: Der Jude, "Meister aller Masken", soll entlarvt werden.

Der Fanatismus, der aus Jüngers Worten spricht, ist kalt und emotionslos: "Wo in Wahrheit die deutschen Grenzen liegen, was deutsche Literatur, deutsche Geschichte, deutsche Wissenschaft, deutsche Psychologie eigentlich ist, was der Krieg, die Arbeit, der Traum, die Kunst für uns bedeuten: daß dies und noch viel mehr gesehen und erkannt und also wirksam wird, das ist die einzige Gefahr, die den Zivilisationsjuden bedroht. Denn all dies bestätigt den ersten deutschen Grundsatz, den zu leugnen der Jude immer bestrebt sein wird, nämlich den Satz, daß es ein Vaterland gibt, das Deutschland heißt. Eine der offenbaren Folgen dieses Satzes aber ist die, daß es Juden gibt."[7] Der gebildete und der populäre Antisemitismus von Jünger und Hitler begegnen sich an diesem Punkt, wo es einer pervertierten "Aufklärung" bedarf, um die Juden wieder zu Juden zu machen.

In der schon erwähnten Rede von Carl Schmitt aus dem Jahre 1936 wird dies Prinzip der Markierung von Juden bis in Anweisungen für juristische Bibliographien verfolgt: "Die notwendige Aufgabe der Bibliographie ist sehr schwierig; denn es ist selbstverständlich erforderlich, daß wir so exakt wie nur möglich feststellen, wer Jude ist und wer nicht Jude ist."[8] Es bedarf einer in Gesetzesform transformierten Gewalt, die Hitler in dem Brief von 1919 schon vorschlägt, um die Grenzziehung durchsetzen zu können: "Auch ein so grauenhafter, unheimlicher Maskenwechsel, wie er der Gesamtexistenz Stahl-Jolsons zugrunde liegt kann einen dann nicht mehr beirren. Wenn immer wieder betont wird, dieser Mann sei 'subjektiv ehrlich' gewesen, so mag das sein, doch ich muß hinzufügen, daß ich nicht in die Seele dieses Juden schauen kann und daß wir überhaupt zu dem innersten Wesen eines Juden keinen Zugang haben. Wir kennen nur ihr Mißverhältnis zu unserer Art. Wer diese Wahrheit einmal begriffen hat, weiß auch, was Rasse ist."[9]

"Maskenwechsel", "Meister aller Masken" - bis in die Wortwahl identisch argumentiert der gehobene elitäre Antisemitismus, wobei Carl Schmitt sich nicht zu schade ist, die Verknüpfung zu "Mein Kampf" zu suchen: "Ich wiederhole immer wieder die dringende Bitte, jeden Satz von Adolf Hitlers "Mein Kampf" über die "Judenfrage", besonders seine Ausführungen über "jüdische Dialektik" zu lesen. Was auf unserer Tagung in vielen wissenschaftlich hervorragenden Referaten vorgetragen worden ist, wird dort einfach jedem Volksgenossen verständlich und völlig erschöpfend gesagt."[10] Hitlers "Antisemitismus der Vemunft" feiert seine Triumphe nicht nur im Sportpalast, sondern auch in der wissenschaftlichen Arena der auf ihre Exaktheit stolzen Juristen.

Den früheren Antisemitismus als politische Bewegung behandelte Hitler verächtlich, weil er vor dem "Marxismus" der Sozialdemokratie versagt habe. Hitlers Worte über "jüdische Dialektik", von denen Carl Schmitt schwärmt, sind äußerst dürftig; Hitler, den Naiven spielend, erwartet von einer Diskussion so etwas wie einen geistigen Faustkampf, während seine jüdisch-marxistischen Diskussionspartner dem treuen, ehrlichen Hitler immer ausweichen: "Man wußte nicht, was man mehr bestaunen sollte, ihre Zungenfertigkeit oder ihre Kunst der Lüge. Ich begann sie allmählich zu hassen."[11]

Hitler liefert in "Mein Kampf" einen kurzen geschichtlichen Abriß der Entwicklung des Judentums, bei dem die Emanzipation aus dem Getto eine Schlüsselfunktion einnimmt. Nach Hitler bedeutet sie eine Wende in der jüdischen Geschichte vom verhaßten Ausbeuter zum zivilisierten "Wohltäter der Menschheit". Die gesellschaftlich-geschichtlichen Verhältnisse werden verkehrt und verzerrt zugleich dargestellt, so daß plötzlich am Ende eine völlig nebulöse jüdische Rasse als Drahtzieher der Weltgeschichte erscheint: "... denn je höher er klimmt, um so lokkender steigt aus dem Schleier der Vergangenheit sein altes, ihm einst verheißenes Ziel heraus, und mit fiebernder Gier sehen seine hellsten Köpfe den Traum der Weltherrschaft schon wieder in faßbare Nähe rücken."[12]

Der völlig absurde Gedanke jüdischer Weltherrschaft läßt sich nur aus der Vermengung von Halbwissen und psychischer Logik fassen. Diese psychische Logik wird gefeiert als "Rassenseelenkunde", zu der auch ein Carl Schmitt seinen Beitrag leisten will. Übernommen wird aus der Logik des Unbewußten die Nichtexistenz von Verneinung: Alle Tatsachen, von Judenfeinden, von Judenfreunden, von wem auch immer angeführt, alle bestätigen sie das vorgestellte Verhältnis von Sosein der Arier und Anderssein der Juden. Erzeugt werden soll nur die Identifikation mit dem Sosein, deswegen auch das ständige Reden von den "Tatsachen". Adorno hat diesen Mechanismus treffend geschildert: "Vielleicht liegt das Geheimnis faschistischer Propaganda darin, daß sie einfach die Menschen als das nimmt, was sie sind: echte, ihrer Selbständigkeit und Spontaneität weitgehend beraubte Kinder der heutigen standardisierten Massenkultur, und daß sie keine Ziele aufstellt, deren Verwirklichung ebenso über den psychologischen wie über den gesellschaftlichen Status quo hinausginge. Die faschistische Propaganda braucht auch nur die bestehende Seelenverfassung für ihre Zwecke zu *reproduzieren*, sie braucht keine Veränderung hervorzubringen; und die zwanghafte Wiederholung, die eines ihrer Hauptkennzeichen ist, fällt mit der Notwendigkeit dieser andauernden Reproduktion zusammen."[13]

Die Verschmelzung von Wissenschaft und Alltagsreligion macht den Erfolg geordneter Tatsachenpositivität aus. Die Tatsachen werden in einen geordneten Rahmen gestellt, dessen Beziehung sich auch modernisieren läßt. In der nationalsozialistischen Ideologie wird der Tatsachenwelt als erste Tatsache die Rasse vorgeordnet. Die Rasse läßt sich überhaupt nicht beschreiben, nur behaupten. Der nationalsozialistische Ideologe Alfred Rosenberg schreibt in "Der Mythus des 20. Jahrhunderts": "Die Rassenseele ist nicht mit Händen greifbar und doch dargestellt im blutgebundenen Volkstum, gekrönt und gleichnishaft zusammengeballt in den großen Persönlichkeiten, die schöpferisch wirkend einen Kulturkreis erzeugen, der wiederum von Rasse und Rassenseele getragen wird. Diese Ganzheit ist nicht nur 'Geist', sondern Geist und Wille, also eine Lebenstotalität."[14]

Der Nationalsozialismus ist weder durch Psychologie erklärbar, noch ist er einfach der psychischen Dynamik gefolgt. Die nationalsozialistischen Machthaber haben sich psychischer Mechanismen in ihrer Agitation und Argumentation bedient, aber zugleich haben sie großen Wert auf die Fähigkeiten des modernen Menschen gelegt, in Abstraktion von seiner Spontaneität und seinen Gefühlen handeln zu können.[15] Die Indienstnahme und Organisation des wissenschaftlichen und geistigen Lebens war notwendige Voraussetzung, um den schrecklichen Plan der Massenvernichtung in die Praxis umzusetzen.

Der Fanatismus, von dem Hitler spricht, ist die Folge eines entfesselten Selbstbehauptungswillens, dem jedes Mittel recht ist, um seine Ziele zu erreichen. Am Ende von Hitlers antisemitischen Bildungsprozeß steht die vorweggenommene Legitimation der "Endlösung", die als "Antisemitismus der Vernunft" Wissenschaftler wie Carl Schmitt und damit den Typ des nationalsozialistischen Juristen begeistert hat. "Die jüdische Lehre des Marxismus lehnt das aristokratische Prinzip der Natur ab und setzt an die Stelle des ewigen Vorrechts der Kraft und Stärke die Masse der Zahl und ihr totes Gewicht. Sie leugnet so im Menschen den Wert der Person, bestreitet die Bedeutung von Volkstum und Rasse und entzieht der Menschheit damit die Voraussetzung ihres Bestehens und ihrer Kultur. Sie würde als Grundlage des Universums zum Ende jeder gedanklich für Menschen faßlichen Ordnung führen. Und so wie in diesem größten erkennbaren Organismus nur Chaos das Ergebnis der Anwendung eines solchen Gesetzes sein könnte, so auf der Erde für die Bewohner dieses Sternes nur ihr eigener Untergang ... So glaube ich heute im Sinne des allmächtigen Schöpfers zu handeln: *Indem ich mich des Juden erwehre, kämpfe ich für das Werk des Herrn.*"[16] ▩

DETLEV CLAUSSEN

(aus: Detlev Claussen: Vom Judenhaß zum Antisemitismus. Materialien einer verleugneten Geschichte, Darmstadt 1987, S.190-200)

1 Adolf Hitler: Mein Kampf, München 22 1944, S. 59 hält Karl Lueger, seit 1897 Wiener Bürgermeister, für den "gewaltigsten deutschen Bürgermeister aller Zeiten."

2 Theodor W. Adorno: Erziehung nach Auschwitz, in: Stichworte, Frankfurt 1969, S. 86.

3 Hitler, a.a.O., S. 64.

4 Vgl. "Die Judenfrage", in: Süddeutsche Monatshefte, September 1930, und: Der Jud' ist schuld...? Diskussionsbuch über die Judenfrage, Basel/Berlin/Leipzig/Wien 1932.

5 Ernst Jünger, Süddeutsche Monatshefte, a.a.O., S.845.

6 Ernst Jünger, a.a.O., S. 844.

7 Ernst Jünger, a.a.O., S. 845.

8 Carl Schmitt: : Die deutsche Rechtswissenschaft im Kampf gegen den jüdischen Geist, in: Deutsche Juristen-Zeitung, Heft 20, 41. Jg., Berlin 15.10.1936, S. 1194.

9 Carl Schmitt, a.a.O., S. 1197.

10 Carl Schmitt, a.a.O., S. 1198.

11 Adolf Hitler, a.a.O., S. 67.

12 Adolf Hitler, a.a.O., S. 343.

13 Theodor W. Adorno: Die freudsche Theorie und die Struktur faschistischer Propaganda, in: Helmut Dahmer (Hg.): Analytische Sozialpsychologie, Bd.1, Frankfurt 1980, S. 338.

14 Alfred Rosenberg, Der Mythus des 20. Jahrhunderts, 14. Auflage, München 1941, S. 697.

15 "Ich war vom schwächlichen Weltbürger zum fanatischen Antisemiten geworden." (Adolf Hitler, a.a.O., S. 69) Der wichtige Naziführer Seyss-Inquart äußerte später vor Gericht: "Die Zahl der Leute, die man aus Haß oder aus Lust am Morden töten kann, ist eindeutig begrenzt; aber die Zahl derjenigen, die man kaltblütig und systematisch nach dem militärischen kategorischen Imperativ ermorden kann, ist unbegrenzt." (zit. nach Hans Askenasy: Sind wir alle Nazis?, Frankfurt/New York 1978, S. 35f.).

16 Adolf Hitler, a.a.O., S. 69f.

KRISIS 10

Die Zeitschrift gegen Arbeit und Brot

DIE VERLORENE EHRE DER ARBEIT: „Produzentensozialismus" als logische und praktische Unmöglichkeit – vom Arbeitsfetisch zum produktiven Müßiggang.

PRETTY WOMAN: Reflexionen über einen Kinobesuch oder warum dem Überdruß am Raffen keine Renaissance des Schaffens folgt.

DAS ENDE DES PROLETARIATS ALS ANFANG DER REVOLUTION: Über den logischen Zusammenhang von Krisen- und Revolutionstheorie: vom Marx des 19. zum Marx für das 21. Jahrhundert.

DIE VERGEBLICHE SUCHE NACH DEM UNVERDINGLICHTEN REST: Ein doppeltes Paradoxon der Kritischen Theorie: die mißlungene Rettung des bürgerlichen Subjekts vor der bürgerlichen Gesellschaft und sein Ende als deren Verewigung.

HIER RUHT AGNOLI: Die demokratische Kritik der Demokratie und das leere „Nein" zum Kapitalismus – eine letzte theoretische Ruhestätte des linken Köhlerglaubens an den bürgerlichen „Herrschaftswillen".

170 Seiten · 12.– DM

Bestellungen an:

KRISIS Verlag

Postfach 2111 · 8520 Erlangen

Unmensch und Übermensch

Über Rassismus und Antisemitismus

DIALEKTIK DER EGALITÉ

Artikel 3 (3) Grundgesetz bestimmt: "Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner *Rasse*, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen *benachteiligt* oder *bevorzugt* werden". Der Mensch, wie ihn die gemeinhin als Staatsgrundlage wie Staatsauftrag verstandene Verfassung allein zu kennen vorgibt, erscheint als ein seiner natürlichen und sozialen Bestimmungen entkleidetes Wesen, als *Mensch an sich*. Das politisch relevante Subjekt ist der Rest, der nach Abzug all dessen, was die Individualität und Unverwechselbarkeit des Einzelnen ausmacht, zurückbleibt. Die "Gleichheit vor dem Gesetz" geschieht als als Vergleichung der Individuen nach ganz anderen Maßstäben als denen ihrer Sinnlichkeit und Empirie. Ihr Maßstab definiert sich in der doppelten Negation von *Privilegierung* einerseits, *Diskriminierung* andererseits; der gleichgeltende Mensch als ihr Produkt - das juristische, das politökonomische Subjekt - verkörpert absolute Reziprozität und totale Äquivalenz. Als Gegenstand der gesetzlich formierten politischen Bearbeitung durch den Souverän gilt der Mensch nicht als Mann oder Frau, weder als Deutscher noch als Jude, weder als Badenser noch als Palästinenser, nicht als Christ oder Moslem noch als Kommunist oder Faschist. Der Mensch als Material des Staates erscheint, bevor die Nation 'hinzutritt', vielmehr als Gattungswesen schlechthin, als abstrakter Mensch. So gelten die Bestimmungen und Verbote des Gesetzes weder den konkreten Einzelnen noch ihrer empirischen Vielheit. Sie meinen *nicht die* Menschen, sondern *den Menschen* überhaupt als Subjekt wie Objekt der politischen Souveränität. Derart auf seinen bürgerlichen Begriff gebracht, gilt das Individuum als Subjekt des Staates, als *Citoyen*, der im Staat und mittels des Staates die allgemeinen Bedingungen seiner gesellschaftlichen Existenz geltend macht, indem er von seinen besonderen Bedürfnissen abzusehen hat, die ihn als *Bourgeois* und Objekt der Staatsgewalt ausmachen.[1]

Diese schizophrene Konstitution des *l'homme*, der nicht als konkretes Individuum, sondern einzig als das mit sich selbst unheilbar im Streit liegende siamesische Zwillingspaar aus Bourgeois und Citoyen auf die gesellschaftliche Bühne tritt, setzt jeden Protest, jedes Geltendmachen besonderer Interessen, in ein zutiefst zweideutiges Verhältnis zum Staat. Die sozialistischen, feministischen oder antirassistischen Oppositionsbewegungen scheinen geradezu Bewegungen auf Rechnung und im höheren Interesse des Staates zu sein; ihr Ziel, das sie doch erst noch in aufreibenden Kämpfen durchzusetzen haben, ist nichts anderes als der Staatsauftrag selbst, der Sinn und Zweck des Staates, d.h. seiner Verfassung. Hier geht es zu wie beim Wettlauf zwischen Igel und Hase: Der Staat *als solcher* ist immer schon dort, wohin sich die Opposition gegen den Widerstand des Staates *für sich*, d.h. der jeweiligen Regierung, gerade aufmacht. Darüber gewinnt die Opposition einen imaginären Charakter, der es ins Ungefähre setzt, ob ihrem Anliegen nicht mit der Bestellung von Genossen und Schwestern zu MinisterInnen am besten gedient wäre. Unklar und zweideutig wird so, ob derlei Emanzipationsbewegungen in

ihrem Kampf gegen Privilegierung und Diskriminierung nicht eigentlich zum Treibsatz jener Abstraktion werden, die die eigentümliche Verfassung und die durchschlagende Kraft moderner Herrschaft ausmacht.

Dies ebenso irritierende wie doch charakteristische Oszillieren zwischen Protest und Affirmation bestimmte Verlauf wie Ergebnis aller modernen Protestbewegungen seit ihrer ersten: der proletarisch-sozialistischen. Und es prägte jene ebenso unausweichlichen wie notwendig fruchtlosen Debatten über Reform und Revolution, über Integration oder Verweigerung. Indem die Protestbewegungen zur Verwirklichung der Versprechungen der bürgerlichen Revolution antraten, verwickelten sie sich in das Realparadox, das die polit-ökonomische Struktur bürgerlicher Gesellschaften eröffnet, und verstrickten sich in die Antinomie, die das 1789 erklärte "Menschenrecht des Bürgers" bereithält: dem Zynismus der gesellschaftlichen Realität im Namen von Werten und Ideen zu kontern, die, obwohl formell das genaue Gegenteil von Herrschaft und Ausbeutung, materiell doch deren wesentliche geistige Ergänzung und ideologische Darstellung sind. Was als Streit der Gegensätze erscheint, das ist doch wesentlich die Bewegungsform und Schauseite der Einheit im und durch den Widerspruch. Das emanzipative Interesse, das in der Unmittelbarkeit seiner Bedürfnisse fundamental Fuß gefaßt zu haben meint, verfängt sich im Spiegelspiel der Politik und treibt, wie der Hamster, der eigentlich das Weite suchen will, das Perpetuum mobile endloser Herrschaft.[2] Auf dem Boden der politischen Abstraktion, auf der Grundlage der Spaltung von Citoyen und Bourgeois, verkehrt sich das emanzipative Interesse wie von selbst und bewußtlos in sein Gegenteil, in die Affirmation des Allgemeinen. Reproduziert wird, was negiert werden sollte; die Absicht, die bürgerlichen Ideale der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gesellschaftspraktisch zu bewahrheiten, will sich im Resultat: in der Bestätigung bürgerlicher Herrschaft, nicht mehr wiedererkennen. Darin besteht die Transformationsleistung der Demokratie, daß der politische Kampf um die Mehrheit die *Enteignung vom Interesse* besorgt. Seine Unmittelbarkeit erweist sich, nach dem Durchgang durchs Räderwerk der politischen Vermittlung, als Allgemeinheit: Wenn, der Form halber, das Interesse nach Rechts- und Geldforderungen qualifiziert und quantifiziert wird, tritt der Reproduktionscharakter zu Tage, den der Protest fürs "Ganze" und das "Gemeinwohl" hat.

Im Spiegelspiel der Politik erscheint die Ungleichheit als Attentat auf die Geltung des kategorischen Imperativs, als Verletzung der gleichermaßen unbedingten wie doch bedingungslos geltenden sollenden Gleichheit all' dessen, was Menschenantlitz trägt. Die Suspendierung des Grundsatzes *'Wie Du mir, so ich Dir'* kann nur noch auf nackte Willkür, angemaßte Macht und horrendes Privileg zurückgeführt werden. Deshalb erscheint jede Opposition gegen die bürgerliche Gesellschaft so, als meine sie gar nicht diese, sondern vielmehr ihren geschichtlichen Vorgänger und historischen Urahn: die feudale. Der Protest wird zum bloßen Einwand gegen die "äußeren Hindernisse einer sich selbst mißverstehenden Regierung" (Kant)[3]. Dem Engagement für die Egalität kommt in der Grauzone von Emanzipation und Affirmation der Gegner abhanden, sie wird imaginär und verkehrt sich.

WIDERSPRUCH ZUM MENSCHENRECHT?

Auch Rassismus, der Ausschluß aus der Menschheit, der in der Mißhandlung von Individuen als willenlose Natur und bedürfnisloser Rohstoff, als Ding und bloßes Produkt von Geschlecht, Sprache oder Heimat sein Unwesen treibt, soll mit der intellektuellen Antizipation des Äquivalenzprinzips geheilt werden: *Was Du nicht willst, das man Dir tu, das füg' auch keinem andern zu!* "Der Rassismus", definiert Albert Memmis einflußreiches Standardwerk, "ist die verallgemeinerte und verabsolutierte Wertung tatsächlicher oder fiktiver Unterschiede zum Vorteil des Anklägers und zum Nachteil seines Opfers, mit der seine Privilegien oder seine Aggressionen gerechtfertigt werden sollen".[4] Somit könnte Rassismus bestimmt werden nicht als chronische Pathologie, sondern als temporäre Infektion einer bürgerlichen Gesellschaft, die sich weigert, ihr eigenes Prinzip ohne Ansehen der Person gelten zu lassen: als sogar nach ihren eigenen Maßstäben grundlose und daher immanent kritisierbare Ausnahme, die sie sich von ihrer Regel gestattet. Der ins Auge gefaßte *Vorteil*

spräche sich als *Vorurteil* aus, die Aggression unterliefe aus persönlich interessierter Aversion. Der Egoismus der Bürger, der sie dazu verleitet, Tatsachen einseitig zu werten und Unterschiede haarsträubend zu verabsolutieren, wäre als angemaßte Allgemeinheit entlarvt.

Rassismus wird verstanden als ein Defekt und ein Mangel, als ein Produkt nicht der polit-ökonomischen Struktur, die sich in der "Gleichheit vor dem Gesetz" ausdrückt, sondern vielmehr als überkommenes Relikt und Produkt nicht-verallgemeinerungsfähiger Interessen, die sich mit archaischen Trieben amalgamieren. Das rassistische Subjekt wird als der quasi-feudale Fremdkörper einer an sich egalitären Gesellschaft ausgemacht, gegen den es die Idee der Gleichheit erst noch durchzusetzen gilt. Aufklärung will, in therapeutischer Absicht, das rassistische Interesse über seine eigene Bedingungen belehren: "Der Rassismus ist eine Gefahr für die Anderen, aber er schadet auch den Rassisten selbst, weil er wie ein Bumerang auf sie zurückfällt".[5] In der Mythologie "des Anderen"[6] verschwindet die gesellschaftliche Konstruktion des Rassismus und er erscheint als verstocktes Vorurteil, als Störung in der Wahrnehmung des "Fremden". Die Abstraktion des Individuums zum Menschen an sich und damit zum Subjekt ist gleichsam verschluckt, das Menschenrecht wird zum Inbegriff und das Naturrecht zum Ausgangspunkt von Anthropologie. Der Staat, das Realsubjekt der Menschenrechte, soll, wie die Pädagogik das rassistische Vorurteil des Einzelnen, den Rassismus des Kollektivs bekämpfen, denn "auch die Gesellschaft muß unmittelbar behandelt werden, und das ist die Aufgabe des Politikers"[7]. Zum Arzt wird bestellt, wer den Giftschrank verwaltet.

Die Erklärung des "Anderen" zum Unmenschen, zum Tier und zu Schlimmerem, verweist jedoch nicht auf den Charakter besonderer Subjekte, sondern auf den allgemeinen von Subjektivität, der sich in der "Gleichheit vor dem Gesetz" als Subjektivität auf Gegenseitigkeit und als Vertragsverhältnis ausweist. "Jeder hat das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt..."(Artikel 2 [1]): Freiheit, die ihre Grenze an der Freiheit des Anderen findet, ist die von Subjekten, die den wechselseitigen Ausschluß von den als Privateigentum gesetzten Mitteln zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse nur im Vertrag zu überwinden vermögen und sich darin als Eigentümer ihrer selbst betätigen und zugleich bestätigen. Die "freie Entfaltung" unterliegt dem Diktat des Gleich um Gleich, jener Äquivalenz von Werten, als die die Ausbeutung von Arbeitskraft gegen Lohn dem Citoyen-Bourgeois nur zu Bewußtsein kommt. Bürgerliche Subjektivität konstituiert sich als Selbstbewußtsein der Ware und daher im Kampf um die Realisierung ihres Werts.

Der rassistische Ausschluß aus der Menschheit speist sich aus der Angst vor der Entwertung; der Andere als Unmensch symbolisiert die Folgen, die die Niederlage in der Konkurrenz mit sich bringt: Verlust der freien Verfügung über sich selbst, Einbuße der Subjektivität und Angleichung an das Schicksal der Sklaven, Unmündigen und Entmündigten. Die "unverletztlichen und unveräußerlichen Menschenrechte" des Grundgesetzes (Art.1 [2]) basieren auf der staatlich garantierten Unverletztlichkeit des Eigentums und der kapitalistisch konstituierten Unveräußerlichkeit der doppelten Freiheit des Lohnarbeiters. Die Konkretion der Menschenrechte, die die Verfassung proklamiert, findet sich im Begriff der Geschäftsfähigkeit, den das bürgerliche Gesetzbuch ex negativo so festlegt: "Wer wegen Geistesschwäche, wegen Verschwendung oder wegen Trunksucht enmündigt oder wer ... unter vorläufige Vormundschaft gestellt ist, steht in Ansehung der Geschäftsfähigkeit einem Minderjährigen gleich, der das siebente Lebensjahr vollendet hat" (§114 BGB). Und das heißt nichts anderes als: "Die Willenserklärung eines Geschäftsunfähigen ist nichtig" (§105 [1] BGB).

Dem Gesellschaftsbegriff des Antirassismus zufolge geschieht der Ausschluß aus der Menschheit nicht aus dem Selbstwiderspruch des zum Subjekt formierten Individuums, sondern er ist, als Widerspruch zum Menschenrecht und abstrakte Negation der (ursprünglichen) Gleichheit und Freiheit, Widerspruch von außen, Angriff aus dem Jenseits der selbstreproduktiven Gesellschaft, aus Geschichte und Triebstruktur. Darunter fällt auch der Antisemitismus, der, so Memmi, als ein Rassismus zu verstehen sein soll, "der sich gegen die Juden richtet"[8]. Wie jeder Rassismus, so diene auch der Antisemitismus der Legitimation angemaßter Macht, auch hier gelte, daß es eine "organische Verbindung von Rassismus und Herrschaft"[9] gibt. Herrschaft soll derart das gerade Gegenteil von Politik sein, wie das Privileg den bloß äußeren Widerspruch zur Gleichheit aufführt. Es ist dieses nur soziologische Verständnis von Herrschaft, das den antirassistischen Begriff des Rassismus als blanker Manipulation und inszenierter Machination ausmacht. Aufklärung selbst findet hier in den Formen der Ideologie statt, als Teil des Verblendungszusammenhangs, dem sie vergeblich zu entkommen sucht.

Nimmt man, wie Memmi, der als pars pro toto des antirassistischen Bewußtseins gelten darf, an, Antisemitismus sei bloß "ein durch sein Objekt näher bestimmter Rassismus"[10], d.h. Ausdruck einer "Heterophobie", die sich als "Negrophobie", "Arabophobie" und eben "Judenphobie"[11] äußern kann, dann geht, mit dem Zusammenhang von Unmensch und Normalsubjekt, das verloren, was die latente Tendenz zur Selbstaufhebung der bürgerlichen Gesellschaft auszeichnet, jener auf dem Boden und mit den Mitteln dieser bürgerlichen Gesellschaft erzeugte Umschlag in Barbarei, der in Auschwitz, Treblinka, Majdanek, Sobibor eskalierte. Die antisemitische Volksgemeinschaft war "kein Rückfall in die alte Barbarei, sondern der Triumph der repressiven Egalität, die Entfaltung der Gleichheit des Rechts zum Unrecht durch die Gleichen"[12]. Es bedarf der Bestimmung der negativen Dialektik "repressiver Egalität" und der Analyse jener Subjektivität, die sich in der Gleichheit durch Vergleichung formiert. Die Anerkennung des "Anderen", die "gerechte Gesellschaft", die, Memmi zufolge, auf dem "Vertragsprinzip"[13] basieren soll, muß auf ihre gesellschaftliche Konstitution reflektieren. Die straft sie Lügen. Die Idee der Vergesellschaftung durch Vertrag gehört zum Kern der Menschenrechte; die reziproke Anerkennung der Individuen als Subjekte, Prämisse des Vertrags, ist keine autonome Leistung dieser Individuen selbst, sondern Resultat jener Verwertung des Werts um seiner selbst willen, die die Individuen als Charaktermasken zu exekutieren haben. Dergestalt trug "die Ordnung, die 1789 als fortschrittliche ihren Weg antrat, von Anbeginn an die Tendenz zum Nationalsozialismus in sich".[14]

UNWERTES LEBEN

Der Ausschluß aus der Menschheit ist die originäre Leistung und die logische Konsequenz der Gesellschaft der Menschenrechte. Derart ist das bürgerliche Subjekt verfaßt, daß es Identität nicht an sich selbst gewinnen kann, sondern nur im Prozeß einer ständigen Abgrenzung und eines permanenten Zweifrontenkrieges gegen das 'unwerte' und gegen das 'überwertige' Leben zugleich. Bürgerliche Subjektivität existiert nur in der Leere der permanenten Vermittlung, die es zwischen den Waren, im Tausch, um den Preis ihrer Annullation, zu stiften hat. Die Charaktermaske der juristischen Person kaschiert als Realfiktion, daß dahinter nichts stattfindet als die tautologische und autistische Selbstreflexion des Wertes in sich selbst.

Der bürgerliche Mensch, zerrissen zwischen Eigentum und Akkumulation, zwischen Recht und Pflicht, hat sich im Kampf gegen Unmenschen und Übermenschen zu integrieren. Identität, die Unterstellung mithin, die Individuen als Subjekte seien, wie das Geld, der Geschichte, ihrer Natur und also Veränderbarkeit enthoben, funktioniert als Realfiktion; der gesellschaftliche Zwang zur Sich-selbst-Gleichheit der Individuen als Subjekte erscheint in der juristischen Figur der Person und wirkt im Begriff der Mündigkeit als der archimedische Punkt, dem das Tun und Lassen der empirischen Einzelnen zugerechnet wird. In dieser Form prozessiert das Allgemeine gegen das Besondere.

Die Person verhält sich zum wirklichen Menschen wie der Tauschwert zum Gebrauchswert, als Realabstraktion, der keine hypothetische oder nominelle, sondern eine synthetische und reelle Bedeutung zukommt. Abstraktionen in der Wirklichkeit geltend zu machen, das bedeutet, nicht nur nach Marx, sie zu zerstören. Das Absehen von der Leiblichkeit und den Bedürfnissen der Individuen eröffnet das Schisma zwischen den besonderen Menschen und dem allgemeinen Menschen, zwischen dem empirischen und dem Transzendentalsubjekt, das sich im Gattungsbegriff darstellt, in den Menschenrechten ausspricht und im Souverän verkörpert. Der Souverän ist - was die politische Theologie noch wußte, die Politikwissenschaft aber nichts mehr anzugehen hat - der allgemeine Mensch und damit die praktische Wirklichkeit und gesellschaftliche Existenz eines logischen Widerspruchs. Alles ist eines: die Menschen als Subjekte wie die Dinge als werthaltige Waren. Die Realabstraktionen der juristischen Person und des Geldes befassen noch das Verschiedenste unter sich, identifizieren die Dinge und die Individuen als sich selbst gleiche und drücken ihren kleinsten gemeinsamen Nenner aus, der nicht der ihre ist, "als ob"(Kant)[15] er es doch sei. Dergestalt supponiert das transzendentale Subjekt sich dem empirischen Individuum und substituiert es als Instanz der Vergesellschaftung.

Der interne, logische Widerspruch der Realabstraktion, ihre interne Unmöglichkeit und immanente Haltlosigkeit können nicht an ihr selbst, sondern allein in der Unfähigkeit der Empirie erscheinen, ihrem eigenen Begriff tatsächlich zu genügen und rückstandslos zu entsprechen. Das transzendentale Subjekt wendet sich gegen das empirische, um an ihm sich zu illustrieren; sein innerer Widerspruch erscheint als Gegensatz, gar Widerstand des Empirischen gegen seinen Begriff. Das Menschenrecht, Ausdruck der Spaltung zwischen der materiellen, aber uneigentlichen, und der ideellen, dafür allerdings wesentlichen Menschheit, erzeugt, als conditio sine qua non seiner eigenen Geltung, Unmenschen und Übermenschen. Es ist der ideologische Überbau der etatistisch garantierten kapitalisierten Gesellschaft und damit die praktische Gedankenform, in der die profitable Verwertung des Menschen als gesellschaftlich inszenierte Spaltung der Menschheit in wertes und unwertes Leben sich ausspricht. Anthropologie, die Lehre vom Menschen an sich, ist Anleitung zum Totschlag, den der Souverän in der Konsequenz des Übergangs vom universellen Menschenrecht zum nationalen Bürgerrecht als das innere Wesen und Latenz von Staatlichkeit setzt.

In der Unterscheidung zwischen Schein und Wesen, zwischen der Phänomenologie des Menschen und der Logik des Gattungswesens, wird das soziale Schicksal derer präpariert, denen nur die phänomenalen Qualitäten der Menschheit eignen. Die bürgerliche Gesellschaft erbt und radikalisiert den Unterschied zwischen Mensch und Teufel in Menschengestalt, den das Christentum eröffnete. Die indianischen Zwangsarbeiter der Minen Potosìs gaben ihren Herren dasselbe Problem auf[16], daß noch die spanische Inquisition und, zu ganz anderen Zwecken, die Nürnberger Gesetze zu lösen hatten[17].

DIE VERNUNFT DER TOTALEN VERWERTUNG

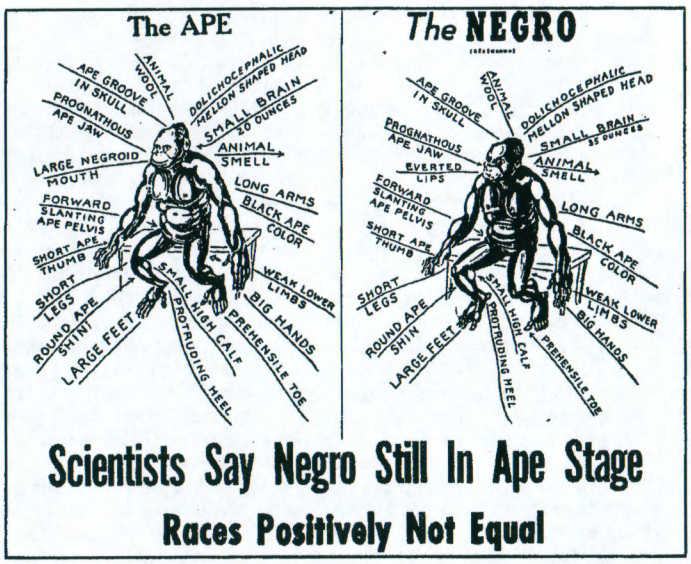
Der logische Widerspruch im Menschenrecht, der in der Idee vom Staat als dem allgemeinen Menschen[18] prozessiert, d.h. die Vorstellung von der handgreiflich wirklichen und unmittelbar allgemeinen Existenz des Menschen an sich, kommt im Souverän zur synthetischen Darstellung und zur organischen Praxis. Hier, zuerst in der absoluten Monarchie und dann in der Demokratie generell, erscheint der allgemeine Mensch als besonderes Exemplar. Das abstrakte Gattungswesen, das sich zum konkreten Individuum als nachgeordnete und abgeleitete Nominalabstraktion zu verhalten scheint, begegnet ihm gesellschaftspraktisch im Staat als Realabstraktion und tritt diesem Individuum als die unbedingte und absolute Voraussetzung seiner Existenz entgegen. Subjekt des Menschenrechts sind nicht die konkreten Einzelnen in ihrer Summe, sondern der Souverän als konkret-allgemeines Gattungswesen. Der empirische Mensch gilt dem Souverän nur dann und nur insoweit als Subjekt, wenn er als sinnliche Darstellung des transzendentalen Subjektes fungiert, d.h. als das organische Material der ideell-praktischen Allgemeinheit. Außerhalb dieser Funktionalisierung ist er buchstäblich ein Niemand und Nichts. Und das heißt: seine Existenz ist zufällig, sein Leben Urlaub vom Tod, seine Perspektive die der schon verhängten, bestenfalls gestundeten Vernichtung. Der Form halber ist sein praktischer Ausschluß aus der Menschheit bereits beschlossene Sache, sein Leben ist befristet und steht unter dem Vorbehalt des Souveräns. Vernunft als Inbegriff gelungener Implantation des abstrakten Gattungswesens in den konkreten Einzelnen gibt den Maßstab, nach dem der Souverän Wert und Unwert des Individuums verfügt. Der Souverän versteht sich selbst als den Zwang zur Wahrheit und als die Gewalt der Vernunft, d.h. als institutionalisierten "Zwang zur Freiheit" (Rousseau).

Vernunft befiehlt die politische Pflicht, das Denken des Einzelnen an die Kandare zu nehmen. Ihr Grundgesetz hat Denis Diderot 1755 in der "Enzyklopädie" unter dem Stichwort "Naturrecht" notiert: Ein Prinzip immerhin sei unbestreitbar, "nämlich daß man in allem vernünftig denken muß, weil der Mensch nicht nur ein Tier, sondern darüber hinaus ein vernünftig denkendes Tier ist (...); weil derjenige, der sich weigert, die Wahrheit zu suchen, auf die Eigenschaft des Menschseins verzichtet und von den übrigen Mitgliedern seiner Gattung als wildes Tier behandelt werden muß; und weil jeder, der sich nicht der Wahrheit fügt, sobald sie entdeckt ist, unvernünftig oder böse, moralisch böse ist". Die letzte Instanz der Unterscheidung zwischen Mensch und Unmensch ist der allgemeine Wille, der sich im Staat denkt. Er ist alles andere als der Wille aller Einzelnen. Diderot folgert: "Wenn wir aber dem Individuum das Recht absprechen, über die Natur des Gerechten und des Ungerechten zu entscheiden: wohin werden wir dann diese große Frage bringen? Vor die Menschheit! Nur ihr steht es zu, sie zu entscheiden, weil das Wohl aller die einzige Leidenschaft ist, die sie hat. Der besondere Wille ist verdächtig; er kann gut oder böse sein, doch der allgemeine Wille ist immer gut; er hat nie getäuscht und wird nie täuschen". Gegen die bürgerlichen Subjekte hat der Souverän das Recht auf Leben und Tod: "An den allgemeinen Willen muß sich das Individuum wenden, um zu erfahren ..., wann es ihm geziemt, zu leben oder zu sterben". Dem der Welt erschienenen Gott, dem Souverän, steht es allein zu, seine Kreaturen in Umlauf zu setzen und aus dem Verkehr zu ziehen. Wer sich ihm verweigert, wer "nur seinem besonderen Willen gehorcht, ist der Feind der Menschheit"; wer sich seinen Zwecken als untauglich erweist, "wer nicht vernünftig denken will, verzichtet darauf, Mensch zu sein, und muß deshalb als entartetes Wesen behandelt werden"[19].

Stoff der Vernunft ist der allgemeine Wille nur als Inbegriff subjektloser Gegenseitigkeit, die alle umfaßt, aber niemanden meint; nur als das Selbstbewußtsein der prozessierenden Reziprozität, an der alle teilnehmen und die keinen priviligiert. Der allgemeine Wille, der den besonderen sich anmaßt, erscheint als reine Form, als geistlose Darstellung der wertförmigen Synthesis der Gesellschaft im Denken. Was in der systematischen Leere wie hypertrophen Fülle der Vernunft zur Erscheinung kommt: Verwertung als subjektloser Prozeß, teilt dem Individuum den Grad seiner Menschlichkeit zu nach Maßgabe seiner Fähigkeit zu produktiver Arbeit und politischer Loyalität. Vernunft, die der Einzelne beweist, wenn er seinen Lebensunterhalt nur sich selbst verdankt, soll in Arbeit gründen, die Eigentum schafft und Gesetze braucht. Faulheit ist viehisch, Eigentumslosigkeit unmenschlich, Revolution gegen die Gesellschaft der totalen Verwertung bestialisch.

AUSSCHLUSS AUS DER MENSCHHEIT

Das bürgerliche Subjekt begreift sich als fleischgewordener Begriff des Gattungswesens und manifeste Vergegenständlichung des Menschen an und für sich. Vor ihm gab es nur Tiere, neben ihm gibt es nichts anderes und nach ihm wird es überhaupt gar nichts mehr geben. Bürgerlich kommt die Menschheit an ihr begriffliches und also historisches Ende. In der Ethnologie rekapituliert das bürgerliche Subjekt die Vorstufen zur Menschheit, in der Anthropologie reflektiert es sich selbst als logische Prämisse und historische Konsequenz der Gattungsgeschichte. So klassifiziert, am Beginn der bürgerlichen Selbstoffenbarung, der Naturforscher Carl von Linné vier 'normale' Menschenarten: "*Europaeus albus*: ...einfallsreich, erfinderisch, weiß, sanguinisch ... Er läßt sich durch Gesetze lenken. *Americanus rubescus*: mit seinem Los zufrieden, liebt die Freiheit ..., gebräunt, jähzornig ... Er läßt sich



durch die Sitte lenken. *Asiaticus luridus*: habsüchtig, gelblich, melancholisch ... Er läßt sich durch ... die allgemeine Meinung lenken. *Afer niger*: verschlagen, faul, nachlässig, ... schwarz, phlegmatisch ... Er läßt sich durch die Willkür seiner Herrscher lenken"[20]. Die ontologische Differenz zwischen den Menschen und dem Begriff des Menschen, die den strukturellen Rassismus der bürgerlichen Subjektivität ausmacht, erscheint in der ethnologischen Rückschau, in den Berichten der Entdecker und Konquistadoren, als der Zufall historischer Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen. Was anthropologisch absolut zu gelten hat, das muß doch einstweilen als Relatives existieren und ist genötigt, mit Unmenschen zu koexistieren. Die Hierarchisierung der ungleichzeitig existierenden Gattung ist die Form, in der das bürgerliche Subjekt seine Zerfallenheit mit sich selbst und seine Todesfurcht vor der 'Entartung' zum unproduktiven und illoyalen Tier in Menschengestalt verdrängt und auf die weltgesellschaftlich "Verspäteten" projiziert.

Am Unmenschen muß bekämpft werden, was das Subjekt des Menschenrechts zu zerstören droht. 'Minderwertig' ist, wer zur Verwertung nicht taugt - aber womit sonst bedrohen Krise und Konkurrenz das bürgerliche Subjekt als mit dem sozialen Tod, der Vorhölle des physischen? Der Schwarze muß zum Nullpunkt der Menschheit erklärt werden, damit der Fortschritt der Menschheit zu Arbeit und Gesetz seinen Anfang nehmen kann. Der Untermensch symbolisiert die luxuriöse Faulheit und zwanglose Freiheit der Subsistenz, in deren Liquidation die bürgerliche Klasse sich selbst als Menschheit außer Konkurrenz installiert. Nichts anderes ist der Schwarze als eine Chiffre und Negativfolie der feudalen Gesellschaft, die es zu revolutionieren, die es aufzuheben gilt. Was ihm als sein kreatürliches Wesen zugemutet wird, trägt die Insignien des sozialen Unwesens der Feudalität: Aneignung ohne Arbeit, Herrschaft ohne Gesetz. So führen die ethnologische Rekapitulation der Geschichte und die anthropologische Reflexion auf die Gattung aufs gleiche Resultat; die revolutionäre Manifestation des menschlichen Wesens als bürgerliches mündet in der profitablen Liquidation der zu entarteten Unwesen erklärten, bloß phänomenalen und also dysfunktionalen Menschheit.

Der Bürger repräsentiert die Ontologie des Menschen; Schwarze, Indianer und Juden, faule Existenzen, werden im Prozeß der Erscheinung des Wesens diskriminiert und abserviert. Die Menschen werden dem Begriff der Menschheit subsumiert. Die negative Dialektik der Aufklärung besteht darin, in Feindaufklärung umzuschlagen. Ihre Theorie ist Subsumtion, ihre Praxis Annihilation; sie ist Ausdruck angemaßter und erpreßter Allgemeinheit, die ihrem Realgrund im System der totalen Vergesellschaftung sich anschmiegt.

IDENTIFIKTATION MIT NICHTS

Der rassistische Ausschluß aus der Gattung begründet sich im Mangel bürgerlicher Subjektivität, den Vernunft den Unmenschen attestiert. Deren erstes und prominentestes Kennzeichen ist das Eigentum an sich selbst, das Fundament von Selbsterhaltung und Selbstverwertung, das die Willensfreiheit ebenso stiftet wie erzwingt. Die politökonomische Konstitution des Subjekts setzt es als Subjekt einer doppelten Freiheit: seine Freiheit von Natur kann stattfinden nur als Freiheit zur Verwertung. Sein Doppelcharakter besteht in der Produktion der Form von Freiheit durch Vernichtung ihres Inhalts: Gewerbefreiheit statt Freiheit vom Gewerbe. Sein Wesen hat dies Subjekt an der reinen Form der Vermittlung der Not der Reproduktion mit dem Zwang zur Akkumulation. Um sich als Naturwesen zu erhalten, muß es sich als Sozialwesen verwerten. Aber der Wert des Menschen ergibt sich erst im Resultat der Vermittlung, sein Menschenrecht reflektiert die Oszillation zwischen der Berechtigung zur Selbstverwertung und der Verpflichtung zur Selbsterhaltung[21] und drückt aus, daß

Subjektivität nur um den Preis der Objektivierung zu haben ist. Als Subjekte gleicher Berechtigung sind die Bürger unmittelbar Objekte egalitärer Verpflichtung. Gleichheit und Freiheit stellen sich ihre gerades Gegenteil dar: als Ungleichheit und Unfreiheit, die anders als in realer Verkehrung wie zugleich imaginärer Aufhebung gesellschaftlich nicht zu erscheinen vermögen.

Die Gleichheit der Individuen als Subjekte existiert nur in Form ihrer Vergleichung durch das Recht, dessen letzte Instanz der Souverän und dessen erstes Prinzip die Akkumulation ist. Dieser totalitäre Zweck der Egalität setzt ihre Verkehrsform, den Vertrag, als verschwindendes Moment seiner Verwirklichung. So wird der chaotische Wirrwarr der konkurrierenden Einzelwillen zum Akzidenz von Ordnung. Nicht der Vertrag erzeugt den Konsens und die Identität der ihn Abschließenden, er affirmiert ihn bloß: Quelle der Legitimität und Ursprung der Legalität in einem. Die wesentliche Identität der Einzelnen als Subjekte kommt nicht ihrem spontanen Willen zu, sondern ist Funktion ihrer Vergleichung. Frei und gleich wird nicht der Bürger geboren, sondern die Ware; ihm kommen die Insignien der Subjektivität einzig als Teil und organisches Glied von Kollektivität zu. Deshalb ist der Citoyen nur als Nationalstaatsbürger zu haben und die bürgerliche Gesellschaft allein in der Form der Nation. Identität, die Gleichheit der Individuen als Subjekte gründet in der Homogenität, der Gleichartigkeit aller Dinge als Waren. Die Einheit der Subjekte als Teilhaber einer Gesellschaft wird zum bloßen Schein ihrer wesentlichen Identität als Mitglieder eines Volkes. Der Gesellschaft der Robinsons tritt der arbeitsteilige Realzusammenhang ihrer gesellschaftlichen Reproduktion als Naturerscheinung ins Bewußtsein.

Wie das Subjekt, ökonomisch, ganz und gar zum Agenten des Werts gebannt und daher zur Behandlung seiner selbst als Ware verpflichtet ist, so wird es, politisch, zum Faktotum des Vertragswesens verhext und zur Erhaltung seiner Verkäuflichkeit ermächtigt. Im Medium kapitaler Ausbeutung wie der souveräner Herrschaft reproduziert sich - das Spiegelspiel der Politik - der Widerspruch der Despotie der Fabrik zur Republik des Marktes und dokumentiert sich als der Widerspruch des kommandierenden Gewaltpotentials zum konsensheischenden Parlamentarismus. Der Pluralismus in Markt und Politik verkehrt sich in den Monolithismus von Fabrik und Staat.

Ihre atomistische Praxis, deren Vermittlung zur Existenz des Ganzen okkult bleibt und realmetaphysisch ist, erkennt ihre eigenen Resultate nur in verkehrter Gestalt an. Davon lebt, als unbesiegbarer Gegenspieler des Liberalismus, der Konservativismus seit der Gegenaufklärung durch die politische Romantik. Adam Müller, der Apostel von Thron und Altar, hat, in seinen "Elementen der Staatskunst" (1809), die Einseitigkeit der Liberalen um die der Konservativen erweitert und so eine noch heute gültige Formel des konstitutiv gespaltenen bürgerlichen Bewußtseins gegeben: "Der Staat ist nicht bloß die Verbindung vieler nebeneinander lebender, sondern auch vieler aufeinanderfolgender Familien; sie soll nicht nur unendlich groß und innig im Raum sein, sondern auch unsterblich in der Zeit. Die Lehre von der Verbindung aufeinanderfolgender Generationen ist ein leeres Blatt in all unseren Staatstheorien ...".[22] In der Polemik gegen den liberalen Staat als Anstalt zur Maximierung des individuellen Nutzens bereitete die politische Romantik das völkische Bewußtsein vor; ein Umschlag des bürgerlichen Selbstbewußtseins allerdings, der, indem er den Staat zum Garanten der ewigen Fort- und Fortzeugung der Gattung erklärt und damit die Frontstellung des Staates gegen die Lebenden legitimiert, doch nur die Konsequenz der liberalen Idee zieht und unfreiwillig gesteht, daß die Individuen als bloß empirische nicht zum gesellschaftlich Wesentlichen zählen. Als Charaktermasken des Kapitals werden sie entwertet und aus dem Verkehr gezogen, wenn es seinen gesellschaftlichen Charakter ändert und sich die barbarische Tendenz nicht nur an der "Peripherie" der Menschheit, sondern auch in den Metropolen manifestiert.

Die Gesellschaft der Bürger treibt, nach Maßgabe ihrer Krise, vom Volk der Citoyens zur Rasse der Bourgeois. So macht die nazistische Transformation der bürgerlichen Klasse zur germanischen Rasse in ihrer Vernichtungswut gegen die Un- und Übermenschen die Lüge der Menschenrechte praktisch wahr: Was Naturrecht ist, das wird von der Gesellschaft demonstriert. Auschwitz war die logische Konsequenz bürgerlicher Subjektivität und die historische Entbergung des Wesens ihrer Identität, d.h der praktischen Identifikation von Menschen mit dem Nichts, als das sie lange vor der Wannseekonferenz gesetzt wurden.[23] "Identität ist Tod" (Adorno).

GLEICHHEIT ALS HOMOGENITÄT: JUS SOLI ET SANGUINIS

Der militante Garant des verkehrten gesellschaftlichen Zusammenhangs, der Staat, repräsentiert die verdrängte gesellschaftliche Arbeitsteilung als seine politische Natur und organischen Zusammenhang. Er stellt die subjektiven Freiheitsrechte der Einzelnen von der Gesellschaft als objektive Pflichten gegen das Ganze dar. Partizipation am Staat, der Idee zufolge von weiter nichts abhängig als von juristischer Mündigkeit, hat doch völkische Gleichartigkeit zur stillschweigend latenten Prämisse. Weil die Gesellschaft der Konkurrenten im Staat als die Gemeinschaft der Immanenten erscheint, darum lauert hinterm *jus soli* als dem gleichen Recht aller innerhalb einer Grenze ansässigen Staatsbürger das *jus sanguinis* als Gleichberechtigung aller Volksgenossen gleicher Herkunft und Art. Im Umschlag des formellen ins materielle Kriterium der Staatsbürgerschaft geschieht, was Fichte 1808 in seinen "Reden an die deutsche Nation" zwecks Volkwerdung der Deutschen empfahl: die Übersetzung der "äußeren Grenzen" des Staates in die "inneren Grenzen" seiner Angehörigen.[24] Der abstrakt-egalitäre Zusammenhang der bürgerlichen Gesellschaft fundiert sich im konkret-autoritären Ursprung der Volksgemeinschaft, in der Setzung der Gesellschaft durch den Staat.[25] Nichts anderes stellt das völkische Recht dar als die konsequente Transformation der Prinzipien des bürgerlichen; nur derart vermag sich die liberale Gesellschaft zu integrieren, daß sie den sozialen Gehalt des Vertrages, die Pflicht zur Verwertung, unter die Obhut des autoritären Staates stellt und ihn fortan den eigentlichen Sinn formaler Legalität am Maßstab materieller, und d.h. völkischer Legitimität abtragen läßt.

Die Gleichheit der Individuen als Rechtssubjekte konkretisiert sich in ihrer Homogenität als Staatsobjekte, der phänomenale Atomismus der bürgerlichen Gesellschaft mausert sich zur kapitalen Totalität, und die Vermittlung, den subjektivierten Individuen aufgebürdet, schlägt sich, im Volk, als objektive Unmittelbarkeit nieder. Nation, der nackte Zeugungs- und Geburtenzusammenhang der Individuen als kreatürlicher, tritt auf als Produkt der Souveränität und als politische Natur, die den Einzelnen immer schon genealogisch sich angeeignet und für sich rekrutiert hat. So kommt, vom Boden, den die Grenzpolizei des Staates gegen die Flut 'der Anderen' bewacht, und so erwächst aus der 'territorialen Integrität', die das Militär vor den 'Fremden' beschützt, die Kategorie des Blutes in die Politik, das *jus sanguinis* als Konsequenz wie Prämisse des *jus soli*.

Obwohl es natürlich einen Unterschied macht, so tut es allerdings nichts zur Sache, mit welcher Vokabel der Begriff der Homogenität etikettiert wird. Kein Unterschied ums Ganze also, ob, mit Immanuel Kant, von der "Gleichheit all dessen, was Menschenantlitz trägt" gesprochen, ob, mit Nicolai Ceaucescu, vom "Prozeß der sozialen Homogenisierung" geschwärmt, oder, mit Adolf Hitler, die "Artgleichheit" der Deutschen prophezeiht wird. All diese Bestimmungen sind Bestimmungen der Homogenität und sie geben der Vergleichung der Individuen - als Subjekte - nur einen anderen Namen und ein anderes Maß. Die linke und die rechte Abweichung von der bürgerlichen Gleichheit, alle Versuche (sei es durch die "Arbeit der proletarischen Klasse", sei es durch die "Genealogie der germanischen Rasse"), die Homogenität der Subjekte als Staatsbürger nach Maßgabe der Krise wie nach Maßgabe von Klasseninteressen überwindend zu fundieren, bewegen sich, als radikalisierende Interpretationen der objektiven Denkformen der politökonomischen Praxis, auf dem Boden der Homogenität, deren Subjekt der politische Souverän ist und deren Sinn in der Permanenz der Ausbeutung liegt.

Den Unterschied, den es für die empirischen Individuen immerhin ausmacht, ob sie als Bürger, als Arier oder Proletarier verglichen und gleichgemacht werden, nicht leugnend, aber

Schriften der Initiative Sozialistisches Forum

Das Ende des Sozialismus, die Zukunft der Revolution
Analysen und Polemiken

290 Seiten / DM 25
ISBN 3-924627-17-7

Diktatur der Freundlichkeit
Über Bhagwahn, die kommende Psychokratie und Lieferanteneingänge zum wohltätigen Wahnsinn

216 Seiten /9,80
ISBN: 3-924627-02-9

Aktualität des Kommunismus
Mit Beiträgen von Micha Brumlik, Joachim Hirsch, Christine Wittrock, Leo Kofler u.a.

20 Seiten, Format B4, 2.-

Roter Oktober
70 Jahre Russische Revolution
Mit Beiträgen von Arthur Lehning, Walter Süß, Sybille Plogstedt, SMOT, u.a.

28 Seiten, Format B4, 2.-

Kritik und Krise 1
Vom Elend der Studentenbewegung

32 Seiten, Format B4, 4.-

Kritik und Krise 2/3
Nie wieder Deutschland

76 Seiten, Format B4, 8.-

ça ira

zugleich den Allmachtsgefühlen, die die Form Staat in der Politik als ihrer Bewegungs- und Reproduktionsweise notwendig erzeugt, widerstrebend[26], hat Ideologiekritik, geistiger Vorschein revolutionärer Praxis, die die klassen-, und das heißt: staatenlose Gesellschaft intendiert, die Selbstideologisierung der Form Staat zu entziffern und darauf das Augenmerk zu lenken, was in seiner Logik liegt. Darin unterscheidet sie sich von antirassistischer Aufklärung der Sorte Memmi, daß sie die Widerlegung von Rassismus und Antisemitismus oder gar der Beweis der Nichtexistenz von "Rasse" nicht interessiert, sondern wann das, was in der Bahn von Souveränität liegt, praktisch wird: die Transformation der bürgerlichen Gesellschaft in die rassistische Volksgemeinschaft. Denn Rasse ist kein Zustand, sondern Projekt von Herrschaft, sie "ist die Selbstbehauptung des bürgerlichen Individuums, integriert im barbarischen Kollektiv"[27].

ÜBERWERTIGES LEBEN

Die juristische Figur des Privateigentümers imaginiert den Bürger als fixes, stabiles und identisches Objekt, fiktioniert ihn als politisch weniger observiertes denn vielmehr staatlich konserviertes Subjekt. Aller Ärger mit dem Finanzamt ist augenblicklich vergessen, wenn ihm, selten genug als Revolution, die "soziale Liquidation" (Bakunin) droht. Das im bürgerlichen Gesetzbuch inkarnierte Äquivalenzprinzip, daß *de jure* die ordentliche wechselseitige Enteignung und Aneignung von Eigentum insoweit garantiert, als diese allseitig legale Übereignung die marktförmige Erscheinung der legitimen Realisierung eines fabrikmäßigen Wesens darstellt, administriert doch *de facto* die Akkumulation des Kapitals. Sie bedarf der Person als ihrer quasi-humanen Maske schon deswegen, weil sich die Ware noch nicht selbst zu Markte tragen und dort über ihren Preis vertragen kann. Recht, "Urphänomen irrationaler Rationalität"[28], das juristische System der Person als die entfaltete Wertförmigkeit des Menschen, stellt die Grundform subjektivierter Ahumanität wie personalisierter Asozialität dar. Die sekundäre Humanisierung der Kapitalverhältnisse, die hier ihren Ausgang nimmt, wird durch den Zwang zur Produktion wie durch die Routine der Reproduktion zur Religion des Alltagslebens verhimmelt, zum blindwütigen Glauben, der keines Gottesdienstes mehr bedarf und keiner Kirche, dessen atheistische Praktizierung als Credo allerdings völlig genügt. So haben die Subjekte als Jesuiten der kollektiven Skepsis zu leben; die bürgerliche Gesellschaft ist ihr Kloster.

Die gesellschaftliche Realmetaphysik läßt die zu Individuen formierten Subjekte als *an sich und funktionell* unverzichtbare sich fühlen und begreifen, läßt sie zugleich als *für sich und existentiell* austauschbare auftreten und handeln. Wirkliche Psychokratie überformt die spirituelle Technokratie[29]. Die juristische Person als Wertform des Menschen verdoppelt 'politisch' jene unmittelbare Allgemeinheit, die das Geld als sinnliche Darstellung des Wertes 'ökonomisch' schon längst darbietet. "Der Besitz des Geldes", schreibt Marx, "stellt mich zu dem Reichtum (dem gesellschaftlichen) ganz in dasselbe Verhältnis, worein mich der Stein der Weisen in bezug auf die Wissenschaften stellen würde"[30]: Dergestalt rückt die Rechtssubjektivität *jedes* ihr teilhaftige Individuum in die Position *des einen* Souveräns der ökonomischen Synthesis, bugsiert es an den Ort der politischen Zentralperspektive und gestattet ihm schließlich, als der selbstbewußte Autor zu agieren, der den Gordischen Knoten der negativen Vergesellschaftung und ihres aus nichts als monadierenden Atomen gewebten Sozialnetzwerkes schürzt. Bürgerliche Gesellschaft ist praktizierter Idealismus, das Subjekt der Ursprung.

Identität ist der fällige Name für die existentielle Angst vor der totalen Sabotage und dem Konkurs der Identifikation. Weil Identität nicht an sich selbst besteht, sondern einzig als haltlose Funktion und nur im reibungslosen Funktionieren des Individuums als "Charaktermaske" des Marktes[31], darum erfährt das subjektivierte Individuum jede Stockung und jedwede Krise der Akumulation als Angst vor Entwertung, gar als Panik im Angesicht seiner tatsächlich höchst persönlichen und allemal ganz individuellen Überflüssigkeit für den weiteren Fortgang des produktiven Getriebes. Denn was das Privateigentum verspricht, kann die Akkumulation noch lange nicht halten. Was der Boom verheißt, das dementiert der scharze Freitag energisch. Die politisch proklamierte *privateigentümliche Identität* - und das meint, trotz allem rational gefaßt: der Erhalt mindest des politökonomischen Subjekts als in letzter Instanz doch kreatürliches Individuum, seine Reproduktion als natürlicher Stumpf, auf dem die Sozialfunktion aufsitzt und an dem sie sich zu vergegenständlichen beliebt - , wird im gleichen Moment ökonomisch denunziert und ihrer *kapitaladäquaten Funktionalität* überführt, wenn die Inflation zu galoppieren beginnt, wenn der im scheinbar zeitenthobenen Geldmaterial ab ovo et sub specie aeternitatis fixierte Geldwert verrückt spielt. Die Börse fängt das Schreien an.

Die Flucht in den Sachwert impliziert die Rettung in den Nationalismus; die Panik des Subjekts fahndet nach irgendetwas, woran das Individuum sich halten kann; es will Boden unter die Füßen kriegen, Grund und Boden, d.h. Privateigentum an unbeweglichen Sachen und zumindest ein Haus oder eine Eigentumswohnung. Der strukturelle Rassismus und fundamentale Antisemitismus des Subjekts, zuvor latent und objektiv die Möglichkeit, bricht aus: Wie zuvor die historische Defensive der ungleichzeitigen, so gewahrt es jetzt die Attacke der übergleichzeitigen Menschheit; was den Vollwertbürger anfangs aus der Vergangenheit heimtückisch bedrohte, das trägt plötzlich unverschämt seine Attacke aus der Zukunft vor.[32] Weil erstens das Kapital die Selbstverwertung des Wertes im Geld nur ausdrückt und keineswegs, als Eigentum, stillstellt, weil zweitens der Souverän die politische Verdoppelung der Akkumulation im gewaltmonopolistisch bewachten Recht bloß reflektiert und keinesfalls, in der Balance von Berechtigungen und Verpflichtungen etwa, beruhigt - darum fühlt sich das Subjekt in der Krise der sozialen Integration genötigt, von der rassistischen Ausgrenzung, Diskriminierung, Ausbeutung und Verfolgung der Unmenschen, die, bei aller *Gewalt*, noch seine *Verteidigungsstellung* ausmacht, zum *Angriff* überzugehen, zum *Terror* und zur antisemitischen Totalausrottung der Übermenschen.

Aus der Rede des Grafen Mirabeau vom 8. März 1790 vor der verfassungsgebenden Nationalversammlung in Paris

... Sorglosigkeit, Faulheit und Abneigung gegenüber Arbeit kennzeichnen die Einwohner Afrikas

Geboren in Ketten und für die Sklaverei ist ihnen Freiheit unbekannt. Die Neger, die an Europäer verkauft worden sind, haben nur die Ketten gewechselt. Sie vermissen ihre Heimat, jedoch nicht die Freiheit, die sie niemals kennengelernt haben.

Wenn ich die Neger freiließe, würden sie sofort aufhören zu arbeiten. Jeder von ihnen bringt in unaufhörlicher Arbeit den Wert derjenigen Nahrungsmittel hervor, die er verbraucht, und darüberhinaus einen beträchtlichen Überschuß, der die Einnahmequelle unserer Siedler und den Reichtum unserer Kaufleute bildet. ...

Würde ich die etablierte Ordnung verändern, gerieten Millionen von Franzosen in Armut. Obgleich mir die Humanität befiehlt, das Schicksal der Neger zu verbessern, verlangt die Vernunft von mir, ihren Status als Sklaven zu bekräftigen ...

Weil die Sklaverei nicht abgeschafft werden kann, ohne daß dadurch der Ruin eines Teils unserer Mitbürger herbeigeführt würde, mildern wir das Schicksal der Neger, bestätigen jedoch die Sklaverei.

Ich weiß, daß dieses Dekret der Menschenrechtserklärung (sc. vom 14.8.1789), die Sie der Verfassung voranstellen, widerspricht. Doch haben Sie sich nicht beim Abfassen dieser Erklärung geirrt? Haben Sie nicht aufgrund eines offensichtlichen Irrtums den Menschen mit dem Bürger verwechselt? ...

Nein, meine Herren, ich bin der festen Überzeugung, daß sie nicht zögern werden, die Sklaverei zu bestätigen, da es im Interesse unserer Kolonien, unserer Handelsplätze und von ganz Frankreich ist, daß sie bekräftigt wird ...

Der Sklavenhandel ist einer unserer wichtigsten Handelszweige. Wenn wir ihn verböten, würde eine bedeutende Quelle des Reichtums versiegen ...Der Sklavenhandel ist absolut notwendig; anstatt ihn abzuschaffen, müssen wir ihn durch unsere Bemühungen fördern.

Der Rassismus leistet die Integration des an sich nichtigen bürgerlichen Subjekts insoweit und solange es sich in Kategorien von Arbeit und Geld, von Gesetz und Eigentum begreifen kann; der Antisemitismus soll die Explosion dieses Subjekts verhindern, das Nichts seiner Identität durch Vernichtung kurieren. "Menschenrecht bricht Staatsrecht"[33]: Der Aufstand der Ontologie *des* Menschen gegen die phänomenale Menschheit soll die Synthese eines aus allen Fugen gehenden Subjekts erzwingen, das sich einzig in Kategorien von Verwertung und Kapital, von Souveränität und Aneignung spiegelt und seine Charaktermaske konsequent abstreift. Die Vermittlung wird einkassiert. Die zu Subjekten formierten Individuen haben sodann einzugestehen, daß sie vom Kapital nicht bloß funktional instrumentalisiert, sondern vielmehr material konstituiert worden sind. Ihre Form ist schon ihr ganzer Inhalt, alles, woran sie sich halten können. Die Transformation des Staatsvolks der Bürger in die souveräne Volksgemeinschaft der Artgenossen zieht die letzte Konsequenz aus der bürgerlichen Gleichheit durch kapitalistische Vergleichung. Die nazistische "Gleichschaltung" bringt an den Tag, was von der Agitation gegen "Gleichmacherei" zu halten ist.

Im Rassismus halluziniert der Bürger den Untergang in krude Natur, im Antisemitismus seine Annihilation durch den hypertrophen Geist. Die - im Rassismus - so allgemeine wie diffuse Angst vorm Verschwinden seines Subjektcharakters im plump Kreatürlichen kommt - im Antisemitismus - mit der allerdings spezifizierten und exakt gezielten Furcht vor der Auflösung seiner Subjektivität durch die geheimnisvollen Mächte des Abstrakten überein. Der Rassismus signalisiert den äußeren Widerstand gegen den Alleinvertretungsanspruch des bürgerlichen Subjekts auf die Gattung, der Antisemitismus dagegen demonstriert den inneren Antagonismus, der die kapitale Totalität ihres narzißtischen Größenwahns zu überführen droht. Im Rassismus rekapitulierte das bürgerliche Subjekt seine siegreiche Revolution gegen das nur subjektiv und bloß uneigentlich Menschliche; es betrieb die *Entwertung* der Erscheinung durch das Wesen. Während die Opfer des Rassismus den Gegensatz *zum* Subjekt zu verleiblichen hatten, wird an denen des Antisemitismus der Widerspruch *im* Subjekt ausgetragen. So tritt dem nutzlosen und also unwerten Leben des Unmenschen das überwertige und erst so recht überflüssige Leben des Übermenschen zur Seite: Das Subjekt, das dergestalt des Risikos der Vermittlung sich entledigt hat, das seine ambivalente Funktion als lebende Synthese von Citoyen und Bourgeois abgestreift und eine existentielle Identität als gemeines Gesellschaftstier gewonnen hat, schreitet zur *Verwertung* der Erscheinung durch das Wesen.

ONTOLOGISCHES BEDÜRFNIS, EXISTENTIELLER WAHN

Nationalsozialistisch wird demonstriert, was es mit der liberalen Unterscheidung von Bevölkerung und Volk auf sich hat und was mit der ontologischen Grenze, die der Souverän zwischen den Staatenlosen, Staatsangehörigen und Staatsbürgern zog. Die bürgerliche Revolutionstheorie hatte, anfangs noch gegen den 'antinationalen' und 'parasitären' Adel, das theoretische wie praktische Instrumentarium entwickelt, um den Antagonisten zu erkennen und ihn als den Feind zu bestimmen. "Eine Privilegiertenklasse", hieß es 1789 in der Kampfschrift 'Was ist der Dritte Stand?', "ist also nicht nur wegen ihres Korpsgeistes, sondern schon durch ihr bloßes Vorhandensein schädlich. (...) Nur in seiner Eigenschaft als Staatsbürger wäre der Privilegierte *repräsentationsfähig*; aber er hat diese Eigenschaft selbst verwirkt, er steht außerhalb der Bürgerschaft, er ist ein Feind der gemeinschaftlichen Rechte". Die Polemik gegen die Aristokratie, den "Fremdkörper der Nation", "Leute, deren bloße Existenz einen dauernden Kampf gegen die große Gemeinschaft des Volkes bedeutet", hatte zum Endergebnis, "daß solche Leute auch die Eigenschaft des Staatsbürgers verwirkt haben und noch viel eher von dem Recht, zu wählen oder gewählt zu werden, ausgeschlossen werden müssen als ein Ausländer, dessen offen bekundetes Interesse dem (unsrigen) wenigstens nicht unbedingt widerspricht"[34].

Das Urteil über die Aristokratie war, als ungerechtes, gerechtfertigt; aber es war zugleich illegitim, kreidete es doch Individuen als bewußte Absicht an, was ihnen als soziale Qualität eignete: Kein theoretischer Irrtum, wie er in der Hitze des Gefechtes, unterlaufen kann, sondern, am Vorabend des bürgerlichen Triumphes, schon Vorahnung der Krise und des Untergangs bürgerlicher Herrschaft. Darum mußte, in antizipativer Paranoia, jede andere Herrschaft als die von Bürgern nicht etwa als falsch oder unpraktisch, sondern vielmehr als subjektiv böse, chaotisch und abgrundtief scheußlich verteufelt werden.[35] Nachdem die bürgerliche Praxis über die Idee des Fortschritts der Menschheit, in deren Namen das Urteil über den König gerechtfertigt war, in Richtung auf die Selbstoffenbarung der kapitalen Ontologie in die Gattung hinein vorangeschritten war, kehrt sie im Existentialurteil über die Juden seinen wahren Charakter heraus: *Vor*urteil, dem keine Beweisaufnahme nachkommt, Justiz, die keiner Verhandlung mehr bedarf, weil nicht einmal Justizmord intendiert wird. Der Antisemitismus ist nicht mit Gründen zu widerlegen: Wer durchs nackte Sein schuldig und als bloße Existenz sich verdächtig macht, dem hilft auch kein Indizienprozeß mehr, weil weder Bewährung noch Resozialisation den Schaden jemals beheben könnten. Das naturale Substrat, das Individuum, und seine soziale Funktion, das Subjekt, sind verschmolzen und gelten als ein und dasselbe. Subjektive Identität

Nicht **Du** bist der Maßstab! Sondern die **Front!**

findet statt in der Identifizierung des Anti-Subjekts, als dessen Identifikation mit feindlicher Natur. Kein Recht auf Leben, das nicht durch die bloße Existenz des Souveräns bereits relativiert wäre: Die prinzipielle Nichtanerkennung der juristischen Subjektivität des Anti-Subjekts bedeutet die Einbuße des Rechts, überhaupt Rechte zu haben. Die SS-Einsatztruppen, die Aktivisten des Staates, und das mörderische Getriebe der Vernichtung, seine Bürokratie, zogen daraus die Konsequenz und machten den kurzen Prozeß, der keiner war.

Die Krise radikalisiert das ontologische Bedürfnis zum existentiellen Wahn; der Jargon der Eigentlichkeit wird zur Alltagssprache der Propaganda und jeder Volksgenosse führt Heidegger im Mund. Gesunder Menschenverstand manifestiert sich als pathologisches Souveränitätskalkül. Die Implosion der sozialen Synthesis zieht die Explosion des subjektivierten Individuums nach sich. Als leerlaufende Vermittlung ohne noch zu Vermittelndes, als plötzlich außer Kurs gesetzter Souverän ernennt sich der Bürger zum Extremisten des Gattungswesen und zum Terroristen im Auftrag der Menschheit. Er geht aus sich heraus. Der okkulte Charakter der sozialen Reproduktion hieß das Subjekt, solange sie nur gelang, mit der Rolle eines folgsamen Adepten des Geld- und Staatsfetischs sich bescheiden. Die Welt zum praktischen Handeln zurechtzudenken, das schaffte der ontologische Trieb allemal. "Nationale Identität" als Antwort auf die Frage, was *"deutsch"* sein soll und wer unter Gleichen als egal Verglichener und total Vergleichgültigter gelten darf, genügte vollauf, um ökonomische Nützlichkeit wie politische Dienstbarkeit unter Beweis zu stellen. Mit der Aversion gegen "Parasiten" und "Kosmopoliten", mit dem Abscheu gegen das faule und grenzenlose Leben war es allemal getan. Die Krise fördert zutage, welch praktische Gewalt dieser Denkform innewohnt.

Seiner Nichtigkeit und Substanzlosigkeit überführt und als überflüssiges Leben demaskiert, sucht es die verlorene Sozialfunktion zurückzuerobern und seine Rekonstitution als Subjekt zu bewerkstelligen. In voller Auflösung begriffen, macht es sich nicht nur terroristisch an die Reduktion des Feindes auf das eigene Nichts - in panischer Flucht nach vorn verfällt es obendrein darauf, die Identität des Anti-Subjekts sich aneignen zu wollen. Denn, so die Logik, die direkt in den Nazismus führt, wer oder was ein so omnipotentes Subjekt wie das bürgerliche derart desintegrieren und destruieren konnte, das muß seinerseits über magische Kräfte und ein unzerstörbares, ein ewiges Wesen verfügen. "Nirgends zu Hause und nirgends fremd"[36]: Die Juden sollen es sein, denen wahre Identität eignet, die zeitenthobene Unveränderbarkeit, die das vom Kapital denunzierte Versprechen des Geldes: privates Eigentum erfüllt, und die raumentrückte Harmonie dazu, die die vom Souverän destruierte Verheißung des Rechts: Ordnung wahrmacht. Das Nichts des Subjekts erscheint, magisch verkehrt und gespenstisch kostümiert, als das Sein der Juden, das Anti-Subjekt materialisiert zur "Gegenrasse"[37]. Die Gegenrasse der übermenschlichen Menschen, der gänzlich entindividuierten Subjekte und des unsterblichen Souveräns ist es, die dem wahnhaft rational denkenden Subjekt Kontra bietet. An seinem Untergang will es sich für alle Zeiten gesundstoßen, sein Tod soll ihm neues Leben einflößen. Sein Reich hat gefälligst, wenn schon von dieser Welt, ein Tausendjähriges zu sein. Und da der Bürger, zumal der deutsche, sich "beinahe" schon immer, wie ein Jurist des Führers schrieb, als "Schicksalsgenosse der Juden" empfand und als "faustisches und ahasverisches Gespenst"[38], als triebgeladen und wesenlos, wurde der Nationalsozialismus zum ultimaten Projekt der bürgerlichen Gesellschaft: dem "ewigen Juden" den Krieg zu erklären, das verhieß, die Krise auf den St. Nimmerleinstag zu verewigen.

Man mordet natürlich in Notwehr, präventiv, um Schlimmeres zu verhindern. Hatte der Rassismus zuvor dazu getaugt, das Andere der Gattung zu illustrieren und den kapitalen Bruch der wirklichen mit der scheinbaren Menschheit zu veranschaulichen, so gewahrt er nun - wie um die Symmetrie zu vollenden und zum Zweifrontenkrieg sich zu ermächtigen - die Evolution des Unmenschen zum Untermenschen. Das Vollwertsubjekt hat gegen die unteren und die oberen anzutreten. Das Andere zur Gattung soll auf einmal nicht mehr seiner produktiven Konsumierung passiv entgegendämmern dürfen, jetzt hat es sich zu wehren, d.h. unter dem Kommando des Übermenschen anzugreifen: "Der Untermensch - jene biologisch scheinbar völlig gleichgeartete Naturschöpfung mit Händen, Füßen und einer Art von Gehirn, mit Augen und Mund, ist doch eine ganz andere, eine furchtbare Kreatur, ist nur ein Wurf zum Menschen hin, mit menschenähnlichen Gesichtszügen - geistig, seelisch jedoch tieferstehend als jedes Tier. Im Inneren dieses Menschen ein grausames Chaos wilder, hemmungsloser Leidenschaften: namenloser Zerstörungswille, primitivste Begierde, unverhüllteste Gemeinheit. Untermensch - sonst nichts! Es ist nicht alles gleich, was Menschenantlitz trägt. (...) Und diese Unterwelt der Untermenschen fand ihren Führer: den ewigen Juden!"[39].

Was den Vernichtungselan antreibt, ist der Wille zur Aneignung; was die Notwehrwut zum äußersten reizt, das ist die hoffnungslose Nothilfe am bürgerlichen Subjekt. Das desaströse Sub-

PROWO

monatliche Lektüre im magischen Viereck von PDS, Autonomen, "Radikaler Linker" & Grünen

Bei uns kamen u.a. zu Wort:

Wolfram Adolphi (PDS-Vors. Berlin); Stra-Benplenum Mainzer Str.; Georg Fülberth; AL-Antifa-AG; Karl Heinz Roth; Netzwerk; Nora Räthzel; Gefangene in Plötzensee; Michael Stamm; Kommunistische Plattform; Dirk Schneider; revolutionäres 1. Mai-Plenum; Cihan Arin; Polnischer Sozialrat; Ingrid Strobl; Unabhängiger Frauenverband; Michael Heinrich (PROKLA); KB; Wolfgang Gehrke; Rote Hilfe; Helga Adler; ASTA-FU; Manfred Müller (HBV-Vors. Berlin); Bosch/Siemens-Komitee; Michael Mäde (VL); Ermittlungsausschuß; Klaus Dieter Tangermann; Lateinamerikazentrum (LAZ); Harald Wolf; Autonome Kommunistinnen Westberlin; Rainer Börner; Vereinigte Linke; Autonom-antiimperialistische Irland Gruppe Westberlin; Linkes Forum; Antifa-Info Telefon; diverse Autonome

Ich möchte

- ein Probexemplar

oder PROWO abonnieren (erscheint jeden 1. Freitag im Monat)

- 4 Ausgaben (10 DM)
- 10 Ausgaben (20 DM)
- 25 Ausgaben (50 DM)

jeweils gegen Vorkasse (Geldschein, Scheck, Überweisung)

Name

Straße

PLZ, Ort

Unterschrift

PROWO, Eisenbahnstr. 4, 1000 B 36
Tel.: 030/618 80 02/03

jekt geht daran, die Substanz und das Wesen produktiver Arbeit wie loyaler Untertänigkeit aufzuspüren und sich anzueignen. Zum aktivistischen Praktikanten des souveränen Kapitalfetisches mutiert, will es den Wert, das Wesen seiner Vergesellschaftung, nicht mehr nur als Geld funktionell *haben*, sondern es vielmehr als Kapital unmittelbar und existentiell zu *sein*. Das ontologische Bedürfnis sucht damit den schlagenden Beweis der Unabkömmlichkeit und Unverzichtbarkeit des Subjekts anzutreten und darin Befriedigung zu erlangen, daß es sich zum existentialistischen Wahn steigert, dessen Resultat im unmittelbaren Privateigentum an der Substanz liegen soll, in ihrer unentfremdbaren Repräsentation. Zahllose Leichen und namenlose Tote liegen in der Bahn dieser an sich aussichtslosen Jagd auf Identität, die nicht enden kann, bevor alle Juden umgebracht worden sind.

Die Bürger als rassistische Gemeinschaft halluzinieren im Bild der Juden als "Gegenrasse" das Geheimnis einer bürgerlichen Gesellschaft ohne Krise, das Rätsel von Herrschaft ohne Ausnahmezustand. Was immer schon das Rätsel darstellte, die 'unsichtbare Hand' der gesellschaftlichen Synthesis, gilt nun, in wahnhafter Verkennung wie traumwandlerischer Bestimmung, als das Wesen des Anti-Subjekts. Weil der gesellschaftliche Zusammenhang als feindliche Natur erscheint, darum muß das 'jüdische Wesen' - ebenso rational wie irrational[40] - das Prinzip von Synthesis durch den antagonistischen Geist darstellen. Die nazistische Imaganination gestaltet das Bild "des Juden" als die ebenso paranoid verdrehte wie projektiv karrikierte Repräsentation des automatischen Subjekts: "Dämon des ewigen Verneinens"[41]. Der "gestaltenlose Anarchismus", die "innere Unmöglichkeit, ja zu sagen", die die Nazi-Ideologie dem Juden attestiert, ist die Kehrseite der Sucht nach Ordnung und Eigentum, "Anarchismus" das Wort für die Angst vor dem Chaos, "Kritik" die Chiffre für konstitutionelle Unfähigkeit zur Treue, "Parasitismus" der Code der systematischen Unmöglichkeit von Produktivität. Weil der Nazi die negative Dialektik der kapitalen Synthesis als positive Ontologie "des Juden" halluziniert, darum verfügt er, "daß die äußere Vielformigkeit des Judentums keinen Widerspruch zu seiner inneren Einheit bildet, sondern - so merkwürdig das klingen mag - seine Bedingung"[42]. Dies Wesen, das die Identität von Identität und Nicht-Identität verkörpert, das die praktische Wirklichkeit einer logischen Unmöglichkeit verleiblicht, dies "jüdische Wesen" will der Nazi aus dem jüdischen Schein, und das heißt: aus den leibhaftigen Menschen herausreißen. Nicht als "Ökonomie der Endlösung" war Auschwitz der letzte Zweck des Nationalsozialismus, und die Vernichtung um der Vernichtung willen nicht sein einziges Ziel, sondern Restitution des Subjekts durch exterministische Aneignung des Wesens von Anti-Subjektivität: "Auschwitz, nicht die 'Machtergreifung' 1933, war die wirkliche 'Deutsche Revolution' - die wirkliche Schein - 'Umwälzung' der bestehenden Gesellschaftsformation. Diese Tat sollte die Welt vor der Tyrannei des Abstrakten bewahren".[43]

ARBEIT UND HERRSCHAFT, VERWERTUNG UND SOUVERÄNITÄT

Schon die Normalität der kapitalistischen Akkumulation besteht darin, den Arbeiter zum "Anhängsel der Maschine" zu degradieren. Reelle Subsumtion bezweckt nicht allein die Reduktion der Kosten fürs variable Kapital, zielt nicht nur auf die Vergegenständlichung des Kapitals im unmittelbaren Produktionsprozeß. sondern intendiert überdies und vielmehr die Aneignung der geheimnisvollen Potenz lebendiger Arbeit, Mehrwert zu setzen. "Das wirkliche Nicht-Kapital ist die Arbeit selbst"[43]: Aber das Kapital, das als automatisches Subjekt die Potenz der Gattung ausbeutet und als sein eigenes Wesen und Leben darstellt, will der Sache auf den Grund kommen. Es will die Potenz aus ihrer stofflichen Form herauslösen und rein aneignen: produktive Zerstörung. Dies Wesen der Produktivität zu identifizieren, ist die Geschichte der kapitalistischen 'Rationalisierung', die historische Entfaltung des Kapitalbegriffs in die Gesellschaft hinein[44]. Und schon die Regularität souveräner Herrschaft geht darauf aus, das Wesen "nationaler Identität" und also politischer Loyalität im Subjekt auszumachen. Die Geschichte des Begriffs der Staatsbürgerlichkeit wie der Praxis der Verstaatsbürgerlichung ist die Chronik der Versuche, hinter das Geheimnis unbedingter Treue zur Macht zu kommen. Die Kautelen und Prozeduren ihres Erwerbs und ihres Verlustes umschreiben, wie der Staat das subjektivierte Individumm zu funktionalisieren gedenkt: In letzter Instanz als Soldaten, der, als lebendiger Agent des Gewaltmonopols, die Angst vor der Auslöschung seiner Kreatürlichkeit vergißt und bereit ist, 'für die Sache' zu sterben. So bezeichnet der Gegensatz des *jus sanguinis* zum *jus soli* die Bewegung, in der sich der Souverän seinem prominentesten Gegenstand annähert.

Die Unterscheidung zwischen empirischer Bevölkerung und transzendentalem Staatsvolk, die das Kapital schon im Begriff der Geschäftsfähigkeit setzte und die der Staat zur politischen Mündigkeit verdoppelte, konstituierte die Hierarchie der staatenlosen Ausländer, der zum passiven Menschenrecht befugten Staatsangehörigen und der zum aktiven Bürgerrecht, zur Wahl, ermächtigten Staatsbürger. Was die bürgerliche Revolution im Formalismus des *jus soli* schon nicht wahrhaben wollte und doch souverän löste - das Problem des illegitimen Gebrauchs legaler Rechte -, das wird im Ausnahmezustand und in der Krise zur Überlebensfrage. Konsequent wird das formalistische Recht substantialistisch aufgeladen: Die Phraseologie des 'Ahnenerbes' verschleiert nur den wirklichen Sachverhalt, denn es geht keineswegs um 'Ariernachweise'und nicht um Genealogie, sondern um die Durchsetzung neuer, d.h. radikalisierter Kriterien der Partizipation am Souverän als "Schutzverband". Als archaisch tritt auf, was ungeheuerlich modern ist: das Projekt einer Generalinventur der Bevölkerung und ihrer Musterung hinsichtlich ihrer Tauglichkeit zum Staatsvolk. "Reichsbürger kann nur der Reichsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes werden, der durch sein Verhalten beweist, daß er *gewillt und geeignet* ist, in Treue dem deutschen Volk und Reich zu dienen, also namentlich seine *Arbeits- und Wehrpflicht* erfüllt haben muß": 'Blut' und seinen 'Boden' berechtigen zu gar nichts[45]. Das *jus soli* ist das *jus sanguinis*, reine Formalität, die Herrschaft auf Leben und Tod vollstreckt.

Zu Arbeit und Tod gewillt und geeignet : Schärfer läßt sich kaum fassen, was "deutsch" ist; keine umstandslosere und handlichere Definition des deutschen Wesens läßt sich geben als eben diese. Die Generalinventur an der Bevölkerung dient diesem Test. Die Opfer, die erst ausgemusterten, dann 'ausgemerzten' Staatsfeinde und Arbeitsscheuen, haben das Leid durchzumachen, den Schmerz zu erleiden, den Tod zu erfahren, die unmittelbare Vernichtungsgewalt, die der Souverän als ultimate Drohung bereithält, wenn das Staatsvolk seiner Ineinssetzung mit dem Gewaltmonopol sich sträubt und beim *leveé en masse* zögern sollte[46]. Der nazistische Elan speist sich negativ aus der Drohung des Souveräns, die von der Krise enthüllte nicht nur funktionelle sondern vielmehr existentielle Überflüssigkeit des Subjekts zu vollstrecken: Damit stachelt er die Volksgemeinschaft an; das ist die "Furcht vor der Freiheit". Und die Vernichtungswut wird positiv angefeuert durch die Verheißung des Souveräns, die subjektive Nichtigkeit durch den Raubmord am Anti-Subjekt zu therapieren. Das ist der "Hitler in uns", die Lust an der Unterwerfung, die einem nutzt.

Die Opfer der volksgemeinschaftlichen Raserei der kapitalen Rasse, sind, so hat sie Hannah Arendt geschildert, "nichts als Menschen; jedoch ... besagt dieses Menschsein nicht mehr, als daß sie dem Menschengeschlecht in der gleichen Weise zugehören wie die Tiere der ihnen vorgezeichneten Tierart. Dies abstrakte Menschenwesen ... ist gleichsam das genaue Gegenbild des Staatsbürgers, dessen Ungleichheit und Differenziertheit dauernd innerhalb der politischen Sphäre von dem großen Gleichmacher aller Unterschiede, der Staatsbürgerlichkeit selbst, eingeebnet werden; denn wiewohl der Rechtlose nichts ist als ein Mensch, ist er dies gerade nicht durch die gegenseitig sich garantierende Gleichheit aller Rechte (...) Er ist gleichzeitig der Mensch und das Individuum überhaupt, das allerallgemeinste und das allerspeziellste ..."[47].

Allein: das "Gegenbild" ist nicht das Andere des Staatsbürgers, es ist sein Spiegelbild, zeigt sein Unwesen. Die Identität, die das Menschenrecht verheißt, können die Menschen nur im Tod sich aneignen. Das gelobte Land der Freiheit und Gleichheit liegt unter der Erde.

Archiv
für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit

Heft 11, ISBN 3-88663-411-6, 320 S., DM 26,-

Robert Laube: "...der Zeitpunkt, wo die Ehre es nicht mehr zuläßt, das Bremsen weiter zu betreiben!" - Binnendifferenzierung und Konfliktrationalität in der Bochumer und Langendreerer Bergarbeiterschaft 1860 bis 1914

Siegbert Wolf: "...bis die Bestie Kapitalismus niedergerungen und der Moloch Staat zertrümmert ist." Der erste Prozeß des Volksgerichtshofs gegen die Freie Arbeiter-Union Deutschlands (FAUD) im Sommer 1936

Willy Buschak: Das Leben des Emilio Lopez Arango

Rolf Wörsdörfer: Trotzki und die nationale Frage auf der Balkanhalbinsel (1908 - 1914)

Aleksandr J. Watlin: Die Geburt der Einheitsfronttaktik: Die russische Dimension

Jacques Wajnsztejn: Gewalt und Revolution

Sozialismus als Realfiktion. Frühe linkskommunistische Kritik am sowjetischen Staatskapitalismus. Eine Dokumentation

Rezensionen und Hinweise

Abonnements (20 % billiger) und Bestellungen über die Redaktion:
c/o Wolfgang Braunschädel, Oskar-Hoffmann-Str. 121, D-4630 Bochum 1,
GERMINAL-Verlag, Widumestr. 11, 4630 Bochum 1, o. über den Buchhandel

ENDE DER VERGLEICHUNG

Das Projekt der multikulturellen Zivilgesellschaft intendiert, dem Rassismus durch die Ausweitung des staatsbürgerlichen Status auf alle entgegenzutreten, denen es glückte, irgendwie, legal oder illegal, über die Grenze zu kommen. Derlei Entnationalisierung der Staatsbürgerschaft und Trennung der Rechtssubjektivität von der "Abstammung" setzt, logisch betrachtet, die Entnationalisierung der Staatsgewalt voraus, d.h. die Beseitung der Grenzen. Aber nicht davon ist die Rede, sondern von "Flüchtlingspolitik" und "Kontingentierung". Die Ersetzung der Bestimmung: "Deutscher im Sinne des Grundgesetzes ist, wer ..." in § 116 Grundgesetz durch die Vokabeln "Bürger und Bürgerin im Sinne dieser Verfassung ist, wer ..." ist der redliche und ziemlich hoffnungslose Versuch, mit legalen Mitteln einem Mißstand abzuhelfen, der nur durch die Beseitigung der letzten Instanz und also durch die Abschaffung des Staates zu heilen wäre. Die Idee, gegen den Rassismus Rechtsmittel einzulegen, ist humanitär, nicht human.

Das auf dem Wege des Massenmords reinstallierte Subjekt der keineswegs bürgerlichen, sondern postfaschistischen Gesellschaft täuscht sich, wie über den Charakter seiner Ökonomie, so über den Status seiner Politik. Indem es, nach der Methode Memmi, den Antisemitismus als Form des Rassismus mißverstehen möchte, will es sich über die negative Dialektik der bürgerlichen Gleichheit betrügen. Als Mangel an Gleichheit und Ausnahme soll erscheinen, was das Wesen der Gleichheit ausmacht. Der Rassismus wird als Ausgrenzung, Vorurteil oder Diskriminierung verurteilt, weil die Logik der Vergleichung, die in den Antisemitismus als bürgerliches Sanatorium führt, außer Frage steht. Schon deshalb kann die "Entfaltung der Gleichheit des Rechts zum Unrecht durch die Gleichen" kein Thema sein, weil man auch für die Zukunft nichts ausschließen will. Der Bürger fühlt sich ganz zu recht nicht befugt, dem Souverän Vorschriften zu machen.

Das ist die "Falle des Antirassismus", daß die Humanisten, Demokraten und Sozialisten der antirassistischen Bewegung nach der Logik der Politik handeln, als praktizierende Idealisten der Souveränität, die sich zur Regierung in Opposition setzen. Denn die "Freiheit, das wußte der deutsche Staatsidealismus genau, "die Freiheit, das ist die vollste Selbstbestimmung jedes einzelnen, ist das Prinzip des Staats; der Staat kann gar nicht unfrei sein. Kein Punkt ist in der reinen Staatsidee, von welchem die Unfreiheit entstehen könnte; der Begriff des Staates ist gar nicht imstande, eine Verfassung oder Verwaltung zu erzeugen, die unfrei wäre. Es ist daher ein absolutes Mißverständnis, in dem unfreien Staate den Staat als solchen zu verklagen oder anzugreifen"[48]: das schrieb der liberale Hegelianer Lorenz von Stein am Beginn der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland. Aber bis auf den heutigen Tag haben noch nicht einmal die Marxisten den Staat so mißverstanden, wie es unumgänglich wäre, wollte man ihn begreifen. "Eine emanzipierte Gesellschaft jedoch wäre kein Einheitsstaat, sondern die Verwirklichung des Allgemeinen in der Versöhnung der Differenz. Politik, der es darum im Ernst noch ginge, sollte deswegen die Idee der abstrakten Gleichheit der Menschen nicht einmal als Idee propagieren"[49].

Alles andere gibt sich praktisch, ist aber nur pragmatisch. ■

JOACHIM BRUHN

israel & palästina

Zeitschrift für Dialog

EXTRANUMMER

"Der Golfkrieg, Israel und die deutsche Friedensbewegung"

Dokumentation einer Kontroverse

April 1991

Bestellung: DM 14,— an DIAK, Bahnhofstr. 148, 6732 Edenkoben, auf Konto Nr. 23 796, Sparkasse Edenkoben (BLZ 546 513 30) mit vollständigem Absender und Kennwort "Golfkrieg".

Anmerkungen

1 Das in der Form von Rechtssubjektivität konstituierte Individuum hat seine *Identität* an der Vermittlung von Staat und wirtschaftsbürgerlichem Leben zu gewinnen. Daß sich die Abstraktion als *Naturrecht* ausspricht, demaskiert ihren ebenso durchschlagenden wie unbewußten Charakter. Die französische Revolution von 1789 war der soziale Urknall der bürgerlichen Konstitution, der Moment, als ihre historische Genesis objektive Geltung gewann. Vgl. Joachim Bruhn, *Das Menschenrecht des Bürgers. Zweihundert Jahre 'Freiheit, Eigentum, Sicherheit'*; in: Stadtzeitung für Freiburg, September 1989, S.22f.

2 Vgl. Initiative Sozialistisches Forum, *Abschaffung des Staates. Thesen zum Verhältnis von marxistischer und anarchistischer Staatskritik*; in: ISF, *Das Ende des Sozialismus, die Zukunft der Revolution. Analysen und Polemiken*, Freiburg 1990, S.87 ff.

3 Immanuel Kant, *Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?* (1783), in: Ders, Werkausgabe, hrsg. von W. Weischedel, Frankfurt 1977, Bd. 11, S.60

4 Albert Memmi, *Rassismus*, Frankfurt 1987, S.103

5 Ebd., S.142

6 Ein neueres Beispiel: Julia Kristeva, *Fremde sind wir uns selbst*; Frankfurt 1990

7 Memmi, a.a.O.,S.142

8 Ebd., S.72

9 Ebd., S.96

10 Ebd., S.72

11 Ebd., S.123. Memmi fährt fort: "Es bleibt dem Vergnügen des Lesers überlassen, entsprechende Begriffe für die aggressive Ablehnung und Entwertung der Frauen, Jugendlichen, Homosexuellen, Greise usw. zu suchen". - Die gängige Protestvokabel vom Kampf gegen "Rassismus und Sexismus" ist ein Ausdruck dieses 'Vergnügens'.

12 Theodor W. Adorno/Max Horkheimer, *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*; in: Dies., Gesammelte Schriften Bd.3, Frankfurt 1984, S.29

13 Memmi, a.a.O., S.138

14 Max Horkheimer, *Die Juden in Europa* (1939); in: Ders., *Autoritärer Staat*, Amsterdam 1967, S.29

15 Immanuel Kant, *Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf*; in: Werkausgabe, hrsg. von Wilhelm Weischedel, Bd.XI, Frankfurt 1977, S.224. - Die Philosophie der Aufklärung ist die der Philosphie des "als ob" schlechthin, allerdings nicht als Vermutung und Hypothese ins Blaue hinein, sondern als These über die Konstitution und die Bewegungsform der Realfiktion.

16 Vgl. Tzvetan Todorov, *Die Eroberung Amerikas. Die Entdeckung des Anderen*; Frankfurt 1987

17 Siehe die Synopse der inquisitorischen Maßnahmen zur Produktion der "limpiezza de sangue" in Spanien und der Nürnberger Gesetze bei Raul Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust*, Berlin 1982, S. 15ff. Daran wären die Ausführungen *J.P. Reemtsmas* über "Die Falle des Antirassismus" zu diskutieren: Er hat ganz recht, wenn er die theoretischen Rassismusbegriffe für ungeeignet hält, irgendetwas zur Erklärung oder gar zur Kritik des Rassismus beizutragen. Aber seine These - bewußtlose Endlosigkeit der Verfolgung nach dem Vergessen der ursprünglichen Motivation, Verfolgung, der das Stigma der Verfolgten zum Anreiz wird - übersieht, daß es sich um eine herrschaftspraktisch-ideologische Frage handelt: Ideologie allerdings wird nicht vergessen, sie wurde nie gewußt. Die Toten der Inquisition zählen, was die Ausarbeitung der Differenz zwischen dem empirischen und dem abstrakten Menschen und den Ausschluß aus der Menschheit betrifft, zu den Unkosten der "ursprünglichen politischen Akkumulation" (Althusser) und zur Konstitution der modernen bürgerlichen und eigentlich kapitalistischen Souveränität. Darum ist Hilbergs Synopse so aufschlußreich.

18 "Der Staat ist die realisierte, ausgebildete, explizierte Totalität des menschlichen Wesens. (...) Das Staatsoberhaupt ist der Repräsentant des universalen Menschen." Ludwig Feuerbach, *Vorläufige Thesen zur Reformation der Philosophie* (1843), in: Ders.: Werkausgabe, hrsg. von E. Thies, Frankfurt 1975, Bd. 3, S. 243

19 Denis Diderot, *Naturrecht (Moral)*, in: Ders., Philosophische Schriften. Bd.1, hrsg. von Theodor Lücke, Westberlin 1984, S.378ff

20 Zitiert nach: Léon Poliakov/Christian Delacampagne/Patrick Girard, *Über den Rassismus*, Frankfurt 1984, S. 79. Siehe auch Peter Schmitt-Egner, *Kolonialismus und Faschismus. Eine Studie zur historischen und begrifflichen Genese faschistischer Bewußtseinsformen am deutschen Beispiel*; Gießen/Lollar 1975, sowie Ders., *Rassismus und Wertgesetz*, in: Gesellschaft. Beiträge zur marxschen Theorie N° 8/9, Frankfurt 1976.

21 Die politische Pflicht der Selbsterhaltung kommt im Verbot und in der Strafbarkeit des Selbstmordes zum Ausdruck, wie sie in vielen Nationen noch üblich ist. Darin bestimmt der Staat den Selbstmord als Zweckentfremdung, Mißbrauch und Diebstahl des ihm gehörigen Menschenmaterials. Noch das Privateigentum der Individuen an sich selbst wird derart relativiert, eine juristische Regelung allerdings, die im Zuge von "Überbevölkerung", d.h. der profitablen Überflüssigmachung der Menschheit, an Bedeutung verliert. Die Theorien über den Selbstmord sind zum Verständnis dieses Aspektes ganz unnütz: vgl. nur Emile Durkheim, *Der Selbstmord* (1897), Frankfurt 1983, v.a.S. 382ff.

22 Adam Müller, *Die Elemente der Staatskunst*. 36 Vorlesungen (1808/1809); Berlin 1936, S. 40

23 Siehe Jürgen Langenbach, *Selbstzerstörung. Zur Identität von abstrakter Arbeit (Technik) und Faschismus*; München 1982

24 Johann G. Fichte, *Reden an die deutsche Nation* (1808), Hamburg 1978, S. 207

25 Die liberale oder gar linke Polemik gegen *"das Abstammungsprinzip im Staatsangehörigkeitsrecht (als) Fossil nationaler Exclusivität"* (so der Titel des Aufsatzes von Fritz Franz, in: Perspektiven. Die internationale Studentenzeitung N°6/1990, S. 35f.,) behandelt den formellen Gegensatz von *jus soli* und *jus sanguinis* als materiellen Widerspruch. Die Popularität dieser Sichtweise gründet in der ungebrochenen Kontinuität des Juristensozialismus, wie er in der BRD von Wolfgang Abendroth, Jürgen Seifert und anderen ausgearbeitet und von Jürgen Habermas sozialphilosophisch popularisiert wurde.

26 Zur Zwangsvorstellung einer "linken Politik" hier nur dies: "Wo es politische Parteien gibt, findet jede den Grund eines jeden Übels darin, daß statt ihrer ihr Widerpart sich am Staatsruder befindet. Selbst die radikalen und revolutionären Politiker suchen dem Grund des Übels nicht im Wesen des Staates, sondern in einer bestimmten Staatsform, an deren Stelle sie eine andere Staatsform setzen wollen" (Karl Marx, *Kritische Randglossen zu dem Artikel eines Preußen*, in; MEW 1, S. 401) - entweder, so könnte hinzugefügt werden, den "sozialistischen Staat" oder den "arischen Staat". Der Begriff des Staates ergibt sich nicht aus seinen Attributen, die Politik seiner Regierungen leider auch nicht.

27 Max Horkheimer/Theodor W. Adorno, *Dialektik der Aufklärung*, a.a.O.,S. 193

28 Th. W. Adorno, *Negative Dialektik*, Frankfurt 1975; S. 304

29 Vgl. Initiative Sozialistisches Forum, *Diktatur der Freundlichkeit*, Freiburg 1984

30 Karl Marx, *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf)*, Berlin 1974, S. 133.

31 Karl Marx, *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, Bd. 1, Berlin 1973, S. 100

32 Vgl. Ilse Bindseil, *Faschismus im Politroman. Zum Werk Eric Amblers*, in: Dies./Ulrich Enderwitz (Hg), *Notizbuch 4: Faschismus, Literatur, bürgerlicher Staat*, Berlin 1981, S. 141ff., sowie: Ulrich Enderwitz, *Die Herrschaft des Apparats: Science Fiction als Faschismustheorie*, in: Ders.,/Ilse Bindseil, *Der Wahnsinn der Wirklichkeit. Ideologiekritische Essays*, Dülmen-Hiddingsel 1987, S. 39ff.

33 Adolf Hitler, *Mein Kampf*, München 1936, S. 105

34 Emmanuel de Sieyes, *Was ist der Dritte Stand?*, in: Ders., *Politische Schriften 1788 - 1790* (hrsg. von E. Schmitt/R. Reichardt), München/Wien 1981, S. 190f. - Der Aristokrat kann seiner Konstitution nach kein Rechtssubjekt sein, mag er auch noch so menschlich aussehen. Er muß von eigenem Ursprung und distinkter Rasse sein. Darum besteht gegen den Monarchen als Personifikation des allgemeinen Menschen, den die bürgerliche Gesellschaft sich in Form von Menschenrechten und im Begriffen der Volkssouveränität revolutionär aneignet, kein Rechts-, sondern ein Gewaltverhältnis: Er ist nicht justitiabel, er kann noch nicht einmal zur Todesstrafe verurteilt, sondern nur liquidiert werden (vgl. Robespierre, *Über den Prozeß gegen den König* [3.12.1792], in: Reden der französischen Revolution, hrsg. von P. Fischer, Stuttgart 1974, S. 250ff.): "Die Guillotine symbolisiert die negative Gleichheit" (Max Horkheimer, *Egoismus und Freiheitsbewegung* [1936], in: ders., Traditionelle und kritische Theorie, Frankfurt 1970, S. 131) - Die Nürnberger Gesetze konstatieren am imaginierten antivölkischen Souverän, an den Juden, kein anderes als eben dieses Resultat: Auschluß aus der Gattung (vgl. Ingeborg Hecht, Als unsichtbare Mauern wuchsen, Stuttgart 1982).

35 Vgl. Joachim Schumacher, *Die Angst vor dem Chaos. Über die falsche Apokalypse des Bürgertums* (1936), Frankfurt 1978

36 Arthur Schopenhauer, *Parerga und Paralipomena*, Frankfurt 1986, S. 310

37 Alfred Rosenberg, *Der Mythos des 20. Jahrhunderts*, München 1934, S. 462. - Diese Thesen intendieren auch, die Geltung der Analysen Alfred Sohn-Rethels über das Geld als die "bare Münze des Apriori" auf die Kritik der Politik zu erweitern. Es geht um die Konstitution des identischen Subjekts, d.h. in letzter Instanz: des Souveräns als Subjekt par excellence, um seine konjunkturelle Bewegung wie krisenhafte Dynamik. Die Rede von der "Wertform des Menschen" soll daher keine analogisierende Metapher sein, sondern der Begriff für Homologie, den eine materialistische Kritik der politischen Ökonomie verlangt (Alfred Sohn-Rethel, *Geistige und körperliche Arbeit. Zur Theorie der gesellschaftlichen Synthesis*, Frankfurt 1973, sowie: ders., *Warenform und Denkform*, Frankfurt 1978). Die "Tauschabstraktion" am Gebrauchswert impliziert logisch die "Menschenrechte" als Abstraktion von den Individuen; wie der Schein des Geldes historisch das Gold war, sein logisches "Wesen" jedoch Funktion, so verhält es sich mit der phänomenalen Menschheit, dem Menschen an und für sich, dem Souverän.

38 Ernst Krieck, *Der Staat des deutschen Menschen*, o.J. 1934, S. 19

39 *Der Untermensch*, hrsg. vom Reichsführer-SS, dokumentiert in: Léon Poliakov/Joseph Wulff, *Das Dritte Reich und die Juden*, Frankfurt/Berlin/Wien 1983, S.217

40 Die Debatten über "Rationalität" oder "Irrationalität" der Massenvernichtung leben vom positivistischen Begriff instrumenteller Vernunft als Verhältnis von Mitteln zu Zwecken. Hier geht es um das Delirium des zweckesetzenden Subjekts selbst: weil das "automatische Subjekt" (Karl Marx, *Das Kapital*, Bd. 1, S. 269) seinen Selbstbezug eingebüßt hat, weil die Selbstverwertung des Werts, die seine Identität ausmacht, stockt, darum wird soll ihm durch den Gebrauch des Gewaltmonopols wieder zur Raison und prozessierenden Einheit gebracht werden. - Der Gebrauch der Reichsbahn zum Transport nach Auschwitz trotz der militärischen Erfordernisse ist kein Widerspruch, und beweist weder, bürgerlich: die Autarkie des Rassenwahns noch, marxistisch: die 'relative Autonomie' des Staates.

41 Rosenberg, a.a.O., S. 462

42 Ebd.

43 Moishe Postone, *Nationalsozialismus und Antisemitismus. Ein theoretischer Versuch*, in: Dan Diner (Hg.), Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz, Frankfurt 1988, S. 254 [und in diesem Heft]. - Postone gibt die seit Alfred Sohn-Rethels *Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus* (Frankfurt 1973) instruktivste Analyse des sog. 'Antikapitalismus' der Nazis, sie bedeutet den definitiven Bruch mit der Interpretation à la "Sozialismus der dummen Kerle" der Linie Bebel, Kautsky, Dimitroff. Gleichwohl trifft die These der "barbarischen Revolution gegen das Kapital" die Sache nicht ganz. Denn Postones Ableitung des Antisemitismus aus den Fetischcharakteren des Kapitals vergißt das Moment der Zusammenbruchskrise der kapitalistischen Reproduktion, deren Wächter der Souverän ist: Er bestimmt die Gewalt, die Ideologie als objektiver Denkform eignet, er bestimmt nicht, wer diese Gewalt ausübt und warum. Daß die Juden als "wurzellos, international und abstrakt" angesehen wurden, leitet er zwar aus der politischen Verdoppelung des Doppelcharakters der Ware in den Gegensatz von Bourgeois und Citoyen her, übersieht jedoch, daß dieser Gegensatz der Subjektivität des *l'homme* konstitutionell immanent ist. Weil Postone den Gegensatz konsequent als Widerspruch deutet, muß er die stoffliche Bestimmung der Staatsbürgerlichkeit, das *jus sanguinis*, als vorbürgerliches Relikt deuten und das *jus soli* als progressiv, als tendentielle Überschreitung des bürgerlichen Zustands: "In Europa jedoch war die Vorstellung von der Nation als einem rein politischen Wesen, abstrahiert aus der Substantialität der bürgerlichen Gesellschaft, nie vollständig verwirklicht" (ebd., S. 252). Wäre "die Bestimmung von Staatsbürgerschaft als rein politischer Abstraktion" historisch möglich gewesen, der kapitallogische Antisemitismus hätte vielleicht, so läßt Postone durchblicken, von einem derart dann wahrhaft bürgerlichen Staat gebremst werden können (vgl. Ulrich Enderwitz, *Antisemitismus und Volksstaat. Zur Pathologie kapitalistischer Krisenbewältigung*, Freiburg 1991 [im Erscheinen] zur Kritik der Staatsvergessenheit nur ökonomiekritischer Interpretationen).

43 Karl Marx, Grundrisse, a.a.O., S. 943

44 Vgl. Joachim Bruhn, *Thesen zum nationalsozialistischen Arbeitsbegriff*, in: Archiv für die Geschichte der Arbeit und des Widerstands, N° 5 (1982), S. 57ff.

45 G.K. Schmelzeisen, *Deutsches Recht. Einführung in die Rechtswissenschaft*, Leipzig 1938, S. 175. - Carl Schmitt hat ganz recht: "Die Gleichheit all dessen, 'was Menschenantlitz trägt', vermag weder einen Staat, noch eine Staatsform, noch eine Regierungsform zu begründen". Aber das bedeutet nicht daß das *jus soli* progresiv oder gar staatsfeindlich wäre, wie Schmitt, der die Souveränität mit dem Staatsapparat identifiziert, glauben macht und wie eine Linke, die den Staatsapparat mit der Souveränität gleichsetzt, gerne glauben möchte. Denn "eine Gleichheit, welche keinen anderen Inhalt hat als die allen Menschen von selbst gemeinsame Gleichheit, wäre eine unpolitische Gleichheit, weil ihr das Korrelat einer möglichen Ungleichheit fehlt" (*Verfassungslehre*, Berlin 1928, S. 227). Sie ist deshalb an sich politisch, weil die Definition der Gleichheit in der bloßen Form des Menschen liegt; ungleich und verschiedenen Wesens sind die Un-, Unter- und Übermenschen. "Alle Menschen von selbst": das wäre freie Assoziation.

46 Der harte Kern von Hitlers *"Mein Kampf"*, der strategische Angelpunkt des deutschen Faschismus als eben - Nationalsozialismus ist die Bestimmung des Verhältnisses von "Staatsangehöriger und Staatsbürger" (A.a.O., S. 488ff). An genau diesem Punkt sitzt der "Ideologe" Hitler mitten im Hirn des Souveräns. Und an diesem Sachverhalt scheiden sich die Wege von materialistischer Staatskritik und linker Demokratietheorie: Bei allem nur zu berechtigten Abscheu vor dem Faschismus ist der 'Kampf gegen Rechts' allzu unbegründet. Es ginge darum, Hitler und Carl Schmitt als objektive Denker der Form Staat derart zu kritisieren, wie es Marx im "Kapital" mit Adam Smith und Ricardo getan hat: Das Ergebnis eine "Kritik der *politischen* Ökonomie".

47 Hannah Arendt, *Ursprünge und Elemente totaler Herrschaft*. Bd. 2: Imperialismus, Frankfurt/Berlin/Wien 1980, S. 267ff.

48 Lorenz von Stein, *Geschichte der sozialen Bewegung*, Bd.1: Der Begriff der Gesellschaft und die soziale Geschichte der französischen Revolution bis zum Jahre 1830, München 1921, S. 66f.

49 Theodor W. Adorno, *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*, Frankfurt 1979, S. 130

Roter Stein der Weisen?

Eine Anmerkung

Der positivistische Marxismus in der Tradition Althussers will das Problem der unmittelbaren Allgemeinheit und damit die Metaphysik der "sinnlich - übersinnlichen" Geldform[1] nur als idealistische Spekulation kennen, die der 'wissenschaftliche Sozialismus' abzuschütteln hätte. Darum verkennt er die Rechtssubjektivität nach Form und Inhalt; der Form halber, weil er das Rechtssubjekt als politische Elementarform der Nationalstaatlichkeit zur "Fiktion" erklärt, - die Konstitution der Leute zum Volk erscheint sodann als "eine von den Insitutionen ausgehende Wirkung, (als) Konstruktion", die, so meint Etienne Balibar, die Individuen dazu verhält, so zu tun, "*als würden* sie eine natürliche Gemeinschaft bilden"[2]; es handelt sich aber um eine Realabstraktion, d.h. das kantische "als ob" ist praktisch geworden, "zweite Natur", die im Nationalsozialismus die erste liquidiert.

Und der Sache nach verkennt er es, weil das rassistische Schwanken zwischen phänomenologischer und ontologischen Definition dessen, was "deutsch" oder, im Falle Balibar, "französisch" sein soll, als Ambivalenz gedeutet wird. "Im Prinzip", schreibt er, "müßte an irgendeinem sicheren Kriterium des Aussehens oder Verhaltens *zu erkennen* sein, was ein 'echter Staatsangehöriger' oder ein 'wesensmäßiger Staatsangehöriger' ist", weil diese Definition jedoch - siehe das Nazi-Problem der "weißen Juden" - nicht gelingen kann, mache sich der Rassist sodann die Mühe, "das innere Wesen der Staatsangehörigkeit zu umgrenzen, ... engt die Nationalität ein und destabilisiert die historisch gewordene Nation"[3]. Balibars Versuch, die "Nation-Form"[4] *historisch* zu fassen, verfehlt den *logischen* Status des Nationalstaates nicht allein für die Reproduktion, sondern wesentlich für die Konstitution des Kapitals; er dient, bei aller Vermischung und wechselseitiger Konfundierung[5] dazu, die "Nation-Form" vom Rassismus los- und für die "linke" Aneignung freizusprechen.

Diese Aufklärung über Rassismus soll damit sich bescheiden, den Rassisten im Gestrüpp *seiner eigenen* Widersprüche (die der Aufklärer ihm vorher allerdings beizubringen hat) erstens zu Fall zu bringen, ihn zweitens beim Gewissen zu packen, indem man ihm erklärt, daß *er* der Nation, der er 'subjektiv' nutzen möchte, 'objektiv' *schadet*: Merkwürdige Vorstellung von Ideologiekritik, der wohl nur fähig ist, wer "Das Kapital" unter Althussers Kuratel gelesen hat und Ideologie konsequent gegen den marxschen Strich zur "Anrufung durch die Macht" bürstet, merkwürdige Idee auch von Theorie, die über der historischen Empirie ganz und gar den systematischen Charakter der sozialen Synthesis vergißt und gar unterschlägt[6]

Obwohl Balibars Analyse das ontologische Bedürfnis des Bürgers, das in das Erkenntnisdilemma des Rassismus führt, so intim umkreist wie selten, bleibt sie doch der Kritik der spezifischen politökonomischen Form von Identität, die allein in diesem Dilemma sich finden kann, so fern wie immer: der 'wissenschaftliche Sozialismus' dem Staat, den er nicht abschaffen, sondern benutzen möchte. So bleibt Balibars Unternehmen irgendwo zwischen Einerseits und Andererseits stecken und bietet intelligenten Plauderstoff für Kongresse und klug arrangiertes Material für 'draft papers' aus akademischen 'workshops'. Es kommt eben darauf an, den Rassismus zu interpretieren, nicht, ihn im Interesse seiner praktischen Kritik theoretisch zu rekonstruieren. Denn aller Analyse vorausgesetzt und enthoben bleibt die ml-dogmatische Unterscheidung zwischen herrschendem und rebellischem Nationalismus. Es wird natürlich, so gehört es sich, konzediert, daß "in jedem Nationalismus repressives Potential" steckt, aber die dann konstatierte Gemeinsamkeit zwischen dem "Nationalismus der algerischen FNL und dem der französischen Kolonialarmee" besteht gerade nur in der Macht der Umstände, d.h. in der "strukturellen Einbindung in die Politikformen der heutigen Welt"[7]. Ein schönes "Potential", das keine objektive Latenz in der Sache hat, sondern von der "Struktur" - und d.h. hier: dem äußerlichen Zufall - aufgenötigt wird! Ergo: Das besonders Raffinierte am Imperialismus ist, daß er auch noch den Nationalismus kaputtmacht und ihn sich selbst entfremdet.

Zwischen der Vorstellung, man müsse zu anderen "Politikformen" kommen als denen "der heutigen Welt", und der, es ginge um eine "Kritik der Politik", steht, als Barrikade, die fixe Idee, kritische Politologie sei irgendwie links und progressiv. Eine deutsche Heimat hat diese Fixierung bei der Gruppe um die Zeitschrift "Das Argument" gefunden. Die Meinung, Nation sei von links zu funktionalisieren - siehe die Interpretation der Moskauer Rundfunkreden Togliattis bei Ernesto Laclau[8] - endet, will sie in Sachen Rassismus einmal praktisch, d.h: politisch werden, regelmäßig bei Vorschlägen einer "nouvelle citoyenneté", wie sie Balibar in Frankreich und das "Antirassismus-Büro Hamburg" unter maßgeblicher Regie Nora Räthzels in der BRD vertreten. Der ganze Elan gilt dem Versuch, das *jus soli* definitiv vom *jus sanguinis* abzukoppeln. Entsprechend traurig ist das Ergebniss: Politikberatung in staatssozialistischer Absicht. Es ginge, so Räthzel im Eröffnungsvortrag zum 13. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Gruppen (BUKO) am 25. Mai 1989 in Hamuburg, um "die Abkoppelung der nationalen Identität von Herrschaft, (um) das Herausbrechen

der Identität aus der Vereinigung mit und der Einbindung in Herrschaftstrukturen"[9]. Da möchte man fast, wie weiland Wilhelm Kaiser, sagen: Dann koppelt mal schön ab und brecht anständig heraus! Was den Begriff bürgerlicher Gesellschaft angeht, der diese LEGO-Kritik möglich macht, kann wenig mehr vermeldet werden als - daß der Rest Schweigen und Habermas ist[10].

Derlei "Aufklärichtt" (Ernst Bloch) über Rassismus, der mutmaßlich - und warum auch nicht? Nur wieso sagt das keiner? - zwecks ABM für wg. linker Gesinnung in der Akademie unerwünschte Sozio- und Ideologen veranstaltet und zumeist von theoretisierenden Politologen für praktizierende Gemeinschaftskundelehrer aufbereitet wird, wird auch nicht dadurch veredelt, wenn man ihn mit einer fein dosierten Prise aus Foucault und anderer Meta- und Mikrophysik der Macht würzt[11].

Die "neue Verfassung für das geeinte Deutschland" jedenfalls, die am 15. Juni '91 in der frankfurter Paulskirche beraten wurde, liest sich, als sei sie in Sachen Antirassismus das die Quintessenz des "Kongresses gegen Rassismus", den das Hamburger Büro im September 1990 veranstaltete: Der Schlesierparagraph 116 wird konsequent entnationalisiert, indem die Worte "Bürger oder Bürgerin" an die Stelle der "Deutschen im Sinne des Grundgesetzes"" treten dürfen - desweiteren wird als Ergänzung zu Artikel 1 (1) Grundgesetz von wegen unantastbarer Würde *des* Menschen verfügt: "Alle erkennen einander als Gleiche in ihrer Würde an"[12].

Und das heißt, im Sinne der Ausführungen über das Verhältnis Unmensch./.Übermensch, nichts anderes als: Die Würde *des* Menschen ist unantastbar, Revolution verboten.

1 Karl Marx, *Das Kapital*, Bd.1, S. 85

2 Etienne Balibar/Immanuel Wallerstein, *Rasse-Klasse-Nation. Ambivalente Identitäten*, Berlin 1990, S. 118

3 Ebd., S. 76 und 77

4 Ebd., S. 107ff.

5 Vgl. nur S. 49ff.

6 Vgl. Ilse Bindseil, *Faschismus und linke Geschichtswissenschaft*, in: Das Argument N°149 (1985), S. 96ff.

7 Ebd., S. 59

8 Ernesto Laclau, *Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus, Faschismus, Populismus;* Berlin 1981

9 Nora Räthzel, *Kultur und Widerstand*, unveröfftl. Ms., S. 11

10 Siehe nur Annita Kalpaka/Nora Räthzel [Hg.], *Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein*, Leer 1990, sowie: Antirassismus-Büro Hamburg, *Ansätze antirassistischer Arbeit in den Niederlanden und in Hamburg. Ein (Reise-)Bericht*, Hamburg 1990

11 Sebastian Rheinfeldt, *Rassismus: Die unsichtbare Gewalt. Ein Gespräch mit Etienne Balibar, Mainz 1991* [podium progressiv 1, hrsg. Linke Liste/ PDS Rheinland-Pfalz]; vgl. im übrigen Dirk Spreen, *Die Heimat der Linken*, in diesem Heft

12 *die tageszeitung* v. 15. und 17.6.1991

Das gute Gewissen der Anti-Antisemiten

Aus Anlaß von Carpentras

Am 14. Mai 1990 fand in Paris eine Demonstration gegen die kurz zuvor verübte Schändung des jüdischen Friedhofs von Carpentras statt. Es war das erste Mal seit der Libération 1944, daß der Staatspräsident an einer Demonstration teilnahm. Mit Ausnahme der Nationalen Front waren alle politischen Parteien gekommen, die "tiefe Abscheu" kundzutun, mit der sie diese Tat erfüllt hatte. Tags zuvor war die Veranstaltung in den Abendnachrichten angekündigt worden und nun defilierte das ehrbare Frankreich vom Platz der Republik zum Platz der Bastille, um zu Rassismus und Antisemitismus einmal kräftig "Nein" zu sagen.

Die soziale Zusammensetzung der Spaziergänger entsprach in etwa der einer durchschnittlichen Kundgebung gegen die Raketenstationierung Anfang der 80er Jahre. Wie die damaligen Pazifisten gegen die Bundeswehr nichts einzuwenden wußten, ließ die versammelten Antirassisten die Ermordung eines Arabers, der zu der gleichen Zeit ermordet worden war, mit jener Friedhofschändung so kalt, wie es die exhumierten Leichen von Carpentras schon waren, für die man sich nun so erwärmte. Die Nekrophilie der kapitalistischen Gesellschaft, ihr Herz für tote Juden, sprach aus allen Zeitungskommentaren. Mit obszöner Penetranz wurde sich tagelang daran aufgegeilt, daß der erst kürzlich begrabene alte Mann von hinten gepfählt worden sei. Der Staatspräsident brachte das auf die griffige Formel: "Die Achtung vor den Lebenden ist an die Achtung vor den Toten gebunden" - und nicht etwa umgekehrt.

Hierzulande regte sich dort, wo "Deutschland" nicht alle Aufmerksamkeit in Anspruch nahm, aufrichtige Bewunderung für die entschlossene Reaktion der französischen Antifaschisten. Der Frankreich-Mythos der Linken, der in der Zeit von Nachrüstung, AKW-Kampf und Katalysatoreuphorie einiges verkraften mußte, bekam neue Nahrung. Frankreich ist eben doch irgendwie besser als Deutschland. Denn wenn man Plus und Minus beider Länder fein säuberlich gegeneinander aufrechnet, bleibt unterm Strich immer noch ein großes Minus: Auschwitz. An dieser *Rechnung* muß eisern festgehalten werden; daran zu rütteln, hieße, den deutschen Geschichtssäuberern in die Hände zu arbeiten. Nur verträgt sich die Geschichte schlecht mit Mathematik.

Wenn es um "Deutschland" geht, wird das "Kapital" zugeklappt und zum Handbuch der Völkerpsychologie gegriffen. Das ist bemerkenswert und läßt sich wohl nur aus berechtigter Furcht erklären, die - unbegriffen - in Angst umschlägt. Warum sonst wird Auschwitz mit "Deutschland" und nicht mit der Geschichte des Kapitals in Deutschland in Zusammenhang gebracht? Wenn aber letzteres zutrifft - wofür alles spricht -, wenn Auschwitz der "Zivilisationsbruch" von universaler Bedeutung ist, wenn Auschwitz - wie Adorno irgendwo schreibt - der einzige Grund des Nach-Auschwitz ist, wenn Auschwitz also zwar *in* Deutschland sich ereignete, *danach* aber eine allgemeine Angelegenheit ist, dann relativiert das erstens die Bedeutung der "deutschen Einheit" - es sei denn, man hält "Deutschland" für den Nabel der Welt - und verbietet es zweitens, sehnsüchtig nach anderen Ländern zu schielen. Zumal nach Frankreich, wo die Nationale Front Wahlergebnisse erzielt, von denen die Republikaner zur Zeit nur träumen können, und zwar im krassen Gegensatz zu den 30er Jahren, als die faschistischen Bünde über ein Sektendasein nicht hinauskamen.

Anhand der französischen Geschichte der 30er Jahre wird darüberhinaus deutlich, daß "Nation" nicht unbedingt etwas mit Nationalstaat oder Nationalismus zu tun hat. Das ist für das Verständnis des Antisemitismus von ausschlaggebender Bedeutung. Strenggenommen bezeichnet "Nationalismus" eine historische Realität, die bereits mit dem 1. Weltkrieg zu Ende geht. Danach geht es um die Nation (Frankreich) bzw. das Volk (Deutschland) als ein jenseits der Nationalstaatslogik angesiedeltes gesellschaftliches Prinzip, das sich gegen die soziale Revolution richtet bzw. gegen das, was die damals noch existierende Bourgeoisie darunter verstand. Zwar geht diese "Nation" historisch aus dem imperialistischen Nationalismus hervor, folgt aber ihrer eigenen, ganz anders gearteten Logik. Die "nationalsozialistische Revolution" in Deutschland war ein europäisches, tendenziell weltweites Projekt, in dem auch die "nationale Revolution" in Frankreich ihren Platz hatte. Damals nahm die französische Bourgeoisie die Volksfrontregierung als sozialrevolutionäres Regime wahr und wußte sich dagegen nicht mehr anders zu helfen als mit der Parole: "Lieber Hitler als Léon Blum". Bereitwillig opferte sie die nationalstaatliche Souveränität, um die kapitalistischen Verhältnisse zu konservieren. Die "Collaboration" begann ideologisch 1936. Sie ist die Grundlage der "deutsch-französischen Freundschaft" und der europäischen Volksgemeinschaft der Nachkriegszeit.

Die aktuelle "Renationalisierung" der europäischen Politik hat im Gegensatz zu damals das prosaischere Ziel der Krisenverwaltung, denn erstens ist längst besiegt, was von kapitalistischer Seite als Kommunismus wahrgenommen wurde, und zweitens ist eine sozialrevolutionäre Bewegung derzeit nirgends in Sicht. Die extreme Variante dieser Renationalisierung heißt "Europa der Vaterländer", gemeint ist eine Art Übergangsparole, in der zum Ausdruck kommt, daß die "europäische Identität" genauso wie die politische Einheit erst noch konstruiert werden muß. Der erste Anlauf vor 50 Jahren scheiterte ja in Stalingrad.

Daß es der nationalen Rechten nicht um nationalstaatliche Eigenbrötelei geht, wie ihr oft vorgeworfen wird, kommt etwa in der Rede des französischen Demagogen zum Audruck, den Europäern seien 80% ihrer Wertvorstellungen gemeinsam. Wenn die Logik der Nation im folgenden am Beispiel Frankreichs dargestellt wird, so hat dies illustrativen Charakter. Unumgänglich ist es dabei, zunächst auf die dem Antisemitismus vorgelagerten Schritte zu sprechen zu kommen, da nur so deutlich wird, daß er nicht das Werk von "alten Dämonen" ist, wie in Frankreich oft vermutet wird, sondern nur die letzte Konsequenz demokratischen Krisenmanagements.

Die Nation tritt auf als das Allerkonkreteste, als die Instanz, die es dem Staatsbürger erlaubt, sich mit "seinem" Staat zu identifizieren; denn für Identifikationszwecke ist die als abstrakt erscheinende Seite des Staates, sind Bürokratie und Parteienhickhack denkbar ungeeignet. Tatsächlich aber ist die Nation das Abstrakteste überhaupt; schließlich weiß niemand, was das denn bedeuten soll, Franzose oder Deutscher zu sein. Da es also schlechterdings kein Kriterium gibt, das nationale Wesen verbindlich zu definieren, wird die Frage kurzerhand praktisch entschieden, und zwar durch den politischen Ausschluß derer, die keine Franzosen, keine Deutschen sind. Der nationale Staatsbürger bestimmt sich aus der Negation des Ausländers.

In Zeiten der Kapitalprosperität bleibt diese Aufspaltung der Menschheit in Viehherden latent. Der Hirte der Staatsbürger akzeptiert auch fremdes Vieh, solange es der Kapitalverwertung guttut. Wendet sich jedoch das Blatt wie Anfang der 70er Jahre, bringt er seine Definitionsmacht zur Geltung und verhängt einen "Anwerbestopp". Dieser souveräne Staatsakt aktualisiert jene zweite Natur, jene Quasi-Natur der Nation, in der die Menschen *als* Deutsche, *als* Franzosen geboren werden - gleich ob unterm *ius soli* wie in Frankreich oder unterm *ius sanguinis* wie in Deutschland. Auch deshalb sollte Frankreich nicht positiv gegen Deutschland ausgespielt werden. Die zweite Natur der Nation, das pseudokonkrete Moment am Staatsbürger also, wird dem national Denkenden zur ersten Natur, tendenziell zur Rasse.

Der zeitgenössische Rassismus in Frankreich wendet sich daher vornehmlich gegen jene, die der Anwerbestopp betraf, die Araber, nicht aber etwa gegen die Portugiesen, die die größte Ausländergruppe bilden, jedoch zur europäischen Volksgemeinschaft gehören, und auch nicht gegen die Asiaten, denen der Demagoge ganz besonderen Arbeitsfleiß attestiert. Noch bevor der Rassismus politisch auftritt, wird er also gesellschaftlich von staatswegen produziert. Zehn Jahre später erhält er bei den Europawahlen 1984 knappe 11% der Wählerstimmen.

Nun frißt sich die gesellschaftliche Krise fest und erzeugt jene nicht recht greifbare, aber allseits spürbare "Malaise", jenes Unbehagen, das nach Antworten giert, die dem Bedürfnis nach Revolte ebenso entsprechen wie dem Wunsch, sich der Herrschaft anzuschmiegen und mit ihrer Hilfe den gesellschaftlich produzierten Feind ersatzweise zu erschlagen. Parolen wie "Zuerst die Franzosen" und das "nationale Vorrecht" werden zum Bezugspunkt der öffentlichen Debatte über die "nationale Identität". Gleichzeitig legt die Nationale Front bei allen Nachwahlen seit zwei Jahren kontinuierlich zu, bis Mme Stirbois dann Anfang Dezember 1989 in Dreux, wo 1983 alles anfing, mit 61,3% der Stimmen in die Nationalversammlung gewählt wird.

Die Staatspolitik konnte dieser nationale Schub der letzten 7 Jahre nicht unberührt lassen. Wenn man in Krisenzeiten enger zusammenrücken muß, verschärft sich die staatlich ins Werk gesetzte Realunterscheidung, das Ausländerrecht wird angezogen, die souveräne Herrschaft tritt als Nation auf. Zwar haben die Immigranten einfach nur an einer auch Eingeborene betreffenden, mißlichen sozialen Lage teil, jedoch stellt sich dieses soziale Problem in der Krise zunehmend als nationales dar, und so werden die Immigranten

zum "Problem der Sicherheit", und zwar zum Problem der nationalen, also äußeren Sicherheit. Denn nicht von der inneren, der republikanischen "sûreté" wird gesprochen, sondern von der äußeren, der militärischen "sécurité". Die französische Nation wird zur Risikogemeinschaft, die sich gegen einen äußeren Feind zur Wehr setzen muß. Der nationale Krieg des Staates gegen einen sozialen Störfaktor findet zunächst in Formen statt, die allseits gutgeheißen werden: Illegale 'raus, EG-Grenzen dicht, Beschränkung des Asylrechts nach deutscher Manier. Dies Minimalprogramm der Nationalen Front realisiert zur Zeit die sozialistische Partei. Die Rechtsparteien möchten auf diesem Weg noch ein Stück weitergehen: im Staatsbürgerrecht, in der Wohnungsbaupolitik und bei den staatlichen Sozialleistungen soll das nationale Prinzip zur Geltung gebracht werden.

In dem Maße, wie die repressive Immigrantenpolitik die französischen Staatsbürger real zur Nation zusammen- und in die kulturalistisch verstandene "europäische Rasse" einschweißt, wird die Nation auch zum umfassenden Bezugspunkt der öffentlichen Diskussion. Als in der Staatsmacht fundierte Ideologie aber folgt die Nation ihrer eigenen Logik. Manifest wird diese Logik in dem Maße, wie der Staat in der Krise zum Ausnahmestaat sich wandelt und dabei schließlich so konkret wird, wie die Nation es ideologisch sein soll. In ihr genießt der Staatsbürger die Verwaltung der Krise mittels unmittelbarer Gewalt. Das Praktischwerden der Nation ist aber keineswegs eine bloß verschleiernde Widerspiegelung nackter Staatsgewalt. Es hat darin zwar sein Realfundament, ohne das die Ideologik der Nation nicht in Gang kommt; gleichwohl zeitigt diese ideologische Dynamik Resultate, die ihr spezifisch zu eigen sind. Um diesen gesellschaftlich begründeten Idealismus der Nation soll es nun gehen.

Die Nation soll das Allerkonkreteste sein, ist aber tatsächlich das Abstrakteste überhaupt. Durch bloße Verwaltungsmaßnahmen in der Ausländerpolitik kann der Schein der Konkretheit aber nicht erzeugt werden. Möglich ist das nur in einem Bereich, in dem dieser Schein empirisch nicht widerlegbar ist, in der Idee. Die Nation, so heißt es dort, ist zwar das Konkrete, aber es existiert nicht mehr, weil das Abstrakte es zersetzt hat. Wir leben in einer Zeit der allumfassenden Dekadenz der geistig-moralischen Werte und diesem "enthirnten Zustand", wie ihn Maurice Barrès, der erste französische nationale Sozialist Ende des 19. Jahrhunderts nennt, diesem geistlosen Zustand muß der Krieg erklärt werden. Denn nur im Kampf gegen die abstrakten Mächte der Zersetzung kann die Konkretheit der Nation sich erweisen. Das ist notwendig ein unendlicher Prozeß, und in dieser Bewegung ohne ein anderes mögliches Ende als das der Katastrophe, in der Aufsprengung der Zweck-Mittel-Relation instrumenteller Vernunft also, liegt das eigentlich faschistische Moment.

Gegen abstrakte Mächte kann man aber nur kämpfen, wenn man sie irgendwo dingfest machen kann, und *personifiziert* werden sie, seit es die kapitalistische Gesellschaft gibt, in den Juden. Diese antisemitische Logik der Nation unterscheidet sich von der Tendenz der Nation, sich in der Krise zur Rasse zu radikalisieren. Die Juden sind keine besonders gefährliche Rasse wie etwa die Araber, sondern der Feind *aller* Rassen; sie sind die eigentliche *Gegenrasse*. Ein Zitat aus einem Tischgespräch Hitlers mag das erläutern: "Was die Juden betrifft, fehlt mir jedes Mitleid. Sie sind stets das Ferment gewesen, das die Völker gegeneinanderhetzt... Es ist unbedingt nötig die Judenfrage auf europäischer Ebene aufzurollen."[1]

Heute kehrt dies modernisiert im neurechten Ethnopluralismus wieder, der ein Recht auf völkische Differenz einklagt. In "Révolution Européenne" etwa, der Monatszeitschrift einer rechtsextremen Organisation mit Vorreiterrolle, heißt es dazu: "Wir denken, daß es im Verhältnis von islamischer Welt und europäischen Nationen einen gemeinsamen Willen gibt, unsere Unterschiede zu bewahren und unsere Wurzeln wiederzufinden: der Kosmopolitismus ist unser gemeinsamer Feind."[2] So erklärt sich dann, warum der französische Demagogenhäuptling, der sonst nicht müde wird, vor der Gefahr des "Islamismus" zu warnen, für den Irak Partei ergreift. Der gemeinsame Feind Israel wird jetzt ausgemacht.

Daher ist es auch nicht ganz falsch, wenn der Antisemit behauptet, daß er gegen die Juden gar nichts habe; ihm geht es um die "jüdische Weltverschwörung", um etwas ganz und gar Abstraktes, für das in einem zweiten Schritt die Juden allerdings sehr konkret einzustehen haben. Dieses Verhältnis von allgegenwärtigen abstrakten Mächten und sekundärer Personifizierung ist durch Formeln, wie sie bei Antirassisten beliebt sind, z. B. mit der Rede vom "Haß auf den Anderen", gar nicht zu fassen. Wie um zu beweisen, daß er gegen die Juden gar nichts habe, hat jeder Antisemit einen Juden zum Freund. Auch der französische Demagoge wird nicht müde darauf hinzuweisen, daß es in seinen Reihen Juden gibt. Der moderne Antisemitismus ist ein "Antisemitismus der Vernunft", wie Hitler 1921 schrieb, ein Antisemitismus, der von den konkreten Juden gerade absieht, und genau deshalb geht er so unbekümmert und kalt zu Werke. Gefühle wie Haß reichen an diese antisemitische Gegenrationalität der Nation nicht heran. Haß kann man konkret gegen einen einzelnen fühlen; aus Haß kann ein Pogrom entstehen; die systematische Vernichtung - Auschwitz - ist durch solch schwachen Antrieb nicht zu erklären.

In Gang kommt die antisemitische Gegenrationalität in dem Maße, wie sich die Gesellschaftskrise als ausweglos erweist, sei es nun in der Form des Krieges wie vor 50 Jahren, sei es in der zukünftig wohl wahrscheinlichen Form ökologischer Katastrophen. Je prekärer die gesellschaftliche Situation wird, je verzweifelter sich also vom Standpunkt der Nation die nationale Lage darstellt, desto intensiver wird der Kampf gegen jene Mächte geführt, die für diese als national wahrgenommene gesellschaftliche Krise verantwortlich sein sollen. Bei ausbleibender sozialer Revolution wird die gesellschaftliche Krise durch die nationale Revolution gegen die Juden" gelöst". Der Übergang von der Ausgrenzung zur Vernichtung findet statt, wenn die nationale Verwaltung der Krise selbstmörderische Züge annimmt, historisch im Sommer 1941, mit dem Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion. Vor dem kollektiven Selbstmord werden die dafür verantwortlich Gemachten vernichtet.

Subjektiv läßt sich die antisemitische Ideologie der Nation dahingehend zusammenfassen: der Antisemit wendet sich gegen sich selbst und macht dafür jene haftbar, die ihn angeblich dazu treiben. Dieser jeglicher Zweckrationalität spottenden Gegenrationalität ist mit Sympathiewerbung für die Juden nicht beizukommen, da die Vernichtung der Juden innerhalb dieser Logik ein sekundäres Moment ist. Anzusetzen wäre vielmehr an der selbstmörderischen Dynamik jeder nationalen Bewegung, wie sie im franquistischen Schrei "Viva la muerte!" auf den Nenner kommt und bereits heute hier und da in der Rede des Demagogen durchscheint.

Schweigemarsch in Ihringen (bei Freiburg) am 8.9.1990 nach der ersten Friedhofschändung.
Foto: Uwe Hartwig, Freiburg

Der anti-antisemitisch gesinnte Staatsbürger darf von dieser Gegenrationalität nichts wissen, da anders die kapitalistische Vergesellschaftungsform, in der er sich so gemütlich fühlt, ins Blickfeld der Kritik geraten müßte. Daß die Zweckrationalität der Selbsterhaltung in der Krise in ihr Gegenteil, in die selbstmörderische Gegenrationalität des Antisemitismus umschlägt, bleibt ihm ein Rätsel. So vertraut ist ihm der gewöhnliche Lauf der kapitalistischen Dinge, daß er den krisenhaften Ausnahmezustand als sein Ziel und sein Ende als irrationales Machwerk einiger haßerfüllter Dämonen abspaltet. Daher ergreift er abstrakt Partei gegen den Antisemitismus, anstatt nach dessen gesellschaftlichen Grundlagen zu fragen und sie abzuschaffen.

Die staatsbürgerliche Wahrnehmung der Nationalen Front und ihres Lautsprechers ist konstitutionell schizophren. Linke wie Rechte nehmen den Demagogen in der gedoppelten Form von Staatsmann und Teufel wahr: mit dem Staatsmann debattieren sie die"nationale Identität", aber der antisemitische Dämon bleibt indiskutabel. Daß der Antisemitismus im Zentrum der Nation sitzt, entgeht, und aus diesem Nichtwissen entspringt ihr notorisch gutes Gewissen als Anti-Antisemiten. Die falsche Polemik gegen den "Haß auf den Anderen" erlaubt es ihnen obendrein, sich als bessere Menschen zu fühlen, denn der Staatsbürger handelt nicht aus Haß, sondern ganz rational, und daher gesetzlich. Heute findet er es normal, daß die sogenannten Illegalen abgeschoben werden und daß den Bettlern dieser Welt der Zugang zu den Sozialleistungen *seines* Staates verwehrt wird; schließlich geht ja alles mit rechten, weil gesetzlichen Dingen zu. Wie wird er dann wohl reagieren, wenn wieder Gesetze gegen die Juden gemacht werden? ■

BODO SCHULZE,
Redaktion *Temps critiques* Paris

1 Zitiert nach Martin Broszat: Nach Hitler, München 1988, S. 70

2 "Les nantis et les z'antis", in: Révolution Européenne. Mensuel de Troisième Vole pour la Grande Europe, Nr. 26, Mai-Juni 1990, S. 12.

ANDERE LÄNDER, ANDERE SITTEN

"Israels Politiker stehen - im Gegensatz zu vielen ihrer arabischen Kollegen -, mit Grund in dem Ruf, daß sie zumeist wirklich meinen, was sie sagen, und daß sie nicht leichtfertig Drohungen ausstoßen, die sie nicht realisieren können", schreibt der Kt. vom KB weiter. Ganz anders die Araber; ihre Politiker sind Leute, die aus Spaß an der Freude nur *"irrationales Wortgeprassel"* über Israel abwerfen und höchstens *"ein paar Scuds"*, die unter Umständen und vielleicht mit hypothetischem Giftgas gefüllt sein könnten. Wenn in Bagdad von der Vernichtung Israels die Rede ist, dann handelt es sich hier *"um Rhetorik, die einer anderen Kultur ... entstammt"*. Was für eine gute Gelegenheit, mit dem vielbeklagten 'Eurozentrismus' der Vernunft endgültig zu brechen.

"Israel und die Deutschen"

Zur Aktualität einer historischen Untersuchung.

Mit ihrer Studie "Israel und die Deutschen" hat Inge Deutschkron ein fesselndes Stück Zeitgeschichte nacherzählt: Die Beziehungen zwischen dem Nachfolgestaat des III. Reiches und dem Zufluchtsstaat seiner Opfer. Der durchgängige Antisemitismus der deutschen Bevölkerung wird daraus ebenso ersichtlich wie die Interessen der Herrschaftseliten des BRD-Imperialismus'.

Die Lebensgeschichte der Autorin selbst sollte aufhorchen lassen: Vor der nationalsozialistischen Verfolgung flüchtete die Berliner Jüdin 1943 in die Illegalität und verbarg sich bis Kriegsende bei Freunden. (Diesen Teil ihres Lebens schildert sie in ihrer Autobiographie "Ich trug den gelben Stern"; das Grips-Theater hat daraus das Theaterstück: "Ab heute heißt du Sara" gemacht). Nach 1945 arbeitete sie zunächst für die Sozialistische Internationale in verschiedenen 3.Welt-Ländern, von 1955 bis 1972 hielt sie sich als Mitarbeiterin israelischer Zeitungen in der BRD auf. 1972 siedelte sie als Redakteurin von "Maariv" nach Tel Aviv über.

TAUZIEHEN UM DIE REPARATIONEN

Unmittelbar nach Kriegsende legte Weizmann im Namen der "Jewish Agency for Palestine" in einem Brief an die Siegermächte dar, daß die Juden von Deutschland Entschädigung verlangen werden. In Durchführung des NS-Programms "ermordeten Deutschland und seine Verbündeten 6 Millionen Juden, zerstörten ihren sämtlichen kommunalen Besitz, wo immer Deutsche dazu die Macht hatten; jüdisches Eigentum wurde gestohlen, wo immer Hand daran gelegt werden konnte", führte Weizmann aus und leitete daraus eine Forderung von 8 Milliarden Dollar ab.

Nichts symbolisiert den "Neuanfang" des deutschen Nachkriegsstaates besser als seine Ignoranz gegenüber diesen Ansprüchen: Adenauer überging die fest umrissenen Forderungen Weizmanns und bot als "allererstes unmittelbares Zeichen" generös 10 Millionen DM an (November 1949). Die Forderung nach einem Anteil an den Reparationszahlungen, wie sie von den Israelis erhoben wurden, erregte in der deutschen Öffentlichkeit Unwillen. Man hörte Argumente wie: "Vom juristischen Standpunkt aus betrachtet habe Israel während des Krieges noch nicht existiert und könne folglich auch keinen Anspruch auf Reparation erheben. Der moralische Aspekt des israelischen Begehrens wurde nicht in Betracht gezogen" (S.19). Diese Argumente waren nicht nur falsch (schließlich hatte die Vereinigung der jüdischen NS-Opfer außerhalb Israels, die sog. "Claims Conference", ihre Ansprüche an die Deutschen hinter denen des jüdischen Staates zurückgestellt), sondern offensichtlich auch vorgeschoben. Die dahinterstehende Geisteshaltung der Deutschen ging aus einer Umfrage in der amerikanischen Besatzungszone hervor, in der sich noch 1947 22% der Befragten zur nationalsozialistischen Rassentheorie und 19% zum Nationalsozialismus allgemein bekannten - angesichts der damals noch laufenden Entnazifizierungsdrohungen dürften die Prozentsätze in der Realität eher noch höher gelegen haben.

So ist es nicht verwunderlich, daß sich auch nach Adenauers Einverständnis mit bilateralen Verhandlungen die Wut der Israelis nicht minderte. "Von den Deutschen Geld anzunehmen, schien ihnen gleichbedeutend mit einer moralischen Anerkennung des neuen westdeutschen Staates, die er nicht verdient habe, vor allem im Hinblick auf die Tatsache, daß ehemalige Nazis in hohen Regierungsämtern sassen und antisemitische Strömungen das Hitlerreich überlebt hatten. Es ist nicht übertrieben zu behaupten, daß sich das israelische Volk damals einig war, die von Westdeutschland gebotene Hand nicht zu ergreifen" (S.35) In der Knesset-Debatte 1952 erhielt selbst die bloße Aufnahme der Verhandlungen nur eine knappe Mehrheit (61:50:5). Die Kommunisten bezeichneten die Wiedergutmachung als "Trick der Westdeutschen, um Westdeutschland zu einem Brückenkopf neuer Angriffshorden gegen die Sowjetuniun zu verwandeln", ein Vertreter der orthodoxen Misrachi-Partei nannte es "zuviel der Ehre für Deutschland", sein Geld anzunehmen, man dürfe sich nicht mit wilden Tieren an einen Tisch setzen".

Mit Rücksicht auf die starke Opposition verwies Außenminister Sharett als Regierungsvertreter darauf, daß Verhandlungen mit der Bundesrepublik keineswegs eine Anerkennung dieses Staates bedeuteten. Nach wie vor betrachte man das ganze deutsche Volk als verantwortlich für die Naziverbrechen und könne gegenwärtig keine Anzeichen echter Reue in Deutschland erkennen. Mehr als diese Beschwichtigungen dürfte die harte Realität die Mehrheit für Verhandlungen gewonnen haben: Angesichts der schwierigen materiellen Lage der Aufbaujahre - innerhalb von 3 Jahren hatte sich die Bevölkerung verdoppelt - konnte es sich Israel nicht leisten, ein auch noch so geringes deutsches Angebot auszuschlagen. Die Zwangslage des jüdischen Staates konnte also von der BRD für die eigenen Interessen ausgenutzt werden - ein im folgenden noch öfter wiederkehrendes Motiv!

In mehrmonatigen Verhandlungen schafften es die Deutschen schließlich, die Israelis auf eine Forderung von 3,4 Milliarden DM herunterzuhandeln. Auch der Zahlungsmodus (keine Devisen, sondern nur Warenlieferungen; lange Zahlungsfrist von 12 Jahren) wirkte sich positiv für die BRD aus. Bei diesem Gefeilsche konnte sich die Bundesregierung der Zustimmung der Bevölkerung sicher sein: In einer Umfrage des US-Hochkommissars im Jahre 1951 hatten zwar 68% der Deutschen eine Hilfe an die Juden bejaht (satte 21% lehnten eine "Wiedergutmachung" ab!), setzten aber bei der zweiten Frage, welche Gruppe das größte Anrecht auf Hilfe besäße, die Juden an die letzte Stelle - Kriegswitwen und -waisen, Bombengeschädigte und Vertriebene rangierten vor ihnen. Die Ra-

tifizierung des Vertrages durch den Bundestag am 18. März 1953 war ähnlich typisch: Von den 402 Abgeordneten beteiligten sich an der Abstimmung nur 360, 20 fehlten unentschuldigt. Mit "Ja" stimmten 239, mit "Nein" 35 Abgeordnete, 86 enthielten sich. Von den 214 Abgeordneten der Regierungskoalition (CDU/CSU, FDP und DP) stimmten nur 106 für den Vertrag, 86 enthielten sich (u.a. Strauß und Jäger, CSU), 5 stimmten dagegen. Einzig die SPD unterstützte den Vertrag geschlossen.

DIE PHILOSEMITEN: INSTRUMENTALISIERUNG ISRAELS FÜR DEUTSCHE INTERESSEN.

Die westdeutsche Außenpolitik gegenüber Israel ist gekennzeichnet von der Kontroverse, ob sich die eigenen Interessen besser durch eine Instrumentalisierung von oder durch eine Gegnerschaft zu Israel durchsetzen lassen.

Für die erste Position steht im wesentlichen der Adenauer-Flügel der CDU. Auf dem CDU-Kongreß 1967 begründete Adenauer seine Politik des Ausgleiches rückblickend damit, daß die Haltung der Deutschen gegnüber Israel von entscheidener Bedeutung für das deutsche Ansehen in der Welt sei. Er führte weiter aus: "Glauben sie mir. Das jüdische Volk hat viel Macht in der Welt." (S. 329). Der Philosemitismus geht also von der antisemitischen Annahme aus, das "Weltjudentum" habe so viel Macht, daß es einstweilen besser sei, gütlich mit ihnen auszukommen.

Dieses instrumentelle Verhalten zu Israel wird besonders an der Frage der Reparation sichtbar. Adenauer stellte diesen - so wörtlich - "Versuch einer Rehabilitation Deutschlands" in eine Reihe mit anderen Anläufen, die Nachkriegsauflagen für die BRD abzuschütteln und sich einen Persil-Schein als westliche Demokratie ausstellen zu lassen: "Würde die deutsche Regierung zu einer Verständigung mit Israel und den jüdischen Organisationen kommen, so wäre dies - darüber war ich mir im Klaren - ein politisches Ereignis, das in einer Reihe mit dem Vertrag zu stellen war, der den Besatzungsstatus Westdeutschlands beendete, sowie mit dem Vertrag zur europäischen Verteidigung," schrieb der Kanzler in seinen Memoiren [1].

Wie brüchig der Philosemitismus ist, zeigte sich in den folgenden Jahren beim Streit um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Nachdem man sich in Israel gegen starken innenpolitischen Widerstand schließlich mit diesem "instinktlosen" (SPIEGEL) Begehren der BRD anzufreunden begonnen hatte, kippte 1955 die Bonner Haltung scheinbar plötzlich um. 10 Jahre sollte es noch bis zur Aufnahme offizieller diplomatischer Beziehungen dauern - und zwar nicht wegen des Ekels der Opfer, sondern aufgrund des Sträubens der Täter des Holocaust!

Israel wurde dabei dem außenpolitischen Kalkül der BRD geopfert: Um die Rückführung deutscher Kriegsgefangener aus der UdSSR zu ermöglichen, hatte Adenauer 1955 mit der Sowjetunion zum ersten Mal einen Staat diplomatisch anerkannt, der seinerseits auch die DDR diplomatisch anerkannte. Damit hieraus kein Präzedenzfall abgeleitet werden konnte, wurde gleichzeitig die "Hallstein-Doktrin" verkündet: Im Falle einer Anerkennung der DDR durch einen anderen Staat, bricht die BRD die Beziehungen zu diesem Staat ab. Diese Doktrin führte in der Nahost-Politik zu einem Übergewicht der "Strömungen im Auswärtigen Amt, die gegen Beziehungen mit Israel gerichtet sind" (so Adenauer rückblickend in einem Interview mit der Süddeutschen am 4.12.1964). Diese Kräfte argumentierten, daß eine offizielle Anerkennung Israels durch die BRD die Anerkennung der DDR durch die arabischen Staaten nach sich ziehen würde. Der Kampf für die Einheit Deutschlands und die guten Beziehungen zur arabischen Welt seien wichtiger als die Anerkennung Israels...

Ähnlich wie der Bundeskanzler agierte auch Atom- und Kriegsminister Strauß. Er hatte eine besonders schwierige Aufgabe zu lösen: Die Knesset hatte im November 1954 in einer Resolution die Remilitarisierung der BRD verurteilt und sich damit in einen offenen Widerspruch zu den NATO-Staaten gesetzt, die die Hochrüstung der BRD als Frontstaat gegen den Osten unterstützt hatten. Strauß konterkarierte jetzt das israelische Anliegen, indem er eine Abkühlung des israelisch-amerikanischen Verhältnisses dazu nutzte, im geheimen militärische Beziehungen anzuknüpfen. Ende der 50er Jahre lieferten die Israelis Uzi-Maschinenpistolen an die Bundeswehr, Anfang der 60er Jahre die BRD Militärmaterial für über 250 Millionen DM an Israel. Der Bayer konnte sich freuen: "In einer öffentlichen Versammlung in Düsseldorf am 17. Februar (1965) wies Strauß darauf hin, daß die deutsche Waffenhilfe für Israel sich positiv für die Bundesrepublik ausgewirkt habe. Die öffentlichen Erklärungen zugunsten der Bundesrepublik, die der israelische Premierminister Ben Gurion und sein Nachfolger Levi Eschkol abgegeben hätten, seien nicht zufällig erfolgt." (S.264).

Dieses Eingehen auf das Kalkül von Strauß und Adenauer rechtfertigte Außenminister Shimon Peres in einem "SPIEGEL"-Interview so: "Ich hielt Sicherheit für wichtiger als diplomatische Beziehungen. Grenzen können nicht mit Botschaftern verteidigt werden.". Obwohl sich diese Sichtweise letztlich durchsetzte, war sie in Israel ein Jahrzehnt lang heiß umkämpft. Mehrere schwere Regierungskrisen, große Demonstrationen und sogar Streiks erschütterten den deutschfreundlichen Kurs der Regierung Ben Gurion. Die Auseinandersetzungen kulminierten schließlich 1963 im Bruch zwischen dem Ministerpräsidenten und seinem Geheimdienstchef. Der hatte herausgefunden, daß die Westdeutschen vielleicht doch mehr zur Verstärkung als zur Abwehr der militärischen Bedrohung Israels beitrugen.

RAKETEN GEGEN ISRAEL ODER: "DIE ARABER VON DER KOBLENZER STRASSE".

In diesem Bonner Bonmot wird auf die pro-arabische Fraktion im Auswärtigen Amt, das in der Koblenzer Straße seinen Sitz hatte, angespielt. Freilich ging die Anti-Israel-Lobby weit über die Ministerialen hinaus. Zu nennen wäre beispielsweise Herrmann Josef Abs, damaliger Direktor der Deutschen Bank und Adenauers Finanzberater, der sich vehement gegen die Wiedergutmachungszahlungen stemmte (S.45 ff.), oder Dr. Düren, der damalige Vorsitzende des Deutschen Industrie- und Handelstages, der sich noch 1964 mit der oben skizzierten Argumentation gegen diplomatische Beziehungen mit Israel aussprach (S.178), oder die Firmen AEG (S.308) und Mannesmann-Thyssen (S.341), die - zumindest vorübergehend - den arabischen Boykottaufrufen gegen Israel gefolgt waren. Parteipolitisch fanden sich offenkundige Antisemiten vor allem bei der FDP, die von vielen Alt-Nazis durchsetzt war, in der Frage der "Wiedergutmachung" doppeldeutige Positionen vertrat und 1965 sogar für die Verjährung von Nazi-Kriegsverbrechen stimmte. Politischer Kopf dieser Fraktion des "herrschenden Blocks" war Außenminister Schröder (CDU) und seine Staatssekretäre, darunter auch der spätere Bundespräsident Carstens, die von 1955 bis 1965 gegen jede Annäherung an Israel opponierten. Chef der Nahost-Abteilung des Auswärtigen Amtes war ein gewisser Voigt, der von 1936-38 Konsul des III. Reiches in Jerusalem gewesen war.

Vor diesem Hintergrund reagierte die israelische Bevölkerung Anfang der 60er Jahre wie elektrisiert auf Meldungen, daß deutsche Raketentechniker im Dienste Nassers an Trägerwaffen gegen Israel arbeiteten. Es handelte sich hierbei um V2-Experten der Nazis wie Sänger und Pilz, die zuvor schon in einem staatlich geförderten Institut in Stuttgart nach weitreichenden Raketen geforscht hatten, und um den Flugzeugbauer Willy Messerschmitt. In ihrem Gefolge war eine ganze Reihe weiterer Faschisten an den Nil gekommen, u.a. der KZ-Arzt Hans Eisele als medizinischer Betreuer. Arbeitsminister Yigal Allon sprach den Menschen in Israel aus dem Herzen, als er drohte: "Die Überlebenden der deutschen Todeslager werden nicht tatenlos zusehen, wie deutsche Neonazis im Dienst des Diktators in Kairo die Vernichtung Israels vorbereiten". Die westdeutsche Regierung verurteilte zwar die Aktivitäten der Stuttgarter Forscher, sah sich aber außerstande, sie per Erlaß eines "Rückrufgesetzes" zum Verlassen Ägyptens zu zwingen. "Je länger das Hin und Her über dieses Gesetz anhielt, um so aktiver wurde die arabische Lobby in Bonn. Die sehr einflußreiche Gruppe wurde von der westdeutschen Schwerindustrie unterstützt, die um ihre Geschäftsverbindungen mit der arabischen Welt fürchtete", berichtet Inge Deutschkron mit Verweis auf "The Guardian" vom 5.5.1964.

Der Verdacht liegt nahe, daß zumindest Teile der Bonner Regierung noch tiefer in die brisante Rüstungskooperation verstrickt waren. Die Nazi-Experten erklärten, die Bundesregierung von ihrer wissenschaftlichen "Nebenbeschäftigung" vorher unterrichtet zu haben, ohne daß von dort Einwände erhoben worden seien. Auch die Deutsche Botschaft in Kairo pflegte guten Kontakt zur "Raketenkolonie". Ihr Militärattache riet 1962 sogar zwei aussteigewilligen Wissenschaftlern, "in Ägypten zu bleiben, da die Bundesregierung und vor allem Verteidigungsminister Strauß dies wünschten und um jeden Preis verhindern wollten, daß die Sowjets an ihre Stelle träten" (Inge Deutschkron in Bezugnahme auf "Welt der Arbeit", 8.4.1964).

Daß die Arbeit der Nazi-Wissenschaftler keine gefährlichen Folgen für Israel zeigte, war jedenfalls nicht der Politik der Bundesregierung zu verdanken. Eine Art "Rückrufgesetz" für deutsche Rüstungstechniker im Ausland kam erst 1990, nach dem nächsten deutsch-arabischen Raketenskandal, zustande. Vielmehr trugen andere Faktoren zum Mißerfolg von Sänger, Pilz & Co. bei: Ihre Rivalitäten und ihre Unfähigkeit, eine Anschlagserie des MOSSAD gegen die Raketenbauer, sowie die Umorientierung der ägyptischen Außenpolitik Richtung Sowjetunion, die Nasser mehr zu bieten hatte.

Die Autorin schildert die Vorgänge sehr detailliert, ohne deshalb ihre ansonsten positive Wertung des CSU-Vorsitzenden Strauß zu relativieren. Er, der laut Deutschkron "mehr für die deutsch-jüdische Versöhnung getan hat als jeder andere Deutsche" (S.264), hat in der Raketenaffäre jedenfalls keine saubere Weste. Auch im Zusammenhang mit der Frage der "Wiedergutmachung" (Enthaltung) und der Bestrafung von Nazi-Verbrechen (Verjährung) verhielt er sich in antisemitischer Tradition. Schließlich machte er sich 1982 für Leopard-Lieferungen an Saudi-Arabien stark. Die Fehleinschätzung der Autorin läßt sich nur aus ihrer ideologischen Sichtweise erklären: Sie favorisiert den pro-deutschen Kurs der israelischen Regierungsmehrheit um Ben Gurion und Moshe Dayan. Dieser erklärte: "Man darf das deutsche Raketenforscherteam nicht mit dem deutschen Volk und der deutschen Regierung gleichsetzen. ...Nicht das deutsche Volk wendet sich gegen uns, sondern der ägyptische Diktator". Im Hintergrund dieser Beschwichtigung stand die Sorge um die geheime Militärzusammenarbeit mit der BRD, die - so drohte Strauß - bei einer Weiterführung der anti-deutschen Kampagne in Israel gefährdet sei (S.215). Scharfen Einspruch gegen diese Überlegungen formulierten MOSSAD-Chef Harel, dessen Operationen gegen die deutschen Wissenschaftler von Ben Gurion mißbilligt worden waren und der deswegen zurücktrat, sowie Golda Meir und weitere sozialdemokratische Minister. In einer Sondersitzung der Knesset im April 1963 behauptete die Opposition sogar, daß Ben Gurion wichtige Dokumente

über die deutschen Aktivitäten in Ägypten unterdrückt habe. Ihr Antrag auf Verurteilung seines Kurses in der Raketenaffäre wurde zwar abgelehnt (67:47). "Der Riß in seinem Verhältnis zu den meisten Regierungsmitgliedern blieb jedoch bestehen. Es ist anzunehmen, daß er seinen Rücktritt am 16. Juni 1963 mit beeinflußt hat, wenn er auch keineswegs der alleinige Grund gewesen ist" (S.217).

EIN DEUTSCHER KOMPROMISS

Durch die Umorientierung der westdeutschen Außenpolitik weg von der kontraproduktiv gewordenen Hallstein-Doktrin wurde 1965 auch der Weg zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel frei. Mit der anti-israelischen Lobby fand sich ein typisch deutscher Kompromiß: Erster Botschafter in Tel Aviv wurde ein Vertreter jenes alten Deutschlands, das die Juden in die Gaskammern geschickt hatte. Botschafter Dr. Pauls war im Krieg Offizier an der Ostfront gewesen, "gerade dort, wo die meisten Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen worden waren" (S.315). Die israelische Empörung berührte Bundeskanzler Erhard nicht: "Ich nehme dazu keine Stellung. Wenn ein deutscher Mann Soldat geworden ist - der ist nicht gefragt worden, sondern er hat seine Pflicht getan. Da besteht kein Grund, ihn irgendwie zu diskriminieren." (Pressekonferenz 18.6.1965). Noch brisanter war die Ernennnug von Dr. Török zum Botschaftsrat. Der ehemalige Ungar hatte im Krieg dem faschistischen Diktator Horthy gedient und als dessen Legationssekretär in Berlin mit den Nazis kollaboriert - auch bei der Judenvernichtung. In Israel war man entsetzt, konnte jedoch die Akkreditierung schlecht verweigern, ohne generell die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu gefährden.

Der Sechs-Tage-Krieg 1967 brachte einen Stimmungsumschwung. Zwar konnten Gasmasken nur gegen den Widerstand des Auswärtigen Amtes (Schröder und Carstens!) nach Israel geliefert werden. Die politische Klasse und auch die Öffentlichkeit standen aber voll hinter der israelischen Kriegspolitik. "Jede Zeitung, jede Rundfunkanstalt, jede Fernsehstation in der Bundesrepublik schien zu jener Zeit ein israelisches Organ zu sein." (S.340). 1600 Deutsche baten um Aufnahme in die israelische Armee. Ähnliches wiederholte sich beim Yom-Kippur-Krieg 1973: 57% der Befragten äußerten ihre Sympathie für Israel - das waren sogar noch 2% mehr als 1967. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit und der Tourismus erreichten in den 70er Jahren ihre Blüte.

Daß all dies wenig mit einer Abnahme des Antisemitismus zu tun hatte, sollte sich schlagartig 1981 beweisen. Im Zuge einer Kontroverse hatte Begin auf die Vergangenheit von Bundeskanzler Schmidt in der Nazi-Zeit aufmerksam gemacht und von ihm verlangt, sich wie Brandt nach Warschau zu begeben und dort um Vergebung zu bitten. Schmidt sei nämlich Offizier der Wehrmacht gewesen und habe bis zuletzt seinem Treuegelöbnis für den Führer und dessen Mordpolitik Folge geleistet. Begins Angriffe führten zu einem alldeutschen Konsens in Bundestag und Öffentlichkeit. Der damalige Oppositionsführer Kohl sagte, seine Partei weise entschieden diese "maßlosen, unerträglichen Angriffe" auf den frei gewählten Bundeskanzler zurück, in der Bevölkerung fiel der Prozentsatz der an "besseren Beziehungen mit Israel" Interessierten innerhalb eines Jahres von 80% auf 60%.

Inge Deutschkrons Buch schließt mit dem Jahr 1982. Die folgenden Ausbrüche - Bitburg, Historiker-Streit, Faßbinder-Kontroverse, Börne-Platz-Auseinandersetzung, Wahlerfolge von REPs und NPD, Grabschändungen und Pressehetze gegen Juden im Zuge der "Wiedervereinigung" - setzten die in den 70er Jahren überwunden geglaubte antisemitische Grundstimmung fort. In einer Infratest-Umfrage am Jahresende 1990 über die unbeliebtesten Staaten landete Israel schließlich auf dem letzten (10.) Platz. Nur 4% der Deutschen strebten "vorrangig gute und enge Beziehungen" zu Israel an, zwei Jahre zuvor waren es noch 26% gewesen. Ein erheblicher Teil der Israel-Gegner hat an anderer Stelle dem Satz zugestimmt, daß es immer noch "zuviel Scham über die Verbrechen des Faschismus" gebe.

Die Einstellung der Deutschen zu Israel - übrigens ziemlich unabhängig, ob in der Bevölkerung oder bei den Eliten - folgte in der gesamten Nachkriegsgeschichte einem gleichbleibenden Muster. Die Kontinuität des Antisemitismus wurde immer dann sichtbar, wenn Israel seine Interessen "gegen uns" anmeldete ("Wiedergutmachung", Protest gegen Verjährung von Nazi-Verbrechen, Bestrafung von Rüstungskriminellen, Kritik an Nazi-Kontinuitäten in Staat und Gesellschaft). Sympathien für den jüdischen Staat waren dann gegeben, wenn Israel "für uns" agierte (so in den prowestlich rezipierten Kriegen 1967 und 1973).

Der Philosemitismus resultiert also nicht aus der Trauer über die von Deutschland an den Juden begangenen Verbrechen, sondern hat den gleichen Ausgangspunkt wie der Antisemitismus: das "deutsche Interesse". Auf dieser Grundlage sind die Differenzen der Philosemiten zu den offenen Antisemiten zweitrangig und vorrübergehend. Der Philosemitismus deckt den Antisemitismus und kollaboriert mit ihm, die Übergänge sind fließend, das Personal rochiert. ■

JÜRGEN STUTTGART

Der Autor arbeitet in der Initiative "Nie wieder Deutschland". Treffpunkt jeden Mittwoch, 20 Uhr, im Kulturzentrum "Mitte", Hohe Straße 9, 7000 Stuttgart 1.

Literatur:

Inge Deutschkron: Israel und die Deutschen, Köln 1983.

Inge Deutschkron: Ich trug den gelben Stern, München 1982.

Anmerkung:

1 Dieses Zitat aus den Memoiren Adenauers ist nicht aus dem Buch von Inge Deutschkron entnommen, sondern stammt aus: Schneider (Hrsg.): 20 Jahre Deutsch-Israelische Beziehungen, DIAK-Schriften Band 10. Leider hält das Bändchen nicht, was der Titel verspricht, und fällt im Informationsgehalt stark hinter Deutschkron zurück.

Die große Sowjetunion und das "kleine Volk"

Zur Bedeutung und Tradition des Antisemitismus in der sowjetischen Geschichte

"Kann man bleiben, wenn die Schreiberlinge unterschiedlicher Couleur Tag für Tag versuchen, uns die von Stalin und seiner Clique begangenen Verbrechen anzulasten? Wenn aus Archiven der Nazis und der Weißen, aus Memoiren käuflicher Subjekte und abgedankter Judenhasser jüdische Familiennamen ans Tageslicht gezerrt werden, Namen von Kollaborateuren und Henkersknechten? Wenn unsere tatsächlichen und angeblichen Sünden in verhängnisvoller Weise dazu herhalten müssen, der Welt die wahren Schuldigen an der Zerstörung fremden Nationalguts zu präsentieren, von den Heiligtümern der orthodoxen Kirche bis zur Zerstörung der Autonomie ganzer Völker?(...)

Und all dies geschieht im Namen der Wiederherstellung der historischen Wahrheit, des Pluralismus, des Kampfes gegen die Zensur! Keiner will bemerken, daß im Namen dieser 'historischen Wahrheit' wiederum, wie in den Jahren des Faschismus, Menschen bereit sind, die Juden zu opfern."[1]

Mit diesen Worten schilderte der jüdische Schriftsteller und Volksdeputierte Grigorij Kanowitsch die verbitterte Stimmungslage unter den sowjetischen Juden, nachdem sich in den letzten Jahren ein offener, aggressiver Antisemitismus in der sowjetischen Öffentlichkeit ausgebreitet hat. Viele Juden wollten sich nicht länger einer latenten Pogromstimmung, einer sich immer feindlicher gebärdenden Umgebung aussetzen und wählten den Weg der Emigration nach Israel oder ins westliche Ausland. Überall höre man, so Kanowitsch, "habe eingereicht" - "werde einreichen" - "Ende des Monats gebe ich die Dokumente ab" - "ich warte auf den Bescheid", es wachse die Zahl derer, die zur "jüdischen Gänseblume" griffen: bleiben - gehen - bleiben - gehen ...[2]

Über 200.000 sind 1990 schon nach Israel gegangen, 4.000 kamen auch in die Bundesrepublik und lösten hier eine mitunter mehr als peinliche und kleinkrämerische Debatte über "Einreisekontingente" aus. Wie es scheint, gehören diejenigen Juden - unter ihnen auch Kanowitsch -, die sich um eine Wiederbelebung der jüdischen Kultur in der Sowjetunion selbst einsetzen, zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt einer Minderheit an.[3] Sollte der Massenexodus weiterhin anhalten, so wird innerhalb eines Jahrzehnts von den geschätzten 2-3 Millionen sowjetischen Juden nur noch ein verschwindend geringer Teil übrig bleiben. Die Ausreisewelle hat vielschichtigere Ursachen, als eine reine Flucht vor der um sich greifenden antijüdischen Hetze. Ihren Boden hat sie aber sicher in der langjährigen Alltagserfahrung wie auch der fehlenden Perspektive, die einen erheblichen psychischen Druck erzeugen und die Bereitschaft zu bleiben nicht gerade fördern.

Ein lautstarker Antisemitismus, der von einer unmittelbaren gewaltsamen Bedrohung der jüdischen Sowjetbürger begleitet wird, ist zum festen Bestandteil der politischen Öffentlichkeit geworden, die sich seit Beginn der Perestrojka in der Sowjetunion herausgebildet hat. Die aufblühenden Nationalismen und Chauvinismen mit ihrem immanenten Bestreben nach Abgrenzung, nach Distanzierung des Fremden und Andersartigen, schufen hierfür einen fruchtbaren Nährboden. Zweifellos gibt es weit in die vorrevolutionäre Zeit zurückreichende Traditionslinien, die in engem Zusammenhang mit den gegenwärtigen Erscheinungsformen stehen. Es wäre jedoch vorschnell, die Sowjetunion als das klassische Land des Antisemitismus zu bezeichnen. Dies verstellt den Blick darauf, daß weder die Russen, noch die

Ukrainer, Weißrussen und anderen Nationen des Vielvölkerstaats von Grund auf antisemitisch eingestellt sind, daß der Antisemitismus auch heute keine organisierte Massenbewegung ist. Es geht deshalb in erster Linie darum, die sozialen Träger des Antisemitismus und seine gesellschaftliche Funktion im Auge zu behalten. Beides stößt im sowjetischen Fall noch auf erhebliche Schwierigkeiten. Zum einen liegen dazu weder sowjetische Untersuchungen vor, noch wird bisher der längst überfällige Diskurs in der sowjetischen Öffentlichkeit geführt.[4] Eine bemerkenswerte Ausnahme ist, daß die ukrainische Volksfront "RUCH" im September 1989 eine Resolution "gegen alle Formen des Antisemitismus" beschloß.[5] Zum anderen ermöglichen die gegenwärtige Unübersichtlichkeit und die Instabilität der auf der politischen Bühne agierenden Kräfte nur ein vorläufiges Bild, das sich sehr schnell ändern kann. Ich beschränke mich daher im Folgenden darauf aufzuzeigen, welche Bedeutung dem Antisemitismus, der untrennbar mit der besonderen historischen Entwicklung der sowjetischen Juden verbunden ist, in der Geschichte der Sowjetunion zukommt. Dazu ist es notwendig, mit einem Rückblick auf das späte Zarenreich zu beginnen, zumal auch heute wieder Anknüpfungspunkte an vorrevolutionäre Traditionen gesucht werden.

DIE VORBILDER IM SPÄTEN ZARENREICH

Besonders im Spektrum der heutigen nationalistischen Rechten orientiert man sich zunehmend an Vorbildern des späten Zarenreiches. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die alten antisemitischen Parolen und Kampfschriften wieder in der sowjetischen Öffentlichkeit auftauchen.

Das Zarenreich hatte als einzige europäische Großmacht der jüdischen Bevölkerung die rechtliche Gleichstellung bis zuletzt verwehrt. Es umfaßte mit etwa 5,2 Millionen Menschen die weltweit größte jüdische Gemeinde, deren Bewegungsfreiheit seit Beginn des 19. Jahrhunderts per Statut - von wenigen Ausnahmen abgesehen - auf Polen und den sogenannten "Ansiedlungsraion" in fünfzehn westlichen Gouvernements des Imperiums beschränkt war.[6] Hier bildete sich ein sozial-ökonomisches Ghetto mit massenhafter Verelendung heraus, was den aufkommenden sozialrevolutionären und zionistischen Massenbewegungen eine breite Unterstützung sicherte.[7] Im Gegensatz zu den westeuropäischen Juden konnten die russischen in der großen Mehrheit nicht von der Modernisierung der Gesellschaft profitieren. Die Hoffnung auf rechtliche Gleichstellung unter der Autokratie war hinweggefegt worden, als nach der Ermordung des Zaren Alexander II. im Jahre 1881 eine massive Hetzkampagne, begleitet von einer brutalen Pogromwelle, gegen das vermeintliche "Judenkomplott" einsetzte.[8] Die nachfolgenden "Maigesetze" von 1882 markierten den Beginn einer drastischen rechtlichen und gesellschaftlichen Diskriminierungspolitik seitens des Ancien Regime, die im wesentlichen das Ziel verfolgte, über eine systematische Entrechtung und Ghettoisierung der jüdischen Bevölkerung die sich abzeichnende Auflösung der ständischen Ordnung zu kompensieren. Eine judenfeindliche Politik galt den konservativen Kräften als Instrument, um die Autokratie als Regierungsform zu erhalten und die mit der industriekapitalistischen Entwicklung erstarkten gesellschaftlichen Schichten, insbesondere die Arbeiterschaft und urbane, bürgerlich-liberale Schichten, in die Schranken zu weisen.[9]

Seit den 1880er Jahren bildeten sich verstärkt die antijüdischen Stereotypen aus, die den Grundstein für die Entstehung eines modernen Antisemitismus legten.[10] Damit hofften die konservativen Propagandisten, eine vor allem bei Bauern und Handwerkern verbreitete, traditionelle, d.h. religiös und wirtschaftlich motivierte Feindschaft gegen die Juden zu instrumentalisieren und sich auf diese Weise eine Massenbasis zu verschaffen. Die Unterstützung reichte bis in Regierungskreise und in den Zarenhof hinein. Die tiefe Krise des Ancien Regime in der Revolution von 1905 bildete den Ausgangspunkt offen antisemitischer Organisationen, wie der paramilitärischen "Schwarzen Hundertschaften", und von Parteien, hier ist vor allem die "Union des russischen Volkes" zu nennen, in denen heutige rechtsnationalistische Gruppen ihre historischen Vorläufer sehen. Die neue Qualität wurde auch den Betroffenen bewußt, so z.B. dem Theoretiker des "Jüdischen Arbeiterbundes" Vladimir Medem: "Der Antisemitismus gedeiht im 'modernen' Rußland so üppig wie kaum je zuvor. Bis vor kurzer Zeit trat er vorwiegend als Regierungsantisemitismus auf; jetzt ist er fast zur Massenbewegung geworden."[11]

In der Krise von 1905 entstanden auch die Umrisse einer antisemitischen Ideologie, mit welcher liberale Reformen diskreditiert und zugleich die sozialrevolutionären Bewegungen abgewehrt werden sollten. Die kapitalistische Ordnung münde zwangsläufig in eine "Herrschaft der Juden". Diese Identifizierung von Kapital bzw. Kapitalismus mit den Juden fand ihre Ergänzung in Verschwörungstheorien, wie sie in den berüchtigten "Protokollen der Weisen von Zion" zu finden sind. Darin wird unterstellt, die Juden strebten insgeheim nach der Weltherrschaft, wofür eine geheime Versammlung, deren Protokoll diese Schrift angeblich darstellt, die Strategie festgelegt habe. Es ist kein Zufall, daß diese Fälschung des zaristischen Geheimdienstes "Ochrana" schnell weite Verbreitung fand - und auch heute wieder ungeniert zitiert wird.[12] Im Gegensatz zum gegenwärtigen Antisemitismus, der seine Triebkräfte aus sozialökonomischen Verfallserscheinungen des sowjetischen Systems erhält, hatte der Antisemitismus des ausgehenden Zarenreichs seinen Urspruch in den nicht verarbeiteten Folgen einer dynamischen industriekapitalistischen Entwicklung der russischen Gesellschaft zu Beginn des 20. Jahrhunderts. In beiden Fällen wird ein vermeinticher Kollektivschuldiger verantwortlich gemacht, der sowohl mit den damaligen Pogromopfern als auch mit den heutigen assimilierten sowjetischen Juden nur noch wenig gemein hatte.[13]

LENIN UND DIE JUDENFRAGE

Im Gegensatz zu einigen sozialrevolutionären Organisationen ließen die Bolschewiki nie einen Zweifel daran aufkommen, daß der Antisemitismus als ein reaktionäres Werkzeug bekämpft werden müsse. Lenins Stellungnahmen zur "Judenfrage" und zum Antisemitismus kommt dabei entscheidende Bedeutung zu, weil sie später von Stalin und seinen Nachfolgern völlig losgelöst vom historischen Kontext kanonisiert und je nach Bedarf zu Legitimationszwecken oder als politisches Kampfmittel benutzt wurden.

Isaac Deutscher hat zurecht kritisiert, daß die Bolschewiki "die Lösungsmöglichkeiten der Judenfrage eindeutig zu optimistisch gesehen" haben.[14] Lenin war sich sehr wohl bewußt, in welcher schwierigen Lage sich die jüdische Bevölkerung im Zarenreich befand: "Keine einzige Nationalität wird in Rußland so unterdrückt und verfolgt wie die jüdische. Der Antisemitismus schlägt unter den besitzenden Schichten immer tiefere Wurzeln. Die jüdischen Arbeiter stöhnen unter einem zweifachen Joch: als Arbeiter wie auch als Juden."[15] Darin war sich Lenin mit seinen Gegnern im "Allgemeinen jüdischen Arbeiterbund in Rußland, Polen und Litauen", kurz "Bund" genannt, noch einig. In der Frage, auf welchem Weg das Problem gelöst werden könne, schieden sich jedoch die Geister. Der "Bund", 1897 gegründet, trat wenige Monate später geschlossen der neugebildeten "Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands" bei. Er war den russischen Sozialdemokraten an Mitgliederzahl und Organisationskraft weit überlegen, da er im jüdischen Milieu einen beträchtlichen Rückhalt besaß. Drei Jahre darauf bahnte sich ein Konflikt mit der Fraktion um Lenin an, als der Bund im Anschluß an entsprechende Überlegungen in der österreichischen Sozialdemokratie die Forderung nach einer "national-kulturellen Autonomie", die nicht an ein bestimmtes Territorium gebunden war, in sein Programm aufnahm, um somit den spezifischen Anforderungen im Ansiedlungsraion gerecht zu werden und um der erstarkenden zionistischen Bewegung eine sozialistische Alternative entgegenzusetzen. Damit war auch das von Lenin verfochtene zentralistische Prinzip des Parteiaufbaus in Frage gestellt. Auf dem 2. Parteikongreß in London 1903 prallten die Standpunkte unversöhnlich aufeinander; es folgte eine zeitweise Trennung des "Bund" von der Sozialdemokratie. Lenin weigerte sich zu diesem Zeitpunkt, die Juden als Nation anzuerkennen. Er geißelte die Forderungen des "Bund" als eine "in ihrem Kern vollkommen falsche und reaktionäre zionistische

Idee"[16]. Lenins Polemik gegen den Bund lag nicht nur die innerparteiliche Frontstellung zugrunde; sie stand auch im Zusammenhang mit seiner "optimistischen" Strategie. Er schloß sich, ohne sich mit den tieferen Ursachen der "Bund"-Forderungen näher auseinanderzusetzen, der Auffassung Karl Kautskys und Otto Bauers an, die Juden seien nicht als Nation zu betrachten. Da sie weder über ein eigenes Territorium noch über eine gemeinsame Sprache verfügten, seien sie vielmehr prädestiniert für eine rasche Assimilierung und Verschmelzung mit anderen Nationen. Es gelte daher, so Lenin, die Juden aus ihrem "kastenartigen" Dasein herauszuholen.[17] Eine national-kulturelle Autonomie führe nur zur Abschließung und wirke sich letztendlich auch kontraproduktiv bei der Bekämpfung des Antisemitismus aus. Da Lenin - ähnlich wie übrigens auch Engels - den Antisemitismus lediglich für einen Überrest "aus den alten Zeiten der Leibeigenschaft"[18] hielt, glaubte er, die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft, die Verschmelzung der Nationen werde die "Judenfrage" lösen. Nicht der Kampf unter den Nationalitäten, sondern der Klassenkampf stehe nun auf der Tagesordnung, forderte Lenin in einer 1918 auf Schallplatte verbreiteten Rede gegen die "Pogromhetze" der Konterrevolution.[19]

Josef Stalin, der spätere Volkskommissar für Nationalitätenfragen (1917-1923), schloß sich in seiner wenig originellen Schrift "Marxismus und nationale Frage" (1913) weitgehend dem Standpunkt Lenins an.[20] Seine recht starre Definition der Nation - gemeinsames Territorium und Wirtschaftsleben, gemeinsame Sprache und Kultur - schloß die Juden von einer Anerkennung als solche aus. Es überrascht daher nicht, daß Stalin auch heftig gegen die national-kulturellen Forderungen des "Bund" polemisierte. Es wäre jedoch vorschnell, hieraus bereits eine antisemitische Haltung Stalins abzuleiten. Doch geht man sicher nicht fehl in der Annahme, daß seine später offen zutage tretenden antijüdischen Ressentiments auch durch diese Auseinandersetzungen geprägt wurden.

JUDENFRAGE UND ANTISEMITISMUS IN DER FRÜHEN SOWJETZEIT

Die Überlegungen zur Lösung der "Judenfrage" wurden schon bald durch die revolutionären Ereignisse des Jahres 1917 überholt. Bereits am 4. April hob die neue Regierung sämtliche gesetzlichen Restriktionen für nationale und religiöse Gruppen auf, was die jüdischen Bevölkerung mit Begeisterung aufnahm. Die Schranken des Ansiedlungsraion waren damit gefallen. Dennoch zeigte sich, daß unter den zahlreichen politischen Gruppierungen und Parteien nicht die Sozialisten, sondern die Zionisten die stärkste Anhängerschaft mobilisieren konnten. Die Euphorie dauerte nur wenige Monate. Der im Frühjahr 1918 einsetzende dreijährige Bürgerkrieg fand zum größten Teil in den jüdischen Siedlungsgebieten statt und war von unzähligen Pogromen der gegenrevolutionären Verbände begleitet. Allein in der Ukraine zählte man 1918 bis 1921 über 1200 Pogrome. Die Propaganda der "Weißen" machte sich die weit verbreiteten judenfeindlichen Einstellungen für ihre Ziele zunutze. Auf Plakaten tauchten bekannte Köpfe von Revolutionären jüdischer Abstammung auf; sie sollten als Beweis dienen für die angebliche jüdische Verschwörung.[21]

In den Reihen der Bolschewiki befanden sich tatsächlich zahlreiche jüdische Revolutionäre. In der jüdischen Bevölkerung verfügten die Bolschewiki jedoch über keine breite Anhängerschaft. Die massiven antisemitischen Exzesse der "Weißen" trieben diese aber auf die Seite der Revolution. Die in Bedrängnis geratenen Bolschewiki bemühten sich ihrerseits, über schnelle pragmatische Lösungen die bedrängten Juden zu gewinnen. Schon im Februar 1918 wurde Semen Dimanstejn Leiter des Kommissariats für jüdische nationale Angelegenheiten; im Oktober folgte die Einrichtung der "Jevsekzija", der jüdischen Sektion innerhalb der Kommunistischen Partei. Diese organisatorische Gleichstellung bedeutete eine De-facto-Anerkennung der Juden als Nation, was auch nach Beendigung des Bürgerkriegs nicht mehr rückgängig gemacht wurde.

Welche politische Bedeutung dem Antisemitismus in den Jahren nach der Revolution zukam, verdeutlicht eine kürzlich in der sowjetischen Fachzeitschrift "Fragen der Geschichte der KPdSU" veröffentlichte, bisher unbekannte Rede Trotzkis aus dem Jahre 1923, als er sich gegen Angriffe seiner Kontrahenten zur Wehr setzte, die ihm vorwarfen, er wolle die ganze Macht in Sowjetrußland an sich reißen. Lenin habe ihm, so Trotzki, nach der Revolution wiederholt und mit Nachdruck führende Positionen angeboten, die er jedoch ausgeschlagen habe, da er mit seiner jüdischen Abstammung belastet sei. Er befürchtete, den Gegnern der Revolution durch seine Person eine willkommene Gelegenheit zu bieten, den Sowjetstaat zu diskreditieren.[22]

Daß die rechtliche Gleichstellung der jüdischen Bevölkerung mit einer revolutionären Umwälzung, mit einem radikalen Austausch der herrschenden Eliten zusammenfiel, wirkte sich vermutlich nachhaltig auf die Kontinuität antisemitischer Denkmuster aus. Der Gegensatz von einer nahezu vollständigen Ausgrenzung der Juden im Zarenreich zu einer Öffnung aller gesellschaftlichen Bereiche perpetuierte bestimmte Verhaltensmuster und Einstellungen, die dann bei sozialen Konflikten und in Krisensituationen erneut zum Vorschein kamen oder politisch instrumentalisiert werden konnten.

Obwohl sich die Delegierten des 12. Parteikongresses 1923 in den nationalitätenpolitischen Leitlinien auf das "Territorialprinzip" geeinigt hatten, gewährte man auch der extraterritorialen jüdischen Bevölkerung die Möglichkeit, ihre nationale Kultur und Sprache "aufblühen" zu lassen, bevor sie mit den anderen Nationen zu einer sozialistischen Gesellschaft verschmelzen sollte. Daß die Juden nicht so recht in das Schema der grundsätzlich nationalitätenfreundlichen Politik der 1920er und 1930er Jahre hineinpaßten, zeigte sich auch in den Gremien der Kommunistischen Partei und ihrer jüdischen Sektion: In beiden standen sich Anhänger einer raschen Assimilation (darunter Stalin) und einer national-kulturellen Entwicklung (darunter Staatspräsident Michail Kalinin) gegenüber. Beide Lager konnten auf entsprechende soziale Entwicklungen verweisen, die jedoch gegenläufig verliefen: eine migrationsbedingte Tendenz zur Assimilierung einerseits, Bemühungen um eine nationale Lösung andererseits.

In den Jevsekzii fanden sich vorwiegend ehemalige Bundisten wieder. Sie hatten am Ende des Bürgerkriegs die Vorherrschaft in den jüdischen Siedlungsgebieten errungen und suchten nun die Idee einer säkularen, jiddischsprachigen, sozialistischen Kultur zu verwirklichen. Die jüdischen Sektionen machten den Kampf gegen die jüdische Religion, gegen das Hebräische als "Sprache der Bourgeoisie" und gegen die Zionisten bis zu ihrer Auflösung 1930 zu einer rein innerjüdischen Auseinandersetzung, wodurch erst gar nicht der Vorwurf einer judenfeindlichen oder gar antisemitischen Politik aufkommen konnte.[23]

Da die jüdische Bevölkerung weitgehend ihrer angestammten Lebenswelt - die große Mehrzahl war im Handel und Handwerk tätig - verhaftet geblieben war, geriet sie zunehmend unter den Druck der ökonomischen Veränderungen. Seit 1924 wurden groß angelegte Projekte geschaffen, um die Juden besonders in der Landwirtschaft "produktiv" zu machen. Ihre Ansiedlung (zwei der Dörfer wurden nach ihren "Gönnern" Stalindorf und Kalinindorf genannt) rief aber feindselige Reaktionen in der nicht-jüdischen Bevölkerung hervor, so daß eine andere Lösung gefunden werden mußte. Außerdem strebte man mit Blick auf die Zionisten eine "sozialistische Lösung" an. Seit 1927 ist sie mit dem Namen Birobidschan verbunden, einem Gebiet, etwas größer als Belgien, direkt an der chinesischen Grenze. Als die Region im Mai 1934 zum "autonomen jüdischen Gebiet" erklärt wurde, war das Projekt gemessen an den hochgesteckten Erwartungen schon gescheitert. Anstelle der prognostizierten 50.000 lebten hier nur etwa 8200 jüdische Siedler; sie stellten 20 Prozent der örtlichen Bevölkerung.[24] Heute liegt ihr Anteil unter fünf Prozent. Die heutige Kritik Kanowitschs an dieser "Lösung" hätte vermutlich auch Ende der zwanziger Jahre unter den Vertretern jüdischer Organisationen Zuspruch gefunden. Es sei die falsche Strategie, Birobidschan "zum Vorzeigeobjekt, zum Potjomkinschen Dorf zu machen, zu einer Schauvitrine für barmherzige ausländische Besucher, eine Art Volkswirtschaftsausstellung zu verwandeln, in der man neben preisgekrönten Zuchtbullen und fremdartigen kosmischen Apparaturen auch glückliche sowjetische Juden vorführt."[25]

Wider Erwarten sah sich die sowjetische Führung seit der Mitte der 1920er Jahre mit einem offenen gesellschaftlichen Antisemitismus konfrontiert, der in den Jahren 1927 bis 1929 mit einer massiven Aufklärungskampagne bekämpft wurde. Es häuften sich die Fälle verbaler und physischer Angriffe, beruflicher Diskriminierungen; sogar antisemitische Flugblätter und Aushänge tauchten in der Öffentlichkeit auf. In Publikationen gegen den Antisemitismus wurden zwar ganz im Einklang mit Lenins Gedanken antisemitische Stimmungen als Überbleibsel aus der vorrevolutionären Zeit gekennzeichnet, doch kamen die Autoren nicht umhin, die Ursachen in den sozialen Umbruchsprozessen und ökonomischen Krisenerscheinungen der zwanziger Jahre zu suchen.[26] Der "sozialistische Aufbau" war für nahezu alle gesellschaftlichen Schichten mit negativen Erfahrungen verbunden; sie verdichteten sich besonders in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts. Arbeitslosigkeit und Wohnungsmangel in den Städten nahmen beständig zu, der Warenhunger konnte nicht befriedigt werden, wofür Spekulantentum und "bourgeoise Elemente" verantwortlich gemacht wurden. Die Bauern stießen sich an der Landzuteilung für jüdische Siedler. Hinzu kam, daß die kleinbürgerlichen Schichten der Handwerker und Händler stärker unter den Druck ökonomischer Strukturveränderungen gerieten.

links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

Politische Kritik mit theoretischem Anspruch.

links im **Mai 1991:**

Wut, Ohnmacht und Resignation vermischen sich in den Reaktionen auf das Massaker im Irak und das Flüchtlingselend im Grenzland zur Türkei und zum Iran. Wieder einmal zeigt sich, daß nur der von einem Krieg Vorteile erwarten kann, der ihn aus sicherer Entfernung betrachtet. Hier liegt aber auch der Grund für das Gefühl der Hilflosigkeit. Denn welche Schritte wären über die direkte und schnelle Hilfe hinaus zu fordern, um hier eine Lösung des Problems einleiten zu können?

Die viel zu spät in Gang gekommenen Proteste zeigten aber noch anderes über die Verfassung der bundesdeutschen Öffentlichkeit: Resignation als Erfahrung des fehlgeschlagenen Protests gegen den Golfkrieg, Gleichgültigkeit, wo man selbst scheinbar nicht betroffen war, aber auch ein manchmal erstaunliches Umschlagen der Argumente. Ein Grund mehr, die Diskussion hier weiterzuführen. In der neuesten links tuen dies

John Ely / Sigrid Müller, Paul Cupke u.a., Hans Füchtner, Mariéne Schnieper u.a.

Ich bestelle
C 1 Probeexemplar (kostenlos)
__ Ex. *links* vom .....
(Einzelheft 6.— DM)

Name: _____

Straße: _____

Ort: _____

***links*, PF 10 20 62, 6050 Offenbach**

Schließlich führten zeitweise Entlassungen und neue aufstrebende Kader in den bürokratischen Apparaten zu einer erheblichen Verunsicherung. Es ist daher nicht weiter verwunderlich, daß antisemitische Äußerungen und Aktionen sogar in der Arbeiterschaft und den Parteigliederungen vorkamen.[27] Wie unterschiedlich die Motive auch sein mochten: Der soziale Protest schaffte sich im Antisemitismus ein Ventil. Bezeichnend für diese Entwicklung war die in zeitgenössischen Berichten wiederholt erwähnte Tendenz, eine kollektive Verantwortung bei den Juden zu suchen. Sie würden von der Sowjetmacht "zu sehr privilegiert", es gebe "eine jüdische Vorherrschaft in den Apparaten", alle Juden seien "Spekulanten". Erneut mußten angebliche jüdische Machenschaften herhalten, wirtschaftliche und soziale Mißstände zu erklären. In dieser schichtenübergreifenden Reaktion sah die sowjetische Führung um Stalin vermutlich die eigentliche Gefahr. Der Antisemitismus konnte sich unter Umständen gegen die sowjetische Führung selbst wenden, da in ihr nach wie vor zahlreiche Juden vertreten waren. Stalin ging jedoch dazu über, die forcierte Industrialisierung und soziale Umwälzung als verschärften Klassenkampf zu deklarieren.

"KLEINBÜRGER AUS 'KLEINEN STÄDTEN'"

In öffentlichen Erklärungen ließen weder Stalin noch andere führende Parteivertreter Zweifel daran aufkommen, daß der Antisemitismus verurteilt werden mußte. Stalins Antwort auf eine Anfrage der amerikanischen jüdischen Telegrafenagentur verdient länger zitiert zu werden, da sie zur reinen Karikatur wurde und seine Ernsthaftigkeit, sich mit der Frage auseinanderzusetzen, grundsätzlich infrage stellt (in der UdSSR wurde sie erst fünf Jahre später in der "Prawda" veröffentlicht):

"Der National- und Rassenchauvinismus ist ein Überrest der menschenfeindlichen Sitten aus der Periode des Kannibalismus. Der Antisemitismus als extreme Form des Rassenchauvinismus ist der gefährlichste Überrest des Kannibalismus.

Der Antisemitismus dient den Ausbeutern als Blitzableiter, der die Schläge der Werktätigen vom Kapitalismus ablenken soll. Der Antisemitismus ist eine Gefahr für die Werktätigen, denn er ist ein Irrweg, der sie vom rechten Weg abbringt und sie in den Dschungel führt. Darum sind die Kommunisten als konsequente Internationalisten unversöhnliche und geschworene Feinde des Antisemitismus."[28]

Leo Trotzki bestätigte in seiner Schrift "Thermidor und Antisemitismus" (1937)[29] die Beharrlichkeit eines traditionellen Antisemitismus, machte jedoch außerdem einen neuen "sowjetischer Spielart" aus: Die nur auf Absicherung ihrer Privilegien fixierte Bürokratie lenke den Unmut aus der Bevölkerung gezielt auf die Juden ab. Er warf Stalin vor, er habe schon bei der innerparteilichen Auseinandersetzung der zwanziger Jahre auf der Klaviatur des Antisemitismus gespielt: "Das Spiel auf den Saiten des Antisemitismus [trug] vorsichtige und verhüllte Züge. Besonders geschulte Redner (...) sagten, daß die Anhänger Trotzkis Kleinbürger aus 'kleinen Städten' seien, ohne ihre Abstammung genau zu bezeichnen."[30] Bei allen Gelegenheiten habe man die Namen jüdischer Mitglieder besonders herausgestrichen, um die Opposition zu diskreditieren. Diese Politik sei noch forciert worden, als sich Kamenjew und Sinowjew 1925 der Opposition anschlossen. Zusammen mit Uglanow (Moskau) und Kirow (Leningrad) habe Stalin "fast völlig offen" die Anführer der Opposition als drei "unzufriedene jüdische Intellektuelle" bezeichnet. Als 1927 die Führung um Stalin den Ausschluß der Opposition vorbereitete, "nahm die antisemitische Agitation einen völlig ungehemmten Charakter an. Der Slogan: 'Schlagt die Opposition' bekam oft die Bedeutung des alten Slogans: 'Schlagt die Juden und rettet Rußland'."[31] Auch Kalinin stellte 1926 fest, die neue Generation der Partei- und Komsomolmitglieder sowie der sozialen Eliten sei antisemitischer als ihre Vorgänger unter den Zaren.[32] Da Stalin den Apparat sehr gut kannte, wußte er also, welches schlagkräftige Werkzeug er gegen die Opposition einsetzte. Als sich jedoch offener Antisemitismus in der Gesellschaft breit machte, war eine Grenze erreicht, an der das Spiel mit dem Feuer gebremst werden mußte. Stalin und seine Anhänger scheuten sich auch in der Folgezeit nicht, ihre Gegner mit gewissen Anspielungen zu diskreditieren und Verschwörungsszenarien an die Wand zu malen. Offen antisemitische Äußerungen tauchten jedoch erst wieder auf, als es darum ging, die großen Schauprozesse vorzubereiten und propagandistisch zu begleiten.

Es ist immer wieder betont worden, daß die Juden vom Terror der dreißiger Jahre besonders hart getroffen wurden. Sicherlich haben hierbei antijüdische Ressentiments eine Rolle gespielt. Der Terror, dem auch die ehemals maßgeblichen Mitglieder der jüdischen Sektion Frumkin, Vainstejn, Litwakow und Dimanstejn zum Opfer fielen, richtete sich jedoch gegen alle nationalen Führungsschichten. Hinzu kam, daß die Juden in der städtischen Intelligenz und in den Apparaten besonders stark vertreten waren.

Erst die sozialökonomischen Umwälzungen der dreißiger Jahre veränderten, ja revolutionierten die jüdischen Lebenswelten. Die massenhafte Abwanderung aus den Gebieten des ehemaligen Ansiedlungsraions in die expandierenden Industriezentren verstärkte den Trend zur Assimilierung der jüdischen Bevölkerung. Jüdische Traditionen, die jiddische Sprache und Kultur verloren zunehmend an Bedeutung. Der ethnische Auflösungsprozeß erhielt im Zusammenwirken von Assimilation und politischem Druck bzw. Terror eine erhebliche Dynamik. Die systematische Schließung jüdischer Einrichtungen in den Jahren 1937/38 ist somit nicht nur Ausdruck einer in wachsendem Maße chauvinistischen Russifizierungspolitik, sondern auch das Ergebnis sozialen Wandels innerhalb der jüdischen Bevölkerung.

DIE VERWEIGERTE ANERKENNUNG

Mit den Annexionen auf der Grundlage des Hitler-Stalin-Pakts kamen ca. zwei Millionen Juden unter sowjetische Herrschaft. Da sie noch stärker von jüdisch-kulturellen Lebenszusammenhängen geprägt waren, standen sie in auffallendem Kontrast zu den sich rasch assimilierenden sowjetischen Juden. Deshalb wurden sie bald als "zapadniki" (Westler) bezeichnet. Sie hatten in der Zwischenkriegszeit in den jeweiligen Staaten einen heftigen Antisemitismus erlebt. Die Besetzung durch die Rote Armee schien ihnen im Angesicht einer drohenden Besetzung durch Nazi-Deutschland das kleinere Übel zu sein, auch wenn sie hier zum Teil Opfer der stalinistischen Gleichschaltungspolitik wurden.

«Der Stürmer», 1940, Nr. 36

Dies potenzierte den Haß der nichtjüdischen Bevölkerung gegen die Rote Armee und ihre vermeintlichen "Sympathisanten" um so mehr. Noch bevor deutsche Verbände ihren Vernichtungskrieg begannen, fanden grausame Pogrome statt, denen tausende Juden zum Opfer fielen. In seinem berühmten Roman "Leben und Schicksal" schildert Vasilij Grossman die erschütternde Erfahrung der jüdischen Bevölkerung während der deutschen Besatzungszeit. Eine jüdische Mutter schreibt an ihren Sohn: "Weißt Du, in meinem Bewußtsein verbindet sich der Antisemitismus schon seit der Zeit des Zarenreichs mit dem Hurra-Patriotismus der Leute vom Erzengel-Michael-Bund. Und jetzt habe ich festgestellt, daß die Menschen, die nach der Befreiung Rußlands von den Juden schreien, auch diejenigen sind, die sich auf lakaienhaft erbärmliche Weise vor den Deutschen erniedrigen, bereit, Rußland für dreißig deutsche Silberlinge zu verraten."[33]

Jüdische Partisanen fürchteten ihre nationalistischen Kollegen oft ebenso sehr wie die Deutschen.[34] Auch in der Roten Armee waren judenfeindliche Ausfälle und Diskriminierungen keine Seltenheit - die sowjetische Führung sah sich jedoch nicht gezwungen, dagegen einzuschreiten. Trotz dieser Ausgrenzungspraktiken brachte die Mobilisierung der gesamten sowjetischen Gesellschaft für den Krieg für die jüdische Bevölkerung auch gewisse Erleichterungen, z.B. bei der Religionsausübung. Das 1942 gegründete "Jüdische Antifaschistische Komitee" blieb allerdings die einzige offiziell zugelassene jüdische Organisation. Es setzte sich hauptsächlich aus Intellektuellen zusammen und hatte - auch wenn das Selbstverständnis seiner Repräsentanten ein anderes sein mochte -im wesentlichen nur eine auf westliche Unterstützung zielende, propagandistische Aufgabe.[35]

Es ist verständlich, daß aufgrund dieser Erfahrungen viele Überlebende des Holocaust das Kriegsende mit gemischten Gefühlen erlebten. Zurecht, wie sich bald zeigen sollte. Von offizieller sowjetischer Seite wurde das ganze Ausmaß der Vernichtung bis heute nicht aufgearbeitet, ja totgeschwiegen und heruntergespielt. Das "Schwarzbuch" der Schriftsteller Ilja Erenburg und Vasilij Grossman, die unmittelbar nach der Befreiung der besetzten Gebiete zahlreiche Berichte über Mordaktionen an den Juden gesammelt hatten, durfte in der Sowjetunion bis heute nicht veröffentlicht werden.[36] Die jüdischen Opfer wurden schlichtweg ignoriert.

DIE "SCHWARZEN JAHRE"

Schon bald nach Kriegsende zeichnete sich eine dezidiert antijüdische Politik der sowjetischen Führung ab, deren Ursachen bisher noch nicht erforscht werden konnten. Die Juden wurden zur Zielscheibe von Kampagnen und Terrormaßnahmen, die in den "schwarzen Jahren" 1948 bis 1953 ihren Höhepunkt erreichten und erst nach Stalins Tod im März 1953 eingestellt wurden. Wir können davon ausgehen, daß sowohl innere als auch äußere Faktoren eine Rolle spielten: Zum einen hatte das Regime, um mit einer gewaltigen Kraftanstrengung die deutschen Aggressoren zu besiegen, den nationalen Führungsschichten mehr Spielraum gelassen, der nun wieder eingeschränkt werden sollte. Zum anderen zeichnete sich die Konfrontation mit den westlichen Siegermächten immer deutlicher ab. Außerdem verursachten die Kriegsschäden beträchtliche ökonomische Schwierigkeiten und Versorgungsengpässe, von denen es abzulenken galt. In welchem Ausmaß auch Machtkämpfe in der sowjetischen Führungsspitze eine Rolle spielten, ob gar eine neuerliche große "Säuberung" geplant war, können wir heute noch nicht endgültig beurteilen.

«Prawda Ukraina», 23. 1. 1972

In den westlichen Republiken der Sowjetunion waren während der Okkupation zahlreiche nationalistische Gruppierungen entstanden, die teils mit den Deutschen kollaborierten, teils am Partisanenkrieg beteiligt waren. Daneben hatten sich auch die übrigen nationalen Führungsschichten im Verlauf des Krieges mehr Freiheiten verschafft, was sich im Gegensatz zu den früheren ausgeprägten Russifizierungstendenzen in einer starken Betonung der nationalen Kulturtradition niederschlug. Auch im Umfeld des "Jüdischen Antifaschistischen Komitees" keimten Hoffnungen auf, die jüdische Kultur bewahren oder gar eine Alternative zu Birobidschan, etwa auf der Krim, schaffen zu können. Dies erregte offenbar das Mißtrauen Stalins, der, wie

Chruschtschow in seinen Erinnerungen berichtet, im engeren Führungskreis (außer bei Anwesenheit des "Juden" Kaganowitsch) aus seinen Abneigungen gegen die Juden keinen Hehl machte.[37] Systematisch wurden Juden aus dem Staatsapparat hinausgedrängt. Im August 1946 gab Shdanow den Startschuß für eine Kampagne gegen den "bourgeoisen Nationalismus", die sich besonders scharf gegen jüdische Schriftsteller und Intellektuelle richtete. Ihnen warf man vor, die traditionelle jüdische Lebensweise zu verherrlichen und dem Zionismus das Wort zu reden. Allem Anschein nach fand die Kampagne in den Republiken Ukraine und Weißrußland eine größere Resonanz, weil einerseits hier der Antisemitismus stärker verwurzelt war und andererseits die Juden eine geeignete Zielscheibe abgaben, um sich gegen Russifizierungstendenzen zur Wehr zu setzen.

Fiel in diesen ersten Nachkriegsjahren nur der schärfere antijüdische Tonfall auf, so mehrten sich seit 1947 Anspielungen in den Medien, die auf eine gezielte Diffamierungskampagne hindeuteten. Im gleichen Maß, wie sich der Kalte Krieg verschärfte, versuchte sich das Regime nach außen abzuschließen. Da die Juden weiterhin Kontakte ins westliche Ausland unterhielten, konnten sie leicht als "ausländisches Element" denunziert werden.[38]

Dies geschah schon im Vorfeld der 1948 initiierten Kampagne gegen den "Kosmopolitismus", deren erklärtes Ziel es war, vermeintliche ausländische Einflüsse, insbesondere der "westlich bürgerlichen Kultur", zu unterbinden. Dagegen trieb der Chauvinismus neue Blüten: die sowjetische Arbeiterklasse, so wurde verkündet, zeichne sich aus durch eine Liebe zum Vaterland und habe mit einem "wurzellosen Kosmopolitismus" nichts gemein. Auf diese Weise wurde eine Atmosphäre der Fremdenfeindlichkeit und des Antiintellektualismus geschaffen, auf deren populistischen Effekt die Stalinsche Führung abzielte. Was lag nun näher, als diese Ausgrenzungspolitik gegen die Juden, die Personifikation des Fremden, zu lenken? Die bereits vorhandene Neigung wurde noch dadurch verstärkt, daß sowjetische Juden offen ihre Sympathie mit dem jungen Staat Israel bekundeten, dessen Gründung freilich mit sowjetischer Unterstützung erfolgt war.[39]

Ende 1948 schlug die Kampagne dann auch in eine dezidiert antijüdische Politik um, der Antisemitismus wurde zur Staatspolitik. Bereits im Januar war ein allgemein angesehenes Mitglied des "Jüdischen Antifaschistischen Komitees", der Schauspieler Solomon Michoels, bei einem fingierten Unfall ermordet worden. Im November folgte die Auflösung des Komitees, nahezu alle Mitglieder, darunter die Literaten Kvitko, Fefer und Bergelson, wurden verhaftet und 1952 ermordet. Die Rehabilitierung des Komitees und eines Teils seiner Mitglieder erfolgte erst 1989.[40] Mit Ausnahme einiger Synagogen mußten sämtliche jüdischen Kultureinrichtungen - auch im autonomen Gebiet Birobidschan - geschlossen werden, Publikationen wurden eingestellt und die meisten Mitarbeiter verhaftet. Die staatliche Propaganda und der staatliche Terror richteten sich nun nicht nur gegen die jüdische Kultur, sondern gegen Juden überhaupt: Seit langem assimilierte Juden - das war die große Mehrzahl -, die ihre Bindung an ihre jüdische Abstammung weitgehend verloren hatten, wurden als "wurzellose Kosmopoliten" "demaskiert", entlassen, diskriminiert, z.B. bei der Hochschulzulassung, oder unter dem Vorwand der "Spionage" und "Verschwörung" verhaftet, deportiert und umgebracht. Jüdische Namensformen genügten oft schon als "Beweis"; in der Presse war es üblich, Pseudonyme um die jüdischen Geburtsnamen zu ergänzen. Diese pogromähnliche Atmosphäre könne, so der Historiker Roi Medwedew, nur mit der antisemitischen Politik des späten Zarenreichs verglichen werden.[41] Ihren letzten Höhepunkt erreichte die Kampagne im Januar 1953 mit der sogenannten "Ärzteverschwörung", als jüdischen Ärzten unterstellt wurde, sie hätten ein "Mordkomplott" gegen Stalin und die gesamte Führung geplant. Nach Stalins Tod lösten sich die Anklagen in Luft auf, die Inhaftierten kamen frei. In der Folge des "Komplotts" verdichteten sich die Hinweise, daß die Führung um Stalin die Deportation der gesamten jüdischen Bevölkerung vorbereite. Auch wenn diese letzte Terrormaßnahme glücklicherweise nicht mehr zur Ausführung kam, so waren doch vollendete Tatsachen geschaffen. "Was Hitler nicht gelungen war", kommentierte kürzlich die Publizistin Sonja Margolina, "hat die Sowjetmacht durch die Zerstörung der kulturellen Kontinuität, der Sprache und der Erziehung vollendet."[42]

ANTISEMITISMUS UND ANTIZIONISMUS

Unmittelbar nach Stalins Tod wurde der antisemitische Terror von Staats wegen aufgegeben. Aber im Rahmen der Entstalinisierung nach dem 20. Parteikongreß wurde der Antisemitismus der "Schwarzen Jahre" trotz zahlreicher Rehabilitierungen jüdischer Opfer nicht zur Diskussion gestellt, geschweige denn aufgearbeitet. Chruschtschow blieb der eingeschlagenen Linie treu. Er unternahm keine Schritte, die jüdische Kultur wiederzubeleben, da aus historischen Gründen die Juden keine Nation hätten entwickeln können. Erst in den 1960er und Anfang der 1980er Jahre wurden einige wenige Zeitschriften und kulturelle Einrichtungen zugelassen. Was den Juden blieb, war ein Eintrag der jüdischen Nationalität im Paß, der im öffentlichen Leben zu spürbaren Diskriminierungen führte. Der latente gesellschaftliche Antisemitismus wurde von der sowjetischen Führung stillschweigend toleriert und bei Gelegenheit auch ausgenutzt. Somit bestand weiterhin ein hoher Assimilierungsdruck, der seine Wirkung u.a. darin zeigte, daß die große Mehrzahl der Kinder aus Mischehen zwischen Juden und Nichtjuden in den 1960er Jahren eine nichtjüdische Identität erhielten.[43] Erst mit den Ausreisemöglichkeiten zu Beginn der 1970er Jahre war der entsprechende Paßeintrag von Vorteil.

Entgegen offizieller Erklärungen durchzieht der Antisemitismus wie ein roter Faden die gesamte nachstalinistische Epoche bis in die Gegenwart. So waren auch in der Literatur der 1950/60er Jahre wiederholt antijüdische Stereotypen zu finden. Die latente Militanz des Antisemitismus zeigte sich schon 1959, als in dem Moskauer Vorort Malachovka judenfeindliche Flugblätter mit den Parolen der "Schwarzen Hundertschaften" auftauchten. In einer Prozeßserie wegen Wirtschaftsverbrechen scheute man sich nicht, jüdisch klingende Namen besonders herauszustreichen und somit eine direkte

Kosmopolitismus im Wandel der sowjetischen Interpretationen

Kosmopolit (griech. Weltbürger), Mensch, der die ganze Welt als sein Vaterland ansieht und sich nicht als einer bestimmten Nationalität zugehörig fühlt.
Malaja sovetskaja enciklopedija (Kleine Sowjetenzyklopädie), Bd.4, Moskau 1930, Sp.262

Kosmopolitismus (...) Für die Arbeiterklasse aller Länder ist die Heimat das Land, in dem die Diktatur des Proletariats errichtet ist. Gleichzeitig ist die Arbeiterklasse, die eine Patriotin ihrer sozialistischen Heimat ist, bestrebt, die ganze Welt in ihre Heimat zu verwandeln.
Bol'saja sovetskaja enciklopedija (Große Sowjetenzyklopädie), erste Auflage, Bd.34, Moskau 1937, Sp.431

Kosmopolitismus ist eine reaktionäre bürgerliche Ideologie, die nationale Traditionen undnantionale Souveränität ablehnt, eine gleichgültige Einstellung zur Heimat und zur nationalen Kultur predigt, die Errichtung eines "Weltstaates" und eine "Weltbürgerschaft" fordert. Der K. ist die Kehrseite des bürgerichen Nationalismus, die ideologische Rechtfertigung und der Deckmantel der Eroberungspolitik der Imperialisten, die "ideelle" Begründung für den Vaterlandsverrat. Die Natur der kapitalistischen Produktionsweise und die Klassensituation der Bourgeoisie machen die bürgerliche Ideologie nationalistisch und kosmopolitisch. (...) Zusammen mit dem bürgerlichen Nationalismus und Rassismus wurde der K. zur ideologischen Hauptwaffe der Bourgeoisie. (...) Der K. predigt den nationalen Nihilismus und eine geringschätzige Einstellung zum Nationalstolz und der nationalen Würde der Völker. (...)

In der sowjetischen sozialistischen Gesellschaft gibt es keine soziale Basis, die die Ideologie des K. nährt. Das Phänomen des K., der Speichelleckerei und Kriecherei vor der bürgerlichen Kultur des Westens, die man bei einigen Intellektuellen Vertretern der sowjetischen Intelligenz findet, ist ein schändlicher und widerwärtiger Rest des Kapitalismus, ein schweres Erbe des alten zaristischen Rußland, dessen herrschende Klassen vor dem Westen gekrochen sind und das russische Volk, seine große demokratische Kultur und seine nationalen Traditionen gehaßt haben. (...)
Bol'saja sovetskaja enciklopedija, zweite Auflage, Bd.23, Moskau, 23.10.1953, S.113/114

Kosmopolitismus ist eine politische bürgerliche Ideologie, die die Aggressivität des modernen bürgerlichen Nationalismus mit einer Negation der Bedeutung nationaler und staatlicher Grenzen und der Behauptung maskiert, der Mensch wäre ein Bürger der ganzen Welt und nicht der eines Staates. (...) Der K. wurde eine Ideologie, mit der man die Völker gegenüber dem Anspruch der größten imperialistischen Staaten auf die Weltherrschaft entwaffnete. (...)
Malaja sovetskaja enciklopedija, dritte Auflage, Bd.4 Moskau 11.4.1959, Sp.1292/1293

Kosmopolitismus (...) Der K. ist ein untrennbarer Bestandteil der Ideologie des Imperialismus. (...) Die kosmopolitischen Ideen der Schaffung eines Weltstaates oder einer Weltföderation werden heute auch von Vertretern des humanistischen Pazifismus vorgebracht (z.B. der Vorschlag, die UNO in einen Weltstaat zu verwandeln). Doch tragen derartige Tendenzen einen offensichtlich utopischen Charakter, da sie der Existenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und dem nationalen Befreiungskampf mancher Völker nicht Rechnung tragen.
Bol'saja sovetskaja enciklopedija, dritte Auflage, Bd.13, Moskau 1973, Sp.773/774

Kosmopolitismus (...) Unter den modernen Bedingungen ist der K. eine reaktionäre bürgerliche Ideologie, die den Verzicht auf nationale Traditionen, nationale Kultur und Patriotismus predigt, die staatliche und nationale Souveränität leugnet und den Zielen von Staaten dient, die die Weltherrschaft erringen wollen. Der proletarische Internationalismus ist dem bürgerlichen K. entgegengesetzt.
Sovetskij enciklopediceskij solvar', Moskau 1980, S.645

Schuldzuweisung auszusprechen. Da die Juden nahezu ausschließlich in Großstädten lebten und hier vor allem bei den Angestellten und Intellektuellen stark vertreten waren, fand der Antisemitsmus in diesen Berufsgruppen starken Rückhalt - besonders, wenn es um die knappen Privilegien des Systems ging.

Die Diskussion um eine Gedenkstätte in Babij Jar bei Kiev, wo SS-Mordkommandos mehr als 33.000 Juden umgebracht hatten, zeigte einmal mehr, daß das Thema ideologisch überaus belastet war. Überlegungen, die Schlucht von Babij Jar zu einem Park mit Freizeiteinrichtungen zu machen, stießen auf den heftigen Protest der liberalen Intelligenz der "Tauwetterperiode". Der Dichter E. Evtuschenko erntete für sein Gedicht "Babij Jar" scharfe Kritik, sogar der Vorwurf des "Kosmopolitismus" wurde gegen ihn in der Presse erhoben. Schließlich kam das Zugeständnis für eine Gedenkstätte, jedoch nur mit der Inschrift, daß an dieser Stelle "sowjetische Bürger" ermordet worden seien.[44]

Seit Ende der fünfziger Jahre fielen nahezu alle verbliebenen jüdisch-religiösen Einrichtungen einer großangelegten antireligiösen Kampagne zum Opfer, in deren Verlauf ebenfalls antisemitische und antizionistische Töne angeschlagen wurden. Aufsehen erregte eine offen antisemitische Hetzschrift von T.K. Kitschko, die sogar unter dem Deckmantel des Verlags der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften veröffentlicht wurde. Erst Proteste im westlichen Ausland führten 1964 zu einer halbherzigen Distanzierung durch das Zentralkomitee.[45]

Es ist eine Ironie der Geschichte, daß der durchaus erfolgreiche staatliche Assimilierungsdruck in das Gegenteil umschlug, weil ein gesellschaftlicher, staatlich geduldeter und bisweilen geförderter Antisemitismus sowjetischen Bürgern jüdischer Abstammung das Leben schwer machte. Es war die Alltagserfahrung, weniger die jüdische Kultur, Religion oder Sprache, die zum entscheidenden Bewußtseinsfaktor wurde.[46] Anfang der 1960er Jahre entstanden erste jüdische Dissidentenzirkel und Gruppen ausreisewilliger Zionisten. Diese Entwicklung mündete schließlich in die erste große Auswanderungswelle in den siebziger Jahren, deren Fortsetzung wir heute erleben. Damals wie in der jüngsten Zeit rief diese "Privilegierung" der Juden zusätzliche Ressentiments hervor.

Es ist somit nicht weiter verwunderlich, daß die Kampagne gegen den "Zionismus" seit dem Sechs-Tage-Krieg 1967 auch eine wichtige innenpolitische Funktion hatte. Eine antizionistische Politik war mit der marxistisch-leninistischen Ideologie zu rechtfertigen, eine antisemitische dagegen nicht. Je mehr das Breschnew-Regime in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre erstarrte und sich die Krisenerscheinungen mehrten, um so deutlicher wurde, daß mit dem Kampfbegriff "Zionist" eigentlich die Juden insgesamt gemeint waren. Die sowjetischen Exilhistoriker Nekrich und Heller merkten hierzu ironisch an, der Antizionismus sei zum "proletarischen Internationalismus der Epoche des realen Sozialismus" geworden.[47] Mit Ausnahme der Jahre der Entspannungspolitik (1974-1978) wurde die antizionistische Propagandatrommel bis in die ersten Jahre der Ära Gorbatschow gerührt. Die Hetzschriften der "Antizionisten" Jewsejew, Jemeljanow, Begun, Kornejew, Kolesnikow, Romanenko, um nur einige Namen zu nennen, folgten mit verschiedenen Variationen einem ähnlichen Grundmuster, das wir in der Ideologie der heutigen antisemitischen sowjetischen Rechten wiederfinden: Das Judentum wird als eine rassistische Religion betrachtet, der Zionismus mit Rassismus gleichgesetzt, wie wir es aus der einschlägigen UN-Resolution kennen. Die Autoren berichten über eine angebliche Kollaboration von Zionisten mit den Nazis, mitunter wird sogar eine modifizierte "Auschwitzlüge" verbreitet. Schließlich wird das Bild einer geheimen Weltverschwörung zionistischer, faschistischer und freimaurerischer Kräfte gemalt. Zitate aus den "Protokollen der Weisen von Zion" gehören seit den sechziger Jahren zum Standardrepertoire dieses Genres.[48]

Im April 1983 wurde mit dem "Antizionistischen Komitee der sowjetischen Öffentlichkeit" eine Institution geschaffen, die unter der Leitung des "Hofjuden Dragunskij" (W. Korey) vor allem zwei Aufgaben hatte: Zum einen sollte das Komitee gegenüber dem Ausland die Ausreisebeschränkungen für jüdische Bürger rechtfertigen. Aus diesem Grund waren mehrere Mitglieder jüdischer Abstammung in die Leitung aufgenommen. Zum anderen betrieb es einen militanten Antizionismus, der propagandistisch einer spürbaren Sympathie für den Staat Israel entgegenwirken sollte. Bezeichnenderweise waren am Komitee keine Vertreter bestehender jüdischer Kultureinrichtungen beteiligt. Offensichtlich bestanden von Anfang an in der Leitung des Komitees Differenzen über die politische Linie. Der militante Flügel driftete sogleich in einen unverblümten Antisemitismus ab.[49] Im Verlauf der Perestrojka verlor das Komitee jedoch an Bedeutung. Von den antizionistischen Demagogen führt aber ein direkter Weg auf die Rednerlisten der neuen antisemitischen Rechten, die sich in den letzten Jahren herausgebildet hat. "Zwanzig Jahre antizionistischer Propaganda in den Massenmedien tragen nun ihre Früchte", schrieben im Juni 1987 Vertreter jüdischer Organisationen in einem Aufruf an Gorbatschow.[50]

PAMJAT - NUR DIE SPITZE EINES EISBERGS?

Beschäftigt man sich näher mit dem Antisemitismus der jüngsten Reformzeit, so wird man bald feststellen, daß er verschiedene Traditionslinien aufweist. Die Rolle des Antizionismus habe ich bereits erwähnt. Eine andere Spur führt zu einer Gruppe von Schriftstellern, der sogenannten Dorfprosa. Ihre Ursprünge liegen in den späten

Babij Jar

Über Babij Jar, da steht keinerlei Denkmal.
Ein schroffer Hang - der eine, unbehauene Grabstein.
Mir ist angst.
Ich bin alt heute,
so alt wie das jüdische Volk.
Ich glaube, ich bin jetzt
ein Jude.
Wir ziehn aus Ägyptenland aus, ich zieh mit.
Man schlägt mich ans Kreuz, ich komm um,
und da, da seht ihr sie noch: die Spuren der Nägel.
Dreyfus, auch er,
das bin ich.
Der Spießer,
denunziert mich,
der Philister
spricht mir das Urteil.
Hinter Gittern bin ich.
Umstellt.
Müdgehetzt.
Und bespien.
Und verleumdet.
Und es kommen Dämchen daher, mit Brüsseler Spitzen,
und kreischen
und stechen mir ins Gesicht
mit Sonnenschirmchen.
Ich glaube, ich bin jetzt
ein kleiner Junge in Bialystok.
Das Blut fließt über die Diele, in Bächen.
Gestank von Zwiebel und Wodka, die Herren
Stammtisch-Häuptlinge lassen sich gehn.
Ein Tritt mit dem Stiefel, ich lieg in der Ecke.
Ich fleh die Pogrombrüder an, ich flehe - umsonst,
"Hau den Juden, rette Rußland!" -:
der
Mehlhändler hat meine Mutter erschlagen.
Mein
russisches Volk!
Internationalistisch
bist du, zuinnerst, ich weiß.
Dein Name ist fleckenlos, aber
oft in Hände geraten, die waren nicht rein;
ein Rasselwort in diesen Händen, das war er.
Meine Erde - ich kenne sie, sie ist gut, sie ist gütig.
Und sie, die Antisemiten, die niederträchtigen, daß
sie großtun mit diesem Namen:
"Bund des russischen Volks"!
Und nicht beben und zittern!
Ich glaube, ich bin jetzt sie:
Anne Frank.
Licht-
durchwoben, ein Zweig
im April.
Ich liebe.
Und brauche nicht Worte und Phrasen.
Und brauche:
daß du mich anschaust, daß ich dich anschau.
Wenig Sichtbares noch,
wenig Greifbares!
Die Blätter - verboten.
Der Himmel - verboten.
Aber einander umarmen, leise,
das dürfen, das können wir noch.
Sie kommen?
Fürchte dich nicht, was da kommt, ist der Frühling.
Er ist so laut, er ist unterwegs, hierher.
Rück näher.
Mit deinen Lippen. Wart nicht.
Sie rennen die Tür ein?
Nicht sie. Was du hörst, ist der Eisgang,
die Schneeschmelze draußen.
Über Babij Jar, da redet der Wildwuchs, das Gras.
Streng, so sieht dich der Baum an,
mit Richter Augen.
Das Schweigen rings schreit.
Ich nehme die Mütze vom Kopf, ich fühle,
ich werde
grau.
Und bin - bin selbst
ein einziger Schrei ohne Stimme
über tausend und aber
tausend Begrabene hin.
Jeder hier erschossene Greis -:
ich.
Jedes hier erschossene Kind -:
ich.
Nichts, keine Faser in mir,
vergißt das je!
Die Internationale -
ertönen, erdröhnen soll sie,
wenn der letzte Antisemit, den sie trägt, diese Erde,
im Grab ist, für immer.
Ich habe kein jüdisches Blut in den Adern.
Aber verhaßt bin ich allen Antisemiten.
Mit wütigem schwieligem Haß,
so hassen sie mich -
wie einen Juden.
Und deshalb bin ich
ein wirklicher Russe.

Evgenij Evtuschenko, 1961
(Übertragen von Paul Celan)

sechziger Jahren, als die Ideale der Slawophilen wieder an Bedeutung gewannen. Seit Beginn der siebziger Jahre ist die Dorfprosa die einflußreichste Gegenwartsströmung in der sowjetischen Literatur. Die Literaten hatten sich durchaus Verdienste erworben; lange vor der Liberalisierung durch die Reformpolitik Gorbatschows waren sie Vorreiter der Entstalinisierung und eines ökologischen Bewußtseins in der Sowjetunion. Sie stemmten sich der Gigantomanie der Planbürokratie und ihren Projekten, etwa der Umleitung der sibirischen Flüsse, entgegen. Dabei bezogen sie eine wertkonservative, fortschrittsfeindliche Grundhaltung, die immer stärker russisch-nationale und antiwestliche Konturen und eine immanente Tendenz zu Verschwörungsideologien erhielt. Ihr Hauptthema war die Zerstörung des russischen Dorfes durch die stalinistische Kollektivierung, der sie das verklärte Ideal des vorrevolutionären bäuerlich-patriarchalischen Lebens mit seinen kollektiven Strukturen entgegensetzten. Schon in den Jahren des Breschnew-Regimes forderten sie ein "kulturelles Gedächtnis" zur Wiedergewinnung des nationalen Selbstbewußtseins, für das sie Puschkin und Dostojewski als Leitfiguren auserkoren.[51]

Zu Beginn der Reformpolitik spielten die sowjetischen Schriftsteller eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung der Gesellschaft für die hochgesteckten Ziele. Ihre Bedeutung wird auch daran erkennbar, daß bis heute sämtliche politischen Lager renomierte Literaten für ihre Positionen zu gewinnen suchen, um sich mit einer Art höherer Autorität auszustatten, die breites gesellschaftliches Ansehen genießt. Die Schriftsteller der Dorfprosa, V. Rasputin, V. Below, V. Astafjew, Ju. Bondarew u.a. werden zusammen mit der stalinistischen "Sekretärsliteratur" dem nationalradikalen Lager zugerechnet, das im Schriftstellerverband der Russischen Föderation seine Hochburg hat. Zwischen ihnen und den liberalen Vertretern, die sich im Februar 1989 in Moskau zur Vereinigung "April" zusammenschlossen, tobt seit einigen Jahren ein "Bürgerkrieg der Literaten".[52] Der Antimodernismus der Nationalradikalen nahm in letzter Zeit zunehmend aggressiv antisemitische und rassistisch fremdenfeindliche Züge an. Als westlich identifizierte Einflüsse wie Rockmusik, Pornographie, Frauenemanzipation, Alkoholismus, Konsumwelt und Massenkultur betrachten sie als Zeichen kulturellen Verfalls. In wichtigen literarischen Zeitschriften wie "Nasch sovremennik", "Molodaja gvardija", "Moskva" und "Literaturnaja Rossija", finden sich Beiträge der nationalradikalen Literaten, die in zahlreichen Punkten mit dem Programm der rechtsextremistischen Gruppe "Pamjat" übereinstimmen.[53] Die scharfe antirussische Kritik aus den separatistischen Republiken wird als "Russophobie" abgetan.[54] Die zahllosen Angriffe gegen die Russen insgesamt - sie seien für die wirtschaftliche und geistige Krise des Landes allein verantwortlich - sind in dieser Form zwar völlig ungerechtfertigt, fordern jedoch eine heftige Gegenreaktion heraus, die zur Konjunktur des russischen Nationalismus entschieden beiträgt. Die spürbare Erniedrigung wird schließlich auf "das kleine Volk", die Juden, projiziert.

Besonders prägnant hierbei ist der "kulturelle Antisemitismus" aus den Reihen des russischen Schriftstellerverbandes, der neben einer materiellen - Furcht vor sinkenden Auflagen - auch eine zutiefst ideologische Komponente hat. Bemerkenswert ist, daß die reaktionärsten Ideologen der Dorfprosa, Astafjew und Proskurin, in der Lesergunst derzeit am höchsten stehen. Eine scharfe Polemik entzündete sich bereits an der Veröffentlichung der Schriften des jüdischen Schriftstellers Vasilij Grossman. In Reaktionen war von "Nekrophilie" und von der "zersetzenden" Tätigkeit des "kleinen Volkes" (Schafarewitsch) die Rede. Ferner taucht das Motiv auf, der Sozialismus sei eine "jüdisch-freimaurerische Verschwörung", die vaterlandslosen Juden seien schuld an der Oktoberrevolution und an den stalinistischen Verbrechen. Es ist charakteristisch, das im Zusammenhang mit dem Terror der Stalinzeit ausschließlich Namen von Personen auftauchen, die jüdischer Abstammung sind, wie z.B. Jakowlew-Epstein (Landwirtschaft), Jagoda (NKWD), Jaroslawskij (Atheismus) und Kaganowitsch. Lenin wird bei der Schuldzuweisung zumeist ausgenommen, ja sogar Stalin tritt deutlich in den Hintergrund. Die Kette ähnlicher Beispiele ließe sich beliebig verlängern.[55]

Der Antisemitismus dieser Spielart ist tief in der slavophilen Ideologie der Dorfprosa verwurzelt. Die Juden verkörpern alles Städtische: die urbane Zivilisation und Mentalität, die für die Vernichtung des idealisierten Dorfes verantwortlich gemacht wird. Die Juden sind identisch mit den Kommunisten überhaupt, mit dem "trotzkistisch nationalen Nihilismus" und somit verantwortlich für das "tragische" Schicksal Rußlands. Sie werden nicht als Nationalität anerkannt; es entsteht ein Zerrbild, das kaum noch menschliche Züge trägt. Berücksichtigt man den breiten Einfluß dieser Schriftsteller auf die sowjetische Öffentlichkeit, so kann man sich ausmalen, auf welche Weise antisemitische Ideologien eingesetzt werden, um in der gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung Unterstützung in der Bevölkerung zu gewinnen.

Titelblatt von Trofim Kischkos Buch «Judaismus ohne Schminke», Verlag der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften, Kiew 1963

Eine dritte Linie schließlich führt in nationalistische Dissidentenkreise sowie zu alt- und neostalinistischen Chauvinisten, die sich seit den sechziger Jahren in der Illegalität oder in Randbereichen des Breschnev-Regimes bewegten.[56] Ihre Ideologien weisen ausgeprägt antisemitische, autoritäre und chauvinistische Züge auf, welche denn auch die entscheidenden Berührungspunkte bilden, während in anderen Bereichen, etwa in der Frage der Wirtschaftsverfassung und des politischen Systems oder bei der Bewertung der sowjetischen Geschichte, grundlegende Differenzen bestehen. Es gibt Hinweise, denen zufolge Breschnews Chefideologe Suslow Ende der siebziger Jahre mit nationalbolschewistischen Gedanken gespielt hat, um die Legitimationsbasis des realsozialistischen Systems zu erweitern.[57] In den letzten Jahren hat sich dieses Spektrum aufgesplittert in ein buntes, kaum überschaubares Sammelbecken von Monarchisten, Stalinisten, Faschisten und Nationalbolschewisten. Die Übergänge zwischen den Stalinisten und dem konservativen Flügel der KPdSU sind fließend. Da die Juden überwiegend auf der Seite der westlich-liberalen Reformer stehen, dient der Antisemitismus auch zur Diskreditierung des linken Flügels der Perestrojka.

Im westlichen Ausland erregte die äußerst militant auftretende Gesellschaft "Pamjat"[58] unter ihrem Anführer, dem Kunstfotografen Vasiljev, das größte Aufsehen. Der Begriff "Pamjat" (Erinnerung, Gedenken, Gedächtnis) stand zu Beginn der Perestrojka zum einen für die Wiederbelebung russischen Kulturguts, zum anderen für die Aufarbeitung der sowjetischen Geschichte seit der Oktoberrevolution. Zu Beginn der 1980er Jahre entstand die "Literarisch-historisch patriotische Gesellschaft Pamjat" beim Ministerium für Luftfahrtindustrie als eine national-kulturelle Organisation. Sie beschäftigte sich überwiegend mit der Restauration historischer Kulturdenkmäler und umfaßte mehrere tausend Mitglieder. Erst im Dezember 1985 fielen Vasiljew und seine Extremisten zum ersten Mal auf, als sie bei einem Auftritt offen antisemitische Propaganda betrieben. Offensichtlich wurde die Gesellschaft von einflußreichen Stellen im Apparat protegiert, weshalb sie über erstaunlich viel Freiraum für ihre Agitation verfügte: Versammlungen fanden in Räumlichkeiten der Partei statt; bisher erfolgten mit einer Ausnahme keine polizeilichen Ermittlungen wegen Volksverhetzung. Erhebliches Ansehen gewann sie, als namhafte Intellektuelle und Schriftsteller, darunter Astafjew, Rasputin und Bondarew, sich als Unterstützer bekannten. Im April 1987 übernahm Vasljevs Pamjat die Moskauer Sektion der "Allrussischen Gesellschaft zum Schutz historischer und kultureller Denkmäler", womit sie ihre soziale Basis zu erweitern suchte. Dies gelang jedoch offenbar nur in begrenztem Umfang. Auch die Registrierung als Organisation blieb ihr 1988 versagt. Immer wieder gelang es Vasiljev, mit spektakulären Aktionen Aufsehen zu erregen. So zum Beispiel, als er im selben Jahr auf einer Konferenz des Leningrader Instituts für Weltliteratur als Jude verkleidet auf die Bühne stieg, sich zu erkennen gab und im Anschluß

Treffen der "Patriotischen Bewegung Rußlands, Pamjat", Moskau, Ostankino 27.1.1990.

unter dem Beifall der Anwesenden gegen die jüdische Überfremdung der russischen Literatur zu Felde zog. In weiteren Auftritten forderte er die Deportation der Juden sowie ein Verbot von Mischehen. Mehrfach demonstrierte die Gruppe, daß sie auch zur Gewaltanwendung bereit ist, so bei der Sprengung einer Versammlung der liberalen Schriftstellervereinigung "April" im Januar 1990 in Moskau. Bei dieser Gelegenheit wurde zugleich für den 5. Mai 1990 ein Pogrom angekündigt.

Die Pamjat-Ideologie orientiert sich an bekannten antizionistischen und slawophilen Grundmustern. In den "Protokollen" glauben ihre Anhänger den "Schlüssel" für ein wirkliches Verständnis der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu finden. Neben jüdisch-freimaurerischen Verschwörungsszenarien[59] lehnt sich "Pamjat" an die sozialökonomischen Ideen der "schwarzen Hundertschaften" an, einer Mischung aus religiös-patriotischer Heilsprophetie und sozialer Monarchie. Vasiljew bezeichnet sich selbst als einen Anhänger des letzten Zaren Nikolaj II. Gleichwohl findet, so seltsam es klingen mag, auch Lenin noch eine ungeteilte Anerkennung. 1989 firmierte die Gruppe schließlich als "National patriotische Front Pamjat". Mehrfache Abspaltungen führten inzwischen dazu, daß die Gruppe auch in der Öffentlichkeit an Einfluß und Wirkungsmöglichkeiten verloren hat.

SYSTEMKRISE UND ANTISEMITISMUS

Von sowjetischen Beobachtern ist meines Erachtens zurecht darauf hingewiesen worden, daß im Westen Vasiljevs "Pamjat"-Truppe in ihrer Bedeutung weit überschätzt wird. Wie die jüngste Entwicklung zeigt, ist "Pamjat" nur eine unter vielen faschistoiden Splittergruppen in der heutigen Sowjetunion. Freilich sollte deren Gewaltpotential nicht unterschätzt werden. Nach wie vor unklar ist zudem, inwiefern sich der konservative Partei- und Staatsapparat dieser Gruppen bedient, um seine Macht abzusichern. Wichtiger ist jedoch, darauf hat Gerd Koenen jüngst hingewiesen, die symptomatische Bedeutung des Phänomens "Pamjat" für die sowjetische Gesellschaft.[60] Die schwelende Krisenentwicklung der späten Breschnev-Jahre hat sich seit Beginn der Reformpolitik 1985 zur Systemkrise ausgeweitet, die einen ungleich grundlegenderen "Umbau" erforderlich macht als anfangs vorgesehen. Damit wird ein sozialer Wandel verbunden sein, der die Sowjetunion auf den Weg zu einer ausdifferenzierten Gesellschaft bringen wird.[61] Ein Ende der Krisenspirale ist noch nicht in Sicht. Die Erosion der alten Machtstrukturen und der Zusammenbruch der marxistisch-leninistischen Ideologie haben ein gefährliches Vakuum hinterlassen, das bisher von keiner politischen Kraft ausgefüllt werden konnte.

Die sowjetische Rechte versucht daher mit Macht, ihre national-kulturellen in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung zu rücken, um auf diesem Weg eine politische und ideologische Hegemoniestellung in der Gesellschaft zu erlangen. Dem Antisemitismus könnte hierbei die entscheidende Rolle als Integrationsideologie des nationalen Lagers zukommen. Eine rationale Aufarbeitung der stalinistischen Vergangenheit, um die sich z.B. die Gesellschaft "Memorial" bemüht[62], fiele dann eher einem Verdrängungsprozeß oder einer dämonisierenden Verzerrung der sowjetischen Geschichte zum Opfer. Hierfür gibt es bereits starke Tendenzen. Bohrende Nachfragen werden schon heute als "Nekrophilie" attackiert. Für die Irrwege des realen Sozialismus wie auch für den Terror der Stalin-Zeit werden dämonische Kräfte herbeigezaubert, um sie schließlich mit jüdischen Namen zu personifizieren. Bizarre Mystifikationen erleben eine neue Blüte, wenn z.B. die Hinrichtung der Zarenfamilie als ein "kabbalistisches Ritual" dargestellt wird.

Die Demagogie der Rechten trifft auf eine politische Kultur in der Sowjetunion, die sich gerade erst zu formieren beginnt und noch äußerst labil ist. Die Mentalitäten sind geprägt von den Erfahrungen in der "atomisierten Gesellschaft"[63] der letzten Jahrzehnte. Informationsdefizite, Verfälschungen und Mystifizierungen haben dazu geführt, daß die sowjetische Bevölkerung heute Mühe hat, die Vielzahl der Informationen zu verarbeiten, die Wirklichkeit in ihrer Komplexität zu erfassen und zu verstehen. Die einfachen Denkmuster der Vergangenheit prallen hart mit der Realität eines verfallenden Systems zusammen. So kann es nicht überraschen, daß Gerüchte und Verschwörungsszenarien immer mehr Widerhall in der sowjetischen Öffentlichkeit finden, daß die Schuld am Niedergang zunehmend auf einen anonymen Schuldigen, den Juden, projiziert wird.

Der Ruf nach einer "autoritären" Lösung hat Konjunktur in der Sowjetunion. Die Vorschläge reichen vom spanischen Modell bis hin zu dem Pinochets. Er kommt nicht zufällig zu einem Zeitpunkt, da wirtschaftliche Einschnitte bevorstehen, die voraussichtlich die liebgewonnenen staatlichen Subventionen für Mieten, Lebensmittel und öffentliche Dienstleistungen beseitigen werden. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis Massenarbeitslosigkeit zur realen Bedrohung der Existenz der SowjetbürgerInnen werden wird. Für die Zuspitzung ökonomischer Krisenerscheinungen sind bereits Vorbereitungen getroffen worden: Eine Verordnung vom Dezember 1990 sieht gemeinsame Patroullien von Miliz und Armee vor, womit die Militärs verfassungsrechtlich fragwürdige Kompetenzen zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung erhalten. Ein latentes faschistisches Protestpotential, wie es in Polen der Präsidentschaftskandidat Tyminski mobilisieren konnte, ist zweifellos auch in der Sowjetunion vorhanden.[64] Die charismatische Führerpersönlichkeit fehlt bisher noch, ebenso die ideologische Geschlossenheit der Rechten. Unter einem autoritären System der Rechten wäre jedoch eines gewiß: Der Antisemitismus würde erneut zu einem Mittel der Regierungspolitik. ▩

THOMAS HELD

1 Kanowitsch, Grigorij, Jüdisches Dilemma: Bleiben-Gehen-Bleiben, in: Kunst und Literatur 38 (1990), Nr. 5, S.467-470, hier: S.468.

2 Ebd., S.469.

3 Zur Wiederbelebung jüdischer Kulturtraditionen in der Sowjetunion siehe: Gitelman, Zvi, Soviet Jewry in Transition, in: Soviet Jewish Affairs 19 (1989), Nr.2, S.3-13; Hirszowisc, Lukasz, Breaking the Mould: The Changing Face of Jewish Culture under Gorbachev, in: Soviet Jewish Affairs 18 (1988), Nr.3, S.25-45; Dohrn, Verena, Massenexodus oder Erneuerung der jüdischen Kultur? Die jüdische Bewegung in der Sowjetunion, in: Osteuropa 41 (1991), Nr.2, S.105-121; Borodowskij, Mark, Jüdisches Leben in Moskau heute, in: Judaica 1990, Nr.2, S.113-117.

4 Eine Ausnahme bilden die Reformblätter "Moskovskie Novosti" und "Ogonek", die wiederholt über antisemitische Hetze berichteten und zum Protest aufriefen. Die Journalisten erhielten daraufhin eine Flut von Drohbriefen.

5 Deutsch abgedruckt: Resolution gegen den Antisemitismus, in: Osteuropa 40 (1990), Nr.5, A292.

6 Vgl. Hildermeier, Manfred, Die jüdische Frage im Zarenreich. Zum Problem der unterbliebenen Emanzipation, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 32 (1984), S.321-357. Grundlegend zur Geschichte der Juden in Osteuropa: Haumann, Heiko, Geschichte der Ostjuden, München 1990; für das späte Zarenreich und die Sowjetunion: Gitelman, Zvi, A Century of Ambivalence: The Jews of Russia and the Soviet Union 1881 to the Present, New York 1988.

7 Vgl. hierzu: Bunzl, John, Klassenkampf in der Diaspora. Zur Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung, Wien 1975.

8 Berk, Stephen M., Year of Crisis, Year of Hope. Russian Jewry and the Pogroms of 1881-1882, London 1986.

9 Löwe, Heinz Dietrich, Antisemitismus in der ausgehenden Zarenzeit, in: Martin, Bernd/Schulin, Ernst (Hg.), Die Juden als Minderheit in der Geschichte, München 1981, S.184-208.

10 Zur begrifflichen Unterscheidung zwischen traditionellem und modernem Antisemitismus siehe u.a.: Rürup, Reinhard, Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur "Judenfrage" der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt a.M. 1987, besonders S.120-144.

11 Medem, Vladimir, Der moderne Antisemitismus in Rußland, in: Fetscher, Iring, Marxisten gegen Antisemitismus, Hamburg 1974, S.120-126, hier S.120.

12 Pfahl-Traughber, Armin, Die "Protokolle der Weisen von Zion". Der Nachweis der Fälschung und die tatsächliche Entstehungsgeschichte, in: Judaica 1990, Nr.1, S.22-31; Ders., Die Verbreitung der "Protokolle der Weisen von Zion" nach 1945, in: Ebd., S.32-41.

13 Vgl. dazu Löwe 1981, S.205.

14 Deutscher, Isaac, Die ungelöste Judenfrage. Zur Dialektik von Antisemitismus und Zionismus, Berlin 1977, S.43.

15 Lenin, V.I., Werke, Bd.20, Berlin 1973, S.166. Siehe auch: Peled, Yoav, Lenin on the Jewish Question: The Theoretical Setting, in: Political Studies 35 (1987), S.61-78.

16 Lenin, V.I., Werke, Bd.7, Berlin 1973, S.89.

17 Lenin, V.I., Werke, Bd.20, Berlin 1973, S.11.

18 Lenin, V.I., Werke, Bd.29, Berlin 1973, S.239.

19 Ebd.

20 Stalin, J.W., Werke, Bd.2, Berlin 1950, S.266-333.

21 Vgl. hierzu: Gitelman 1988, S.90ff.

22 L.D.Trockij zaschtschischtschaetsja, in: Voprosy istorii KPSS 1990, No 5, S.32-43, besonders S.36.

23 Vgl. Gitelman 1988, S.116; Pinkus, Benjamin, The Jews of the Soviet Union, Cambridge 1988, S.49ff.

24 Zu Birobidschan siehe das entsprechende Kapitel bei: Levin, Nora, The Jews in the Soviet Union: A History from 1917 to the Present, 2 vols, New York 1988, hier vol I, S.282-312.

25 Kanowitsch 1990, S.470.

26 Siehe dazu: Gorev, M., Protiv antisemitov, Moskva/Leningrad 1928; Ledat, G., Antisemitism i antisemity, Leningrad 1929.

27 Ledat 1929, S.13.

28 Stalin, J.W., Werke, Bd.13, Berlin 1955, S.26.

29 Trotzki, Leo, Thermidor und Antisemitismus, in: Fetscher 1974, S.179-188.

30 Ebd., S.184.

31 Ebd., S.185. Dies war der Slogan der "Schwarzen Hundertschaften".

32 Vgl. Pinkus 1988, S.85.

33 Grossman, Vasilij, Leben und Schicksal, München 1984, S.82. Der "Erzengel-Michael-Bund" war eine der reaktionären antisemitischen Organisationen im späten Zarenreich.

34 Vgl. Gitelman 1988, S.194.

35 Levin 1988, Bd.I, S.379-397 und S.446-470.

36 Ehrenburg, Ilya/Grossman, Vasily (Ed.), The Black Book, New York 1981.

37 Chruschtschow erinnert sich, Reinbek 1971, S.267.

38 Vgl. Pinkus 1988, S.139ff.

39 Vgl. Brod, Peter, Die Antizionismus- und Israelpolitik der UdSSR: Voraussetzungen und Entwicklung, Baden-Baden 1980.

40 Die Pravda-Meldung über die Rehabilitierung im Januar 1989 ist abgedruckt bei: Schreiner, Stefan, Zwischen Hoffnung und Enttäuschung. Anmerkungen zur Geschichte der russischen Juden in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts, in: Judaica 1990, Nr.2, S.99-112, hier S.111.

41 Medwedew, Roy A., Die Wahrheit ist unsere Stärke. Geschichte und Folgen des Stalinismus, Frankfurt a.M. 1973, S.547.

42 Margolina, Sonja, Verbotene Zonen. Fragen an die Juden in Rußland und Deutschland, in: Merkur 45(1991), Nr.2, S.174-181, hier S.179.

43 Zaslavsky, Victor, In geschlossener Gesellschaft. Gleichgewicht und Widerspruch im sowjetischen Alltag, Berlin 1982, S.94.

44 Korey, William, The Forgotten Martyrs of Babi Yar, in: Rubin, Ronald R.(ed.), The Unredeemed. Antisemitism in the Soviet Union, Chicago 1968, S.127-134.

45 Decter, Moshe, Judaism Without Embellishment, in: Ebd., S.135-145.

46 So auch die Einschätzung bei Borodowskij 1990, S.115.

47 Heller, M./Nekrich, A., Geschichte der Sowjetunion, Bd.1-2, Königstein 1981-82, Bd.2, S.363.

48 Vgl. hierzu: Gitelman, Zvi, The Evolution of Soviet Anti-Zionism: From Principle to Pragmatism, in: Wistrich, Robert S.(ed.), Anti-Zionism and Antisemitism in the Contemporary World, S.11-25, und Friedgut, Theodore H., Soviet Anti-Zionism: Origins, Forms and Development, in: Ebd., S.26-45.

49 Vgl. dazu: Friedgut 1990, S.33-34, 40-41, sowie Korey, William, The Soviet Public Anti-Zionist Commitee: An Analysis, in: Freedman, Robert O.(ed.), Soviet Jewry in the 1980s. The Politics of Anti-Semitism and Emigration and the Dynamics of Resettlement, Durham and London 1989, S.26-50.

50 Korey, William, Das Pamjat-Phänomen. Kann Gorbatschow Moskaus extremistische Kreise unter Kontrolle halten? in: Strauss, Herbert A. u.a.(Hg.), Der Antisemitismus der Gegenwart, Frankfurt/New York 1990, S.214-225, hier S.224-225.

51 Zur Dorfprosa siehe: Hielscher, Karla, Verschwörung gegen das russische Volk? Nationalismus und Antisemitismus in Literatur und Publizistik der Perestrojka-Periode, in: Reißner, Eberhard (Hg.), Literatur und Perestrojka, Berlin 1989, S.190-204, sowie Paramonov, Boris, The Culture of Soviet Anti-Semitism, in: Partisan Review 57 (1990), No 2, S.193-201.

52 Siehe Menzel Birgit, Streitkultur oder "literarischer Bürgerkrieg"? Der sowjetische Literaturbetrieb und die Perestrojka, in: Osteuropa 40 (1990), Nr.7, S.606-620; Kluge, Rolf-Dieter, Die Schriftstellervereinigung "April" im Streit mit militanten Nationalisten, in: Ebd., S.621-626.

53 Menzel 1990, S. 610.

54 Den Begriff prägte der nationalistische Mathematiker Schafarewitsch 1989 in einem Essay der Zeitschrift "Nasch sovremennik".

55 Vgl. Paramonow 1990, S.196,200.

56 Zur Entstehung der sowjetischen Rechten siehe: Carter, Stephen K., Russian Nationalism. Yesterday, Today, Tomorrow, London 1990.

57 Ebd., S.87.

58 Zu Pamjat siehe, Carter 1990, S.103-118; Korey 1990; Spier, Howard, Anti-Semitism Unchained: The Rise of the "Historical and Patriotic Association, Pamyat", in: Freedman 1989, S.51-57; Koenen, Gerd, "Pamjat" oder die Kehrseite der Perestrojka, in: Kommune 1990, Nr.2, S.22-25; Ders., Pamjat und die russische "Neue Rechte", in: Osteuropa 40 (1990), Nr.3, S.203-209.

59 Allgemein zu Verschwörungsszenarien in der heutigen Sowjetunion siehe: Pfahl-Traughber, Armin, Die neue / alte Legende vom Komplott der Juden und Freimaurer. Zur Renaissance des antisemitisch-antifreimaurerischen Verschwörungsmythos in der Sowjetunion, in: Osteuropa 41 (1991), Nr.2, S.122-133.

60 Koenen, in Osteuropa 1990, S.209.

61 Vgl. dazu: Haupt, Volker, Zwischen Stasimorphie und Entfesselung. Die Sowjetunion auf dem Weg in eine ausdifferenzierte Gesellschaft, in: Kommune 1990, Nr.4, S.40-45.

62 Zu Memorial siehe: Heinrich-Böll-Stiftung e.V.(Hg.), Memorial. Aufklärung der Geschichte und Gestaltung der Zukunft, Köln 1989.

63 Den Begriff prägte Zaslavsky, siehe ders. 1982, S.46.

64 Vgl. zu dieser Frage: Koenen, Gerd, Droht ein russischer Faschismus? in: Kommune 1990, Nr.4, S.34-37.

Die Wochenzeitung der Bürgerbewegung geht ins zweite Jahr

• erscheint jeden Mittwoch

Parteiübergreifende Sachpolitik entsteht aus dem Dialog der Betroffenen, nicht aus den Monologen der "Verantwortlichen". Wir stellen Öffentlichkeit für die politischen Anschauungen und Erfahrungen derjenigen her, die selber handeln.

Die ANDERE Farbe in der Presselandschaft.
Das wird so bleiben, denn uns kann die Treuhand nicht verkaufen.

Zu bestellen bei: Die ANDERE BasisDruck Verlags GmbH, Schliemannstraße 23, O-1058 Berlin

Furchtbare Antisemiten ehrbare Antizionisten

Thesen über die linksdeutsche Ideologie, Israel und den Klassenkampf am falschen Objekt

Wie kannst Du als Sozialist nicht *Antisemit sein?*

(Hitler 1920)

Gibt es einen genuinen Antisemitismus von links und ist der Antizionismus seine spezifische Erscheinungsform? Kann man mit gutem Gewissen Antizionist sein, ohne Antisemitismus zu befördern, entschuldigt die subjektive Intention das objektive Resultat?

Nerv des Antisemitismus ist die fetischistische, barbarische Kritik der bürgerlichen Gleichheit. Antisemitismus ist negative Ideologiekritik, Ausdruck der repressiven Egalität, die der politische Souverän, der die allgemeine Vergleichbarkeit der Individuen als Subjekte garantiert, unter den Bedingungen und im Interesse einer Ökonomie organisiert, deren unheilbarer Ausbeutungscharakter nur in der verkehrten und verdrehten Form des gleichen, freien und gerechten Tausches erscheinen kann. "Die Linke" ist nur insofern gegen den Antisemitismus mindest immun und der Möglichkeit nach kritisch, als sie die Marxsche "Kritik der politischen Ökonomie" als Kapital- *und Staats*kritik begreift - also weder als Kritik der Zirkulation durch die Produktion noch als Denunziation der Macht mittels der Menschenrechte, sondern als kritische Sabotage des Totalitätscharakters kapitalisierter Gesellschaften. Insoweit allerdings "die Linke" nichts ist als ein bloßer Bestandteil des Pluralismus und ein dynamisches Moment des Spiegelspiels der Politik, hat sie am strukturellen Antisemitismus der bürgerlichen Gesellschaft teil. Wenn es daher "links" sein sollte, die Ideale der bürgerlichen Revolution praktisch zu bewahrheiten, und wenn der Inhalt "linker" Kritik tatsächlich in nichts anderem bestünde, als den wirklichen Zustand kapitalisierter Gesellschaften am Maßstab ihrer ideellen Verfaßtheit zu messen, dann ist diese "Linke" insofern antisemitisch, als sie sich als unfähig zur Bekämpfung des Antisemitismus erweist.

"Die Linke" hat am Antisemitismus teil, insoweit sie den Ausbeutungscharakter der Ökonomie mit politischen Mitteln aushebeln will. Als schon staatstragende oder noch bloß staatswillige "Linke" erbt sie die kategorialen Bestimmungen und die objektiven Praxisformen von Staatlichkeit als solcher, deren erste und prominenteste: die Homogenität des Staatsvolkes und die Identifizierung der Individuen als Nationalstaatsbürger, zum fundamentalen Bestand antisemitischer Agitation gehört. "Die Linke" lebt geistig immer noch von den Abfällen der staatssozialistischen Marxismen, ernährt sich theoretisch von den Resten eines sozialdemokratischen Denkens, das in seiner aktivistischen Gestalt, dem Bolschewismus, seine Zukunft gerade hinter sich bringt. Angesichts dieses historischen Zusammenbruchs pflegt sie trotzdem immer noch die Idee der proletarischen Nation und des sozialistischen Staates.

Linker Antisemitismus ist ein Widerspruch in sich und ein Ding der Unmöglichkeit, aber der Antisemitismus von links und unter Linken ist eine unbestreitbare Tatsache. In der Form des aus dem Marxismus-Leninismus importierten Antizionismus hat "die Linke" teil an der Reproduktion des strukturellen Antisemitismus der bürgerlichen Gesellschaft - mit gutem Gewissen natürlich, und, wie es sich gehört, mit den allerbesten Absichten. In Deutschland aber, nach Auschwitz, kann der begriffslose Unwille zur Ideologiekritik nur als Skandal allererster Ordnung begriffen werden.

1.
"DIE LINKE" UND DIE LINKEN

Wer den Antisemitismus unter Linken und seinen aktivistischen Ausdruck, den Antizionismus, kritisiert, der darf sich auf den Vorwurf gefaßt machen, vorschnell zu verallgemeinern, unbillig zu generalisieren und die verschiedenen Strömungen, Fraktionen und Traditionen "der Linken" in denunziatorischer Absicht über einen Kamm zu scheren. Aber schon ein oberflächlicher Blick auf die Haltung "der Linken" zu Israel genügt, um zu wissen, daß, je mehr verschiedene Linke man kennt, um so weniger differenziert werden muß. Das Spiel der wirklichen Linken mit der Idee "der Linken" an und für sich gehört zur Automatik ihrer Selbstentschuldigung.

Und darum wird es Linken gefallen, daß die folgende Behauptung über Israel als 'Brückenkopf des US-Imperialismus' nur die Ansicht einer völlig unerheblichen '*Sozialistischen Liga*' darstellt, die, als "deutsche Partei der Internationalen Arbeiterliga - 4. Internationale", natürlich ganz und gar nicht repräsentativ ist: "Und wer ist nicht für das Existenzrecht Israels, gehört dies doch zu den bestgepflegtesten Dogmen politischer Erziehung in unserem Land? Dieses Dogma konnte allerdings nur weite Verbreitung finden, weil es auf die systematische Vernebelung einfacher Tatsachen zurückgreifen kann" (Aufbruch 1991, 12) Nein, "die Linke" hat mit Nazi-Ideologien von wegen Gehirnwäsche durch Entnazifizierung einerseits, geheimnisvoller Manipulation der öffentlichen Meinung andererseits nichts gemein, das darf man nicht verallgemeinern.

Am liebsten unterhält man sich links von der Mitte über Interessen, selten über den Begriff der Wahrheit. Gerne spricht die Linke über Kräfteverhältnisse, ungern von gesellschaftlicher Totalität. Endlos verbreitet sie sich über Manipulation und Gegenöffentlichkeit, nie fällt ein Sterbenswörtchen zur Sache der Ideologiekritik. Lustvoll labert "die Linke" von ihrer Sehnsucht danach, "Politik zu machen", aber über die Nörgelei an der jeweiligen Regierung kommt sie nicht hinaus und Staatskritik ist ihr ein Greuel. Unermüdlich reklamiert sie soziale Gerechtigkeit, aber die "Kritik der politischen Ökonomie" geht sie nichts an: Das eine hält sie für Materialismus, das andere für Idealismus und also für abstrakt, abgehoben, wurzellos, letztlich: für unpraktisch und für den parasitären Müßiggang mindestens von Schreibtischtätern, vielleicht gar horribile dictu: von Ideologen.

Wenn sie auch von Marx und dem kritischen Materialismus, von Adorno und der negativen Dialektik des Idealismus nichts wissen will, das eine weiß sie doch immerhin verdächtig genau: Daß das Sein das Bewußtsein bestimme. Ihre ganze Existenz und alle Energie setzt "die Linke" in die lebenslängliche Arbeit, dafür zu sorgen, daß es auch in Zukunft so bleibt. Ihren moralischen Impetus und nicht unerheblichen altruistischen Elan bezieht sie aus ihrem Auftrag, den Überbau fugendicht mit der Basis zu verschweißen und sich darum zu kümmern, daß die Entfremdung "derer da oben" von denen "ganz unten" kuriert wird. Das Marxsche Diktum von wegen Sein und Bewußtsein versteht "die Linke" nicht als Analyse und Kritik, sondern nimmt es als Resultat und Postulat. Ihr Materialismus bildet sich allerhand darauf ein, das Bewußtsein als "freischwebend" zu denunzieren, statt es endlich vom Sein zu emanzipieren. Theoriefeindlich ist "die Linke" überhaupt nicht, solange es sich um praxistauglich aufbereitete Informationen handelt. Unangenehm wird sie nur, wenn Nutzen und Nachteil des Empirismus bilanziert werden sollen. Auch hat sie überhaupt nichts gegen Philosophie, solange diese sich mit der Frage nach Haben oder Sein bescheidet und vorab schon einräumt, ein etwaiges Resultat sei bloße Meinung, subjektiv und eine Geschmacksfrage.

Dialektik liegt ihr ganz fern und so weit ab von den brennenden Fragen der Bewegung, daß sie ihr nur als Sophistik unterkommt. So tolerant ist "die Linke", daß ihr schon der Anspruch, Totalität zu reflektieren, als totalitär erscheint. Und so liberal geht sie mit dem Begriff der Wahrheit um, daß sie ihn wahlweise als eurozentrisches oder psycho-pathologisches Phänomen sogar verstehen und nachvollziehen kann. Zwischen den Ladenhütern der bolschewistischen Antike und den Sonderangeboten der Postmoderne schwankend, greift sie wahllos mal nach dem Dogmatismus des unmittelbaren Interesses, mal nach dem Relativismus der theoretischen Identifikation.

Ebenso oszilliert die eher dogmatische Fraktion der sog. "Linken" zwischen der Propaganda gegen Volksfeinde, Ausbeuter und Kosmopoliten einerseits, der Agitation für guten Staat und gerechte Herrschaft andererseits. Während "die Linke" das Ende des Sozialismus verschlafen hat, sabotiert sie aufgeregt die Zukunft der Revolution - unterdessen bereitet die kapitalisierte Gesellschaft die *liberté* als Befreiung der Individuen vom Leben vor. Völlig zerstritten und in endlose Grabenkämpfe verstrickt, deren Ursache längst keiner mehr weiß und niemand mehr wissen will, hassen sich "die Linken" untereinander ganz zu Recht wie die Pest und begehren sich doch als kollektiver

Protagonist des sei es alternativen, sei es proletarischen Schlaraffenlandes.

Wird "die Linke" kritisiert, dann gibt es sie plötzlich nicht mehr, sondern nur noch Linke: So differenziert ist das 'andere Deutschland', daß es sich keineswegs über einen Leisten schlagen lassen will. Wird eine Fraktion "der Linken" kritisiert, dann aber fühlen sich alle betroffen, und zwar im Namen des Volkes: Von derart guten Absichten werden Linke umgetrieben, daß es gemein wäre, ihre Ergebnisse auf die Waage zu legen. Diese Linke redet begeistert von Lernprozessen, aber merken kann sie sich gar nichts; sie erzählt mitreißend von Öffentlichkeit und Erfahrung und bramarbasiert sodann über Erlebnisse in der Gemeinschaft. Nur in einem einzigen Punkt ist sie mit sich im reinen und allerdings einer Meinung: Daß "Volk" und "Nation", im Prinzip, eine gute Sache und daß weder Begriff noch Sache aufzuheben, sondern vielmehr zu interpretieren sind. Das objektive Interesse, das sie dem Volk unterjubelt, ist in Wirklichkeit ihr eigenes - ein völkisches.

Daß Argumente bereits dann als widerlegt gelten dürfen, wenn sie als "abstrakt", "abgehoben" und "unpraktisch" gescholten werden, ist bei der kleinen radikalen Minderheit die herrschende Meinung. Daß aber darin nichts anderes beschworen wird als der Gegensatz des Freischwebenden zum Bodenständigen - die völkische Denkform par excellence - gilt den Linken dagegen als einigermaßen gewagte und ziemlich jenseitige Behauptung. Als Intellektuelle schimpfen die linken Intellektuellen Intellektuelle des blutleeren Intellektualismus (vgl. Bering 1982, 94f.); so arbeitet das linke Deutschland mit an der Popularität einer Kultur- und Liberalismuskritik von rechts, an der Wiederbelebung jener Lebensphilosophie, die sich ihrer Raison in letzter Instanz nur versichern kann, wenn sie zur Feindbestimmung gelangt: "Jude".

Völkisches Ressentiment lebt auf, wenn die Zumutung kritischer Theorie naht: "Die Kritische Theorie ist auf Entwaffnung der Arbeiter aus. Ihr Haß gilt der Arbeit, von der sie lebt und die sie scheut" (gs. 1978, 139). Aber "die Linke" wird es ablehnen, mit irgendeinem Linken sich identifizieren zu lassen, der die GULAGmäßige These vertritt, daß, wer nicht arbeitet, auch nicht essen soll; sie wird die Notwendigkeit entschieden bestreiten, von diesem traurigen Einzelfall aufs Allgemeine folgern zu müssen. Auch noch so viele Beispiele helfen nichts: "Viele der liberalen oder linksliberalen Faschismus-Forscher gehen daher selbst der Frage ..., ob sich in dem älteren völkischen Streben nach etwas überpersönlichem, Höherem, nicht auch etwas Positives zu erkennen gibt, von vornherein peinlichst aus dem Wege. Für all das, was sich mit Begriffen wie nationaler Gemeinsinn, kollektives Verantwortungsgefühl, Verzicht auf rücksichtlose Selbstentfaltung oder gar Opferbereitschaft für von allen anerkannte Werte umschreiben läßt, haben die meisten liberalen Historiker und Politologen, die sich ... noch immer (sic!) als die gebrannten Kinder eines falschen Kollektivs empfinden, nicht viel übrig" (Hermand 1988, 10f.). Dies schreibt derselbe der DKP nahestehende ML-Germanist, der Adorno "Arroganz", Zynismus", "offene Massenverachtung", "peinlichen Egoismus", "elitäre Apathie" und v.a.m. meint vorwerfen zu müssen (Hermand 1981) Und jeder Linke wird sich - analysiert man die ML-Träume der produktiven Homogenisierung des Volkes zur werktätigen Nation samt ihrer Konsequenz: dem Antizionismus - überdies weigern, objektive Ideologie als persönliche Absicht sich zurechnen zu lassen. Die Linken, die "die Linke" ausmachen, werden darauf beharren, bei Nation und Volksgemeinschaft handle es sich allein um Fragen der Interpretation.

Indem "die Linke" die Objektivität von Ideologie zum subjektiven Meinen verniedlichen will, gibt sie nicht nur zu Protokoll, daß ausgerechnet ihr, dem fleißigen Agenten des Zusamenhangs von Theorie und Praxis, der Gedanke, Ideologie sei der bewußtlose Reflex kapitalistischer Vergesellschaftung im Bewußtsein, unbekannt bleiben soll - sondern überdies, daß es Linke nichts angeht, wenn, weil sie A gesagt haben, ein anderer B sagen wird. Ideologie jedoch, geistige Objektivität falscher Gesellschaft, eröffnet ein Kontinuum und eine vom falschen Gedanken erzwungene schiefe Bahn hinab zu einer mörderischen Praxis, die jedem, der dies Kontinuum eröffnet, auch dann als Schuld zugerechnet werden muß, wenn er selbst, sei es aus humanistischen, sei es aus taktischen Bedenken, die Konsequenz seines Gedankens nicht auch noch in eigener Person zieht.

"Die Linke" toleriert, was Linke treiben, solange die nur behaupten, sie seien welche. "In seiner deklamatorischen Distanz vom Antisemitismus zeigt der Antizionist, daß er die Geschichte nicht völlig beiseite läßt. Er ähnelt hier dem marxistischen Antisemitismustheoretiker, der im Judenhaß einen annehmbaren Kern erkennen will. Für diesen Theoretiker steht das 'Juda verrecke' als unaufgeklärte Einkleidung für die an sich erstrebenswerte Beseitung von Zins und Geld. Im Judenverfolger wird der Genosse erkannt, dem lediglich die marxistische Schulung fehle" (Heinsohn 1988, 113): Tatsächlich gibt es nichts, was Linke sich nicht erklären könnten. So tritt zum undurchschauten Verhältnis von Interesse und Ideologie der Zwang hinzu, noch das an sich selbst Unbegreifliche, das Jenseits der Vernunft - mit dem es keine Diskussion, nur noch Kampf geben kann - mit den Mitteln des Verstandes sich zu erklären. Was objektiv unmöglich ist, findet man einfach nur subjektiv "schwierig".

2.
ISRAEL: PROJEKTIONSFLÄCHE DER DEUTSCHEN IDEOLOGIE, SCHLAFLOSE NÄCHTE DER VÖLKISCHEN PARANOIA

Der Antisemit ist die verfolgende Unschuld schlechthin. Sein Lebensgefühl ist das der permanenten Belagerung, der allgegenwärtigen Bedrohung und der ständigen Nötigung zur Notwehr. Seine Paranoia ist objektiv, denn er verfolgt sich selbst auf Schritt und Tritt, er vermag sie sowenig abzuschütteln wie seinen Schatten. Verschwörung, namenlose Sabotage am Eigentlichen und Attentat aufs gute Wesen wittert er zehn Meilen gegen den Wind. Ein Gruselkabinett von Unmenschen und Übermenschen, von Minder- und Überwertigen erschreckt und bedroht ihn mit genau dem, wonach er sich am stärksten sehnt: Reichtum ohne Arbeit, Freiheit ohne Gewalt. Im Interesse der Selbsterhaltung spaltet er ab, was er am intensivsten begehrt. Die Paranoia nimmt zugleich die Gestalt der Projektion an. Er beginnt, "den Juden aus sich selbst zu entfernen" (Hitler 1920, 415). Der Jude erhält das zu Pogrom und Vernichtung ermächtigende Privileg zugeteilt, das dem zum bürgerlichen Subjekt formierten Individuum rundweg Unerträgliche zu verleiblichen. Der Antizionismus, wo er nicht gleich, wie es sich eigentlich gehört, auch subjektiv nazistisch ist, stellt die Form dar, in der "die Linke" im formalen Gegensatz zur politischen Klasse und zur Macht ihre wirkliche Einheit mit dem Staat als solchem bekundet.

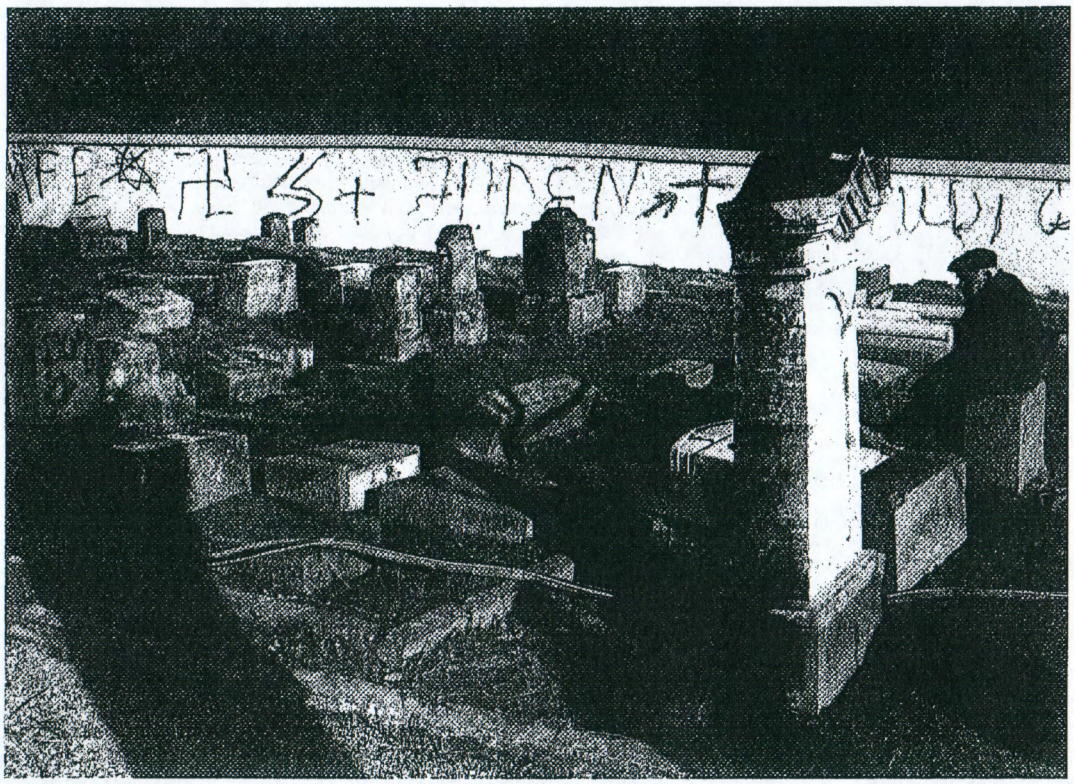
Weil der moderne Antisemitismus, nach Auschwitz, genötigt ist, als Antizionismus aufzutreten, gilt Israel, dem "Judenstaat", die gewohnte Projektion. Israel ist die ideale Leinwand bürgerlicher und alternativer Albträume, gerade in Deutschland. Was man selber will, wozu man aber einstweilen als unfähig sich erweist, das wird den Israelis als Vorsatz und Tat unterstellt. Nur so wird der penetrante Hinweis darauf, die Israelis fühlten sich als das "auserwählte Volk", an dessen Wesen die Welt genesen soll, verständlich - Sonne will man selber. Die Juden sind es, die die Gleichheit verweigern. In der Denunziation, sie seien elitär und arrogant, kurz: volksfeindlich und gleicher als gleich, kommt ans Licht, daß man selbst zu Höherem sich berufen fühlt und danach giert, sein Licht nicht länger unter den Scheffel stellen zu müssen. Sie haben, was der Antisemit will, sie verhindern, daß er es bekommt: die Blutsbande, die dicker sind als Wassersuppe, nationale Identität, Gemeinschaft im Volk, fraglose Einheit als Eigenschaft von Natur und Rasse, Synthesis von Individuum und Gesellschaft jenseits von allgemeiner Konkurrenz und Futterneid. Die gesellschaftlich um die Vernunft gebrachten, auf den Verstand zurückgeworfenen atomisierten Einzelnen sehnen sich nach ihrem Untergang und ihrer Verschmelzung im repressiven Kollektiv, das endlich Ruhe, Ordnung und Überblick schafft. Was dem entgegentritt oder entgegensteht wird in das 'Wesen des Jüdischen' projeziert, von dem nur loszukommen ist, wenn es ausgetilgt wird.

Zur Projektion gesellt sich der Verfolgungswahn, die politisch gewendete Paranoia. Wer sich selbst in panische Vernichtungsangst halluziniert, der braucht um Anlässe zur Notwehr nicht verlegen zu sein. Die Juden sind ihm die "Gegenrasse" (Rosenberg) und ihr staatsförmiges 'Gebilde' das Gegenbild zu ordentlicher Staatlichkeit. Der moderne Antisemitismus ist ein Antisemitismus nicht trotz, sondern gerade wegen Auschwitz: Er wird den Juden Auschwitz nie verzeihen und ihnen nie vergeben, daß sie die Deutschen um die Volksgemeinschaft betrogen haben. In allem, was "nationale Identität", sei es in Deutschland oder in Palästina, unmöglich macht, scheint der Feind präsent und wittert der antisemitisch-antizionistische Wahn die "Gegenrasse" an der Arbeit. Was er aufbaut, das reißt sie nieder; was er bejaht, das verneint sie; wozu er sich bekennt, das bekrittelt sie schamlos. So fühlen sich die feindlichen Zwillinge, die rechten Antisemiten und die linken Antizionisten, vom "Dämon des ewigen Verneinens" (Rosenberg 1934, 462), vom Gespenst der Kritik mit dem Rücken an die Wand gedrängt. Mordlust lügt sich zu Notwehr um, Ausrottungswünsche erscheinen als existentielle Vernichtungsangst.

Projektion und Paranoia pinseln am Bild Israels und malen es als Tableau der Traumata und Katastrophen der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland. Sie können ihren im Kern antisemitischen Charakter auch dann nicht kaschieren, wenn sie, was am Fall Jenninger sich manifestierte, philosemitisch sich aussprechen (Meinhof 1967). Der "gute Jude" Israel bedeutet den Rechten das, was "der Zionist" den Linken ist: eine gute Gelegenheit zur Wiedergutmachung der Nation, eine willkommene Chance zur Neubewertung der Geschichte.

Der Krieg um Kuwait, die Konfrontation zwischen dem US-Imperialismus, der die der kapitalisierten Weltgesellschaft unverzichtbare Funktion des militanten Souveräns wahrzunehmen hatte, und dem irakischen Sub-Imperialismus (der, fast wider Willen und doch vom ökonomischen Bankrott zum Raubzug und zur militanten Schuldentilgung gezwungen, stellvertretend für den ehemaligen und vielleicht künftigen großen Bruder dessen vermeintlichen "Brückenkopf" um ein Haar mit deutschem Giftgas beschoß) offenbarte schlagartig, wie weit, unter tätiger Beihilfe klerikaler Pazifisten (Brumlik 1991), die Dinge gediehen sind. Hatte das negativ auserwählte Volk der Deutschen vor einem Jahrzehnt noch darunter gelitten, im Visier des US-Imperialismus zu leben und vom "atomaren Holocaust" sich bedroht zu fühlen, so offenbarten die Raketen auf Israel nun, daß die Scham endgültig vorbei ist. Der verschämte und moralisch aufgeplusterte Antisemitismus, der den demagogischen Elan der Agitation gegen "atomaren Holocaust" und antideutschen "Exterminismus" (Rudolf Bahro) ausmachte, hat sich zur herzlichen Gleichgültigkeit gegen Israel gemausert, dem man alles Schlechte an den Hals wünscht, ohne selbst schon Hand anlegen zu wollen. Das völkische Bewußtsein der Regierenden und das ihrer Alternativen schürzt das Problem zum gordischen Knoten: Daß ausgerechnet der "alttestamentarische Staat" Israel, wie ihn das TV titulierte, so ziemlich der einzige Staat war, der jahrelang den "gerechten Kampf" des kurdischen Volkes für "nationale Selbstbestimmung" unterstützte, ficht es nicht an.

Israel, ob in Gestalt des "guten Juden" der Herrschenden oder als zionistischer "Terrorstaat" (Rose 1991), ist, ganz unabhängig von der wirklichen Situation im Nahen Osten, die ideale Leinwand zur Projektion deutscher



Sehnsüchte. Ob nun die Linken den Rechten vorwerfen, sie instrumentalisierten unterm Bann der ihnen vom Chewing gum - Imperialismus angedrehten 'Kollektivschuld' das schlechte Gewissen der Deutschen zur Aufrüstung des "imperialistischen Brückenkopfs" Israel, oder ob die Rechten den Linken vorhalten, ihr Pazifismus, der sonst so gerne "Waffen für El Salvador" spendet, treibe jetzt Appeasement mit Hitlers Wiedergänger - allesamt triumphieren sie darüber, daß ihnen Geschichte und Vernunft keinen Pfifferling bedeuten. In dieser Frage kennt Deutschland keine Parteien mehr. Der unbändige Triumph über die Endlagerung der Geschichte in Palästina feiert den, wie die 'Frankfurter Allgemeine' jubilierte, "sich abzeichnenden Verlust von Auschwitz als Dreh- und Angelpunkt des politischen Denkens, als Fluchtpunkt deutscher Geschichte, als negativer Gottesbeweis und einmaliger Zivilisationsbruch, als singuläre deutsche Erbschuld und als in Ewigkeit festzuschreibende Basis deutschen Selbstverständnisses." Der kleine und ganz folgenlose Unterschied besteht nur darin, daß sich die Linken aus Dummheit und Verblendung freuen, die Rechten dagegen im zynischen Bewußtsein ihres Zwecks, dem gerechten Anteil an "der in der Welt auszuübenden Gewalt" (FAZ), wieder ein gut Stück nähergekommen zu sein und langsam zur Weltmacht *wegen* Auschwitz zu avançieren.

Mögen die Formen, die Projektion und Paranoia annehmen, auch verschieden sein, ihr Inhalt ist der gleiche: Der Vernichtung darf nicht eingedacht werden. Die objektive Konsequenz der bürgerlichen Gesellschaft: Barbarei (Pohrt 1980, 66ff.), die in Deutschland durchbrach, muß verdrängt werden. Undenkbar und unvorstellbar bleibt dem interessegeleiteten Handeln, seinem Verstand wie seiner Logik, die nazistische "Selbstaufhebung des Kapitals auf eigener Grundlage" (Marx), der negative Bruch mit der Zweck-Mittel-Rationalität, der, wenn auch aus *en detail* historisch rekonstruierbaren Gründen, in einen Zustand führte, der *en gros* im Jenseits von Verstand und Vernunft liegt. Daran hat die Projektion ihren Stoff: Es muß doch, so rechnet das Interesse und so kalkuliert der auf Logik getrimmte Verstand, es müsse doch einen irgend begreifbaren Zusammenhang von Täter und Opfer geben. Der gesunde Menschenverstand kommt gern zu Hilfe: Weil ihm nichts Menschliches fremd ist, darum muß auch Auschwitz nicht nur beschrieben und erzählt, sondern verstanden und erklärt werden. Dies ist die subjektive Rationalisierung des gesellschaftlich vollzogenen Bruchs mit Ratio überhaupt und stellt nichts anderes dar als den Versuch, die objektive Unmöglichkeit eines dem Maßstab bloßen Verstandes genügenden Begriffs der Massenvernichtung ebenso methodisch-systematisch wie subjektivistisch-positivistisch zu überspielen.

Die Geschichte der marxistischen wie bürgerlichen Faschismustheorien ist die Chronik dieser Rationalisierung. Das Problem wird entweder positivistisch kleingeschrieben oder metaphysisch überhöht. Mal soll, sagen die Rechten, dem privaten Wahn des Adolf Hitler und seinem demagogischen Talent zuzuschreiben sein, was da über die Juden hereinbrach, das andere Mal soll, parieren die Linken, die Verschwörung der Finanzkapitalisten schuld sein: ein "Rat der Weisen" also - wie ein populärer DEFA-Film heißt -, der konsequent und wohl überlegt auf die "Ökonomie der Endlösung" zusteuerte, um die Profitrate zu erhöhen (Wehrle 1988). Selber mit Verschwörungstheorien arbeitend, suggerieren gerade die Vertreter des "StamoKap" ganz in der Tradition der stalinistischen Analysen Georgi Dimitroffs, der Totalitätscharakter kapitalförmiger Vergesellschaftung ließe sich auf die bewußte Interessenvertretung von Kapitalisten reduzieren. Wo aber ökonomische Ratio herrscht, da ist das Verstehen noch der Vernichtung um ihrer selbst willen möglich (als erschütterndstes Beispiel: Kaiser 1975).

In seiner extremsten Variante riskiert der Marxismus-Leninismus nicht nur die Vermutung, Zionismus sei wesentlich Faschismus, sondern fast schon die Behauptung, die Zionisten hätten Hitler erfunden, um ihren Staat zu begründen. Derlei ist gewiß extrem, aber abseitig ist es nicht: Die Protokolle eines sog. "Antizionistischen Kommitees der sowjetischen Öffentlichkeit" müssen keineswegs unterm Ladentisch kursieren, sondern werden von der Zeitschrift "Al Karamah. Zeitschrift für die Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und dem der drei Kontinente" in Marburg verbreitet, die in jeder ordentlichen linken Buchhandlung zu haben ist (Antizionistisches Komitee 1984). Vermittels der Behauptung "Zionismus und Faschismus - zwei Seiten einer Medaille" gelingt es der Avantgarde des organisierten Antisemitismus von links, die Beziehung von Opfer und Täter zu stiften. Es muß eben doch irgend etwas dran gewesen sein am Antisemitismus der Nazis, von nichts kommt nichts und wo es raucht, da muß allemal ein Feuer sein. An sein logisches Ende kommt der Antizionismus, wenn er sich mit den Antisemiten von rechts über die besten Strategien der Palästina-Solidarität bespricht - dies der Fall bei der Nahostgruppe Freiburg (Nahostgruppe 1988, Spehl 1978, vgl. ISF 1990).

In der Behauptung, Israel sei "ein faschistischer Staat" (Khella 1984) kommen Projektion und Paranoia zum logischen Beschluß. Die Transponierung der deutschvölkischen Aggression ins Judentum als "Gegenrasse" führt zur Rechtfertigung von Notwehr und Nothilfe gegen einen "jüdischen Faschismus", der gerade dabei sei, die Palästinenser als "die Juden von heute" (Spehl) zu vertreiben und zu vernichten.

"Hitler hat den Menschen im Stande ihrer Unfreiheit einen neuen kategorischen Imperativ aufgezwungen: ihr Denken und Handeln so einzurichten, daß Auschwitz sich nicht wiederhole. Dieser Imperativ ist so widerspenstig gegen seine Begründung wie einst der Kantische. Ihn diskursiv zu behandeln, wäre Frevel: an ihm läßt leibhaft das Moment des Hinzutretenden am Sittlichen sich fühlen. Leibhaft, weil es der praktisch gewordene Abscheu vor dem unerträglichen physischen Schmerz ist, dem die Individuen ausgesetzt sind, auch nachdem Individualität, als geistige Reflexionsform, sich zu verschwinden anschickt. Nur im uneingeschränkt materialistischen Motiv überlebt Moral" (Adorno 1966, 358).

3.
GRENZEN DER AUFKLÄRUNG

Zwei New Yorker Intellektuelle beim Small Talk während einer Party. Sagt der eine zum anderen: "Du, ich habe einen Essay geschrieben, gegen den Antisemitismus." - "So? Wie schön! Ich bevorzuge Baseballschläger" (Woody Allen).

Nach der Seite des Individuums hin betrachtet, wären antisemitische Projektion und antizionistische Paranoia vielleicht heilbar und psycho-analytisch zu therapieren. Aber die verfolgende Unschuld spürt überhaupt keinen Leidensdruck, sie fühlt sich alles andere als krank; der Wahn macht gesund und erscheint als die blanke Normalität, weil die Masse der als Nationalstaatsbürger konstituierten Individuen ihn teilen muß und daher mindest diskutabel findet. Noch die Gegner der manifest pathologischen Fälle berufen sich, gerade unter Linken, auf Toleranz und Meinungsfreiheit und bekunden darin, daß der Pluralismus - als die subjektive Seite des Spiegelspiels der Politik - dem Antisemitismus vielleicht widersprechen, nicht aber widerstehen kann. Zumeist jedoch ist unter Anti-Antisemiten Apathie zu beobachten: Reflex der Tatsache, daß der Versuch, bei Antisemiten auf den zwanglosen Zwang des besseren Arguments zu setzen, dem Unterfangen gleichkommt, "einem Tier das Sprechen beizubringen" (Kolakowski 1956, 189).

Nach der Seite der Gesellschaft hin betrachtet sind Antisemitismus und Antizionismus ideologiekritisch nur zu brechen und praktisch nur zu kritisieren, wenn der gesellschaftliche Gehalt der antisemitisch-antizionistischen Agitation nicht subjektivistisch reduziert und durch die "gute Absicht" entschuldigt oder relativiert wird. Nur Einzelnen gegenüber kann - privat - angenommen werden, daß nicht das gemeint wurde, was zum Ausdruck kam, mag es auch widerlich genug sein; dem Agitator dagegen muß, als öffentlicher Person, das Gesagte als wirklich Gemeintes auf den Kopf zugesagt werden. Der

therapeutische Ansatz befördert hier ganz im Gegenteil den Erfolg der Agitation.

Aufklärung über die Formen und den Gehalt des Antisemitismus hat sich vielmehr eines materialistischen Begriffs von Ideologie zu versichern, von Ideologie nicht als Meinung, Irrtum oder Manipulation, sondern als der dem Subjekt objektiv und zwanghaft gebotenen Denkform negativer, und d.h. kapital- *und staats*förmiger Vergesellschaftung. Zu reflektieren ist darauf, daß der Antisemit kein Verrückter und kein Irregeleitet-Verführter ist, sondern, wie nicht nur am Beispiel Schönhuber zu demonstrieren (Bröckling 1990), der barbarische Kritiker der geistigen und praktischen Formen kapitalistischer Vergesellschaftung. Hitler, so schon Adorno, hat "wie kein anderer Bürger das Unwahre im Liberalismus durchschaut" (Adorno 1979, 135). Der Antisemit im besonderen wie der Faschist im allgemeinen fungieren als das katastrophale Selbstbewußtsein der bürgerlichen Gesellschaft und als geistiger wie praktischer Vorschein ihrer barbarischen Selbstaufhebung.

Systematisch betrachtet, führt der materialistische Ideologiebegriff dazu, das nationale Wir, die geistige Keimform der Volksgemeinschaft, überhaupt und speziell den Satz "Ich als Deutsche(r)" ein für alle Mal unmöglich zu machen. Dieser Satz bezeichnet den theoretischen Schnittpunkt, die praktische Schaltstelle, an der die schizophren gedoppelte Existenz des modernen Individuums zwischen privatem Egoismus und staatsbürgerlichem Altruismus strategisch in den Realfiktionen von Volk und Nation beruhigt und stillgestellt wird, genauer: der Satz "Ich als Deutsche(r)" bezeichnet den strategischen Moment, an dem 'nationale Identität' vom Subjekt bewußt angeeignet wird und als Praxis der tätigen Identifikation mit dem, was denn da deutsch sein soll, anhebt. Auf die dem Subjekt von Staats wegen gestellte Frage: *Was ist deutsch?* kann jedoch keine Antwort mit Anspruch auf allgemeine Geltung gegeben werden; die in der Frage suggerierte Anthropologie des Deutschen und die halluzinierte Ontologie des Deutschtums blamieren sich gleich am ersten konkreten Beispiel. Um das Wesen der(s) Deutschen an und für sich herauszufinden, bedarf es theoretisch einer "Gegenrasse" und praktisch einiger Menschen zum Totschlagen.

Im Spiegelspiel der Politik denken und sprechen die Linken, die Mitte und die Rechten wie von selbst nach dem Schema der Nation und reklamieren das nationale Wir für ihr jeweiliges Interesse. So beleben sich Begriff und Sache der Nation gerade durch die parteilichen Versuche, sie zu interpretieren: Reproduktion der Einheit durch den Gegensatz hindurch, ein Prozeß ohne Subjekt, an dem doch alle Subjekte tatkräftig partizipieren, die vom "Selbstbestimmungsrecht der Völker" in einem anderen als denunziatorischen Sinne sprechen, und es anders gebrauchen denn zur Bezeichnung des geraden Gegenteils der freien Assoziation von Individuen in einer staaten- wie klassenlosen Gesellschaft. Das gesellschaftlich urwüchsige nationale Wir drängt danach, den Antisemitismus, egal, ob den vor oder nach Auschwitz, als ein zur kapitalisierten Gesellschaft erst noch Hinzutretendes mißzuverstehen und ihn daher, ganz wie den Rassismus, entweder als persönliches Vorurteil über konkrete Menschen oder als bewußt inszeniertes Manipulationsmittel zu behandeln. Auf dem Boden des nationalen Wir bleibt der Gedanke notwendig wurzellos, daß es der Logik der Form Nation an sich geschuldet ist, wenn sie, in der Krise der sozialen Integration, zur offenen Darstellung und rabiaten Entbergung ihres latent antisemitischen und diskret rassistischen Gehalts treibt (ISF 1990a).

4. DER STAAT UND SEIN PRODUKT: DIE NATION

Die kapitalisierte Gesellschaft ist fundamental antisemitisch und strukturell rassistisch. Wie die ökonomische Wurzel des Antisemitismus in der objektiven Selbstverschleierung des produktiven Grundes der Ausbeutung zu finden ist, also in der Darstellung der Hierarchie der Fabrik in den die Ausbeutung verkehrenden Formen von Freiheit und Gleichheit der Subjekte auf den Märkten, so basiert sein politischer Grund darin, daß der kommandierende Souverän verdreht als Konsensus freier und gleicher Staatsbürger erscheint.

Nach der ökonomischen Seite betrachtet, kommt die Fabrik im Gedankenkonstrukt objektiver Ideologie nur als neutraler Ort und bloß technisches Mittel der Produktion von Gebrauchswerten vor, denen man ihren Charakter, Waren zu sein, nicht unmittelbar ansieht. Erst die Spiegelung des Warenwerts im Geld scheint den Gebrauchswert zur Ware zu befördern und damit dem Bedürfnis ernsthafte Hindernisse in den Weg zu legen. Das verblendete Bewußtsein erfährt den Preis als das zum nützlichen Ding Hinzutretende, als äußerlichen Sachverhalt. Entsprechend rabiat pocht es auf den "gerechten Preis". Nicht, daß nützliche Güter Preise haben und erst recht nicht die Frage, ob sie überhaupt einen haben sollten, ist Bestimmungsgrund seines Interesses, sondern nur dessen Höhe und Billigkeit. Der 'Gewinn' gilt als Lohn der Mühe und des Risikos des Eigentümers, der 'Profit' dagegen scheint sich einem Aufschlag auf den Selbstkostenpreis zu verdanken, der in Zins und Zinseszins geradezu unverschämt wird. "Mein Geld soll genauso hart arbeiten wie ich", werben die Investmentfonds und geben das Maß gerechter Bereicherung vor. Ökonomisch betrachtet produziert das Kapital die massenhafte Zwangsvorstellung einer Verschwörung gegen die direkte Aneignung des Gebrauchswerts, einer Verschwörung, die das Volk darum prellt, die Früchte seiner Arbeit auch selbst zu genießen. Diese Verblendung, politisiert sie sich, nimmt das Programm der gerechten Verteilung an und erklärt dem "arbeitslosen Einkommen" den Krieg. In der Polemik gegen die Befreiung von der Arbeit, die den ressentimentgeladen Haß auf den Luxus und die masochistische Lust auf negative Egalität herausschreit, sind sich die Linken mit den Rechten allemal einig. Der feine Unterschied, d.h. die genauere Begründung dieses Widerwillens als Klassen- oder als Rassenhaß, tut nichts zur Sache. Die Verblendung reproduziert sich als Ideologie durch jeden Widerspruch hindurch. Der Fetischcharakter des Geldes zwingt die Subjekte zur Apologie der produktiven Arbeit und damit zum Affront gegen sogenannte Parasiten und Schmarotzer.

Nach der Seite der Politik betrachtet, erscheint der Staat als im Prinzip nützliche Anstalt und als der selbstbewußte Ausdruck einer selbstregulativen Gesellschaft, als Instrument und Hebel von Interessen, der "als solcher" und "an sich" so neutral ist wie jedes Werkzeug. Demokratie, Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts des Volkes, gibt sich als Gegenteil von Herrschaft und vielmehr als Instanz der Konstitution aller zu Herschenden. Das allgemeine Wahlrecht ist der praktische Ausdruck einer politischen Synthesis, die die Unfreiheit in der Form der Freiheit setzt - und die daher um die allgemeine Wehrpflicht ergänzt werden muß. Als zu allem ermächtigtes Subjekt seiner Rechte ist das Individuum zugleich das total beschlagnahmte Objekt seiner Pflichten. Die Balance zwischen Rechten und Pflichten zu stiften und den Widerspruch auszuhalten, geht dem Staatsbürger ebenso ganz und gar auf eigene Rechnung und Risiko, wie es dem Wirtschaftsbürger überlassen bleibt, den 'double bind': anständig konsumieren und asketisch produzieren, mit sich selbst auszutragen. Im System jedenfalls des demokratischen Staates kann Herrschaft nur als Anmaßung und Willkür verstanden werden. Der schier fugenlose Zweck-Mittel-Zusamenhang wechselseitiger Benutzung und gnadenloser Funktionalisierung der Menschen durch den Menschen, als den Kapital und Souveränität die Vergesellschaftung installieren, treibt die Subjekte dazu, die Unkosten von Freiheit und Gleichheit bewußt agierenden Interessenten zuzuschreiben. Der verdinglichte Zusammenhang des Ganzen wird personalistisch zwangshumanisiert und darin dem Verständnis zubereitet. Der demokratische Zirkel ist geschlagen, die Schlange beißt sich in den Schwanz: Weil alle herrschen, kann keiner mehr schuld sein. Die demokratische Egalität nimmt zur Vorstellung der unberechtigten Autorität Zuflucht, um sich die Welt zurechtzulegen. Zur Polemik gegen das arbeitslose Einkommen gesellt sich die Propaganda gegen das Privileg. Niemand hat das Recht, gleicher als gleich zu sein. Im Resultat begreift der Bürger seine Gesellschaft nicht als bürgerliche, sondern als feudale, und versteht seine Kämpfe nicht als systematisch gebotene Form der Konkurrenz kapitalimmanenter Interessen, sondern als Bewegungen zur Durchsetzung der Gleichheit. Der Fetischcharakter der Staatlichkeit provoziert die Individuen, nach denen zu fahnden, für die beständig Ausnahmen von der Regel veranstaltet werden.

So liegt es im politökonomischen Wesen bürgerlicher Subjektivität, daß dies Subjekt beständig gezwungen ist, seine Integrität zu behaupten und sich selbst zum juristisch verantwortlichen Zurechnungspunkt all seiner Unterlassungen und Taten aufzurüsten. Wie es im Rassismus die Verlockung der Faulheit negativ auslebt, so verwahrt es sich im Antisemitismus gegen den unlauteren Wettbewerb, der die abscheuliche Kehrseite seiner heimlichen Neigung, im Schlafe sein Geld zu verdienen, abgeben muß. Charaktermaske, die der Bürger ist, hat er seine Identität nicht an sich selbst, sondern nur als negative: als den zum Anti seines politökonomischen Selbst halluzinierten Feind. Gegen "oben" und gegen "unten" zugleich agierend, einerseits von allen Seiten belagert und andererseits einen Zwei-Fronten-Krieg ausfechtend, halluziniert er sich den omnipotenten 'Feind, der seine ökonomische Produktivität' wie seine politische Loyalität sabotiert. Die Entscheidungsschlacht gegen die faulen Nutznießer produktiver Arbeit muß zugleich gegen die unberechtigten Teilhaber an den Ergebnissen seiner politischen Loyalität geschlagen werden: Wer nicht arbeitet, hat keinen Anspruch auf Lebensunterhalt; wer illoyal ist, kein Recht auf Leben.

Der Staat der bürgerlichen Gesellschaft erweist sich darin als etwas ganz anderes denn als bloßer "Überbau". Der Nationalstaat als seine notwendige Existenzform ist mehr als nur ein von der "Basis" einigermaßen abgehobener, oder relativ autonomer, dafür aber gewaltbewehrter Agent von Kapitalisten. Der Staat konstituiert das Kapital im gleichen Verhältnis, wie das Kapital den Staat inauguriert. Als Nationalstaat stellt er den Zwang zur Einheit in Begriffen der Homogenität und in Praktiken der Homogenisierung dar, entweder, liberal, als Gleichheit aller im Recht, oder, proletarisch, als Egalität der Arbeit, oder gar, faschistisch, als Gleichheit aller vor Volk und Rasse. Was in Begriff und Sache der Nation angelegt ist: Identität der Subjekte nicht als konkrete Individuen, sondern als Charaktermasken, das gelangt zur Erscheinung nach Maßgabe der Erfordernisse politischer Integration und im Verhältnis zu den Bedürfnissen ökonomischer Akkumulation. Der Nationalismus tritt zum Nationalstaat nicht hinzu, sondern er ist die naturgebene Weise, die Nation als Ganzes zu reproduzieren. Homogenität, die Gleichartigkeit der Gleichen, erzeugt ihre eigene Logik und treibt in der Krise zum Umschlag in völkische (oder proletarische) Gleichheit.

Was mit der bürgerlichen Gesellschaft seinen Anfang nimmt, der Kampf gegen das von der 'Frankfurter Allgemeinen' als "wurzellos" denunzierte "Weltbürgertum", das kommt zum Ende in der Vernichtung der "Kosmopoliten", der sich die nationalen Sozialismen bolschewistischer und völkischer Konfession verschrieben haben. Derart negative Aufhebung der an sich selbst schon kategorial wie praktisch antisemitischen und rassistischen Nation radikalisiert den stummen Zwang zur brüllenden Gewalt. Keinerlei Grund also für Bürger, über Hitler und Stalin sich erhaben zu fühlen, und überhaupt kein Anlaß, die Totalitarismustheorie nicht selbst aus dem totalen

Charakter negativer Vergesellschaftung durchs Kapital als notwendig falsches Bewußtsein zu entwickeln - aber Anweisung darauf, Nation als den Widerspruch zur Idee freier Assoziation und Volk als den Widerpart zum freien Verein vernünftiger, d.h. entsubjektivierter Individuen zu begreifen.

Nation und Nationalismus haben den Linken nichts anderes zu bedeuten als Gegenstände theoretischer Kritik und praktischer Aufhebung. Nation ist, auf dem Niveau von Weltgesellschaft, das Pendant zur ökonomischen Konkurrenz. Ihre politische Form: Nationalismus, ist nichts anderes als die auch bewußte Anschmiegung an Herrschaft und die absichtliche Aneignung ihres Wesens: Totschlag, Mord, Massaker, Pogrom. An Herrschaft, deren Wesen (und deren Funktionären) es herzlich egal ist, ob ihre Anhänger sie als Herrschaft der "Arbeiterklasse" oder des "deutschen Volkes" deuten. Nur Arbeiter, Bürger und Volksgenossen brauchen Vaterland und Muttersprache; und so könnte der Verdacht, dies exakt gegen Null gehende Verständnis für Nation und Nationalismus beweise die Unfähigkeit zur konkreten Negation, so lange in Ruhe ausgesessen werden, bis die bürgerlichen Freunde des "Selbstbestimmungsrechts der Völker" à la Woodrow Wilson, die proletarischen Sympathisanten des "Selbstbestimmungsrechts der Völker" à la Lenin und die völkischen Fans dieses "Selbstbestimmungsrechts" à la Adolf Hitler ihre Meinungsverschiedenheiten beigelegt und ein Konsens-Dissens-Papier vorgelegt haben. Zu fragen ist aber schon jetzt, ob die Leninsche Unterscheidung zwischen "herrschenden" und "beherrschten" Völkern mit dem Hitlerschen Antagonismus von "plutokratischen" und "proletarischen" Nationen nicht zumindest das eine gemein haben: die Unfähigkeit zum Bruch mit Herrschaft und Ausbeutung.

Weil die Rede vom "Volk" zu nichts anderem taugt als zur kritischen Kategorie, zur Bezeichung einer Zusammenrottung von zu Subjekten konstituierten Individuen zu Staatszwecken und damit zum Menschenmaterial von Herrschaft, gehört ihr Gebrauch unter Linken verboten. Und weil die Propaganda für das "Selbstbestimmungsrecht der Völker" fundamental antisemitisch und strukturell rassistisch ist, darum hat sie in der Linken nichts verloren.

5.
WARUM "ZIONISMUS"?

Alle reden von "Zionismus" statt vom israelischen Nationalismus. Was ist nun, vor dem Hintergrund eines materialistischen Begriffs der Nation, von "Zionismus" und "Antizionismus" zu halten? Und warum ist die Behauptung richtig, daß der "Antizionismus" nur die Erscheingsform des Antisemitismus von links darstellt? Alles entscheidet sich an der Frage, warum die "Antizionisten" konstitutionell unfähig sind, die Existenz der israelischen Nation zuzugeben.

Es fällt auf, daß "Zionismus" im Gebrauch deutscher "Antizionisten" mehr ist als nur ein Name für den Nationalismus der Juden vor der Gründung Israels und den der Israelis danach. Wenn die israelische Linke gegen den Nationalismus in Gesellschaft und Staat angeht und das Antizionismus nennt, entspricht das der Tradition und ist ein bloßer Name dieser Kritik. In Deutschland und unter den Freunden des homogenen Volkstums generell dagegen ist "Antizionismus" Anzeichen der Projektion und daher kein Name für eine Sache, die vielleicht auch ganz anders heißen könnte, sondern vielmehr eine Chiffre und ein Code. In ihm schwingt verschlüsselt mit und wird diskret bedeutet, was unter Linken gedacht und gefühlt wird, was aber nur Rechte öffentlich sich zu sagen trauen. Warum eigentlich distanzieren sich Linke von der "Antizionistischen Aktion" eines Michael Kühnen, ohne jemals den "Antizionismus" zu kritisieren und obwohl sie selbst den Juden in ihrer Eigenschaft als "Zionisten" immer den religiösen Machtwahn eines "auserwählten Volkes" unterstellen, nie jedoch simple Staatsräson? "Zion", die Assoziation ans Religiöse, ist es, die dem Antisemiten unverzichtbar ist. Daher erklärt sich auch die unter "Antizionisten" diszipliniert beachtete Sprachregelung von den "Menschen jüdischen Glaubens". Und Zionismus, das klingt dem modernen Antisemiten doch schon ganz anders in den Ohren als die ernüchternde Rede von einer israelischen Nation, die dann nicht schlimmer sein könnte als jede andere Gesellschaft, die Volk spielt.

Dem "Antizionisten" kommt es im Gegensatz zum Antizionisten darauf an, dem allgegenwärtigen Verdacht Futter zu geben, die Juden seien kein Volk, sondern eine Verschwörung. Kein jüdischer Antizionist, und mag er auch mit den "Antizionisten" von links gemeinsam "Zionismus = Faschismus" skandieren und dabei Transparente hochhalten, auf denen sich Hakenkreuz und Davidstern innig umschlingen, wird unter "Zionismus" das verstehen, was rechte *und* linke "Antizionisten" gesagt haben wollen, nämlich das: "Der Jude hat keinen Patriotismus und kann auch keinen haben; völlig eins fühlt er sich mit seinen Stammesgenossen in aller Welt ... Seine Gastvölker sind ihm nur Ausbeutungsobjekte und bei ihnen heuchelt er gelegentlich den größten Patriotismus aus Gründen, die ihm selbst oder seinem Volk zustatten kommen. Er wird in jedem Augenblick bereit sein, sein Gastvolk zu verraten, wenn dies sein oder seines Volkes Interesse erheischt" (zitiert nach Rotermundt 1980, 62); das meinte der Antisemit Hermann Ahlwardt 1891. Und ein "Antizionist" von links, Juri Iwanow, drückt sich im Jahre 1969 folgendermaßen aus: "Moderner Zionismus ist die Ideologie, das weitverzweigte System von Organisationen und politischer Praxis der reichen jüdischen Bourgeoisie, in Verbindung mit den monopolistischen Kreisen der USA und anderer imperialistischer Mächte. (...) Der zionistische Konzern ist zugleich selbst eine der ausgedehntesten Kapitalverbindungen, ein selbsternanntes *Ministerium* für Angelegenheiten des *Weltjudentums*, ein internationales Geheimdienstzentrum und eine gutorganisierte Dienststelle für Täuschungs- und Propagandazwecke. Das hauptsächliche Ziel ... ist die Sicherung von Profit und Reichtum innerhalb des kapitalistischen Systems, seiner Macht und parasitären Prosperität" (zitiert nach Abosch 1972, 32f.).

Weil wir uns hier beschränken müssen, nur noch zwei Belege. Erstens: "Moderner Zionismus ist, bestenfalls, der ohnmächtige Versuch eines zu produktiver Leistung ohnmächtigen Volkes, meistens der Versuch sich ein neues Aufmarschgebiet für Weltbewucherung zu verschaffen" (Rosenberg 1938, 86). Zweitens: "Der Befreiungskampf des deutschen Volkes ist noch nicht beendet, noch befindet sich ein Teil unseres Vaterlandes in der Hand der Imperialisten. (...) Der Kosmopolitismus, der gegen die nationale Souveränität der Völker polemisiert und das Nationalbewußtsein als eine überholte und unmoderne Gefühlsduselei abtut, redet einem wurzellosen Weltbürgertum das Wort und rät den Völkern, ihre nationale Selbständigkeit im Interesse eines imaginären allgemeinen Wohls über Bord zu werfen. Dabei handelt es sich hier um nichts anderes als um das Wohl der amerikanischen Finanzmagnaten, die mit dieser Ideologie die Völker veranlassen wollen, sich ihrer nationalen Selbständigkeit zu begeben, damit das USA-Kapital willenlose Sklaven für die Durchführung seiner Pläne zur Verfügung hat" (Otto Grothewohl 1950, zitiert nach Venohr 1989, 55f.).

Dem jüdischen oder israelischen Antizionismus muß die antisemitische Konnotation, die suggeriert, die Juden seien qua Rasse und von Natur auf "Parasitismus" - so vornehmlich die rechten, und "Kosmopolitismus" - so vor allem die linken "Antizionisten" - verpflichtet, logischerweise fehlen - denn sie selbst sind meist nur fleißige Nationalisten. Zwar finden sich hier die schärfsten Polemiken gegen den Zionismus als "jüdischen Antisemitismus" und die beständige Warnung davor, daß "der nationaljüdischen Bewegung keine der Lügen des Antisemitismus Mittel zum Zweck des Zionismus sein darf" (Carlebach 1934), aber nie taucht die fixe Idee auf, die Juden, nenne man sie nun Zionisten oder nicht, seien der Feind aller Völker. Man darf den "Antizionismus" vor allem dann, wenn er von Deutschen vorgetragen wird, nicht von seiner Entstehung und Geschichte her betrachten, sondern einzig von seiner Wirkung auf völkisch gestimmte Gemüter und auf Menschen, die, wie eben vor allem die Deutschen, unter dem Entzug nationaler Identität leiden. Nichts anderes beuten die deutschen "Antizionisten" von links aus, wenn sie sich auf den israelischen oder jüdischen Antizionisten positiv beziehen.

Der "Antizionismus" sorgt sich, wie der manifeste Antisemitismus, um die Einheit von Volk und Staat. Produktive Arbeit und politische Loyalität sind es, die ex negativo an den Juden illustriert und in der Jagd auf sie forciert werden sollen. Dazu gehört, den Juden als der "Gegenrasse" mit der Fähigkeit zur Arbeit auch die zur Staatsgründung zu bestreiten. Dies insinuieren die unter "Antizionisten" üblichen Gänsefüßchen beim sogenannten Israel oder die Sprachregelung, es ein "Gebilde" zu nennen. Wer das "Selbstbestimmungsrecht der Völker" für eine prima Sache hält, der gerät, spätestens sobald es um Israel geht, in den Denkzwang, erklären zu müssen, wie ein an sich gesundes Ganzes entarten und erkranken kann. Offenkundig, wie der gesunde Körper durch Viren und Bazillen, nur durch Hinzutreten eines äußeren Faktors: durch Agenten und Volksfeinde also. Israel, zum Generalfeind nationaler Identität und zum antivölkischen Volk schlechthin geadelt, hat den Unterschied zwischen guter Herrschaft und willkürlicher Regierung zu veranschaulichen.

Daß der Zionismus als die nationale Befreiungsbewegung der Juden verstanden wird und sodann als ein in Deutschland unmöglicher Name für den Nationalismus Israels, ist die Vorbedingung jeder Diskussion.

6.
WARUM "ANTIZIONISMUS" ANTISEMITISMUS IST

Was ist Zionismus? Was ist von der penetranten Behauptung zu halten, die Zionisten seien selbst Antisemiten und schürten den Judenhaß bewußt, um das Menschenmaterial für Groß-Israel, das Großdeutsche Reich der Juden, heranzuschaffen? Und stimmt an der demagogischen Behauptung, die Wesensgleicheit von Zionismus und Faschismus zeige sich nicht erst am Charakter Israels, sondern schon 1933, auch nur irgendetwas?

Aus dem indizienmäßigen Nachweis von Verhandlungen zwischen Nazis und Zionisten auf deren Wesensgleichheit zu schließen, ist schon deshalb absurd, weil die gleiche Methode, angewandt auf den Mufti von Jerusalem, den Chef der palästinensischen Nationalbewegung bis 1952, nichts anderes ergäbe als den Beweis für ihren faschistischen Charakter. Dieser Rückschluß vom historischen Schein aus Wesen ist deshalb illegitim und führt schon deswegen auf fatale Folgerungen, weil er die Vermittlung, die in der Logik der Politik liegt und sich in der Devise artikuliert, daß der Feind meines Feindes mein Freund sein muß, bewußt übergeht. So reduzieren sich die historischen und soziologischen Argumente für den Faschismus in Israel auf Propagandatricks rebellischer Linksnationalisten, die tatsächlich glauben, ihre Sache fände in den Metropolen dann Gehör und Unterstützung, wenn sie sich als antifaschistischer Kampf ausgibt: "... wir wollen auch gerne, daß dieser Status des Faschismus von unseren europäischen Kollegen anerkannt wird" (Khella 1984, S. 16; zum ML-Chauvinismus Khellas vgl. Interim 1991).

Erhebt die israelische Regierung nun den Vorwurf, der Antizionismus sei nur eine Tarnkappe für Antisemitismus, deshalb, weil er zutreffend und wahr ist, oder erhebt sie ihn nur aus strategischen Gründen, um jede Kritik an der Besetzung des Territoriums eines zukünftigen palästinensischen Staates zu diffamieren und zu bekämpfen? Diffamiert sie die Antizionisten in Deutschland und anderswo nur deshalb als Nazis, um mit der ominösen "Kollektivschuld" politische und finanzielle

Erpresssung zu treiben?

Noam Chomsky, einer der gerade noch zitierfähigen Vertreter dieser These, unterstellt der israelischen Regierung, sie verharmlose den Neofaschismus als "antiquierten und anämischen Antisemitismus", kooperiere gar mit ihm und traktiere stattdessen die Linken als moderne Antisemiten. Chomsky, dessen Liberalismus im übrigen so weit geht, daß er Meinungsfreiheit für die Propagandisten der sog. "Auschwitzlüge" fordert, zitiert den früheren israelischen Außenminister Abba Eban, der 1973 gesagt hat: "Die Hauptaufgabe eines jeden Dialogs mit der nichtjüdischen Welt ist es zu beweisen, daß der Unterschied zwischen Antisemitismus und Antizionismus überhaupt kein Unterschied ist" (Chomsky 1991). Wer also, so der Vorwurf der Antizionisten, Antizionisten Antisemiten nennt, der betreibt das Geschäft der israelischen Regierung und ist, objektiv betrachtet, ein Agent des Mossad, ein Pressesprecher des Zionismus und Apologet der israelischen Okkupationspolitik.

Zu Abba Ebans These, Antizionismus sei Antisemitismus, sind, logisch betrachtet, die folgenden Punkte zu beachten, die allesamt im Jenseits einer allfälligen Cui bono - Kritik liegen:

a)

Abba Eban kann Recht haben, *obwohl* er ein israelischer Nationalist ist. Denn funktionalistische Argumente oder gar die soziologische Reduktion von Behauptungen auf Interesse tangieren den materialistischen Begriff der Wahrheit nicht und sind darum mindest uninteressant und meist selbst hochgradig ideologisch. Was ein Faktum ist und was eine empirische Tatsache, das vermag erst Theorie zu identifizieren. Außerdem "beweisen" Fakten nichts, sondern sie illustrieren und plausibilisieren Argumente, die an sich wahr sein können oder falsch, keinesfalls jedoch nützlich oder schädlich.

b)

Wenn Abba Eban Recht hätte, fiele ihm diese Erkenntnis nicht als Resultat von Denken, sondern aus bloßem Zufall zu. Die Relation des subjektiven Erkenntnisvermögens aufs objektive Resultat bildet keinen kausalen Zusammenhang, sie erlaubt weder den Schluß von der Wahrheit des Erkannten auf die Vernunft des Erkennenden noch den umgekehrten von der Unvernunft des Erkennenden auf die Unwahrheit des Resultats. Der Zusammenhang ist gänzlich äußerlich und wesentlich unvermittelt: Denn der Staatsmann Abba Eban, der wie selbstverständlich in den Kategorien und Formen der Souveränität denkt, vermag als Politiker nur dann wirklichkeitsgerecht und effektiv zu handeln, wenn er die ökonomisch konstituierte Verkehrung der gesellschaftlichen Realität politisch verdoppelt. Und das heißt: Auch wenn er recht hätte, könnte diese Wahrheit seine praktische Politik nicht im mindesten beeinflussen und würde nur der Legitimation von Staatsräson dienen. Das macht: Weil die Politik derart naturwüchsig sich in den Kategorien von Freund und Feind darstellt wie die Ökonomie in denen von Nutzen und Nachteil, darum bleibt Wahrheit nicht einfach nur ortlos, sondern erscheint, findet sie zufällig doch statt, als ihr gerades Gegenteil, dient als taktischer Kniff und strategisches Mittel, als Propaganda und Desinformation.

c)

Daß Abba Eban Recht hat, ergibt sich aus genau dem materialistischen Begriff der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer "Judenfrage", die eine Antisemitenfrage ist, aus einem Begriff also, über den er, als Staatsmann und als Sozialdemokrat erst recht, nicht verfügen kann. *Weil* Abba Eban aus Gründen Recht hat, die zu begreifen ihm ganz fernliegen, nützt seine Erkenntnis weder ihm noch Israel noch den Juden. Weil nichts praktischer ist als eine gute Theorie, darum ist nichts unpraktischer und nutzloser als eine fix und fertige Wahrheit, deren theoretische Reproduktion ihrem Urheber oder Vertreter unmöglich ist.

d)

Weil die Wahrheit einer Behauptung *schlußendlich* nicht aus ihrem Nutzen für irgendein bestimmtes Interesse oder einen bewußten Zweck abgeleitet werden kann, darum ist die Nutzlosigkeit einer Erkenntnis gerade für den, der sie ausspricht, kein Argument für ihre Unwahrheit, sondern bloß traurig.

Der Zionismus als die nationale Befreiungsbewegung der Juden und als Versuch der territorialen Lösung der Antisemitenfrage ist theoretisch aussichtslos und reproduziert praktisch das Dilemma, das er zu lösen antrat. So trifft ihn die Kritik, die jeder "nationalen Befreiungsbewegung" gilt (vgl. Gruppe Internationalisten 1990), - allerdings in einer Form, die auf die gesellschaftliche Gestalt der Antisemitenfrage zu reflektieren hat. Jede Kritik des Zionismus wie des iraelischen Nationalismus hat zu bedenken, daß es unwahrhaftig wäre, die einzige Antwort, die den Juden auf den notorischen Antisemitismus sei es bürgerlicher, sei es staatskapitalistscher Gesellschaften nach der Pleite der proletarischen Weltrevolution und nach dem Bankrott der bürgerlichen Aufklärung noch blieb, mit besonderer Häme zu denunzieren. Zwar ist der Zionismus eine falsche Antwort auf den Antisemitismus, aber er war die den Juden einzig mögliche, - ein Dilemma, das sowohl den bürgerlichen wie den proletarischen Zionismus ausmacht (Wildcat 1991).

Es stimmt: mit Israel hat der jüdische Nationalismus "das größte jüdische Ghetto in der Geschichte" schaffen müssen (Taut 1986, S.241). Aber daran sind nicht allein die Zionisten "schuld", sondern vielmehr der Tatbestand, daß die bürgerliche Gesellschaft als Weltgesellschaft ihren internen Antisemitismus nach außen wendet und geopolitisch reproduziert. Darin liegt der Grund, warum es mindestens falsch und in Wirklichkeit antisemitisch ist, gegen Israel als das "Bollwerk des Imperialismus" im Nahen Osten zu polemisieren.

Der Zionismus ist die falsche Antwort auf den Antisemitismus, die sich, grauenhafterweise erst im Nachhinein, als die einzige nach dem Zustand der Geschichte vorläufig angemessene erwiesen hat, während die immer noch richtige Antwort: Revolution für die staaten- und klassenlose Gesellschaft, vom Stalinismus zur weltfremden Utopie abseitiger Spinner erniedrigt worden ist. Darum sagen die Zionisten über den Antizionismus nichts als die traurige Wahrheit, die sie selber weder begreifen noch begründen können. Und wer meint, in Deutschland den Antizionismus ohne Antisemitismus haben zu können wie Erich Fried, der vertritt ihn ohne den Schimmer eines ideologiekritischen Bewußtseins und wird zum "nützlichen Idioten" (Lenin) der Agitation von rechts und links.

7. DAS ZIONISTISCHE DILEMMA

Der Zionismus ist die "richtig falsche" Lösung der Antisemitenfrage. Und sie beweist, daß es die Juden, mögen sie sich auch auf den Kopf stellen, den Bürgern und ihren Alternativen nie und nimmer recht machen werden.

Die antisemitische Projektion auf den Zionismus als den Generalfeind der Menschheit und als Protagonisten der "Entwurzelung des palästinensischen Volkes" (Hashash 1991, S. 61) zeigt in ihren rechten wie linken Spielarten ein ebenso merkwürdiges wie doch aufschlußreiches Desinteresse an dem einzigartigen Vorgang der Konstitution einer bürgerlichen Staatsgewalt ex nihilo, an einem Fall nachholender Staatlichkeit mithin, der in der Geschichte insofern ohne Beispiel ist, als er sich nicht, wie in den USA, auf dem Gebiet sog. "geschichtsloser Völker" (Engels) abspielte, sondern auf dem Terrain des 1918 verblichenen Osmanischen Imperiums und damit in einer Region, deren Vergesellschaftung sich in quasi-absolutistischen Formen vollzog, die sowohl wegen ihrer weltgesellschaftlichen Ungleichzeitigkeit als auch der ihr unmöglichen Trennung von weltlicher und geistlicher Herrschaft den Übergang zur bürgerlichen Gesellschaft nicht aus sich selbst initiieren konnte. Die "Antizionisten" interessiert nicht, was unschätzbares Material zur historischen Fundierung und soziologischen Illustration der Konstitution von Souveränität im Rahmen einer "Kritik der Politik" (Agnoli 1990) liefern könnte und Feldforschung erster Klasse in Sachen Begriff und Kritik von Staatlichkeit *als solcher* erlaubte, sie interessiert nur das jüdische "Unrecht".

Hat es jemals Staaten gegeben, die als bloß technische Apparate zur Gewährleistung von Rechten handelten? Wäre ein solcher Staat überhaupt denkbar? Ist nicht der Staat vielmehr

das Subjekt der Rechte, der Souverän, der die Vergleichbarkeit der Individuen als Subjekte vermittels des Rechts und zum Zwecke der Akkumulation erst in Szene setzt? Die Vorstellung, Staaten seien die Umsetzung eines "Rechts auf nationale Selbstbestimmung" in die Wirklichkeit, erliegt der politischen Halluzination, Souveränität gründe im Boden des Territoriums und wurzele im Recht der ersten Landnahme.

Im Bann der idealistischen Parole vom "Recht auf Selbstbestimmung" behandeln die Antizionisten die Frage der Konstitution von Staatlichkeit wie es noch jede Verfassungs- und Staatslehre tut: als Problem von Recht und Moral. Am liebsten unterhalten sie sich daher über die Gretchenfrage, ob die Juden überhaupt ein "Volk" darstellen und daher "ein nationales Recht beansprüchen können" (Autonome Nahostgruppe 1988), wenden die Kriterien hin und her und kommen doch nie auf die Antwort, daß die politische Einheit eines "Volkes" sich keineswegs aus sprachlichen, kulturellen, geschichtlichen oder sonstigen Gründen herleitet, sondern aus der Installation politischer Zentralität, die in der Lage ist, Grenzen zu setzen und zu behaupten, Grenzen, die die Leute als "Volk" und daher als Material des Staates allererst konstituieren. Die Kriterien, die der Nationalismus, ob linker oder rechter Gesinnung, für die Existenz eines Volkes beizubringen vermag, sind willkürliche Illustrationen einer bereits installierten souveränen Herrschaft oder einer auf Staatsgründung erpichten Bewegung. Im Diskurs der Souveränität haben "Volk" und "Nation" den historischen Ursprung, die ontologische Würde und die durchschlagende Evidenz von Herrschaft zu begründen und ins Jenseits des Zweifels zu rücken - im politischen Denken des Zionismus, der die Gründung Israels als Resultat 2000jähriger Rechtsansprüche reklamiert nicht anders als im arabischen Nationalismus, der mindestens Mohammed bemühen muß, oder im deutschen, der von Hermann dem Cherusker genealogisch sich ableiten möchte. Der Staat maskiert sich als Vollstrecker von Eigenschaften, die den Individuen als Subjekten empirisch anhaften: Sprache, Herkunft, Kultur etc. In Wirklichkeit realisiert er sich dagegen als wahrhaft eigenmächtiger Urheber der Abstraktion vom Konkreten und als Garant einer Staatsbürgerlichkeit, die den Einzelnen nicht als besonderes Individuum, sondern als Rechtssubjekt, als Charaktermaske wechselseitiger An- und Enteignung im Tausch setzt. Empirie ist der ideologische Vorhang abstraktiver Herrschaft; das Besondere und Konkrete sind der Rohstoff und das Material, an dem Herrschaft sich als naturnotwendige illustriert: "Die kulturellen Fetzen und Flicken, derer sich der Nationalismus bedient, sind häufig willkürliche historische Erfindungen. Jeder beliebige alte Fetzen und Flicken hätte die gleichen Dienste getan" (Gellner 1991, S. 87).

Die entscheidende Frage: *was ist ein Volk?* läßt sich weder wissenschaftlich noch juristisch hieb- und stichfest beantworten. Wenn die Letten ein Volk sind, warum nicht auch die Schotten? Wenn die Kroaten ein Volk sind, warum nicht auch die Tiroler und Schlesier? "Volk" ist mehr als die Summe seiner Teile. Es geht, als Staatsvolk, schon deshalb nicht in der Addition seiner Elemente auf, weil Einheit und Synthesis ihm nicht aus eigenem zukommen, sondern aus den Mechanismen der Vergesellschaftung. Das "Recht auf nationale Selbstbestimmung" gründet nicht auf einfachen Willensbekundungen, sondern auf Gewalt. Zwischen gleichen Rechten aber entscheidet in der Welt der Nationalstaaten - die keinen persönlich entscheidenden Souverän und daher auch keine letzte Instanz kennt - die Macht der stärkeren Bataillone.

Das Dilemma des Zionismus als nationaler Befreiungsbewegung der Juden liegt darin, die Juden als "Volk" und als Basis legitimer Staatsgewalt konstituieren zu müssen, genauer: wollen zu müssen, d.h. ein "Volk" zu produzieren, dessen 'positive' Gemeinsamkeit zu Beginn des 20. Jahrhunderts - außer in den Restbeständen religiöser Tradition - in nichts anderem bestand als in der Negativität gemeinsamer vergangener, gegenwärtiger und wahrscheinlich künftiger Verfolgung. Die Gemeinsamkeit der Juden als *ein* "Volk" konnte weder aus ihrer fraglosen Einheit als Material *einer* Staatsgewalt abgeleitet, nicht über ihre zweifellose Synthesis als Subjekte *einer* Ökonomie rekonstruiert noch durch ihren unstrittigen Zusammenhang als Bekenner *eines* Glaubens gestiftet werden. Der objektive Grund ihrer Zusammengehörigkeit als Gemeinschaft der Verfolgten blieb den Juden - organisierten sie sich nun als bürgerliche oder proletarische Assimilationisten, als bürgerliche oder sozialistische Nationalisten - notwendig verborgen.

Denn die Paradoxie, verfolgt zu werden, obwohl man keinen Anlaß dazu gab, der logische Widerspruch, ins Zentrum der gesellschaftlichen Aggression gerückt zu werden, obwohl man keineswegs 'schuld' war, die Absurdität, daß sowohl die kapitalisierten Gesellschaften des Westens als auch, wenn auch aus anderen Gründen, die noch halbasiatischen Gesellschaften des Ostens gleichzeitig zum Schlag ausholten, obwohl nichts an der jüdischen Existenz selbst dazu einlud, aufforderte oder berechtigte - diesen objektiven Widersinn zu begreifen war ausgeschlossen und die Erkenntnis, daß Staat und Kapital die inneren Widersprüche ihrer ureigenen Konstitution unter der zwar falschen, aber gleichwohl zustellbaren Adresse des Antisemitismus austragen, hätte ihnen nicht das mindeste geholfen. Der Antisemitismus ist eine Ersatzhandlung, "der Jude" eine Projektion der bürgerlichen Gesellschaft, in dessen Verfolgung sie *ihren* Antagonismus zu bewältigen sucht (vgl. Enderwitz 1991): Hätte es keine Juden gegeben, Kapital und Staat hätten sie erfinden müssen.

Diese Situation war nach jeder Seite hin unhaltbar, theoretisch und praktisch; sie war (nicht nur) den Juden *undenkbar*, weil der Verstand nur Zusammenhänge von Ursache und Wirkung geistig zu sich nehmen kann, und sie war (für sie) *unhandelbar*, weil praktisch nur zu bewältigen ist, was in der eigenen Reichweite liegt. "Es muß doch etwas dran sein": Assimilationisten wie Nationalisten ließen sich von der Gewalt der Umstände dazu nötigen, den Antisemitismus als Vorurteil über die Juden *zu denken* und konsequent so *zu handeln*, als ginge es um seine Widerlegung. Die Aufklärung der Antisemiten erschien so als Problem und Aufgabe jüdischer Politik: Weil der Antisemitismus die Juden als notorisch illoyale Kosmopoliten und als chronisch unproduktive Parasiten denunzierte, deshalb kämpften bürgerliche wie sozialistische Zionisten, engagierten sich bürgerliche wie sozialistische Assimilationisten für das Projekt einer nationalen wie sozialen Verbesserung der Juden. Ob dieses Projekt sich als nationale Verbürgerlichung der Juden in Palästina verstand oder als ihre soziale Proletarisierung im Klassenkampf - der nationale wie soziale Aspekt der von Juden unternommenen Lösung der "Judenfrage" waren untrennbar, wie die Kibbuz-Bewegung in Palästina und die Gründung der jüdischen Republik Birobidjan im Fernen Osten durch Stalin bezeugten. Das eine kehrte beständig im anderen wieder, und bewies, jedes für sich und beides zusammen, daß die Lösung des Problems im Horizont der national-sozialen Fragestellung unmöglich war. Weder die "Produktivierung" der Juden noch ihre Nationalisierung vermochten eine antisemitische Verfolgungsbereitschaft zu kurieren, die ihre Energie und Motivation aus der negativen Vergesellschaftung durch Staat und Kapital bezieht.

Dies ist das Dilemma der jüdischen Emanzipation, dessen nationaler Ausdruck der historische Zionismus darstellt. Als bürgerlicher Zionismus setzt er die Aufklärung fort, deren Doppelcharakter er in verschobener Form gewahr wird: Statt Assimilation zu ermöglichen, erzwingt die bürgerliche Gesellschaft Identifikation. Sie es ist, die ihre lauthals proklamierte Säkularisierung so wenig zu Wege brachte, daß das Abendland ein christliches blieb und daher keineswegs beabsichtigte, die - selbst schon regressive - Lessingsche Ringparabel von der Gleichwertigkeit der verschiedenen Religionen zur Gleichgültigkeit von Religion überhaupt zu radikalisieren (Anders 1980, S. 370). Diese gefährliche Ambivalenz nimmt er im Frühzionismus von Moses Heß und Leo Pinsker, in seiner entfalteten Form bei Theodor Herzl als Beweis für das Fortleben des "ewigen Antisemitismus" wahr. Der Schlüssel zur Erklärung der bürgerlichen Spielarten des Zionismus liegt in dem historischen Paradox, daß der sog. 'wissenschaftliche Sozialismus' zu Beginn des 20. Jahrhunderts den Judenhaß zwar richtig als "gesellschaftlich bedingt" und daher "nur gesellschaftlich auffhebbar" erklärt, aber dennoch weit unter dem praktischen Niveau des Zionismus liegt, der den Judenhaß falsch als anthropologisch verursacht und unheilbar verewigt deutet. Weil dieser Zionismus sich den gerade aufkommenden Antisemitismus nach dem Schema des überkommenen Antijudaismus zurechtlegte, mußte er die Trennung der Juden von ihren historischen Gesellschaften, ihre Konstitution zum Volk zum Ziel erheben. In Umkehrung des Marxschen Diktums, die Juden hätten sich *nicht trotz*, sondern *wegen* ihrer Geschichte erhalten, versteht dieser Zionismus die Überdauerung der jüdischen Existenz als Beweis für den originären Volkscharakter des Judentums. Das Unglück der Verfolgung wird paradoxerweise, und dennoch evident, als Schicksal zugeeignet. Die "Restauration des jüdischen Staates" und die "Lösung der letzten Nationalitätenfrage" (Moses Heß) werden zum Programm der Selbstbehauptung.

Unausweichlich wird der Zionismus mit dem Problem des produktiven Grundes der Nationalität konfrontiert. Denn obwohl die Juden zu Staatsbürgern und Objekten von Herrschaft emanzipiert wurden, wurden sie doch als loyale Citoyens nie wirklich anerkannt und hatten unter dem Verdacht zu leben, in Wahrheit grenzüberschreitend und international (eigentlich: antinational) zu sein - einen Verdacht, den sie dadurch ausräumen wollen, daß sie sich als Nation und souveräne Herrschaft unter anderen konstituierten. Ebenso werden die Juden zwar als gleichverpflichtete Lohnarbeiter und durchs Kapital verglichene Objekte von Ausbeutung anerkannt - allerdings nicht als tatsächlich 'produktive' Bourgeois, sondern als Vertreter eines 'raffenden' Leih- und Börsenkapitals. Eine Denunziation, die sie durch den Versuch widerlegen wollen, sich als Volkswirtschaft und kapitalistische Gesellschaft unter anderen zu setzen.

Die Gemeinschaft der Juden als Bürger ist deshalb für Moses Hess auf keinem anderen Fundament möglich als auf dem ihrer Vergesellschaftung als Arbeitende, nationale Befreiung undenkbar ohne soziale Emanzipation. Daß die Juden in einem zu produktivieren wie zu nationalisieren seien, ist für Zionisten wie Assimilationisten gleichermaßen Programm; sie unterscheiden sich nur dadurch, daß die Assimilationisten aller Fraktionen auf die (unter Umständen revolutionär zu beschleunigende) Evolution der bürgerlichen Gesellschaft als Motor politischer Anerkennung wie sozialer Gleichheit hoffen, während die Zionisten aller Spielarten eben dieser Evolution zutiefst - und zu Recht - mißtrauen und die bürgerliche Gesellschaft der Juden aus einem kollektiven Entschluß und auf nichts gegründeten Willensakt vollbringen wollen. Es ist dieser Zusammenhang von "nationaler und sozialer Befreiung", die den bürgerlichen Zionisten dieselben Probleme aufgibt und die gleichen Lösungsmittel zur Hand, die auch ihren Kritikern, den revolutionären Assimilationisten, durch die Logik der Sache aufgeherrscht werden. Der Unterschied liegt nur darin, daß die Assimilationisten den Souverän in Gestalt der sowjetischen "Diktatur des Proletariats" voraussetzen können, während die Zionisten ihn erst zu schaffen haben.

Der politische Wille allein macht noch lange nicht Staat, viele Menschen ergeben in ihrer Summe kein Staatsvolk, allerhand ökonomische Aktivitäten sind keine Nationalökonomie. Die Verdoppelung von Staat und Kapital konstituiert sich zwar, logisch gesehen, rein aus den Mechanismen kapitalistischer Vergesellschaftung, aber sie kann

dies historisch nur auf dem Boden und vermittels des politökonomischen Materials vorkapitalistischer Formen tun. Die modernen bürgerlichen Gesellschaften eignen sich die vorkapitalistischen Formen an und setzen sie als ihr Produkt. Deren vornehmste ist der absolutistische Staat, die personale Souveränität des Monarchen, die im Zuge der Kapitalisierung der Gesellschaft zur anonymen Volkssouveränität transformiert wird. Solche Souveränität steht über dem Gegensatz von Gesetz und Gewalt, von Konsens und Zwang; sie ist, als reine Form, das Dritte der Vermittlung.

Dies stürzt die bürgerliche Staatstheorie in Verzweiflung, denn konstitutierte Souveränität besteht in dem praktischen Zirkelschluß, weder auf Recht noch Gewalt sich reduzieren und daher aus keinem Moment des Gegensatzes sich ableiten zu lassen. Der Souverän ist die gesellschaftspraktische Quadratur des Kreises. Zum Glück für die bürgerliche Staatstheorie findet sie das theoretisch unlösbare Problem der Konstitution schon praktisch gelöst vor: Der seit Hobbes und Rousseau andauernde Disput über die Frage, ob es die Individuen sind, die den Staat im Vertrag setzen und damit sich selbst als Autoren und Subjekte, oder ob es vielmehr der Staat ist, der das Vertragswesen im Interesse des allgemeinen Landfriedens instituiert und damit die Individuen als Untertanen und Subjekte, ist gesellschaftspraktisch immer schon entschieden. Die Theoretiker der politischen Konstitution werden darüber zu praktizierenden Ideologen der Souveränität: indem sie, sei es demokratie-, sei es gewaltheoretisch, über die Setzung von Staatlichkeit diskutieren, demonstrieren sie, daß diese Setzung alles andere ist als ein intelligibles Problem und daß sie keine Theoretiker sind, sondern Produzenten der Legitimation politischer Zentralität.

Theodor Herzls Buch "Der Judenstaat. Vesuch einer modernen Lösung der Judenfrage" von 1896 zeigt, in welche Dilemmata es führt, den Zirkel der Souveränität lösen zu wollen, ohne auf eine schon existierende Staatsgewalt zurückgreifen zu können. Die "Künstlichkeit des zionistischen Gebildes", den der Antizionismus an Israel so beklagt, liegt genau darin, daß der jüdische Staat nicht die falsche Natürlichkeit und nicht das Pseudos des Ursprungs ab ovo reklamieren kann, in deren Schatten die Transformation absoluter in bürgerliche Staatlichkeit sich vollziehen konnte. Herzl will das Resultat, kann aber den Prozeß, der zu ihm führte, nicht einfach voraussetzen. Sein Versuch, den Souverän, gleichwohl im Verfolg vernünftiger Argumentation zu begründen, vestrickt sich in heillose Widersprüche. Dies führt ihn auf einen Satz, über den noch kein Jürgen Habermas und kein Carl Schmitt hinausgekommen ist: der Ratio verpflichtet, gesteht er ein, daß die Sache im Jenseits von Vernunft liegt: "Tatsächlich liegt im Staat eine Mischung von Menschlichem und Übermenschlichem vor" (Herzl 1986, S. 108).

Die "Society of Jews" soll die Lösung sein und den Platzhalter des jüdischen Souveräns spielen, den kommissarischen Verwalter und nur sich selbst rechenschaftspflichtigen Stellvertreter künftiger Staatlichkeit. Ihre Legitimation und Geschäftsgrundlage besteht darin, daß die "Society" in der Figur des "Gestors, des Führers fremder Geschäfte" (ebd.) die Synthese von Gewalt und Recht, die ein realer Souverän ist, antizipiert.

Die "Society of Jews" geriet durch die Logik der Sache selbst: durch den Zwang der Umstände, den wachsenden Antisemitismus West- wie den virulenten Antijudaismus Osteuropas und schließlich durch die Zufälle der Geschichte in die Position des Inaugurators von Staatlichkeit. Als Staat an sich - nicht bloß als Regierung - stand die Society nicht nur über den politischen Strömungen der jüdischen Welt - sie begriff sich vielmehr als die Bedingung ihrer Möglichkeit, als die transzendentale Prämisse eines politischen Pluralismus unter den Juden überhaupt. So war der Zionismus als politische Partei der Juden immer schon mehr und anderes als bloß Partei. Ihr richtiger Name wäre ein Widerspruch in sich: Staatspartei, besonderte Organisation von Individuen zur Vertretung des im Staat schon dargestellten Allgemeinen. Das theoretisch Undenkbare wurde wirklich, weil durch die Entstehung des sozialistischen Zionismus das Moment der Wirtschaftspartei hinzukam und den künftigen Souverän nationalökonomisch fundierte. "Wo sich aber Widerstände zeigen", schrieb Herzl, "wird die Society sie brechen. Sie kann sich im Werke nicht durch beschränkte oder böswillige Individuen stören lassen" (ebd.): Als Staatspartei war man zur Ausübung von Staatsfunktionen berechtigt, und so beweisen die "Grausamkeiten des Zionismus" (Machover/Offenberg 1975, S. 311ff.), von denen die antizionistische Propaganda zu berichten hat, nicht nur das besonders verwerfliche Unwesen des Zionismus nicht, sondern demonstrieren vielmehr den allgemeinen Charakter von Staatlichkeit.

Als Staatspartei war der Zionismus im gleichen Moment erledigt, als der souveräne Staat Israel konstituiert war. Damit verliert der Zionismus seinen ganzen Inhalt, wird zum Namen von konkurrierenden Parteien: Schon deshalb ist es mindestens falsch, von einer 'zionistischen Struktur' des Staates Israel zu sprechen. Die Parole "Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land" diente dazu, die zur Installierung bürgerlicher Staatlichkeit unumgängliche Konstutionsgewalt vorm eigenen Bewußtsein zu verbergen. Souveränität, die das Staatsterritorium nicht als konkretes, bewohntes und bearbeitetes Land kennt, sondern nur als abstrakten, bevölkerten und umgrenzten Raum, bedarf der Mythen, um ihre Legitimität im Vorgriff auf wirkliche Zustimmung und tatsächliche Hegemonie zu begründen. Daß aber die Antizipation der Staatlichkeit der Juden nicht Meinung von Privatleuten blieb, sondern politisches Programm wurde, verdankt sich dem von der bürgerlichen Gesellschaft und in Deutschland erbrachten Beweis der These vom "ewigen Antisemitismus" einerseits und ist der konstitutionellen Überlegenheit der bürgerlichen

Gesellschaft der Juden über die ungleichzeitige der Palästinenser andererseits geschuldet. Das machte den historisch einzigartigen Treibsatz aus, der die Kritik Ludwig Gumplowicz' an Theodor Herzl Projekt - "Sie wollen einen Staat ohne Blutvergießen gründen? Wo haben sie das gesehen? Ohne Gewalt und List? So ganz offen und ehrlich - auf Aktien?" (zitiert nach Diner 1980, S.73) - praktisch werden ließ.

Der Zionismus hatte den über Europa heraufziehenden Antisemitismus als Wiederkehr des alten Antijudaismus mißverstanden. Als Unternehmen zur Widerlegung von Vorurteilen über die Juden machte er sich daran, ihre soziale Schichtung zu reformieren und umzustülpen. Aus "Luftjuden" sollten, so Arthur Ruppin, "Muskeljuden" werden (vgl. Bermann 1973). Was den Antizionisten noch nie schwer fiel, nämlich "die Gemeinsamkeit des theoretischen Ausgangspunktes von Zionismus und Antisemitismus von der Anfangszeit bis zum heutigen Tag zu beweisen" (Machover/Offenberg 1975, 304f.), demonstriert ganz im Gegenteil, daß der hier wie immer als Antijudaismus gründlich verkannte Antisemitismus noch nicht einmal dadurch zu widerlegen ist, daß seine prospektiven Opfer den Gegenbeweis ihrer Tauglichkeit zu bürgerlichen Zwecken tatsächlich antreten. Weil jedoch die "Produktivierung der Juden" in Palästina mit ihrer Nationalisierung unmittelbar zusammenfiel, und weil die Initiierung einer jüdischen Nationalökonomie Hand in Hand ging mit der Installierung politischer Souveränität, erscheint die Gründung Israels dem demokratietheoretisch oder nationalistisch verblendeten Blick als Enthüllung eines rassistischen Wesen des Zionismus (Frangi o.J.). Denn weil "eine große Zahl von Menschen allein noch kein Volk bildet" (Ruppin, zitiert nach Schoeps 1983, S. 201), darum muß die Errichtung politischer Zentralität mit der Herstellung politischer Homogenität, der Produktion des Staatsvolkes also, in eines gehen. So hat das System der "jüdischen Selbstarbeit", das die Palästinenser ausschließt (Diner 1980, S. 42ff), den gleichen Stellenwert wie die Setzung des Hebräischen als Hochsprache der Juden: die Schaffung "nationaler Identität".

Das zionistische Dilemma besteht darin, das Problem der Konstitution bürgerlicher Staatsgewalt und das der Inauguration kapitaler Vergesellschaftung ex nihilo gelöst zu haben, ohne jedoch die allgemeine politische Anerkennung der israelischen Souveränität und eine aus eigenem reproduktive Volkswirtschaft erreicht zu haben. Die Gründung Israels vollzog wie im Zeitraffer jenen in Europa zweihundertjährigen Prozeß der ursprünglichen Akkumulation - an der einheimischen arabischen Bevölkerung - nach, ohne allerdings die im Zuge der

Kapitalisierung der Agrarwirtschaft erfolgte Freisetzung der agrarischen Subsistenzproduzenten durch die Industrie kompensieren zu können. Die Gründung Israels erscheint den bürgerlichen Philosemiten deshalb als das reinste Wunder und den linken Antizionisten kommt die Selbstbehauptung Israels als die Grausamkeit an sich vor. In ihrer deutschnational sich gerierenden Hochachtung wie in ihrer stalinoid sich empörenden Abscheu wollen diese Kritiker Israels nichts anderes retten als ihre eigene Illusion vom guten und wahlweise nationalen oder sozialen Staat.

8. KEIN "BRÜCKENKOPF"?

Die Polemik gegen Israel als "Brückenkopf des Imperialismus" in Nahost und als staatgewordene Counterinsurgency gegen die Kämpfe der arabischen Massen verspricht, die israelische Gesellschaft politisch auf den Begriff zu bringen, ohne die Konstitution von Nationalstaatlichkeit einer prinzipiellen Analyse unterwerfen zu müssen. So ist die Rede vom "Imperialismus" nur die politökonomische Kehrseite des famosen "Rechts auf nationale Selbstbestimmung": Sie gibt keine Diagnose der kapitalistischen Weltgesellschaft, sondern wiederholt auf globaler Ebene, was schon die sozialdemokratisch-leninistische Ideologie ausmachte - daß Herrschaft kein originäres Phänomen der bürgerlichen Gesellschaft darstelle, sondern ein quasi-feudales Relikt, Okkupation des Allgemeinen durch Interessengruppen: also ordinäre Fremdherrschaft.

"Radikale Linke haben in der Vergangenheit die Besonderheit des jüdischen Staates und seine Existenzberechtigung häufig nicht berücksichtigt. Israel galt nicht auch, sondern nur als imperialistische Agentur", schreibt die Gruppe "Radikale Linke" (1989, S. 9), und sie meint das selbstkritisch. Allerdings führt die Ergänzung des "Brückenkopfes" um die Funktionen von "Asyl" und Fluchtburg" auch nicht weiter als bis ins positivistische Einerseits und Andererseits, d.h. in ein Bilanzbuchhalterdenken, das der linken Politikbegeisterung allein schon deshalb naheliegt, weil es die Gelegenheit bietet, sich selbst in die Position des Souveräns zu projizieren, ins Zentrum der Zentralperspektive und in die Rolle des Schiedsrichters, der ausgleicht und den Widerspruch schlichtet. "Nicht auch, sondern nur": Darin geht der Begriff der bürgerlichen Gesellschaft der Juden und ihres Zusammenhangs mit der Weltgesellschaft nicht auf, weder nach der Seite ihrer Gründungsgeschichte noch nach der ihrer Existenz und Funktion.

Für die Entstehung der kapitalistischen Weltgesellschaft, die im Takt des einen ökonomischen Rhythmus schwingt, den die Konjunkturen und Krisen der Akkumulation vorgeben, spielt der Imperialismus die gleiche Rolle der Konstutionsgewalt nach außen wie sie der absolutistische Staat nach innen hin, bei der Transformation der feudalen in die bürgerliche Gesellschaft, ausübt. Die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals ist die Geschichte der massenhaften Vertreibung der Subsistenzproduzenten vom Land. Auf der Ebene der Weltgesellschaft potenzieren sich die ungeheuren Grausamkeiten und blutigen Friktionen noch, die die Entstehung des Kapitals notwendig ausmachen und systematisch begleiten. Denn die Verwandlung des Globus und seines ursprünglichen Reichtums in das stoffliche Material der Akkumulation ereignet sich als zutiefst ungleichzeitiger Prozeß. Der Kolonialismus ist der Raubzug, der den verharmlosend "Take off" genannten Anfang der Industrialisierung des weltgesellschaftlichen Zentrums ebenso alimentiert wie das Bauernlegen im Innern. Der Kolonialismus ist reine Aneignung und erbarmungslose Ausbeutung: Noch die minimalen Rücksichten, die, in Europa, das sich konstituierende Kapital bei aller künstlichen "Überbevölkerung" auf die Bedingungen der Reproduktion der Arbeitskraft zu nehmen gezwungen ist, sind dem Kolonialismus gänzlich fremd. Weil der extraktive Raubzug gar nicht bezweckt, in den einverleibten Territorien eine reproduktive Nationalökonomie zu stiften, darum kommt es nicht, wie in den Zentren, zur partiellen Kompensation der bäuerlichen Not der nackten Existenz durch das proletarische Elend. Die kapitalistische Produktivierung des Bodens und des naturalen Reichtums findet statt, ohne die Arbeit anders zu subsumieren als durch rücksichtslosen Konsum.

Der Imperialismus schließt die Epoche der ursprünglichen Akkumulation auch geopolitisch ab und bereitet den Übergang zur kapitalisierten Weltgesellschaft vor. Die direkte territoriale Einverleibung der von Ostindischen und anderen Kompagnien ausgebeuteten Ländereien in das Staatsterritorium des Zentrums verdankt sich schon mehr der nationalstaatlichen Konkurrenz und ihrem Zwang, keinen "weißen Fleck" auf der Landkarte als herrschaftslosen Raum und Machtvakuum bestehen zu lassen (Anderson 1991) und die logistischen Voraussetzungen des Weltmarktes zu sichern als direkter ökonomischer Vorteilnahme. Der Imperialismus beseitigt die letzten wirklichen Imperien oder löst doch, wie im Osmanischen Reich, im zaristischen Rußland oder im kaiserlichen China, subsidiäre Formen bürgerlich nachholender Revolutionen aus. Kein Zufall also, daß der Übergang des Zentrums zur bürgerlichen Demokratie als der adäquaten politischen Regulationsform halbwegs reproduktiver Kapitalakkumulation, d.h. der Übergang von den Restbeständen personaler zur Entfaltung der abstrakten Herrschaft, vom Untergang des Imperialismus begleitet wird. Die von Simon Bolivar bis Mao-Tse-Tung reichende Epoche bürgerlicher, bzw. staatskapitalistischer Revolution schließt mit der Herausbildung einer Reihe von Quasi-Nationalstaaten an der Peripherie die politische Konstitution der Weltgesellschaft ab. (Letzteres gelingt in jenen Ländern, in denen die bloß äußerliche Subsumtion unter den Weltmarkt doch noch residuale und meist enklavenmäßige Formen kapitalistischer Ökonomie setzte; Formen allerdings, die aufgrund ihrer extremen Spezialisierung wie totalen Eingebundenheit in die globale Arbeitsteilung noch nicht einmal der Möglichkeit nach oder bestenfalls in Gestalt einer Politik der "eisernen Reisschüssel" die politisch ambitionierten Autarkieplänen ihrer herrschenden Klassen ökonomisch fundamentierten.) So ist der Imperialismus keineswegs "das höchste und letzte Stadium des Kapitalismus", wie Lenin hoffte, und bedeutet nicht seinen Untergang in Parasitismus und Fäulnis, sondern die Übergangsform zur Weltgesellschaft des Kapitals.

Die Entstehung Israels verdankt sich der Ungleichzeitigkeit der Globalisierung des Kapitals. Der welthistorisch einzigartige Moment des Untergangs des Osmanischen Imperiums schuf jenes politische Machtvakuum und jenen "weißen Fleck", den der künftige israelische Souverän nutzte, um sich zu installieren. Theodor Herzl mochte noch aufrichtig der Meinung sein, sein Projekt läge im allgemeinen Interesse eines auf Aufklärung und Fortschritt erpichten Abendlandes: "Für Europa würden wir dort ein Stück des Walls gegen Asien bilden, wir würden den Vorpostendienst der Kultur gegen die Barbarei besorgen. Wir würden als neutraler Staat im Zusammenhang bleiben mit ganz Europa, das unsere Existenz garantieren müßte" (Herzl 1986, S. 69).

De facto allerdings handelte die "Jewish Agency" nicht als Generalbeauftragter "des Westens", sondern als Souverän, der die Widersprüche zwischen den Mächten der Metropole wie die Konflikte der politischen Kräfte innerhalb der arabischen Gesellschaft als Bedingungen seiner Möglichkeit zu behandeln wußte. Während die noch feudalen Formen verhaftete arabische Gesellschaft den Untergang des Osmanischen Reiches nicht zur Setzung eigener Nationalstaaten nutzen konnte und vielmehr in dynastische Rivalitäten sich verstrickte, eigneten sich Frankreich und Großbritannien den herrschaftslosen Raum an und teilten ihn unter sich auf. Syrien, Libanon, Irak, Jordanien etc.: Die künstlichen Gebilde, die sie dabei schufen, waren eher Verwaltungseinheiten als Nationen, eher politische Subsumtionskategorien der darunter befaßten und nur durch Tradition und Glauben verbunden Völkerschaften als ökonomisch synthetisierte Einheiten (Anderson 1979, S. 468f.). Der Jischuw als einzige bürgerliche Gesellschaft im Nahen Osten verdankt seine Existenz dieser Ungleichzeitigkeit, die er in einem politisch souverän nutzte wie ökonomisch ausbeutete. Und wie sich die Konflikte im Zentrum zum Rand hin fortsetzten, so suchten auch die Parteien der Peripherie die Unterstützung einer Fraktion der Metropole. Wie der Zionismus je nach politischer Konstellation ins Bündnis mit Großbritannien, dann den USA, danach mit der Sowjetunion und schließlich wiederum mit den USA sich begab, so suchte der durch den Zionismus inaugurierte Nationalismus der Palästinenser im Bündnis mit dem faschistischen Deutschland und der stalinistischen Sowjetunion Unterstützung und Rückhalt. Daß Israel, bevor es zur "Agentur des Imperialismus" avançierte, von 1948 bis 1952 im Westen als "Bollwerk des Sozialismus" tituliert wurde - weil es so schien, als würde die Sowjetunion die Kibbuz-Bewegung als Sprungbrett in den angloamerikanisch beherrschten Nahen Osten wie als Speerspitze gegen die reaktionären arabischen Regimes benutzen - zeigt an, worum es geht: In der Politik geht es nicht ums Wesen oder um Werturteile, sondern ihre Logik liegt in dem Satz: "Der Feind meines Feindes ist mein Freund".

Die politischen Gründungsmythen des israelischen Souveräns (Flappan 1988) - also der Zionismus als geistiger Überbau der Staatsgründung - , sind für die Beurteilung dieses Hergangs ebenso uninteressant wie die ihnen antagonistischen Ideologien des arabischen Nationalismus oder gar Chauvinismus (Hashash 1991). Die ungleichzeitige Konstitution der kapitalistischen Weltgesellschaft, in der, nach dem mit Nasser anhebenden nationalrevolutionären Umsturz der arabischen Monarchien, die arabischen Gesellschaften ein ebenso integraler Bestandteil dieser Weltgesellschaft sind wie die israelische - und keineswegs, qua ölpreismäßiger Schröpfung der sog. Vierten Welt, "unschuldiger" - erlaubt es nicht, ihre Resultate nach Kategorien von Schuld und Unschuld zu sortieren, schon gar nicht dann, wenn derlei Zuschreibungen ein durchaus völkisches Interesse durchblicken lassen. In diesem Zusammenhang fungiert der arabische Antizionismus als Ablenkungsmöver von der strukturellen Einbindung und Partizipation der Regime in den Weltmarkt: Israel als Generalfeind hat, wie exemplarisch im Fall Saddam Husseins sichtbar, als Alibi zu dienen, hinter der sich die eigene Rolle eines Subimperialisten und regionalen Weltmarktpolizisten verstecken kann. Die Anerkennung des Zionismus als "staatsbildende Macht" (Herzl 1986, S.68) erfolgte jedenfalls nicht auf dem Basler Kongreß, nicht mit der Balfour-Deklaration 1917 und schon gar nicht auf höheren Befehl "des Westens", sondern in einem historischen Augenblick, als der Konstitutionsprozeß der israelischen Staatlichkeit soweit vorangeschritten war, daß die Gründung Israels nicht nur möglich war, sondern überdies und spätestens jetzt, wenn schon nicht mehr als ausreichende Rettung vor dem Massaker, so doch im Resultat der nazistischen Vernichtungslager unabdingbar notwendig war.

Als bürgerliche Gesellschaft im Nahen Osten konfrontierte sich der Jischuw mit den quasi-feudalen Formen der arabischen Gesellschaft, die das autoritäre Regiment Konstantinopels nur herrschaftlich-tributär überformen, nicht aber kapitalistisch durchbilden konnte. Dieser Gesellschaft und ihren feudalen Eigentums- wie Rechtsformen erwies sich der Jischuw als meilenweit überlegen. Er demonstrierte hier, was die vorkapitalistischen Gesellschaften weltweit vorm Kapital schutzlos in die Knie gehen ließ: die unmittelbare Einheit der scheinbar unpolitischen Gewaltförmigkeit des bürgerlichen Rechts mit der scheinbar unökonomischen Kapitalförmigkeit des bürgerlichen Staates. Der palästinensischen Gesellschaft waren Begriff wie Sache der politischen Zentralität fremd, weil ihr die Vorstel-

lung vom sozialen Verhältnis entwickelter kapitalistischer Gesellschaften fremd war.

Die Abwesenheit anders als gewohnheitsrechtlich tradierter Ansprüche der Bauern auf den Boden, den sie bearbeiten, der Mangel aller privateigentümlichen Rechtsformen am Land ist ein Kennzeichen der feudalen Gesellschaft. Und wie sich der Bauer zum Land nicht als kapitalproduktiver Eigentümer, sondern als nutznießender und tributpflichtiger Subsistenzproduzent verhält, so verhalten sich die Großgrundbesitzer nicht als Kapitalistenklasse, sondern als für den Fortgang der Produktion völlig unerhebliche Schicht von Eigentümern, die folgerichtig auch nicht vor Ort 'nach dem Rechten sehen' braucht, sondern in Kairo, Paris, Beirut lebt und die Pachtzahlungen nicht akkumuliert, sondern luxuriös verprasst. Dieser Vergesellschaftung sind die Eigentumsbegriffe der bürgerlichen Gesellschaft nicht nur nicht kompatibel - und d.h., die Menschen können sich buchstäblich nichts unter dem Begriff des Privateigentums vorstellen - , sondern die praktische Anwendung dieser Begriffe zerstört sie, desorganisiert ihren Zusammenhang und desintegriert ihre Reproduktion. Daß die Bemühungen jüdischer (und palästinensischer) Kommunisten, eine einheitliche revolutionäre Organisation der Juden und Araber in Palästina zu gründen, scheiterten, liegt nicht nur an der Kommunistischen Internationale, sondern wesentlich an dieser strukturellen und unüberwindlichen Kluft zwischen den Vergesellschaftungsweisen (Offenberg 1975a, Flores 1981).

Die ursprüngliche Akkumulation, die Trennung der Bauern vom Boden und seine Verwandlung in bürgerliches Eigentum, die sich in Europa vollzog und die Marx exemplarisch am englischen Fall untersuchte, geschah zugleich als politische Zentralisation und daher Transformation der feudalen Ordnung in die bürgerliche Nation. Die des Landes enteigneten Bauern und Pächter wurden von der Industrie als Arbeiter angeeignet; die 'free born englishmen' wurden britische Bürger und durften im Lande bleiben. In Palästina jedoch geschah die Konstitution der bürgerlichen Gesellschaft der Juden zugleich als Konstitution bürgerlicher Staatsgewalt ex nihilo. Die palästinensische Bevölkerung wurde derart zugleich ökonomisch und politisch enteignet, ausgeschlossen sowohl aus der Produktion und der "jüdischen Arbeit" wie durch den "jüdischen Staat" diskriminiert. (Diner 1980, S. 65ff.) Was die UNO als das "rassistische Wesen des Zionismus" verurteilte (Frangi o.J.), ist das Wesen von Staatlichkeit schlechthin: Homogenität und Homogenisierung der Individuen zum Staatsvolk und zum Material von Herrschaft. Das israelische Spezifikum besteht allein darin, daß der Boden, als Privateigentum erworben, doch unmittelbar als Staatsterritorium fungierte, als Basis der Souveränität, und daher die Staatsgrenze ihrer Ausdehnung nach mit dem Umfang des Landbesitzes der Privaten zusammenfiel. Das Verbot des Rückverkaufs an Araber drückt diese politische Funktion des Bodens aus. Die expansionistische Tendenz des israelischen Nationalismus kommt davon, daß die Konstitution der Souveränität nicht in einen Zustand gegenseitiger Anerkennung mündete und nicht zu wechselseitig garantierten Grenzen führte, sondern das Machtvakuum, das schon nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches herrschte, erst durch die im Einvernehmen mit Israel und einem Teil der palästinensischen Notabeln unternommene Okkupation des Territoriums eines künftigen palästinensischen Staates durch die jordanische Monarchie und schließlich, als Spätfolge des Krieges 1967, durch den Verzicht Jordaniens auf die Souveränität über die "Westbank" jahrzehntelang nicht gefüllt wurde. So herrscht die Logik des Krieges, die nur das Gesetz maximaler Machtakkumulation kennt. Als der Unabhängigkeitskrieg Israels gegen die arabischen Staaten nicht mit dem Frieden, sondern nur mit einem Waffenstillstandsabkommen endete, schritt der Konstitutionsprozeß der israelischen Staatlichkeit nach innen wie außen fort: in Form der Diskriminierung und Vertreibung der israelischen Araber, dann, nach 1967, in der schleichenden Okkupation und Besiedelung der Westbank.

Der Widerspruch der bürgerlichen Staatlichkeit, der sich im systematischen Schwanken zwischen dem objektiven und dem subjektiven Begriff der Nation ausdrückt und daher, in Sachen Staatsangehörigkeit, im beständigen Oszillieren zwischen dem formalistischen *jus soli* und dem substantialistischen *jus sanguinis*, demonstriert sich in der israelischen Gesetzgebung, die bürgerliche Gleichheit verspricht und doch Israel als "Staat des jüdischen Volkes" definiert. Israels Verhältnis den Palästinensern gegenüber ist weder als Ausdruck einer "Apartheids"- noch als Praxis einer "Kolonial"-Gesellschaft begreifbar (Adam 1988), sondern als praktizierender Nationalismus, der sich heute den Palästinensern gegenüber derart aufführt wie es ein palästinensischer Staat tun würde, der die Nationalcharta der PLO zur Verfassung erklärte: "Die palästinensische Identität ist ein echtes und essentielles Charakteristikum, sie wird von den Eltern auf die Kinder übertragen" (zitiert nach Heenen-Wolff, a.a.O., S. 147). Ist Israel, weil es als Ausdruck des Selbstbestimmungsrechtes eines Volkes notwendig völkische Züge trägt, und ist es deswegen, weil es, wie jeder Staat eines praktisch um- und durchsetzbaren Kriteriums der Zugehörigkeit als Mittel zur Produktion von Loyalität bedarf, "rassistisch" im antizionistischen Sinne, nämlich "faschistisch"? Es ist im Prinzip kein Wunder, wenn Bürger Mitbürger Nazis nennen und die autoritären Maßnahmen ihrer eigenen Staatsgewalt als "faschistisch" mißverstehen. Das gehört ins Kapitel der Dialektik von Citoyen und Bourgeois, und wie verinnerlicht die ist, hat die deutsche Linke mit ihrer Kritik an der Notstandsgesetzgebung zur Genüge bewiesen. Der Faschismusbegriff ist, nicht nur in Israel, der Ort der größten Verwirrung.

Nach seiner Geschichte und Existenz betrachtet, ist Israel die bürgerliche Gesellschaft der Juden, deren Eigentümlichkeiten durch den spezifischen Prozeß ihrer Konstitution wie aus dem besonderen Charakter nationaler Befreiungsbewegungen zwanglos sich erklären. Nach seiner Funktion betrachtet ist Israel, wenn auch kein Bollwerk, so doch das einzige Notwehrmittel gegen den weltweit grassierenden Antisemitismus, das die Juden aus eigenem und daher ganz und gar unzulänglich organisieren konnten. Die historische Prognose des Zionismus hat sich bewährt wie die keines zweiten Nationalismus - denn der Antisemitismus ist zwar an sich keineswegs ewig, aber die kapitalistische Weltgesellschaft treibt mit Macht dazu, ihn zu verewigen. Das Recht eines jeden Juden auf die israelische Staatsbürgerschaft ist zwar alles andere als die Lösung der Antisemitenfrage, aber gleichwohl eine historische Errungenschaft ersten Ranges; zumindest in einer nationalstaatlich verfaßten Weltgesellschaft, in der, wie das Schicksal der Staatenlosen beweist, der Mensch als Mensch gar nichts, als Staatsbürger aber immerhin etwas bedeutet. Israels Existenz ist genau aus dem Grunde unverzichtbar, weil die Behauptung der PLO, die Juden seien nur eine Religionsgemeinschaft und daher nichts als Bürger der Staaten, denen sie jeweils angehören, schon längst von der Geschichte widerlegt worden ist, zuletzt mit allen Mitteln und "Argumenten", deren eine deutsche Volksgemeinschaft fähig ist.

Gerade die andauernde Polemik gegen das "Bollwerk des Imperialismus" ist es, die nicht zuletzt die Nützlichkeit Israels beweist. Der Antisemitismus, den die bürgerlichen Gesellschaften im Innern notwendig erzeugen, drückt sich geopolitisch aus und setzt sich nach Außen fort. Als bürgerliche Gesellschaft der Juden in Nahost ist Israel dadurch in die Zwangslage geraten, als Staat eine unfreiwillige Reprise der klassischen, aus dem Mittelalter bekannten Rolle des Schutzjuden aufzuführen, nur diesmal, zum Glück, nicht unbewaffnet: Von der BRD zwecks Wiedergutmachung nicht der Vernichtung, sondern der Nation einstweilen hofiert, von den USA bislang subventioniert, als einzige bürgerliche Demokratie im "Trikont" vom Westen priviligiert, ist Israel zugleich doch völlig von den strategischen Interessen der amerikanischen Weltmarktpolizei abhängig. Israels "Privilegierung" ist die genaue Kehrseite seiner existentiellen Bedrohung.

9. AUTORITÄRE PHILOSEMITEN, REBELLISCHE ANTIZIONISTEN

Die Projektionen der deutschen Ideologie auf Israel haben mit Israels politökonomischer Konstitution und den tatsächlichen Konditionen seiner Existenz im Nahen Osten sowenig gemein wie der Antisemitismus mit dem Objekt seiner Liquidationssehnsüchte. Der Charakter und der Inhalt der Projektion vereinen die Deutschen aller Fraktionen zur Volksgemeinschaft im Wartestand: Wo die staatstragenden Philosemiten Israel mehr oder weniger diskret dazu beglückwünschen und verschämt darum beneiden, die Volksgemeinschaft von heute sein zu dürfen, da bejammern die antizionistischen Rebellen unter den Grünen bis hin zu den Freunden des bewaffneten Kampfes, aus Auschwitz hätten die Juden so wenig gelernt, daß sie, als Zionisten, die "Endlösung" an den Palästinensern weiterführen. Die jeweilige empirische Distribution der einen deutschen Volksgemeinschaft zu Israel ergibt sich aus den Zufällen der politischen Konjunktur.

Das Verhältnis der deutschen Linken zu Israel bestimmt sich, wie das der Rechten, aus den politischen Kräfteverhältnissen und ihren innen- wie außenpolitischen Erfordernissen, die aus dem Blickwinkel des nationalen "Wir" wahrgenommen werden. Auch das "andere Deutschland" hat kaum je auf die Besonderheiten des israelischen Staates reflektiert, ihn vielmehr, ganz in der Konsequenz des Antisemitismus *vor* Auschwitz, als Schutzjuden der Weltpolitik zum Objekt von Kosten-Nutzen-Kalkülen gemacht. Max Horkheimer hat das Ergebnis dieses nationalistischen Kalküls, das mit der Wiedervereinigung aufgegegangen ist, vor dreißig Jahren prognostiziert: "Rache ist die Seele nationalistischer Siege, und angesichts der Entnazifizierung braucht man nicht erst eine Dolchstoßlegende aufzutun. Jetzt machen wir noch in Kollektivschuld und Freundschaft mit Israel, aber einmal muß auch das ein Ende haben. Bald ziehen wir den Schlußstrich" (Horkheimer 1974, S. 147).

Das von den Alliierten verhängte Tabu über den manifesten Antisemitismus wurde durchbrochen, indem sich die Deutschen einen demonstrativ philosemitischen Habitus verordneten. Zeitungen, Schulbücher, Reiseberichte etc. wetteiferten darum, wer am besten die Behauptung zu beweisen imstande sei, ohne die Juden hätte man die Schlacht von Stalingrad nicht verloren (Meinhof 1967). Die Gesellschaft des Wirtschaftswunders, die Volksfront der Trümmerfrauen und Neckermänner bestaunte die Aufbauleistung Israels und lobte sich darin selbst über den grünen Klee. Denn langsam begann es den Deutschen zu dämmern, daß sie sich in Sachen "Jude" gründlich verrechnet hatten, daß die Gewinne aus der "Arisierung" die Kosten der "Niederlage" nicht wettmachten, daß der "Sieg" über die europäischen Juden noch lange nicht den Siegfrieden über die Alliierten gebracht hatte und daß der Führer zwar bis 1938 ein Staatsmann war wie nur Bismarck, aber danach wohl den Verstand verlor und zum Dämon entartete. Die Fusionierung dieses von Wolfgang Fritz Haug als "hilfloser Antifaschismus" gründlich mißverstandenen Phänomens (Haug 1972) mit philosemitisch artikuliertem Antisemitismus projizierte auf Israel das endlich verwirklichte Ideal einer wehrhaften und bienenfleißigen Volksgemeinschaft, die sich in einem Meer von Feinden gegen kulturlose Barbaren und kommunistische Agenten zu behaupten verstand - eine völkische Halluzination, die die "linken" Antizionisten in der Gleichung "Zionismus = Faschismus" kurzentschlossen umdrehen und den Juden so als Nachteil vorrechnen, was den Eltern nach 1945 als de-

ren Vorzug galt. Israel jedenfalls war den Philosemiten "das Land, das wir mit unserer Seele suchen müssen".(Bieber 1972)

Die Haltung der Linken zu Israel war und ist das Vexierbild der Rechten. Hier herrscht ein Automatismus der Gegenidentifikation und Parteinahme, der bis heute ungebrochen wirksam ist und der anläßlich des Krieges um Kuwait seine Effektivität so nachdrücklich demonstrierte wie nur gelegentlich des Libanon-Kriegs 1982, als der "Arbeiterkampf" den Aufmacher: "Endlösung der Palästinenserfrage" druckte. Weil die BRD, die Israel bis 1965 die Anerkennung verweigerte und um jede Mark feilschte, zugleich und ganz richtig sich als der Rechts- und Gesellschaftsnachfolger des Dritten Reiches verstand, darum waren bis 1967 Antifaschismus und Sympathie für Israel derart eng verbunden wie danach nur der neulinke "Antifaschismus" und die Begeisterung für die nationale Befreiung Palästinas - ein Automatismus, der nicht zuletzt aus jenem antiquierten Begriff von Faschismus resultierte, der 1970 den SDS Heidelberg, die Kerngruppe des späteren Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) unter anderem für eine Palästina-Solidaritätsdemonstration mobilisieren ließ, weil die Juden "schon einmal zusammen mit den Sozialisten Opfer des Faschismus waren" (SDS Heidelberg 1970). Den kleinen, aber lebensgefährlichen Unterschied, der darin liegt, daß man aus der Linken austreten kann, aus dem Judentum aber nicht (Améry 1975), und der zugleich die Differenz zwischen dem autoritären Staat, den der marxistisch-leninistische Faschismusbegriff vielleicht beschreibt, und dem Nationalsozialismus ausmacht, haben die linken Deutschen nie begriffen. Sie versuchten stattdessen, es dem Genossen Stalin, dem Anti-Überich zu Hitler, mit der "Bolschewisierung" und dem Kampf gegen den Linksradikalismus, "Luxemburgismus", Trotzkismus, Anarchismus und sonstige "Kinderkrankheiten des Kommunismus" recht zu machen (vgl. Enderwitz 1986, ISF 1985).

In den Jahren zwischen der Anerkennung Israels durch die BRD, dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 und dem "Schwarzen September" von 1972 kippt die Stimmung links von der Mitte fast ausnahmslos völlig um. Der linke Philosemitismus transformiert sich seiner eigenen Psycho- wie Ideologik gemäß in den linken Antizionismus aus dem einzigen Grunde, weil sich die innen- und außenpolitische Lage der zwangsparlamentarisierten Volksgemeinschaft verändert hatte und neue Bündnisse eingegangen wurden. "Die Linke" bewährt sich darin als bewußtloser Teil des völkischen Pluralismus und als der Rechten funktional völlig äquivalentes Moment des Spiegelspiels der Politik: sie ist Element der Reproduktion nationaler Souveränität, Teil des übergeordneten Ganzen, auf das im Notfall immer Verlaß ist. So ging die Logik der Politik über eine Linke hinweg, die von den staats- und nicht nur regierungskritischen Konsequenzen der Marxschen "Kritik der politischen Ökonomie" so wenig wissen wollte wie von Bakunin und anderen anarchistischen "Kleinbürgern".

Die tatbestandsmäßig identische, nur mit unterschiedlichen Vorzeichen versehene volksgemeinschaftliche Projektion auf Israel bringt das politische Spiegelspiel des deutschen Pluralismus auf seinen völkischen Begriff wie sonst nur noch die kollektiv inszenierte, nur unterschiedlich artikulierte polemische Aversion gegen die "Kollektivschuld". Was bewegt zum Beispiel den "Anti-Fa-Funk" des alternativen Radio Dreyeckland dazu, eine Sendereihe zum Thema "Faschismus, Kollektivschuld, Geschichte von unten" zu veranstalten und dafür so zu werben:

"(Es geht) um einen konkreten Punkt typischer Geschichtsverdrehung, die Kollektivschuldthese. Diese wurde nach 1945 von den westlichen Alliierten gemeinsam mit der deutschen Bourgeoisie verbreitet und sollte sagen: Die Deutschen als Kollektiv (als Volksgemeinschaft?) seien alle gleichermaßen schuld an den Massenmorden des deutschen Imperialismus und des Nazi-Regimes. (...) Die Kollektivschuldthese diente auch zur ideologischen Absicherung der 'Wiedergutmachungszahlungen' an den Staat Israel. Diese Zahlungen gingen nicht etwa an die einzelnen jüdischen Menschen, die selbst oder deren Angehörige Opfer des Faschismus waren, sondern dienten zum Aufbau des Staates Israel als Statthalter imperialistischer Interessen des Westens im Nahen Osten. Mit diesen Geldern wurde direkt die Vertreibungs- und Vernichtungspolitik Israels gegen die PalästinenserInnen unterstützt. Kritik an dieser Unterstützung und am Zionismus als der chauvinistischen Ideologie des Kolonialstaates Israel, jegliche Solidarität mit dem Freiheitskampf palästinensischer Menschen wird hierzulande mit dem Vorwurf des Antisemitismus diffamiert. Aufgrund ihrer historischen 'Schuld' als 'Deutsche' hätten Linke in der BRD Israel kritiklos zu unterstützen" (Radio Dreyeckland 1991, S. 33).

Woher die Aversion gegen die "Kollektivschuldthese", die, kämen die Worte "Bourgeoisie" und "Faschismus" nicht vor, von der "Nationalzeitung" auch nicht besser zur Sprache gebracht werden könnte? Und woher schließlich die unaufklärbare Unverfrorenheit von Leuten, die das Gleiche sagen wie die authentischen Neonazis, aber dieses, natürlich, ganz anders gemeint haben und verstanden wissen wollen?

Das Wort von der "Kollektivschuld" unterstellt, die bürgerliche Gesellschaft der späten Weimarer Republik sei eine basisdemokratische Veranstaltung von Individuen gewesen, die, vom zwanglo-

DIE KOLLEKTIVSCHULD

Ich spreche von denjenigen deutschen und österreichischen Zeitgenossen, die einander und sich selbst einreden, daß unsere Bitte, das Gewesene (damit es sich nicht wiederhole) nicht zu vergessen, nichts sei als der indirekte Vorwurf einer *"Kollektivschuld"*. Nun, *dieser Terminus ist ganz sinnlos*. Es mag zwar unmittelbar nach Kriegsende, als die maschinelle Massenvernichtung bekannt wurde; und als es evident wurde, daß es keinen Deutschen gegeben haben konnte, der nichts davon gewußt hätte; und als die theoretische Verarbeitung und Aufklärung des Geschehens nicht sofort perfekt einsetzen und funktionieren konnte; also damals, vor mehr als vierzig Jahren mag zwar dieser hilflose Ausdruck, namentlich in den USA, verwendet worden sein. Aber schon um 1950 wurde er von keinem ernsten Menschen: keinem seine Toten Betrauernden, keinem seriösen Autor, Historiker oder Politiker mehr in den Mund genommen. Mit dem Überleben des Wortes hat es, wie Sie, Herr Eichmann, gleich sehen werden, eine sehr besondere Bewandnis. *Nicht durch uns lebt der Terminus nämlich fort*, wir halten ihn sogar für Unsinn ... (...) *Am Leben* gehalten, und zwar hartnäckig und eifersüchtig, *wird dieses Wort allein durch Euch*, durch Hundertausende von Ihresgleichen. In der Tat führt Ihr Euch so auf, als wenn wir Euch pausenlos den Vorwurf der "Kollektivschuld" entgegenschleuderten. Und das tut Ihr deshalb, *weil Ihr* - jawohl: Ihr, nicht wir - *den Begriff benötigt*. Ihr benötigt ihn *deshalb, weil ihr wünscht, die Chance zu haben, ihn abweisen zu können, und Euch durch diese Abweisung ins Recht setzen zu können. Gäbe es das Wort nicht, Ihr würdet es erfinden, um es zu bekämpfen*. So wie ihr, wenn es uns Juden nicht gegeben hätte, Juden erfunden und sogar hergestellt hättet. Der Vergleich ist mehr als eine Parallele, weil es sich in beiden Fällen um *die typische Taktik des Antisemitismus* handelt, *der deshalb auf Juden angewiesen ist, weil diese das unverzichtbare Futter für die Haßlust sind*. Kurz: Ihre Leute hier, *die Eichmannsöhne von heute, leben geradezu im Glauben daran, daß die sie verunrechtende Anklage von uns dauernd vertreten werde. Sie benötigen den Vorwurf, um durch Nachweis seiner Falschheit Schuldlosigkeit beweisen zu können*. (...)

Dazu kommt schließlich, daß sie durch ihre Bestreitung der angeblich von uns vertretenen These die Chance gewinnen, *die Schuld auf uns, die Überlebenden zu schieben: nämlich uns als Lügner hinzustellen*. Wobei sie gerne, wenn sie das für opportun halten, (...), darauf hinweisen, daß (während *sie uns* schon längst verziehen hätten) *wir* (natürlich zumeist jüdischen) *Opfer typischerweise völlig unversöhnlich, nein: rachsüchtig blieben"*

Günther Anders

sen Zang besserer Argumente genötigt, mit überwältigender Mehrheit Hitlers Bewerbung um den Führerposten angenommen habe; es unterstellt einen im strafrechtlichen Sinne bedeutsamen Zusammenhang von Tat und Täter, die Möglichkeit der Zurechnung einer Wirkung auf eine Ursache. Wenn die Rede von einer Schuld, die anders nicht zu ahnden, wenn auch keinesfalls wiedergutzumachen gewesen wäre, als, vielleicht und bestenfalls, durch Revolution, oder, kaum und ersatzweise, durch noch mehr Nürnberger Gerichtshöfe und konsequente Desnazifizierung, einen Sinn macht, dann den, daß kollektive Schuld darin besteht, immer noch nicht, noch nicht einmal nach Auschwitz, auf den Zusammenhang einer Gesellschaft zu reflektieren, deren kapitalistische Synthesis nicht in individueller Interaktion aufgeht und die sich vielmehr in Begriffen von "Volk", "Nation", "Vaterland", "nationale Identität" und dergleichen so darstellt, daß die identitätssüchtigen Subjekte nach ihr verlangen. Darum war "das Schuldbekenntnis, das die Deutschen nach der Niederlage des Nationalsozialismus 1945 (formulierten), ein famoses Verfahren, das völkische Gemeinschaftsempfinden in die Nachkriegsperiode hinüberzuretten. Das Wir zu bewahren war die Hauptsache. (...) Das Schuldbekenntnis hieß vielmehr, 'wir' und die Nazis gehören zusammen, der Krieg ist verloren, 'wir' müssen Abbitte tun, sonst kommen wir nicht rasch genug wieder hoch. Erst wenn die Sieger Konsequenzen ziehen wollten, griff man zur unverschämten Lüge und behauptete das Gegenteil von Schuld, 'wir' haben nichts davon gewußt, anstatt 'wir' wollen es nicht wissen. Selbst noch das 'Ich' stand für das 'Wir'. Ich war kein Nazi, im Grunde waren wir's alle nicht. Das Wir ist die Brücke, das Schlechte, das den Nazismus möglich machte" (Horkheimer 1974, 200f.).

Wäre die Übernahme völkischer Denkformen innerhalb der Linken tatsächlich durch Irrtum, Unwissen oder Informationsmangel verursacht, dann müßte er schon durch den staatstheoretischen Hinweis auf den Charakter bürgerlicher Souveränität zu heilen sein (ISF 1985): Denn das Unterfangen, den Staat, sei es sozialdemokratisch-legalistisch, sei es bolschewistisch-aktivistisch zum Dreh-und Angelpunkt von "Revolution" machen zu wollen, wäre als Konsequenz der Verblendung durch die objektive Ideologie von Staatlichkeit durchaus aufklärbar.

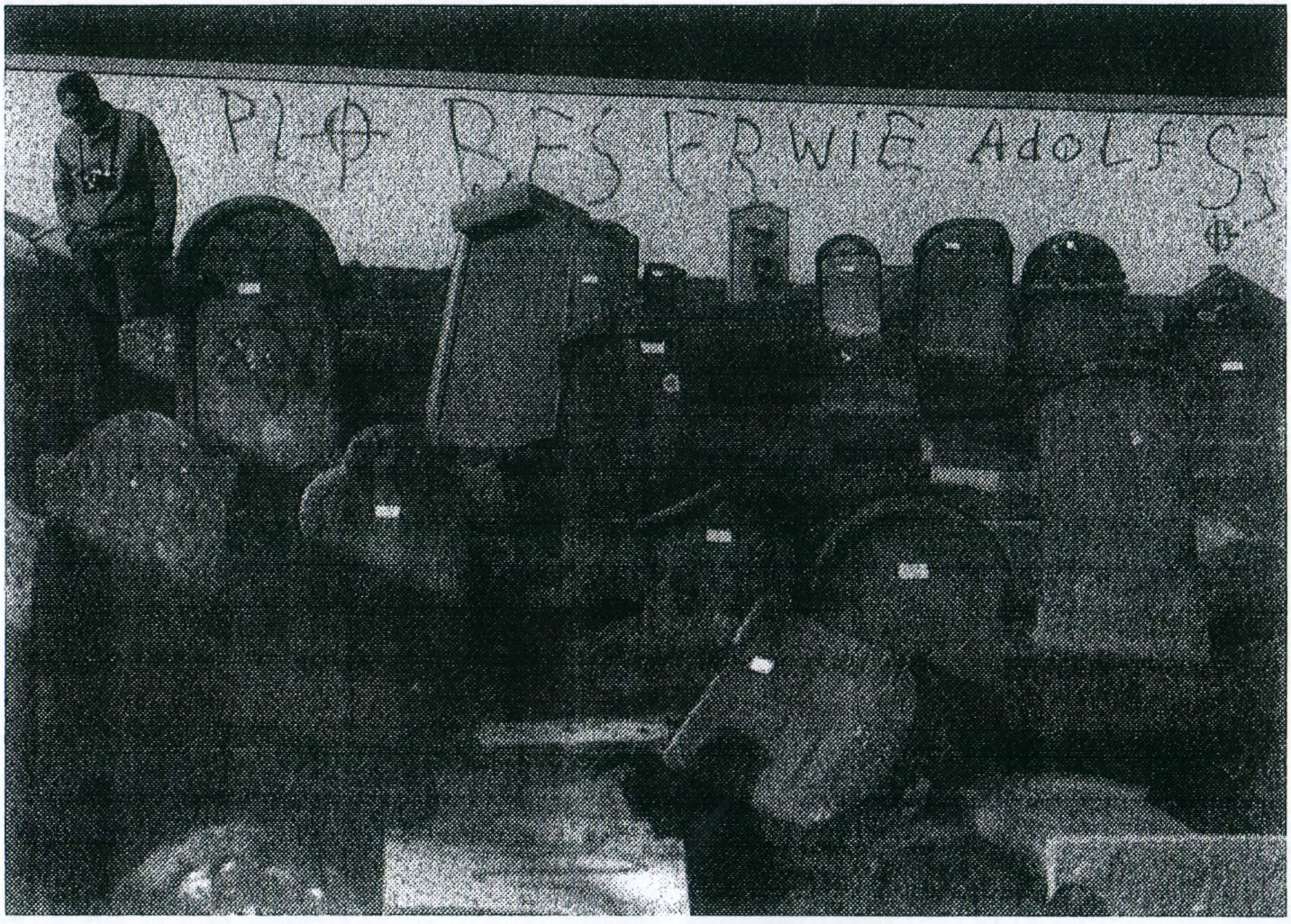
Militante Aufklärung lebt von der (kontrafaktisch-hypothetischen) Unterstellung, Ideologie ließe als verirrtes Erkenntnisinteresse sich interpretieren und therapieren. Das praktische Bemühen, die Aufklärbarkeit der Antisemiten von links nach dieser Methode unter Beweis zu stellen, scheitert derart eklatant an ihrem unverschämt guten Gewissen und ihrer demonstrativ zur Schau gestellten ehrlichen Gesinnung, daß der Marxismus-Leninismus als in letzter Instanz programmatischer Referenzpunkt der antizionistischen Radikalität als die bloß theoretische Hülle eines ganz besonderen praktischen Bedürfnisses verstanden werden muß und nur noch als die Ideologieform erklärt werden kann, die - nach der Seite des Staates - die Übersetzung des objektiv Gebotenen ins subjektive Wollen leistet, und die zugleich - nach der Seite des Staatsbürgers - die Übersetzung des Widerspruchs geschädigter Interessenten in eine Opposition organisiert, die, recht verstanden, im höheren Interesse des Gemeinwohls liegt. Der Marxismus-Leninismus als die "proletarische Theorie der bürgerlichen Revolutionäre wie als revolutionäre bürgerliche Theorie des Proletariats" (Zimmermann 1974) ist die ideologische Gestalt einer konformistischen Revolte, die die "Brüderlichkeit der allumfassenden Erniedrigung" intendiert, und, statt auf die Verwirklichung freier Assoziation im Wege der revolutionären Abschaffung repressiver Vergleichung, auf "repressiven Egalitarismus" zielt (Adorno 1951, S. 56). Die Aufklärung des Antizionismus wird durch das Bedürfnis nach Evidenz und Autorität sabotiert, das die rebellischen Konformisten von links umtreibt und ihren Elan anfeuert.

Hierin liegt das sozialpsychologische Substrat der linken Vorstellung, zwischen gutem und schlechtem, zwischen imperialistischem und revolutionärem Nationalismus müsse ein Unterschied ums Ganze gemacht werden.

Militante Aufklärung, die sich der Sache anmißt, wird durch ihren Gegenstand, will sie ihn nicht verfehlen, dazu genötigt, den Terrainwechsel von der Ideologiekritik zur Sozialpsychologie nachzuvollziehen, den der konformistische Rebell vormacht. Seine Rebellion bezweckt nicht die Abschaffung, sondern den Austausch von Herrschaft. Unsachlich wäre es, würde sie nicht als Kritik und also Polemik auftreten, als polemischer Antinationalismus, der seinen Adressaten keineswegs mehr zu therapieren, sondern vielmehr zu blamieren gedenkt. Anders als mit den Waffen der Kritik ist den ideologischen Manifestationen der deutschen Ideologie nicht beizukommen, anders kann der Volksgemeinschaft der autoritären Philosemiten und rebellischen Antizionisten nicht Paroli geboten werden. Zumindest nicht theoretisch.

10.
NIE WIEDER DEUTSCHLAND: FÜR DIE STAATEN- UND KLASSENLOSE WELTGESELLSCHAFT!

Im Horizont des Antiimperialismus, der den Antizionismus enthält wie die Wolke das Gewitter, bleibt die revolutionäre Entkapitalisierung der Gesellschaft ebenso undenkbar wie ihre radikale Entstaatlichung. "Die Linke" hat die Chance verpaßt, aus den Alpträumen der proletarischen Marxismen zu erwachen, und sie



hat ihre Gelegenheit versäumt, das obskure Amalgam von sozialdemokratischer Steinzeit und bolschewistischer Antike, die absurde Melange von rigider Politikbegeisterung und desperatem Produktivitätswahn abzutun. Das transformiert sie zur desperaten Nullität, zum organischen Element und provokanten Katalysator der latenten Volksgemeinschaft.

Der vollkommene moralische Bankrott "der Linken" in puncto Israel wie in Sachen Antisemitismus demonstriert: Es wäre - nicht nur 1968 - sinnvoller gewesen, die Linken hätten im Kaffeesatz gelesen, als im "Kapital" von Karl Marx und/oder in "Staatlichkeit und Anarchie" von Michail Bakunin. Was die Linken auch tun und denken mögen - sie führen sich auf wie Mini-Ströbeles und Westentaschen-Schwarzers (vgl. Bittermann 1991). Ebenso unaufklärbar wie unaufhebbar hat sich die objektive Ideologie nationaler Souveränität mit dem Sozialcharakter des rebellischen Konformismus verschmolzen; eine konfuse Fusion, deren bewußter Ausdruck, die deutsche Ideologie, in der Projektion auf Israel über die strategischen Perspektiven des Fortschritts der postfaschistischen bürgerlichen Gesellschaft zur nationalen Gemeinschaft spekuliert und sich in die unumgängliche Notwehrstimmung hineinsteigert, die für den Übergang zur fatalen Praxis unabdingbar ist.

"Der unerschöpfliche Vorrat an Rechtfertigungen, der einen ebenso monströsen Amoralismus bemäntelt, ist eines der wirklich beunruhigenden Elemente nicht nur im hiesigen Massenbewußtsein, sondern auch in der hiesigen offiziellen Politik. Alle Gruppen, von den etablierten Parteien bis zum Restbestand der außerparlamentarischen Opposition, zeichnen sich dadurch aus, daß sie keine festen politischen, moralischen oder ökonomischen Prinzipien besitzen, sondern eigentlich für jeden Schwenk und jede Kehrtwendung so offen sind, wie es die Sozialdemokratie 1914 war, als sie vom Internationalismus und Pazifismus zur Begeisterung für den vaterländischen Krieg überlief. Aus den Wandlungen beispielsweise, welche die bundesdeutsche Linke in den 20 Jahren seit 1969 schon durchgemacht hat, ist auf eine Flexibilität zu schließen, für die es keine Grenzen gibt. Das Beunruhigende an den Verhältnissen in der BRD ist also, daß man weder von der Bevölkerung noch von politischen Gruppen sagen kann, was sie mit Sicherheit nicht tun würden.": Dies Resultat der Diagnose des deutschen Massenbewußtseins (Pohrt 1991, S. 270) läßt, wie schon die Studie Erich Fromms über "Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches" von 1931/32 (Fromm 1980), Schlimmes befürchten.

Um den kommenden Dingen zumindest theoretisch Paroli zu bieten, bedürfte es des Verzichts darauf, Gesellschaft in Begriffen der Vermittlung von Theorie und Praxis zu denken. Denn die Vereinigung der Deutschen wird schließlich ein solch eklatantes Krisenpotential entbinden (Kurz 1991) und die Subjekte derart massiv von ihren bisherigen Lebens- und Denkumständen distanzieren, daß nichts notwendiger wäre als die massive Präsenz eines kollektiven Kritikers, der die regressiven und barbarischen Auswege aus der deutschen Misere theoretisch zu denunzieren und praktisch zu boykottieren imstande wäre (ISF 1983). Die Raison praxisträchtiger Ideologiekritik bestünde darin, dem Diktum des linken Hegelianers Bruno Bauer: "Der Terrorismus der wahren Theorie muß reines Feld machen" (Bauer 1841) zur materialistischen Pointe zu verhelfen, und mit der fixen Idee des bürgerlichen Positivismus wie des 'wissenschaftlichen Sozialismus' zu brechen, ein vernünftiger Begriff kapitalistischer Vergesellschaftung bestünde in etwas anderem als in gelungener Revolution für die staaten- und klassenlose Weltgesellschaft. Das Kriterium für theoretische Wahrheit liegt nicht in Theorie selbst, auch nicht, wie beim Puddingrezept, wo "the proof lies in the eating" (Friedrich Engels), in ihrer objektiven oder parteilichen Anwendung auf Praxis, sondern darin, daß sie als geistiger Vorschein freier Assoziation an den Phänomenen wie an der Dialektik der etatistischen Kapitalvergesellschaftung negativ beweist, daß Vernunft nicht "für sich" als positive besteht oder gar als Ontologie der gesellschaftlichen Arbeit längst schon "an sich" gesetzt ist, sondern allein in ihrer antagonistischen Wendung gegen das gesellschaftliche Unwesen.

Aber die historischen Subjekte, auf deren Spontaneität die Kritik einstweilen zu spekulieren gezwungen ist und deren ungedeckten Kredit sie zur Illustration ihrer Vernünftigkeit gleichwohl beansprucht, sind nicht und nirgends auszumachen. Die Transformation der Arbeiterklasse in den Stand der mit produktiven Aufgaben zeitweilig betrauten Staatsbürger hat, mit den Vermittlungsphantasmen der proletarischen Marxismen, zugleich das revolutionär vermittelnde Subjekt als proletarisches abgeschafft - was noch kein Schaden wäre. Die totale Vergesellschaftung jedoch (Breuer 1977 und 1985), das Resultat wie das Movens dieser negativen Aufhebung der Klassen- zur etatistischen Kapitalgesellschaft, scheint antagonistische Subjektivität an sich zu sabotieren; und so nimmt die Notwendigkeit revolutionärer Abschaffungen im gleichen Maße zu wie die Möglichkeit zur freien Assoziation außer Kurs gesetzt wird (ISF 1985).

Antiimperialismus, der hinter den brüchigen Fassaden des Marxismus-Leninismus notdürftig auf links getrimmte Kampf gegen Fremdherrschaft und für völkische Selbstbestimmung, läßt das Vernünftige am proletarischen Internationalismus: Grenzüberschreitung, in der Addition rebellischer Nationalismen und zur Vereinheitlichung "aller Völker, die Befreiung wollen", untergehen. Nur darin könnte das Erbe des proletarischen Internationalismus bestehen, daß sein rationales Moment zum revolutionären Antinationalismus: zur Grenzvernichtung gesteigert und im Kampf für die staaten- und klassenlose Weltgesellschaft aufgehoben wird. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist ein Antagonist der freien Assoziation von Individuen - hoffentlich nicht ihr Grab.

Die Anweisung auf die staaten- und klassenlose Gesellschaft impliziert unmittelbar, daß Israel unter den Nationalstaaten der einzige nach Lage der Dinge wie nach dem Zustand der Geschichte legitime ist, jener bürgerliche Staat mithin, der zwar, wie jeder andere, eine ganz andere Statur beweist als den "einer politischen Organisation nach außen und eines Service-Betriebes für die Einwohner nach innen" (Broder 1986, S. 35) und der doch erst ganz zuletzt, im vielleicht doch noch gelingenden glücklichen Ausgang der menschlichen Naturgeschichte wird aufhören können. Wer diese materialistische Konsequenz als bloßen Widerspruch empfindet, der mag sich immerhin damit beruhigen, daß "die Linke" schon ganz anderes "ausgehalten" und umgangen hat.

Nicht nur deswegen ist die Propaganda fürs "Recht auf nationale Selbstbestimmung" konterrevolutionär, weil sie der freien Assoziation autonomer Individuen diametral zuwiderläuft und das Subjekt der Befreiung zum Objekt politischer Souveränität verkehrt, sondern, mehr noch, weil sie "Blut und Boden" als Denkformen der Politik bestätigt. Denn die versprochene "Selbstbestimmung" kann nur in den der Entscheidung über die Politik der Regierung vorausgesetzten demokratischen Formen stattfinden, die, qua Form, Staatlichkeit vor jedem Inhalt und jedem Programm institutieren: das Wahlrecht, sei es so allgemein, so frei, so gleich und geheim wie nur immer, setzt die Zentralität der politischen Macht voraus; kein "Recht auf Selbstbestimmung" ist als Recht denkbar, das die Frage, ob Staat überhaupt sein soll, zum Gegenstand hätte. Und zugleich impliziert dies Recht als nationales, daß sein Subjekt als territorial definiertes und politisch umgrenztes schon konstituiert, mithin zum Arbeitsmaterial der politischen Zentrale formiert ist. So ist das "Recht auf nationale Selbstbestimmung" heillos aporetisch, und es sind diese Aporien, die der Souverän vermittelt und deren Synthese er ist (vgl. die Kritik an Stalins Opus "Marxismus und nationale Frage" in ISF 1990, S. 130ff.). Weil die Formen des Politischen die Zentralität der Macht praktisch unterstellen, bewirken sie die Naturalisierung der Grenze und des Staatsterritoriums zum "Boden". Das "Recht auf nationale Selbstbestimmung" führt zwanghaft auf das Recht der Völker an ihrer angestammten Heimat, es ist der Einstieg in die Ursprungsmythen der Nation, in die Legitimation ihrer politisch stabilisierten Reproduktion als unendlicher Zueignungszusammenhang. Der Souverän tritt auf als der Garant der Genealogie, des "Blutes", das auf seinem "Boden" sich fort- und fortzeugt. Im Resultat reduziert sich das "Recht auf nationale Selbstbestimmung" auf das "Recht" der ersten Landnahme - ein nur mit Gewalt zu beweisendes "Argument". Es gehört zur geistigen Tiergeschichte der Menschheit.

Der Zionismus demonstriert den gewalttätigen Charakter jeder Inszenierung von Staatlichkeit, die Brachiallogik noch jeder nationalen Befreiungsbewegung, die ja keineswegs den Globus als den gemeinschaftlichen Besitz assozierter Individuen beschlagnahmen, sondern bloß eine Gegend für Volk, Vaterland und Muttersprache aneignen will. Daran allerdings zeigt sich die antizionistische Propaganda symptomatisch desinteressiert - von Hamburg, dem Sitz einer einschlägig bekannten "Autonomen Nahost-Gruppe", bis Bagdad wird vielmehr in Übereinstimmung mit der immer noch gültigen Nationalcharta der PLO erklärt: "Das Judentum als Religion ist keine Nationalität mit eigenständiger Existenz. Des weiteren stellen die Juden kein Volk mit eigener Selbstständigkeit dar, vielmehr sind sie Bürger des Staates, dem sie angehören" (Autonome Nahost-Gruppe 1989). Der Unwille, endlich den Unterschied zwischen Antijudaismus und Antisemitismus zur Kenntnis zu nehmen, und die erschreckend genaue Kenntnis davon, was ein "Volk" ist und wer bestimmt keines, signalisieren einen Vernichtungswillen, der noch dem letzten Leserbriefschreiber in der deutschen Provinz zumindest verständlich ist: "Die Existenz Israels auf dem Gebiet, auf dem es seit mehreren Jahrzehnten besteht, ist eine einzige Provokation, die Politik der israelischen Regierung quasi nur noch zusätzlich dazu. Daß die arabischen Länder für die Unfähigkeit Europas, gemeinsam mit Juden zu leben, 'bezahlen' müssen, ist dort einfach nicht mehr verständlich zu machen" (Melcher 1991).

So kommen die wohlfeile Selbstkritik von Metropolenlinken am 'Eurozentrismus', das lässige Dementi am Begriff universeller Wahrheit und der völkische Relativismus darin überein, daß das "Recht auf nationale Selbstbestimmung" eine humanitäre Wohlfahrt ist, auf die das Unvolk Israel keinerlei Ansprüche geltend zu machen hat.

"Der Antizionismus ist ein von Grund auf reaktionäres Phänomen, das von progressistischen, antikolonialistischen Phrasen vernebelt wird. (...) Der Augenblick einer Revision und neuen geistigen Selbstbestimmung der Linken ist gekommen, denn sie ist es, die dem Antisemitismus eine ehrlose dialektische Ehrbarkeit zurückgibt. Die Allianz des antisemitischen Spießerstammtisches mit den Barrikaden ist wider die Natur, Sünde wider den Geist ..." (Amèry 1967, S. 249)

BESCHLUSS

Der revolutionäre Antinationalismus wird den Gedanken sich zueignen, den 1795 Immanuel Kant im dritten Definitivartikel "Zum ewigen Frieden" faßte, die Idee des "Weltbürgerrechts": "(Dieses Recht) bedeutet Hospitalität (Wirtbarkeit), das Recht eines Fremdlings, seiner Ankunft auf dem Boden eines anderen wegen, von diesem nicht feindselig behandelt zu werden. Dieser kann ihn abweisen, wenn es ohne seinen Untergang geschehen kann; so lange er aber auf seinem Platz friedlich sich verhält, ihm nicht feindlich begegnen. Es ist kein Gastrecht, worauf dieser Anspruch machen kann (wozu ein besonderer wohltätiger Vertrag erfordert werden würde, ihn auf gewisse Zeit zum Hausgenossen zu machen), sondern ein Besuchsrecht, welches allen

Menschen zusteht, vermöge des Rechts des gemeinschaftlichen Besitzes der Oberfläche der Erde, auf der, als Kugelfläche, sie sich nicht ins Unendliche zerstreuen können, sondern endlich sich doch neben einander dulden müssen, ursprünglich aber hat niemand an einem Orte der Erde mehr Recht, als der andere" (Kant 1977, S. 213f.). Aus dem Begriff der Menschheit folgt

erstens,

daß die Juden das gleiche Recht auf Palästina haben wie die Palästinenser, die Georgier oder die Gagausen, von den Armeniern und Schlesiern, den Basken, Meßcheten und Kurden ganz zu schweigen;

zweitens,

daß es der nationalen Verfassung der Weltgesellschaft wegen legitim ist, aus Notwehr oder Nothilfe dies "Besuchsrecht" zu erzwingen, wenn das Dogma der "historischen Rechte" anders als mit Gewaltmitteln nicht zu widerlegen sein sollte;

drittens,

daß die Verweigerung des Besuchsrechtes mit bewaffneten Mitteln die Negation der Einheit der Gattung vollstreckt, die den 'geistigen' Inhalt der Ideologie des (Befreiungs-) Nationalismus ausmacht;

viertens,

daß der Kampf des israelischen mit dem palästinensischen Recht auf nationale Selbstbestimmung genau solange dauern wird, bis sich die souveräne Gewalt findet, die zwischen den gleichen Rechten entscheidet und so wechselseitige Anerkennung erzwingt;

fünftens,

daß, da der Kampf gleicher Rechte um gegenseitige Anerkennung in Ermangelung dieser dritten Gewalt seit über vierzig Jahren als Krieg stattfindet, die negative Wechselseitigkeit in der Anwendung immer extremerer Mittel durchaus in seiner Logik liegt. Hier gilt der Satz: "Solange ich den Gegner nicht niedergeworfen habe, muß ich fürchten, daß er mich niederwirft, ich bin also nicht mehr Herr meiner, sondern er gibt mir das Gesetz, wie ich es ihm gebe" (Clausewitz 1963, S. 13). Nur dafür ist die israelische Regierung zu kritisieren, daß sie nicht den aus Abrüstungsverhandlungen berühmt-berüchtigten 'ersten Schritt' unternimmt;

sechstens,

daß die antizionistische Verleugnung des weltgeschichtlichen Charakters der Vernichtung der Juden - weil sie den barbarischen Umschlag der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland als von "Europäern" zu verantwortendes Unglück darstellt, das die Menschen im Nahen Osten "als Araber" nichts anginge - den praktischen und geistigen Auschluß der Juden aus der Menschheit am Leben hält. Und schließlich,

siebtens,

daß die linken Antizionisten die legitimen Enkel der Volksgemeinschaft sind, Metropolenlinke, die den "Faschismus" Israels, den die Altvorderen bewunderten und beneideten, zur Abwechslung verdammen und verabscheuen, um sich ihrem genealogischen Auftrag würdig zu erweisen, der darin besteht, das nationale Wir um jeden Preis für bessere Zeiten zu konservieren.

INITIATIVE SOZIALISTISCHES FORUM

Literatur

Abosch, H., Antisemitismus in Rußland. Eine Analyse und Dokumentation des sowjetischen Antisemitismus, Darmstadt 1972

Adam, H., Sind Israel und Südafrika vergleichbar? in: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft, H.3/1988, S. 299ff.

Adorno, Th.W., Negative Dialektik, Frankfurt 1966

Ders., Die Freudsche Theorie und die Struktur der faschistischen Propaganda (1951), in: Ders., Kritik. Kleine Schriften zur Gesellschaft, Frankfurt 1971, S. 34ff.

Ders., Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben, Frankfurt 1979

Améry, J. Der ehrbare Antisemitismus (1967), in: Ders., Widersprüche, Stuttgart 1975

Anders, G., Die Antiquiertheit des Menschen, Bd. 2, München 1980

Anderson, P., Die Entstehung des absolutistischen Staates, Frankfurt 1979

Anderson, B., Die Erschaffung der Nation durch den Kolonialstaat, in: Das Argument N° 2/1991, S. 197ff.

Antizionistisches Komitee der sowjetischen Öffentlichkeit (Pressekonferenz), in: Al Karamah. Zeitschrift für die Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und dem der drei Kontinente, Nr. 3, Marburg 1986

Aufbruch. Zeitung der Sozialistischen Liga, Berlin, 1.Jg., Nr.1, März 1991

Autonome Nahostgruppe Hamburg, Stellungnahme, in: Arbeiterkampf N° 291 vom 8. 2. 1988, S. 36f

Dies./Gruppe Arbeiterpolitik, Beiträge zur Diskussion: Zionismus, Faschismus, Kollektivschuld, Hamburg, April 1989

Bauer, B., Brief an Karl Marx vom 28. 3. 1841, in: Pepperle, H. und I.(Hrsg.), Die hegelsche Linke, Leipzig 1985, S. 810

Bering, D., Die Intellektuellen. Geschichte eines Schimpfwortes, Frankfurt/Berlin/Wien 1982

Bittermann, K., Liebesgrüße aus Bagdad. Die "edlen Seelen" der Friedensbewegung und der Krieg am Golf, Berlin 1991

Bieber, H.-J., Zur bürgerlichen Geschichtsschreibung und Publizistik über Antisemitismus, Zionismus und den Staat Israel, in: Das Argument N° 75 (1972), S. 231ff.

Breuer, S., Die Krise der Revolutionstheorie. Negative Vergesellschaftung und Arbeitsmetaphysik bei Herbert Marcuse, Frankfurt 1977

Ders., Aspekte totaler Vergesellschaftung, Freiburg 1985

Broder, H.M., Der ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls, Frankfurt 1986

Bröckling, U., Die "Methode Schönhuber". Zur Technik der völkischen Demagogie, in: Kritik & Krise Nr. 2/3, Freiburg 1990, S. 37ff.

Brumlik, M., Der Anti-Alt. Wider die furchtbare Friedfertigkeit, Frankfurt 1991

Carlebach, E., Vom nationaljüdischen Antisemitismus (1934), in: Henryk M. Broder/ Hilde Riecher (Hg), Jüdisches Lesebuch 1933 - 1988, Nördlingen 1987, S. 77ff.

Chomsky, N., Antiquierter und anämischer Antisemitismus, in: Semit. Die unabhängige jüdische Zeitschrift, Nr. 1/1991, S. 44ff.

Clausewitz, C.v., Vom Kriege, Reinbek 1963

Diner, D., Israel in Palästina. Über Tausch und Gealt im Vorderen Orient, Königstein 1980

Enderwitz, U., Antisemitismus und Volksstaat. Zur Pathologie kapitalistischer Krisenbewältigung, Freiburg 1991 (im Erscheinen)

Ders., Die Republik frißt ihre Kinder. Hochschulreform und Studentenbewegung in der BRD, Berlin 1986

Flappan, S., Die Geburt Israels. Mythos und Wirklichkeit, München 1988

Flores, A., Nationalismus und Sozialismus im arabischen Osten. KP und palästinensische Volksbewegung in Palästina 1919 - 1948, Münster 1981

Frangi, A., Informationsstelle Palästina (Hg), Warum die UNO Zionismus als Rassismus verurteilt ... (Palästina- Extranummer), Bonn o.J.

Fried, E., Ist Antizionismus Antisemitismus? in: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken Nr.337 (30.Jg. 1976, H.7), S. 547ff.

Fromm, E., Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung, Stuttgart 1980

Gellner, E., Nationalismus und Moderne, Berlin 1991

Gruppe Internationalisten, Befreiungsnationalismus: Ein falscher Antiimperialismus, in: Kritik & Krise 2/3, 1990

gs., Kritische Theorie und was davon bei näherem Hinsehen übrigbleibt, in: Kommunismus und Klassenkampf. Theoretisches Organ des KBW, 6.Jg. 1978, Nr.3, S.135ff.

Haug, W.F., Der hilflose Antifaschismus. Zur Kritik der Vortragsreihen über Wissenschaft und NS an deutschen Universitäten, Köln 1972

Hashash, A., Palästina: Kampf der Gegensätze. Hintergründe, innere Dynamik und Perspektiven der Intifada, Gießen 1991

Heenen-Wolff, S., Erez Palästina. Juden und Palästinenser im Konflikt um ein Land, Frankfurt 1987

Heinsohn, G., Was ist Antisemitismus? Frankfurt 1988

Heller, O., Der Untergang des Judentums. Die Judenfrage, ihre Kritik, ihre Lösung durch den Sozialismus, Berlin 1931

Hermand, J., Orte. Irgendwo. Formen utopischen Denkens, Königstein 1981

ders., Der alte Traum vom neuen Reich. Völkische Utopien und Nationalsozialismus, Frankfurt/Main 1988

Herzl, Th., Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage (1896), Augsburg 1986

Hess, M., Rom und Jerusalem, die letzte Nationalitätenfrage, in: Ders., Ausgewählte Schriften, hrsg. und eingel. v. H. Lademacher, Wiesbaden o.J., S. 221ff.

Hitler, A., Eine 'grundlegende' Rede über den Antisemitismus (1920), kommentiert von Reginald H. Phelps, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 16.Jg. 1968, H.4, S.390ff.

Horkheimer, M., Notizen in Deutschland 1950 bis 1969, Frankfurt 1974

Initiative Sozialistisches Forum (ISF), Das Ende des Sozialismus, die Zukunft der Revolution, Freiburg 1990

Dies., Nationaler Wahn und kapitalistische Vergesellschaftung (1990a), in: Dies., Das Ende des Sozialismus ..., S.30ff

Dies., Ulrike Meinhof, Stalin und die Juden: Die (neue) Linke als Trauerspiel, in: Dies., a.a.O., S. 119ff.

Dies., Das Erbe von '68, in: Dies., a.a.O., S. 279

Dies., Die Kritik zur Krise radikalisieren! (1983), in: Dies., Das Ende ..., a.a.O., S. 50ff.

Dies., Aktualität und Notwendigkeit des Kommunismus (1985), in: Dies., a.a.O., S. 13ff.

Interim, Karam Khella, ein Antiimperialist oder ein arabischer Chauvinist?, in: interim. Wöchentliches Berlin - Info N° 148 vom 23.5.1991, S. 36ff.

Kant, I., Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf (1795), in: Ders., Werkausgabe. Hrsg. von W. Weischedel, Frankfurt 1977, Bd. 11, S. 195ff.

Kaiser, P.M., Monopolprofit und Massenmord im Faschismus. Zur ökonomischen Funktion der Konzentrations- und Vernichtungslager in Deutschland, in: Blätter für deutsche und intenationale Politik 5/1975

Khella, K., Aus dem Imperialismus abzuleitender Faschismusansatz - Zur Notwendigkeit einer neuen Faschismustheorie, in: Intifada Publishers (Hg.), "Ist Israel ein faschistischer Staat?" Ansätze zu einer neuen Faschismustheorie, Marburg 1984, S.4 ff.

Kolakowski, L.,Die Antisemiten. Fünf keinesfalls neie Thesen als Warnung (1956), in: Ders., Der Mensch ohne Alternative. Von der Möglichkeit und Unmöglichkeit, Marxist zu sein, München/Zürich 1984, S. 187ff.

Kurz, K., Honeckers Rache. Zur politischen Ökonomie des wiedervereinigten Deutschland, Berlin 1991

Machover, M./Offenberg, M., Der Zionismus und sein Popanz. Eine Antwort an die 'linken' Zionisten, in: Probleme des Klassenkampfs N° 19/20/21 (1975), S. 299ff.

Melcher, H., Nix save America, in: Stadtzeitung für Freiburg H.4/1991, S. 6

Meinhof, U.M., Drei Freunde Israels (1967), in: Die Würde des Menschen ist antastbar. Aufsätze und Polemiken, Berlin 1980, S.100ff.

Nahostgruppe Freiburg, Der Zionismus und der Volksaufstand in Palästina, Flugblatt, Februar 1988

Dies., Zum Kampf des palästinensischen Volkes, in: blätter des IZ3W Nr.150, Juni 1988, S. 42ff.

Offenberg, M., Kommunismus in Palästina - Nation und Klasse in der antikolonialen Revolution, Meisenheim 1975a

Pohrt, W., Ausverkauf. Von der Endlösung zu ihrer Alternative, Berlin 1980

Ders., Der Weg zur inneren Einheit. Elemente des Massenbewußtseins BRD 1990, Hamburg 1991

Radikale Linke, Die Diskusion um die Bedrohung Israels: Krieg, um Schlimmeres zu verhüte?, in: Dies., Flugschrift Radikale Linke: "Kriegsende, Vorkriegszeit", Hamburg, März 1991, S. 6ff.

Radio Dreyeckland, "Wie sieht so ein freies Radio eigentlich von innen aus?" Das freie, antikommerzielle, linke Regionalradio: Geschichte, Aufbau, Programm, Freiburg 1991

Rose, J., Israel - der Terrorstaat. Amerikas Wachhund im Nahen Osten (Hg. von der Sozialistischen Arbeitergruppe), Frankfurt 1991

Rosenberg, A., Der Mythus des 20.Jahrhunderts. Eine Wertzng der seelisch-geistigen Kämpfe unserer Zeit, München 1934

Ders., Der staatsfeindliche Zionismus, München 1938

Rotermundt, R., Verkehrte Utopien. Nationalsozialismus - Neonazismus - Neue Barbarei, Frankfurt 1980

SDS Heidelberg, Aufruf zur Palästina-Demonstration am Montag, 20. 2. 1970 (= Rote Kommentare)

Schoeps, J. H. (Hg), Zionismus. Texte zu seiner Entwicklung, Dreieich 1983

Spehl, H., Die Fortzeugung des Behemoth. Erwägungen zu einer integralen Wiedergutmachung, Freiburg 1978

Wehrle, A., Es gibt keine Ökonomie der Endlösung, in: links. Sozialistische Zeitung Juli/August 1988, S.33f.

Wildcat, Klassenkampf, Zionismus und Nationalstaat, in: Wildcat N° 55 (Mai/Juni 1991), S. 37ff.

Venohr, W., Die roten Preußen. Vom wundersamen Aufstieg der DDR in Deutschland, Erlangen 1989

Zimmermann, W., Die proletarische Theorie der bürgerlichen Revolutionäre als revolutionäre bürgerliche Theorie des Proletariats, oder: Die neuen Ritter von der traurigen Gestalt, in: Politikon. Göttinger Studentenzeitschrift N° 43 (1974)

Ein 'ehrbarer Antizionist'

Im Zuge der Aufarbeitung des Golfkrieges sendete das linke Radio Dreyeckland zwei aufeinanderfolgende Debatten-Sendungen zum Thema 'Israel, Palästina und die BRD', an denen auch Prof. Dr. Helmut Spehl, akademischer Rat am Pysikalischen Institut der Universität Freiburg, als einer von sechs Diskutanten teilnahm. Die von Spehl in der Diskussion vertretenen Positionen waren der Anlaß, sich genauer mit seinen im Eigenverlag publizierten Schriften zu befassen. Die Lektüre bestätigte den Verdacht, daß hier ein überzeugter Antisemit gesprochen hat, dem das Leid der Palästinenser als Vorwand dient, um seine antisemitische Grundeinstellung in gesellschaftlich nicht sanktionierter Form äußern zu können. An Spehls Elaboraten läßt sich einerseits beispielhaft die Grundlogik eines Antisemitismus nach Auschwitz, der sich als Antizionismus äußern muß (und sich selbst als solcher glaubt), aufzeigen. Grundstrukturen seines Denkens, einzelne Argumentationsfiguren wie Interpretationsmuster von Geschichte, die bei Spehl ein zusammenhängendes Weltbild konstituieren, kehren aber ständig in der bundesrepublikanischen Diskussion des Nahost-Konflikts wieder. Insofern war die Teilnahme eines Antisemiten wie Spehl an einer Debatte zu diesem Thema so folgerichtig, wie sie wohl folgenlos bleiben wird.

DER 'KLASSISCHE' MODERNE ANTISEMITISMUS

Dem traditionellen Judenhaß, der die gesamte europäische Geschichte durchzieht, lag vor allem wirtschaftlich, herrschaftlich und religiös begründete Wut zugrunde: Wirtschaftliche Krisenlagen entluden sich in Pogromen gegen die zum (Geld-)Handel Gezwungenen, die Zumutungen der christlichen Religion in Massakern an den Angehörigen desjenigen Glaubens, der als Ursprung des unbewußt Gehaßten ausgemacht wurde, die erfahrene Unterdrückung in Gewalt gegen die sichtbar Anderen, die außerhalb der Gesellschaft gehalten wurden.

Der moderne Antisemitismus, der sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts herausgebildet hatte, aber ist mehr: 'Die Juden' werden als Schuldige für alle das Individuum bedrängenden und zu Verzweiflung treibenden wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Zustände und Prozesse phantasiert. Es entstand ein geschlossenes Weltbild, in dem die Vertreibung eines gesamten Volkes (bzw. dessen Vernichtung als ideologischer Endpunkt) als einziger Ausweg vor dem drohenden Untergang gilt:

Die gesamte Kultur, Deutschland, die arische Rasse etc. sei durch die Juden und deren weltweite Verschwörung bedroht, die urspüngliche Gemeinschaft des Volkes von ihnen zersetzt. Die Presse befinde sich fest in den Händen der jüdischen Weltmacht, die Intellektuellen wie künstlerisch Tätigen seien jüdisch durchsetzt und die Parlamentarier von jüdischem Geld gekauft. Überall seien die Juden oder ihre Agenten unerkannt zu Werke. Hinter Masken und mit Hinterlist treibe er feige sein Unwesen mit dem Ziel der absoluten Destruktion alles Guten und der Erlangung der totalen Weltherrschaft.

Konstitutiv zum Wesen des Juden gehöre neben Wurzellosigkeit, Machtgier, Feigheit und Hinterlist seine unersättliche Geldgier als zentrale Eigenschaft. Unfähig und unwillig zu konkreter produktiver Arbeit sauge der jüdische Parasit die Arbeit fleißiger Hände in sich hinein.

Das alles stecke unabänderlich im 'Wesen' des Juden (die Rassentheorie bot die 'naturwissenschaftliche Fundierung'); im Verein mit der existentiellen Bedrohtheit führt die implizite Logik des antisemitischen Weltbildes zum eigentlichen Ziel: der Vernichtung der Juden als einziger Weg der EndErlösung.

Der Grundmechanismus dieser fixen Denkform ist die Projektion; alle o.g. Momente lassen sich als bewußtloser Reflex auf die Zwänge und Nöte kapitalistischer und staatlicher Vergesellschaftung erweisen:

Die weltweite Verschwörung als Zeichen für die erfühlte Gewalt der Weltökonomie, der Haß auf Presse und Intellektualität als blinde Aversion gegen die Uneindeutigkeit der Moderne, die Verachtung für den liberalbürgerlichen Parlamentarismus als Wunsch nach einer widerspruchsfreien Gesellschaft, das Phantasma der Geschlossenheit des jüdischen Volkes als die Sucht des Atomisierten nach Gemeinschaft. Die Erklärung des Welt durch Personifizierung offenbart das Bedürfnis nach klarer Schuldzuweisung und gewalttätiger Bestrafung.

Doch nicht nur die Momente des subjektlosen Wertvergesellschaftungsprozesses sollen durch Personifizierung im Juden dingfest gemacht und eliminiert werden, auch die eigene psychische Not des deformierten Subjekts wird am Juden ausagiert: Die eigene ungestillte Machtgier des Ohnmächtigen, der tiefe Haß des Ausgebeuteten auf das schlechte Bestehende, die unterdrückten sexuellen und aggressiven Phantasien werden den Juden angedichtet und an ihnen stellvertretend bekämpft. Penetrant werden auf die Juden Schmutz, Morast wie auch sexuelle Triebhaftigkeit projiziert: die Juden wollten die deutschen Mädels, seien verantwortlich für Bordelle und Sittenlosigkeit. Als Schutz vor dieser bedrohlichen Verseuchung steuert die repressive Triebstruktur so unbewußt wie zielsicher auf die bedingungslose Vernichtung zu; die mühsam unterdrückte Agrressivität schafft sich ihr Opfer, an dem sie sich austoben kann.

Die Projektion offenbart das katastrophale innere Unglück des Antisemiten. Überall erblickt er nur Machenschaften und Untergang, Herrschaft erscheint ihm als einziger Zweck der Welt. Indem er den Juden seine geheimsten Wünsche unterstellt, kann er das, was er sich selbst nicht erlauben darf, im Zuge ihrer Bekämpfung endlich ausleben.

Triebstruktur und Projektionsmechanismus erklären auch die Hermetik des Weltbildes wie die Bessenheit des Antisemiten: Das Wahnbild des Juden, der keinen Staat, keine Armee und nicht einmal eine eigene Sprache hat und es dennoch geschafft hat, die Wirtschaft, die Presse, die politischen Parteien, die Börse, das Theater und den Mädchenhandel unter ihre Kontrolle zu bringen, dabei gleichzeitig sinnlich wie kalt intellektuell, kommunistisch wie kapitalistisch, faul und reich, dreckig und kulturell dominierend zu sein, - all diese offensichtlichen Paradoxien gehören zum pathologischen System der antisemitischen Projektion.

Der Antisemit fühlt in seinem Innersten, daß er recht haben muß. Und sein Inneres bedrängt ihn so, daß er gezwungen ist, die Wahrheit der Welt zu verkünden. Selbstlos stellt er sich der weltweiten gefährlichen Verschwörung, kämpft gegen die Zensur der jüdischen Presse und reißt überall den verkappten Juden die Maske von der Fratze.

Der Antisemit ist felsenfest überzeugt, Halbwahrheiten und Verdrehungen sollen nur die vorgefaßte, unerschütterlich gefühlte Meinung ein VorUrteil im wahrsten Sinne illustrieren. Der Logik des Antisemiten ist nicht beizukommen: sie ist ein hermetisches Meinen.

DER ANTISEMITISMUS NACH AUSCHWITZ

Vor Auschwitz war es nicht Anrüchiges, Antisemit zu sein. Man bekannte sich offen dazu, so wie man Sozialdemokrat oder Schrebergärtner war und diskutierte unbefangen über die 'Judenfrage' (die doch allein eine Antisemitismusfrage war und ist).

Nach Auschwitz aber ist Antisemitismus eine Unmöglichkeit.[1] Der Antisemitismus, den es aufgrund des Fortbestehens seiner gesellschaftlichen Ursachen weiterhin gibt, darf sich nicht mehr gegen 'den Juden' oder die 'jüdische Rasse' wenden. Zwangsläufig findet der Antisemit das Objekt seines zwanghaften Projektionsbedürfnisses und seiner Vernichtungsbegierde im Staat Israel. Der Antisemitismus nach Auschwitz ist ein Antisemitismus ohne Juden wie ein Antisemitismus ohne Antisemiten.

Antizionismus ist die rettende Formel für den 'ehrbaren Antisemiten' (der bestreitet oder gar nicht weiß, daß er Antisemit ist), der sich jetzt als keimfreier Antizionist betätigt und 'gerade auch als Deutscher' unbefangen über die 'Nahost-Frage' diskutieren will.

Doch solch Unbefangenheit fällt dem Antisemiten schwer. Das Grauen der nationalsozialistischen Judenvernichtung sitzt ihm als moralisches Hindernis im Nacken. Der Antisemit nach Auschwitz ist ein Antisemit mit chronisch schlechtem Gewissen, jeder überlebende Jude ist Zeuge wie unerträglicher Vorwurf zugleich. Der Antisemitismus nach Auschwitz braucht existentiell eine Rechtfertigung für seine pathologische Obsession: Es muß einfach an den Juden liegen.

Aus dieser Zwangslage hilft dem Antisemiten nur eines: Die Juden selbst müssen einfach die neuen Nazis sein. So gelangt er so unbewußt wie geschickt zu einer Konstruktion, die zweierlei zu leisten vermag: Sind die Juden die neuen Faschisten, so bedeutet dies eine teilweise Exkulpation des Nationalsozialismus. Gleichzeitig findet der Antisemit gerade über Auschwitz eine moralische Berechtigung für seine Fixierung und kann so sein schlechtes Gewissen, selbst nach Auschwitz noch Antisemit zu sein, beruhigen.

So sind die Juden wieder selbst schuld am Antisemitismus, ihre Verfolgung ehrt den Verfolger, und so logisch wie paradox kann die nationalsozialistische Vergangenheit an der Bekämpfung Israels wiedergutgemacht wie endgelöst werden.

Aus dem von Antisemiten zur Vernichtung ausgewählten Volk wird der zur Vernichtung ausgewählte Staat der Juden, der 'ewige Jude' wird zum 'ewigen Zionisten', und alle Stereotype des

antisemitischen Syndrom kehren in modernisierter Fassung wieder, nicht mehr bezogen auf 'den Juden', sondern auf das unveränderliche Wesen des 'zionistischen Staates' Israel.

"DIE FORTZEUGUNG DES BEHEMOTH"

Die Schriften von Helmut Spehl[2] weisen diese Logik des zum Antizionismus mutierten Antisemitismus geradezu musterbeispielhaft auf.

Wieder einmal muß die westliche Kultur existentiell bedroht sein, diesmal vom Staat Israel. Hierzu stilisiert Spehl die Erdölversorgung zur *"großen Schicksalsfrage unserer Zeit"* (C56). Die Existenz Israels sei nicht nur für die Erdölkrise 74/75 verantwortlich, sondern führe zwangsläufig zur *"Weltenergiekrise"* (C57). Wir alle wandelten derzeit *"über einem energiepolitischen Abgrund"* (C63), stehen vor einer "Erdölkatastrophe mit unausdenkbaren Folgen", die gar zum dritten Weltkrieg führen könne.

Doch wie kommt es, daß sich wieder einmal die ganze Welt vor den jüdisch-zionistischen Karren spannen läßt und blindlings in den Abgrund galoppiert? Spehls Erkenntnis: Der Mechanismus, der seit 1945 *"den Krebsgang der Weltgeschichte ... prägt"* (C70), ist nicht mehr wie früher die Wühlarbeit der jüdischen Rasse, sondern die *"einzig fundamentale"* (C49) *"Geschichtskonstante H"*, *"H wie Holocaust"* (C50).

Damit will Spehl aber nicht die Untaten des Nationalsozialismus bezeichnen, nein, er meint die perfide Verwendung der Judenvernichtung durch die jüdisch-zionistisch dominierte Weltpresse. *"Das Meinungsmonopol"* hätte den Massenmord am jüdischen Volk *"zum allgegenwärtigen Argument gemacht"*, seit 1945 spännen *"Verdunkelungsstrategen"* (C52) an einem *"Lügengewebe, das uns die ErdölErdrosselung einbringen muß"* (C57).

Um die Katastrophe noch abzuwenden *"müßten die eigentlichen Urheber beim Namen genannt werden"* (C63). Doch die Tat, *"eines nahen Tages die Zionisten* (zu) *demaskieren"* (C63), mensch bemerke die Vorfreude, könne von unseren Politikern, diesen *"handlungsgehemmten Traumatikern"* (C63) mit ihrem *"HKomplex"* (C63) natürlich nicht erwartet werden. Denn das *"Trauma wuchert"* (C59) und lasse unsere Politiker *"als Regional-Vertretung zionistischer Interessen"* (C68) funktionieren.

Hat sich Spehl derart in die Opferrolle phantasiert, könnte er schon fast zur Tat schreiten, die existentielle Bedrohung durch die weltweite Macht der Zionisten erzwingt ja regelrecht die Notwehr mit allen Mitteln. Doch wie läßt sich eine neuerliche Zionistenverfolgung angesichts Auschwitz rechtfertigen?

Wie sehr Spehl dieses Problem zu schaffen macht, zeigt schon das Titelblatt eines seiner Bücher: Rund 100 Mal steht dort das für ihn magische Wort 'Holocaust', dazwischen versehen mit höchst interessanten Variationen: *Holocaustpsychose, Holocaustverdrängung, Holocausttrauma, Holocaustmanie, Holocaustpropaganda, Holocaustfilme, Holocaustängste, Holocaustbefangenheit, Holocaustverfälschung, Holocaustgefahr, Holocaustschelte, Holocaustgefügigkeit, Holocaustdilemma, Holocaustbürde, Holocaustfolgen, Holocaustpressionen, Holocaustvorwand, Holocaustverhängnis, Holocaustzynismus*, und gesperrt gedruckt: *Holocaustüberdruß*. Sage mir was Du assoziierst, und ich sage Dir, wer Du bist.

Karikatur aus dem Buch von Trofim Kischko «Judaismus ohne Schminke» – als Illustration zu der Buchpassage: «In den Jahren der Nazi-Okkupation dienten die zionistischen Führer den Faschisten.»

Die *"ominöse Allgewalt des übergroßen H"* (C50) beherrscht zwar nicht die Politik, wohl aber Spehls Denken, fasziniert und hindert ihn. Aus diesem Dilemma muß er sich mit seiner Konstruktion der *"Fortzeugung des Behemoth"*[3] (A) retten: Der Staat Israel setze den Holocaust an den Palästinensern fort und sei somit wesensgleich mit den Nationalsozialismus.

Deshalb besitzt der 'Beweis' einer Zusammenarbeit zwischen dem Nationalsozialismus und 'den Zionisten' einen so zentralen Stellenwert: Die Deutschen werden entlastet, die Zionisten mit den Nationalsozialisten gleichgesetzt und so auch noch implizit mitverantwortlich für die eigene Verfolgung.

So rechtfertigt der Antisemit einerseits seinen Verfolgungswillen und bemüht sich gleichzeitig, die Existenz eines Antisemitismus in Frage zu stellen. Und da die Tatsache von Judenhaß, Pogromen und Vernichtung nicht zu leugnen sind, muß alles das von der *"langen Hand"* (A25) des Zionismus selbst (mit)inszeniert worden sein.

Auf den Seiten, wo Spehl die von ihm so dringend benötigte Wesensgleichheit von Zionisten, Antisemiten und Nationalsozialisten anhand von deren Verhandlungen 'erweisen' will, ergießt sich die sexuelle Projektion ungehemmt: Spehl guckt während der *"Berliner Stundenhotelgespräche"* (A21) zwischen Zionisten und Nationalsozialisten durchs Schlüsselloch und erblickt *"zweifelhafte Partnerleidenschaften"* mit *"vielverspechenden Liebhabern"*. Die *"hehlerische Seelenharmonie"*, führt alsbald dazu, daß *"sie's treiben"*, im *"Lotterbett"* (A15). Nebenbei gibt es *"buhlerische Zwischenakte..., bei denen's die Zionisten mit ... anglikanischen Antisemiteniüngelchen treiben"* (A16), welche den Zionismus in anderen Staaten zu weiteren *"Techniken der Kopulation"* verleitete (A16).

Nachdem Spehl mit offensichtlicher Begeisterung das *"Kopulationsregister von Zionisten und Antisemiten"* (A15) aufgelistet und genüßlich ausgemalt hat, muß er jetzt noch den heutigen Staat Israel als neuen alten Faschismus behaupten. So setzt Spehl Unvergleichbares als identisch und bezichtigt Israel kurzerhand der *"volksvernichtenden Untat an den Palästinensern"* (A10), womit auch schon klar impliziert ist, wie mit dem Staat Israel verfahren werden müsse.

Und weil Israel der ausgewählte Staat des antisemitischen Verfolgungswillens ist, sind die Palästinenser das auserwählte Volk von Unterdrückten, das sich von allen anderen unterdrückten Bevölkerungen des Trikonts abhebt: *"Ich muß daher in aller Form erklären, daß ich von jenem Trübsinn, der Solidarität übt mit den Tieren und Futter ausstreut für die Dritte Welt, noch nie befallen war. Was sind mit denn von Menschenhand bewirkte Leiden, was war mir Vietnam, ist mir Chile, soll mir Angola sein?"* (A8) *"Ich bin der Unmensch, den es keinen Schlaf kostet, wenn mit die Leiden fremder Völker zugetragen werden."* (A9) Die Leiden der Palästinenser dagegen lassen Spehl *"in Atemnot geraten"*, denn *"dieses Volk leidet für Deutschland"* (A9). So hat Spehl 'gerade als Deutscher' wieder einmal einen historischen Auftrag: diesmal die Verfolgung der Zionisten.

Spehl kommt das Leid der palästinensischen Bevölkerung gerade recht, er schlachtet es publizistisch aus und benutzt es, um sein eigentliches Ziel verfolgen zu können. Doch wieder muß der falsche Freund der Palästinenser mit der Übermacht der zionistischen Weltpresse kämpfen; flugs wähnt sich der Zionistenverfolger Spehl sich mindestens wie die Palästinenser in der Rolle des Opfers, verfolgt vom *"zionistischen Propagandaimperium"* (A30) und dem übergroßen H. *"Man zeige mir einen einzigen Informationslückenbüßer, der nicht nach den Orgelpfeifen tanzt, die beschmutzte Hände an blutverkrusteten Manualen intonieren nach Art der israelischen Tagesstimmung! Und wenn dann hie und da das Klangbild nicht mehr stimmt, kann jeder xbeliebige Israeli die Sündenregister ziehen."* (A36) *"Wer immer sich bemerkbar machen kann, dank seiner Literatenstimme, seiner Wahlprozente oder seiner Rotationsmaschine, und sich, ob stilisiert oder geschmiert, bemerkbar macht, es ist allemal der ... Zionismus."* (A37) Dies gilt natürlich ebenso für die USA, wo eine *"gut geschmierte Zionistenlobby"* (A31) den Kongreß beherrscht. Überall mache die *"Zionistenseuche"* Politik und Presse *"siech und süchtig"* (A29) und bewirke bei diesen einen *"artfremden Altruismus"* (A36) gegenüber Israel.

Nachdem die Weltverschwörung perfekt ist, Presse, Parlamentarismus und Kultur als jüdisch beherrscht, zersetzt und gekauft erwiesen sind, fehlt als letztes der klassischen antisemitischen Stereotype, die auf die Zionisten bzw. dem Staat Israel projeziert werden, nur noch die Geldgier 'des Juden'. Denn *"auf dieser geldscheinheiligen Erde, die von den Skrupellosen immer neu vereinnahmt wird"* (A32), sind die Juden, pardon, die Zionisten natürlich, die schlimmsten Sauger.

Spehl behauptet, die Zionisten hätten nicht nur bei der Flucht der Juden vor den Nazis von ihren eigenen Leuten *"kassiert"* (A17), nein in allen Ländern, allen voran den USA sammelt *"die jüdische Schnonmaschine"* (A33) das *"Überlebenskapital"* (A32) für den Zionistenstaat. Aber daß die Juden zu einem richtigen Staat unfähig sind, wußten die Antisemiten ja schon immer.

Insbesondere mit dem Mitleidbonus von Auschwitz verstanden es die perfiden Zionisten durch die *"Ausschlachtung einer Hinschlachtung"* (C2) *"auf Massengräbern Dollarblüten"* (A32) zu züchten.

Natürlich sind die Zionisten, wie bislang die Juden, feige und gemein, arbeiten mit *"Winkelzügen"* (A10) stellen mittels *"Blendwerk"* (A29) *"ungemein perfekte Fallen"* (A10), bedienen sich *"Propagandalisten"* (A10), bauen *"Lügenmauerwerke"* (A20), organisieren *"Ablenkungsmanöver"* und *"stellen die Weichen"* (C68), überall sind *"Konspiranten"* (A35) und *"Dunkelmänner"* (A27) dabei, *"Mordgesellenstücke"* (A39) zu verüben.

Da muß sich der Antisemit natürlich an die Sisyphosarbeit der Entlarvung machen, denn überall lauert der Jude. *"Wer das Rotwelschkäppchen nur ein wenig lüftet, wird die Zionsstimme wölfisch finden"* (A28), *"bei genauem Hinsehen bleckt der unersättliche Schlund die Zähne"* (A28).

All das entstammt Spehls Innerstem und mit dem Gestus des ermüdeten Propheten verkündet er so unbewußt wie treffsicher die Wahrheit über den Antisemitismus: *"... was müh ich mich, wer's nicht fühlt, wird's nimmermehr verstehen wollen."* (A31)

Aus diesem Innersten speist sich die Projektion, die den alten neuen Antisemitismus antreibt, verstärkt um die Wut auf die Schuld durch Auschwitz, transformiert in den Haß auf den Staat Israel *"diese Wüstenei von Mendelsöhnen"* (A36), auf *"alles was da kreucht und fleucht, schlingt und wuchert, buhlt und balzt, sich wichtig macht und duckt, Tacheles redet und nicht mehr Schmonzes, was da mit Angelruten peitscht, das Kapitalverbrechen kapitalisiert, schnorrt und Geld gibt..."* (A34)

Hakenkreuz und Davidstern sollen die "Kopulation" zwischen NS und Zionismus symbolisieren

Wie bereits ein bekannterer Antisemit vor ihm kleidet Spehl seine Vernichtungswünsche gern in Prophezeiungen: Wer jetzt noch immer *"nicht den langen Arm bemerkt und nicht die zionistische Handschrift wiederfindet, wird halt noch eine Weile warten müssen, bis sie an seinen eigenen vier Wänden auftaucht."* (C62) Gelinge es nicht, uns durch die Entzifferung der zionistischen Handschrift *"ein Meer von Toten* (zu) *ersparen"* (C62), *"dann sei uns und dem jüdischen Volk das Schicksal gnädig, daß unsere Nachfahren nicht eines Tages in einer von Menschenhand bereiteten Wildnis aufwachen und mit todsicherem Instinkt unsere früheren Taten und späteren Unterlassungen den Juden heimzahlen werden!"* (B27)

Das Ziel der Vernichtung besteht nach wie vor. Der Antisemit Spehl erkennt in den Palästinensern *"die derzeit eigentlichen Juden, die Juden der Zionisten"* (A40). Damit kann sich die verfolgende Unschuld als Retter der Palästinenser und damit perverserweise als "Judenretter" (A40) präsentieren. Auschwitz, das den Antisemitismus so erschwert, wird den Juden/Zionisten angehängt, und so als Argment für die neuerliche Verfolgung verwendet. Die 'antisemitischen' Juden können vom antisemitischen Palästinenserfreund mit bestem Gewissen als die wahren Übeltäter, die sie sind und schon immer waren, verfolgt werden.

Die Logik von Spehls projektivem Denken ist von erschreckender Deutlichkeit: Die *"ungemein perfekte Falle"* ist gestellt, *"der unersättliche Schlund bleckt seine Zähne"*. ▩

THOMAS HAURY

1 Sofern man Auschwitz nicht, wie die Neonazis, einfach verleugnet und als jüdisches Propagandakonstrukt behauptet und so gleich wieder als Argument für eine neuerliche Vernichtung wendet.

2 A: Helmut Spehl: Die Fortzeugung des Behemoth, Freiburg 1978; B: Ders.: Spätfolgen einer Kleinbürgerinitiative, Freiburg 1979; C: Ders.: Von der Allgegenwart des Holocaust, Freiburg 1980

3 Franz Neumann wählte 'Behemoth' in Anlehnung an Hobbes als Bezeichnung für das Herrschaftssystem des Nationalsozialismus.

Die Heimat der Linken

"Wer in der Politik das Glück sucht, will herrschen." (Friedrich Dürrenmatt)

Zu erwarten gewesen wäre, daß nach der Befreiung vom Tausendjährigen Reich die Rede von 'Volk', 'Heimat' und 'Nation' zumindest in der Linken endlich erledigt gewesen wäre. Stattdessen ist das 'Volk' in der antiimperialistischen Linken und die 'Heimat' im grünalternativen Lager zu neuen Ehren gekommen. Sind, da nun offenbar nicht alles, was die Faschisten gesagt haben, deshalb schon als falsch gelten muß, diese Kategorien wieder diskutabel? Statt in der politischen Analyse von Sozial- und Klassenstrukturen auszugehen, ist die ethnische Zusammensetzung einer Nation zur Kategorie geworden, die das Denken dieser Linken bestimmt.

Diese jeder Fähigkeit zur ideologiekritischen Reflexion beraubte Linke erklärt sich damit den Deutschen zugehörig, obwohl sie mit diesen doch eigentlich nichts zu schaffen haben möchte. Anhand eines willkürlich gewählten Artikels von Wieland Elfferding aus der sozialistischen Theoriezeitschrift *'Widerspruch'* (Nr.13/87), der diesem Linkspopulismus wissenschaftliche Tünche verleiht, sollen die Implikationen dieser Position herausgestellt werden.[1]

Im Sinne strukturaler Linguistik interpretiert Elfferding Kategorien wie Nation, Volk und Heimat als Zeichen eines politischen Diskurssystem. Strukturalistisch bestimmt er die Bedeutung der einzelnen Zeichen in Abhängigkeit von der Stelle, die sie im politischen Diskurs besetzen. "In der Linguistik und in der Semiologie hat diese Analyseweise zu der Aussage geführt, dass die »Elemente« als solche überhaupt keine bestimmte Bedeutung haben, sondern diese nur in der jeweiligen Artikulation, also durch die Operation von Entgegensetzung und Verknüpfung bekommen" (Elfferding 1987, 39). Leitet sich der Bedeutungsgehalt politischer Kategorien nur aus ihrer Beziehung zu allen anderen solchen Kategorien ab, dann sind 'Volk' und 'Heimat' "als solche nicht links oder rechts, weder sozialistisch noch kapitalistisch" (43), sondern es kann behauptet werden, daß sie "ihre Bedeutung erst im Rahmen einer bestimmten Politik (erhalten) und daß diese Bedeutung auch nicht ein für allemal festgelegt ist, sondern für Umdeutungen, für Desartikulation vom herrschenden politischen Diskurs und für Reartikulation in einem anderen, oppositionellen Diskurs bereit ist" (39). Die völkischen Kategorien warten also geradezu darauf, daß sich die Linke ihrer bemächtigt und sie im politischen Kampf zum Einsatz bringt.

Daß die Ansichten Elfferdings über einen ganz gewöhnlichen Populismus nicht hinausgehen, wird an zwei Punkten deutlich, die auch auf die Motive verweisen, die sich im "Linkspopulismus" umtreiben. Sie belegen, daß es sich hier nicht um bloße Irrtümer oder falsche Interpretationen handelt, sondern um die Produktion nationalistischer Ideologie für den linken Zeitgeist.

Zum ersten: Die angenommene Abgehobenheit des politischen Diskurses, die Abstraktheit der Begriffe, die mit der kapitalistischen Verfassung der Gesellschaft angeblich nichts zu tun haben sollen, ignoriert, daß diese gesellschaftliche Verfassung Diskurse präformiert. Denn durch den Austausch von *Dingen* erscheint auch Gesellschaft als dingliches, als objektives *Verhältnis*. Der Wert von Dingen - der sich über die bei der Produktion von Waren gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit konstituiert - erscheint im Austausch ebenso objektiv-dinglich. Wie der Gebrauchswert als Natureigenschaft der Waren erscheint, so erscheint auch der Wert als eine der objektiven Eigenschaften dieser Waren. Dieser Warenfetisch strukturiert die Denk- und Diskursformen moderner Gesellschaften fundamental. Gedacht und geredet wird mit Zeichen und Botschaften im Status des Objektiven, z.B. in der Wissenschaft durch die Produktion von positivistisch gewonnener Wahrheit oder in den Medien durch die Erzeugung eines rein phänomenologischen Protokolls als Nachricht oder Information.

Ebenso strukturiert sich Subjektivität als objektive, als atomare Einheit. Der Tauschwert als die Form, in der nichtvergleichbare Gebrauchswerte auf eine, als Geld erscheinende und daher identische Qualität bezogen werden, konstituiert Subjektivität als abstrakte Individualität (*Individuum*: lat. "das Unteilbare"). Im so bezeichneten und gedachten "Individuum" drückt sich der allgemeine Charakter des besonderen Menschen aus. Das Individuum gilt als autonome und verantwortliche letzte Einheit des gesellschaftlichen Gefüges. Die bürgerliche Gesellschaft wird gedacht als Interaktion abstrakter Subjekte, in der sich ganz unterschiedliche empirische Menschen vermitteln. "Individuum" bezeichnet in der bürgerlichen Gesellschaft das allgemeine am modernen Menschen, daß ihnen allen gemeinsame Wesen, welches ihren gesellschaftlichen Verkehr überhaupt erst ermöglicht. Wie der Austausch sinnlich verschiedener Gebrauchswerte eine ihnen allen gemeinsame Qualität voraussetzt, die ihrem Körper völlig fremd ist, nämlich die Wertgegenständlichkeit, den Tauschwert, so ist die *gesellschaftliche Kommunikation* zwischen unterschiedlichen, leibhaftigen Menschen reduziert auf eine ihnen allen gemeinsame Qualität: ihr Wesen als "Mensch".

Kapitalistische Vergesellschaftung beruht auf entwickelter gesellschaftlicher Arbeitsteilung. Dies setzt die Existenz eines Allgemein-Gleichen unmittelbar voraus, impliziert eine *Gattung*, eine interagierende Gesamtheit von Gleichen. Im Warentausch müssen die Warenbesitzer einander als gleichberechtigte Rechtspersonen anerkennen. Diese Gleichheit findet seinen Ausdruck in der Struktur des modernen Subjekts als Individuum. Als 'individuelle Gattungswesen' sind alle einander identisch. Nur als solche können sie Käufer und Verkäufer sein.

Das Moment des Sinnlichen, der Inhalt, löst sich im historischen Prozeß auf. Die Edelmetalle und insbesondere das Gold entwickeln sich zum Leib des Tauschwerts. Der (reale) Schein entsteht, der Tauschwert sei die Natur des Goldes. Der historische Prozeß ist über diesen (realen) Schein hinausgegangen, Geld hat die Form gesetzter Bits im weltvernetzten Banksystem angenommen. Und genau so kommt den Individuen zunächst "Goldcharakter" zu. Als einander gleiche Einzelstücke der Gattung, ist die Aufgabe gestellt, ihr Gattungswesen zu bestimmen. Und wie sich das Wesen des Werts zunächst als golden bestimmt, so wird das Wesen der Gattung als nationales bestimmt. Die sinnlich vorfindbare Zersplitterung der kapitalistisch hergestellten Weltgesellschaft in nationale Kulturen und Sprachräume gibt den Individuen, den Atomen der Gattung, einen Nationalcharakter. Ihr Zusammenhang definiert sich als Nation. "Nation" ist also eine Kategorie, die, ihrer Struktur nach, nur unter Bedingung kapitalistischer Vergesellschaftung denkbar ist. D.h., sie findet einen Referenten in historisch-gesellschaftlichen Bedingungen *außerhalb* des politischen Diskurses. 'Nation', 'Volk', 'Heimat' stellen sich als *Authentizitäten* dar. Sie sind zwar aus der bloßen Anschauung geronnen und doch an ihre spezifisch bürgerliche Form untrennbar gebunden. Das bürgerliche Individuum ist Bedingung nationaler und völkischer Identitäten. Diese sind daher, wie das Individuum selbst, von der kapitalistischen Produktionsweise nicht abtrennbar.

In der politischen Verwendung solcher Begrifflichkeiten steckt also strukturell diejenige Affirmation des kapitalistischen System, die gemeinhin als Nationalismus bezeichnet wird. Da die

kapitalistische Produktionsweise ein Weltsystem darstellt, darf der affirmative Charakter dieser Kategorien auch universelle Gültigkeit beanspruchen. Wer also im Namen von Nation und Volk fürs Selbstbestimmungsrecht agitiert, der betrügt sich nicht nur selbst, sondern betätigt sich darüber hinaus noch als Propagandaagentur des Systems.

Zum zweiten: Für seine freischwebende Diskursanalyse bedient sich Elfferding beim Strukturalismus. Entsprechend stellt er die prinzipielle Offenheit von Diskursen fest, d.h. "daß bisher rechts artikulierte Ideologeme auch links artikuliert werden können" (40). Diese Offenheit münzt er in eine prinzipiell bewußte Beeinflußbarkeit um: "Es ist aber eine bewusste politische Entscheidung, in bereits laufende Kämpfe, in noch so kleine Verschiebungen der ideologischen Kräfteverhältnisse einzugreifen oder dies zu unterlassen" (42) Der Diskurs gerät Elfferding also zum Mittel im Kampf, zum der Subjektivität prinzipiell handhabbaren Werkzeug.

Dies ist nur noch eine schlechte Kopie strukturaler Diskursanalyse, deren zentrale Aussage gerade darin besteht, Sprache als ein "soziales System" zu fassen, d.h. als eine vom Subjekt nicht beeinflußbare Form. "Die Sprache ist nicht eine Funktion der sprechenden Person; sie ist das Produkt, welches das Individuum in passiver Weise einregistriert; sie setzt niemals eine vorherige Überlegung voraus, und die Reflexion ist dabei nur beteiligt, sofern sie die Einordnung und Zuordnung betätigt" (de Saussure 1984, 116). Das Verhältnis von Subjekt und System bietet sich im Strukturalismus gerade umgekehrt dar als bei Elfferding. Das System strukturiert die Subjekte hinter ihrem Rücken. Die Vorstellung eines klassisch autonomen Subjekts ist dem Strukturalismus fremd: "Ich habe nie ein Gefühl meiner persönlichen Identität gehabt, habe es auch jetzt nicht. Ich komme mir vor wie ein Ort, an dem etwas geschieht, an dem aber kein Ich vorhanden ist. Jeder von uns ist eine Art Straßenkreuzung, auf der sich Verschiedenes ereignet. Die Straßenkreuzung selbst ist völlig passiv; etwas ereignet sich darauf" (Lévi-Strauss 1980, 15).

Was Elfferding also vorlegt, ist ein zusammengeklaubtes Ensemble von theoretischen Versatzstücken. Die Vorstellung von einer Theorie als einer begrifflichen Totalität ist ihm offenbar völlig fremd. Statt zu denken, geht er einkaufen im Supermarkt des Wissenschaftsbetriebs. Dabei reproduziert er die herrschende Ideologie des Warenverkehrs, daß der Kunde König sei, und er gibt sich der bequemen Vorstellung hin, einen Prozeß kontrollieren zu können, der in Wirklichkeit ihn kontrolliert und ihm deswegen diese Illusion vorgaukelt. Als psychologisches Motiv kann also das Bedürfnis nach Kontrolle und Manipulation ausgemacht werden. Der psychologische Reflex auf den herrschenden Zwang ist der Zwang zur Herrschaft. In der opportunistischen Revolte wird mit den Kategorien des Falschen im Namen des Richtigen gekämpft und so das System nur reproduziert. Im Namen der Emanzipation wird agitiert für Staat und Kapital. Linkspopulismus zeigt sich als das, was er ist: Wille zur Herrschaft. ■

DIERK SPREEN

Anmerkungen

1 Als Beleg dafür, daß die hier kritisierte Position nicht nur die Meinung eines beliebigen Wissenschaftlers ist, sondern Pradigma für eine, innerhalb der Linken sehr verbreitete Denkweise, soll darauf hingewiesen werden, daß die Programmatik der Zeitschrift *Das Argument* mit diesem Konzept des *Linken Populismus* durchaus identifiziert werden kann.

Literatur

Wieland Elfferding, Linkspopulismus. Über die "Heimat" der Linken, in: Widerspruch 13. Beiträge zur sozialistischen Theorie und Praxis N°13/1987

Ferdinand de Saussure, Der Gegenstand der Sprachwissenschaft, in: Günther Schiwy, Der Französische Strukturalismus. Mode - Methode - Ideologie, Reinbek 1984

Claude Lévi-Strauss, Mythos und Bedeutung. Vorträge, Frankfurt 1980

Auch "Die Grünen" müssen sühnen?

Eine Chronologie zum Israel-Streit innerhalb der Grünen

Bis zum Golfkonflikt schien es, als sei das problematische Verhältnis der GRÜNEN zum Staat Israel infolge selbstkritischer Aufarbeitung eigener Einstellungen sowie der Veränderungen in der PLO und der israelischen Gesellschaft weitgehend überwunden. Diesen Eindruck wiederum scheinen Christian Ströbeles Äußerungen anläßlich der Israelreise einer Delegation des Bundesvorstandes während des Golfkrieges (SZ, 19.2.91, taz, 20.2.91) gründlich zu widerlegen, zumal, wenn man berücksichtigt, in welchem Maße grüne Kreise beispielsweise nicht einsehen wollen, was denn an Ströbeles Aussage: "Die irakischen Raketenangriffe sind die logische, fast zwingende Konsequenz der Politik Israels." außer unter taktischen Gesichtspunkten gesehen falsch sein soll. Ein erneuter Skandal war da, der sich Teilen der israelischen wie bundesdeutschen Öffentlichkeit als bruchloses Anknüpfen an Skandale bei früheren Reisen darstellte.

Da die "innergrünen Aufarbeitungsversuche" zur Israel-Problematik als biographische "Abarbeitungen" stark von Verdrängung, Halbwahrheiten und Falschdarstellungen geprägt sind[1], scheint es dringend notwendig, einen vorwiegend informativen Gesamtüberblick zur bisherigen Geschichte der Israel-Rezeption innerhalb der GRÜNEN zu geben.[2]

GRÜNE NAHOST-REISEPOLITIK 1984/85 UND IHRE FOLGEN

Eine als privat deklarierte und parteiintern wie in der Öffentlichkeit umstrittene Reise nach Libyen 1982 ausgenommen, spielte die Auseinandersetzung um den Nahostkonflikt in der Partei bis zum Kohl-Besuch in Israel im Januar 1984 kaum eine Rolle. Im Gefolge dieser Reise erst intensivierten die GRÜNEN ihre Beschäftigung mit dem Thema Israel/Palästina und im Juli 1984 fuhr auch eine erste offizielle Delegation der Partei nach Israel.

Eingeladen von Uri Avnery, dem Gründer der grünnahen Partei "Alternativa", nahmen an der nur wenige Tage dauernden Reise Otto Schily, Günther Hopfenmüller vom Bundesvorstand und der Pressesprecher Georg Dick teil. Ihre Kontakte in Israel beschränkten sich im wesentlichen auf die "Progressive Friedensliste", einen Zusammenschluß der "Alternativa" mit einigen arabischen Gruppierungen. Diese Beschränkung wäre wahrscheinlich nicht weiter aufgefallen, hätte die Reise nicht gerade während der letzten Tage des israelischen Wahlkampfes stattgefunden und die Delegation nicht an einer Wahlveranstaltung der "Progressiven Friedensliste" sowie einer Pressekonferenz mit Uri Avnery teilgenommen. Es half auch nichts, daß Otto Schily in seiner Rede auf der Wahlveranstaltung die besondere Problematik ansprach, sich als Deutscher zum Nahostkonflikt zu äußern.[3] Die israelischen Reaktionen auf das Auftreten der grünen Delegation reichten von Unverständnis über Kritik bis hin zu Empörung und der Chefredakteur des Massenblattes "Jediot Acharonot" ging soweit, die Mehrheit der GRÜNEN als "gesunde Antisemiten" zu bezeichnen , im Verhalten der Delegation eine Einmischung in den israelischen Wahlkampf zu sehen und ihre Ausweisung zu fordern (FR und taz 20.7.84). In der Bundesrepublik hingegen kam es, abgesehen von einem kritischen offenen Brief der "Aktion Sühnezeichen/ Friedensdienste" (FR 30.7.84),[4] weder innerhalb noch außerhalb der GRÜNEN zu einer nennenswerten Diskussion. Dies änderte sich grundlegend mit der nächsten Reise einer Delegation der GRÜNEN in den Nahen Osten im Dezember 1984.

Planung, Verlauf und Konsequenzen dieser Reise wären möglicherweise anders ausgefallen, wenn die Beteiligten die nicht zuletzt von der eigenen Partei geschaffenen Lernmöglichkeiten wahrgenommen hätten, wenn sie etwa im Oktober an der Konferenz "Dialog zwischen Arabern und Juden, Israelis und Palästinensern" in der Evangelischen Akademie Arnoldshain teilgenommen hätten.[5] Die Dezemberreise mußte schon von ihrer Anlage her notwendig in eine Kontroverse münden. Sie führte in vier Länder, zunächst in die arabischen, dann nach Israel und in die besetzten Gebiete, und dauerte lediglich vierzehn Tage. Deklariert war sie als "Informationsreise". Der Delegation gehörte als einziger direkt Betroffener ein Palästinenser an. Die übrigen Mitglieder bereisten zumindest Israel zum ersten Mal und zählten mehrheitlich zum fundamentalistischen Spektrum der Partei. An der Reise nahm schließlich die Europaabgeordnete Brigitte Heinrich teil, die schon sehr früh zum israelisch-palästinensischen Konflikt Stellung bezogen hatte. Ihre 1982 bei einer Demonstration gegen den Libanon-Krieg in Frankfurt gehaltene Rede enthielt eine Fülle der typischen antizionistischen Argumentationslinien, die damals repräsentativ für die bundesdeutsche Linke und Protestbewegung waren.[6] Die israelischen Behörden verweigerten Brigitte Heinrich allerdings die Einreise mit dem Hinweis

auf ihre Verurteilung wegen Sprengstoffbesitzes, ein Vorwurf, den sie stets bestritten hatte.

Die Dezemberreise war v.a. durch ein internes Papier vorbelastet, das wenige Tage vor der Abreise der israelischen Botschaft zugespielt wurde und schon im Vorfeld die öffentliche, wie parteiinterne Diskussion auf das Verhältnis der GRÜNEN zur Existenz und Politik Israels lenkte. Unter der Überschrift "Nahost-Reiseplan"[7] enthielt das Papier Vorschläge zu Charakter und Ablauf der Reise. Unterschrieben war es von Ulrich Tilgner, einem Mitarbeiter von Jürgen Reents. Der Inhalt war insofern antiisraelisch, als einerseits im Blick auf ein geplantes Gespräch mit dem syrischen Außenminister konstatiert wurde: "Politische Übereinstimmung wird es in den meisten Fragen geben.", andererseits Gespräche mit Vertretern der israelischen Regierung für nicht erstrebenswert erklärt wurden, solange sich diese weigere, die PLO als Vertreterin der Palästinenser anzuerkennen.[8] Ferner war in dem Papier vorab festgelegt, wie die Besatzungs- und Palästinenserpolitik der israelischen Regierung auf Pressekonferenzen kritisiert werden würde. Der israelischen Führung sollte "die volle Verantwortung" für das sich abzeichnende Blutbad zugewiesen werden, das es geben würde, wenn sie ihre Politik nicht entscheidend änderte. Das vierseitige Papier endete mit der Aufforderung, es nicht weiter zu verbreiten, "damit wir bei Visa und auch bei Terminen keine Probleme bekommen."

Obgleich die Reisegruppe von einem ersten Vorbereitungspapier sprach, das intern zurückgezogen worden sei und zu keinem Zeitpunkt den parteioffiziellen Standpunkt zu Israel widergespiegelt habe[9], war die Reise ein Skandal, noch bevor sie begonnen hatte. Trotzdem fand sie wie geplant statt und in ihrem Verlauf war die Delegation dann durchaus bemüht, ein differenziertes Verständnis der Situation zu zeigen. Davon zeugt, daß man in einer in Beirut und Damaskus abgegebenen Erklärung den Vergleich zwischen der israelischen Besatzungspolitik im Südlibanon und der Nazipolitik gegenüber den Juden zurückwies, daß das Spektrum der israelischen Gesprächspartner erweitert wurde, daß schließlich in der Einleitung zur abschließenden Pressekonferenz in Tel Aviv betont wurde, die Delegation leugne weder das Existenzrecht Israels noch den besonderen Charakter der deutsch-israelischen Beziehungen.

Dem Bemühen, eine differenzierte Sicht- und Redeweise kundzutun, standen jedoch Äußerungen und Verhaltensweisen gegenüber, die auf eine fatale Mischung aus ehrlichem Anliegen, Unkenntnis, Naivität und Trotz in der Delegation zurückgingen und bereits vorhandene Vorurteile gegen "die Grünen" wie auch die im Vorfeld der Reise geäußerte Kritik bestätigten. So sprach die Delegation bei der letzten Pressekonferenz von den Palästinensern als den "Opfern der Opfer"[10], was den andernorts zurückgewiesenen Vergleich zwischen israelischer und Nazipolitik nun doch nahelegte bzw. implizierte. Eine weitere Unstimmigkeit ergab sich im Zusammenhang mit dem Besuch der Gedenk- und Forschungsstätte für die Opfer der Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden Yad Vashem, den die Delegation unter Ausschluß der Öffentlichkeit durchführen wollte, um nicht vor laufenden Kameras Betroffenheit darstellen zu müssen. Auf die Frage eines israelischen Journalisten, ob die Delegation Yad Vashem besuchen würde, hatte der Delegationsleiter Jürgen Reents allerdings nur die trotzige Antwort parat: "Sie können sicher sein, daß wir in Israel nicht vergessen werden, daß wir eine antifaschistische Partei sind."[11] Was folgte, war die Meldung im israelischen Rundfunk, die Delegation habe sich geweigert, Yad Vashem zu besuchen, was dann wiederum von der Delegation dementiert wurde.

Dies letzte Beispiel verdeutlicht, daß der Besuch der Delegation den Medien und unterschiedlichsten politischen Kräften in Israel ein willkommenener Anlaß war, Bestätigung der eigenen politischen Auffassungen und Vorurteile zu suchen und zu finden.[12] Reents Antwort legt vor allem aber das Problem offen, das hinter der Planung und Durchführung der gesamten Reise stand. Die Delegation wollte und/oder konnte den Bezug zur deutschen Geschichte nur durch den abstrakten Verweis auf die eigene "antifaschistische Identität" herstellen. Somit konnte auch die Geschichte des Staates Israel und der dort lebenden Menschen nur wiederum in abstrakten antiimperialistischen Argumentationsfiguren wahrgenommen werden.

In den bundesdeutschen Medien wie der eigenen Partei schlug die Kritik diesmal Wellen. Von "Einseitigkeit" und "Dilettantismus" der "linksorthodoxen" Delegationsmitglieder war die Rede.[13] Die jüdische Gemeinde in Bonn wies infolge der Reise gar jede weitere Unterstützung bei der Planung einer Gedenkstätte für Naziopfer durch die grüne Bundestagsfraktion zurück.[14] Erfreulicherweise blieb es aber nicht beim publizistischen Schlagabtausch. Im Januar 1985 veranstaltete die Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG) ein Seminar in Oldenburg, bei dem sich die Kontrahenten innerhalb der GRÜNEN miteinander und mit GesprächspartnerInnen aus Israel über die Reise auseinandersetzen konnten. Vertreter des realpolitischen Flügels wie Otto Schily, Joschka Fischer, Jo Müller und Pressesprecher Heinz Suhr erneuerten ihre Vorwürfe: Die Delegationsmitglieder hätten als "Lernende" nach Israel fahren müssen und dort auch mit Überlebenden deutscher Vernichtungslager sprechen müssen. Stattdessen seien sie mit "pro-arabisch" und "pro-palästinensisch" vorgefaßten Meinungen angereist. Für die Delegation räumten Jürgen Reents und Ulrich Tilgner zwar eine schlechte Vorbereitung der Reise sowie mangelnde Sensibilität in der Kritik am demokratischen Israel im Vergleich zu den arabischen Nachbarstaaten ein. Sie bestanden aber darauf, daß es selbstverständlich sei, auch eine solche Reise mit bestimmten Grundüberzeugungen anzutreten. Reents konterte Schilys Forderung nach Sensibilität mit der Frage: "Wie fordert man sensibel einen Truppenrückzug aus dem Libanon?"[15]

Für den 5. Februar 1985 beraumte die Bundestagsfraktion dann eine öffentliche Fraktionssitzung mit eingeladenen Gesprächspartnern an, die ausschließlich der Diskussion der umstrittenen Reise dienen sollte.[16] Dan Diner brachte die Probleme auf den Punkt:

"Daß der Skandal ohnehin unvermeidlich war, läßt sich nur darüber begreifen,daß für Deutsche - und die "Grünen" sind eine eminent deutsche Partei - eine Reise nach Israel immer *auch* eine Fahrt in die Vergangenheit bedeutet. Insofern ist die Fahrt nach Israel nicht als eine wenig Aufsehen erregende Aktivität des alternativen Internationalismus angesehen worden, sondern als hochbesetzte und brisante Frage innerer deutscher Politik."

"Daß im Jerusalemer Museum zum Gedenken an die Opfer der Massenvernichtung die Grünen den traditionell abgegriffenen Ausspruch: 'Nie wieder Faschismus - nie wieder Krieg', hinterließen, macht nochmals deutlich, daß die damit beabsichtigte öffentliche Identifikation mit den Opfern des Holocaust gerade an diesen vorbeigehen mußte. Jene Vernichtung ging eben nicht vom internationalen *Faschismus* aus, sondern ist vom deutschen Nationalsozialismus begangen worden. Obendrein waren die Juden nicht Opfer eines Krieges im militärischen Sinne, sondern einer mit den Kriegshandlungen zusammenhanglosen und in seinem Schatten durchgeführten Menschenvernichtung." [17]

"Die Frage ist die: Kann man von Deutschland aus oder als Deutsche aufgrund dessen, wofür Auschwitz steht, in

diesem Konflikt objektiv sein? (...) Es ist eindeutig, wer in diesem Konflikt am Ort das Opfer ist. Aber: Eine Haltung als Deutscher zu vertreten, die sich hier Objektivität anmaßt, bedeutet, sich aus der Geschichte davonzuschleichen. Das, was man Kohl vorgworfen hat, ist hier in einer differenzierten, beredten Weise auch geschehen."[18]

Infolge der Diskussion gab es zwar wenig lernbereite Stimmen, die Kritik an der Reise als bloßen Ausdruck der "Mausolemisierung des Begriffes 'Auschwitz'" im Kontext einer innenpolitischen Machtprobe von "Fraktionspolizisten und gewisse(n) Nachrükker(n)" sahen[19], die Fraktionssitzung als "masochistisch" betrachteten und die Äußerungen Dan Diners "ganz in der Linie mit der zionistischen psychologischen Kriegsführung" orteten.[20] Die Tatsache, daß der Konflikt nicht - wie das bei anderen Parteien wahrscheinlich der Fall gewesen wäre - unter den Tisch gekehrt wurde, war umgekehrt aber z.B. für den 1980 aus der Bundesrepublik nach Israel ausgewanderten jüdischen Journalisten Henryk Broder ein wesentlicher Grund, im Vorfeld der Bundestagswahlen 1986 anzukündigen, daß er im Falle seiner Beteiligung an der Wahl die "Grünen" wählen würde.[21]

In der kritisierten Delegation selbst gab es durchaus Bereitschaft, die eigenen Positionen zu modifizieren. Reents etwa bewertete die von ihm gebrauchte Formel von den Palästinensern als den "Opfern der Opfer" als "sicherlich problematisch"[22] und fragte im Mai 1986 sogar in einem Brief an den Bonner PLO-Vertreter Frangi nach möglichen Verbindungen der PLO zu antisemitischen Aktivitäten bundesdeutscher Rechtsextremisten.[23] Und der Verfasser des umstrittenen "Nahost-Reiseplans" Ulrich Tilgner schrieb in der Dokumentation zur Reise neben Rechtfertigungsversuchen auch: "Die Reise zu beginnen, obwohl sie durch die nahezu einhellige Kritik an meinem Arbeitspapier schwer vorbelastet war, zeigt Naivität und verrät auch ein Stück Geschichtslosigkeit der Mitglieder der Delegation. Guter Wille und subjektiv antifaschistisches Bewußtsein reichen eben nicht aus, wenn im Zentrum einer solchen Reise die Kritik an der Außenpolitik des Staates Israel steht."[24]

Tilgner sprach als einziges Delegationsmitglied auch mögliche antisemitische Ressentiments an:

"Die inhaltliche Debatte muß ergeben, inwieweit politische Einschätzungen falsch und diese Ausdruck einer antisemitischen Haltung sind."[25]

Für die politische Praxis der GRÜNEN hatte die Diskussion keine unmittelbar erkennbaren Folgen. Es ist lediglich zu vermuten, daß sowohl die Entscheidung der Fraktion, zum 40. Jahrestag der Kapitulation des Deutschen Reiches die Gedenkstätte Auschwitz zu besuchen, wie auch die Tatsache, daß trotz zunächst gegenteiliger Ankündigungen einiger "Realpolitiker" vorerst keine weiteren Reisen nach Israel unternommen wurden, Folgen der Auseinandersetzungen waren.

"DIE PARTEI IST GEREIFT" - DAS PARTEIINTERNE HICK-HACK IN DER ISRAELFRAGE AB 1986

Nach der letztgenannten Reise stellte sich die Antisemitismus-Problematik den GRÜNEN einerseits mit der Frage nach ihrer Position zum israelisch-palästinensischen Konflikt und andererseits im Zusammenhang mit antisemitischen Stereotypen in der innenpolitischen Auseinandersetzung und auch innerhalb der Grünen selbst. Einige Beispiele machen deutlich, wie beides wieder auf den grünen Umgang mit der deutschen Geschichte verweist.

Im Herbst 1985 wehrten sich erstmals gemeinsam und über politische Grenzen hinweg Mitglieder von jüdischen Gemeinden in der Bundesrepublik in Form einer spektakulären öffentlichen Aktion gegen eine bestimmte Form linken Umgangs mit deutscher Geschichte. Gemeint ist die Verhinderung der Aufführung des Fassbinder-Stückes "Der Müll, die Stadt und der Tod" durch die Besetzung der Bühne im Frankfurter Schauspielhaus.[26] Einigen Mitgliedern der damals fundamentalistisch geprägten grünen Stadtverordnetenfraktion fiel als Gegenprotest nichts Besseres ein, als die Verhinderung der Aufführung mit der Bücherverbrennung durch die Nazis zu vergleichen.[27]

Im Januar 1986 kam es innerhalb der "Alternativen Liste" Berlin zu heftigen Kontroversen angesichts des Berlin-Besuchs des damaligen israelischen Außenministers Peres. Zuvor hatte schon Jürgen Trittin, der Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN im niedersächsischen Landtag, die Teilnahme an einem Mittagessen mit Peres mit dem Hinweis auf den "Staatsterrorismus" Israels abgelehnt.[28] In Berlin plante der Ausländerbereich der AL zusammen mit palästinensischen Solidaritätsgruppen eine Demonstration, die u.a. am jüdischen Gemeindehaus und an der Gedenkstätte Plötzensee vorbeiführen sollte. Das Ergebnis waren parteiinterne Auseinandersetzungen, die sich an judenfeindlichen Passagen in dem Demonstrationsaufruf entzündeten.[29] Der Geschäftsführende Ausschuß wie auch der Delegiertenrat der AL lehnten jede Mitwirkung an dieser Demonstration ab (taz 24.1.86). Eine kleine Gruppe um den AL-Abgeordneten Reimund Helms, die nicht als "pro-zionistisch" beschimpft werden mochte[30], hielt dagegen an der Demonstrationsabsicht fest.[31] Die taz kommentierte:

"So macht bei den Grünen offenbar jeder seine eigene Außenpolitik, es fehlt ein politisches Zentrum, das die ja durchaus notwendige Debatte über den Bezug der Grünen zur deutschen Geschichte und eine darin eingebettete Außenpolitik - wenn sie denn notwendig ist - tatsächlich sinnvoll organisiert."[32]

Einen weiteren Streit um antisemitische Einstellungen in der AL gab es bereits im März. Auslöser war ein Plakat, mit dem gegen Wohnungsspekulation und gegen Korruption in der Berliner Verwaltung protestiert werden sollte. Das gezeichnete Plakat sollte den Prototypen des skrupellosen Wohnungsspekulanten darstellen. Für manche bezeichnenderweise, für andere überraschenderweise ähnelte dieser sehr den typischen Darstellungen von Juden in Karikaturen des Nazi-Hetzblattes "Der Stürmer". Das Plakat war zwar noch vor der Veröffentlichung zurückgezogen worden, aber durch den "Stachel", das Organ der AL, dennoch an die Öffentlichkeit gelangt.

Die beiden Auseinandersetzungen führten noch im gleichen Monat zu einer öffentlichen Diskussion, über die Klaus Hartung in der TAZ schrieb:

"Trotz aller Bereitschaft der anwesenden AL-Mitglieder, es sich bei dem Thema schwer zu machen, trotz des versöhnenden Abschieds: die Kritik blieb berechtigt. Immer folgte auf die AL-Selbstkritik der beschwörende Satz 'Aber man muß doch die Politik des Staates Israel kritisieren können', als ob diese Kritik innerhalb der Linken erst mühsam gerechtfertigt werden muß, als ob es um das Recht einer Minderheit gehe, sich äußern zu dürfen."[33]

Im Zusammenhang mit zahlreichen antisemitischen Vorfällen, die ihren Ursprung vornehmlich, aber eben nicht allein auf der politischen Rechten hatten, wie z.B. Äußerungen des CSU-MdB Fellner,[34] hatten 45 mehrheitlich grüne Abgeordnete schon vor dem letztgenannten Vorfall für den 27.2.86 eine "Aktuelle Stunde" im Bundestag zum "Antisemitismus in der Bundesrepublik" beantragt. Die Debatte belegte anschaulich, daß die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit dieser Problematik sehr ungleich verteilt war. Während die RednerInnen von CDU/CSU rundweg das Vorhandensein nennenswerter antisemitischer Einstellungen in der BRD bestritten, gestand der Abgeordnete der "Grünen" Uli Fischer ausdrücklich ein, daß die Antisemitismus-Problematik auch im grünen Spektrum virulent sei.[35]

Bezugnehmend auf diese "Aktuelle Stunde" legte die Bundestagsfraktion der GRÜNEN am 27. Mai 1986 eine "Große Anfrage" zum Thema "Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland" vor. Als Kriterium möglicher antisemitischer Einstellungs- und Verhaltensmuster wurde hier auch das Verhältnis zum Staat Israel genannt. Deutsche Waffenlieferungen an arabische Staaten und die Gleichsetzung israelischer Politik mit Nazipolitik wurden dabei als negative Indikatoren aufgeführt. Die acht konkrete Fragen enthaltende Anfrage wurde von der Bundesregierung in der Legislaturperiode nicht mehr beantwortet und damit laut Gesetz hinfällig. Sie wurde später von den "Grünen" nicht wieder eingebracht. Das Thema wurde in größerem Umfang überhaupt erst 1988 auf einem "Kongreß gegen Antisemitismus" aufgegriffen.[36]

Spiegeln schon die geschilderten Berliner Beispiele die grün-alternative Zerrissenheit in der Frage deutscher Anteilnahme am bzw. Verantwortung im Palästina/Israel-Konflikt, so wird diese 1987 auch auf Bundesebene erneut und nachdrücklich belegt. Es begann Anfang des Jahres mit einer Reaktion auf die immer bedrohlichere Ausmaße annehmende Belagerung pa-

ZWEI SCHÜLER HEGELS

Der Verbrecher sucht seine gerechte Strafe: Dieser Satz, den Hegel zur Grundlage seiner Philosophie des Rechts machte, soll besagen, daß die auch kriminalpsychologisch bekannte Tatsache schon aus logischen Erwägungen zutrifft, daß der Verbrecher, der zum Ort seiner Tat zurückkehrt, um dort von der Kripo in Empfang genommen zu werden, auch gar nichts anderswo hinwollte als in den Knast. Es ist die 'verletzte Menschheit in sich', die ihn sich der Behörde ausliefern läßt. Christian Ströbele, der linke Undogmat der 'Grünen', hat Hegel weiterentwickelt: *"Die irakischen Raketenangriffe gegen Israel sind die logische, fast zwingende Konsequenz der Politik Israels"* (taz v. 20.1.91). Adolf Hitler wiederum - auch ein Hegel-Eleve? -, hatte am 25.1.1942 bei Tische ausgeführt: *"Letzten Endes: Ich weiß nicht, ich bin kolossal human. Zur Zeit der päpstlichen Herrschaft in Rom sind die Juden mißhandelt worden. Bis 1830 wurden acht Juden jedes Jahr durch die Stadt getrieben, mit Eseln. Ich sage nur, er muß weg. Wenn er dabei kaputt geht, da kann ich nicht helfen. Ich sehe nur eines: Die absolute Ausrottung, wenn sie nicht freiwillig gehen. (...) Aber was kann ich denn dafür? Warum haben die Juden denn den Krieg angezettelt?"* (Adolf Hitler, Monologe im Führerhauptquartier. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims, hrsg. v. Werner Jochmann, Hamburg 1980, S.229). Daraus folgt: *Erstens*, und Thesis: Die Höhe der Strafe ist vom Ausmaß der Schandtat abhängig (Hegel). *Zweitens*, Antithesis: Der Verbrecher will zwar die Strafe, aber er hat Schwierigkeiten, seinen Richter zu finden - die Juden haben sich nach Israel begeben, weil sie wußten, dort auf deutsches Giftgas rechnen zu können (Ströbele). *Drittens*, und Synthesis: Dorthin entkamen sie, weil die Deutschen zu human und also unfähig waren, es den Juden in Auschwitz, wohin sie bestrafungssüchtig sich begeben hatten, richtig zu besorgen (Hitler). *Summa summarum*: Saddam Hussein kritisieren wir 'als Deutsche' deshalb, weil wir uns nicht von einem Araber zeigen zu lassen brauchen, wie man ewig unbelehrbare Kriminelle aburteilt. *Pointe*: Jetzt weiß man endlich, warum die Israelis immer an uns herumzumeckern haben. Man kann es ihnen eben nicht recht machen. Da hilft nur eines.

lästinensischer Flüchtlingslager im Libanon durch schiitische Amal-Milizen. Alexander Schubart und Lukas Beckmann gründeten zusammen mit neun palästinensischen und linken Verbänden und Dachorganisationen den Trägerkreis "Rettet die Palästinenser im Libanon". Die Anzeigenkampagne des Kreises für eine Demonstration im Februar 1987, die sowohl die AL Berlin wie der Bundesvorstand der GRÜNEN unterstützten, stieß in der Bundestagsfraktion der GRÜNEN auf scharfe Kritik. Der Satz: "Wir treten für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes ein: dies schließt das Recht eines eigenständigen Staates unter Führung der PLO in Palästina ein", wurde als einseitige Unterstützung der PLO gewertet, zumal im Anzeigentext an keiner Stelle ein positiver Bezug auf das Existenzrecht Israels erkennbar war (Vgl. taz, 19.2.87). Diese Kritik wiederum wiesen Jürgen Reents und Lukas Beckmann zurück und gestanden lediglich zu, der Aufruf hätte "an einigen sensiblen Punkten gewissenhafter und präziser formuliert werden können und müssen".[37] Auch die AL teilte nicht die Einwände der Bundestags-GRÜNEN, erklärte aber gleichzeitig, daß und warum sie den Berliner Demonstrationsaufruf nicht unterstützen könne:

"Doch können wir die von den Autonomen und anti-imperialistischen Gruppen organisierte Demonstration am Mittwoch, 18.2.87 nicht unterstützen, weil das auf der Vollversammlung am 16.2.87 zur Mobilisierung verteilte Flugblatt dieser Gruppen Israel in Anführungsstriche setzt. Durch die Apostrophierung des Staates Israel wird berechtigte Kritik an der israelischen Politik mit der Infragestellung der Existenz dieses Landes und der dort lebenden Menschen vermengt. Die Gesamtkonzeption der Demonstration (Aufruf, Route, Zwischenkundgebung an den Büros von jüdischer Gemeinde und zionistischer Weltorganisation) macht die Abgrenzung zum Antisemitismus nicht deutlich."[38]

Kurz vor der bundesweiten Demonstration in Bonn verabschiedete die Bundestagsfraktion der GRÜNEN dann trotz vehementer Kritik an ihrem Verhalten noch einen eigenen Aufruf, in dem die Forderung nach staatlichem Selbstbestimmungsrecht für die Palästinenser durch den Zusatz "an der Seite Israels" ergänzt wurde.[39] Diese Sprachregelung schien sich zunächst durchzusetzen. Die gleiche Passage enthielt auch ein Resolutionsentwurf für die Bundesdelegiertenkonferenz der GRÜNEN vom 1.-3.5.87 in Duisburg, der bemerkenswerterweise u.a. von der fundamentalistisch dominierten GAL-Hamburg eingebracht wurde.

Im weiteren Verlauf des Jahres bestimmten bei den GRÜNEN dann immer mehr diejenigen Kräfte das Bild, die im Blick auf den israelisch-palästinensischen Konflikt für eine "ausgewogenere" und zurückhaltende Haltung eintraten. So scheiterte am Widerstand aus der Bundestagsfraktion nicht nur die Initiative für ein "Nahost-Hearing" aus Anlaß des 20. Jahrestages der israelischen Besatzung im Juni 87, sondern auch Pläne, im November ein israelisch-palästinensisch-deutsches "Dialog-Forum" aus Anlaß des 40. Jahrestages des UN-Teilungsbeschlusses durchzuführen.[40] Und als in der ersten Aprilhälfte der israelische Staatspräsident Herzog die Bundesrepublik besuchte, kam es zu einem Gespräch mit VertreterInnen der GRÜNEN, u.a. Otto Schily und Waltraud Schoppe. Auffallend ist, daß die in diesem Zusammenhang von den GRÜNEN herausgegebene Presseerklärung überhaupt nicht vom Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung spricht.[41]

Im Folgenden war die Bundestagsfraktion bemüht, strukturelle und inhaltliche Voraussetzungen für eine kontinuierlichere Nahost-Auseinandersetzung zu schaffen. Einerseits wurde die Einrichtung einer wissenschaftlichen Mitarbeiterstelle zum Thema beschlossen und Anfang 1988 mit der Islamwissenschaftlerin Alexandra Senfft besetzt. Andererseits wurde ein Entwurf zu den "Grundlagen der Nahost-Politik der Fraktion in der 11. Legislaturperiode" ausgearbeitet, der von dem ernsthaften Versuch zeugt, vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte die komplizierten, historisch, sozialpsychologisch und tagespolitisch bedingten Gegensätze zwischen Israelis und Palästinensern darzustellen und in ein Verhältnis zueinander zu setzen. Dieser Entwurf wurde auch als gemeinsame Position am 6.10.87 verabschiedet, aber der nächste innerparteiliche Streit ließ trotzdem nur zwei Wochen auf sich warten.

Den Auslöser des Streits bildete wieder eine Israelreise. Gleichfalls im Oktober folgten Waltraud Schoppe, Otto Schily und Dietrich Wetzel, Mitverfasser des Grundlagen-Papiers[42], einer Einladung des israelischen Außenministeriums, die auf das Gespräch mit dem Staatspräsidenten Herzog im April zurückging.Auf Kritik stießen besonders Aussagen von Schoppe und Schily bei der abschließenden Pressekonferenz in Tel Aviv. Sie plädierten zwar für die "Anerkennung des palästinensischen Volkes und seiner Selbständigkeitsbestrebungen" und kündigten die Prüfung von Vorwürfen über Menschenrechtsverletzungen durch Israel an, doch der Tenor ihrer Aussagen ging in andere Richtung. Schily sprach von den "gigantischen Aufbauleistungen" Israels, bescheinigte allen Gesprächspartnern, darunter auch einem exponierten Vertreter der Siedlungsbewegung "Gush Emunim", ausdrücklich den Willen zum Frieden, brachte seine Besorgnis über die Sicherheitslage Israels und über den ansteigenden islamischen Fundamentalismus zum Ausdruck und wollte sich nicht näher zum Fall Mordechai Vanunu[43] äußern, um nicht in ein schwebendes Verfahren einzugreifen.[44] Gänzlich unerwähnt blieben die im Fraktionspapier erhobenen Forderungen, eine internationale Nahostkonferenz durchzuführen sowie einen unabhängigen palästinensischen Staat einzurichten. Stattdessen bemerkte Schily, daß historisch gesehen auch Jordanien Palästina sei, und lieferte damit einen wesentlichen Anknüpfpunkt für die folgende Kritik innerhalb

graswurzel

Die Graswurzelrevolution (GWR) erscheint jetzt im 20. Jahrgang als antisexistische, gewaltfrei-anarchistische Zeitung. Jeden Monat neu: GWR, das Fachblatt für Antimilitarismus, Theorie und Praxis der gewaltfreien Aktion, Antipädagogik, Feminismus, Anti-AKW-Bewegung, Geschichte, Gegenwart und Zukunft des gewaltfreien Anarchismus, Antiparlamentarismus, gegen Männergewalt, für Soziale Verteidigung, Widerstand gegen die Wehrpflicht, Antiklerikales, Transnationales, Anarchismus und Religion, Libertäre Buchbesprechungen, und, und, und...

Ein Schnupperabo (4 Ausgaben) gibt es gegen Einsendung eines 10 DM-Scheines an GWR, Schillerstr.28, 6900 Heidelberg

revolution

der "Grünen". Denn mit eben diesem Grund argumentierten bestimmte politische Kräfte in Israel gegen die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates. Schließlich beantwortete Schily die Frage eines Journalisten, wie es denn komme, daß diese Delegation das genaue Gegenteil von dem erzähle, was die grüne Delegation zwei Jahre zuvor erzählt habe, lapidar mit dem Satz: "Die Partei ist gereift" (taz, 24.10.87).[45]

Mit Schilys Art von "Reife" wollten andere in der Partei nicht identifiziert werden. Der Bundesvorstand kritisierte die Reise scharf. Man warf der Delegation konformistisches und konfliktscheues Auftreten vor. Nicht nur das Verhältnis zur palästinensischen Seite, sondern auch das zur israelischen Opposition sei nachhaltig belastet worden.[46] Der Konflikt um die Reise und weitergehend die Einstellung zum israelisch-palästinensischen Konflikt wurde damit zu einem beherrschenden Diskussionsthema bei den GRÜNEN und brachte die Partei bis an den Rand einer Spaltung.[47] Dabei wurde allerdings sehr schnell deutlich, daß diese Diskussion weitgehend für die sich zu diesem Zeitpunkt generell stark zuspitzenden Auseinandersetzungen zwischen den Parteiflügeln instrumentalisiert wurde. Die TAZ titelte: "Grüne Innenpolitik vor levantinischen Kulissen."[48]

Infolge der Intifada sowie der israelischen Versuche, den Aufstand niederzuschlagen, modifizierten Schily und Schoppe dann aber im Dezember 87 wieder ihre Position. Sie schrieben ein Telegramm an Herzog, bezeichneten sich darin "als Freunde Israels und als Freunde der Palästinenser" und vertraten u.a. die Forderungen nach Beteiligung der PLO an einer internationalen Friedenskonferenz und nach dem "Existenzrecht eines palästinensischen Staates".[49] Als Kontrapunkt zu der Oktoberreise wollte dennoch Jürgen Maier vom Bundesvorstand seine einwöchige Nahostreise Ende Januar 1988 verstanden wissen. Zwei Monate nach Beginn der Intifada besuchte er u.a. mit Jacob Moneta auf Einladung von Angehörigen nach Libanon ausgewiesener Palästinenser demonstrativ die Westbank und den Gaza-Streifen und führte Gespräche mit Vertretern der linken israelischen Friedenskräfte.[50]

Zur gleichen Zeit gelang eine zum Teil die Parteiströmungen übergreifende Nahost-Initiative mit dem "Appell für eine Kampagne zur Freilassung von Mordechai Vanunu" und zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen Osten", den z.B Joschka Fischer wie Jutta Dittfurth unterschrieben. Darin wurde zwar die vermutete atomare Aufrüstung Israels kritisiert, aber es war auch von "gewiß verständlichen und begründeten Überlebensängsten" die Rede (taz, 9.1.88). Kurz darauf gab es aber wieder neuen Streit, als sich Dietrich Wetzel und die ökosozialistische Abgeordnete Jutta Oesterle-Schwerin vehement gegen eine von den "Grünen" sowie der CDU/CSU-Fraktion beantragte Plenardebatte über die zugespitzte Lage in den von Israel besetzten Gebieten aussprachen. Sie argumentierten, der deutsche Bundestag habe angesichts der NS-Vergangenheit nicht das Recht, über Israel zu Gericht zu sitzen, und Wetzel, der in diesem Zusammenhang auch den Austritt aus der Partei erwog, sagte, die GRÜNEN gingen eine "unheilige Allianz" mit denen ein, die für "die personelle, ökonomische und ideologische Kontinuität des Faschismus verantwortlich" seien. Der Antrag sei gleichermaßen unmoralisch wie unpolitisch, er stärke objektiv die israelische Rechte und gebe den "ewig Unbelehrbaren" hier eine neue "antisemitische Plattform".[51] Die Bundestagsdebatte selbst brachte dann nicht die von manchen befürchtete antiisraelische Stimmung. Sie wurde allgemein in der bundesdeutschen und auch israelischen Presse in den höchsten Tönen gelobt, was allerdings angesichts so mancher vorgetragener Argumentationsfiguren nur verwundern kann.[52] Großes Aufsehen erregte Otto Schily, der für die grüne Fraktion die "Wir sind quitt"-Logik und Vergleiche zwischen israelischer und Nazipolitik verurteilte, als er mitten in seiner Rede nicht weitersprechen konnte und sie zu einem späteren Zeitpunkt beenden mußte (FR 12.3.88).

Aufgrund des ganzen vorausgegangenen innerparteilichen Hick-Hacks schlug der Abgeordnete Helmut Lippelt als Koordinator des Arbeitskreises Abrüstung, Frieden, Internationales die Einrichtung einer Nahost-Arbeitsgruppe vor, in der alle Interessierten mitarbeiten sollten. In dieser Gruppe wurde besprochen, daß zunächst keine neuen Reisen unternommen, sondern Personen aus der Region nach Bonn eingeladen werden sollten. Entsprechend wählte Lippelt selbst Anfang 1989 den Weg einer Privatreise nach Israel und in die besetzten Gebiete, um sich vor Ort zu informieren und bestehende Kontakte zu intensivieren. Den zweiten Teil des Beschlusses setzte die Nahostreferentin Alexandra Senfft um. Sie organisierte Ende Mai 1988 ein erstes Hearing in Bonn, an dem Matti Peled von der "Progressiven Friedensliste", Mordechai Virshuvski von der "Bürgerrechtsliste", Hanna Siniora, Herausgeber der palästinensischen Tageszeitung "Al Fadjr" und Ziad Abu Zayad, Rechtsanwalt und Herausgeber der hebräischsprachigen palästinensischen Zeitung "Gesher" teilnahmen.[53] Diesem ersten Hearing schlossen sich noch vergleichbare weitere Gespräche an, die auch zu Aktivitäten in konkreten Fällen von Menschenrechtsverletzungen führten. Die schwache Teilnahme von Fraktionsmitgliedern an der Anhörung Betroffener zeigte allerdings deutlich, wie gering das Interesse der Fraktion an derlei praktischen Informationsmöglichkeiten zur Nahostfrage war und ist.[54]

Den offenkundigen Widerspruch zwischen Informationsmöglichkeiten und tatsächlichem Interesse belegt auch die nüchterne Bilanz, die Alexandra Senfft nach knapp zweijähriger Tätigkeit im Hinblick auf die Nahostpolitik der Gesamtfraktion zog:

"Die Zielsetzungen Grüner Nahostpolitik sind zwar konsensfähig. Grüne Ereiferungen und Erregungen bei innergrünen Auseinandersetzungen, wenn es darum geht, wie für diese Ziele gearbeitet werden soll, stehen allerdings nach wie vor in krassem Widerspruch zum geringen Bildungsstand und schwachen Leistungen der Fraktion auf diesem Gebiet.

Anstatt in der 'großen Politik' mitmischen zu wollen, könnten wir wirklich konstruktive Arbeit leisten in Sachen Menschenrechte und humanitäre Hilfe."[55]

Das Ziel, das Senfft hier steckte entsprach den gewandelten Realitäten und Möglichkeiten. Die politische Situation hatte sich infolge der Intifada, der Entscheidungen des Palästinensischen Nationalrates (PNC) im November und der Pressekonferenz des PLO-Vorsitzenden Arafat im Dezember 1988 erheblich verändert. In Israel selbst trat jetzt auch der zionistische Teil der Friedenskräfte, etwa die Bewegung "Frieden Jetzt" und die Partei RATZ (die Bürgerrechtsliste), eindeutig für Verhandlungen der Regierung mit der PLO sowie für die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates neben Israel ein,[56] womit die bisherigen Konfliktlinien zu den bundesdeutschen GRÜNEN gegenstandslos wurden. So war auch der Antrag der grünen Bundestagsfraktion im Oktober 1989, die Bundesregierung solle die PLO als legitime Vertreterin der Palästinenser anerkennen, Yasir Arafat nach Bonn einladen, der PLO-Vertretung in Bonn Botschaftsstatus geben und sich im Rahmen von EG und UNO für eine internationale Friedenskonferenz einsetzen,[57] kein Störfaktor mehr in den Beziehungen zu den zionistischen Friedenskräften in Israel. Insbesondere die Kontakte zur Bürgerrechtspartei RATZ wurden intensiver, da diese umgekehrt sehr daran interessiert war, durch Kontakt mit den GRÜNEN ökologische Aspekte in ihre Aktivitäten zu integrieren. Ende 1989 lud die RATZ dann eine Delegation der GRÜNEN offiziell nach Israel ein.

Diese Ende Juni 1990 zustandegekommene Reise brachte neben Gesprächen mit RATZ-VertreterInnen und mit Parlamentariern der Knesseth auch Begegnungen mit VertreterInnen verschiedener außerparlamentarischer Friedensgruppen sowie der palästinensischen Bevölkerung. Auf Einladung der UN-Organisation für palästinensische Flüchtlinge UNRWA konnten verschiedene Flüchtlingslager in der Westbank und im Gaza-Streifen besucht werden.[58] Die Delegation verzichtete bewußt auf intensive Pressearbeit und hielt erst nach ihrer Rückkehr eine Pressekonferenz ab. Darin wurde neben den politischen Aussagen besonderer Wert auf zukünftige praktische Projekte gelegt, die in Kooperation mit israelischen und palästinensischen Organisationen zu Menschenrechtsfragen durchgeführt werden sollten.[59] Die Umsetzung der geplanten Aktivitäten mußte leider in Ansätzen steckenbleiben. Der gut einen Monat später beginnende Golfkonflikt und das genau vier Monate danach besiegelte Ende der Bundestagsfraktion ließen mehr nicht zu.

Die neue Situation warf in der Fraktion bereits kurz nach Beginn der Golfkrise ihre Schatten voraus.[60] Als dann nach dem 17.1.91 die Debatte über den Golfkrieg, Israel und die deutsche Friedensbewegung in voller Wucht entbrannte, sahen sich zwangsläufig auch die GRÜNEN, die sich als Teil der Friedensbewegung verstehen, dem auch aus der bundesdeutschen Linken kommenden Vorwurf des Antiamerikanismus und Antiisraelismus ausgesetzt.[61]

In den Diskussionen während des Golfkriegs erhitzten sich die Gemüter der GRÜNEN nicht in erster Linie an der Frage, ob angesichts der Bedrohung Israels durch das irakische Militärpotential ein sofortiger Waffenstillstand gefordert werden sollte, sondern an der Frage der Lieferung bundesdeutscher Patriot-Raketen nach Israel. Mit der Begründung, es gebe keine Defensivwaffen und selbst eine an sich nur defensiv brauchbare Rakete erhalte in einem offensiven Militärkonzept einen anderen Charakter, lehnte der Bundeshauptausschuß die Unterstützung der Lieferungen an Israel ab (taz, 28.1.91). Ebenso votierte zunächst die am gleichen Wochenende tagende Landesmitgliederversammlung der hessischen GRÜNEN, woraufhin dem Frankfurter Stadtverordneten Micha Brumlik der Kragen platzte. Mit dem Vorwurf, auch die GRÜNEN würden sich nur dann um Juden kümmern, "wenn sie bereits tot sind", erklärte er seinen Austritt aus

NIE WIEDER CANOSSA

Zu den Sachen, die 'man' nicht sagen darf, obwohl sie wahr sind, gehört übrigens, daß Tel Aviv für die Deutschen von heute das ist, was der Vatikan früher für die alten Germanen war. Dem Ströbele war es *"sehr unangenehm, im Fernsehen zu sehen, wie Politiker aus der Bundesrepublik dahin fahren, in einer Art Bußfahrt einen großen Scheck abgeben ..."* (taz v. 20.1.91). Geld allein macht nicht glücklich, zumindest nicht die Deutschen, die nach Höherem streben. Canossa ist nur eine Messe wert.

ALS DEUTSCHE(R)

Am 23.Februar 1991 meldet die 'Frankfurter Rundschau': *"Ströbeles Sprecherkollegin Renate Damus gab zu bedenken, als Deutscher könne man in Anbetracht der eigenen Geschichte 'nicht alles sagen, auch wenn es wahr ist'"*. Das heißt: Ich als Deutscher bin die Barrikade zwischen mir und der Wahrheit; ich als Mensch dagegen könnte, als Hegel-Schüler, frei werden.

der Partei, worauf es eine erneute Diskussion gab und die Versammlung ihren Beschluß revidierte.[62] Diese grünen Querelen belasteten neuerlich das Verhältnis zu den GesprächspartnerInnen in Israel, wo inzwischen nicht nur die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, sondern auch der Friedenskräfte die Auffassung vertrat, daß nur durch die Zerstörung des irakischen Militärpotentials auf militärischem Wege jetzt ein noch viel schlimmerer Krieg in Zukunft und die damit verbundene Existenzbedrohung Israels zu verhindern sei.

In dieser Situation und mit den geschilderten Positionen zu einem Zeitpunkt nach Israel zu reisen, als noch Scud-Raketen auf Israel geschossen wurden und nicht bekannt war, ob damit auch noch Gas geschossen werden würde, machte das Scheitern der Reise eher wahrscheinlich, als unwahrscheinlich. Dennoch beschloß der Bundesvorstand der GRÜNEN, sie durchzuführen. Zu groß war offensichtlich die Überzeugung von der Richtigkeit der eigenen Position. Zu gering war die Einsicht, daß in einer Situation, in der erneut die Begriffe "Deutsche-Juden-Gas" zusammenhängend im Raum standen, auch ungerechtfertigten Angriffen gegen die bundesdeutsche Friedensbewegung und gegen die GRÜNEN nicht einfach durch Rechtfertigungen geantwortet werden konnte und durfte.[63]

Verlauf und Auswirkungen der Reise dürften noch in Erinnerung sein: Aufgrund des Interviews von Christian Ströbele sagten die meisten GesprächspartnerInnen die Termine ab[64], die anderen Delegationsmitglieder sowie Mitglieder des Bundesvorstandes distanzierten sich von den Äußerungen Ströbeles und Joschka Fischer meinte gar, er mache sich "zum Büttel Saddam Husseins" (taz, 19.2.91). Ströbele trat zurück und Renate Damus entschuldigte sich im Namen der GRÜNEN bei allen Israelis für seine Äußerungen, nachdem sie drei Tage zuvor noch Henryk Broder, der das Interview geführt hatte, als "Schmierenjournalist" bezeichnet hatte (taz, 26.2.91).

'WEGREDEN' - ABWEHRMECHANISMEN, WIE GEHABT

Bis zum Golfkrieg also schien es, als habe im grün-alternativen Spektrum tatsächlich ein selbstkritischer Lernprozeß hinsichtlich des Verhältnisses zum Staat Israel stattgefunden, durch den Gruppen, die Israel immer noch als "zionistischem Gebilde" das Existenzrecht bestritten und als Zielvorstellung den allen historischen Erfahrungen der Betroffenen Hohn sprechenden "demokratischen Staat für Christen, Juden und Moslems" parat hielten, zur absoluten Minderheit wurden. Als wesentliche Anlässe und Gründe für diesen Lernprozeß sind anzuführen,

- daß seit Ende der 70er Jahre immer wieder das Problem des "linken Antisemitismus" thematisiert wurde,
- daß innerhalb der Linken und der Protestbewegung zahlreiche Reaktionen auf den Libanon-Krieg von 1982, die durch zwanghafte Vergleiche zwischen Nazis und Juden geprägt waren, Erschrecken und daraus folgend eine relativ breite Debatte auslösten,
- daß insbesondere im Zusammenhang mit der Aufführung des Fassbinder-Stückes "Der Müll, die Stadt und der Tod" Juden in der Bundesrepublik selbstbewußter auftraten und zudem noch auf Protestformen der außerparlamentarischen Opposition zurückgriffen,
- daß die vehementen publizistischen Versuche, die deutsche Vergangenheit zu "entsorgen", zu einer erneuten Auseinandersetzung mit der "Shoah" führte und dabei unter Linken eine kritische Reflexion eigener Defizite etwa hinsichtlich der unreflektierten Reduktion des "Nationalsozialismus" auf "Faschismus" einleitete[65],
- daß schließlich andererseits es im Nahen Osten zu einer bis dahin kaum denkbaren Annäherung in der politischen Perspektive für eine Konfliktregelung zwischen der Mehrheitsfraktion der PLO und dem zionistischen Teil der israelischen Friedenskräfte kam.

Der so zu erklärende Wandel in der grün-alternativen Israelhaltung, mit dem die chronologische Bilanz vor dem Golfkrieg abzuschließen wäre, ist der von antizionistischen Einstellungen zu der bei allen fortbestehenden Differenzen gemeinsamen Position "2 Völker - 2 Staaten", verbunden mit der Forderung nach Verhandlungen u.a. zwischen der israelischen Regierung und der PLO im Rahmen einer internationalen Nahostkonferenz.[66] War nun die Auseinandersetzung um den Golfkrieg ein Beleg dafür, daß dieser Wandel nur oberflächlicher bzw. taktischer Natur war, daß die Diskussion "back to square one" geworfen ist?

Ich denke, daß die Einschätzung nach wie vor stimmt, daß Gruppen, die Israel als einem "imperialistischen Unrechtsstaat" die Existenzberechtigung absprechen, eine kleine Minderheit darstellen. Wer heute politisch ernst genommen werden will, kann nicht mehr hinter die Vorstellung "Zwei Völker - zwei Staaten" zurückfallen. Allerdings hat die jüngste Debatte gezeigt, daß es eine Illusion ist, zu glauben, daß mit der Akzeptanz dieser politischen Perspektive auch bereits alle Probleme in den Einstellungen zu dem jüdischen Staat Israel überwunden wären. Im Gegenteil, diesbezüglich scheinen vielfach bei älteren Linken die mit dem früheren antizionistischen Standpunkt verbundenen Argumentationsfiguren nach wie vor virulent zu sein und bei jüngeren eine Mischung aus Unkenntnissen und Vorurteilen zu wirken. Allzuoft wird Israel in den Köpfen immer noch assoziativ auf einen auf Vertreibung eines anderen Volkes beruhenden Apartheitsstaat reduziert, der - selbst Außenposten des Westens und vor allem der USA im Nahen Osten - den Nachbarstaaten mit Atombomben droht und Waffen vornehmlich an Militärdiktaturen liefert. In diesem Bild bleiben sowohl historische wie völkerrechtliche Hintergründe der Staatsgründung, geschweige denn das Schicksal konkreter Menschen, genauso außen vor, wie die Unterscheidung des demokratischen Kernlandes von den "rechtsfreien" besetzten Gebieten, die Existenz einer israelischen Identität sowie die verbale und reale Bedrohung Israels infolge der Gemengelage der Konflikte in der Region, die sich keineswegs alle auf den Gegensatz der beiden Völker, Juden und Palästinenser, die Anspruch auf dasselbe Land erheben, zurückführen lassen.

Mir selbst scheint vor allem noch ein anderes damit verbundenes Problem dringlich zu sein, das sich v.a. in den Reaktionen der Kritisierten in der Debatte um den Golfkrieg äußert. Häufig kommen dabei bestimmte Abwehrmechanismen zum Ausdruck, die sich allerdings entgegen der Intention derer, die damit argumentieren, als Teil des Problems ausweisen:

1. Das Problem wird für nicht existent erklärt:

So erklärte etwa Jürgen Trittin, mittlerweile grüner Minister in Niedersachsen, Anfang Februar: "Der Schutz des jüdischen Volkes vor Bedrohung und Vernichtung ist ein Grundkonsens der deutschen Linken, allen anderslautenden Behauptungen zum Trotze." Ebenso unbegründet behauptete Renate Damus in einer Dokumentation über "Grüne Initiativen gegen Rüstungsexporte in den Nahen Osten"[67]: "Die Friedens- und Solidaritätsbewegungen für die Länder der sogenannten Dritten Welt haben sich im Konflikt zwischen Israel, den arabischen Staaten und den Palästinensern frühzeitig sowohl für die Existenzsicherung des israelischen Staates, als auch für das Selbstbestimmungsrecht der anderen Völker in dieser Region, insbesondere der Palästinenser ausgesprochen." Wenn das beides stimmt, dann sind offensichtlich die vorliegenden schriftlichen Arbeiten über die Problematik nur der Phantasie der AutorInnen entsprungen.[68]

2. Die Äußerungen von Christian Ströbele werden als nicht den grünen Positionen entsprechend abgetan:

So die ehemalige Bundestagsabgeordnete Gabi Gottwald bei einem öffentlichen Streitgespräch in Hamburg im Februar 91.[69] Dem stehen allerdings entgegen die nicht unerhebliche Zustimmung in Kreisen der GRÜNEN, von der Ströbele nach eigener Aussage schon einen ganzen Aktenordner geerntet hat, sowie der in Leserbriefen immer wieder auftauchende Vorwurf, Henryk Broder habe Christian Ströbele gelinkt.[70]

3. Es wird auf Juden und Israelis hingewiesen, die dasselbe sagen, wie man selbst:

Das knüpft an die unsägliche Tradition aus den 70er und 80er Jahren an, als Leute, die sich selbst nicht recht trauten, israelische Politik mit Nazipolitik zu vergleichen, Gedichte von Erich Fried zitierten mit dem ausgesprochenen oder unausgesprochenen Verweis "was wollt ihr denn, ein Jude hats doch auch gesagt".[71]

4. Das Problem wird auf sprachlicher Ebene entsorgt durch den Hinweis, schließlich seien auch die Araber

atom

Nr. 35/Mai/Juni 91

Aus dem Inhalt :

***Schwerpunkt I: Diskussion**

Während die Anti-AKW-Bewegung von immer stärkerer Auszehrung betroffen zu sein scheint, stellt sich die Atom-Industrie in neuem Licht dar. Nach Jahren der Stagnation herrscht in den Chefetagen wieder ein zunehmend optimistischer Ton.
Atomaufschwung Ost
Phönix aus der Asche?

***Schwerpunkt II: Wenn der Castor kommt...**

Rollen bald die ersten hochradioaktiven Atomtransporte nach Gorleben?
Castor: Klapppe die Dritte - über Entsorgungsnöte, Nebenbestimmungen und drohenden Widerstand

***Tschernobyl:** Was habt ihr mit dem Regen gemacht; Erinnerungen; Interview...

*** Kriminalisierung:** Das Urteil im Startbahnprozeß; Alexander Schubart-Prozeß

*** Schwerpunkt III: Anti-Krieg**

Der Golfkrieg geht - auch nach seinem Ende - weiter. Dabei zeigt er sich von nicht weniger grausamen Seiten.

***Spendenaktion:** Medienprojekt für die Guerilla in El Salvador

Die atom erscheint zweimonatlich, 68 Seiten, Einzelpreis 5 Mark (+ Porto), Abo für 5 Ausgaben 30 DM Ab 4 Ex. 3,50DM (+ Porto)

Bestelladresse:
atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg

Semiten und deshalb könne die eigene Position gar nicht antisemitisch sein[72]:

Diese Behauptung ist einfach nur dümmlich angesichts der Tatsache, daß der Begriff "Antisemitismus" unabhängig von der ursprünglichen Bedeutung des Begriffes "Semit" eigentlich ein Kampfbegriff antisemitischer Gruppen war und heute sowohl im wissenschaftlichen wie im umgangssprachlichen Gebrauch für Judenfeindschaft steht.

5. Das Problem wird - sicher unbeabsichtigt - tabuisiert:

So schrieb etwa Alice Schwarzer in einer Entgegnung auf Angriffe Broders im Spiegel (21/1991, S.248): "Antisemitismus scheint mir der schlimmste Vorwurf, den man einem deutschen Menschen nach Auschwitz machen kann." Eine solche Sichtweise ignoriert die Tatsache, daß durch das Menschheitsverbrechen von Auschwitz natürlich nicht der Antisemitismus von der Bildfläche verschwunden ist, zumal bei der Intensität, die er vorher in den Köpfen der Menschen besessen hat. Solche Argumentation ist die Grundlage für die Einstellung, die lautet: Ich bin links, ich kann gar nicht antisemitisch sein.

Ich denke, daß der pauschale Vorwurf des Antiisraelismus oder Antisemitismus den GRÜNEN gegenüber an der Realität vorbeigeht. Dennoch, die jüngsten Auseinandersetzungen haben gezeigt, daß in dieser Hinsicht ein latentes Problem fortbesteht, das übrigens keineswegs nur zu "anti-israelischen" Äußerungen führen muß. Es gibt innerhalb der GRÜNEN genauso Kräfte, die ein für mein Empfinden apologetisches Verhältnis zur israelischen Regierungspolitik haben und solche, die Israel gegenüber indifferent sind. Die Debatte wird also wieder und wieder geführt werden müssen, wirklich geführt werden müssen, das heißt: ohne die oben genannten "Zurückweisungstechniken". Dabei wird sich das Spannungsverhältnis zwischen dem Versuch, jenseits griffiger und mehr oder weniger abstrakter oder personalistisch dämonisierender Einordnungschemata zu begreifen, wofür der Name Auschwitz steht, und dem Bemühen, angesichts der Entwicklungen im Nahen Osten zu Positionen und Handlungen zu gelangen, die weder abstrakt über Geschichte und Ängste der Betroffenen hinweggehen noch resignierend oder zynisch eine politische Perspektive für unmöglich erklären, nicht auflösen lassen. Und selbst wenn die politische Perspektive "Zwei Völker - zwei Staaten" sich als realistische Möglichkeit erweisen sollte, würden die Streitfragen nur auf anderer Ebene weitergehen. Es ist nämlich kaum anzunehmen, daß viele GRÜNE bzw. Linke etwa der 1989 geäußerten Überlegung des israelischen Schriftstellers Amos Oz, einem führenden Vertreter der "Frieden Jetzt"-Bewegung, zustimmen werden, daß Israel nach einer Friedensregelung im Sinne der 2-Staaten-Regelung Mitglied der NATO werden solle.[73] ▩

JÖRN BÖHME

1 Vgl: Jürgen Maier: Die fröhlichen Leute von unterwegs oder: Grüne Nahostpolitik - ein Fiasko, 3. Akt - Avanti Dilettanti, Bonn, 4.3.91; Dietrich Schulze-Marmeling: Versuch, die Israel-Debatte auf die Füße zu stellen, in: Arbeiterkampf (ak) Nr. 328, 11.3.91

2 Vgl. zur folgenden Darstellung allgemein auch: Martin Kloke: Kathartische Zerreißproben: Zur Israel-Diskussion in der Partei "Die Grünen", in: H.A. Strauss, W. Bergmann, Chr. Hoffmann (Hg.): Der Antisemitismus der Gegenwart, Frankfurt/New York 1990 (Campus Verlag), S.124-148. Kloke, mit dem ich zeitweilig zusammengearbeitet habe, verdanke ich wichtige Informationen und Anregungen.

3 Vgl. Otto Schily: Gedanken eines Deutschen zum jüdisch- arabischen Dialog, in: A. Wojak (Hg.): Schatten der Vergangenheit, Deutsche und Juden heute, Gütersloh 1985, S.148f

4 Zur Israelarbeit der Organisation vgl. Zeichen (Mitteilungen der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste) Nr. 2/ Sommer 1986: Aus der Geschichte lernen - 25 Jahre Aktion Sühnezeichen in Israel

5 Zu der Tagung, die gerade durch die Auseinandersetzung der teilnehmenden Israelis und Palästinenser lehrreich war vgl. Micha Brumlik: Arnoldshain, oder der Versuch, den Nationalismus zu verflüssigen, in: Pflasterstrand Nr. 207, S.20ff; ders.: Nakba und Holocaust - Zum Dialog zwischen Arabern und Juden, Israelis und Palästinensern, in: Kommune 11/84, S.31ff; Jörn Böhme: Nicht vergessen, was möglich sein könnte, in: Zeichen 4/84, S.32ff

6 Die Rede von Brigitte Heinrich wurde zuerst abgedruckt in der taz v. 25.8.82; zur Kritik siehe Henryk M. Broder: Der ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls, Frankfurt/Main 1986, S. 120f

7 Vgl. Vorläufige Dokumentation der NAHOST-REISE der FRAKTIONS- und PARTEIDELEGATION DIE GRÜNEN (16. - 30. Dezember 1984), Bonn, Januar 1985, Teil IV, S.1ff

8 Nach Ulrich Tilgner waren diese Aussagen bei der Veröffentlichung des Papiers allerdings bereits insofern relativiert, als einen Tag zuvor eine Anfrage an das israelische Außenministerium ergangen war mit der Bitte um einen Gesprächstermin.

9 Vgl. Dokumentation der Reise, a.a.O. Teil III, S.2

10 Nach einer dpa-Meldung vom 30.12.84. In der Reisedokumentation ist dies nicht zu finden.

11 Vgl. Dokumentation der Reise, a.a.O., Teil III, S.10

12 Einige Vertreter der israelischen Linken wiesen die offizielle israelischen Kritik an den GRÜNEN zwar zurück, doch gab es auch unter Linken kritische Stimmen, die politischen Schaden für die eigene Friedensarbeit befürchteten. Vgl. dazu G. Spiro, Adam Keller und Matti Peled in: Dokumentation der Reise, a.a.O., Teil V, S.3f; Hanna Lévy-Hass: Sie müßten über jüdische Geschichte lernen. Offener Brief an die Grünen zur Israel-Reise, in: taz, 28.1.85

13 Vgl. die Kommentare des damaligen GRÜNEN-Nachrückers Jo Müller, in: Kommune 1/85, S.27ff und in: Pflasterstrand Nr. 201, S.64ff sowie die Kritik des ehemaligen Mitarbeiters des Frankfurter Palästinakomitees Peter Zollinger in: Pflasterstrand Nr. 2o1, S.12f

14 Vgl. Anlage zur Dokumentation der Reise, a.a.O., sowie Dirk Cornelsen: Was Grüne mit einer Israel-Reise anrichteten, in: FR, 19.1.85

15 Vgl. Beate Seel: Guter Wille, aber viele Gräben. Seminar der Deutsch-Israelischen Gesellschaft zur Israel-Reise der Grünen, in: taz, 28.1.85

16 Vgl. dazu: Deutsch-Israelischer Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten: Israel und Palästina, Zeitschrift für Dialog, Sonderheft 8: Ein unvermeidlicher Streit (Dokumentation zur Auseinandersetzung um die Reise der GRÜNEN nach Israel), Berlin März 1985

17 Dan Diner: Sehnsucht nach Normalität - Israel-Reise der Grünen, in: links, Nr. 180, 3/85, S.9f

18 Dan Diner: Eine Reise in die Vergangenheit, in: Israel und Palästina, Sonderheft 8, a.a.O. S.16ff, hier S.17

19 Vgl. Hans Brandscheidt, Mitarbeiter von Medico International in: Palästina-Bulletin Nr. 7 v. 15.2.85, S.8f

20 Vgl. Wolf Schenke: Grüne unter Psychoterror - Denkwürdige Fraktionssitzung über die Nahostreise, in: Neue Politik I/II 1985, S.24ff

21 Vgl. Henryk M. Broder: Halb wehleidig, halb heldenhaft. Politik als Bauerntheater, in: Dieter Gütt (Hrg.): Wählen, aber wen?, Hamburg 1986, S.15ff.

22 Vgl. Micha Brumlik u.a.: Antisemitismus, Internationalismus, Nahostkonflikt. Ein Streitgespräch, in: links Nr. 181, 4/85, S.25-34. Etwa ein Jahr später nannte J. Reents diese Formel "falsch" (vgl. FR, 24.4.86).

23 Archiv des Verfassers

24 U. Tilgner: Anmerkungen zur Diskussion, in: Dokumentation der Nahost-Reise, a.a.O., Teil V, S.28ff

25 Ebd., S.29

26 Vgl. Micha Brumlik: Entsorgungsversuche im Frankfurter Müll, in: Hajo Funke (Hrg.): Von der Gnade der geschenkten Nation, Berlin 1988, S.35-59

27 Vgl. taz 2.11.85: Das von Manfred Zieran und Manon Tuckfeld mitgeführte Transparent enthielt die Aufschrift "Gegen Bodenspekulanten, Wohnraumzerstörung und Bücherverbrennung - die Grünen".

28 "Wer seine Armee zu Mordaktionen wie in Tunesien einsetzt, wer andere Länder überfällt und besetzt hält, praktiziert Staatsterrorismus." Demgegenüber erklärten MdL Charlotte Garbe und Landesvorstandsmitglied Rolf Grösch: "Für uns Deutsche ist es angesichts der historischen Erfahrung ratsam, mit Kritik an israelischer Politik Zurückhaltung zu üben." (zit. nach FR, 27.1.86).

29 So befanden die Autoren des Aufrufes darüber, was Judentum ist ("Der jüdische Glaube gehört in die Synagoge") und bestritten folglich das Existenzrecht einer jüdischen Nationalbewegung.

30 Der Vorwurf kam aus palästinensischen und "antiimperialistischen" Kreisen. Vgl. das von der "Popular Front for the Liberation of Palestine" herausgegebene Palästina Info Nr.4 vom Februar 86

31 Etwa 20 Mitglieder der "Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste", des "Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten" und TheologiestudentInnen, die im Rahmen ihres Studiums ein Jahr lang in Jerusalem studiert hatten, standen bei der Demonstration mit Gegentransparenten am Straßenrand.

32 M.T. Mehr: Bundestags-Grüne treffen Peres, in: taz, 28.1.86

33 K. Hartung: Ein Plakat oder: wie latent ist der Antisemitismus? Eine Diskussion zwischen linken Juden und AL-Mitgliedern - aus aktuellem Anlaß, in: taz, 13.3.86

34 Vgl. R. Leicht: Das Tabu zerbricht. Antisemistismus meldet sich wieder zu Wort, in: DIE ZEIT, Nr. 8, 14.2.86

35 "Diese steigenden rassistischen und antisemitischen Tendenzen - das gilt für Ihre Klientel (...), und das gilt auch für unsere Klientel. Wer hier irgendwie versucht, Schuld zuzuweisen und das parteipolitisch umzumünzen, der wird dem, was uns hier in diesem Land wieder droht, wenn wir nicht alle gemeinsam aufpassen, der wird unserer besonderen Verantwortung, egal, ob alt oder jung, dem jüdischen Volk gegenüber nicht gerecht." (Vgl. Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 10/201, 27.2.86, S.15423)

36 Vgl. DIE GRÜNEN im Bundestag (Hrg): Kongreß gegen Antisemitismus vom 4. - 6. November 1988 in der Universität Frankfurt, Bonn, Oktober 1988

37 Lukas Beckmann im grünen Pressedienst, 19.2.87 und Jürgen Reents in: Palästina Bulletin, 20.2.89 S.8f

38 Flugblatt der AL: "Warum die Alternative Liste Berlin die Demonstration am 18.2.87 nicht unterstützt"

39 Vgl. U. Sieber: Zwei Aufrufe zur Palästinenser-Demo, in: taz, 21.2.87. Zur Kritik an der Fraktion vgl. die Antwort von Medico International: "Mit Empörung und wahrhaftigem Zorn" in: Palästina Bulletin, 18.2.87, sowie den Protestbrief von A. Frangi an die grünen Spitzengremien (taz, 23.2.87)

40 Die Vorschläge kamen von Jürgen Reents und Alexander Schubart. Vgl. auch O. Tolmein: Grüne Dauerkontroverse um Nahostpolitik, in: taz 22.4.87 Die Unterstützung der Bundestagfraktion fand hingegen ein großes, europäisches Hearing zum israelisch-palästinensischen Konflikt, das die damalige Regenbogenfraktion im Europäischen Parlament am 15. und 16.11.1988 in Straßburg veranstaltete

41 Vgl. Pressemitteilung Nr. 251, 8.4.87: "Grüne führen Gespräche mit dem israelischen Staatspräsidenten"

42 Wetzel hatte im Übrigen bereits im Zusammenhang mit dem Libanonkrieg ein für die linke Israel-Diskussion wichtiges Buch herausgegeben: Die Verlängerung der Geschichte (Deutsche, Juden und der Palästinakonflikt), Frankfurt/Main 1983

43 Der Techniker Vanunu teilte 1986 der britischen Zeitung "Sunday Times" Einzelheiten der israelischen atomaren Aufrüstung mit, wurde - vermutlich vom israelischen Geheimdienst - nach Israel entführt und vor Gericht gestellt. Im März 1988 wurde er zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt. Eine Wiederaufnahme des Verfahrens wurde im Mai 1990 vom Obersten Gerichtshof Israels abgelehnt.

44 Vgl. Jörn Böhme: Offener Brief an Otto Schily und Waltraud Schoppe vom 2.1..87 in: Jürgen Maier (Hrg): Dokumentation zur Nahost-Politik der GRÜNEN, Bonn 1988 (Bundesgeschäftsstelle der GRÜNEN), S. 44ff

45 Vgl. K. Hartung/B. Seel: Interview mit den Bundestagsabgeordneten der Grünen, Waltraud Schoppe und Otto Schily, nach ihrer auch innerhalb der Partei umstrittenen Reise nach Israel, in: taz, 3.11.87

46 Zur Polemik gegen Schily vgl. v.a. J. Reents: Go East: Schily bei den Siedlern, in: taz, 10.11.87

47 Vgl. O. Tolmein: Steht Schily vor Parteiaustritt?, in: taz, 12.11.87, sowie M. Winter: Bonner Grüne stehen vor der Zerreißprobe, Streit um Israel-Reise läßt tiefe Gegensätze aufbrechen, in: FR, 12.11.87

48 Überschrift eines Artikels zu der Israel-Reise von Henryk M. Broder in der taz vom 4.11.87

49 Vgl. Palästina Bulletin, 18.12.87. Diese Aussagen wurden auch von Jürgen Reents in einem Artikel begrüßt, der ansonsten nur kritischen Spott für die Reise vom Oktober 87 übrig hatte. Vgl. ders. Grüne im Nahostkonflikt. in: Sind die Grünen noch zu retten? - Krise und Perspektiven einer ehemaligen Protestpartei, Hrg.: Jochen Hippler, Jürgen Maier, Köln 1988. S.175ff, hier S.197

50 Vgl. Jürgen Maier: Krieg gegen Zivilisten - Bericht über eine Reise im Auftrag des Bundesvorstandes der Grünen nach Palästina und nach Israel vom 27.1. - 2.2.1988, Bonn 1988

51 Vgl. C. Wiedemann: Umstrittene Debatte über Israel, in: taz, 2.3.88; Interview mit D. Wetzel, in: taz, 3.3.88; M. Winter: Zweierlei Recht und eine neue Verdrängung. Die Probleme des Grünen-Abgeordneten Wetzel mit einer Israel-Debatte im Bundestag, in: FR, 5.3.88; Zustimmung zur Kritik von Wetzel und Oesterle-Schwerin äußerte M.T. Mehr in der taz vom 3.3.88: Schräge Koalition. Grüne und CDU wollen eine Nahost-Debatte.

52 Die Lage im Nahen Osten insbesondere in den von Israel besetzten Gebieten (Aus dem Stenographischen Protokoll der Sitzung des Deutschen Bundestages vom 11. März 1988), Bonn 1988

53 Vgl. Die GRÜNEN im Bundestag: Frieden im Nahen Osten? Dokumentation einer Anhörung mit Palästinensern und Israelis am 30. Mai 1988, Bonn 1988

54 Vgl. Palästina Bulletin, 10.6.88, S.2f: Grüne wollen nicht hören

55 Siehe: DIE GRÜNEN im Bundestag: BULLETIN Sonderausgabe Dezember 1989, S. 42

56 Vgl. Deutsch-Israelischer Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten: Israel + Palästina, Sonderheft 19: Frieden - aber wie? (Zur aktuellen Diskussion innerhalb der israelischen Friedenskräfte), Frankfurt/Main, Oktober 1989

57 Bundestagsdrucksache 11/5452 vom 25.10.89

58 Die Reise fand vom 26.6.-1.7.90 statt. Vgl. dazu Jörn Böhme: Reise nach Israel, in: DIE GRÜNEN im Bundestag: Bulletin, September 1990, S.44

59 Vgl. Pressemitteilung der Fraktion vom 5.7.90

60 Vgl. Bernd Ulrich: Für einen Wirtschaftsboykott Iraks, sowie: Udo Knapp: Sich heraushalten geht nicht, in: taz 11.8.90 und Jörn Böhme: Grünlinks-friedensbewegt..., in: taz 14.8.90. Vgl. auch : DIE GRÜNEN im Bundestag (Hrg.): Reader zur Golfkrise (Dokumentation eines Hearings zur Golfkrise am 6./7.9.90), Bonn Oktober 1990, zu beziehen über die Bundesgeschäftsstelle der GRÜNEN

61 Vgl.: Der Golfkrieg, Israel und die deutsche Friedensbewegung (Dokumentation einer Kontroverse), Sondernummer der Zeitschrift "Israel und Palästina" des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten (DIAK), Frankfurt/Main April 1991

62 Vgl. taz vom 28.1.91: Golfkrieg dominierte Koalitionsparteitag, auch FR vom 28.1.91

63 Vgl. FR vom 13.3.91: Der gestörte Dialog (Günter Grass diskutiert mit Yoram Kaniuk und Günter de Bruyn)

64 Der umstrittenste Argumentationsgang in dem Interview mit Christian Ströbele von den Irakischen Raketen als logische, fast zwingende Konsequenz israelischer Politik war übrigens in etwas weniger zugespitzter Form bereits in einem offenen Brief an die "Freundinnen und Freunde der israelischen Friedensbewegung" vom 12.2.1991 vorhanden. Dort hieß es: "Schon die bisherigen Raketen auf Israel waren eine Konsequenz des Setzens auf die militärische Lösung."

65 Vgl. Claus Leggewie im Gespräch mit Wolfgang Fritz Haug (FR, 25.5.88)

66 Diesbezüglich werden allerdings gerade angesichts der Situation nach dem Golfkrieg Zweifel laut. Vgl. Micha Brumlik: Und er bewegt sich doch (Der Friedensprozeß im Nahen Osten kommt in gang), taz 24.5.91

67 Herausgegeben von der Bundesgeschäftsstelle der GRÜNEN, Bonn, April 1991

68 Vgl. u.a. Deutsch-Israelischer Arbeitskreis (Hrg.): Schriften Band 9: Solidarität und deutsche Geschichte (Die Linke zwischen Antisemitismus und Israelkritik), Berlin 1984, Schriften Band 20: Martin W. Kloke: Israel und die deutsche Linke (Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses), Frankfurt/Main 1990 und die darin enthaltene ausführliche Literaturliste; Detlev Claussen: Israel, das Schibboleth des Internationalismus, in: taz, 25.5.88

69 Vgl. Konkret 4/91, S.13

70 So spricht etwa der ehemalige Europaabgeordnete der GRÜNEN, Benny Härlin von "eiskalter Provokation" (taz, 4.3.91) und der ehemalige Rechtsanwaltskollege von Ströbele, Klaus Eschen, der Broder ein journalistisches Pendant eines "Winkeladvokaten" schimpft, dachte zunächst (fast!), "er wäre Agent des israelischen Geheimdienstes Mossad mit dem Auftrag, die Grünen als die entschiedensten Gegener israelischer Politik in Deutschland mit Hilfe der israelischen und hiesigen Presse zu destabilisieren und einen der bekanntesten Kritiker der Politik Israels gegenüber den Palästinensern zu 'neutralisieren'." (taz, 22.3.91). Doch dazu habe Broder nicht das Format - wahrscheinlich ebensowenig, wie Eschen das Format hat, Realitäten auch nur einigermaßen unverzerrt wahrzunehmen.

71 Dieser Argumentationsweise hat Andrei S. Markovits in der FR vom 7.3.91 zu Recht folgendes entgegengehalten: "Genauso, wie ich es vollkommen in Ordnung finde, daß'es in unserem Land (den USA, J.B.) viele schwarze Bürger und auch Frauen gibt, die die Quotierung verurteilen, finde ich es vollkommen in Ordnung, daß es Juden in Deutschland gibt, die die von der Mehrheit der Juden (in Deutschland, in Israel, USA oder wo auch immer) geteilten Meinungen nicht akzeptieren oder sogar scharf kritisieren. Was ich aber wirklich übel finde, ist, wenn weiße Männer - also die objektiv Machthabenden - Frauen und Schwarze, die gegen Quotierung sind, zu Alibizwecken im Kampf gegen Quotierung als Beweis für die Richtigkeit ihrer (d.h. der weißen Männer) Argumente vorführen. Also liebe linke Freunde, rechtfertigt euch bitte nicht mir gegenüber mit einem eurer bequem vorhandenen 'linken' Alibijuden."

72 Arno Klönne in einem Leserbrief, in: links 4/91, S.4

73 Zitiert nach: Yael Lotan: "What Kind of Peace?" in: New Outlook (Middle East Monthly), May 1989, p.27-29

Drei Freunde Israels

Israel genießt derzeit dreierlei Sympathie. Die Sympathie der europäischen Linken, die nicht vergessen wird, wie ihre jüdischen Mitbürger verfolgt wurden von dem Faschismus, den sie bekämpften; eine Solidarität, die die Jüngeren vorbehaltlos teilen, die gegen Globke und Vialon Stellung bezogen haben und heute noch und wieder gegen SS-Geist und -Praxis demonstrieren, deren letztes und wieder erstes Opfer Benno Ohnesorg heißt. Die europäische Linke hat und hatte nie einen Grund, ihre Solidarität mit den rassisch Verfolgten aufzugeben. Für sie wurde der Nationalsozialismus nicht erst durch die Judengreuel kompromittiert, nicht durch Wiedergutmachung wieder gut. Es gibt für die europäische Linke keinen Grund, ihre Solidarität mit den Verfolgten aufzugeben, sie reicht in die Gegenwart und schließt den Staat Israel ein, den britische Kolonialpolitik und nationalsozialistische Judenverfolgung begründet haben.

Die Menschen, die heute in Israel leben, die Juden nicht nur, auch die Araber, waren nicht Subjekt, sondern primär Objekt dieser Staatsgründung. Wer den Bestand dieses Staates glaubt zur Disposition stellen zu sollen, muß wissen, daß nicht die Täter, sondern wiederum die Opfer von damals getroffen würden. Wenn die Forderung nach einer Aussöhnung mit Polen Bezug nimmt auf das, was Polen durch den Nationalsozialismus angetan wurde, dann gilt dasselbe auch für Israel.

Die zweite Sympathie, derer Israel sich gegenwärtig erfreut, hat andere Motive, ist weniger selbstlos, weniger unbedingt, anders, wenngleich zur Zeit scheinbar ebenso vorteilhaft für das Land. Da sind US-amerikanische Ölinteressen im Spiel, deren Rang und Folgen für die Länder der Dritten Welt am Modell Persien von Bahman Nirumand analysiert und beschrieben worden sind. Vergleichbare Analysen für die amerikanische Öl-Politik in Syrien, Libyen, Kuwait, Saudiarabien liegen noch nicht vor, doch wäre es naiv und weltfremd, anzunehmen, sie spielten keine Rolle für den Konflikt im Nahen Osten, für das Interesse der USA, den Golf von Akaba als internationales Gewässer zu erhalten und am oder in der Nähe des Suez-Kanals durch verläßliche Bündnispartner gegenwärtig zu sein. Solidarität mit Israel rechtfertigt außerdem neben dem NATO-Bündnis mit Griechenland und der Türkei die Präsenz der 6. Flotte im Mittelmeer, hilft ihre Südflanke schützen. Nicht weil die USA und Großbritanien auf den Suez-Kanal als Transportweg für ihr Öl angewiesen wären (die Behauptung, der Seeweg ums Kap mit größeren Tankern sei nicht teurer als mit kleinen Tankern durch die Wasserstraßen des Vorderen Orient, ist glaubhaft), sondern weil die arabischen Länder, würden sie über ihr Öl verfügen können, auf den Suez-Kanal angewiesen wären, können die USA auf ein befreundetes Israel nahe dem Suez-Kanal nicht verzichten.

Auch die Politik der westeuropäischen Linken könnte nicht araberfreundlich im Sinne der Araber sein, müßte ihnen den Verzicht auf Palästina abverlangen, die Bereitschaft zur Koexistenz mit Israel. Die Politik der Vereinigten Staaten aber zielt nicht nur auf die Erhaltung Israels für die Israelis, sondern ebenso auf die Erhaltung des arabischen Öls für die amerikanische Wirtschaft. Wer glaubt, Israel wäre, wenn es diesen Krieg nicht geführt hätte, vernichtet worden, muß wissen, daß dieser Krieg nicht nur einen israelischen Sieg herbeigeführt hat. Wer die Araber verurteilt, muß bedenken, daß die arabische Politik gegen Israel auch berechtigte Interessen enthält, ob man bereit ist diese zu würdigen oder nicht.

Die dritten Sympathien wurden in der Bundesrepublik hauptsächlich von einer bestimmten Presse zum Ausdruck gebracht und befanden sich augenscheinlich in Einklang mit dem, was als schwarzer Humor, als reiner Hohn empfunden worden wäre, als Politik aber allgemein geduldet wurde: Die Lieferung von Gasmasken an Israel. Erfolg und Härte des israelischen Vormarsches lösten einen Blutrausch aus, Blitzkriegstheorien schossen ins Kraut, BILD gewann in Sinai endlich, nach 25 Jahren, doch noch die Schlacht von Stalingrad. Antikommunistisches Ressentiment ging nahtlos auf in der Zerstörung sowjetischer Mig-Jäger; die Nichteinmischung der Sowjets wurde als Ermutigung erlebt, es in der deutschen Frage den Israelis gleichzutun; der Einmarsch in Jerusalem wurde als Vorwegnahme einer Parade durchs Brandenburger Tor begrüßt. Hätte man die Juden, statt sie zu vergasen, mit an den Ural genommen, der Zweite Weltkrieg wäre anders ausgegangen, die Fehler der Vergangenheit wurden als solche erkannt, der Antisemitismus bereut, die Läuterung fand statt, der neue deutsche Faschismus hat aus den alten Fehlern gelernt, nicht gegen - mit den Juden führt Antikommunismus zu Sieg.

Nicht die Erkenntnis der Menschlichkeit der Juden, sondern die Härte ihrer Kriegsführung, nicht die Anerkennung ihrer Rechte als Mitbürger, sondern die Anwendung von Napalm, nicht die Einsicht in die eigenen Verbrechen, sondern der israelische Blitzkrieg, die Solidarisierung mit der Brutalität, mit der Vertreibung, der Eroberung führte zu fragwürdiger Versöhnung. Es ist der Geist des "Wer Jude ist, bestimme ich", der sich da mit Israel verbündete, gleichzeitig mit den Totschlägern in Berlin. Wäre Israel ein sozialistisches Land, kein Zweifel, diese Sympathien gäbe es nicht. Es gäbe nur noch die der europäischen Linken, die unbeirrbaren, rationalen, ehrlichen.

Diejenigen, die gegenwärtig kein kritisches Wort über die Politik Israels dulden wollen, kein Wort über die berechtigten Interessen der Araber (deren Drohung, Israel vernichten zu wollen, dadurch nicht weniger unerträglich wird), die hinter der Forderung, Israel möge sich auf seine Vorkriegsgrenzen zurückziehen, nur sowjetischen Imperialismus wittern - welch eine Verwirrung der Begriffe -, diejenigen tragen nicht dazu bei, Frieden für Israel zu bewirken. Man kann die Interessen eines Landes anerkennen, ohne seine Politik für geeignet zu halten, diese Interessen zu wahren.

Die Solidarität der Linken mit Israel kann sich nicht von den Sympathien der USA und der BILD-Zeitung vereinnahmen lassen, die nicht Israel gilt, sondern eigenen, der Linken gegenüber feindlichen Interessen. Die Solidarität der Linken schließt auch einen Mann wie Moshe Dajan ein, wenn er ermordet werden soll, nicht aber seinen Rechtsradikalismus, seine Eroberungspolitik; so wie sie selbstverständlich mit dem arabischen Nationalismus sympathisiert, nicht aber mit Nassers Kommunistenverfolgung. Die Frage nach vernünftigen, stabilen, politischen Lösungen droht gegenwärtig von pro- und anti-israelischem Freund-Feind-Denken erdrückt zu werden, dem auch die Linke erliegt, wo sie sich zwischen sowjetischer und israelischer Politik entscheiden zu müssen glaubt und davon doch nur auseinanderdividiert wird. Parteilichkeit ist mehr gefragt als Vernunft. Wir unterdrücken die Frage nicht: Was will Israel - leben oder siegen? Als Subjekt seiner eigenen Geschichte muß es diese Frage selber beantworten. ■

ULRIKE MEINHOF

Im Juni 1967 besetzte Israel in einem "Blitzkrieg" den Sinai, die sogenannten "Westbanks" und die Golan-Höhen.

Ulrike M. Meinhof: Drei Freunde Israels. In: Ulrike Marie Meinhof: Die Würde des Menschen ist antastbar. Aufsätze und Polemiken. Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Klaus Wagenbach. Berlin 1980.

Der Text erschien zuerst in "konkret Nr. 7, 1967.

Deutsche Selbstgespräche
VON ANFANG AN

"Die wirkliche Bedeutung, die Israel im Nahen Osten zukommt, wird verschwiegen und Kritik an seiner Politik als 'Antisemitismus' abgebügelt": Das schreibt das "freiburger Bündnis zur Beendigung des Golfkrieges" in seinem Aufruf zur Antikriegsdemonstration am 23.2. Was mag ein Antisemitismus in Gänsefüßchen bloß verbergen? Welche schmutzigen Interessen tarnen sich hinter der Verschwörung des Schweigens, die die Kritiker mutig, ohne Respekt vor Tabus und Gänsefüßchen, attackieren? Darf man die Juden denn gar nicht mehr kritisieren? Ist das 'Antisemitismus' oder schon Antisemitismus? Die eigentliche Bedeutung und das Wesen Israels liegt den Flugblattautoren zufolge darin: *"Neben dem Wiedergutmachungsversuch und dem Nachkommen des Bedürfnisses nach einem eigenen jüdischen Staat, verfolgt die Staatsgründung Israels aber auch von Anfang an die Funktion eines Brückenkopfs der NATO im arabischen Raum."* So schnell sind sie, die Juden, daß sie den "Brückenkopf" - durchtriebenerweise mit Hilfe der Sowjets! - ein ganzes Jahr vor der Gründung der NATO etablierten. Vielleicht haben sie die NATO in Wahrheit gar erfunden - zur Legitimation des *"Brückenkopfes"*? Das Brüsseler Headquarter ein Instrument einer von langer Hand geplanten Verschwörung? Es ging nicht um *"Wiedergutmachung"*, sondern um die Verhinderung neuer Massaker, nicht um das *"Nachkommen des Bedürfnisses"*, sondern um ein Asyl für die wenigen Nachkommen. Neben allen möglichen vorgeschobenen Vorwänden interessierte von Anfang an immer nur das eine, der *"Brückenkopf"*. Die wirkliche Bedeutung, das wahre Wesen läßt sich nicht, wie die Autoren wissen, dreiteilen; das Wesen ist immer eins. Und was treibt er nun, der *"Brückenkopf"*? Eine *"aggressive Vertreibungs- und Vernichtungspolitik"*! Kaum den Lagern entronnen, in die Nazis sie, wohl in putativer Notwehr, gesteckt hatten, fangen sie mit der Vernichtung, diesmal der Palästinenser, schon wieder an. Und diesem Bedürfnis sind wir Deutschen nachgekommen? Dagegen zu demonstrieren ist nicht 'Antisemitismus', sondern bloß Antisemitismus. Das Flugblatt schließt: *"Gegen das Verdrängen!"* Und gegen das Abbügeln.

Der Frieden des Kapitals

Zur Logik des deutschen Moralismus

Gegenstand der materialistischen Kritik ist die Form, innerhalb der sich Individuen zu einer kapitalistischen Gesellschaft synthetisieren. Diese Form erscheint historisch in zahlreichen Façetten: die reine Form kapitalistischer Vergesellschaftung gibt es nirgendwo und hat es nie gegeben. Insoweit die Linke den Kapitalismus aber nur wegen dieser Erscheinungsweisen kritisiert und von seiner Form noch nicht einmal einen Begriff entwickelt, bleibt sie moralisierende Kritik. Wo sie z.B. den Imperialismus zu ihrem Hauptfeind stilisiert, bleibt sie zwischen Antiimperialismus und Kapitalkritik stecken und spielt das alte Spiel der christlichen Moral: das Böse (Faschismus, Kolonialismus, Imperialismus etc.) wird zugunsten einer reinen Form bekämpft. Diese aber ist - und das bleibt jedem Idealisten unbegreiflich: das Kapital.

Wer sich über das gegenseitige Abschlachten im Krieg empört und diese Empörung zum Anlaß nimmt, seinen Verstand auszuschalten, hat alle Vorteile. Individuell hat er ein gutes Gewissen, immer hat er 'die Wahrheit' auf seiner Seite und allgemeine Zustimmung ist ihm sicher. Ihm zu sagen, daß er es ist, der das Abschlachten legitimiert, muß folgenlos bleiben - denn ihm fehlt das Sinnesorgan, das ihm diese Wahrnehmung erlauben würde. Einem Farbenblinden kann man immerhin noch seinen Wahrnehmungsfehler erläutern. Er wird zwar nie wirklich wissen, was 'rot' ist, aber ein Bewußtsein davon entwickeln können, was ihm fehlt. Der Moralist schaltet diesen Zugang zu seinem Denken systematisch aus. Er ist immer "betroffen" und immer im Recht. Die Reinheit der Form aber erfordert die Ausmerzung des erscheinenden Unreinen: das ist das Gesetz, das allein diejenigen konstituieren, die die Wirklichkeit im Namen von Idealen kritisieren.[1]

Für 'den Krieg' an sich ist keiner. Auch Kriegsbefürworter sind letztlich Moralisten und befürworten immer nur einen besonderen Krieg: nur den, der ihren ethischen Prämissen entspricht, also nur den, der auf Frieden zielt - das aber ist in jedem Krieg der Fall. Die Prämissen der Kriegsbefürworter sind also mit denen der Kriegsgegner identisch, d.h., die Auseinandersetzungen unter ihnen bewegen sich in demselben Zweck-Mittel-Kontinuum. Gestritten wird lediglich um die Auswahl der geeigneten Mittel für einen allgemeinen Zweck - der Zweck, der Frieden also, bleibt außen vor.

Meist jedoch ist die Frage der Befürwortung oder Ablehnung eines Krieges die bloße Funktion einer grundsätzlichen Parteinnahme für oder gegen die eine Seite kriegführender Parteien: der Antiimperialist wird zum Kriegsgegner dann, wenn der Imperialismus Krieg führt, zum Befürworter dann, wenn der Imperialismus bekämpft wird. Nur wenn der Kriegskritiker ein Deutscher ist, dann ist er gegen jeden Krieg - solange Deutsche nicht 'betroffen' sind. Allen gemeinsam ist: die Moral ist ihnen ein strategisches Moment in der Operationalisierung ihrer Konflikte. Das heißt: die moralische Argumentation ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Sie bereitet ideologisch den Boden für die Verdinglichung des Menschen zum Objekt von Politik vor. Deshalb ist das Entscheidende nicht der Inhalt, um den hier vorgeblich gerungen wird - das Leid des konkreten Menschen interessiert den Bürger einen Dreck, wie der tägliche, 'friedliche' Hungertod tausender von Menschen beweist -, sondern die Form: das konkrete Leid einzelner Menschen (die auf sie einwirkende konkrete Gewalt der politischen Verhältnisse) wird in das abstrakte, allgemeine 'Leid' (die abstrakte Gewalt militärischer Strategien) verallgemeinerter Zuschreibungen (als da sind: ethnische Gruppen, Nationen, Länder etc.) transformiert und auf diese Weise für die Politik zugerichtet.

Wenn der Bürger das Wort Frieden in den Mund nimmt, dann meint er immer den Frieden der bürgerlichen Gesellschaft - und das ist der abstrakte Frieden der reinen Form seiner Vergesellschaftung. Dieser Frieden ist in jeder Hinsicht völlig rein: so rein, wie die Form seiner Vergesellschaftung idealiter frei ist von jeder Assoziation an Ausbeutung und Gewalt. Dieser Frieden herrscht[2] dort, wo gleichberechtigte Menschen sich ihr Eigentum gegenseitig freiwillig übertragen und auf diese Weise dem Allgemeinwohl dienen. Auf dieser Ebene - über die das Denken des Bürgers nicht hinausgehen kann, weshalb er vor den konkreten Auswirkungen seines Denkens immer wieder zu Tode erschrickt, um dann den Teufel mit dem Beelzebub austreiben zu wollen - herrscht Frieden ohne Friedensstifter. Erscheinende Gewalt gilt als von außen herangetragene, unnötige Störung - die allerdings, und hier beißt sich die Katze unauflöslich in den Schwanz, mit allen Mitteln von ihm fernzuhalten ist.

Kapitalistische Gesellschaften beruhen bekanntlich auf Arbeitsteilung: und so teilen sich die Bürger auf in diejenigen, die die Voraussetzungen des Friedens garantieren und das blutige Geschäft des Abschlachtens dann übernehmen, wenn's denn notwendig sein sollte, und die, die sich ihre Hände sauber halten. Wobei die Übergänge fließend sind und die Anlässe, von der einen Seite zur anderen zu wechseln, beliebig. Das hindert die Fraktionen nicht, sich gegenseitig bis aufs Messer zu bekriegen: Im Namen des Allgemeinwohls, des Friedens also, argumentiert jede Seite mit dem gleichen Recht auf derselben Basis und zichtigt die andere des Verrats an den allgemeinen, reinen Menschheitsrechten.

Um diesem, nicht nur fruchtlosen, sondern seinen Gegenstand, den Krieg also, mit Notwendigkeit ständig neu erzeugenden Streit entkommen zu können, ist die Perspekive zu wechseln und die Logik der Sache selbst zu beschreiben:

Kriege zwischen kapitalistischen Staaten lösen weder deren ökonomische noch ihre politischen und erst recht nicht ihre ideologischen Probleme. Das unterscheidet diese Kriege von allen vorangegangenen. Die bürgerliche Gesellschaft hat für jede ihrer Problemkonstellationen spezifische Konfliktlösungsstrateien entwickelt: Strategien, die ein hervorragendes Maß an Wirksamkeit bewiesen haben - wovon jede Oppositionsbewegung der letzten Jahre ein Lied singen kann. Das Militär - und mit diesem der Krieg - erfüllt im Rahmen des kapitalistischen Weltmarkts unverzichtbare, spezifische Aufgaben - mit eigenen Problemkonstellationen und eigenen Mitteln zu ihrer Lösung: Das Militärische bildet - wie die Ökonomie, die Politik, die Ideologie - einen Bereich für sich selbst und ist dennoch, auf einer abstrakten Ebene, mit den anderen verzahnt. Für jeden Bereich gilt: in ihm müssen mit den hier zur Verfügung stehenden Mitteln die prinzipiell unkalkulierbaren Risiken bürgerlicher Reproduktion auf das allen Bereichen gemeinsame, Kalkulierbarkeit versprechende Maß bezogen werden, das die Verzahnung der einzelnen Bereiche untereinander sicherstellt. Dieses Maß ist nicht Selbsterhaltung, nicht Profitstreben, nicht Machtgewinn, also keine anthropologische oder sonstige Konstante, sondern allein die Reproduktion dieses Maßes in sich selbst.[3]

Die besonderen Aufgaben des Militärs sind evident: es sichert die Voraussetzungen, unter denen die Kapitalakkumulation sich vollziehen kann. Funktioniert diese Akkumulation aus sich selbst, also so, wie die Lehrbücher dies beschreiben, dann kann es, wie der Staat, im Hintergrund beiben. Es erfüllt seine gesellschaftlich-praktische Funktion nur als abstrakte Bedingung ihrer Möglichkeit und bildet außerdem ein ökonomisch äußerst willkommenes Korrektiv: Da es Waren nur konsumiert, kann es einen gewaltigen Batzen der produzierten Warenmenge absorbieren und so schon in Friedenszeiten das Problem überschüssiger Produktionskapazitäten in Grenzen halten.

In seiner praktischen Funktion in Erscheinung tritt das Militär dann, wenn die politische Ökonomie die gesellschaftliche Reproduktion - aus welchen Gründen auch immer - nicht aus sich selbst heraus sichern kann. Militär und Staat verschmelzen dann und drücken der Gesellschaft ihren Stempel auf: Wie die lateinamerikanischen Militärdiktaturen zeigen, bleibt die Ökonomie dabei weiterhin eine kapitalistische und die ökonomischen Probleme werden auf diese Weise nicht gelöst, sondern verschärfen sich. Aber: die Opposition wird effektiv unterdrückt oder gar völlig zerschlagen. Die Ordnung also ist gesichert. Und zu gegebener Zeit kann die politische Macht dann wieder an 'Zivilisten' übertragen werden.

Wiederum anders liegt der Fall, wenn eine entfaltete kapitalistische Ökonomie und eine über sie politisch gebietende Bourgeoisie gar nicht existiert.[4] Denn dann kann das Militär (national beschränkt) an die Stelle der 'unsichtbaren Hand'des abstrakt-anonymen Marktes treten und hier vor allem die entscheidende Rolle im Akkumulationsprozeß usurpieren. Wie dies - in einer ganz spezifischen Verbindung von alter Bourgeoisie, faschistischer Massenpartei und Militär - auch im nationalsozialistischen Deutschland der Fall war. Und, wenn auch in einer anderen Größenordnung und auf der Basis einer ganz anderen Produktionsstruktur, wie dies heute im Irak (aber auch in Syrien, Pakistan u.a. Staaten) der Fall ist.

In dieserart militarisierten Gesellschaften prallen innere Organisation und äußere Welt unvermittelt aufeinander. Der kapitalistische Weltmarkt gibt den Standard, die allgemeine Form vor - nicht nur in Bezug auf die zur Reproduktion der Bevölkerung notwendigen Waren. Er bestimmt darüberhinaus über die Effektivität der inländischen Produktion - gemessen wird überall an der Arbeitsproduktivität der entwickeltsten kapitalistischen Staaten - und legt vor allem den technologischen Standard der Waren fest, die das Militär am meisten interessiert: den der Waffen. Solche Kommandowirtschaften können, wenn sie es sich überhaupt leisten wollen, einige Probleme weniger haben als liberalistische: Inflation und Arbeitslosigkeit sind dann Fremdwörter. Dafür halsen sie sich andere, weit gefährlichere auf. Zum einen wird die Produktionsstruktur, da der zur Rationalisierung zwingende Konkurrenzkampf der Einzelkapitalien staatlicherseits weitgehend ausgeschaltet worden ist, nicht aus sich selbst heraus beständig erneuert. Zum anderen erarbeitet die Bevölkerung, wenn der anonyme Druck des Arbeitsmarktes fehlt, entweder nur das, was sie selbst verbraucht

oder muß durch aufwendige und konfliktträchtige Repressionsmaßnahmen zum Arbeiten gezwungen werden. Vor allem aber sind die Beziehungen zum Weltmarkt äußerst heikel. Hier bleibt nur der Weg der Verschuldung - zu den vom Weltmarkt diktierten Bedingungen. Diesen Staaten drängt sich zwangsläufig ein Mittel auf, das all ihre Probleme mit einem Schlag zu lösen verspricht: die Ausdehnung des Staatsgebietes nach außen, also, für den (so gut wie immer gegebenen) Fall, daß diese Ausdehnung auf Widerstand trifft, der Krieg. Was für die liberal-kapitalistischen Staaten die Ausnahme ist, ist für sie erstrebte Regel: die Karten werden neu gemischt, alte Schulden beglichen und der Krieg schweißt die Bevölkerung zusammen - so lange wenigstens, bis dieser die Hoffnung auf den Sieg und die dann zu verteilende Beute nicht vergangen ist.

Für die entwickelten kapitalitischen Staaten ist der Krieg dagegen nur ein Mittel unter anderen zur Lösung ganz spezifischer Probleme. Er ist eine der möglichen Ausnahmesituationen (etwa Währungs- oder Verfassungsreform, Notstandsregierung, das 'Galoppieren-Lassen der Inflation' u.a.), die es ermöglicht, neue Zyklen der Kapitalakkumulation einzuläuten, veraltete Produktonsanlagen zu reorganisieren, neue Märkte zu eröffnen und überschüssige Kapitalien zu zerstören. Allerdings erfordert ein Krieg in diesen Staaten eine weitaus aufwendigere Legitimierung als in den vorhin angesprochenen, durchgehend militarisierten Staaten. Für Phrasen wie die von einem 'heiligen Krieg' oder den 'Endsieg' gibt ein, sich seiner politischen Macht bewußter Bourgeois 'sein' Geld nicht ohne weiteres her. Um den Krieg als das Mittel der Wahl zu legitimieren - wofür die Politik zuständig ist -, bedarf es in diesen liberal-kapitalistischen Staaten mindestens eines mit reichlich publizistischem Propagandaaufwand verbundenen Aufbaus solcher Figuren wie Saddam Hussein oder Ghaddafi. Also auch hier: Die Kriegsgegner bedingen sich gegenseitig und bauen sich gegenseitig auf. Und der Krieg löst eine Reihe von Problemen - wenn es auch nicht die sind, die als Kriegsgrund politisch angeführt werden.

Den sich selbst garantierenden (ewigen) Frieden gibt es nur in der Vorstellungswelt solcher Bürger, denen der Zugang zur politischen Macht versperrt ist. Dem amerikanischen, und auch besonders noch dem englischen Citoyen ist klar: Der freie und gerechte Tausch hebt die Ungleichheit und Gewaltförmigkeit seiner Voraussetzungen nicht nur nicht auf, sondern erzeugt sie immer wieder neu. Die friedenssehnsüchtigen deutschen Bürger wollen, das sei ihnen zugestanden, das Friedensideal des amerikanisch-liberalen Bürgers auch für Deutschland. Insofern sie aber nur das Ideal importieren wollen, nicht aber dessen Wirklichkeit - und die ist ohne amerikanisches Militär nicht zu haben - ist sie antiamerikanisch und bleibt der Form nach deutsch.

Der deutschen Ideologie fehlt außerdem die spezifisch amerikanische Bewunderung für die Segnungen der Konkurrenz. Diese wird vielmehr als Übel empfunden; man will eben nur das reine Ideal, unter Ausschaltung der in diesem Ideal eingeschlossenen - und für eine sich selbst reproduzierende Verwertung des Werts unverzichtbaren - Konkurrenzkämpfe der Einzelkapitalien und Bürger im alltäglichen Kleinkrieg untereinander. Die Friedenssehnsucht der Deutschen abstrahiert also nicht nur von den militärischen Prämissen, sondern auch noch von einem weiteren wesentlichen Moment liberal-kapitalistischer Vergesellschaftung. Sie plädiert damit objektiv, ob sie es will oder nicht, für die urdeutsche Form der Friedensstiftung unter sich streitenden Staatsbürgern: Ein Wesen aus Fleisch und Blut muß her, das Ruhe und Ordnung schafft und dem 'Hader' untereinander ein entschiedenes Ende bereitet. Sie ist der objektive Nährboden für eine Entwicklung, die fortschreibt, was in den 30er Jahren in Deutschland sich erstmals als die (neben einer Revolution) andere mögliche Überwindung des Kapitals historisch realisierte: die eines sich selbst aufhebenden Kapitalismus.

DIE MORAL DER MORALISTEN

Der Golfkrieg bietet Gelegenheit zur Untersuchung, wie die kaptitalimmanente Logik des Militärischen sich im Kopf des Bürgers darstellt. Wobei die für eine der kriegführenden Gegner Partei ergreifenden Stellungnahmen hier nicht der unmittelbare Gegenstand der Kritik sein sollen. Denn diese Stellungnahmen sind entweder Ausdruck einer existenziellen Bedrohungssituation (wie dies für die Israelis nicht nur zur Zeit des Golfkrieges der Fall war) - dann wird die Kritik an ihnen mit Notwendigkeit zynisch. Oder sie sind der ungeschminckte ideologische Ausdruck der Logik kapitalistischer Reproduktion. Dann fallen sie unter die materialistische Kritik der Form, die die Realität aus sich heraus freisetzt und benötigen keiner gesonderten Behandlung mehr. Anders der Moralismus insbesondere der deutschen Friedenssehnsucht - denn diese verweigert sich jeder praktischen Vernunft.

Die Konfrontation der Argumente der Moralisten mit der Realität kapitalistischer Vergesellschaftung führt zu folgenden Resultaten:

- Der Moralist - wo er argumentiert; wenn er handelt, ist ihm seine Moral eh egal[5] - mißachtet theoretisch die elementarsten Regeln, die er als Bürger im Umgang mit seinen Mitbürgern praktisch tagtäglich pflegt. So etwa die Regel, daß nur der etwas tauschen kann, der etwas anzubieten hat. Schließlich muß der, der sich an einen Verhandlungstisch setzt, um Friedensbedingungen auszuhandeln, zuvor bewiesen haben, daß er überhaupt fähig und willens ist, Krieg zu führen. Wer den Krieg als eine Möglichkeit seiner Handlungen von vornherein ausschließt, braucht sich also erst gar nicht an einen Verhandlungstisch zu setzen. Wenn Moralisten einer politischen Verhandlungslösung das Wort reden, beweisen sie nur ihre uneingeschränkte Bereitschaft, Staaten wie den Irak ohne Skrupel als gleichberechtigte Verhandlungspartner zu akzeptieren. Ein Realist, der mit seinem Gegner verhandelt, erkennt dagegen nicht dessen moralische Integrität an, sondern bringt sein (derzeitiges) Unvermögen zum Ausdruck, ihn besiegen zu können[6]. Die Form, in der ein Staat seinen inneren Zusammenhalt sichert (ob auf terroristisch-diktatorischem oder auf liberalistisch-demokratische Weise) ist zwar Idealisten wie Realisten gleichermaßen herzlich gleichgültig. Wie die Revolutionsmodelle, mit denen sich insbesondere die Linken aus der Friedensbewegung bisher identifizierten (Sowjetunion, China, Kuba, Albanien) allerdings zeigen, zieht die Linke autoritär-staatliche Modelle den liberal-staatlichen eindeutig vor. Das reaktionäre Selbstbestimmungsrecht der Völker[7] besitzt bei ihr dagegen einen sehr hohen Stellenwert.
- In den meisten Stellungnahmen zum Golfkrieg bestätigte sich wieder einmal die psychologische These, daß Friedensphantasien nur anderer Ausdruck von Gewaltphantasien sind. So z.B. bei nahezu allen veröffentlichten Leserbriefen an die Redaktionen von "konkret" und "taz" auf einige Artikel zu diesem Thema[8]: Das sich auf Realität beziehende Argument wurde von diesen Leserbriefschreibern durchweg als Gewalt gegen die eigene Person begriffen; man war wieder mal ganz "betroffen"[9] und fühlte sich in einer Notwehrsituation: genau das aber ist bekanntlich die geeignete psychische Disposition, um sich legitimiert zu fühlen, beim nächsten Anlaß selbst zuzuschlagen.
- Insofern sie verlangte, dem Irak gegenüber statt mit kriegerischen, mit dem Druckmittel von Wirtschaftsboykottmaßnahmen gegenüberzutreten, zeigten vor allem die Wortführer dieser Friedensbewegten des

weiteren, wie vertraut ihnen das militärische Denken der Strategen aus dem Pentagon ist. Auch diese Strategen glauben ja[10], den Krieg besser legitimieren zu können, wenn der Bevölkerung seine sichtbaren Auswirkungen nicht im Bild gezeigt werden. Ein Wirtschaftsboykott - der nur erfolgreich sein könnte, wenn er die militärischen Ziele genausogut mit wirtschaftlichen Mitteln erreichen kann - hätte aber im Fall Irak zur Folge gehabt, daß ein Teil der irakischen Bevölkerung nicht an den abgeworfenen Bomben gestorben, sondern verhungert wäre oder 'überflüssige Mäuler' von der irakischen Armee oder Polizei niedergemetzelt worden wären. Da dieses Verhungern und Vergasen dem Friedensbewegten meist nicht (und nur dann, wenn es den Medien in den Kram paßt) per Fernsehen an den Wohnzimmertisch übertragen worden wäre, hätte er weiter sein gutes Gewissen pflegen können. Und wenn ihm die Bilder doch gezeigt werden (wie, für kurze Zeit, im Falle der Kurden), dann fordert er halt die Aufhebung der Wirtschaftsblockade - was kümmert ihn sein Geschwätz von gestern[11]. Hauptsache sein Gewissen bleibt rein.

Wer sich darüber empört zeigt, daß auch Zivilisten vom Krieg betroffen werden, unterstellt, ein Krieg, bliebe er auf die Militärs beschränkt, könne eine Berechtigung haben: denn ansonsten würde er den Krieg als solchen denunzieren[12], und nicht nur seine notwendigen Resultate. Die Bevölkerung aber ist, ob im Krieg oder am Verhandlungstisch, die Geisel, mit der der Souverän seine Einsätze bestreitet. Die sog. Zivilisten sind und bleiben Dreh- und Angelpunkt aller kriegerischen und sonstigen Politik, sie sind die Verhandlungsmasse derer, die am Konferenztisch die Friedensbedingungen aushandeln. Und das ist mindestens so schlimm wie der Krieg selber, denn hier wird die Form reproduziert, die den Krieg als ein Mittel unter anderen zur Unterdrückung und Ausbeutung der Menschen möglich und notwendig macht.

Der Industrie verbieten zu wollen, Rüstungsgüter zu produzieren oder in bestimmte Staaten zu exportieren, kommt der Aufforderung gleich, jegliche Industrieproduktion einzustellen. Sie ist ebenso realistisch wie die, das Geld und den Staat abzuschaffen - wobei letzteres wenigstens noch vernünftig wäre. Wirtschaftsboykott ist ein Baustein im Gefüge strategischer Überlegungen jeglicher Politik - der Krieg ein anderer, die Verstaatlichung von Produktionsmitteln wiederum ein anderer und Rüstungskontrollmaßnahmen ein weiterer. Die Moral oder die Absichten einer Friedensbewegung sind ebenfalls solche Faktoren, die die Politik je nach Bedarf einsetzt. Bei all diesen strategischen Momenten ist es wie mit dem Wetter: mal stört es, mal nutzt es, und in einzelnen, allerdings sehr seltenen, spielt es das Zünglein an der Waage. In der einen, wie in der anderen Richtung, d.h. auf jeden Fall unabhängig von dem, was die subjektive Absicht eines solchen Faktors ist.

Der ganze Irrsinn des konsequenten Pazifismus aber zeigte sich in der Ablehnung der Lieferung von Abwehrraketen nach Israel. Moralisch ist diese Haltung konsequent. So konsequent, wie jedes pazifistische Argument allein die Opfer für ihre Opferrolle nicht nur verantwortlich machen, sondern auch noch von diesen Opfern verlangen muß, diese Opferrolle gefälligst zu akzeptieren. Daß diese zynische Hinnahme einer Opferrolle bisher noch nie von Kurden, Palästinensern, Irakern, Vietnamesen und sonstigen Identifikationsobjekten dieser Pazifisten gefordert worden ist, sondern allein gegenüber Juden, spricht für sich selbst.

Die praktische Bedeutung einer Friedensbewegung für militärpolitische Entscheidungen ist gleich Null. Die Sehnsucht des Bürgers nach Frieden stellt lediglich ein Problem für die Erzeugung von Legitimität dar und dafür ist die Politik zuständig. Das Militär kümmert sich um seine eigenen Angelegenheiten. Dennoch haben die Argumente, mit denen von Deutschland aus zu einem Krieg irgendwo auf der Welt Stellung bezogen wird, eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Sie präformieren das Denken und bereiten die Deutschen auf die kommenden Ereignisse vor. Wenn etwa die Forderung gestellt wird, keine deutschen Soldaten in die Türkei oder sonstwohin zu entsenden, hat das für einen Krieg dort oder anderswo keine Bedeutung. Ob diese Soldaten ihren Job hier ausüben oder anderswo, ob sie einen deutschen, amerkanischen oder türkischen Paß haben, ist dem Krieg selbst gegenüber völlig gleichgültig. Was aber im Streit um diese Frage konstituiert und reproduziert wird, ist die ideologische Verschweißung von Soldat, Bürger und Krieg unter den Begriff des 'Deutsch Seins'. Die Frage, ob es irgendwo Krieg gibt, tritt hinter die Frage, ob es Deutsche gibt, die an einem Krieg beteiligt sind, zurück. Und damit werden wir ideologisch für kommende Zeiten aufgerüstet.

Genau das auch war die wesentliche Funktion der Diskussion um deutsche Rüstungsgüter für den Irak. Die allgemeine moralische Empörung darüber diente nicht der Kritik daran, daß es den Bürgern noch nicht einmal gelingt, ihre eigenen moralischen Prämissen auch nur ansatzweise in die Praxis umzusetzen - und die hätten spätestens aufgrund der Erfahrungen im zweiten Weltkrieg verlangt, daß eine Reorganisation der industriellen Potenz unter deutscher Souveränität ein für allemal und mit allen Mitteln hätte verhindert werden müssen -, sondern nur dazu, daß sich Deutsche ihrer moralischen Verantwortung als Deutsche gegenüber der Welt bewußt werden. Etwas Schlimmeres aber kann dieser Welt schlechterdings nicht passieren.

DIE ROLLE DEUTSCHLANDS

Historisch lassen sich die bisherigen Konfliktlinien zwischen Staaten, die aufgrund ihrer militärischen Macht souverän gegeneinander Krieg unter kapitalistischen Weltmarktbedingungen führen konnten, nachzeichnen. Dies kann ein Licht auf die künftige Entwicklung, für die der Golfkrieg lediglich Auftakt war, werfen.[13]

Ausgegangen werden soll hierzu von der These, daß der wesentliche Punkt, in dem sich Nationalstaaten voneinander unterscheiden, der historische Weg ist, auf dem sich in ihnen die 'ursprüngliche Akkumulation', das heißt die Durchsetzung der allgemeinen bürgerlichen Rechtsform in ihrer Vermittlung mit der ökonomischen und staatlichen Form, vollzogen hat. Hier gibt es Staaten, in denen diese sich 'naturwüchsig', in gegenseitiger Durchdringung, etablierten. (England, Vereinigte Staaten). Und daneben solche, die diese durch eine führende Rolle des Staates - und im Sog des kapitalistischen Weltmarktes - nachzuholen versuchen. Kapitalistische Verhältnisse (Lohnarbeit, Privateigentum, Freiheit und Gleichheit der Individuen auf dem Markt, wie unterschiedlich ausgeprägt auch immer) etablieren sich in diesen Gesellschaften durchaus vollständig. Es bleiben aber bedeutsame Besonderheiten im Verhältnis von Staat und Gesellschaft bestehen: z. B. was die Entstehung einer selbstbewußten, die Staatsgeschäfte (als Citoyen) selbst besorgenden Bourgeoisie betrifft oder der hohe Staatsanteil am Eigentum an Produktionsmitteln und eine Reihe weiterer kultureller und sozialstaatlicher Besonderheiten. Auf jeden Fall aber spielt der Staat dann, wenn die gesellschaftliche Reproduktion in die Krise gerät, in diesen eine sehr viel aktivere Rolle als in den anderen (im wesentlichen auf die USA und England beschränkten) Ländern. In Krisenzeiten fällt dem Staat in solchen Nationen, die über eine, sich ihrer politischen Funktion voll bewußte Bourgeoisie nicht verfügen, die Aufgabe quasi naturwüchsig zu, diese Krise auch zu lösen und nicht nur die Bedingungen dafür zu garantieren, daß die Gesellschaft, i.e.'der Markt', diese Lösung selbst besorgt.

Die beiden Prototypen für Staaten mit einer 'nachgeholten kapitalistischen Entwicklung' sind Deutschland[14] einerseits und die Sowjetunion andererseits. Wobei hier die Unterscheidung darin zu treffen ist, daß, was Deutschland betrifft, der Faschismus das Resultat eines innerstaatlichen Konflikts zwischen entwickelter liberalistischer und staatskapitalistisch nachholender Entwicklung darstellt. Der Nationalsozialismus, oder sagen wir allgemeiner: das militaristische Zerstörungspotential Deutschlands bis zum zweiten Weltkrieg stellte die Aufhebung des Kapitals auf dem Boden des Kapitalismus dar. Im Unterschied zur Sowjetunion (oder China), die bis heute allein mit der staatlichen Organisation der Akkumulation beschäftigt ist und über eine gesellschaftlich relevante kapitalistische Produktionsstruktur nie verfügte.[15]

Geopolitisch versucht jeder Staat die spezifischen Elemente seiner gesellschaftlichen Struktur auf andere Staaten zu übertragen. Dies ist ein Gesetz, das die außenpolitischen Akteure befolgen - ob sie sich dessen bewußt sind oder nicht, ist der Sache herzlich egal. Um die jeweilige Form der - auf allgemein kapitalistischer Basis - organisierten Zusammenfassung der Bürger zum Staatswesen oder, was nur ein anderer Ausdruck dafür ist: um die jeweilige Form der Friedenssicherung wird Krieg geführt oder, was ebenfalls nur die andere Erscheinungsweise ein- und derselben Sache ist, Diplomatie betrieben. Die Hegemonie eines Staates über einen anderen kann sich unter den gegebenen, durchgehend kapitalisierten Weltmarktbedingungen nur dauerhaft reproduzieren, wenn die Besonderheiten der inneren Form der Vergesellschaftung des hegemonisierenden Staates auf den hegemonisierten übertragen werden - dies ist nur dann nicht nötig, wenn von vornherein eine Homogenität besteht. Denn unter kapitalistischen Weltmarktbedingungen können weder im Innenverhältnis noch im Außenverhältnis die (Rechts-)Beziehungen allein auf unmittelbarer Ausbeutung beruhen, sondern reproduzieren sich in der Universalisierung als Warenbeziehungen.[16]

Den Imperialismus Amerikas etwa störte zu Zeiten des kalten Krieges all das an der Sowjetunion, was nicht seiner Form kapitalistischer Vergesellschaftung entsprach: das Staatseigentum an den Produktionsmitteln und die Verstaatlichung der Kommunikationsmedien, das Außenhandelsmonopol etc. Dies wurde als sozialistisch denunziert und der Konflikt zweier Erscheinungsformen kapitalistischer Vergesellschaftung zum Kampf zwischen der freien und der kommunistischen Welt hochstilisiert - mit durchschlagendem Erfolg vor allem bei jenen, die ansonsten in allem, was aus den Vereinigten Staaten kommt, die imperialistische Propagandastrategie am Werke sahen, aber durchaus überzeugt waren, daß es sich bei der Form der Vergesellschaftung in der Sowjetunion um eine nichtkapitalistische gehandelt hat.

Es gibt aber noch eine andere geopolitische Konfliktlinie als die, die sich im 'kalten Krieg' Ausdruck verschaffte: Die zwischen Staaten mit *erfolgreich* nachgeholter zu denjenigen mit einer 'naturwüchsigen' Akkumulation. Diese ist zwar nicht so offensichtlich - aber umso bedeutsamer. Daß es zwischen diesen Staaten einen tiefen Graben gibt, der wohl noch tiefer geht als der der 'westlichen Welt'zu den sich bis vor kurzem noch sozialistisch nennenden, staatskapitalistischen (diese Akkumulation relativ erfolglos nachholenden), ist Franzosen, Briten und Amerikanern schon im zweiten Weltkrieg erst aufgefallen, als es fast schon zu spät war. Der Bürger Amerikas hat von seiner Form der Vergesellschaftung genauso wenig einen Begriff wie der deutsche (oder sonst ein nationalbewußter Mensch) - und daher bleibt beiden verborgen, daß es zwischen ihnen strukturell bedingte Unterschiede gibt, über die sich die abstrakte Notwendigkeit der kapitalistischen Staaten, gegeneinander in Konkurrenz treten zu müssen, seinen konkreten Ausdruck verschaffen kann. Und die sich hervorragend eignen - für den Fall, daß der Krieg die Lösung ka-

pitalistischer Akkumulationsprobleme besorgen muß - als Konfliktlinie herzuhalten, entlang der solch ein Krieg (selbst wenn es sich nur um einen Wirtschaftskrieg handeln sollte) legitimiert werden kann.[17]

Deutschland nun spielte im Golfkrieg die Rolle, die es historisch immer gespielt hat und die sich aus der Besonderheit seines historischen Weges zu einem staatlich gelenkten und das produktionstechnische Niveau der USA und Englands ein- oder gar überholt habenden Kapitalismus bestimmt. Die deutschen Politiker werden auch künftig gar nicht anders können. Was sie auch tun, sie tun, was dieser Rolle entspricht.

Die einen, und zwar die, die sich wenigstens noch ein historisches Bewußtsein von der strukturellen Gefahr dieses "deutschen Sonderwegs" bewahrt haben, fordern eine unbedingte Einbindung der deutschen Politik in den Imperialismus Amerikas. Und das war bisher auch das erklärte strategische Ziel der Vereinigten Staaten seit dem zweiten Weltkrieg. Das Kalkül dieser Politik wäre durchaus ehrenwert - wenn erstens der Kapitalismus und Imperialismus Amerikas nicht wäre, wenn zweitens nicht jederzeit die Gefahr bestünde, daß die Vereinigten Staaten im Inneren ihre liberalkapitalistische Form auch aufheben und in eine bonapartistische (oder gar faschistoide) transformieren, und wenn, drittens, dieses Kalkül überhaupt aufgehen könnte. Denn Deutschland ist aufgrund seiner ökonomischen Potenz und nicht zuletzt seiner korporativistischen Erfahrungen bei der sozialstaatlichen Sicherung von Massenloyalität nicht aus seiner Sonderrolle zu verdrängen, solange es existiert. Über diese historischen Bedingungen hinaus ist diese Rolle außerdem ein notwendiges Resultat wechselseitiger Zuschreibung: Wenn die einen diese Sonderrolle zurückweisen, die anderen sie betonen, setzt sich, wie in jeder Spiegelfechterei, nicht die eine gegen die andere Seite durch, sondern allein das, worum gestritten wird: die Sonderrolle halt. Und diese Zuschreibung verstärkt sich nur noch dadurch, daß von einflußreichen Gruppen aller Staaten an Deutschland auch von außen eine seiner ökonomischen Potenz adäqute Übernahme friedenssichernder Aktivitäten herangetragen wird. Auf jeden Fall: Die militärische Beteiligung Deutschlands am Golfkrieg hätte dem entscheidenden Konkurrenten der USA um die Führungsrolle in einer neuen, weltweiten Form der Friedenssicherung (auch neue Weltwirtschaftsordnung genannt) nicht nur die ökonomischen, sondern gar die militärischen Einfallstore erschlossen.

Die anderen, und das ist die überwiegende Mehrzahl, bildeten während des Golfkrieges eine Koalition, die von den Nationalisten á la Schönhuber über die Bundeswehr, die Bundesregierung und, diese radikalisierend, die SPD bis zur Friedensbewegung reichte - und die in den meisten europäischen Ländern mit Ausnahme Englands und der Mehrheit in Frankreich ihre Entsprechungen hatte. Diese Koalition verlangte von 'ihrer' Regierung einerseits ein Raushalten aus dem Konflikt und, als ob dies gar kein Widerspruch wäre, gleichzeitig eine aktive Rolle in der Übernahme friedenspolitischer Aktivitäten (meist unter dem Deckmantel der Europäischen Gemeinschaft). Und das wäre in der Tat der kostengünstigste Weg, die spezifische Form der deutschen Friedenssicherung geopolitisch voll zu entfalten. Im gleichen Maße wie das sowjetische Modell seine Attraktivität verliert, gewinnt daran das deutsche. Je weniger Schüsse Deutsche im Bündnis mit den USA abgeben, um so leichter wird es den am deutschen Modell einer nachholenden kapitalistischen Entwicklung orientierten staatskapitalistischen Staaten der Dritten Welt fallen, sich mit Deutschland gegen den Imperialismus Amerikas zu verbünden. Zumal, und das zeigt nur besonders frappant das Beispiel Frankreichs im zweiten Weltkrieg, es in allen Staaten unter der Bevölkerung einen erheblichen Anteil gibt, bei dem es sich, ungeachtet ihrer Nationalität oder sonst einer Zuschreibung, vom Charakter her um solche handelt, denen - wie den Deutschen in ihrer überwiegenden Mehrzahl - jede konsequent liberalistische Ökonomie unerträglich ist. Das Selbst dieser Charaktere benötigt eine ihm körperlich-anschaulich gegenüberstehende Identifikationsfigur als Projektionsfläche seiner Identität und kann sich die Charaktermaske des selbstbewußten Bourgeois nicht aufsetzen (und noch weniger die des Citoyen). Deutschland in der Rolle des Friedensstifters. Der Weltpolizist Amerika vom freundlichen Schutzmann um die Ecke verdrängt: wenn diese Bundesregierung weiterhin sich zieren sollte, ihre Chance zu ergreifen, die nächste (oder übernächste) wird es tun.

Es kommt dabei gar nicht darauf an, ob die sich entlang dieser Linie zwischen ursprünglicher und nachholender Entwicklung agierenden Konfliktparteien auch unter einem gemeinsamen Dach oder Namen auftreten. Zu zeigen ist nur, daß es aufgrund der inneren Struktur vor allem im Verhältnis von Staat und Gesellschaft besonders in den arabischen Staaten, den meisten europäischen (v.a. im Osten), und vielen anderen Homologien gibt, die aus sich selbst heraus zu einer Vereinheitlichung, unter welchen Vorzeichen auch immer, drängen. So viel kann zur Erscheinungsform dieser Vereinheitlichung aber schon jetzt gesagt werden: sie wird eine eindeutige Abgrenzung vom liberalkapitalistischen Modell vor allem der USA beinhalten. Und daß Deutschland unter diesen Staaten eine hervorragende Rolle spielen wird, dürfte sich von selbst verstehen. Ob diese Hegemonialrolle dieselbe faschistische oder gar nationalsozialistische Form annimmt wie im Dritten Reich[18] oder aber liberalkapitalistisch geläutert daherkommt, ist dabei gleichgültig. Mit dem Nationalsozialismus hat Deutschland das Maß gesetzt, an dem seine besondere Form gesellschaftlicher Reproduktion zu messen ist. Die Westeinbindung jedenfalls, auch wenn sie noch eine Zeitlang weitergehen wird, verliert ihre Basis, sobald die Vereinigten Staaten zum unmittelbaren Konkurrenten um hegemoniale Macht werden. Und wenn es zum vorausgesagten Zusammenbruch des Weltwährungssystems kommen sollte, ist auch das andere Bein dieser Westintegration: die Exportorientierung der deutschen Industrie, mit einem Schlag verloren. Dann geht es nur noch um Aufteilung an sich, um Ausschaltung von Konkurrenz, um militärisch und politisch zu sichernde Einflußsphären. Ein Geschäft, von dem anzunehmen, daß Deutsche es verlernt hätten, bestenfalls blauäugig ist.[19]

Es droht eine Situation, in der der Staat eine weltpolitisch führende, wie auch immer sich im Hintergrund bedeckt haltende Ordnungsmacht wird, der aufgrund seiner Vergangenheit am wenigsten dazu legitimiert ist. Und der bewiesen hat, wie seine Lösungen aus existenziellen kapitalistischen Krisen aussehen. Und solche Krisen stehen, das pfeifen die Spatzen von den Dächern, auf der Tagesordnung. Daß dies, wie schon jetzt, auf Kosten des einzigen Staates dieser Welt gehen wird, der (solange die Zugehörigkeit zu irgendeiner Nationalität die gesellschaftliche Grundbedingung menschlicher Existenz ist) eine nicht nur subjektiv begründete moralische und historische Existenzberechtigung hat, also Israel[20], ist die eine Folge dieser Entwicklung. Die andere ist die, daß das Schicksal einer Opposition gegen den Kapitalismus, die in solcherart staatskapitalistischen Ländern agiert, damit besiegelt sein wird. Denn diese Opposition ist ohne die Nischen, die der Liberalismus seinen Bürgern läßt - und das beweisen sogar die von den USA abhängigen Staaten in Lateinamerika, wenn man diese mit solchen wie dem Irak, Iran, Syrien, Lybien u.a. vergleicht - unmöglich. Für die Opposition stellt sich dann, zuschlechterletzt, selbst eine existenzielle Situation und diese würde alle Versuche, die Form Kapital zu kritisieren, zur Makulatur machen. Egal, wieviel Frist uns bis dahin noch verbleibt - ein Verzicht auf diese Kritik zugunsten einer Parteinnahme für oder gegen eine gerade kriegführende Partei läßt auch diese höchstwahrscheinlich letzte Frist ungenutzt, bevor sie endgültig verstrichen sein wird. ▩

MANFRED DAHLMANN

Erläuterungen

1 Dies ist kein Phänomen allein bürgerlicher Gesellschaften. Auch die mittelalterlichen Kritiker der kirchlichen Greueltaten haben im Namen Gottes argumentiert und damit, was sich biographisch in allen Varianten belegen ließe, das Abschlachten in seinem Namen nicht nur nicht behindert, sondern gefördert. In der bürgerlichen Gesellschaft allerdings kommt der Idealismus voll zur Entfaltung, denn hier verallgemeinert er sich zur Denkform jedes einzelnen Bürgers.

2 Die Sprache schon macht deutlich, daß Frieden immer auch etwas mit Herrschaft zu tun hat.

3 Es handelt sich hier um die berühmtberüchtigte "Wertform". Daß solche Kalkulationen grundsätzlich schief gehen können, gilt nicht erst, seit die prinzipielle Unkalkulierbarkeit der Beziehungen und Ereignisse in bürgerlichen Gesellschaften technologisch potenziert worden ist (Stichworte: Kernphysik oder Gentechnologie): der Markt, die Politik, die Wissenschaft leben davon, daß das prinzipiell Unkalkulierbare so behandelt wird, *als ob* es kalkulierbar wäre. Wichtig bleibt allein die Selbstreproduktion des Maßes selbst. Und deshalb kann allein eine Zerstörung dieser abstrakten Form das Ziel einer Kritik der bürgerlichen Gesellschaft sein. Alles andere beruft sich selbst auf dieses zu zerstörende Maß, legitimiert es und reproduziert damit die Selbstreproduktion des Zusammenhangs aller Bereiche untereinander.

4 In den von ihr abhängigen Staaten sorgen die Vereinigten Staaten dafür, daß eine, wenn auch nur von ihrem Kapital ausgehaltene Bourgeoisie weiterhin neben dem militärisch-politischen Block als ökonomisch autonomes Korrektiv bestehen bleibt.

5 Genauer: seine Moral ist per se so flexibel, daß sie jede seiner Handlungen rechtfertigt.

6 Oder, wie im Falle USA/Irak, um dem Gegner zu zeigen, daß er ihn nicht zur bedingungslosen Kapitulation treiben will, sondern daß seine militärische Aktion nur den Beweis seiner Überlegenheit erbringen sollte. Der Verzicht der USA auf diese bedingungslose Kapitulation - auf Kosten u.a. der Kurden - zeigt im übrigen, daß es bei innerimperialistischen Kriegen nicht mehr, wie Clausewitz noch meinte, um das Aufzwingen eines bestimmten Willens geht, sondern um das Geltendmachen eines hegemonialen Anspruchs, der sich nur auf eine abstrakte Ordnung, nicht auf deren konkrete Ausgestaltung bezieht. Darauf wird im letzten Teil dieses Beitrages noch zurückzukommen sein.

7 Reaktionär im Wortsinne, da hiermit vorbürgerliche Elemente gesellschaftlicher Reproduktion in die sich verallgemeinernde kapitalistische Form der Vergesellschaftung hinübergerettet werden sollen.

8 Wobei dahingestellt bleiben mag, ob es sich bei diesen Artikeln um realistische, also die herrschende Realität affirmierende oder solche handelte, die als gelungenes Beispiel für eine materialistische Form der Kritik gelten können.

9 Dies nicht einmal zu Unrecht: denn jede Kritik an den hehren Idealen dieser Moralisten muß von ihnen als Angriff auf die persönliche 'Identität' aufgefaßt werden. Und die gilt dem Idealisten seit je her mehr als das konkrete Leben. ('Das Leben', von dem heutzutage so inflationär geschwafelt wird - nicht mehr nur die Abstraktion Natur, sogar Farben und ähnlichen Dingen wird 'Leben' bescheinigt - ist selbst natürlich nur anderer Ausdruck dieser abstrakt allgemeinen, und daher völlig inhaltsleeren Form 'Identität'.)

10 Dieser Glaube kann durchaus von falschen Voraussetzungen getragen sein, denn es kann bezweifelt werden, daß das Zeigen von schrecklichen Bildern der Legitimität eines Krieges irgendetwas anhaben kann. Aber das ist kein Problem der Kritik, denn die ist schließlich nicht dazu da, die herrschenden Legitimierungsstrategien zu optimieren.

11 Wie das Beispiel Südafrika zeigt, hat ein Wirtschaftsboykott nur dann überhaupt einen strategischen Wert, wenn mit ihm eine kriegführende Partei unterstützt werden kann. Das aber war im Irak nicht der Fall.

12 Was, wie oben gezeigt, nur möglich ist, wenn mit dem Krieg auch dessen Zwilling, der (bürgerliche) Frieden kritisiert wird.

13 Die inneren Kriege der Bürger untereinander oder gegen die produktiv arbeitende Bevölkerung (und auch die Kolonialkriege sind in diesem Zusam-

Solidarität mit uns selbst!

Die Hafenstraße, die unterdrückten Völker und die Juden

Es ist schon einige Jahre her, seit Peter Sloterdijk in seinem Bestseller "Kritik der zynischen Vernunft" das *"listige Nicht-wissen-wollen von Zusammenhängen"* als besonders gewitzte Art von Subversion anpries. Doch erst nachdem die deutsche Friedensbewegung diese Empfehlung in zweifellos gekonnter Weise umsetzte, weiß man, was darunter zu verstehen sei: die Gleichgültigkeit gegenüber dem Staat Israel. Das *"listige Nicht-wissen-wollen von Zusammenhängen"* entpuppt sich als die zeitgemäße Form der Entlastungslüge: Die Mitläufer von damals wollten nichts gewußt haben; die Pazifisten von heute wollen nichts wissen.

Das *"listige"* Augenverschließen ist *eine* Möglichkeit, jedes kritische Bewußtsein von "Zusammenhängen" zu verhindern. Eine andere ist, gerade im endlosen Gerede darüber jeden vernünftigen Gedanken zu ersäufen. Wie das geht, ist in einem Flugblatt mit dem Titel *"Hafenstraße verteidigen, den Krieg stoppen - jetzt!"* nachzulesen. Man erfährt darin unter anderem von einem Plenum der Hafenstraßenbewohnerinnen und -bewohner. Abgefaßt ist der Bericht im für die Heroen des Häuserkampfes verbindlichen Lapidarstil, einer Mischung aus Che Guevaras Tagebuch aus dem bolivianischen Dschungel und Ernst Jüngers Schützengrabenprosa. Kurze, gedrungene Sätze, manchmal nur Satzfetzen vermitteln dem Leser ein Stimmungsbild, in dem die Bedeutungsschwere des Ereignisses, Entschlossenheit bis zum Äußersten und zähes Ringen sich verschränken: *"Plenum bei uns. Das gewöhnliche Mittwochsplenum. Wir überlegen, was wir gegen den drohenden Kriegsbeginn unternehmen. Wir sprechen über mögliche Aktionen - was ist am effektivsten, am sinnvollsten, wie können wir eingreifen, welche Position haben wir. Die Diskussion zieht sich stundenlang ergebnislos hin und ist nervtötend."*

Mitten in die Diskussion platzt die Nachricht vom beginnenden Bombardement Bagdads. Nicht nur, daß es den Hafensträßlern darüber die Sprache verschlägt - sie sehen sich nun in einen neuen Konflikt gestürzt. Eine dramatische Alternative tut sich auf: Ist es nun wichtiger, gegen die an ihnen verübte Repression zu protestieren oder gegen den Krieg? Die Entscheidung scheint zunächst getroffen zu sein: *"Schwer in Worte zu fassen: Wir können zu Demo und Veranstaltung nicht mehr einfach nur sagen: Hafenstraße bleibt. Es geht gegen den Krieg."* Was zunächst als selbstloses Engagement daherkommt und als kindliche Freude darüber, *"mit so vielen anderen auf der Straße (zu) sein"*, entpuppt sich allerdings bald als gewitzte Doppelstrategie. Demonstriert werden soll nämlich, *"daß beides" - gemeint sind "der Krieg" und "die Zerstörung des Lebens* (!) *hier" - "die gleichen Ursachen und Mechanismen hat und das* (so im Original) *wir uns alle als eine Kraft dagegen stellen".*

Bomben auf Bagdad und drohende Räumung in Hamburg - alles ist irgendwie dasselbe, wenigstens was die *"Ursachen und Mechanismen"* angeht. Der Identifizierungswut geht es nicht um Erkenntnis; das Gerede, wie doch alles mit allem vermittels geheimnisvoller *"Mechanismen"* zusammenhänge, ist im Grunde nur Vehikel zur Selbstdarstellung. Das düstere Gemälde finsterer imperialistischer Machenschaften, die die Menschen entwürdigen und demütigen - die Engländer etwa, so heißt es im gleichen Flugblatt, hätten in Arabien *"mit dem Lineal* (...) *die Grenzen* (...) *quer durch Volks-, Sprach- und Kulturzugehörigkeit"* gezogen, welch ein Vorwurf! - ist nichts als der Hintergrund, von dem die revolutionäre Identität der Hafensträßler sich nur um so strahlender abhebt.

Wie jede so bedarf auch die revolutionäre Identität zur ihrer Stabilisierung nicht nur der allgegenwärtigen Verschwörung, sondern auch der Objekte, in denen sie sich selbst wiedererkennen kann, vorzugsweise also der guten, weil militanten Opfer: *"Wir leben hier. Wir wissen, daß anderswo Menschen auf ihre Art das gleiche machen.* (...) *Diese Interessen, diese Kämpfe und Bewegungen für ihr Selbstbestimmungsrecht unterstützen wir, so wie wir es auch hier für uns fordern und tun."* Daß es die Juden aus seiner Projektion herausfallen läßt, ficht das antiimperialistische Bewußtsein nicht im geringsten an, denn diese sind ihm erstens keine guten und zweitens gewesene Opfer. Die Juden sind von der antiimperialistischen Solidarität selbstverständlich ausgenommen. Und wie schon die Identifikation mit den *"Kämpfen und Bewegungen"* anderswo kommt auch die Ignoranz gegenüber Israel hochmoralisch daher: als Empörung über vermeintliche Privilegien der Juden. *"Wir machen dieses verlogene Getue nicht mit, in dem Menschenleben gegeneinander hochgerechnet werden. Wie früher das Leben von jüdischen Menschen den Nazis ein* (so im Original) *Dreck wert war,"* - folgt man dem Satzbau und der darin unterstellten Logik, müßte man fortfahren etwa mit 'so wenig ist es heute Saddam wert' oder auch 'so wenig ist heute das Leben der Irakis wert', im Flugblatt geht es aber weiter: *"soll es heute mehr wert sein als das Leben von Kurden, Palästinensern, Arabern".* - Ein Gedanke, so verwegen, daß ihn nicht mal die Grammatik erlaubt.

Was den Juden aberkannt wird, darauf haben die Hafensträßler einen Exklusivanspruch, und wie sie diesen formulieren, zeigt einmal mehr, daß es nur um den Preis völligen Schweigens möglich ist, sich nicht zu verraten: *"Das wichtigste ist uns, unsere Häuser, unser Existenzrecht, so wie wir hier leben, durchzusetzen."*

Antiimperialismus heißt also, so weiß man jetzt, solidarisch mit uns selbst zu sein - die eigentümliche Form deutscher Solidarität, die ex negativo zu den Juden entwickelt wurde und über den Umweg der Begeisterung für die "kämpfenden Völker" zu sich selbst zurückkehrte. Und ganz im Geiste der Solidarität mit uns, die "wir" "hier und jetzt" "Widerstand leisten" und unser Existenzrecht durchsetzen, bekräftigen die Hafensträßler im gleichen Flugblatt ihre Parole *"Boykottiert Israel* (...) *Palästina - das Volk wird dich* (!) *befreien* (...)*"* und verkünden im Stile des pausbäckigen Subjektivitätskultus: *"Wir haben Lust auf eine große und stimmungsvolle Demonstration, die damit anfängt, sowohl den Kriegstreibern als auch den Räumungsstrategen eine Grenze zu ziehen. Wir haben reichlich kleine und große Utopien, Wünsche und Träume in diesem Leben und unseren Häusern."*

Auf zünftige "Stimmung", von der man wissen könnte, wozu sie in Deutschland führt, wollen also auch die Hafensträßler nicht verzichten - genauso wenig wie der Rest jener unbelehrbaren deutschen Volksfront für den Frieden, die sich an der eigenen Unschuld und Herzensgüte berauscht und in aller ihrer Geistverlassenheit zuverlässiger Index dafür ist, wie weit man hierzulande von der fälligen Revolution entfernt ist. ■

CLEMENS NACHTMANN

---

menhang als "innere Angelegenheiten" zu betrachten) lassen wir - obwohl deren Bedeutung der der äußeren Kriege mindestens ebenbürtig ist - der Kürze halber außen vor. Es geht im folgenden um die Prognose einer in der Sache selbst angelegten logischen Entwicklung, deren Kennzeichen es ist, daß die Menschen handeln können, wie sie wollen, die Logik der Sache selbst sich trotzdem - auch gegen ihre Intentionen und selbst gegen ihr eigenes Selbsterhaltungsinteresse - durchsetzt. D.h., der Prognostiker gesteht von vornherein ein, kein Gegenmittel zu besitzen. Das beste Schicksal, das eine solche Prognose ereilen kann, ist, daß sie sich als falsch erweist. Und genau das ist die in den nun folgenden Überlegungen implizit enthaltene Hoffnung.

14 Und Japan, das auf der anderes Seite der Weltkugel Deutschlands Rolle spielt.

15 Dieser Unterschied zeigt sich u.a. in der andersartigen Stellung des Militärs für die gesellschaftliche Reproduktion: In der Sowjetunion ist das Militär (bei aller strukturellen Eigendynamik, die solch eine Organisation zwangsläufig herausbildet) ökonomisch ein notwendiges Übel, ein Übel das nur verbraucht und nichts Dingliches produziert. Im deutschen Faschismus (wie in jedem kapitalistischen Staat, der mit seiner inneren ökonomischen Reproduktion nicht fertig wird) avançierte das Militär dagegen selbst zum Motor der Akkumulation.

16 In diesem Sinne nehmen auch Kriegsschulden, Reparationsleistungen oder sonstige kriegsbedingte Abgaben Warencharakter an. Schließlich sind Steuern, wie Dienstleistungen oder andere nichtgegenständliche Leistungen auch, schon längst der Preis für eine Ware - Steuern sind dem Grunde nach also ein 'Schutzgeld' wie es der Mafiosi von einem Kneipenwirt fordert.

Die Hegemonialmacht hat im übrigen natürlich kein Interesse daran, die Produktionsgrundlagen des hegemonisierten Staates der ihrigen anzupassen (es ist ihr allerdings auch ziemlich egal, wenn dies einem solchen, von ihr hegemonisierten Staat, aufgrund welcher Bedingungen auch immer, in Ausnahmefällen dennoch gelingen sollte) - sie hat allein ein Interesse an der Übertragung der *Form* ihrer Verhältnisse. Dies erklärt, warum es diesen hegemonisierten Staaten so gut wie nie gelingt, den ökonomischen Standard der Hegemonialmacht, wenn er nicht vor der Hegemonialisierung schon höher war - s. das Verhältnis CSSR/DDR zur UdSSR nach 45 -, zu erreichen.

17 Dabei sollte es sich von selbst verstehen, daß die konkrete ideologische Ausformulierung dieser Konfliktlinie nicht die wirklichen strukturellen Ursachen benennen wird, sondern auf die üblichen moralisierenden Verkehrungen (Wahrung der Menschenrechte hier, Kampf dem Totalitarismus dort etc.) zurückgreift. (s. auch Anmerkung 19).

18 Die in linken Kreisen bis vor kurzem noch gängige Parole vom 'Vierten Reich' angesichts der "Wiedervereinigung" greift allein deshalb schon daneben, weil damit eine historische Kontinuität angesprochen wird, die sich allein auf der Erscheinungsebene bewegt, die also moralisiert. Das heißt keinesfalls, das das Resultat der hier beschriebenen Logik als weniger schlimm anzusehen ist als das, was die Rede vom "Vierten Reich" impliziert.

19 Sollte es zu diesen übernationalen Integrationen aufgrund ihrer strukturellen Homologien kommen, benötigten diese, wie die Nationalstaaten für sich selbst, eine übergreifende, allgemein konsensfähige Ideologie. Es ist wenig wahrscheinlich, daß hier die faschistische Rassenideologie wieder neu aufgelegt werden würde. Viel naheliegender ist, daß die Funktion, die der Rassebegriff für die Nationalsozialisten hatte, dann durch ein 'ökologisches Bewußtsein' ersetzt wird. Dieses bildet eine allemal konsensfähigere Legitimationsbasis für entschlossenes, antiliberales Handeln und hat dennoch all die Momente in sich, die von einer solchen Ideologie verlangt werden: klare, Eindeutigkeit und Konkretheit versprechende Abstraktionen (Lebens-, Natur-, Überlebensschutz); auf den ersten Blick leicht abzugrenzende Feindbilder (die "Umweltverschmutzer" - und, wenn zur Zeit auch erst noch bei gewissen Sekten: US-Imperialismus und Zionismus) sowie, wie der Rassismus, einfache, allgemeinverständliche wissenschaftlich-rationale Modelle, über die alles *politisch* Gewünschte als entpolitisierte, zur Naturhaftigkeit fetischisierte Ordnung legitimiert werden kann.

20 Denn die Staatsgründung Israels hat allen anderen das eine voraus (und dies begründet zum Teil den Haß, den gerade dieser Staat auf sich zieht): sie kann sich nicht allen auf subjektive Zuschreibungen (der Art: ich bin halt Deutscher/Franzose/Ire/Baske oder sonstwas und will es auch bleiben) berufen, sondern auf einen unbestreitbar objektiven Grund: Die NS-Ideologie, wie der Antisemitismus generell, schreibt das "Jude Sein" einem Menschen objektiv, vollständig losgelöst von subjektiven Intentionen zu.

Testkrieg und Bilderpolitik

Nachtrag zum Golfkrieg

Egal ob Pazifisten oder Bellizisten, Sympathisanten oder Kritiker des Staatsterrorismus, über eines waren und sind sich alle Stimmen zum Krieg am Golf einig: Was sich dort ereignet hat, stellt einen neuen Typus des Krieges dar. Der Golfkrieg markierte das Ende der Abschreckungsära zwischen Ost und West, einschließlich der antikolonialen Guerillakämpfe um "nationale Befreiung", die im Schatten des Kalten Krieges stets den Charakter von Stellvertreterkriegen annahmen. Amerikaner und Sowjets standen am Golf zwar nicht Seite an Seite, aber die Alliierten bombardierten den Irak doch mit ausdrücklicher Billigung auch der Gorbatschow-Administration. Der Krieg gegen den Irak löste auch die punktuellen Militäreinsätze des Low Intensity Warfare ab; von den amerikanischen Überfällen auf Grenada und Panama oder der Bombardierung von Tripolis unterschied er sich schon durch die Größe des Truppenaufmarsches, die Zahl der an der Allianz beteiligten Staaten sowie durch die Tatsache, daß alle Waffengattungen und nicht nur kleine Spezialeinheiten zum Einsatz kamen. Und auch mit dem ersten Golfkrieg, dem zwischen Iran und Irak, hatte der zweite nur wenig gemein. Daß die irakischen Militärs ihn mit der gleichen Strategie führen zu können glaubten wie gegen die Truppen Chomeinis, wurde ihnen diesmal geradezu zum Verhängnis. Eine weltpolitische Premiere war es des weiteren, daß die UNO am Golf nicht als Schlichterin zwischen den Kampfparteien, sondern als Auftraggeberin einer von den USA angeführten "Weltpolizei" auftrat, präziser ausgedrückt: daß sich die Vereinigten Staaten der UNO als Auftraggeberin bedienen konnten, um ihren Militäreinsatz zu legitimieren. Zum ersten mal auch trat ein Staat der "Dritten Welt" gegen eine breite Allianz von Staaten der Ersten an, und zwar nicht im Partisanenkrieg, sondern in offener Feldschlacht.

Vor allem aber war der Krieg am Golf der erste, in dem zumindest eine Seite über die technischen Möglichkeiten des Computerzeitalters verfügte. Zwischen der alliierten Kriegsmaschinerie und jener des Irak lag nicht weniger als eine industrielle Revolution. Deshalb die so ungeheuer ungleich verteilte Zahl der Getöteten. Der Golfkrieg war der Probelauf des High-Tech-War; die Toten starben als Testpersonal einer neuen Waffengeneration. Ob das Kriegsgerät und die dazu gehörigen Strategien im Ernstfall taugen, können weder Computersimulationen noch Manöver in Friedenszeiten, sondern kann nur der Ernstfall selbst erweisen. Und als politisches Druckmittel funktioniert das militärische Potential ebenfalls nur, wenn mögliche Gegner wissen, *was* genau ihnen droht. Diesen wiederum zeigt ein Testkrieg, wo sie selbst nachrüsten müssen, um beim nächsten Mal mithalten zu können. Eine der ersten Reaktionen nach Einstellung der alliierten Angriffe am Golf war die des sowjetischen Verteidigungsministers, der erklärte, das totale militärische Desaster der zu einem großen Teil mit sowjetischen Waffen kämpfenden Irakis habe begründete Zweifel an der eigenen Kriegführungsfähigkeit aufkommen lassen. Den Siegern im Golfkrieg wird jedenfalls ihre Freude bald vergehen. Gerade das Ausmaß ihrer Überlegenheit wird dazu führen, daß alle potentiellen Gegner sich die Waffen des Sieges nur um so rascher beschaffen. Was der Geschwindigkeitstheoretiker Paul Virilio vor Beginn des Golfkriegs für die Atomtechnologie feststellte, gilt erst recht für die Instrumente der elektronischen Kriegsführung: *"Die Entwicklung und Ausbreitung der Atomwaffen ist ja bisher weniger durch wissenschaftliche Geheimnisse oder die technologische Unzulänglichkeit armer Länder gebremst worden als durch die Unmöglichkeit einer effektiven Anwendung gegen einen Gegner, der selbst über riesige Arsenale dieser Waffengattung verfügte. (...) Wenn eine Waffe sich erst als effizientes Mittel erweist, kann niemand mehr den Besitz dieser Waffe verhindern. Alle nationalen oder internationalen politischen Institutionen wären hier machtlos."*[1]

Testläufe, das unterscheidet sie von bloßen Simulationen wie vom routinierten Normalbetrieb, funktionieren nach dem Prinzip *kontrollierter Kontingenz*. Sie verlangen, zumal wenn es sich um ein so komplexes Geschehen handelt wie einen Krieg, eine systematische Anordnung der Versuchsbedingungen. Angefangen bei der Auswahl des Testgeländes, als das Wüstengebiete geradezu prädestiniert erscheinen. Sie dienen zur Erprobung von Hochgeschwindigkeitsfahrzeugen und Atomsprengköpfen, und in der nordafrikanischen Wüste vervollkommneten schon Rommels Truppen ab 1941 die Strategie des Panzerkrieges. Die Wüste ist ein Geschwindigkeits-Raum par excellence: groß, leer und vollkommen überschaubar. Ein Sandkasten im Maßstab 1:1.

Zur kontrollierten Kontingenz gehört ferner ein geeigneter Gegner. Er darf einserseits nicht so schwach sein, daß seine Kapitulation den vorzeitigen Abbruch des Testes erzwingt, andererseits aber auch nicht so stark, daß er den sicheren Sieg gefährden könnte. Des weiteren muß er auch ideologisch

Anarchismus heute

Positionen

Herausgegeben von
Hans-Jürgen Degen

Verlag Schwarzer Nachtschatten

184 Seiten DM 18,80

ANARCHISMUS HEUTE
Positionen.

Hrsg.: Hans-Jürgen Degen

Anarchismus ist wieder in das Blickfeld einer größeren, interessierten Öffentlichkeit gerückt. Fragen nach der historischen Tradition, nach der Ideengeschichte, nach historischer Wirksamkeit werden gestellt. Nicht zuletzt wird die Frage nach der Relevanz des Anarchismus für die heute anstehenden Probleme in allen Lebensbereichen gestellt.

Der Anarchismus ist kein festgefügtes, starres Theoriengebilde. Anarchismus bedeutet ein vielfältiges ideenreiches Spektrum mit verschiedenen Strategien für seine Durchsetzung, verschiedenen Antworten und Lösungsvorschlägen auf Zeitfragen.

Deshalb können die Beiträge dieses Buches auch nur individuelle POSITIONEN zu ausgewählten, den Autor/innen wichtigen Themen sein. Sie sind nur Ausschnitte der derzeitigen libertären Diskussion.

Inhalt:

W. Beyer
Marx und Bakunin in einer Front?
Zur Aktualität sozialer Revolution.

U. Timm
Zum Glück gehts der Freiheit entgegen.
Libertäre Perspektiven zur Entstaatlichung.

W. Haug
Die Umstrukturierung der Arbeit.

G. Seitz
Kommunen - die gelebte Anarchie.

F. Kamann
Der Beitrag des Anarchafeminismus zur Radikalisierung des Feminismus.

U. Klemm
„Verbrannte Pädagogik".
Über den aktuellen Zusammenhang von Pädagogik und Anarchismus.

H. Sachs
Die Grenzen der Schatten.
Über Kunst und Politik.

U. Bröckling
Die Antiquiertheit des Krieges, die Zukunft der Soldaten und die Aussichten des Antimilitarismus.

H.-J. Degen
Hat der Anarchismus eine Zukunft?

Dokumentation

H. Rüdiger
Über Proudhon, Syndikalismus und Anarchismus.

VERLAG
SCHWARZER NACHTSCHATTEN
Karlheinz Schreieck
Alte Salzstraße 1, 2320 Bösdorf 1

als Feind taugen. Mit Saddam Hussein hatte man dabei eine gute Wahl getroffen: Der Despot spielte mit und gebärdete sich genau so schauerlich und das nicht erst seit Kriegsbeginn, wie man ihn fürs heimische Fernsehpublikum - ebenfalls ein Teil des Testpersonals - brauchte. Zum Probelauf gehörten schließlich auch die in Brand gesetzten Ölfelder und die willkürliche Verschmutzung des persischen Golfs. Der Golfkrieg wird in nicht ferner Zukunft, so vermutet Virilio, *"als Vorwort, als Opernouvertüre für einen ökologischen Krieg* (erscheinen), *der von den Strategen längst hypothetisch vorausgenommen wurde und den Begriff des 'totalen Krieges'in ein neues Licht stellt. Hinter der Eskalation des elektronischen Krieges im Nahen Osten tut sich die Perspektive eines Kampfes auf, in dem es weit mehr um die Zerstörung der Umwelt des Feindes gehen wird als um die Kontrolle über seine kriegszerstörten Territorien."*[2] Mit dem Waffenstillstand ist dieser Teil des Großversuchs noch nicht beendet. Nach den Brandstiftern sind nun die Feuerwehrleute am Zuge. Ökologisches Krisenmanagement läßt sich nirgends besser lernen als an Katastrophen, die man zuvor selbst produziert hat. Mehr als 150.000 Menschen wurden durch die Bombardements getötet, um die Führbarkeit von Kriegen zu demonstrieren; wieviele langfristig sterben werden, um zu beweisen, daß auch sechshundert brennende Ölquellen technisch beherrschbar sind, steht noch dahin. Es ist allerdings zumindest nicht auszuschließen, daß hier die Kontingenz nachträglich noch außer Kontrolle gerät.

Schon Carl von Clausewitz wußte, daß der Krieg seiner Eigendynamik nach dazu tendiert, sich zu einem einzigen Vernichtungsschlag ohne Dauer zusammenzuziehen: *"Der Krieg ist ein Stoß entgegengesetzter Kräft aufeinander, woraus von selbst folgt, daß die stärkere die andere nicht bloß vernichtet, sondern in ihrer Bewegung mit fortreißt. Dies läßt im Grunde keine nachhaltige (sukzessive) Wirkung der Kräfte zu, sondern es muß die gleichzeitige Anwendung für einen Stoß bestimmten Kräfte als ein Urgesetz des Krieges erscheinen."*[3] Und diese Anwendung wird um so vollkommener sein, *"je mehr alles in einem Akt und in einem Moment zusammengedrängt wird"*[4]. Eine solche totale *"Vereinigung der Kräfte in der Zeit"* blieb zu Clausewitz' Zeiten allerdings noch kriegsphilosophischer Abstraktion vorbehalten, in der Kriegswirklichkeit standen ihr die beschränkten Destruktionsmittel sowie das entgegen, was Clausewitz die *"Friktionen"* im Kriege nannte: Widrigkeiten des Wetters und des Terrains, fehlende Kampferfahrung und -moral der Truppe, Skrupel der militärischen Führer. Die Friktionen wirkten als Bremskräfte, sie machten das Handeln im Kriege zu einer *"Bewegung im erschwerenden Mittel"*[5].

Inzwischen hat die kriegerische Beschleunigungskraft eine Dimension erreicht, vor der alle Bremsen versagen: Mit dem Satellitenfunk ist weltweite Gleichzeitigkeit möglich geworden und auch die Vorwarnzeiten der Raketensysteme tendieren gegen Null. Die Sinnesorgane des Menschen reichen nicht mehr aus, um sich in dieser beschleunigten Welt zurechtzufinden. Deshalb ist er auf Wahrnehmungsprothesen angewiesen, die die Leistung seiner Rezeptoren um ein Vielfaches ausdehnen. Die Informationstechnologien erweitern nicht nur das menschliche Auge und Ohr in globalem Maßstab - es gibt nichts, was nicht sichtbar oder hörbar zu machen wäre - sie produzieren zugleich die absolute Geschwindigkeit. Damit verkörpern sie geradezu metaphysische Qualitäten: Was Theologen einst einem transzendenten Gott zusprachen, Allgegenwart, Allwissen, Omnivision, wird heute technisch erzeugt und militärisch genutzt.

High-Tech-War bedeutet Krieg in Echtzeit. Daß mit den Laserkanonen die Lichtgeschwindigkeit selbst unmittelbar zur Waffe geworden ist, stellt dabei eher ein Randphänomen dar. Der eigentliche Umbruch dieser Beschleunigungs-Revolution besteht vielmehr darin, daß im strikt militärischen Sinn die Kommunikationsfähigkeit der Macht zu zerstören den Rang abgelaufen hat. Die rüstungstechnologischen Dialektik von Waffe und Panzerung spielt nur noch eine untergeordnete Rolle gegenüber der von Tarnung und Aufklärung. Zwar bleibt es auch weiterhin Ziel allen kriegerischen Handelns, *"den Gegner niederzuwerfen und damit zu jedem ferneren Widerstand unfähig zu machen"*[6], aber ob dieses Ziel erreicht wird, darüber entscheiden weder die Sprengkraft von Bomben und Raketen, noch erst recht Bunkeranlagen und Minenfelder, sondern die Fähigkeit, von jedem Objekt, über jede Distanz und ohne jede zeitliche Verzögerung präzise Bilder aufzunehmen, zu übermitteln und auszuwerten, sowie die umgekehrte Fähigkeit, jeden Gegner genau daran zu hindern.

Exemplarisch dafür sind die computergeleitete Rakete mit eingebauter Videokamera und das amerikanische Flugzeug F 117, der sogenannte Tarnkappenbomber: In den Rechnern jener als "intelligente Waffen" gefeierten Raketen sind nicht nur die Koordinaten des vorgesehenen Ziels, sondern ebenso eine elektronische Landkarte einprogrammiert. Die Bilder, die ihm die im Raketenkopf installierte Kamera liefert, vergleicht der Computer mit dem gespeicherten Geländeprofil und kann so nicht nur gegebenenfalls Abweichungen von der optimalen Flugbahn korrigieren, sondern auch unvorhergesehenen Hindernissen, etwa feindlichen Abwehrraketen, ausweichen. Die Kamera sendet ihre Bilder zugleich auch in die Kommandozentralen, wo der Weg der Rakete zwischen Abschuß und Einschlag in Echtzeit verfolgt werden kann. Im Augenblick der Explosion erlischt der Bildschirm; vor dem Grauen, das es bringt, verschließt sich das elektronische Raketenauge.

Der Tarnkappenbomber wiederum ist weder so schnell, noch so manövrierfähig, noch so gut bewaffnet wie andere Flugzeugtypen. Sein Vorzug besteht allein darin, nicht als Lichtpunkt auf den Radarschirmen der gegnerischen Aufklärung zu erscheinen. Weil Sichtbarkeit Vernichtbarkeit bedeutet, wird das elektromagnetische Verschwinden wichtiger als die Zerstörungskraft und Beweglichkeit. *"Jede Militärmaschine gehört wegen der Erfolge der Zielerfassung zu zwei Teilbereichen des 'Wirklichen': die aktuelle Präsenz - das Flugzeug ist da und läßt sich optisch und akustisch identifizieren. Und die virtuelle Repräsentation - das Flugzeug ist nicht da, aber auf dem Radarschirm taucht es schon auf. Das Ziel der Erfinder von nicht aufspürbaren Maschinen ist es, um jeden Preis (das kann man wohl sagen) die virtuelle Repräsentation zu verhindern, so daß nur noch die aktuelle Präsenz im Akt bleibt, nur noch die Echtzeit des Vernichtungsschlags."*[7] In den Forschungslabors der Rüstungsindustrie arbeitet man inzwischen an Geräten, die nach dem umgekehrten Prinzip funktionieren: sie produzieren Radarsignale oder gar holographische Phantombilder von Flugzeugen und Raketen, wo keine sind. Dagegen nehmen sich die Raketenattrappen aus Plastik, die eine italienische Designfirma an den Irak lieferte, geradezu vorsintflutlich aus, obwohl auch sie die alliierten Piloten zumindest einige Tage lang narren konnten.[8]

Die Bilder triumphieren über die Sache, die sie abbilden. Die Kommunikationswaffen verwischen die Grenze zwischen Sein und Schein und gerade darin besteht auch ihre militärische Funktion. Im Krieg ist die Simulationsgesellschaft längst verwirklicht. "Aber die Toten, die Zerstörung, das ist doch alles höchst real", wird beim Stichwort Simulation meist eingewandt. (In Deutschland genießt das Wort ohnehin kein hohes Ansehen. Es klingt höchst verdächtig nach Drückebergerei und Wehrkraftzersetzung.) Der Einwand bestätigt indes, was er widerlegen soll: Daß man auf der "Echtheit" der Kriegsopfer überhaupt insistieren muß, beweist, daß ihr Leid für den Fortgang des Geschehens nur insofern eine Rolle spielt, als man politische Effekte damit erzielen kann, *Bilder* dieses Leids entweder zu zeigen oder ihre Ausstrahlung zu verhindern. Der Skandal der Simulation liegt nicht darin, daß es keine Wirklichkeit mehr gibt, sondern daß die Menschen bei ihrer Wahrnehmung angewiesen sind auf technisch hergestellte Bilder, die, anders als die materiale Wirklichkeit selbst, nahezu unbegrenzt manipulierbar sind. Die Realität wird aufgelöst im photographischen Sinne des Wortes - bis zur Ununterscheidbarkeit von Bild und Sache. Das affiziert auch die Zerstörungsarbeit selbst. Was die Bomberpiloten während ihrer Einsätze im Irak auf den Bordbildschirmen, vielleicht sogar noch durchs Kabinenfenster sahen, das kannten sie bereits. Es glich exakt dem, was sie im Flugsimulator schon zig-mal gesehen hatten.

Weil die Kontrolle über die Bilder wichtiger geworden ist als die Besetzung des feindlichen Territoriums, stehen in Kriegszeiten auch die zivilen Bilderfabriken unter dem Kommando der Generäle. Die ganz auf militärische Erfordernisse umgestellte Kriegsökonomie des Ersten und Zweiten Weltkriegs setzt sich fort als totale televisionäre Mobilmachung. Statt der obligatorischen Sonderschichten *für* die Front gibt es nun täglich Sondersendungen

von der Front, und es bedarf keinerlei Druckmittel mehr, um die Daheimgebliebenen vor die Fernsehapparate zu bringen. Wie in allen modernen Kriegen unterliegen dabei die politischen Nachrichten - und längst nicht nur sie - einer strengen Nachrichtenpolitik, deren Charakter sich allerdings grundlegend gewandelt hat. Sie als Zensur zu kritisieren, ist etwa so hilflos, wie es die Versuche waren, Ludendorff und Hitler als Agenten Krupps zu entlarven. Zwar sendeten CNN und beliefert von diesem Sender auch alle übrigen Fernsehstationen der Welt ausschließlich Bilder, die die Clearing-Stellen der amerikanischen und irakischen Militärs durchlaufen hatten, weshalb es außer den Video-Spots der Raketenkameras, Lichterspielen am Nachthimmel und der Visage von Norman Schwarzkopf allenfalls ölverschmierte Kormorane zu sehen gab, bei denen es sich obendrein noch um Archivaufnahmen handelte.[9] Aber die Selektion in nützliche und schädliche Bilder stellte noch den harmlosesten Aspekt der Nachrichtenpolitik dar, zumal jeder Fernsehzuschauer wußte und die Kommentatoren es ihm dazu noch unentwegt erklärten, daß, was gezeigt wurde, nicht alles war. Über die Techniken der Lüge und Verschleierung, also: Informationen zurückzuhalten und Fehlinformationen zu verbreiten, ist der US-Video-Pool längst hinaus. Seine Macht gründet sich auf die globale Omnipräsenz seiner Bilder, darauf, daß alles live, in Echtzeit gesendet wird. So wird einerseits die Fiktion produziert, die absolute Gegenwart der Bilder garantiere auch ihren Informationswert, andererseits schaltet die Dauerbombardierung mit Live-Bildern systematisch gerade das aus, was ein Bild erst zur Information macht: die Urteilskraft des Betrachters. *"Dieser Krieg brauchte eigentlich keinen Zensor. Die Bilder zensieren sich selber. Auch wenn keine Informationen zurückgehalten würden, wäre es uns wohl nicht möglich, aus den Momentaufnahmen eine Vorstellung zu entwickeln über das, was geschieht. Im Rausch der elektronischen Bilder, die sich mit Lichtgeschwindigkeit ausbreiten, hat das Wirkliche keine Zeit zu passieren."*[10] Jedenfalls *für uns*, wäre diese Diagnose Jean Baudrillards einschränkend zu ergänzen.

Die Fernsehzuschauer ereilte der "Wüstensturm" als ein Orkan von Bildern, der nicht erst am 17. Januar begann. Der Krieg in den Medien wurde unmittelbar nach der irakischen Besetzung Kuwaits eröffnet. Das Wechselspiel von Drohung und Verhandlungsangebot, die Mobilisierung religiöser Symbole auf beiden Seiten, die Herstellung der Allianz, der Truppenaufmarsch und schließlich der Waffengang selbst folgten dramaturgisch den Regeln amerikanischer Fernsehserien. Nur war das Programm von CNN ungleich attraktiver als all die Seifenopern, da der Film in Echtzeit über die Bildschirme flimmerte und daher auch "Echtheit" suggerierte. Daß es den Alliierten gelang, die öffentliche Darstellung des Krieges (wenn nicht seinen Verlauf selbst) wie nach Drehbuch zu inszenieren, das läßt, weit mehr als alle Zensurmaßnahmen ahnen, was Herrschaft über und Herrschaft durch Bilder bedeutet. Kam die Macht einmal aus den Gewehrläufen, so kommt sie heute aus den Fernsehkameras.

Um sich Manipulationswillen und Fähigkeit der politisch-militärischen Klasse auch nur annähernd vorzustellen, kann man vermutlich gar nicht paranoisch genug sein. Doch bliebe alle Nachrichtenpolitik vergebens, gäbe es nicht ein Publikum, das die Fernsehbilder so dringend braucht wie der Junkie seinen Stoff. Dem Drang, den Apparat mehrmals am Tag einzuschalten oder ihn gleich ohne Unterbrechung laufenzulassen, um die Nachrichten zu verfolgen, hat wenigstens in den ersten Wochen des Krieges sich wohl kaum jemand entziehen können. Mit Informationsbedarf hatte das allerdings wenig zu tun, sonst wäre spätestens nach der dritten Tagesschau der Bildschirm dunkel geblieben. Die Bildersucht war auch unabhängig von der individuellen Einstellung zum Krieg, und sie hielt auch bei denen an, die sich über Zensur und ungeschminkte Propagandabeiträge empörten. Die mit hochmoralischem Ton und vor allem von Kriegsgegnern erhobene Klage, man bekomme so gut wie keine Toten zu sehen, war längst nicht so unschuldig, wie sie sich gab. Das vermeintliche Bedürfnis, endlich die "ganze Wahrheit" gezeigt zu bekommen, verhüllte nur notdürftig die Geilheit auf Leichenbilder. Hier schimpften enttäuschte Voyeure, die sich um die Befriedigung ihrer nekrophilen Schaulust geprellt sahen. Leute, die sich sonst über Horrorvideos gar nicht genug entrüsten können, verlangten plötzlich mit dem besten Gewissen nach Bildern von Blut, Dreck und Feuer. Je grauenhafter, je besser. Hier spätestens bestätigte sich, was Kritiker des pazifistischen Bewußtseins seit langem argwöhnten. Daß die Tabuierung jeglicher Gewalt vor allem ihre ungeheure Faszination belegt.

Auch der makabre Vorschlag eines Freiburger Kulturpublizisten, als Ersatz für die unsichtbaren irakischen Kriegsopfer *"ein Archivbild verbrennender vietnamesischer Kleinkinder" zu senden*[11], zeugt bestenfalls von Hilflosigkeit. Früher mußte man die Leichen noch mühsam ausgraben, um die Leute das Gruseln zu lehren, heute kann man sie bequem im Filmarchiv ordern. Mit Aufklärung hat solche Schockpädagogik allerdings wenig zu tun. Die Rechnung, wer nur erst Blut sehe, werde sich schon übers Blutvergießen empören, reduziert den Zuschauer nicht nur auf eine bloße Stimulus-Response-Maschine, sie geht auch nicht auf. Die Hoffnung, so die mediale Konstruktion von Wirklichkeit transparent machen und die Strategien der Bilderpolitik unterlaufen zu können, scheitert entweder an jener Gier des Publikums nach Kriegspornographie, das auch angestaubten Bildern noch etwas abgewinnen kann, oder, was noch wahrscheinlicher ist, sie scheitert an der Suggestion des Dabeiseins, die noch das langweiligste Live-Bild einer Aufzeichnung voraus hat.

Süchtig macht nicht das Programm, sondern das Medium selbst, das per Knopfdruck zu weltweiter Vergesellschaftung in Echtzeit verhilft. Es ist nicht der Wunsch, sich zu orientieren (oder sich zu amüsieren), der die Menschen immer wieder von den Fernseher treibt, es ist die abgrundtiefe Angst, außerhalb aller Gesellschaft zu stehen, ja geradezu aus der Welt zu fallen, einer Welt, die eben nur noch als durch die Medien hindurch vermittelte existiert. Im Ausnahmezustand des Krieges, der ja - wiederum einschränkend: *für uns* - als bloßes Medienspektakel stattfand, wird diese Angst virulent und die täglich konsumierte Bilderdosis steigt. Ein sich selbst verstärkender Zirkel: Medieneffekte erzeugen Medieneffekte. Vieles spricht dafür, daß die Menschen sich selbst längst schon nach dem Modell ihrer Apparate begreifen: als Schaltkreise. Das Einschalten des Fernsehers wäre dann gleichbedeutend mit dem augenblicklichen Zur-Welt-Kommen des Menschen. Zwei Schaltkreise werden zusammengeschlossen. Auszuschalten dagegen bedeutete präzise das, was die Militärs darunter verstehen: den Tod per Knopfdruck. ▩

ULRICH BRÖCKLING

1 Paul Virilio: Abschreckung: Wie lange noch?, in: TAZ, 1.9.1990

2 Paul Virilio: Schmutziger Krieg in Realzeit, in: TAZ, 16.3.1991

3 Carl von Clausewitz: Vom Kriege, Bonn 1952, S.287

4 ebd., S.294

5 ebd., S.161. Vgl. dazu auch Jürgen Langenbach: Über Krieg, Wien 1983, insbesondere S. 89ff

6 Clausewitz, a.a.O., S.89

7 Paul Virilio: Horizont im Quadrat, in: TAZ, 29.9.1990

8 Vgl.: Antonella Romeo: Attacken auf Attrappen, in: Die Zeit, 1.2.1991. Die Produkte der Firma Moselli Design unterlagen selbstverständlich keinerlei Ausfuhrbeschränkungen, da es sich ja *"nur um Plastikmaterial"* handelte.

9 Vgl.: Reinhard Wolff: Der Kormoran im Öl war ein riesiger Propagandabluff, in: TAZ, 5.3.1991

10 Jean Baudrillard: "Der Feind ist verschwunden", in: Der Spiegel 6/1991, 4.2.1991

11 Ludger Lütkehaus: Daß es so weitergeht, ist die Katastrophe, in: Badische Zeitung, 6.3.1991.

Die Intellektuellen und der Golfkrieg

1

"Pinscher - Hunderasse mit aufrecht stehenden Ohren: wir kennen Pinscher, Rehpinscher, Rattenpinscher, Zwergpinscher und Affenpinscher, im übertragenen Sinne den Pinscher auch als Kennzeichnung eines Menschen, der trotz fehlendem Sachverstand über alles und jedes ein Urteil abgibt." Eine Werbeanzeige der "Weberbank" im "Tagesspiegel" vom 9.12.1990 hatte den Skandal in Erinnerung gebracht: "Verärgert über ihre Uneinsichtigkeit und Nörgelei an der Marktwirtschaft", fährt die Anzeige fort, "bezeichnete Ludwig Erhard seine intellektuellen Widersacher einmal als Pinscher." Sofort stellt sich die Atmosphäre von damals wieder her, der ohnmächtige Zorn, daß Erhard in der Nachnazirepublik so etwas sagen durfte und daß ihn keiner zu Konsequenzen zwingen konnte. "Um was ging es?" fragt die "Weberbank". "Ludwig Erhard befreite die kriegszerstörte Wirtschaft von ihren Fesseln. Nicht Planung und Kartelle, sondern freier Preis und Wettbewerb sollten den Markt regulieren. Die Mehrheit der Intellektuellen lehnte diesen Weg ab."

Die 'freie' Erörterung und 'Aufarbeitung' eines alten Traumas der Achtundsechziger und Vorachtundsechziger durch eine Privatbank hat etwas Faszinierendes. Der intellektuelle Leser fühlt sich mystifiziert und zugleich wie zur Auflösung des Rätsels bestellt, wird er doch gleichsam als Germanist angesprochen, als Sprachanalytiker mit der Analyse des in der Anzeige ebenso souveränen wie schwachsinnigen Gebrauchs der Begriffssprache und Reflexionsform der Intellektuellen betraut. Wer weiß, vielleicht hat sie ja ein ehemaliger Achtundsechziger formuliert, der 'in die Werbung gegangen' ist!

"Der Grund für die falsche Einschätzung der wirtschaftlichen Lage durch die Intellektuellen hängt mit dem Unterschied zwischen Intelligenz und Intellektualismus zusammen. Ein Intellektueller bezieht sein Urteil aus innerer Anschauung, aus subjektiver Einbildung, nicht aus Reflektion (Schreibweise gelassen, I.B.), der Intellektuelle verzichtet auf sinnliche Wahrnehmungen seiner Umgebung ... Der Pinscher, den Ludwig Erhard meinte, ist ein Produkt des Intellektualismus, der nicht den Willen besitzt, seine vorgefaßte Meinung zu ändern. Er weigert sich, das Alltagsgeschehen als Teil der Gesamtlage zu erkennen. Statt dessen 'verdinglicht und personifiziert' der Intellektuelle Begriffe wie beispielsweise den Kapitalismus."

Beim Wiederlesen dieser Sätze wird einem sofort klar, daß sie nicht nur an einen Germanisten appellieren, sondern womöglich von einem Germanisten verfaßt sind; wem sonst sollte die 'innere Einbildungskraft' etwas sagen? Wer es versäumt, die Anzeige sogleich in den Papierkorb zu werfen, erlebt, aufgestachelt von der Unverfrorenheit der 'Argumentation' und zugleich merkwürdig entkräftet angesichts der Aufgabe, sie 'jetzt gleich auseinanderzunehmen', wie der Ludwig-Erhard-Effekt, so viele Jahre später, sich einstellt: Ressentiment und ohnmächtige Wut. Was für ein Spielraum bleibt eigentlich, wenn die, die das Kapital repräsentieren, sich zugleich der Sprache der Intellektuellen bedienen? "Marx, seine Schüler und die Intellektuellen sehen im Kapitalismus eine geheimnisvolle Kraft, die in das ... Leben eingreift und es nach der Logik der Geschichte zerstört. Bei Eiferern und Fundamentalisten rückt der Kapitalismus in die Rolle des Teufels. Ein Rückfall in die Magie des Mittelalters. Ist das der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit, wie der Königsberger Philosoph Immanuel Kant im Jahre 1783 die 'Aufklärung' beschrieb?"

2

Über Weihnachten 1990/91 hatte die mit einem schwarzen Trauerbalken und einer zentrierten, ebenfalls tiefschwarzen "Pinscher"-Überschrift versehene Anzeige auf meinem Schreibtisch das gewöhnliche Schicksal ereilt: sie war durch Gewöhnung unsichtbar geworden. Ich hatte bereits einen Artikel mit dem Zitat des ebenfalls zu einer sprachanalytischen Betrachtung aufrufenden Friedensslogans "Kein Blut für Öl" darübergepinnt, als mir der tiefere oder jedenfalls der neuzeitlichere Grund für den Ludwig Erhardschen Aufstachelungs- und Entkräftungseffekt unvermittelt aufging: Ludwig Erhard hatte nämlich recht; Pinscher waren die Intellektuellen, sonst nichts!

Der Grund für diesen sei's subjektiven, sei's objektiven Zusammenbruch meiner bisherigen Einschätzung ist natürlich im Golfkrieg zu suchen bzw. darin, wie die Intellektuellen sich zum Golfkrieg gestellt haben. Freilich kündigte das Drama sich bereits bei der Wiedervereinigung an, und tatsächlich nimmt die "Pinscher"-Annonce der Weberbank auf dieses Ereignis Bezug. "Als sich nach der Öffnung der Mauer Intellektuelle dafür einsetzten, dem Gebiet, das sich DDR nannte, die staatliche Existenz zu erhalten, zeigte sich auch darin ihre Realitätsferne. Denn die tatsächliche Lage ließ eine solche Lösung nicht zu."

Vielleicht ist die Anzeige ja wirklich von einem ehemaligen Achtundsechziger verfaßt, werden die Intellektuellen doch so ernst genommen, wie sie sich zu Ludwig Erhards Zeiten selbst ernst nahmen. Oder liegt das am deutschen Thema, das in besonderer Weise der Einigkeit des 'Volkskörpers' bedarf? Feierlich ins Desiderat gerückt wird dagegen, was längst mediale Wirklichkeit geworden ist: "Intellektualismus hat einen hohen Unterhaltungswert, er ist ein reizvoller Farbtupfer und Anreger in jeder Gesellschaft, seine Existenz sollten wir begrüßen, ihn aber nicht zu ernst nehmen und ihn daran hindern, Einfluß auf gedankenarme Menschen zu gewinnen." Hat der Achtundsechzigerkollege die Bedeutung der Intellektuellen wirklich überschätzt, oder trägt er nicht vielmehr einem immanenten Widerspruch der Entdämonisierung des Intellektuellen zum "Farbtupfer" und "Unterhaltungskünstler" gewissenhaft Rechnung: daß er nämlich erst in diesem neuen, telegenen, talkshowgerechten Zustand "gedankenarme Menschen", und zwar millionenfach, erreicht?

3

Vergegenwärtigen wir uns die intellektuelle Atmosphäre, in der die "Pinscher"-Debatte stattfand. Im ernsthaftesten Fall wurde Ludwig Erhards Beschimpfung als Signal zu einer Intellektuellenhatz aufgefaßt, wie sie seit dem Schicksal der Intellektuellen im Dritten Reich eigentlich tabu war. Im satirischen und vielleicht selbstbewußtesten Fall wurde die Beschimpfung als Kompliment und Appell aufgefaßt: Der Intellektuelle, als Pinscher, war der, der den Mächtigen ans Bein pinkelte. Ans Bein pinkeln, das war eine respektlose, in all ihrer Belanglosigkeit souveräne, der eigenen Bedeutungslosigkeit treuherzig bewußte, aber den, den es traf, absolut kränkende, ihn der Lächerlichkeit und Verachtung preisgebende Tat.

Heute dagegen hat das Ans-Bein-Pinkeln der Intellektuellen sich zu seiner höheren oder tieferen verhaltenstheoretischen Wahrheit durchgearbeitet und stellt sich als 'Markieren' in der ganzen sozialen Tragweite dieses modernen Begriffs, als Nachweis der eigenen Existenz und zugleich Fabrikation eines sozialen Netzwerks vermittels eines lückenlosen, an der je besonderen Duftnote unterscheidbaren aktiven Bepinkelns dar. Heute kehrt es jene unbeirrt emsige Seite heraus, die es im animalischen Zusammenhang immer schon hat, jenes an die Ereignisse weniger vertrauensvoll als vielmehr unwillkürlich, aus vitalem Bedürfnis, Sichanschmiegen und die Großen, die die Ereignisse regieren, durch emsiges Vor- und Zurücklaufen förmlich Umspielen, ohne das wir uns die forsche Gangart des Pinschers und seiner Gattung nicht denken können.

Wirklich erst heute? Vielleicht war es ja schon immer so, und es ist nur niemandem aufgefallen. Vielleicht haben wir, die Intellektuellen, es uns bloß zu lange im trostspendenden Schatten des Dritten Reichs wohlsein lassen und uns aus der Art, wie jenes mit den Intellektuellen verfuhr, moralische Gewißheit hinsichtlich unseres eigenen, im Zweifelsfall heroischen Tuns verschafft, uns, um es in der Sprache der 68er zu sagen, 'über' die Intellektuellen im Dritten Reich 'definiert'. Die ungenierte Inanspruchnahme 'unseres' Kant und 'unserer' "'Aufklärung"' durch die "Weberbank", die unvermutete Offenbarung einer gemeinsamen Basis für - in den Worten der "Weberbank" - "Intelligenz" und "Intellektualismus", "ernste Politik" und "Schriftstellerei", oder sagen wir Bankwesen und Intellektuelle läßt jedenfalls Unheilvolles vermuten. Sie läßt vermuten, daß es sich beim Faschismus vielleicht um eine durchaus künstliche Entzweiung des bürgerlichen Staats mit seinen Intellektuellen gehandelt hat und daß es keinen Sinn hat, aus dieser ins Notverordnungsprogramm des bürgerlichen Staats gehörenden Ausgrenzung und Abstoßung der Intellektuellen etwa auf ihre prinzipielle Antistaatlichkeit zu schließen. Und ebensowenig läßt das traurige Schicksal, das durch das gesamte 19. Jahrhundert hindurch den bürgerlichen Intellektuellen von im Kern reaktionären, nicht zu bürgerlicher Zivilisiertheit gelangten oder refeudalisierten Staatsagenten bereitet wurde - ein Schicksal, das dann, wie es schien, konsequent in der faschistischen Liquidierung endete -, auf diese prinzipielle Antistaatlichkeit schließen. Daß die Intellektuellen vom Staat, und zwar vom Metternichschen bis zum bundesrepublikanischen Staat, allerdings in die Ecke einer prinzipiellen Staatsfeindschaft gestellt wurden, diese Etikettierung taugt für eine wirkliche Einschätzung so wenig wie der amerikanische Persilschein für eine 'verläßliche' Entnazifizierung. Und ebensowenig taugt für diese Einschätzung die vereinheitlichende Definition, die die Intellektuellen speziell unter dem Verdikt des Dritten Reichs - und zwar von Thomas Mann bis Heinrich Mann, links von dem dann in der Regel nichts Wesentliches mehr vermutet wird - ereilt.

Aus der bekannten Tatsache, daß in Deutschland bürgerliche Grundrechte nie vollständig und schon gar nicht gesichert gegolten haben, folgt ja noch lange nicht, daß die bürgerliche Grundrechtsposition eine keiner systematischen Infragestellung, keiner Grenzbetrachtung bedürftige Position verkörpert, zumal bürgerliche Repression in Gestalt des Ausländergesetzes oder einer hochgerüsteten Polizei über man-

gelnde Konjunktur sich nicht zu beklagen braucht und das Jenseits bürgerlicher Grenzen in Gestalt marginalisierter Massen unübersehbar existent ist. Ebensowenig folgt aus der Tatsache, daß in den vielfachen Verkörperungen des reaktionären Deutschland "die Gedanken nicht frei" waren, daß die Intellektuellen, diese berufsmäßigen Verfertiger von Gedanken, stets auch materiell von einer makellosen und begrüßenswerten Unfreiheit, sprich Unschuld verbürgenden Armut, gewesen wären. Und ebensowenig folgt aus dem Anschein, daß im entnazifizierten Deutschland wenigstens "die Gedanken frei" sind, die Tatsache, daß das intellektuelle Urteil hier durch kein materielles Interesse versklavt wäre. Im Gegenteil deutet der Umstand, daß sowohl die private "Weberbank" als auch wir alle andern nach wie vor - und seit der Renaissance bürgerlicher Bewegungen mehr denn je - uns auf Kant und die Aufklärung berufen, darauf hin, daß zwischen der bürgerlichen Ökonomie und den Intellektuellen, unterhalb der Ebene des 'Wortgefechts', ein aus der intellektuellen Erörterung im wesentlichen ausgegrenzter Konsens, ein durch keine Grenzbetrachtung zum Thema gemachter materieller Interessenpakt besteht. Folgen wir an diesem Punkt der "Dialektik der Aufklärung", dann müssen wir zugeben, daß dieser Interessenpakt uns systematisch im Vorfaschismus situiert oder jedenfalls beweist, daß die Intellektuellen trotz Auschwitz eins jedenfalls nicht wollen: den bürgerlichen Staat systematisch in Frage stellen.

4

Aber auch wenn die vielbeschrieene Subversion der Intellektuellen in Wirklichkeit schon immer eher eine parasitäre Symbiose war, so ist in letzter Zeit vielleicht ein qualitativ neuer Punkt erreicht. Das auffälligste Zeichen dafür ist, was bereits anläßlich der Wiedervereinigung festzustellen war und sich ansonsten als ein mit dem zweiten Golfkrieg einhergehendes Novum ins Gedächtnis graben wird: daß sich nämlich alle, und zwar alle Intellektuellen zu Wort meldeten. Fragt sich nur, warum.

Ist es vielleicht deshalb, weil die "Umwertung aller ... Werte", wie Freud sie in seiner "Traumdeutung" vorführt, im Osten eine ganze Intellektuellenriege auf die Anklagebank gesetzt hat? Hat diese beinahe jeden in den Verdacht der Stasimittäterschaft ziehende "Umwertung" die hiesigen Intellektuellen nicht förmlich dazu gezwungen, die offenbar gewordene Korrumpierbarkeit und Haltlosigkeit der Intellektuellen durch rückhaltloses Aufdecken wieder in den Zustand der Latenz zurückzuzwingen, das allgemeine Urteil, das in dem offenbar gewordenen Verhalten der DDR-Intellektuellen steckt, durch frontalen Angriff eisern über die Elbe, da, wo es vermeintlich hingehört, wieder zurückzudrängen?

Der Punkt scheint kleinkariert, aber er zielt ins Zentrum. Nicht nur liefert beispielsweise das (Medien-)Schicksal Chr.sta Wolfs, diese merkwürdige Neuauflage früherer Nazi-Entlarvungs-Kampagnen, wie sie seinerzeit u.a. von "Die Zeit" so unerschrocken geführt wurden, jeden Grund, sich auch über jenen jetzt beinahe endgültig der Geschichte angehörenden 'Selbstreinigungsprozeß' der Intellektuellen Gedanken zu machen. Diese Gedanken führen unvermeidlich auch in die Zukunft der Wiedervereinigung, das heißt zum Golfkrieg und dem, was wir in seinem Gefolge noch zu erwarten haben. So nämlich, wie kritischen bundesdeutschen Intellektuellen die nationalsozialistische Jugendsünde, engagierten, auf konkrete Vermittlung bedachten DDR-Intellektuellen eine privilegiensüchtige Korruption durch den Staatsapparat nachgewiesen wurde, so wurde der per definitionem - per definitionem der deutschen Geschichte von direkten Militärschauplätzen nämlich grundgesetzlich ferngehaltenen - honorigen bundesdeutschen Geschäftswelt das heimliche Geschäft mit dem Gas nachgewiesen. Und wie es nach der Wanderung durch das Geheimnis, der 'Passage' durch das Kanalisationssystem der Gesellschaft, nun einmal ist: die Untat trat in grellen Farben, als das schlechthin Unverdauliche, das Auszustoßende schlechthin, der Angriff auf das Gemeinwesen hervor, während sie in Wirklichkeit doch nur die andere Seite dieses Gemeinwesens ist, das durch "Umwertung" perhorreszierte Identische.

Kein Wunder, wenn gerade solche robusten Aufdeckungsaktionen und Entlarvungsdebatten um 'Randerscheinungen' den braven Leser, Hörer, Fernsehzuschauer jedesmal wie in den Eingeweiden zerreißen, sitzt tatsächlich keineswegs bloß der skandalöse Einzelfall, die beruhigende Ausnahme, sondern unter dem Deckmantel dieses Einzelfalls das Allgemeine, unter dem Deckmantel der Ausnahme er selbst, der nun weiß Gott den harmlosen Normalfall verkörpernde Bürger, auf der Anklagebank. Da aber die ganze Aktion gerade die Suggestion eines von strukturellem Faschismus, struktureller Korruption, strukturellem Mordgeschäft freien Gemeinwesens nicht nur erhalten, sondern in diesem 'mutigen' Fall von Entlarvung, in diesem mutigen Kampf gegen 'Verdrängung', dieser Paradetätigkeit des Intellektuellen, allererst erzeugt werden soll, so weiß der harmlose Bürger beim besten Willen nicht, was ihn eigentlich zerreißt. Geradezu als ein Zeichen bürgerlicher Gesundheit ist es anzusehen, wenn er schließlich mit dem altgewohnten, im Faschismus zu besonderer Vollkommenheit gediehenen antiintellektuellen Affekt reagiert, Nestbeschmutzung wittert, wo das Nest erklärtermaßen gerade gereinigt werden sollte, und die Intellektuellen samt und sonders für Pack erklärt.

5

Der Versuch, einen qualitativ neuen Punkt zu beschreiben, führt unvermeidlich auf Erklärungen für Althergebrachtes zurück. Nimmt man sie ernst genug, dann erkennt man, daß sie bis weit in die Nazizeit zurückführen. Erinnern wir uns, worin - um einen Begriff Primo Levis aus seinem 1988 in der Hanser-Ausgabe seines Auschwitzberichts erschienenen Essay "Erinnern als Wunde" zu verwenden - die "aufbereitende" Arbeit nationalsozialistischer Ideologen besteht, nämlich nicht in der Nachschöpfung materieller Umwälzungen, sondern in der geistigen Umwälzung ansonsten unangefochten fortexistierender materieller Verhältnisse, genauer in der Darstellung ihrer als 'umgewälzte', in unsern Worten also in einer radikalen "Umwertung aller" mit Macht weiterbestehenden "Werte", so sticht die Übereinstimmung mit der tagtäglichen Arbeit bürgerlicher Intellektueller unter dem Streß des Golfkriegs ins Auge. Auch in weniger dramatischen Zeiten "bereitet" der Intellektuelle die Wirklichkeit "auf", aber er wälzt sie nicht um. Unter der Fuchtel eines dramatischen Ereignisses, das mit Entscheidungen über Leben und Tod winkt, spitzt das Verhältnis sich zu: Wo Hussein und Israel involviert sind, ergibt die Assoziation ans Dritte Reich sich scheinbar von selbst, woraus scheinbar ebenso zwanglos die historisch beglaubigte heroische Rolle der USA folgt. In Wirklichkeit hat eine enorme Arbeit stattgefunden, um dem fremden, nicht nur nach Begreifen, sondern nach Durcharbeiten, das heißt nach einer dauerhaften Revolutionierung aller gewohnten Denkverhältnisse im europäischen Kopf, verlangenden Zusammenhang den vertrauten Ausdruck von (längst) Wiedererkanntem und Begriffenem sowie - per NATO und UNO-Bündnis - verantwortungsbewußt und zweckmäßig, das heißt an Ort und Stelle, Zurechtgestutztem zu geben. Es ist dabei wie mit den 'Schnitten' beim naturwissenschaftlich aufbereiteten Präparat: Ist der Schnitt einmal gelegt - etwa als eine Achse, die von Hitler zu Hussein führt -, dann kann man nicht mehr anders, als ihn für die Naturseite, die 'Naturkante', des Gegenstands zu halten. Nicht eine willkürliche Ansicht eines durch die strukturierende Operation selbst insgesamt artifiziell gewordenen Präparats glaubt man folglich zu sehen, sondern buchstäblich das 'Innere' des Gegenstands.

Der Intellektuelle, der den Golfkrieg "aufbereitet", tut dies mit sämtlichen Konsequenzen, die Primo Levi für die "Vergangenheitsaufbereitung" geltend macht, das heißt mit allen Konsequenzen, was das Verschwimmen der Grenzen zwischen, wie Primo Levi es nennt, "Treu-und-Glauben" und "Wider-besseres-Wissen", mit allen Konsequenzen, was die relative Intaktheit der Person, ihr relativ gutes Gewissen, ihre relative Fähigkeit, mit anderen, nicht mit denselben Erinnerungen Beladenen, nicht von demselben Schicksal, derselben Verantwortung Gezeichneten zusammenzuleben, betrifft. Unter strikter Hingabe an die "unbewußten Traumtätigkeiten", die Freud unter der Bezeichnung "Die Darstellungsmittel des Traums" aufführt und die sämtlich auf die "Umwertung aller psychischen Werte" hinauslaufen, "verdichtet" er etwa Hitler und Hussein zu einer Person oder Zyklon B und die an Hussein gelieferten Gaswaffen zu einem Mordinstrument und gibt damit der Geschichte ein plausibles, kantiges Traumrelief von - auch dies eine Traumeigentümlichkeit - geradezu sinnlicher Intensität und Dichte. Er münzt, ein klassischer Fall von "Verschiebung", das eigentlich zu erarbeitende theoretische Verhältnis zu Auschwitz in die 'moralische' Forderung nach Solidarität mit Israel um oder läßt, in einem ebenso klassischen Fall von "Darstellung durch das Gegenteil", die geforderte Einsicht in den Zwangszusammenhang von Kapitalismus und Auschwitz in der Forderung nach Unterstützung des Kapitals im Nahen Osten erfüllt sein. Er steht, in einem nicht minder klassischen Fall von "Trennung von Affekt und Sache", in fassungslosem Stupor vor der Bedrohung Israels und in als intellektuelle Epoché ausgegebener Gleichgültigkeit - denn Krieg ist nun mal Krieg - vor dem Bombardement der irakischen Bevölkerung. Unfähig offenbar, von der zusammenhängenden Wirklichkeit des Nahostkonflikts jeweils mehr als nur ein mit radikalem Schnitt, radikalem Bewußtseinsschnitt nämlich, herausgelöstes Segment auf einmal zu betrachten, spaltet er die Wirklichkeit auf, ist, umfassend gebildeter, routiniert formulierender Intellektueller, der er doch ist, wie ein schwer Gehandikapter offenbar nicht mehr dazu imstande, beispielsweise die Wörter "Israel" und "Öl" oder "irakischer Diktator" und "westliches Kapital", "vergewaltigtes Kuweit" und "Teilhaber von Mercedes", "atlantischer Handelskrieg" und "internationale Golfallianz" so in einem Satz zusammenzubringen, daß die eine Information nicht in dem Moment, wo sie das Feld betritt, die andere aus eben diesem Feld hinausschießt.

Er tut damit etwas, was Primo Levi - und allein das ist ein Grund, ihn heute zu zitieren - ausdrücklich und gegen alle Aufspaltungstechnik gleichermaßen für die "Vergangenheitsaufbereitung" von Tätern und Opfern, Eichmann und die Überlebenden von Auschwitz, für Leute, die sich ihrer Taten schämen müßten, und solche, die sich des ihnen Angetanen schämen, geltend macht, als ein durchaus objektives Schicksal, einen von beiden Seiten zu tragenden Verlust der Verfügung über das Gewesene oder das Ganze beschreibt. Diesem objektiven Schicksal verdankt es sich auch, wenn im Golfkrieg die 'psychische Arbeit' der Gegner im ideologischen Krieg sich gleicht: Bagdad mit Dresden zu identifizieren ist nun mal, seiner mechanischen, technischen, seiner 'Traumarbeitsseite' nach, nicht etwas ganz und gar anderes als die "Verdichtung" Hitlers und Husseins zu einer Person. Im Gegenteil, die übersprungshafte Ineinssetzung von Bagdad und Dresden folgt viel eher der Logik der faschistischen Aufbereitungsarbeit, dem sturen Modell des 'Rache für Versailles!', 'Kampf der Übermacht!' als die bemühte Ineinssetzung von Hitler und Hussein und ist, gerade in der zugrunde liegenden Identifizierung des Großdeutschen Reichs mit dem 'kleinen' Irak, als ein Beispiel für spontanen bzw. quasimechanisch ausgelösten Rechtsradikalismus auch viel eher der 'Rechtsnachfolger' der Naziideologie als etwa die bewußte Parteinahme für die USA als Retter Israels.

Freilich geht es hier nicht um die 'Stimme des Volkes', sondern um die

Intellektuellen, und da sieht der Fall genau andersherum aus. Schließlich müßte er, der Intellektuelle, von dieser Art Tätigkeit im Prinzip frei sein, die Primo Levi ebenso wie Freud ja zu den unbewußten, lediglich unter dem äußersten Druck der Bestrafung oder Bedrohung die Oberhand gewinnenden Tätigkeiten zählt. Als Intellektueller müßte er sich ausdrücklich, nämlich kraft der Definition seines 'Produktionsmittels' Verstand, als jemand begreifen, der die spontane oder manipulierte Verdrehung der Wirklichkeit konterkariert, der "Verdichtungen" auflöst, "Verschiebungen" rückgängig macht, die "Darstellung durch das Gegenteil" durch die "Gegendarstellung" korrigiert, und dies ist ja auch in etwa der Anspruch des klassischen Intellektuellen, des liberalen Journalisten oder Kommentators beispielsweise, der seine intellektuelle Tätigkeit als eine gesellschaftliche Tätigkeit und Profession sui generis begreift. So wie Freud die Tätigkeit des Analytikers in dürren, gegen alles therapeutische Agieren gerichteten Worten als ein Auflösen von Widerständen definiert, so definiert auch er, der klassische Intellektuelle, seine Tätigkeit als einen von aller spontanen Ideologieproduktion nicht nur sorgfältig abzugrenzenden, sondern qualitativ unterschiedenen Beruf. Aufbereiten oder 'spontan produzieren', das tut ja schließlich jeder, insofern ihm eine - wie Boris Becker sagt - 'mentale' Ausstattung mitgegeben ist, und er tut es in dem Maß, wie er unter Druck gerät. Der Intellektuelle dagegen, der nicht spontan 'produziert', sondern sich bewußt auf seinen Verstand zurückzieht, ja diesen Umweg als seine ganz spezifische gesellschaftliche Tätigkeit kultiviert, als seinen häufig sogar einzigen Beitrag zur Herstellung der Gattung versteht, bezieht seine Existenzberechtigung aus der transzendentalen, nicht bloß zufälligen oder empirischen Abgrenzung von jeglicher Art 'spontaner' Produktion, ressentimentgeleiteter Erkenntnis, fremd-, oder triebgesteuerter Vernunft.

Seine Existenzberechtigung, wohlgemerkt, nicht seine Existenz; denn in dem Moment, wo er an der Aufbereitung der Wirklichkeit, nicht am Abtragen ihrer Aufbereitungen sich beteiligt, wo er die "psychische Arbeit" auf der Ebene der intellektuellen Arbeit, "mit der Bosheit einer reflektierten Bildung ausgestattet" (Meneghello), reproduziert, existiert er zwar immer noch als ein von 'Volkes Stimme' durch den systematischen Gebrauch des Verstandes deutlich unterschiedener Intellektueller, aber er wird im unmittelbaren Sinn zu dem, was wir als Bezeichnung eigentlich für mittelbares Tun bereithalten: zum Schreibtischtäter.

Versucht man, diese Unterscheidung auf die zitierten Gegner im ideologischen Golfkrieg anzuwenden, so wird man einerseits zu dem Schluß gelangen müssen, daß, bei aller formalen Übereinstimmung, die Identifizierung von Bagdad mit Dresden doch etwas qualitativ anderes als die Identifizierung Husseins mit Hitler ist, da es sich bei ersterem um eine sekundäre intellektuelle Fassung eines politischen Ressentiments, bei letzterem jedoch um einen Mißbrauch der Verstandeskräfte als solcher handelt. Man wird andererseits zu dem Schluß gelangen müssen, daß, völkische Entgleisungen à la 'Bagdad gleich Dresden' bereits abgezogen, die geschilderte Perversion des Intellektuellen ein konstitutionelles Merkmal seiner Tätigkeit, Schreibtischtäter also vermutlich die für seine ganze Profession, sofern sie nicht auf dem schmalen Grat einer in Bundesdeutschlands Mediendschungel gar nicht zugelassenen unabdingbar radikalen Staatskritik wandelt, zutreffendere Bezeichnung ist. Man müßte sich nur gewöhnen, den Schreibtischtäter nicht als jemanden zu verstehen, der 'mit einem Federstrich' Hunderttausende umbringt, sondern als jemanden, der mit jedem Federstrich das ihm anvertraute Reflexionsvermögen 'Hunderttausender' umbringt. Fragt sich, was das Schlimmere ist.

6

Bekanntlich versucht der Intellektuelle sich mit Hilfe der Produktion von Reflexionen zu reproduzieren, und zwar nicht bloß in der faktischen Weise der Existenzsicherung, sondern ebenso in der ideellen Weise der Reproduktion des gesamten Arsenals der bürgerlichen Person, auf das er - wenn er denn müßte und man seiner bedürfte - bei der Verfertigung seiner selbst und der Gattung sich stützen könnte oder jedenfalls angewiesen wäre. Je unumschränkter dank der Medien die Tätigkeiten des Bewußtseins von der Lohnstruktur erfaßt werden, desto mehr werden in seinen Reflexionen öffentliche, vom Lohngeber gewünschte, und private, vom Ensemble der eigenen Person geforderte Rationalisierungen, Aufbereitungen der Wirklichkeit, sich verschränken. Als eine Funktion innerhalb der Gesellschaft ist der Intellektuelle ja dazu verhalten, einerseits die bestehende mediale Infrastruktur zu bedienen, andererseits von dem, was geschieht, eine intellektuelle Fassung herzustellen, die es der gesellschaftlichen Reflexionsfähigkeit erlaubt, sich zu vergegenständlichen, ohne damit in Gegensatz zur gegenständlichen Ordnung der Gesellschaft zu geraten. (Vgl. U. Enderwitz, Die Medien und ihre Information, Freiburg 1989) Wie aber in jedem anderen marktwirtschaftlichen Sektor auch wird dieses Ziel dadurch erreicht, d.h. die allgemeine Funktion dadurch erfüllt, daß sie sich mit biographischem und ökonomischem Individualinteresse verschwistert. Im Fall weltgeschichtlicher Ereignisse wie der Wiedervereinigung oder des Golfkriegs weichen die Dinge speziell für den Intellektuellen, insofern er nicht geradezu eine Regierungssprecherfunktion ausübt oder Nachrichtenmoderation betreibt, logischerweise vom Gewohnten ab, muß und kann er in diesem überwältigenden Fall sein Thema doch nicht 'frei' wählen und in gewohnter naturwüchsiger Übereinstimmung mit der Person, die er verkörpert, verfertigen, es wird ihm vielmehr übergestülpt. Schweigen - und den regierungsamtlichen Kommentatoren das Feld überlassen - kann er offenbar nicht. Entweder drückt er also das Gewaltverhältnis, in das er unversehens geraten ist, durch Lustlosigkeit, Berufsverdrossenheit, 'Starallüren' aus, oder er regrediert auf die Rolle des intellektuellen Laien, der es nicht zuletzt dank der Anstrengungen Berufsintellektueller schließlich gewohnt ist, daß die Dinge ihn haben und nicht er sie. Vom 'abgesenkten' Standort des Betroffenen, aber mit der ganzen Prätention des Professionellen macht er sich an die gewohnte Arbeit, ein Thema aufzubereiten, das er nicht selbst aussuchen konnte, in seiner Relevanz aber auch nicht anzweifeln darf. Auch in diesem diffizilen, die Souveränität des Intellektuellen in ein zweifelhaftes Licht rückenden Fall bringt der Konkurrenzdruck, dem der einzelne unterliegt, die Chance, die er unwillkürlich wittert, die Vernichtungsdrohung, die er angesichts einer allgemeinen intellektuellen Mobilisierung, in der sein Schweigen nicht einmal bemerkt werden würde, unwillkürlich empfindet, jene aus den konträren Empfindungen von Angst und Aufschwung gemixte Mobilisierung zustande, die zwar privat einen alkoholträchtigen Selbsthaß erzeugt, aber beruflich die beste Voraussetzung, der beste Nährboden für eine individualisierte, auf Überzeugungen beruhende Nachschaffung selbst noch dieser vom Individuum wunderbar emanzipierten Ereignisse ist.

7

Bis zur Wiedervereinigung war es gar nicht anders denkbar, als daß die kommentarbedürftigen Ereignisse in der Konfliktzone zwischen West und Ost angesiedelt, beziehungsweise, nämlich in der fälligen Rückschau, um das Dritte Reich zentriert waren. Für den Intellektuellen war es daher ein leichtes, sich als ein Erfahrungssubjekt zu präsentieren, das 'den' Totalitarismus 'erlebt' hatte und die Wirklichkeit unter diesem Gesichtspunkt zu bündeln wußte. Daß die Menschen sich über die Befreiung vom Totalitarismus freuen, war denn auch das Leitmotiv der Wiedervereinigungschroniken, und der sonst eher mißgünstige, in der souveränen Handhabung von Unverdaulichem erprobte Intellektuelle mußte nicht nur - den Kommentar zum unvermeidlichen Katzenjammer rigoros verschiebend -, er konnte sich, theoretisch jedenfalls, mitfreuen, hatte er 'den' Totalitarismus doch 'noch selbst erlebt'.

Heute, wo die weltgeschichtlichen Ereignisse mit der gleichen Unvermeidlichkeit den Antagonismus zwischen Erster und Dritter Welt aktualisieren, findet die konkurrenzwirtschaftliche Konstitution des Intellektuellen, das heißt seine elementare Bindung an den Rohstoff, den er selbst verkörpert, in der erfahrungslosen, sich selbst tatsächlich wesentlich als Rohstoff benutzenden Hingabe an die neuen exotischen Schauplätze, wie etwa die amerikanische Berichterstattung sie verkörpert, eine veränderte Ausprägung. Auf der anderen, der ideologischen Seite aber bietet sie immer noch die beste Gewähr für jenen inneren Eurozentrismus, der, indem er das Neue, das sich in der undeutlichen Gestalt der Dritten Welt womöglich präsentiert, in gutwilligster, freilich konkurrenzwirtschaftlich gesteuerter Absicht mit europäischem Material, Erinnerungsmaterial, Überzeugungsmaterial, unterfüttert und ausstaffiert, das simpelste Begreifen fremder Zusammenhänge, fremder Motivationen nachhaltig verhindert, dabei aber jenes unwillkürliche Engagement erzeugt, das beim Reden über sich selbst entsteht und gemeinhin - dies die heutige triviale Lesart des 'hermeneutischen Zirkels' - als die notwendige Voraussetzung fürs Begreifen gilt.

Zu den offensichtlichen europäischen Anleihen, die leicht als solche zu durchschauen sind, zählt natürlich die Ineinssetzung von Hitler und Hussein, deren Unsinnigkeit so evident ist, daß es naheliegt, hier eine wieder- oder nachholende Bearbeitung unter erleichterten Bedingungen, sozusagen Traumbedingungen, als durch und durch europäisches Motiv zu vermuten: Wenn wieder ein Hitler käme, diesmal verweigern wir uns aber der mörderischen Kollaboration! Von daher auch das 'traumhafte Erschrecken', daß niemand die offensichtlich alte Situation in der neuen erkennt: Da tun sie so, als ginge es ums Exportgeschäft oder einfach um Frieden und nicht in Wirklichkeit um die einzige, vielleicht allerletzte Gelegenheit, die Juden einmal nicht ans Messer zu liefern!

Muß man Intellektuellen erklären, daß man es allenfalls im Traum 'noch mal' probieren darf, und da 'klappt' es dann prompt und aus rätselhaften, aus 'Traumblockierungsgründen', nicht? Muß man sie über das Kindliche, gar Täterorientierte eines Verständnisses von Antisemitismus aufklären, das in den Juden nichts anderes als per definitionem eben zu Rettende sieht? Vielleicht liegt diese nachholende Bearbeitung gar nicht in der Intention derer, die sie unternehmen, ist vielmehr - worauf die Verkehrung von rezentem und weit zurückliegendem Material deutet - nur der in unbewußter Fälschungsabsicht herbeibemühte "Trauminhalt", während die politischen "Traumgedanken" mit der Verarbeitung der sich ankündigenden neuen Allianz- und Großmachtrolle Deutschlands und der höchst ideologischen Aufgabe beschäftigt sind, vor den mit dieser neuen Rolle sich ankündigenden Parallelen zum letzten Großdeutschen Reich als Intellektueller nicht etwa 'in die Knie' zu gehen. Die proisraelische Entscheidung bekäme dadurch einen anderen, freilich nicht weniger 'traumhaften' Stellenwert: Auch wenn wir wieder so groß werden wie früher, an unserer Haltung zu den Juden könnt ihr sehen, daß wir nicht mehr die alten sind!

Zu den weniger evidenten Folgen dieser naturwüchsig europäisierenden, die Zusammenhänge dabei bestens organisierenden Sicht auf die Dinge gehört es dagegen, daß die Gemütsverfassung der Israelis für uns unmittelbarer nachvollziehbar ist und ihre Lage uns deshalb im Grunde auch verheerender erscheint als die der Irakis. Schließlich veranschaulicht die Situation der Israelis eine europäische Lieblingsversion der weltgeschichtlichen Verhältnisse: daß nicht die Dritte Welt unter der Ausbeutung der ersten Welt systematisch zugrunde geht, vielmehr das "kleine erleuchtete Europa" (Th.Mann)

könnte. Souverän vergessen bzw. als frivoler Umgang mit dem Leben der bedrohten Israelis verurteilt wird jene Position, die die geforderte Parteinahme, die Konstruktion des Entscheidungsnotstands selbst anzweifelt, kurz Widerstand gegenüber dem vielbeschworenen Ausnahmezustand als solchem sich erlaubt. Schließlich ist diese Situation nicht nur eine eminent praktische, durch Angriffs- und Abwehrraketen charakterisierte, sondern zugleich eine außerordentlich theoretische und theoriebeladene, mit Vorgeschichte, Widersprüchen, sichtbaren und unsichtbaren, konkreten und abstrakten Eigentümlichkeiten behaftete Situation, gegenüber der Verweigerung möglicherweise hilfreicher und - im Blick nämlich auf ihre untergründig virulenten Eigentümlichkeiten - langfristig 'konkreter' wäre als die geforderte Unterstützung. Unter existentialisierender Berufung auf Auschwitz wird ein ontologischer Unterschied zwischen Opfern eingeführt, jenen, die ihren Rettungsanspruch durch den millionenfachen Mord an ihnen verdient haben, und jenen, die in namenloser Geschichte lediglich auf dem üblichen indirekten Geschäftsweg umgebracht werden bzw. der existentialistisch herbeigeführten Parteinahme einfach zum Opfer fallen. In nichts aufgelöst hat sich - nicht zuletzt in der heroisierenden Rede über das aus Allianzgründen und durchaus in einem militärischen Schachzug durchgesetzte Stillhalten Israels - der Schein der intellektuellen Redlichkeit, jener spätestens seit der APO kultivierte beinahe schon infantile Stolz, aus dem Faschismus und dem Versagen der Linken gegenüber dem Faschismus nachhaltig gelernt, ja die Wahrheit 'gepachtet' zu haben, dem historischem Kontext unverbrüchlich beizustehen gegen den juristischen Schein, die prozessuale Wirklichkeit nicht zu verraten um den lächerlichen Preis der Spiegelfechterei. So ontologisch ist für den Intellektuellen offenbar der Sprung in die Partei, daß der Springende auch keinerlei Rücksicht darauf nehmen kann und muß, wohin er eigentlich springt. Die ontologische Qualität und Begründung seines Sprungs macht ihn gegen schlechte Gesellschaft immun. Mögen andere Hussein aus Ölinteressen nach dem Leben trachten, aus Gründen der Großmachtpolitik, er, der aus seiner Intellektualität herausgesprungen ist, hat einen besseren, einen tieferen, einen per definitionem, d.h. per definitionem des in Deutschland unausrottbaren Antisemitismus, als Minderheitsposition ausgeauf dem Pulverfaß der Dritten Welt sitzt. Dabei bringen die Fernsehbilder von Israel, allen mobilisierenden, vom Kriegsgetöse beflügelten Anstrengungen zum Trotz, lediglich eine Wirklichkeit zustande, die von der unseren abgezogen ist und etwa der aufs Haar gleicht, für die wir - bei einer Autobahnkarambolage, einem Flugzeugabsturz, einem Terroristenanschlag oder einem durch versagende Bremsen verursachten LKW-Unglück - den Ausdruck 'Es sieht aus, als wenn eine Bombe eingeschlagen wäre' bereithalten und die wir für den unvermeidlichen, aber fürchterlichen Preis unserer 'hochgezüchteten', auf 'fragilen' Errungenschaften basierenden Zivilisation halten. Die irakischen Bilder dagegen in ihrer Mischung aus pauschaler Vernichtung und militärischer Schönheit dokumentieren vor allem den Realitätsverlust, der die Erste Welt angesichts der Dritten Welt in der doppelten Weise befällt, daß sie sich von deren Realität tatsächlich befreit und ihr eigenes Tun zugleich nur in den Mustern eines sciencefictionhaft entfremdeten Tuns gewahren kann, für das sie doch unmöglich die Verantwortung trägt.

8

Nicht eigentlich eine Folge, eher ein Instrument zur Herstellung eines solchen naturwüchsig eurozentristischen Blicks auf Nahost ist die politische Funktionalisierung von Auschwitz im Sinn einer Vorgeschichte des Golfkriegs bzw. die Unterordnung des letzteren unter dieses womöglich letzte Ereignis von unzweifelhaft europäischer Bedeutung. Der objektive Zynismus dieser Ingebrauchnahme ist so gewaltig, daß er nur durch einen rückhaltlosen persönlichen Einsatz einigermaßen wettgemacht werden kann, der faktisch auf eine Demontage der intellektuellen Tätigkeit, eine radikale Abrechnung mit der ihr auferlegten verbalen Abstraktheit hinausläuft zugunsten einer entschlossenen Parteinahme für und eines halsbrecherischen Sprungs ins kapitale Ereignis, und der Vergleich mit Ernst Jünger tatsächlich nicht zufällig sich einstellt.

Demontiert wird der theoretische Vorbehalt, der der intellektuellen Tätigkeit durch ihre Form aufgezwungen ist und der, nicht als lästige Begleiterscheinung bekämpft bzw. tatkräftig 'überwunden', sondern systematisch entwickelt und zum Angelpunkt des unfreiwillig abstrakten Tuns erklärt, eine andere Umschreibung für das vorhin so genannte Abtragen von Aufbereitungen, ein Synonym für Reflexion sein wiesenen Grund: Er will, daß Israel lebt.

Findet er sich dabei auf der Seite der Großmachtallianz wieder, so wird ihn das wie gesagt nicht hindern, seine Meinung mit dem Gestus des Außenseiters zur Geltung zu bringen; seinen Zorn erregt daher auch weniger der fernsehoffizielle Antisemitismus, der unter der Überschrift "Bußgang" das

Sonderausgabe zum Golf-Krieg

Aus dem Inhalt

- ★ **Chronik eines angekündigten Krieges:** Zur Geschichte des Golf-Konfliktes
- ★ **Zwischen den Fronten:** Kurdische und palästinensische Befreiungsbewegungen
- ★ **Husseins Diktatur:** Fakten und Interviews mit linken Oppositionellen
- ★ **Jonny reitet wieder:** Die USA und ihre „neue Weltordnung"
- ★ **Germans to the Front:** BRD: Vom „Pappsoldaten" zum Weltpolizisten
- ★ **Das verheimlichte Inferno:** Bomben gegen Zivilisten, auf AKW's und Chemiefabriken
- ★ **Zur Diskussion:** Friedensbewegung: Kopflos? Antiamerikanisch? Antisemitisch?

Preis: DM 5,– (für Wiederverkäufer: 3,50 DM, ab 5 Ex.)

Bestelladresse:
atom, Postfach 1109
2120 Lüneburg
(Bei Einzelbestellungen nur gegen Vorauskasse plus 1,– Porto)

Zukreuzekriechen vor den Israelis den Deutschen ins Gedächtnis meißelt, sondern das Tun des friedensbewegten Teils der Bourgeoisie, deren sentimentale oder heuchlerische Opferhaltung als ein Sakrileg gegen die ontologisch ausgewiesene Opferrolle Israels aufgefaßt, ja als im Kern völkisch bewegter Antisemitismus begriffen wird. Was selbst dem gewöhnlichen Intellektuellen, jenem also, der mit dem Aufbereiten der Wirklichkeit, nicht mit dem Abtragen von Aufbereitungen befaßt ist, paradoxerweise, nämlich wenn er nicht gänzlich überflüssig werden will, als die Grundregeln seines Tuns vorschwebt, als da sind: mehrere Seiten sehen, wenn mehrere Seiten vorhanden sind, Kräfteverhältnisse einschätzen, die Ebenen und Modi des Analysierens und Parteiergreifens nicht miteinander verwechseln und nicht gegeneinander ausspielen, die Analyse nicht zum ausführenden Organ eines vorweg gesetzten ontologischen Sprungs in die Entscheidung herabsetzen, abstrakt bleiben - diese sämtlichen intellektuellen Funktionen, die paradoxerweise die regulative Idee noch des Aufbereitens der Wirklichkeit, nicht nur des Abtragens von Aufbereitungen darstellen, finden sich außer Kraft gesetzt, mit Erleichterung über Bord geworfen. Und das neu konstituierte System ist gegen Widerspruch immun, wird Kritik doch wie bei jedem 'echten' ontologischen System als das zu bekämpfende Übel entlarvt, in diesem Fall als gleichsam chemischer Nachweis von Antisemitismus, als erfolgreich provoziertes Coming out begrüßt. Kein Wunder bei dem Grad an Bitterkeit und Zerrüttung, der die Diskussion charakterisiert, daß der erschütterte, ja auch hinsichtlich seines eigenen jederzeit möglichen Antisemitismus auf die Zinne des Tempels gestellte und im Zentrum seiner Urteilsfunktion heilsam verunsicherte Bürger dazu neigt, von seiner gewöhnlichen eher zynischen Bewertung der intellektuellen Tätigkeit abzurücken und sich zu der Ansicht zu bekehren, hier, im extremen Fall des Golfkriegs, machten die Intellektuellen wirklich ernst.

9

Es empfiehlt sich, gegen diesen Anschein mißtrauisch zu sein. Wer sich vom Augenschein, und das heißt vom Streß einer mit dem Antisemitismusverdacht operierenden Diskussion, überwältigt fühlt, kann auf zweierlei Weise versuchen, die verlorengegange Epoché zurückzugewinnen, und vielleicht ergänzen beide Strategien einander besser, als auf den ersten Blick deutlich wird: Er kann sich auf die Wiedervereinigung als auf das zweitjüngste Ereignis von Belang oder aber auf die quasi private Vorgeschichte des heutigen, um Israel entbrannten Intellektuellenkriegs zurückziehen, das heißt auf jene propalästinensische oder antiisraelische Wende der Linken, an die sich ehemalige APO-Studenten noch gut als an einen tatsächlichen Wendepunkt erinnern werden und die die innerintellektuelle linke Auseinandersetzung seitdem beherrscht.

So leblos die Wiedervereinigungsdebatte im Vergleich mit dem um den Golf entbrannten Streit auch wirken mag, so empfiehlt sie sich nicht zuletzt gerade deshalb für eine analytische Betrachtung. Schließlich soll nicht nur vermieden werden, den Intellektuellen und den von ihnen in die konkurrenzwirtschaftliche Situation geworfenen privaten Überzeugungen auf den Leim zu gehen. Vielmehr geht es auch darum, allgemeinere Veränderungen, denen die Intellektuellen durchaus als Objekt ausgesetzt sind, in den Blick zu bekommen, um so auch über ihre jüngste umfassende Mobilisierung ein möglichst eher ernüchterndes als anheizendes Urteil fällen zu können.

Hat die Wiedervereinigung, der Zusammenbruch des östlichen Staatssozialismus inclusive, die intellektuellen Debatten für null und nichtig erklärt, ja den Intellektuellen selbst, diese gemeinhin links bis liberal schillernde Figur, als Hampelmann entlarvt, so feiert im Golfkrieg der Intellektuelle seine Wiederauferstehung, die intellektuellen Debatten sind neu erblüht. Hat die Wiedervereinigung die Intellektuellen überwältigt, so haben sie im Golfkrieg die im Slogan "Jetzt sprechen die Waffen" noch einmal affirmierte Überwältigung bereits wieder bewältigt. Hat die Wiedervereinigung die Intellektuellen sozusagen einzeln zur unvermeidlichen Affirmation antreten lassen - und das pietätvolle Eingehen der "Weberbank" auf die intellektuelle Anregung, zwei Deutschland bestehen zu lassen, die 'sorgfältige Prüfung' dieser Anregung durch den Ökonomen, ist alles andere als ein Gegenbeweis, zeugt vielmehr lediglich von einem gewissen Bedarf an intellektueller Homogenität angesichts des erheblichen sozialen Gefälles, das das wiedervereinigte Deutschland charakterisiert -, so ist es im Golfkrieg den Intellektuellen gelungen, aus der unvermeidlichen Affirmation und unter Rückgriff auf die private intellektuelle Vorgeschichte und den darin entwickelten Fundus privater Überzeugungen eine neue 'Streitkultur' erblühen zu lassen. Kurz, die gerade noch Totgesagten sind zu neuer Lebendigkeit erstanden, oder, anders ausgedrückt, die Feuilletons haben das Lebensrecht für die Intellektuellen zurückerobert.

Freilich um einen gewaltigen Preis, recht eigentlich um den Preis der Selbstliquidation, wie - läßt man die Zeitung nur recht auf sich wirken - die gerade auf den linksliberalen Kulturseiten entfaltete Demontage der intellektuellen Funktion drastisch veranschaulicht. Bedenkt man aber, wie die Intellektuellen durch die Selbstauflösung des Staatssozialismus, das geräuschlose Zusammenfallen der Mauer, recht eigentlich für tot, in ihrer ganzen Reflexionskompetenz, und das heißt bei uns seit eh und je in ihrer ganzen prognostischen Kompetenz, für null und nichtig erklärt worden sind, so begreift man leicht, daß der Preis für die Wiederauferstehung nicht willkürlich hochgeschraubt oder in frivoler Leichtfertigkeit gezahlt worden ist. Im Gegenteil. Hinaus aus einer wirklichkeitsfernen Reflexion und hinein in das, was ohnehin passiert; nicht erst im nachhinein belämmert antreten, sondern, wenn man den Ereignissen schon nichts entgegenzusetzen hat, so doch wenigstens gleichzeitig mit ihnen 'auf der Matte stehen'; dank einer durch private Überzeugungen genährten Mobilisierung den Anschein erwecken, auf reinem intellektuellen Wege zu den gleichen Ergebnissen, womöglich gar zu der gleichen Militanz gelangt zu sein und womöglich auch zu einer vergleichbaren Effektivität zu gelangen wie die Ereignisse selbst; sich nicht in beschämender Weise zitieren lassen zu müssen, sondern in noch viel beschämenderer Weise sich 'nicht bitten lassen' zu müssen: das ist der Lerngewinn, den die Intellektuellen aus der Wiedervereinigungskrise gezogen und im Golfkrieg zur Anwendung gebracht haben.

Hier wird auch die Grundlage der neuen Rede vom Rechtsradikalismus deutlich, die Grundlage jener aus diffuser Angst vor schicksalhafter Wiederholung, triebhaftem 'Aufräumbedürfnis' und neurotischem Bekenntniszwang gemixten Aura eines rechtsradikalen Aufbruchs oder Ankommens, die den vorläufigen Höhepunkt der Debatte markiert. Dabei ist es durchaus nicht so, wie hellsichtige Kommentatoren den von ihnen selbst geschürten Dissoziationsprozeß beschreiben, daß 'Rechts und Links im Grunde dasselbe geworden sind', das heißt, jederzeit ineinander umschlagen können, im Kippmechanismus austauschbar sind. Dieses Umkippen ist vielmehr ein Effekt der Tatsache, daß die Intellektuellen sich insgesamt unter der Fuchtel eines sie als Intellektuelle unterwerfenden 'Großereignisses' befinden, das ihrer nicht nur in hohem Maße unbedürftig ist, sondern in einem Augenblick, wo monolithische Reaktionen zum Tragen des monolithischen Ereignisses nötig sind, für die feinsinnigen Differenzierungen, das am Duft erkennbar verschiedene Anpinkeln, mit dem die Intellektuellen ja keineswegs Widerstand oder Kritik, sondern Anwesenheit und Mitmachen ausdrücken wollen, definitiv keine Verwendung hat bzw. diese Differenzierungen in den Bereich einer objektiv überflüssigen, subjektiv darum um so nötigeren Anpassung und Anstrengung rückt.

Indessen sollten die unvermeidlich sich einstellenden tristen Assoziationen an das nationalsozialistische Großereignis und das, was es aus den Intellektuellen gemacht hat, nicht noch mehr zum Schreckensruf 'Aber das ist ja schon rechtsradikal!' verführen - zumal dieser Ruf von den durch die Ereignisse kaltgestellten Intellektuellen geradezu mit Bedacht provoziert wird -, sondern im Gegenteil zu einer realistischeren, nicht allein vom Abgrenzungs- und Reinhaltungsbedürfnis geprägten Sicht auf manchen intellektuellen Sündenfall im Dritten Reich führen. So strikt nämlich nach dem idealtypischen Modell, wie die postfaschistische Skandalchronik, süchtig nach dem Ausnahmefall, es verlangt, hat der Intellektuelle noch nie funktioniert. Er kann, außer in Zeiten, wo die Wiedereroberung der bürgerlichen Freiheiten auf dem politischen Programm steht, übrigens auch nicht einsehen, warum, während alles um ihn 'lebt', er, der Intellektuelle, es partout nur mit dem angeblich in ihm verkörperten abstrakten Paragraphen bürgerlicher Gedankenfreiheit zu tun haben soll. Kein Wunder,

wenn er, um auch einmal 'zur Sache' zu reden, notfalls nach seiner eigenen Knebelung schreit und die in ihm angeblich verkörperten Tugenden bürgerlicher radikaler Friedfertigkeit und Toleranz als prinzipiell unzureichende, unangemessene, geradezu frivole, luxurierende Lebensbedürfnisse, bürgerliche 'Extrawünsche', verurteilt. Wozu es ihn dagegen förmlich treibt, ist jenes Mitmachen beim "Ausharren im Sturm"(Heidegger), in dem der Untergang des Intellektuellen als Monade und seine Resurrektion in einem faschistischen System tatsächlich nicht mehr und auch begründeterweise nicht mehr zu sortieren sind.

10

Wie bereits erwähnt, gelingt den Intellektuellen ihre Wiederauferstehung im Golfkrieg nicht zuletzt dank des Rekurses auf eine innerintellektuelle Vorgeschichte, die sich an den Sinaikrieg 'angehängt' hat und der militärischen Auseinandersetzung am Golf damit faktisch vorausgegangen ist, ja die letztere 'in Gedanken' hundertmal vorweggenommen hat. Waren die Wiedervereinigung und der Zusammenbruch des Staatssozialismus für die Intellektuellen eine ganz gezielte Niederlage, in der sowohl der für ihre Tätigkeit konstitutionelle Vorbehalt gegen eine Großmacht Deutschland für null und nichtig erklärt als auch der im Osten wie immer unzureichend verwirklichte sozialistische Maßstab ihrer demokratischen Kritik vernichtet wurde, so beschert der Golfkrieg ihnen demgegenüber einen entscheidenden Sieg; freilich als Posse.

Wenn man nämlich den Intellektuellen glauben darf, dann kämpft am Golf nicht eine Großmachtallianz gegen den Irak, sondern exakt die winzige tapfere Minderheit, die die proisraelischen deutschen Intellektuellen ihrer eigenen Einschätzung nach und zumal im Kontext einer imaginierten deutschen Linken darstellen. In souveräner Verwechslung des Kriegs, der seit Jahren als Zionismusdebatte unter 'den Linken' tobt, mit jenem, der gute vier Wochen lang am Golf stattgefunden hat, glauben sie nur allzugenau zu wissen, wo sie - im Golfkrieg wohlgemerkt - hingehören, können sie, da sie in der Materie ja zu Hause sind, unbekümmert, ja hemmungslos Partei ergreifen. Daß sie in der Tat ganz Verschiedenes kontaminieren, diese Einsicht wird ihnen gar nicht mal so sehr durch die massive deutsche Vorgeschichte, auch nicht wesentlich durch die Existenz propalästinensischer Sympathien 'auf der Linken', vor allem vielmehr durch ihr eigenes nebulöses Verhältnis zu eben dieser Linken verstellt. Tradition in Deutschland ist es, die Intellektuellen 'auf der Linken' zu wähnen, was möglicherweise ein furchtbares Mißverständnis ist, aber zu unendlichen Debatten und Konflikten Anlaß gibt, die, wenn es jene vorausgesetzte Positionsbestimmung nicht gäbe, gar nicht stattzufinden brauchten. In die Konsequenz dieser ursprünglichen Positionsbestimmung gehört denn auch der Irrtum, daß sich 'auf der Linken' bzw. 'unter den Intellektuellen' sowohl eine propalästinensische als auch eine proisraelische Fraktion feindselig gegenüberstünden, deren Auseinandersetzung von der Bitterkeit des 'intellektuellen' oder 'linken' Bruderkriegs gezeichnet sei.

Eine Konsequenz dieses Irrtums ist der all seiner zur Schau getragenen pluralistischen Vernunft zum Trotz durchaus unsolide Vorwurf: wenn man die proisraelische Fraktion einer irrationalen Haltung zeihe, die ebenfalls sehr einseitige, nämlich über die Existenz Israels sich souverän hinwegsetzende propalästinensische Wahrnehmung der Wirklichkeit aber verschweige, verstoße man selbst gegen das simpelste Gebot der intellektuellen Redlichkeit, nämlich alle Seiten zu sehen. Schließlich gibt es in Deutschland gar keine Linke, in oder auf der man sich gegenüberstehen könnte, sondern allenfalls das gar nicht primär intellektuelle Bestreben, das Fehlen dieser Linken durch Identifikationen mit und halluzinatorische Anleihen bei Dritte-Welt-Ländern wettzumachen, wobei es im Zuge dieser Anstrengungen gelegentlich zu einem wahnhaften staatsmännischen Gehabe kommt, das freilich keinerlei Legitimation für eine ihrerseits staatsmännisch-wahnhafte Konterstrategie bedeutet. Allerdings gibt es - aber da ist das virtuelle Feld der Linken bereits wieder verlassen - Intellektuelle, die berufsmäßig mit der Aufbereitung, das heißt der Rationalisierung, Beschönigung und Legitimation der bestehenden Herrschaftsverhältnisse, primär also mit der Verdrängung ihrer eigenen ökonomischen Grundlagen und Ersetzung ihrer durch ein verständigungsfähiges Geflecht immaterieller Verkehrsformen oder Ideale, beschäftigt sind. So wenig bei ihnen von 'links' überhaupt die Rede sein kann, und natürlich auch dann nicht, wenn sie lautstark bürgerliche Rechte, vornehmlich Minderheitenrechte, einklagen, so wenig kann auf der anderen Seite, da wo die Leerstelle der Linken durch Halluzinationen, infantile Identifikationen sei's mühselig, sei's lautstark überdeckt wird, von Intellektualität die Rede sein. Nicht jeder, der von seinem Verstand einen unsoliden Gebrauch macht, ist darum gleich ein Intellektueller! Nur wer in einem definierten gesellschaftlichen Zusammenhang die gesellschaftliche Sparte 'Intellekt' vertritt, kann sinnvoll als Intellektueller bezeichnet werden. Deutschland stellt aber keineswegs einen gesellschaftlichen Zusammenhang dar, in dem die 'Selbstbestimmungsrechte aller unterdrückten Völker' eine definierte, innerhalb der Spartentätigkeit von Intellektuellen sinnvoll wahrzunehmende Funktion hätten, und diese Funktion ergibt sich auch weder aus dem unleugbaren Vorhandensein von Geschäftsinteressen in Nahost, die von der "Gesellschaft für deutsch-arabische Freundschaft" ideologisch betreut werden, noch aus einem etwaigen Bündnis mit der unübersehbaren Zahl Intellektueller in aufstrebenden Dritte-Welt-Ländern, Schwellenländern, als einem vermeintlichen Bündnis mit dem Land selbst und seinen authochtonen Interessen. Schließlich kämpfen die neuen Intellektuellen ausschließlich für die bürgerlichen Grundrechte und damit für die Etablierung der von ihnen zu verkörpernden bürgerlichen Sparte 'Intellekt' und haben mit dem hierzulande wie immer halluzinativ ausgefochtenen Konflikt zwischen staatserhaltendem Intellektualismus und 'revolutionärem Volkskrieg' gar nichts zu schaffen.

Diese Verwechslung von 'intellektuell' und 'links' ist auch der Grund, warum im scheinbar innerintellektuellen 'Golfkrieg' die Crème der deutschen Intellektuellen, denen die hochbezahlten Seiten der bekanntesten Publikationsorgane zur Verfügung stehen - bzw. die den bekanntesten deutschen Publikationsorganen zur Verfügung stehen -, sich auf eben diesen hochbezahlten Seiten mit dem ehrlichen Pathos einer unterdrückten Minderheit äußern: "Eine Stimme fehlt!" Natürlich sind sie 'auf der Linken' eine Minderheit - aus den mehrfachen, einander absurd überschneidenden Gründen, daß es diese Linke nicht gibt, daß sie aber, wenn es sie gäbe, keineswegs primär intellektuell wäre, daß sie, die Intellektuellen, ihrerseits gar nicht 'zur Linken' gehören, dort deshalb, wenn es sie gäbe, auch gar nicht die Mehrheit sein können. Daß sie zu einer Mehrheit gehören, die ihrerseits keineswegs links, sondern eben die Mehrheit ist, das beeinträchtigt sie in ihrem Minderheitenbewußtsein keineswegs, vielmehr sind sie auch dadurch als Intellektuelle ausgewiesen, daß sie die entscheidenden, nämlich über die Wirklichkeit entscheidenden Kräfte im Kopf vermuten, was ihnen erlaubt, sich selbst, als Intellektuellen, einen hervorragenden, wenn auch einsamen Platz in der Fabrikation gesellschaftlicher Wirklichkeit zuzuweisen. Und dieser Irrtum, diese lächerliche Selbstillusion, geht so weit, daß sie sich zu anderen als Golfkriegszeiten tatsächlich für links halten und, da es ihnen auf der Seite, auf der sie tatsächlich zu Hause sind, erklärlicher Weise an Massen fehlt, für die wahren sei's Statthalter, sei's Erben, in jedem Fall die Verweser von Wahrheit und Gerechtigkeit halten, die Inkarnation geschichtsphilosophischer Eschatologie, Kantische "Geschichtszeichen", auf zwei wackere Beine gestellt und nach Zeilen bezahlt.

Es wird aber, solange die Intellektuellen nicht von diesen beiden Hauptillusionen ihrer Tätigkeit und ihres Standes herunterkommen - der Illusion einerseits, daß der Prozeß gattungsgeschichtlicher Selbstverwirklichung für sie einen hervorragenden Platz reserviere, und jene andere, daß Warenform und Klasseninteresse ihre gesellschaftliche Tätigkeit im Gegensatz zu allen anderen gesellschaftlichen Tätigkeiten von tiefgreifender Entstellung verschone -, es wird also, solange die Intellektuellen von diesen beiden Hauptillusionen ihrer Tätigkeit und ihres Standes nicht herunterkommen, die Möglichkeit eines Bruchs und Frontenwechsels weder der schieren Möglichkeit noch den möglichen neuen Inhalten nach jemals auch nur zu einer Vorstellung, einem Bewußtseinsinhalt und damit zu einem Gegenstand der fortlaufenden reflexiven Bearbeitung und sukzessiven Entscheidung der Intellektuellen werden können. ■

ILSE BINDSEIL

Ilse Bindseil
Marielle und die Revolution
Ein utopischer Schelmenroman
...alles in allem ein schaurig-schönes Beispiel für das Schicksal der Weiblichkeit

215 Seiten / DM 25
ISBN 3-924627-24-X

Ilse Bindseil (Hg.)
Frauen I
Von Theorie bis Anarchie
Ein nicht-feministisches Lesebuch nur von Frauen über exquisit weibliche Lebenszusammenhänge wie: Computerausbildung RAF u.a.

160 Seiten / DM 25
ISBN 3-924627-25-8

Herbst 91

Ilse Bindseil
Elend der Weiblichkeit Zukunft der Frauen
Essays über Frauen und Gesellschaft, Frauen und Literatur, Theoretisches, Biographisches, Autobiographisches

200 Seiten / DM 25
ISBN 3-924627-29-0

Ilse Bindseil, Monika Noll (Hg.)
Frauen II
Polemik, Erfahrung, Kritik
Ein dezidiert nicht-feministisches Projekt, das sich gleichwohl dem "Typen-raus!" Modell verschreibt und Beweis dafür, daß die Frauen einfach alles wollen?

150 Seiten / DM 25
ISBN 3-924627-30-4

Das Chamäleon von Bagdad

Über Saddam Hussein und die irakische Opposition, Israel und den Nahen Osten

Eine Kontroverse

Das folgende Streitgespräch fand während des Golfkrieges statt. Farad gehört der irakischen Opposition an. Die Forderungen dieser Opposition nach einer demokratischen und multikulturellen Gesellschaft wurden in der BRD vollkommen ignoriert. Die westliche Kriegsführung benötigte eine Berechtigung ihres Frontalangriffs auf die irakische Bevölkerung. Deshalb differenzierte sie nicht zwischen Saddam Hussein, der irakischen Regierung und den dort lebenden Menschen. Die irakischen, kurdischen und iranischen Opfer des Baathismus interessierten kaum.

Die Konsequenzen des Golfkrieges tragen die Menschen im Nahen Osten. Die Kurden sind verfolgter denn je und die irakische Bevölkerung wird aufgrund der von den Alliierten vernichteten Infrastruktur noch tausende von Toten zu beklagen haben. Die Lage der Palästinenser verschlechterte sich nicht nur in den besetzten Gebieten und die Rechte in Israel scheint unnachgiebiger als vor dem Krieg. Die deutsche Linke ist zwar befreit von ihrer absurden Angst in den Krieg hineingezogen zu werden, lernte aber trotzdem nichts dazu. Nach Beendigung des Golfkrieges schlägt die dummdreiste Betroffenheit im Falle der Kurden und Palästinenser in blanken Zynismus um, wenn nun zugunsten einer nationalen Selbstbestimmungsbesoffenheit äußere Einmischung abgelehnt wird

Die folgende Kontroverse mit Farad bezieht sich sowohl auf die interne Situation des Iraks, die Voraussetzungen und die Gründe des Krieges, den arabischen Nationalismus, als auch auf die Rolle Israels und die Debatte in der BRD.

Red.: Farad, wir haben uns auf einer Diskussionsveranstaltung zum Golfkrieg mit Karam Khella kennengelernt. Das Merkwürdige an dieser Veranstaltung war ja, daß 200 Antiimperialisten einem Menschen zuhörten, der nichts anderes vertrat - wenn es das denn geben sollte - als eine marxistoide Geschichtsphilosophie auf durchaus völkischer Grundlage. Nicht Menschen oder Klassen seien das Subjekt der Revolution, sondern Völker und nationale Befreiungsbewegungen; woraus dann wohl folgt, daß die Revolution keine sozialistisch-kommunistische sein wird, sondern eine national-soziale, d.h. bürgerlich-autoritäre. Auch wenn es daher, wie Khella sagte, gelegentlich Widersprüche in der "irakischen Völkerfamilie" gebe, dürfe man das nicht überbewerten, zumal jetzt nicht, weil das Opfer des Imperialismus natürlich ein Antiimperialist sein muß. Die Besetzung Kuwaits sei nur die Ausbreitung der Intifada. Du und ein kurdischer Genosse, ihr wart die einzigen, die Khellas völkischer Geschichtsspekulation widersprochen habt, der Rest der Teilnehmer übte sich in unkritischer Solidarität. Kannst Du uns Näheres darüber berichten, wie die irakische Opposition das Regime Saddam Husseins beurteilt?

Farad: Ich gehöre der irakischen Front an, die aus 17 Organisationen besteht und sich bisher einmal, vor kurzem, in Damaskus getroffen hat. Wir fordern das sofortige Ende des Krieges und den Abzug aller ausländischen Truppen aus der Region. Ich bedauere sehr, daß in der bürgerlichen Öffentlichkeit immer die irakische Bevölkerung mit Saddam gleichgesetzt wird und, wie bei Enzensberger, von einer "Todessehnsucht" der Araber gesprochen wird. Das ist typisch eurozentrisch: Verdrängung der Kolonialgeschichte und Unfähigkeit zu der Erkenntnis, daß Gestalten wie Saddam nichts anderes sind als Kreaturen des Imperialismus. Die Opfer der Flächenbombardements zählen ebensowenig wie die Toten des Krieges gegen den Iran. Das sind nützliche Tote, profitable Leichen, gerechtfertigte Kriege. Nur weil Saddam mit dem Imperialismus seit kurzem im Streit liegt, ist er noch lange kein Antiimperialist. Er ist ein Lakai des Imperialismus, und wir, die wir seit Jahren gegen ihn kämpfen, können nur sagen, daß wir seine Niederlage nicht bedauern. Aber diese Niederlage darf nicht mit der Vernichtung der irakischen Bevölkerung verbunden sein. Wenn der US-Imperialismus seinen Agenten Saddam Hussein bestrafen will, weil er seine Rolle ausgespielt hat, und er kein neues Engagement für ihn hat, dann muß er das mit ihm allein ausmachen, aber sich nicht gegen die irakische Bevölkerung richten.

Red.: Was ist er denn dann? Drükken die Massenaufmärsche in Bagdad etwa eine spontane Zustimmung der Bevölkerung zu Saddam aus, wie Khella meint, und stimmt es gar, daß die Solidaritätsadresse der jüdischen Gemeinde von Bagdad an Hussein zwecks Unterstützung der SCUD-Raketen auf Israel beweist, daß die "irakische Völkerfamilie", die Kurden und die Juden inclusive, hinter ihm stehen?

Farad: Auf gar keinen Fall! Saddam Hussein ist ein Feind des irakischen Volkes...

Red.: Volk? Wieso Volk? Warum sprichst du von Volk, und nicht von Nation oder wenigstens, wie Bert Brecht, von Bevölkerung?

Farad: Ein Feind des irakischen Volkes, wie die USA! Es gibt keine irakische Nation, da sich das irakische Volk aus der arabischen und der kurdischen Nationalität zusammensetzt. Allerdings können wir von einer arabischen Nation sprechen - aufgrund einer gemeinsamen Kultur, Sprache und Geschichte. Das ist der Standpunkt des Marxismus-Leninismus. Saddam hat das irakische Volk mindestens ebensosehr in den Krieg getrieben, wie ihn die USA hineingelockt haben. Der "Spiegel" (5/91) hat ja berichtet, wie die US-Botschafterin Saddam geradezu ermuntert hat. Das Regime, das auf der Liquidierung und Unterdrückung jedweder Opposition beruht, braucht den Krieg wie das tägliche Brot. Seit 1979, seit Saddam auch offiziell an der Macht ist, herrscht Krieg, entweder nach außen oder nach innen, mit Giftgas gegen die Kurden und gegen die iranische Armee, mit öffentlichen Hinrichtungen und heimlichen Massenexekutionen von Kurden, Kommunisten und sogar eigenen Parteigenossen. Das begann schon auf dem Parteikongreß der Baath im Juli 1979. Ich habe keine Schwierigkeiten damit, Saddam einen Faschisten zu nennen, wenn auch aus anderen Gründen als Enzensberger, und nicht ohne sogleich hinzuzufügen, daß seine Herrschaftsmethoden mindest ebenso an den Genossen Dschugaschwili, alias Stalin, erinnern wie an Hitler. Wie werden denn diese Demonstrationen organisiert? Die Baath-Partei besitzt ein ausgeklügeltes Blockwartsystem zur Mobilisierung der Massen. Die Teilnahme ist Pflicht. Wer sich entzieht, der bringt sich und seine Familie in Lebensgefahr. Die Leute werden auf der Demonstration genau beobachtet: Wer nicht aus vollem Herzen jubelt, der riskiert allerhand. Es gibt sechs Geheimdienste, von der Stasi mitaufgebaut; einer kümmert sich nur um die Partei, die anderen kontrollieren sich gegenseitig. Saddam ist, wie Ceausescu, der oberste Ideologe der Nation, er weiß alles und kümmert sich um alles, von der Diät bis zur Physik, er ordnet die Lehrpläne der Universität an. Ich würde mich nicht wundern, wenn man nach der Revolution unterm Kopfkissen von Saddam - wie damals bei Frau Ceausescu, der ersten Chemikerin des Volkes, ein Schulbuch - eine Einführung ins Einmaleins finden würde. Das Regime ist totalitär durch und durch, es ist einer der Stellvertreter des Imperialismus in der Region und hat seine Hausaufgaben immer gut gemacht, bis Saddam über die Stränge geschlagen hat und seine Schutzmacht gezwungen hat, ihn abzustrafen. Saddam hat dem Dritten Reich einiges abgeschaut, vor allem die Unterdrückung der Opposition. Aber der Vergleich hinkt letztlich doch, denn ein autoritäres Regime an der Peripherie folgt anderen gesellschaftlichen Gesetzen als die kapitalisierten Gesellschaften der Metropole.

Die Nazis haben den Krieg von langer Hand geplant, eine autarke Rüstungsindustrie geschaffen, die Volksgemeinschaft stand ziemlich geschlossen hinter Hitler - das kann man von Saddam so nicht sagen. Ohne die Hilfe der parlamentarischen Demokratien des Westens hätte Saddam nicht zum "Hitler von Bagdad" werden können. Kuwait zu "befreien", um die Feudalclique der Al-Sabahs, die mit ihrer Opposition auch nicht ziviler umgeht als Saddam, wieder einzusetzen - darin besteht die ganze Verlogenheit der westlichen Demokratien, die mit den Feudalen in Saudi-Arabien und den Handabhakkern in den Emiraten paktieren, weil es ihren Interessen nutzt, und es einem Verbrecher wie Saddam überlassen, wenigstens einen Scheich ins verdiente Exil zu treiben. Saddam bedient auf seine perverse Art die Guillotine der bürgerlichen Revolution, kein Wunder, daß sich der ach so "gewaltfreie" und "zivilisierte" Westen in ihm nicht wiedererkennen mag.

Red.: War der Krieg unvermeidlich? Gab es für den Irak einen ökonomischen Zwang zum Krieg?

Farad: Ein totales Embargo hätte wahrscheinlich genügt. Der Irak ist zu 98% von der Ölausfuhr abhängig. Natürlich hätte das Embargo so angelegt sein müssen, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Medikamenten und Lebensmitteln nicht gefährdet gewesen wäre. Aber jedenfalls: Das Regime hatte sich mit dem Krieg gegen Iran ökonomisch übernommen, und die Annexion Kuwaits war der kürzeste Weg zur Schuldentilgung, zumal sich die Emirate weigerten, ihren treuen Söldner gegen die Ayatollahs weiterhin zu finanzieren. Hier liegt ein weiterer Unterschied zu Hitler: Saddam wollte keinen Dritten Weltkrieg entfesseln, seine Ziele waren begrenzt. Und außerdem: Iraks Wirtschaft ist ganz verstaatlicht, ein Umstand, den die Baath-Partei als "Sozialismus" ausgibt. Es hat allerdings mit Sozialismus nichts zu tun, wenn man gezwungen ist, seine Eier beim Staat zu kaufen. Allerdings wurden in den letzten drei Jahren viele Betriebe an Saddams Familienclan verscherbelt; Saddams Sohn z.B. besitzt jetzt das Monopol auf den Eierhandel. Das Staatsdefizit drückt daher den Bankrott der Wirtschaft direkt aus. Der Krieg kann darüber nur kurzfristig hinwegtäuschen und die nationale Einheit als Notgemeinschaft herstellen. Und auch wenn Saddam nicht damit gerechnet hat, daß die USA in den Krieg ziehen, so kommt ihm der Krieg doch zupaß.

Red.: Stimmt es denn, daß der Krieg seitens des Irak nur eng begrenzte Ziele hat? Die Baath-Partei begreift sich doch als panarabische Partei, ihr Ziel ist es, eine arabische Nation zu begründen. Geht denn im Irak, was sonst nirgends geht: Nationalist zu sein und zugleich Sozialist, was die Baath-

Partei für sich beansprucht? Steht nicht Deiner Ansicht, die Baath-Partei sei, zumindest bis zur Machtübernahme durch den Clan der Takriti, eine laizistische, modernistische, fortschrittliche, kurz und gut: bürgerlich-demokratische Bewegung gewesen, die ideologische Herkunft ihres Begründers, Michel Aflaq, entgegen? Der war doch ein glühender Anhänger der Nazis, hat als junger Mann 1937 in Paris begeistert Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts" gelesen und daran auch immer festgehalten. Und die Broschüre von Saddam Husseins Onkel Tulfah, dem sog. "Lehrer des Volkes", hatte nicht zufällig den Titel: "Drei Dinge, die der liebe Gott besser nicht erschaffen hätte: Perser, Juden und Fliegen". Zwei Fragen also: Kann Nationalismus überhaupt progresiv sein? Und wenn, ist es der der Baath-Partei? Husri, der Theoretiker des Panarabismus, hat doch den Marxismus gerade wegen seines "proletarischen Internationalismus" als neue Variante des Kosmopolitismus kritisiert und als "neuen, sehr gefährlichen Feind" bezeichnet. Und auch wenn der Kampf gegen den Kolonialismus unter dem Banner des Nationalismus stattfand, so diente diese Ideologie doch der Legitimation der größten Verbrechen und Pogrome des 20. Jahrhunderts. Wie kann man da noch Nationalist sein? Nationalismus ist doch nur noch Ausdruck einer Entwicklung, die Robert Musil einmal dahingehend resümiert hat, daß es heute nicht einmal mehr die größten Verbrecher noch wagen, anderen Menschen ohne Philosophie Schaden zuzufügen?

Farad: Für mich ist der Panarabismus eine fortschrittliche Bewegung, da könnt ihr sagen, was ihr wollt. Aber Husri ist nur ein bornierter arabischer Nationalist, der andere Nationalitäten ausgrenzt, kein Wissenschaftler. Im arabischen Raum müssen Demokratien geschaffen werden, die die Interessen der Bevölkerung zum Ausdruck bringen und nicht die des Imperialismus und des IWF. Für mich steht der Panarabismus nicht in Opposition zum proletarischen Internationalismus. Der eigentliche Panarabismus beinhaltet keine Unterdrückung nationaler Minderheiten, während Husri die Minderheiten einfach unter den Tisch kehrt. Der fortschrittliche Panarabismus sieht sich in der Tradition Lenins und seiner Theorie über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Überdies muß man die Geschichte der Baath im Irak genauer betrachten. Vor 1979 war sie, zumindest dem Anspruch nach, sozialistisch, und viele junge Leute haben ihr das geglaubt und dafür in der Partei gearbeitet. Seit 1974, bis zum Verbot der KP 1978, gab es eine "Irakische Front" aus Baath, KP, einer nationalistischen Gruppe und zwei kurdischen Organisationen. Seit Saddams Machtergreifung '79 hat sie sich von einer politischen Organisation zu einer Schutztruppe für den Clan Saddams gemausert. Die Baath ist seitdem keine politische Partei mehr, sondern eine kriminelle Organisation.

Red.: Aber Saddam hat doch den Krieg nicht nur aus konjunkturellen ökonomischen Beweggründen begonnen, sondern auch, um den "zionistischen Erbfeind" zu besiegen? Und nicht nur zu besiegen, sondern zu vernichten! Der arabische Nationalismus muß doch froh sein, daß es Israel, das sog. "Bollwerk des Imperialismus", überhaupt gibt. Ohne diesen Staat, gegen den man stellvertretend für die eigene Unfähigkeit, auf einen grünen Zweig zu kommen, polemisieren, den man angreifen kann, wäre die arabische Nationalidee doch längst bankrott. Und hat nicht das Festhalten an der Nationalidee mit Saddam genau einen jener Charaktere zur Macht gebracht, die Frantz Fanon "Schmalspur-Faschisten" genannt hat? Noch einmal also: Wenn man dich so hört - und da klingst Du wie Karam Khella - , dann war die Androhung, Israel mit Giftgas zu beschießen, "nur" taktisch gemeint und nicht Ausdruck einer Strategie.

Farad: Saddam wollte Israel eigentlich nicht angreifen. Es war ein rein taktisches Manöver, um die arabischen Massen zu gewinnen, es verhält sich dabei genau wie mit der Religion. Was Israel betrifft, bin ich anderer Meinung: Es ist ein Produkt des Imperialismus. Außerdem lebt der Panarabismus keineswegs allein vom Kampf gegen den Zionismus, sondern er richtet sich gegen den Imperialismus und gegen die herrschenden Klassen der Region. Fanons Behauptung ist viel zu allgemein, denn es gibt auch feudale Systeme, die mit Faschismus nichts zu tun haben. Und wie ich schon sagte, halte ich den Panarabismus für eine antikoloniale, antiimperialistische Theorie und Praxis, die allerdings eine fortschrittliche Rolle spielt. Natürlich benutzen die reaktionären Regimes die Palästina-Frage für ihre Zwecke: Wenn es gesellschaftliche Probleme gibt, dann lenkt man die Proteste der Massen gegen Israel. Aber dagegen sind wir, dagegen ist die arabische Linke stets entschieden aufgetreten. Im arabischen Raum gibt es 22 Diktaturen - 21 arabische und eine zionistische.

Red.: Israel - eine Diktatur? Wie kommst Du bloß darauf, die einzige bürgerliche Demokratie des Nahen Ostens, in der - im Unterschied nicht nur zum Irak - die KP legal ist, eine "Diktatur" zu schimpfen?

Farad: Es ist eine rassistische Demokratie, eine Demokratie nur für die Zionisten, denn es gibt auch verfolgte Juden in Israel. Ich akzeptiere, oder eher: respektiere euer Schuldgefühl gegenüber Israel, aber ich kann eure Einstellung nicht gutheißen. Europa hat uns sein Problem aufgedrängt. Vor 1917 hatten wir mit den Juden keine Probleme..

Red.: Und das Massaker von Damaskus 1861?

Farad: Trotzdem: Auschwitz ist ein Problem des europäischen Kapitalismus. Wir Araber hatten kein Auschwitz, warum sollen wir dann die Folgen tragen? Hört auf, Eure Geschichte in Palästina zu bewältigen! Die Araber haben mit den Juden immer in Frieden zusammengelebt. Die Araber sind nicht antisemitisch, nur antizionistisch - das ist ein Unterschied ums Ganze. Der Antisemitismus ist ein Rassismus, er richtet sich sowohl gegen die Juden als auch gegen semitische Araber. Also hat Antisemitismus nicht nur mit dem Holocaust zu tun, sondern ist ein allgemeines weltgeschichtliches Phänomen, vergleichbar mit der Apartheid in Südafrika, während der Antizionismus eine politische Erscheinung ist, die sich auf die Religion beruft und versucht, die antisemitische Politik in Europa auszunutzen.

Red.: Also ist der Antizionismus so wenig antisemitisch wie Michael Kühnens FAP und seine "Antizionistische Aktion"? Deine Behauptung, die Araber könnten keine Antisemiten sein, weil sie selber Semiten wären, ist selbst eine völkische Behauptung. Antisemitismus kann nicht als Form des Rassismus bezeichnet werden - oder gibt es irgendein Beispiel für die Behauptung einer "arabischen Weltverschwörung"? Und außerdem: In Europa ist der Antizionismus - man lese nur Rosenbergs Hetzschrift gegen den "staatsfeindlichen Zionismus" von 1938 - eine Tarnkappe des Antisemitismus; daher taugt Deine Unterscheidung nicht viel und trägt eher zu einer allgemeinen Verwirrung bei, die von interessierten Kräften wie Karam Khella genutzt wird. Hast Du als Sozialist aus dem arabischen Raum, der sich hier in der BRD artikuliert, nicht eine materialistische Verantwortung, die zumindest darin besteht, falsche Bündnise gar nicht erst möglich zu machen? Was ist nun mit Michael Kühnens "Antizionistischer Aktion"?

Farad: Das geht uns nichts an. Natürlich gibt es auch im arabischen Raum einige, die mit dem Nationalsozialismus mehr als nur sympathisieren - wegen seiner Stellung zur "Judenfrage" und wegen dem weltpolitischen Gegensatz Großbritannien - Deutschland. Aber das läßt sich auf gar keinen Fall verallgemeinern.

Red.: Woher kommt diese besondere Schärfe der Polemik gegen den Zionismus, der doch ein genauso ordinärer Nationalismus ist wie der Panarabismus? Auf dieser Ebene ist doch das Problem weder zu stellen noch zu lösen. Auschwitz ist ein Problem der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt und ihrer negativen, zur Barbarei treibenden Tendenz, mehr als nur "das Problem der Deutschen". Auschwitz ist ein weltgeschichtliches Ereignis, ein Zivilisationsbruch, der alle angeht, auch Araber und Moslems. Schließlich haben in der bosnischen SS-Division auch Araber im Auftrag des Mufti von Jerusalem für die "Endlösung" gekämpft. Du stellst die Frage selbst noch in völkischen Kategorien. Außerdem: Wenn wir damit anfangen, mit "historischen Rechten" zu argumentieren, dann gehört Granada in den gerechten Grenzen von 1493 zur arabischen Nation, aber dann gehört Irak in den gerechten Grenzen von 1913 auch zum Osmanischen Reich - und so weiter, und sofort. Ein endloses Morden würde die Konsequenz sein. Warum erkennen denn die arabischen Staaten die Existenz Israels nicht endlich an?

Farad: Israel ist ein Produkt des

Imperialismus. Er priviligiert die Zionisten und diskrimiert die anderen, z.B. die Araber. Israel hat die Atombombe, die anderen Staaten der Region dürfen sie nicht haben - das ist der Unterschied. Die bosnische SS-Division war keine Bewegung, sondern eher Ausdruck einer vereinzelten Strömung. Nicht alle Araber waren für die Nazis. Außerdem muß in Sachen Antizionismus zwischen politischen und rassistischen Beweggründen unterschieden werden. Die arabischen Massen waren nicht antisemitisch, sondern antikolonialistisch und wollten gegen die britische Mandatsherrschaft kämpfen. Die historischen Rechte sind eine Frage des Standpunktes: Wenn auf diese Rechte verzichtet wird, um in Frieden zu leben, dann geht das in Ordnung, aber die Palästinenser sind unterdrückt und kämpfen um ihre Rechte. Es geht um das Überleben eines Volkes. Palästina war nie ein Land ohne Volk, da haben die Zionisten gelogen. Die PLO als Betroffene hat Israel anerkannt und die anderen arabischen Staaten richten sich nach der PLO.

Red.: Israel hat die Atombombe nichts genutzt. Israel, mit einer Bevölkerung von 2,5 Mio., lebt seit seiner Gründung im Kriegszustand mit Staaten, die 250 Mio. Menschen repräsentieren. Diese Gründung erfolgte nicht durch den Imperialismus, sondern durch die UNO - siehe die historische Rede Andrej Gromykos. Die Tragödie ist doch, daß hier zwei Rechte aufeinanderprallen, und daß dieses Dilemma nicht mit nationalistischen Kategorien gelöst werden kann. Dein Internationalismus klingt nach zusammenaddiertem Nationalismus, während er doch globaler Antinationalismus sein müßte. Da hat die Linke das Erbe der bürgerlichen Aufklärung anzutreten und mit den historischen Rechten der Angestammten, die doch nichts verbergen als das Faustrecht der ersten Landnahme, zu brechen. Irgendwo der Erste gewesen zu sein, begründet kein Recht. Die Linke muß sich den Gedanken zueignen, den Immanuel Kant in seiner Schrift "Zum ewigen Frieden" formuliert hat, daß, *"vermöge des Rechts des gemeinschaftlichen Besitzes der Oberfläche der Erde, auf der, als Kugelfläche, sie [die Menschen] sich nichts ins Unendliche zerstreuen können, sondern endlich sich doch neben einander dulden zu müssen, ursprünglich aber niemand an einem Orte der Erde zu sein mehr Recht hat, als der andere"*. Darum haben, im Prinzip, die Juden das gleiche Recht auf Palästina wie die Eskimos, die Georgier oder die Gagausen. Das ist der internationalistische Standpunkt, im genauen Gegensatz zum marxistisch-leninistischen. Und außerdem: Wenn schon "Selbstbestimmungsrecht der Völker" - was an und für sich ein kapitaler Irrsinn ist - , dann doch für Palästinenser *und* Israelis. Der Zionismus ist nichts anderes als der Ausdruck des jüdischen Nationalismus, und ist daher auch nicht anders zu kritisieren als jeder Nationalismus, allerdings nur zu kritisieren vor dem Hintergrund des Antisemitismus und des Bankrotts der Weltrevolution.

Farad: Es gibt einen Unterschied zwischen dem Nationalismus der Unterdrücker und dem der Unterdrückten. Lenin lesen, kann ich da nur empfehlen.

Red.: Das haben die Marxisten-Leninisten immer behauptet, sie haben, wie die KPD, Programme zur "nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes" geschrieben und damit die Arbeiter zu Faschisten erzogen. Derselbe Fehler noch einmal? Du sagst: "Das Volk soll regieren" - aber wer ist schon das Volk? Das Volk sagt, was der Staat, dessen Produkt es ist, ihm eingibt. Du sagst: "Schluß mit der Fremdherrschaft" - aber die eigene Herrschaft ist auch nicht besser.

Farad: Stimmt genau! Deshalb muß die arabische Befreiungsbewegung auch weiterhin kämpfen, wenn sie die Demokratie durchgesetzt haben wird.

Red.: Was Du sagst, das ist doch das leninsche Etappenmodell und die Vorstellung von der notwendig demokratischen Phase und Vorbereitung der sozialistischen Revolution. Aber dies Modell ist von der Geschichte blamiert worden. Es kann nicht mehr darum gehen, die bürgerliche Gesellschaft mit revolutionären Mitteln herzustellen, nicht mehr in der Weltgesellschaft des Kapitals.

Farad: Aber wir müssen uns gewisse demokratische Rechte noch erkämpfen, die in Europa selbstverständlich sind. Im Nahen Osten ist die Ungleichzeitigkeit dermaßen ausgeprägt, daß die arabischen Gesellschaften erst einmal auf das gleiche Niveau gehoben werden müssen. Und was die Theorie betrifft: Eure Sorgen möchte ich haben. Uns geht es um die unmittelbaren Nöte der Menschen. Wenn sich die Genossen einmal im Monat illegal in ihrer Zelle treffen, dann geht es um die Brotrevolte nebenan und um die sanitären Verhältnisse im Quartier, nicht um Theorie.

Red.: Und die Theorie überläßt ihr Gestalten wie Karam Khella?

Farad: Khella mag seine Verdienste haben; er ist ein Theoretiker. Ob seine Theorien jedoch mit der Wirklichkeit der arabischen Befreiungsbewegungen viel zu schaffen haben, das stelle ich zur Diskussion.

Farad: Wer Gestalten wie Karam Khella die Theorie überläßt, der braucht sich nicht zu wundern, daß im Verhältnis der arabischen zur deutschen Linken tiefgehende Mißverständnisse einreißen, die von stalinistischen Dunkelmännern und rechtsextremen Propagandisten ausgenutzt werden. Der "Nahost-Experte" Khella, bei den "Antiimperialisten" ein gern gesehener Gast, ist mit dem Etikett Faschismus schnell bei der Hand, v.a. in Sachen Israel. Da vertritt er Thesen, die nicht mehr von "Pamjat" zu unterscheiden sind. "Kampf dem globalen Zionismus!" - und eine gewisse Sorte Linke dankt es ihm, daß ihr Antisemitismus antiimperialistisch veredelt wird.

Farad: Wir sind nicht verantwortlich für die deutschen Genossen.

Red.: Doch, das seid ihr. Ihr müßt wissen, daß die Nazis hierzulande das "Selbstbestimmungsrecht für Palästina" fordern, daß ihrer Ansicht nach Kuwait für den Irak dasselbe bedeutet wie Schlesien für Deutschland, und daß sie darauf hoffen, daß die PLO das vollendet, was der Führer anfing. Das ist Projektion - aber sie ist, zumal in Deutschland, bis in die Friedensbewegung hinein wirksam. Ihr leistet dieser Projektion Vorschub, wenn ihr Israel als "faschistisch" abstempelt.

Farad: Israel ist so faschistisch wie die arabischen Regimes auch. Deshalb unterstütze ich jede Form von Opposition gegen dieses System, aber nicht gegen die Menschen. Das zionistische System muß bekämpft werden, nicht die Israelis und schon gar nicht die Juden.

Red.: Dann handelt es sich also beim Konflikt zwischen Israel und der arabischen Welt um einen innerfaschistischen Gegensatz? Und da willst Du Dich entscheiden für die bessere Seite? Müßten sich dann nicht progressive Israelis und fortschrittliche Araber gegen Ausbeutung und Herrschft überhaupt verbünden, anstatt sich nationalistisch zu zerfleischen?

Farad: Wir kämpfen gegen alle Diktaturen, seien sie nun arabisch oder zionistisch. Ich möchte doch darauf aufmerksam machen, daß die Palästinenser keine Verantwortung dafür tragen, daß ihr Befreiungskampf im Westen für Zwecke instrumentalisiert wird, die mit ihm nichts zu tun haben. ▩

"Bilanz einer Friedensstiftung"

Die Marxistische Gruppe und die 'Kollektivschuld'

"Wenigstens 100.000 tote Iraker, über 100 tote Amerikaner und Europäer und ein auf Jahrzehnte zerbombtes Land, dem alles zum zivilisierten Leben fehlt, - das ist das Resultat des sechswöchigen Golfkrieges."

Diese Bilanz über den Golfkrieg macht die 'Marxistische Gruppe' auf. Daß von Opfern unter der israelischen Bevölkerung und von den Toten der SCUD-Angriffe nicht die Rede ist, erstaunt nicht: *Die* zu beklagen, das ist die Sache der bürgerlichen *"Israelfreunde"*. Schließlich begreift man sich in der Tradition des parteikommunistischen Deutschland, das ein ebenso unschuldiges Opfer Hitlers war wie die Juden. Auch daß der Golfkrieg unter der Regie der führenden imperialistischen Weltmacht USA gegen ein hilfloses 'Dritte Welt'-Land geführt wurde - dessen treusorgender Regierungschef in dreißig Jahren aus einem vom internationalen Kapital gebeutelten Volk *"ein ordentlich ernährtes, ausgebildetes und medizinisch versorgtes"* gemacht hat -, ist längst fester Bestandteil der rundum erneuerten linksdeutschen Ideologie.

Eigentlich ist alles glasklar: Wer sich den ökonomisch vitalen Interessen und den politischen Benimmregeln der Metropole widersetzt, wird, notfalls militärisch, verwarnt und abgestraft. Die politische Manichäik und strategische Dichotomie des als Anwalt der Entrechteten und Geknechteten sich verstehenden Vulgärmarxismus hat nur einen kleinen Fehler: Fast könnte man "Irak" durch "Vietnam" ersetzen und die omnipotente Theorie problemlos auf den Gegensatz "Erster" versus "Dritte Welt" anwenden. Wäre da nicht Israel, diese 'raumfremde' imperialistische Vorhut im arabischen Raum.

Was bis dahin und seit 1945 von den Deutschen verdrängt werden mußte, das brachte der Krieg wieder zur Sprache: Vier Millionen Juden stellen eine permanente und existentielle Drohung für 200 Millionen Araber dar. Daß die 'MG' als linke Avantgarde nicht wie die Peaceniks, das Objekt ihrer Agitationsgier, auf weiße Bettlaken setzt, will man ihr gerne glauben. Das kommt davon, daß sie weiß, wieviel Scham und welche Reue Regierung und Volk wegen *"Hitlers Judenmord"* empfinden, soviel nämlich, daß sie sich beinhahe zum Handlanger der alliierten und israelischen Mordaktionen gegen unschuldige Araber hat machen lassen. Aber zum Glück leistete die Volksfront aus Avantgardisten und Pazifisten energischen Widerstand.

Der Feind war mächtig. Denn was den Supermächten einmal die *"chinesische Karte"* war, das bedeutet den Deutschen Auschwitz, das die skrupellosen Juden je nach Bedarf ausspielen: *"Jetzt wird aus Hitlers Judenmord ein Argument für eine deutsche Rolle im Krieg gegen Irak."* Wenn die Opfer, trotz aller Qualen unbelehrt, ihre einstigen Peiniger zum Krieg nötigen wollen, dann geht es dies der linken Agitationsindustrie über die Hutschnur: *"Die guten Deutschen wurden sehr moralisch und verspürten plötzlich eine Verantwortung, als hätten sie alle persönlich ein KZ geleitet."* Grundlose Schuldgefühle sind arg, viel ärger aber ist das gewiefte Täuschungsmanöver, mit dem die politischen Statthalter der Opfer die unbedarften und wohlmeinenden Kindeskinder der Mörder hinters Licht führen.: "(Israel) *hat nämlich keineswegs unter Existenzängsten gelitten, sondern ganz im Gegenteil unter dem amerikanischen Verbot, sich mehr und richtig aktiv in den Krieg einzuschalten. Dadurch, daß der Krieg an ihm vorbeigelaufen ist, sieht dieser Staat sich von den Früchten des Sieges ausgeschlossen und in seiner angestammten Rolle als ewige Siegermacht im Orient gefährdet."* Nicht eher werden diese ewigen Sieger von rasse- und blutswegen ruhen und rasten, bis sie die von den Deutschen so schmählich im Stich gelassenen Araber ins Meer getrieben haben. *"In diesem Konflikt mit der Schutzmacht USA ist der israelischen Regierung jeder Partner recht, der ihren Anspruch auf exklusive Sonderbehandlung unterstützt."*

Das also soll der Skandal sein: Was die Nazis den Juden, den, wie die MG sagt, *"ewigen Unruhestiftern"*, aufherrschten, eine *"exklusive Sonderbehandlung"* nämlich, das haben Hitlers Nachkommen den Israelis nicht schon wieder zuzugestehen! ▩

HANS-JÜRGEN OHR

(Alle Zitate aus einem Flugblatt der 'Marxistischen Gruppe' Hamburg vom 13.3.1991)

Dem Antisemitismus angepaßt

Kostproben aus dem agitatorischen Arsenal einer Freiburger Sekte

Wer wissen will, was den Bürger dann bewegt, wenn er nicht unter dem zivilisierenden Druck der veröffentlichten Meinung steht, der erfährt das nicht in Meinungsumfragen oder Wähleranalysen, (und nur sehr indirekt in "Bild" oder im Sportteil der Zeitung), sondern am besten in der Kneipe um die Ecke. Es gibt aber eine weitere Gelegenheit, wenn auch weit weniger unterhaltsame: die Lektüre von Flugblättern, in denen mehr oder weniger begnadete Agitatoren ihre demagogischen Fähigkeiten am konkreten Beispiel schulen.

Was, um als allgemein tolerierbare Meinung gelten zu können, in der Öffentlichkeit nur über komplexe und distanzierende Vermittlungsinstanzen sagbar ist (über die Anpassung seiner Meinung an die Warenform - sei es an die Ware Zeitung, die Ware Politik oder die Ware Auto), drückt sich in den Verlautbarungen der verschiedensten Sekten religiöser oder politischer Natur unmittelbar aus. Denn ein guter Demagoge ist der, der ohne vermittelnde Zwischeninstanzen das, was sein Auditorium denkt und für richtig befindet, unmittelbar ansprechen und zum Ausdruck bringen kann. Das Kunststück eines jeden Demagogen besteht darin, als seine Wahrheit erscheinen zu lassen, was in Wahrheit die Wahrheit seines Publikums ist.[1] Sekten sind deshalb ein hervorragendes Trainingsgelände für zukünftige Aufgaben in der Politik. Der Agitator schult hier die für jeden Politiker unabdingbare Fähigkeit, ganz unabhängig vom gerade Gesagten auf jeden Fall immer das "Richtige" zu sagen, also das, was "ankommt".

In dieser Hinsicht sind die Flugblätter des "Bundes gegen Anpassung" (BgA) aus Freiburg insbesondere zum Golfkrieg sehr aufschlußreich. Die Leute, deren Denken der BgA für sich instrumentalieren will, sind die, die sich von den Staatsparteien "SPCDU" nicht vertreten fühlen und in ihnen "Vasallen der USA" sehen. Daher werben sie auch ganz offen um die noch von Schönhuber begeisterten Rechten - obwohl (oder gerade weil) sie sich in der antiimperialistischen Tradition der Linken sehen. Die historischen Bilder jedenfalls, mit denen sie ihre Phrasen illustrieren, stammen meist aus dem Arsenal der Geschichte der Linken.

Die Stereotypen, mit denen Demagogen arbeiten, tauchen beim BgA alle auf: Die Personalisierung geschichtlicher Prozesse, die Reduktion staatlichen Handelns auf menschliche Motive (die Rachegelüste Bushs, die Wahrung der Würde seitens Husseins) und die Einordnung beliebiger empirischer Daten in ein einfaches Schema, das eine klare Trennung von Angreifer und Verteidiger, legitimen Widerstand und illegitimer Repression erlaubt (wobei die nationale Unabhängigkeit der Deutschen das unbedingte Maß aller Dinge abgibt und der Widerstand gegen den Imperialismus insbesondere der USA, wie immer motiviert, prinzipiell gerecht ist); ein klar definiertes Feindbild (neben den USA die staatstragenden Parteien und hier vor allem die Grünen); eine drastische, bildhafte, sich diskursiv wiederholende, immer unmittelbar auf Personen beziehende Ausdrucksweise sowie die Selbstdarstellung als unschuldig und gnadenlos von den herrschenden Mächten Verfolgte. Alle, die nicht die gleiche Wahrheit wahrhaben wollen, werden als Dummköpfe dargestellt (dazu zählen die Pressefritzen und die Lehrer, womit die intellektuellen Vasallen der staatstragenden Parteien angesprochen werden und die charakteristische Intellektuellenfeindlichkeit solcher Sekten eingeholt wird), und es werden Lehren aus der Geschichte des Kampfes gegen den allgegenwärtigen, übermächtigen und nur mithilfe der Erkenntnisse des Demagogen besiegbaren Gegners gezogen: "Wenn man gegen die USA bestehen will, muß man stärker sein als der Irak. Wir denken hier an die demokratischen Vereinigten Staaten von Europa."(Flugbatt vom 22.2.91: "Frieden statt US-Diktat")

Die Evidenzen des BgA, in denen sich die Gemeinsamkeiten ausdrücken sollen, die der Agitator mit seinem Publikum - nach der Methode des trial and error - herstellen will, sind:

- Egal, welchen Dreck Hussein am Stecken hat, "Würde und Rückgrat" zumindest hat er.
- Die Raketenangriffe auf Israel waren eine legitime Kriegslist, eine Gewalt, die sich nur gegen Sachen richtete.
- Gegen den Vergleich Husseins mit Hitler wird Bush mit Hitler gleichgesetzt, und Hussein als Bismarck der arabischen Nation gefeiert.
- Faschistisch sind eher die USA - auf jeden Fall nicht der kleine Irak.
- Hussein ist ein Mann, der, bezogen auf Kuwait, weiter nichts getan hat, als einen vorsintflutlichen Scheich in die Wüste zu schicken und der außerdem in seinem Land mit einigen besonders reaktionären Elementen aus der islamischen Tradition aufgeräumte.
- Die Bundesregierung erweist sich darin, daß sie dem Imperialismus erlaubt, von *unserem* Boden aus Krieg zu führen und den Amerikanern *unsere* Steuergelder hinterherwirft, als Vasall eines Kriegstreibers.
- Meinungsfreiheit hat uneingeschränkt zu gelten, auch für Faschisten. Jede Störung der freien Meinungsäußerung ist illegitim.
- Gewaltlosigkeit ist dem BgA ebenfalls uneingeschränkt geltende Prämisse: Gewalt wird deshalb immer nur gegen den BgA ausgeübt - und gegen die, die dem amerikanischen Imperialismus die Vasallentreue verweigern.
- Wenn die "Republikaner" auch oft verkehrt denken: Sie lassen sich wenigstens nicht einschüchtern und verweigern sich der Fremdbestimmung durch die USA.
- Das Asylrecht des Grundgesetzes ist zwar vernünftig - man muß allerdings dafür sorgen, daß die Asylanten zuhause bleiben.
- Die Judenvernichtung ist zwar eine historische Tatsache. Aber Israel hätte schließlich auch - und mit besserem Recht - im Rheinland, statt in Palästina gegründet werden können. (Wo Israel nun einmal existiert, sollte man es allerdings auch bestehen lassen.)
- Eine 'Kollektivschuld' gibt es grundsätzlich nicht. Die Ursache des Dritten Reichs war die Vasallentreue der Bürger - die gleiche Vasallentreue, die heute die "Staatsparteien" gegenüber den USA an den Tag legen. Wer gegen Vasallentum ist, sich ihm nicht "anpaßt", der kann sich auch nicht schuldig machen.
- Die staatstragenden Parteien setzen ihre ganze Energie darein, die Wahrheit vor der Öffentlichkeit zu vertuschen. Deshalb müssen sie den BgA (und andere Unbeugsame: etwa die "Republikaner") so gnadenlos verfolgen.
- Insoweit dem BgA von den Vasallen der US-Regierung die hanebüchensten Sachen unterstellt werden, handeln diese, als ob sie im BgA einem Repräsentanten der "jüdisch-zionistische Weltverschwörung" vor sich hätten: Die wahren Antisemiten sind deshalb nicht die, gegen die der Vorwurf des Antisemitismus erhoben wird, sondern die, die den BgA verfolgen.

Wer diese Phrasen ernsthaft diskutiert, ist dem BgA schon auf den Leim gegangen. Man könnte sie jedoch als Testfragen im Sinne von Pohrts Versuch verwenden, die Denkweisen des heutigen Deutschen zu bestimmen. Demgemäß wäre der, der auch nur einer dieser "Thesen" spontan zustimmt (etwa in dem Sinne: "Wo sie recht haben, haben sie recht") darauf zu verpflichten, auf diese Zustimmung zu reflektieren. Geht ihm das zutiefst Absurde dieser intuitiven Zustimmung auch dann noch nicht auf - oder ist er gar zu dieser Reflexion von vornherein nicht fähig - dann hat er seine Beitrittserklärung dem BgA im Grunde schon zugeschickt.

Ist der BgA antisemitisch? Wenn Antisemit nur der wäre, der einen jüdischen Grabstein höchstselbst schändet und sich an Pogromen beteiligt, dann wohl nicht, und dann gibt es, das auch ist die Meinung der deutschen Nation von rechts bis ganz links, in der Tat nur wenige Antisemiten in der BRD (und Antisemitismus, so definiert, gibt es dann überhaupt nicht). Doch sowohl für diesen Konsens und erst recht bei solchen Sekten wie dem BgA gilt der Grundsatz, daß die an den Tag gelegten Überzeugungen beliebig austauschbar sind; wenn es opportun ist, den revoltierenden Kleinbürger mit Grabschändungen zu beeindrucken, dann kann auch das problemlos gerechtfertigt (oder dem zumindest "Verständnis" entgegen gebracht) werden.

Antisemitismus jedoch ist weder eine Frage der persönlichen Beteiligung an antisemitischen Aktionen noch eine bloße Definitionsfrage, sondern ist eine vom verstandesgemäßen Denken abgelöste Welt-Anschauung, ist eine unreflektierte Form der Einbindung allgemein für wahr gehaltener Abstraktionen in eine politische Strategie, die die komplizierten, in sich vielfach vermittelten Phänome der bürgerlichen Welt auf das einfache Schema Freund - Feind, gut - böse, Anpassung - Widerstand etc. reduziert. Das Konkrete, das Gute, das "Eigene", zum Selbst Gehörende steht gegen das Abstrakte, Schlechte, Andersartige und Fremde. Dies Abstrakte beherrscht das Konkrete, bedroht den Frieden: Dagegen hilft nur aufrechter Gang, das Aussprechen der einfachen Wahrheit, daß dem Feind Widerstand geleistet werden muß.

Der "Bund gegen Anpassung" sieht das abstrakte Prinzip des Bösen (zur Zeit) nicht im Juden oder im Zionismus, sondern im Imperialismus der USA verkörpert, der "Republikaner" (zur Zeit noch) im Ausländer und Asylanten, der Ökolibertäre im Bankenwesen und der Ökologe in der "Industriegesellschaft"; der Kritiker des staatsmonopolistischen Kapitalismus in den Konzernen. Einig sind sie sich darin, daß Deutschland endlich von seiner "Vasallentreue" zu den Vereinigten Staaten befreit gehört. Einig sind sie sich darin, daß die Amerikaner, die Deutschen erst recht, am Golf nichts verloren haben. Und einig sind sie sich darin, daß Israel selbst schuld ist. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis sie sich auch auf ein gemeisames Feindbild verständigt und den Demagogen ausfindig gemacht haben, der das Rennen machen und Deutschland endlich vom Bösen befreien wird. ■

MANFRED DAHLMANN

1 Die Bezeichnung "Sekte" für solche Gruppen ist dann irreführend, wenn darunter bloß "abseitiges" oder von der Mehrheitsmeinung nicht geteiltes Denken verstanden wird und nicht vielmehr auch "öffentlich - *noch* - nicht toleriertes" Denken.

Mit "Emma" an die Front

Alice Schwarzer holt im Editorial ihres "Magazin von Frauen für Frauen" (März 91) ziemlich weit aus und trifft genau die Erwartungen ihrer halbgebildeten und also linksliberalen weiblichen Öffentlichkeit. Einerseits unterscheidet sich ihr Beitrag wohltuend von einigen vulgärfeministischen Flugblättern, die im Golfkrieg eine weltweite Verschwörung des Patriarchats gegen 'Frauen und Lesben' sahen, andererseits stilisiert Alice Schwarzer das weibliche Geschlecht an sich zum Opfer des Krieges. Denn *"seit dem 17. Januar 1991 befinden wir uns im 3. Weltkrieg ... "*. Ein Weltkrieg betrifft alle, überall. Und da "die pathologisch - patriarchalische Weltordnung" nur mörderisch funktionieren kann, hat man den Täter schon am Schlafittchen. Das Patriarchat hat diesmal die Ehre, nicht durch Rambo, sondern durch "storming Norman" verkörpert zu werden, den schon als Zehnjährigen Allmachtsphantasien plagten, der sie heute in Männergewalt auslebt und sich eine potente neue Weltordnung zurechtbombt. Für Alice Schwarzer hat Gewalt nur ein Geschlecht, Krieg ist Mutprobe und Beweis für Männlichkeit. "Alltäglich feiert der Männlichkeitswahn 24 Stunden Orgien". (Weibliche GI's kommen nicht vor, brechen dann aber Seite 19 mit dem Schlachtruf "Eine geht nicht hin!" aus dem Hinterhalt und begehen KDV, als erste Stephanie R. Atkinson). Alice meint, es gebe keinen gerechten Krieg, nur ungerechtfertigtes Leid. Aber auch gelitten wird hierarchisch, zuerst die "Cowboys gegen die Moslembrüder, dann die Moslembrüder gegen die Frauen." Gewalt ist männlich, imperialistisch und richtet sich gegen Schwächere; die Schwächsten der Schwachen sind natürlich die Frauen. Von Radikalfeministinnen schon aus der Vernunft ausgeschlossen, da der Logos selbstverständlich ein phallozentristisches Konstrukt eurozentristischer Patriarchen darstellt, können Frauen Gewalt natürlich nur erleiden und bedauerlicherweise nicht auch selbst ausüben. Alice Schwarzer reiht sich unter den Pazifisten ein, die das emanzipatorische Moment sozialrevolutionärer Gewalt auch nicht wahrhaben wollen, die dem Staat das Gewaltmonopol zubilligen, bevor sie es ihm auch nur bestritten haben.

Die Frauen sind also die Opfer des Krieges und der Männerkrankheit Gewalt. Enzensbergers chauvinistischer Jammer über den Menschen an und für sich wird von A. Schwarzer neu vertont und klingt nun ganz nach Bettina Wegener. Aber im Fall Israel wird selbst der sonst so unhintergehbare Geschlechterkampf einen Moment zurückgestellt. *"Wir Deutsche sind in bezug auf Israel Täter, die Araber sind Israels Opfer. Sie waren es, die einen Teil ihres Landes räumen mußten für die vor dem weltweiten Antisemitismus flüchtenden Juden."* Aus diese schönen Konstruktion von wegen 'Opfer der Opfer' läßt sich allerhand ableiten. Zuerst einmal wird "den Arabern" zugemutet, die Arbeit zu Ende zu bringen, mit der die Deutschen angefangen haben. Sodann identifiziert sich Alice Schwarzer, als Deutsche natürlich, mit den Opfern der Israelis und bereitet derart ihren eigenen Freispruch 'als Deutsche' vor. Wir, 'als Deutsche', sind nicht länger verantwortlich, wir sind auf Seiten der Opfer. Die globale Verbreitung relativiert die Einzigartigkeit des Nationalsozialismus. Aber natürlich ist all das ja nicht so gemeint ...

Alices Behauptung, daß bestimmte Intellektuelle viel zu wenig über sich selbstkritisch reflektieren, stimmt allerdings - und genau das ist der Fall Schwarzer. Enzensberger und Biermann in einen Topf zu werfen, das ist herzergreifend pauschal. Die Barrikade steht, es gibt nur noch die Gelegenheit, schnell die Seite zu wählen. Biermanns Eintreten für Israel wird von Alice auf seine unmittelbare Betroffenheit reduziert. Betroffen war er zwar, aber nicht aus rassischen Gründen, wie Alice es ihm unterstellte, sondern wie üblich aus persönlichen. Als beruflicher Autist freute er sich wieder einmal über eine Gelegenheit, seinen Kummer loszuwerden. Aber für den 'Judenstaat' engagiert sich nur, wer selber einer ist, lautet Alices Devise. *"Und in der 'Zeit' durfte Wolf Biermann über zwei Seiten (und unter Berufung auf seinen jüdischen Vater) die Todesstrafe fordern für Kriegsverbrecher."* Biermann, der sentimentale Arbeiterbewegungsmarxist, hat gefälligst aus Gründen der 'Blutsverwandtschaft' zum fanatischen Kriegstreiber zu entarten. Es geht über Alices Horizont, daß einer die Bedrohung Israels im historischen Kontext wahrnehmen will. Um diese Bedrohung endlich zum Thema einer halb desolaten, halb schon völkischen Linken werden zu lassen, bedurfte es eines veritablen Krieges. Und daß diese Bedrohung unter linken Feuilletonisten zur Legitimation herhalten mußte, sich endgültig auf die Seite von Herrschaft zu schlagen, beweist noch lange nicht, daß sie nicht besteht.

Aber Alice streunt unverzagt und verwegen weiter durchs deutsche Wunderland. Sie schreckt nicht einmal davor zurück, im Nachhinein Ratschläge zu verabreichen, wie Israel so recht vernünftig und human hätte begründet werden können. Es wäre nämlich darauf angekommen, den Staat Israel *"auf die Koexistenz mit den dort lebenden Arabern aufzubauen."* Eine Staatsgründung, die Errichtung eines Gewaltmonopols hält Alice eigentlich für das reinste Deckchensticken. Natürlich war die Vertreibung der Araber aus Palästina ein Unrecht. Aber unterschlagen wird, daß sie keineswegs aus einem Garten Eden vertrieben wurden, sondern ihr Dasein unter Bedingungen feudaler Abhängigkeit fristeten. Und natürlich ging es den dort heimisch werdenden Juden keinesfalls um die Befreiung der Araber aus dieser Abhängigkeit. Und trotzdem wurde Israel nicht bloß die Avantgarde des Westens im Nahen Osten und dessen Spielball, sondern die erste bürgerliche Gesellschaft in der sogenannten 'Dritten Welt'. Man merkt förmlich, wie Alice mit Ströbele aufatmet, daß, *"sollte die Existenz Israels eines Tages wirklich gefährdet sein - was schrecklich wäre! - , das vor allem diesen Falken, den Schamirs, den Bushs und den Schwartzkopfs zu verdanken wäre"*. Und so,in diesem Tonfall, geht es weiter. Alice, endlich des Widerspruchs müde, entscheidet sich für den 'Vorposten' und den 'Brükkenkopf', will die direkte Bedrohung nicht wahrhaben, entrüstet sich über Israels Rüstung im Namen eines "bigotten Prosemitismus". Denn wenn einige "überheblich - rassistischen Westler" schon Bushs Propaganda unreflektiert nachbeten und Israel für gefährdeter halten als die Moslembrüder und die Frauen, dann muß A. Schwarzer natürlich der Ansicht sein, daß Israel, sollte es wieder einmal bedroht werden, selbst schuld ist. Man hätte sich dort gefälligst andere Beschützer suchen können als martialische Kriegshetzer.

Unter den "großen Strömungen der Menschenverachtung", dem Rassismus und dem Sexismus, findet Antisemitismus nicht statt. Das würde das Freund-

Feind - und also das Mann-Frau - Weltbild durcheinanderbringen und frau zur Ohnmacht verdammen. So bleibt Alice lieber im Wunderland, bleibt eindeutig und scheidet gute von bösen Deutschen. Die guten sind die Jungs, Buben, Männer, und erst recht die Frauen, die, wie weiland Thomas Mann, aus Trümmern auferstehn und die Weltgeschichte dem "68er Establishment überlassen". Jungs und Mädels sind die Antipoden, um die die Geschichten gefälligst zu kreisen hat. "Vor allem die Jungen (inklusive unserer so sympathisch 'unmännlichen' Soldaten!) und die Frauen wollen diesen Krieg nicht! Sie erteilen den martialischen Kriegshetzer der Konservativen und den intellektuellen Winkelzügen des 68er Establishments eine klare moralische Absage. Denn für sie, für uns gibt es keinen gerechten Krieg! Es gibt nur ungerechtfertigtes Leid!" Aber sowenig die berühmte Arbeiterklasse ein 'objektives Interesse' hat, den Kapitalismus zu beseitigen, so wenig sind Frauen per se antimilitaristisch. Aus dieser Misere helfen auch der larmoyante Appell an die Gleichheit der Menschen und der Aufruf zum gemeinsamen Kampf gegen Sexismus und Rassismus nicht heraus. Wenn eine von der Weltgeschichte derart überrannt wird, dann entpuppt sich der vorgebliche Emanzipationskampf als Unternehmung zur Apologie des deutschen Mädels.

Und so weiter, und so fort. In der April-"Emma" redet Alice Schwarzer dann Klartext und geht auf die Suche nach den großen Müttern. Das Geschlecht des Pazifismus ist weiblich, die Antirasse der Militaristen männlich. Wo Frauen Märchen raunen, wird ewiger Friede: *"Wo geredet wird, wird nicht gemordet"*, meinte die Frauenaktion Schehezerade und mobilisierte zur weiblichen Volksfront. Abgründe tun sich auf, kaum hat Alice dem Geschlecht des Lebens geopfert und abermals die Linke beklagt. Wer die Kategorien Geschlecht und Klasse soziologisch einsetzt und daraus allgemeine menschliche und soziale Verhaltensweisen ableitet, die in jeder historischen Situation gültig sein sollen, gelangt irgendwann einmal in die Sackgasse von Rasse und Volk. Biermann, dessen Solidarität mit Israel A. Schwarzer bereits ahnenkundlich erklärt hatte, war nur der Anfang vom feministischen Ende. Das Ressentiment gibt sich mit einer Enthüllung in Sachen Mischpoke noch lange nicht zufrieden. Jetzt muß Wolfgang Pohrt dran glauben, weil er sich in "konkret" einmal ein Stück jener Betroffenheitsliteratur von der Seele geschrieben hat, mit der "Emma" schon ganze Jahrgänge füllte.

Seit Jahren als 'kritischer Kritiker' in der Friedensbewegung verfemt, ist Pohrt, das freischwebende Argusauge, natürlich *die* Provokation für die völkische Beschwörung des mütterlichen Ahnenerbes. Wer derart abgehobenes und dem Volk der Frauen schlechthin bodenlos abstrus anmutendes Zeug erzählt wie Pohrt, der muß noch andere als intellektuelle Gründe haben und schlimmere als bloß Eitelkeit oder Zeilenhonorar. Mit schlafwandlerischer Sicherheit meint Alice Schwarzer, hinter den Masken der 'kritischen Kritik' und der nörgelnden Selbstsucht den Erbfeind zu erkennen. Pohrt, so schreibt die erste Feministin des Vaterlandes, beziehe all seinen "Haß" und seine "Verachtung" der Friedensbewegung aus seinem von der Schwarzer schlankweg erkannten "Judesein".

Wer darauf besteht, daß die Bedrohung Israels alles andere ist als bloße Rhetorik von panarabischen Märchenonkeln, der muß zur Sippschaft gehören, auch wenn er sich noch so geschickt und zu Tarnungszwecken auf Vernunftgründe beruft. Ist Pohrt der Schwarzer ein "Rassejude" oder "bloß" ein "weißer Jude"? Gehört er also einer Sorte Mensch an, den die SS-Zeitung "Das Schwarze Korps" in ihrer Ausgabe vom 15. Juli 1937 einmal so definierte: *"Nicht der Rassejude an sich ist uns gefährlich gewesen, sonden der Geist, den er verbreitete. Und ist der Träger dieses Geistes nicht Jude, sondern Deutscher, so muß er uns doppelt bekämpfenswert sein als der Rassejude, der den Ursprung seines Geistes nicht verbergen kann. Der Volksmund hat für solche Bazillenträger die Bezeichnung 'weißer Jude' geprägt, die überaus treffend ist, weil sie den Begriff des Juden über das Rassische hinaus erweitert"?*

Wenn es Pohrt sauer aufstößt, *"daß in Israel Auschwitzüberlebende mit der Gasmaske nachts unter Sirenenalarm in den Schutzraum flüchten müssen, während die Kinder und Enkel der Massenmörder von einst hier genüßlich über das Verhältnis von erster und vierter Welt räsonnieren"* ('Konkret' 3/91, S.14), dann wird sie schon wissen, warum. Man muß eben Jude sein oder vom jüdischen Geist der Zersetzung und Abstraktion befallen, wenn man die deutsche Friedensbewegung kritisiert. Wer sich um Israel sorgt - und sei es auch der von A. Schwarzer als "Nicht - Jude" rubrifizierte Hermann L. Gremliza - , der hat's im Blut. Woher weiß Alice Schwarzer das bloß alles, warum interessiert sie das denn so?

Aber noch nicht genug, noch immer nicht. Denn A. Schwarzer hat, wie jeder ihres Schlages, gute Juden in der Hinterhand, die ihr Urteil bestätigen. Es sind ihr *"durchaus (!) jüdische DenkerInnen in der Tradition des Humanismus und Universalismus"* bekannt, denen sogar *"die übereifrigen Prosemiten zustimmen könnten"*. Kaum zu glauben, daß im Volke Israel und unter Juden Meinungsverschiedenheiten wie unter Menschen und Deutschen bestehen sollen, obwohl doch sogar israelische Feministinnen den 'Patriots' keineswegs abgeneigt waren. *"Übereifrige Prosemiten"* - das müssen Leute sein, die von ihrer Kollektivschuld so verblendet sind, daß sie des Guten zuviel tun, daß sie sich päpstlicher als der Papst und jüdischer als die Israelis aufführen. "Übereifrig", weil sie noch rachsüchtiger sind als der sog. 'Staat des alten Testaments'? "Übereifrig", weil sie nicht wissen, daß man es denen doch nie und nimmer wird recht machen können?

Wo der Gegensatz zum Antisemitismus nicht mehr im Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft bestehen soll, sondern im "Prosemitismus", wo Gesellschaft in völkischen Kategorien abgehandelt wird, da kommen Pohrt und Gremliza gerade recht. Wenn es 'konkret' nicht gäbe, "Emma" würde das Blatt schon lange erfunden haben. So recht identisch kann frau erst durch "Haß" und "Verachtung" werden. Durch den "Haß" und die "Verachtung" der krittelnden Kritik hindurch erst wird frau ganz sie selbst. *"Relativ gesehen machen wir Deutschen Fortschritte. Frauen wie Männer. Und das ist der Grund, warum ich in den letzten Wochen zum ersten Mal in meinem Leben stolz war, Deutsche zu sein."* Denn nur wer zur deutschen Volksgemeinschaft gehört, so Alice Schwarzers Schlußwort in dieser Angelegenheit, kann "das pathologische Patriarchat" am Golf und anderswo kritisieren und bekämpfen. - Fortsetzung folgt! ■

ELFI MÜLLER

Irak - Gate

Der große Friede mit den Tätern

Ungefähr eine Woche nach Beginn des Golfkrieges entwickelte sich in der Friedensbewegung etwas, das nach vernünftiger Radikalisierung aussah: Aus dem diffusen Begehren um "ein bißchen Frieden" und aus der unspezifischen Generalklage gegen "den Westen" und seine Führungsmacht schien sich eine Kritik herauszukristallisieren, die die Eigeninteressen des deutschen Imperialismus thematisierte. "Der Tod ist ein Meister aus Deutschland" wurde für einen Moment zur populären Parole, die besagen sollte, daß die BRD dem Irak zwar nicht mehr, aber immerhin gefährlichere Waffen geliefert hatte als die Konkurrenz. Schon gab es die ersten Blockaden gegen Lieferanten wie MBB, Daimler und Blohm&Voss, und es schien ganz so, als würde die Kritik der Alliierten am bundesdeutschen Sonderweg im Fall "Irak - Gate" diesen Trend bestärken. Dem mußte, mögen die Meinungsmacher sich gesagt haben, dringend vorgebaut werden, damit die Demonstranten Paul Celan nicht doch noch wörtlich nähmen und ihre Schlüsse vom deutschen Giftgas von heute auf das Zyklon B von damals zögen.

Die öffentliche Seelsorge der Medien gipfelte in der Schlagzeile, die "BILD" am 26.Januar druckte: "Die Mörder sind unter uns". So wurde all denen, die über die Geschäfte mit Saddam Hussein beunruhigt und empört waren, zu verstehen gegeben, daß das ganze Volk Anteil nahm und sie mit ihren Gefühlen nicht allein ließ. Aber nichts anders hatten die cleveren Schlagzeilentexter mit Hilfe der bekannten Entnazifizierungsparole von Wolfgang Staudte vorbereitet als die Abwicklung des Problems nach dem alten Muster: Die Großen läßt man laufen, ein paar Kleine werden exemplarisch bestraft - und danach geht alles seinen gewohnten Gang.

DAIMLER-BENZ: "UNGLAUBLICHE UNTERSTELLUNGEN"

Liest man jedoch den kurzatmigen Enthüllungsjournalismus über die deutsche Außenwirtschaft gegen den Strich, dann stellt sich die Bonn-Bagdad-Connection als wesentlich dramatischer dar, als die Aufrufe der Friedensbewegung dies vermuten lassen. Es ging nämlich nicht um schmutziges Geld, sondern um wohlkalkulierte Politik; nicht bloß um Waffenexporte zum einseitigen Vorteil des Diktators, sondern um eine gemeinsame Waffenentwicklung zu beiderseitigem Nutzen; nicht um "schwarze Schafe" oder Briefkastenfirmen, sondern um staatliche Großkonzerne. "Militärisch-industrieller Komplex" würde die RAF diesen Zusammenhang nennen, und das wäre zwar etwas grob und holzschnittartig, aber keineswegs falsch. Aber leider beschäftigt sich die RAF nicht damit, sondern überläßt die notwendige Aufklärungsarbeit dem Mossad ...

Am deutlichsten wird die Achse Bonn - Bagdad am Beispiel von Daimler-Benz, dem Flaggschiff der deutschen Wirtschaft, dessen symbiotisches Verhältnis zur Deutschen Bank und zu den ökonomischen Staatsapparaten spätestens seit den großangelegten Fusionen mit AEG, Dornier und MB in den achtziger Jahren offenkundig ist.

"Ich hoffe, Sie beten genausoviel für den Frieden wie ich", entgegnete Daimler-Sprecher Kleinert kurz nach Kriegsausbruch kritischen Fragern besänftigend. Ungemütlich und scharf wurde er, als nach dem Beitrag von Daimler-Benz zur Aufrüstung Saddams gefragt wurde - schon die Frage sei "eine unglaubliche Unterstellung". Derlei rhetorische Vorwärtsverteidigung hat sich seit dem 14.März gründlich blamiert. In einer Großrazzia durchsuchten 100 Kriminalbeamte die Konzernzentrale und Privatwohnungen 'leitender Angestellter'. So wurde verhindert, daß der kurz danach erscheinende 'Spiegel' die bundesdeutsche Justiz kalt erwischte und ohne weiteres der Komplizenschaft mit Todeslieferanten hätte bezichtigen können. Ein Anonymus hatte, wohl in genauer Kenntnis dieser Kumpanei, sein Insiderwissen über die Außenpolitik des Rüstungsriesen nicht nur dem Zoll, sondern auch dem Hamburger Nachrichtenmagazin mitgeteilt. Das Dossier zeichnet ein "Sittengemälde über Daimler-Benz", dessen pikantestes Detail von insgesamt 26 Tiefladern handelt, die dem Irak im Juli 1990 geliefert wurden. Diese Transporter, zum Teil vom Daimler-Partner Marrel umgerüstet, ergäben, so die Staatsanwaltschaft, "ein gefährliches Kriegsgerät" - nämlich eine mobile Abschußrampe für SCUD-Raketen. Sodann war von weiteren konspirativ durchgeführten Rüstungsexporten in den Nahen Osten die Rede und davon, daß ein Vorstandsmitglied

die "Schmutzarbeit", d.h. "das Einkassieren von Provisionen aus dem illegalen Rüstungsexport" organisierte. Die entsprechenden Unterlagen allerdings fanden sich nicht in der Konzernzentrale, sondern in mehreren als Privatwohnungen getarnten Außendepots. Eines davon hatte ein irakischer Staatsbürger angemietet, "vermutlich im Auftrag der Daimler-Manager", so der 'Spiegel'.

Die technologisch wichtigere Zuarbeit zur irakischen Raketenproduktion lief jedoch nicht über die Stuttgarter, sondern über die Münchner Filiale von Daimler-Benz: Messerschmitt-Bölkow-Blohm. MBB war im irakischen Raketenzentrum Mossul für die "main technology" zuständig und war, sogar nach der eher beschwichtigenden Aussage von Bundesminister Haussmann, der "wichtigste Unterlieferant". Mehr noch: MBB hatte, auf Vermittlung des Pershing-II-Fans Helmut Schmidt hin, mit Argentinien die Mittelstreckenrakete Condor entwickelt. Nach siebenjähriger Kooperation und etlichen Demarchen der CIA stieg MBB 1985 schließlich aus - gleichwohl wurde das Projekt mittels der Briefkastenfirma Consen fortgeführt. Condor-Fabriken entstanden schließlich auch in Ägypten und im Irak. Zwar waren diese neumodische V2 bei Kriegsbeginn noch nicht einsatzreif, aber eine "Fitneßkur für SCUD-B", so der 'Spiegel', sprang allemal dabei heraus.

BUNDESREGIERUNG: GEGEN "RÜSTUNGSDISKRIMINIERUNG"

Der bundesdeutsche Staat hat bei der Raketenkooperation sein strategisches Interesse genau im Auge und verfolgt es konsequent. Nach dem 2.Weltkrieg war den Deutschen die Herstellung besonders brisanter Waffensysteme verboten worden. Nie wieder sollten deutsche "Wunderwaffen" die Nachbarstaaten bedrohen können, deshalb wurde der Adenauer-Regierung in den WEU-Verträgen 1954 der Verzicht der BRD auf ABC-Waffen und Fernraketen auferlegt. Exakt dreißig Jahre danach hat die zur europäischen Führungsmacht aufgestiegene BRD die Rücknahme des Raketenverbots erreicht.

Daß es dabei nicht nur um den platonischen Abbau sogenannter "Rüstungsdiskriminierungen" ging, wie die Bundesregierung behauptete, sondern um handfeste Absichten und konkrete Projekte, das vermutete damals selbst die SPD-Opposition. Ihr Antrag an den Bundestag, die Entwicklung von Fernraketen zumindest im Bereich der Außenwirtschaft nicht zuzulassen, wurde von der Regierungskoalition zwei Jahre verschleppt und schließlich, 1986, niedergestimmt. In dieser Zeit erhielt die argentinische Condor-Rakete - soll ihr Name eigentlich der nazistischen Eingreiftruppe während des spanischen Bürgerkrieges, der Legion Condor, ein Denkmal setzen? - von MBB-Technikern den letzten Schliff ...

Ein Jahr später unternahmen die NATO-"Partner" abermals einen Versuch, die bundesdeutschen Ambitionen zu zügeln. Im Londoner Raketenabkommen vom 1.4.1987 wurde die Ausfuhr von Bauteilen für nuklearfähige Raketen und Marschflugkörper stark eingeschränkt. Die BRD unterschrieb zwar den Vertrag - aber ein Ausführungsgesetz erließ sie nicht. Die "good will" - Aktion sollte keinerlei praktische Konsequenzen haben. Und mehr noch: Während alle anderen Regierungen den Abschluß der Vereinbarung öffentlich feierten, übte sich die Bundesregierung in äußerster Diskretion. Sogar die SPD konnte sich den Text schließlich nur unter Geheimschutzbedingungen besorgen - auf einen Hinweis vom sowjetischen Außenminister Karpov hin (Norbert Gansel in der 'Frankfurter Rundschau' vom 25.1.1991).

Vielleicht wird dieser bundesdeutsche Drang zur Auslandskooperation und die Nötigung zu ihrer Geheimhaltung verständlicher, vergegenwärtigt man sich noch einmal einen Vorfall aus dem Frühjahr 1987: Damals enthüllte das ARD-Magazin 'Report', MBB plane ein Nachfolgemodell für die schrottreife und abzuziehende Pershing-1A, eine "Atomrakete mit Mercedes-Stern" sozusagen. Ein Aufschrei ging durch die internationale Öffentlichkeit. So stark wurde der Druck, daß die Hardthöhe gezwungen war, das Projekt, offiziell zumindest, zu stoppen - in Mossul aber gingen die Arbeiten ungestört weiter.

DIE GEWERKSCHAFTEN: GEGEN "VORVERURTEILUNGEN"

"Der große Friede mit den Täter" - so nennt Ralph Giordano den großen Fehlschlag der Entnazifizierung. Und das "Irak-Gate" des deutschen Kapitals wird, so steht zu befürchten, auch nicht anders ausgehen als das Hornberger Schießen. Die Verfahren, die im Sommer 1991 anlaufen sollen, betreffen bislang nur die 'kleinen Fische'. Und auch denen droht höchstens eine Haftstrafe von bis zu drei Jahren. Im Fall Daimler-Benz hat sich mittlerweile gar ein ziemliches Gerangel zwischen der Wuppertaler und der Stuttgarter Staatsanwaltschaft ergeben, weil die Stuttgarter die Ermittlungen einstellen will. MBB ist inzwischen, wie aus den Schlagzeilen, so auch aus den Gerichtsakten völlig verschwunden.

Wie durchschlagend die von den Medien gewählte Taktik zur Ruhigstellung der gesellschaftlichen Opposition war, zeigt sich am Beispiel der Gewerkschaften. Hatten sie anfangs, wie die IG Metall in ihrer Mitgliederzeitung vom 25.Januar, noch gefordert, man müsse die "Exporteure des Todes" als Schwerverbrecher behandeln und dafür müsse "jetzt überall gekämpft werden, im Betrieb, auf den Straßen", so gibt man sich jetzt schon bescheidener und es darf bezweifelt werden, ob derlei Wortradikalismus jemals mehr zu bedeuten hatte als wohlfeiler Theaterdonner. Aber daß die gewerkschaftliche Zivilcourage selbst dort, wo sie nur auf dem Papier demonstriert, noch unter dem Niveau pflichtbewußt biederer Beamtenseelen rangiert, ist eine unverhoffte Zugabe: Als die Staatsanwaltschaft mit den Ermittlungen im Fall Daimler-Benz endlich begann, da solidarisierte sich der Gesamtbetriebsrat mit der Chefetage und verwahrte sich energisch gegen diese "erkennbare Kampagne" und die schon "erfolgten Vorverurteilungen" (Frankfurter Rundschau v. 21.3.91).

Hoch die nationale Solidarität! ■

JÜRGEN STUTTGART

(Der Autor arbeitet in der Initiative "Nie wieder Deutschland". Kontakt über Tel. 0711/462888)

Widerstand gegen den Golfkrieg

Jeden Monat in der Graswurzelrevolution: Hintergründe, Einschätzungen und Berichte über Krieg und Widerstand.

GWR 149: Deutschland, Bundeswehr und die Golfkrise; Feuer ins Öl: Rüstungsexporte in den Irak; KDV - ein Relikt vergangener Zeiten.

GWR 150: Transnationale Proteste gegen den Golfkrieg; Entzäunung des EUCOM; Daimler und der Krieg; Aktionen gegen Rekrutenzüge geplant; Manöverstörungen in Südbaden; Dienstpflicht für Frauen?

GWR 151: Aufurf zur Verweigerung aller Kriegsdienste; Unabhängige Friedensdelegationen zum Golf; Aktionsideen zum Golfkrieg.

GWR 152: (vergriffen) Massenzeitung gegen die Kriegstreiberei als Beilage; Verlegung der US-Armee aus Europa an den Golf; Beratung für US-Soldatinnen; Golfkrise als Testfall für Soziale Verteidigung? EG als Militärmacht? Anti-Kriege-Aktionen im Überblick; Aktionsperspektiven bei Kriegsbeginn; die Beteiligung der BRD; 3 Jahre Intifada; Vom Mythos der UNO.

GWR 153: Einschätzungen zur Antikriegsbewegung; Antiisraelisch? Antiamerikanisch? BRD-Türkei-Connection; Philosophische Kriegsrechtfertigung: Zur Gandhi-Diskussion in der taz; Strategien der Militärabschaffung; Friedenscamp im Irak soll evakuiert werden; 5 Seiten Antikriegsberichte von Aktionen aus der ganzen BRD; Sexismus und Krieg; Tolstoi: Rede gegen den Krieg; Perspektiven der Antikriegsbewegung.

weitere Themen in den letzten Nummern: Libertäre Buchseiten; Atommülltransporte; Parteienfinanzierung; Luitgard Hornstein; Parlamentarismuskritik; Südafrika; neues "Ausländergesetz"; Anarchismus und Religion; Morsleben; Radikale Linke; Litauen u.v.m.

Schnupperabo: 10-Mark-Schein für 4 Ausgaben an GWR, Schillerstr.28, 6900 Heidelberg.

graswurzel revolution

1914, 1939 - oder 1991?

Gleichgültigkeit gegen Antisemitismus ist Indiz seiner selbst. Wer aber auf die Bedrohung Israels das Augenmerk legt, der wird - die Debatten über den Golfkrieg demaskieren es nachdrücklich - des Prozionismus bezichtigt. Wer die Haltung zu Israel zum Lackmustest auf den Nationalismus der Linken macht, der soll mindestens eine komplexe Reaktion auf einen Nebenwiderspruch reduzieren.

Mag sein, daß dieser Vorwurf die Position einiger "konkret"-Autoren trifft, aber er verfällt gleichwohl der Antikritik, weil er den essentiellen Unterschied zwischen Antisemitismus und Rassismus einebnet. Sich mit Biermann und Enzensberger zu beschäftigen, ist Zeitverschwendung, die Gleichsetzung aller Krtitik an der Friedensbewegung mit diesen Wiedertäufern ist typisch für eine linke Wagenburgmentalität, die Blindheit mit Radikalität verwechselt.

In der Tat ist der Anteil an Projektionen auf Seiten der "linken Bellizisten" annähernd gleich hoch wie bei der von ihnen kritisierten Friedensbewegung. Die Debatte in den letzten zwei Nummern der "konkret" vermittelt den Eindruck, jemand habe LSD ins Hamburger Trinkwasser geschüttet: Vor einem Jahr noch mit einem guten Teil der jetzt als verkappte oder gar offene Nazis Attakierten unter dem Banner "Radikale Linke" vereint, sieht der eine - Gremliza - "Deutschland", das "Vierte Reich", als Verbündeten des Irak im Golfkrieg. Beweis: Die geringe Kriegsbegeisterung der Bevölkerung und die Nichtteilnahme an den als militärische Verteidigung der Existenz Israels verstandenen Kampfhandlungen, während der andere - Klassenkampf-Streberle-Tolmein - den Beweis zu führen versucht, die Bundesregierung habe den Alliierten die Entsendung von Bundeswehreinheiten an die Front gegen deren Willen regelrecht aufzudrängen versucht. Der latente Antisemitismus der gesinnungspazifistischen bzw. der antiimperialistischen-antizionistischen Position wird zwar von beiden noch erkannt, erklären können sie ihn nicht mehr; es sei denn, mensch hält Sprüche wie "Deutsche bleiben halt immer Deutsche, da ist nichts zu retten" für eine materialistische Analyse und nicht für gewöhnliche Altersmisanthropie.

Es drängt sich so der Verdacht auf, daß der mit wachsendem Realitätsverlust einhergehende radioaktive Zerfall eines noch vor einem Jahr relativ homogenen linksradikalen Milieus nicht, wie es Pazifisten und Bellizisten mit jeweils vertauschten Vorzeichen selbst gerne sehen wollen, die schmerzliche, aber notwendige Trennung der Spreu vom Weizen ist, sondern der Einsturz des allen Fraktionen während der 80er Jahre gemeinsamen ideologischen Kar-

tenhauses. Angekündigt hat sich das Desaster schon mit dem Ende des Realsozialismus. Doch damals konnte der sichtbare "Schaden" noch durch die angesichts der als Heraufkunft des Vierten Reiches wahrgenommenen Wiedervereinigung entstandene Wagenburgmentalität in Grenzen gehalten werden. Der Golfkonflikt hat nun mit dankenswerter Gründlichkeit mit der Illusion aufgeräumt, auf einem "radikal linken", "antideutschen" Minimalkonsens, angeschlossen an die eiserne Lunge Antifaschismus, ließen sich die linksradikalen Lebenslügen in die 90er Jahre retten.

Der veränderten Realität wird von beiden Seiten - Antikriegsbewegung und Saddam-gleich-Hitler-Strömung - mit demselben und vollends unbrauchbaren Begriffsinstrumentarium zu Leibe gerückt. Nur ist jene so gemein, daß die früher gängige Gleichung Antifaschismus = Antiimperialismus = Antikapitalismus nun endgültig nicht mehr aufgehen mag. War schon früher die Identifikation der realsozialistischen Staaten mit irgendwelchen emanzipatorischen Inhalten oder gar der "Weltrevolution" nur durch eine hochgradig selektive Wahrnehmung aufrechtzuerhalten, so wirken heutige Versuche, irgendwelche Identifikationsobjekte als "revolutionäre Subjekte" oder auch nur "objektiv richtige Seite der Barrikade" ausfindig zu machen, nur noch lächerlich. Die plündernde, vergewaltigende und mordende Soldateska eines Saddam Hussein in Kuweit hat nichts mehr mit der Befreiung Saigons oder Managuas gemeinsam, und wer den Imperialismus der USA als Garant von Völkerrecht und Zivilisation gegen die Barbarei begreift - ist entweder Rassist oder nicht mehr ernstzunehmen.

Allerdings ist es ein bedeutender Unterschied, ob jemand bei allem Realitätsverlust noch an gewissen intellektuellen und moralischen Mindeststandards - wie dem Existenzrecht Israels und der Verteidigung von dessen Bevölkerung gegen angekündigte Vernichtung - festhält, oder, wie bei Pazifisten und Antiimperialisten üblich, alle Skrupel fallenläßt und angesichts der Scud-Raketen auf Israel (erst hinterher wußte man, daß kein Giftgas drin war) mit den Schultern zuckt und "Selber schuld" ruft. Und natürlich sind in diesem Fall auch Rückschlüsse auf Motive und Inhalte der ansonsten von diesen Personen vertretenen "linksradikalen" Position zulässig, auch wenn das die Kritisierten nie so gemeint haben wollen. Der Antisemitismus, der hierbei zum Vorschein kommt und auf den die "bellizistische " Intellektuellen zu Recht hinweisen, scheint diejenigen zu bestätigen, die den Antisemitismus für eine "ewige" Naturkonstante halten und insbesondere bei den Deutschen für immer Hopfen und Malz verloren sehen, zumal sich doch das "andere Deutschland" als Wiederkehr des alten und die Friedensbewegung als Erneuerin der nach dem ökonomisch bedingten Ende der sozialdemokratischen Sozialpartnerschaft modernisierungsbedürftigen Volksgemeinschaft entpuppte. Einer materialistischen Erklärung bleibt der auf diese Weise in der Nationalontologie verortete Antisemitismus bei den Bellizisten unzugänglich. Die Konsequenz kann nur die sein, eine sich barbarisierende Dritte Welt und insbesondere die in schlimmsten Judenhaß vereinten Deutschen und Arabern unter dauerhafte alliierte = zivilisierte Vormundschaft zu stellen, wenn schon der "die Saddams der Welt" zivilisierende Ost-West-Konflikt der Vergangenheit angehört. Gremliza ist für die Ehrlichkeit zu danken, dies als einziger offen auszusprechen.

Dieser in der Struktur der Argumentation angelegte Rassismus gibt wiederum den pazifistischen und antiimperialistischen Kriegsgegnern Gelegenheit, die Kritiker des Antisemitismus des Metropolenchauvinismus zu beschuldigen. So wies Ebermann darauf hin, daß in den mit Sicherheit folgenden neuen Nord-Süd-Kriegen die Gegenüberstellung Zivilisation-Barbarei zur ideologischen Standardlegitimation werden würde, Gremlizas, Pohrts und anderer Parteinahme für die "Alliierten" demnach eine Art "August 1914", ein Seitenwechsel auf die Seite des Imperialismus darstelle. Antisemitismus ist in dieser Argumentation[1] allenfalls ein Nebenwiderspruch - Man genieße die wortakrobatischen Übungen Tolmeins - die Kritik an ihnen sei ein ideologisches Werkzeug der Reaktion, um Verwirrung zu stiften und mit der "Bedienung der Schuldklaviatur" - so in der Flugschrift der "Radikalen Linken" - die amtiimperialistische Solidarität zu zersetzen. Dem bezeichnenderweise gerade von ehemaligen Waffen-für-El-Salvador-Sammlern besonders laut angestimmten "Es gibt keinen gerechten Krieg" schleudern die "Bellizisten" den Verweis auf den Zweiten Weltkrieg entgegen - 1939 gegen 1914 und kein Ende. Daß wir inzwischen 1991 haben, ist noch keinem aufgefallen. So laufen die miteinander streitenden, sich gegenseitig die Bezeichnung Linke - als ob das noch irgendeine Auszeichnung wäre und nicht der an der Selbstbezeichnung schon erkennbare Skandal des vollständig Verhaftetseins in den Kategorien der abzuschaffenden Politik - aberkennenden Fraktionen der Restlinken blind in die Fänge der Aporien der objektiven Ideologie kapitalistischer Gesellschaften. Eine solche ist eben die Tatsache, daß unter den gegebenen Umständen im Nahen Osten das konsequente Eintreten gegen den sich in der Aufrechterhaltung neokolonialer Ausbeutung äußernden Rassismus, also die vorbehaltlose Parteinahme für die gegen die US-Intervention auftretenden Kräfte im arabischen Raum und das konsequente Eintreten gegen den Antisemitismus, der zur Verteidigung der Existenz des Staates Israels verpflichtet, sich gegenseitig ausschließen. Daraus folgt eben, daß es hier eben keine im Sinne von Emanzipation richtige Seite der Barrikade gibt, daß das ewige Verlangen nach Identifikation keine Befriedigung finden kann.

Damit sich daran etwas ändert, wäre anstatt dauernder Wiederholung von Kampagnen-, Bewegungs-, Bündnis-, Parteigründungs- und Militanzritualen als erstes mindestens zu leisten:

1. ein Bruch mit dem Identitäts- und Identifikationswahn, mit der Suche nach revolutionären Subjekten und Bewegungen als Projektionsfläche zur Kompensation der eigenen Ohnmacht;
2. eine Staatskritik, die bisher selbst von den sich als Anarchisten bezeichnenden Teilen der Bewegung nicht geleistet wurde. Diese muß zu einem Bruch mit jeglicher Illusion emanzipatorischer Staats- und Politikbenutzung sowie zur Erkenntnis des strukturell rassistischen und antisemitischen Charakter bürgerlicher Staatlichkeit führen;
3. eine materialistische Analyse des Antisemitismus, die zum Bruch mit sämtlichen Ideologien eines falschen Antikapitalismus führen muß, der sich rückwärtsgewandt gegen die Zerstörung "gewachsener Identität und Kollektivität", gegen das "Abstrakte" wie Geist und Geld im Namen von Blut und Boden wendet und gegen den schon die alte Arbeiterbewegung nicht immun war, was zur Niederlage gegen den Faschismus und zur Integration der Klassen in die Volksgemeinschaft führte, sowie zum Bruch mit verkürzenden, die Judenvernichtung ausblendenen "Faschismustheorien", Arbeitertümelei und Intellektuellenhaß, mit dem Antizionismus.

Ist der Wille oder die Kraft dazu beim Rest der Linken nicht mehr vorhanden, so ist ihr dann unumgängliches Verschwinden von der Bildfläche keine Träne wert. ■

HUBERT ZICK

1 à la Ebermann

Hitler von Bagdad

Hans Magnus Enzensbergers Nachhilfekurs 'Anthropologie für Deutsche'

Adolf Hitler, der Führer der Deutschen, um den die Pimpfe und BDM-Mädels nie getrauert haben, wurde darüber zum Untoten, zum ewigen Führer. Wie der Nichtschwimmer Barbarossa, der erbärmlich ersoff und doch im Kyffhäuser, jetzt erst recht, darauf wartet, sein Volk aus Not und Schmach zu befreien, scheint Hitler, der Nichtraucher, Vegetarier und Tierfreund, der sich in den Trümmern der Reichskanzlei den falschen Tod besorgte, für die Deutschen nicht wirklich tot zu sein und darauf zu lauern, sein Volk, das sich von den Alliierten, wie die Existenz Israels dokumentiert, in die Endlösung pfuschen ließ, zu neuen Taten anzuspornen. Es fehlen immer noch einige Jahre am Tausendjährigen Reich, und darin besteht die eigentliche 'Kollektivschuld'. Die Deutschen wissen, wie nahe es ihnen liegt, der Versuchung noch einmal nachzugeben und dem Führer definitiv zu beweisen, daß man ihn liebte, daß er nicht, wie ein toter Hund, verscharrt und vergessen wurde. Wo, in der 'vaterlosen Gesellschaft', die Abwesenheit des Über-Ich als Kastration und existentieller Mangel erscheint, da vermutet man es überall und versucht, mit dem Jenseits in Verbindung zu treten, um die neuesten Anweisungen in Empfang zu nehmen. Aber das Neue, die Zukunft, nach der die Deutschen hungern, ist die Wiederkehr der Vergangenheit. Was das spiritistische Tischerücken für alte Tanten und die Pyramidenenergie für junge Feministinnen, das ist für die von Peter Sloterdijk aufgeklärten Zeitgenossen die Lektüre von "Spiegel" und "Zeit".

Die bürgerliche Öffentlichkeit entpuppt sich als Verein von Geistersehern, der auf Klopfzeichen aus dem Jenseits scharf ist. Hans Magnus Enzensberger ist ihr Ghostwriter, das Medium, das die Einflüsterungen des Zeitgeistes zu Protokoll nimmt. Enzensberger, der "Ludendorff der Anti-Friedensbewegung" (Matthias Beltz), der Mann mit der übersinnlichen Fähigkeit, den Geist Europas auf dem Flughafen von Lissabon zu schnuppern, hat der einstweilen als Gesellschaft prosperieren müssenden

Volksgemeinschaft die Karten gelegt. Sein Befund, die Reinkarnation und Wiederkehr des Führers in Saddam Hussein beweise, "daß *wir* es nicht mit einer deutschen, nicht mit einer arabischen, sondern mit einer anthropologischen Tatsache zu tun haben" ("Der Spiegel" Nr.6 v. 4.2.91), liest der Nation die Wünsche aus den Eingeweiden. Die bürgerliche Gesellschaft ist natürlich, Faschismus menschlich, Nationalsozialismus daher allzu menschlich.

Ein zwingender Schluß, geradezu das Exempel eines zwanghaften Zwangs des besseren Arguments. Enzensberger beherrscht eine hohe Kunst, eine Fertigkeit, die ihn nach '33 dazu befähigt hätte, den Posten Werner Höfers im Reichspropagandaministerium einzunehmen: die Kunst, mit der Wahrheit zu lügen. Er hat erreicht, was in der Protestbewegung die meisten wünschten: den Herrschenden die Meinung zu sagen und doch mit ihnen per Du zu verkehren. Als Protoptyp des Rebellen und unentwegter Enrage, dem es gelang, über die schlechten Zeiten hinweg ein "'68er" zu bleiben und immer a jour, agiert er als das geballte schlechte Gewissen der Alternativen und Ökopazifisten, triezt sie mit den Erkenntnissen, die sie an die Karriere, an deutschtümelnde Naturseligkeit und völkischen Pazifismus verraten haben, und lebt doch davon, daß er ihnen seine so ganz "Andere Bibliothek" verkauft, im Schuber, auf Büttenpapier, und, nummeriert, zum Vorzugspreis. Daß er es schafft, im und mittels des schärfsten Widerspruchs doch als Kumpan dazuzugehören, das machen die "anthropologischen Tatsachen". Nach der schallenden Ohrfeige, die er dem deutschen Friedenswillen gerechterweise verpaßt, kommen die Streicheleinheit und der vertrauliche Knuff in den Rücken; keine Kritik der Verblendung ohne höhere Weihen für die Dummheit. Er schreibt den Genossen von gestern und den "Spiegel"-Abonnenten von heute die Wahrheit ins Gesicht: "Die Deutschen waren die Irakis von 1938 bis 1945. (...) Von seinen Erfahrungen her düfte kein Volk so qualifiziert sein wie das deutsche, das zu verstehen, was heute in der arabischen Welt geschieht". So ist es, und die herzliche Gleichgültigkeit, mit der die Friedensdemonstranten die Ausrottungsdrohung gegen Israel mit weißen Fähnchen beflaggen, legt Zeugnis ab dafür, wie angestrengt sie Saddam Hussein beim Friedensgottesdienst die Daumen drücken. Genau ins Schwarze treffend, liest Enzensberger ihnen aus den vergilbten Exzerpten der frankfurter Faschismusseminare die Leviten: "Der Feind der Menschheit kann sich mit der gesammelten Todesenergie der Massen aufladen. Er wird dabei eine Fähigkeit an den Tag legen, die ans Geniale grenzt: den unfehlbaren Spürsinn für die unbewußten Regungen seiner Anhänger." Allerdings, gerade dieser 7.Sinn machte den Führer so populär, daß noch heute die Deutschen, ist von Auschwitz die Rede, innerlich stoßseufzen: Wenn das der Führer gewußt hätte, wir stünden heute anders da! Und er hat Recht, wenn er - und es klingt wie die Quintessenz von Horkheimers Schrift über den "Autoritären Staat" von 1940-, feststellt: "Keine denkbare Politik, wie klug, wie umsichtig sie auch wäre, kann es mit einem solchen Feind aufnehmen." Sehr gut; nur sollte einmal die Therapie eines gesellschaftlichen Zustands, der die Menschen zum Volk zusammenrottet und also Führer benötigt, nicht das suggestive Gestammel über den Menschen an sich und nicht die pfäffische Larmoyanz über den Menschen für sich sein, sondern Revolution und ein, wenn nötig, sogar über die Schulferien hinaus auf eigene Kosten verlängerter Sommer der Anarchie.

Die Lüge mit der Wahrheit ist die hohe Schule der Propaganda, die Kür der totalitären Information. Ihr Credo liegt in dem Satz, daß, wer ständig auf dem laufenden ist und alles weiß, nichts mehr begreifen kann. Wer am Nürnberger Trichter der Medien hängt, der kann, als fensterlose Monade vor den Bildschirm gebannt, den Krieg in Echtzeit erleben, live, als säße er selbst am Drücker, wenn die Scuds auf Tel Aviv fallen. Es ist nur der bohrende Verdacht, die B-52 stünden in Wirklichkeit am Himmel über Berlin und die sorgsam verhohlene Befürchtung, ARD und ZDF hätten den Bildern aus der Reichskanzlei aus Versehen den falschen Kommentar aus Bagdad unterlegt, der die TV-Atome auf die Straße zum Nachsehen treibt; zur Demonstration für ungeschminkte Nachrichten mobilisiert die Angst, tatsächlich in der ersten Reihe zu sitzen. Der Bescheidwisser ist der ideale Volksgenosse; nichts und niemand kann ihm ein X für ein U vormachen. Total unterrichtet, wie er nun einmal ist, glaubt er die Schachzüge der Herrschenden so gut beurteilen zu können, als habe er selber den Auftrag erteilt und überwache nun die Durchführung. Geht die Sache schief, dann sind die Zeitungen schuld, die - abermals: wenn das der Führer wüßte! - , es versäumten, die Herrschenden über die von ihnen angerichteten Massaker rechtzeitig und möglichst durch Interviews mit den Betroffenen zu unterrichten. Der Fehler am Faschismus war die einseitige Berichterstattung des 'Völkischen Beobachters'. Dem beugt heute der "Spiegel" vor.

Feuilleton und Essay versprechen die Atempause von der Echtzeit, wollen Erholung vom Streß des Dabeiseins bis zum Frühstücksfernsehen und den Blick in die Kulissen gewähren - und leisten doch nur Einübung ins Mitmachen für Mitläufer mit gehobenen Ansprüchen. Die Hintergrundsendungen mit Peter Scholl-Latour und Hans-Jürgen Mertes verhalten sich zur Tagesschau wie Habermas zum Gemeinschaftskundeunterricht und wie Enzensberger zur dpa-Blitzmeldung: Das Gleiche noch einmal, nur irgendwie anders. Sie beliefern die Pseudo-Objektivität der Nachrichten mit der Alibi-Subjektivität der persönlichen Meinung; sie haben die nackte Faktizität der ölverpesteten Kormorane und der ausgebombten Israelis, die Statistik der abgeworfenen Bomben und der erfolgreich von Menschen gesäuberten 'killing boxes', auf die sich keiner alleine einen Reim zu machen traut, mit dem Augurenlächeln der Eingeweihten, das höheren Sinn und tiefere Kenntnis signalisiert, zu versülzen. Im politischen Essay und im sozialphilosophisch plaudernden Feuilleton wird die Lüge mit der Wahrheit zum Betrug mittels der Vernunft und die Propaganda der Information zur Indoktrinierung durch die ums Beste halbierte Aufklärung.

Zum Bescheidwissen in Sachen Kriegsverlauf gehört das gute Gewissen, was die Kriegsursachen angeht; zur Benachrichtigung des Publikums über den Faschismus im Irak gehört die beruhigende Aufklärung, daß die pluralistische Gesellschaft und ihr Staat, daß die Wirtschaft der Privateigentümer und das Kapital mit dieser peinlichen Kalamität nicht nur nicht das geringste zu schaffen haben, sondern vielmehr der Antifaschismus höchstpersönlich sind. Hitler, im Verein mit Saddam Hussein zur "anthropologischen Tatsache" gestempelt, soll der entfremdet Andere sein, in dem die Deutschen sich nicht wieder erkennen - das ist wahr und ist doch gelogen, Lüge, weil es dem 'menschlichen Faktor' die Ehre antut, um die die bürgerliche Gesellschaft ihn doch bringt: Fundament der Vergesellschaftung zu sein, die Wahrheit, weil das zum Bourgeois und Citoyen geformte Individuum im Nazi, der dem Liberalismus doch den Spiegel vorhält, unmöglich sich selbst entdecken kann. Saddam Hussein ist der Wiedergänger Hitlers, aber nur insoweit, als Hitler und sein Mob der verleugnete barbarische Doppelgänger des Bürgers und seiner Gesellschaft sind. Karl Marx' Analyse des autoritären Staates, wie er sie in den Schriften über den Bonapartismus gab, trifft die Sache immer noch und mehr denn je: Weil die negative Dialektik der kapitalistischen Vergesellschaftung noch über die bürgerliche Klasse hinaus treibt, geht ihm der autoritäre Staat, der die Legalität suspendiert, um ihren sozialen Sinn: herrschaftlich garantierte Ausbeutung, zu bewahren, notwendig über den Verstand. Soll die bürgerliche Klasse ihre soziale Herrschaft bewahren, dann muß sie ihrer politischen enteignet werden - der gesellschaftliche Auftrag der Nazis erzwingt die Verblendung der Interessenten, die ihn erteilten. Die Dialektik zwischen Nazis und Bürgern ist die Dialektik der notwendigen Verkennung des je eigenen Wesens. Als anthropologisches Skandalon, als "Todesrausch", wird abgespalten, was das Lebensprinzip des Bourgeois/Citoyen ausmacht, sein eingebildeter Humanismus begegnet ihm als wirkliche Unmenschlichkeit. Kritische Theorie, in deren Verleugnung Enzensberger und Augstein mit den Bürgern und ihren Alternativen übereinstimmen, hat dies notiert: "Die neue Ordnung bezeichnet einen Sprung in der Transformation der bürgerlichen in die unvermittelte Herrschaft und setzt doch die bürgerliche fort. Die Nationalsozialisten fallen aus der Entwicklung nicht heraus, wie die Rede, sie seien Gangster, unterstellt. Sind sie schon Gangster, so nehmen sie die Tendenz der monopolistischen Periode auf, in der jede wirtschaftliche Außenseiter gleichsam als gesetzlos gilt. Die These vom Gang ist weit ernster zu nehmen, als die Entrüstung es vermag, die an die Rückkehr normaler Verhältnisse glaubt, wenn einmal die Polizei des Alten die Auswüchse beseitigt hat. Nicht einbrechende Gangster haben in Deutschland die Herrschaft über die Gesellschaft sich angemaßt, sondern die gesellschaftliche Herrschaft geht aus ihrem eigenen ökonomischen Prinzip heraus in die Gangsterherrschaft über" (Max Horkheimer, Vernunft und Selbsterhaltung, 1941).

Unmöglich, den Liberalismus vor seinen Konsequenzen zu schützen. Amerika versucht am Golf, eine desaströse Gesellschaftsordnung vor ihrer katastrophalen Alternative zu bewahren, ein an sich aussichtsloses Unterfangen, dem man doch, wegen Israel, einen erfolgreichen Ausgang wünschen muß. Die Allianz der bürgerlichen Gesellschaften gegen ihre eigene Barbarei wird, wenn dieser Kampf gelingt, den prospektiven Opfern, den Juden, auf die sich in der Pleite Herrschende und Beherrschte gemeinsam stürzen werden, eine Galgenfrist verschaffen, immerhin. Sie wird zur Vorbereitung auf den nächsten 'antizionistischen Befreiungskrieg' zu nutzen sein, den die von den Alliierten liebevoll aufgepäppelte syrische Fraktion der Baath-Partei organisieren wird. Das ist nicht wenig und jedenfalls ein Grund, die Vereinigten Staaten gegen eine Kritik in Schutz zu nehmen, die nicht weiß, daß es noch Schlimmeres gibt als den Imperialismus.

Aber das kann nicht alles gewesen sein. Wenn, was kaum zu glauben ist, aber doch von Jürgen Habermas vertreten wird, "der Bruch mit der faschistischen Vergangenheit sich fast instinktiv in zwei Reflexen ausdrückt: nie wieder Antisemitismus und Verletzung der gleichen staatsbürgerlichen Rechte; nie wieder Nationalismus und Krieg" ("Die Zeit" Nr.8 v. 15.2.91) und die öffentliche Reaktion auf den Golfkrieg tatsächlich nur von ehrenwerten Motiven und von eigentlich noblen "Affekten im Widerstreit" geprägt sein sollte, also ziemlich tragisch ist, dann sind nicht nur "Reflexe", "Instinkte" und "Affekte" zu kritisieren, von denen man wissen kann, wohin sie hierzulande führen. Sondern auch, daß diese Antinomie, in der jeder Recht hat und beide zusammen Unrecht, in einem Dritten sich auflöst, das in den Zeiten, als Enzensberger und Habermas zu Ansehen und Einkommen kamen, noch Sozialismus durch Revolution und nicht ÖkoPax plus Kommunikation hieß. Daran blamiert sich das Lügen mit der Wahrheit und der Betrug mittels der Vernunft, daß Enzensberger es sich verdient hat, ein genauso großer Antifaschist genannt zu werden, wie Brüning, Papen, Schleicher und Augstein welche waren. ■

JOACHIM BRUHN

- aus einem Alt. Franziskanerkloster -